Friedrich-Martin Balzer

„Es wechseln die Zeiten ...“

Reden, Aufsätze, Vorträge, Briefe eines 68ers aus vier Jahrzehnten (1958-1998)

Mit einem Geleitwort von Manfred Weißbecker

2. durchgesehene und korrigierte Ausgabe, Marburg 2021

PAHL-RUGENSTEIN

Reden, Aufsätze, Vorträge, Briefe eines 68ers aus vier Jahrzehnten (1958–1998)

Mit einem Geleitwort von Manfred Weißbecker

Pahl-Rugenstein Verlag Nachf. Bonn 1998

Umschlagfoto: Uli Severin, Marburg; weitere Fotos u. a. von Dieter Gabrian, Marburg

Inhalt*

Wechselnde Zeiten – beständiges Ringen 5
Hinter den Kulissen 10
Bert Brecht 12
Wider die resignierte Vernünftigkeit 14
„... kann nur darüber lächeln“ – 15
Aufarbeitung der Vergangenheit 16
Korporationen und Politik in der Weimarer Republik
unter besonderer Berücksichtigung des Wingolf 17
Was darf und soll der Wingolf im politischen Bereich tun? 19
Der erste Griff nach der Weltmacht. Lebensraum im Osten 21
T. S. Eliot Some reflections on his Political Ideology
with special regard to the play “Murder in the Cathedral”. 26
Rebellen in Blackpool 29
Veröffentlichungen Wolfgang Abendroths 30
Alfred Lord Tennyson’s Poetic Treatment of the Social Problems of his Time 31
Das schlechte Gewissen 37
Ostern 1968 in der Provinz 38
Attentat auf Rudi Dutschke 39
Mitbestimmung in der Schule 41
Erziehung nach Auschwitz 44
Thesen zu Schule und Gesellschaft 45
Der sanften Gewalt der Vernunft eine Chance 47
Ein Herz, das für soziale Befreiung brannte 49
Lernprozeß 51
Der deutsche Faschismus 52
Pädagogischer Idealismus und Pragmatismus 53
Kirche, Krieg und Frieden 55
Politische Justiz 56
Es genügt nicht, den Antikommunismus zu beklagen, oder der komplizierte zweite Weg. 57
An einen Gast aus der UdSSR 59
„Wir sind keine stummen Hunde“ 61
Im Zeichen des Krefelder Appells 64
„Wir werden nicht Ruhe geben!“ 66
Kampf gegen Demokratieabbau 67
Global denken, lokal handeln 70
„Widerstand jetzt!“ 73

* Das Inhaltsverzeichnis orientiert sich an den Seitenzahlen der PDF-Datei.

Der Ostermarsch hat seine Geschichte 76
Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! 78
Hat der Frieden noch eine Chance? 79
„Man muß den Frieden hartnäckig durch das Auge der Gerechtigkeit betrachten“ 80
Gegen die Rechtskoalition 83
Kirche, Krieg und Frieden 85
Demokratische Leistungsschule zwischen Utopie und Wirklichkeit 90
Zum Zusammenhang von Krieg und Faschismus 91
Den Frieden wählen – aber wen? 92
Offener Brief an Frau Dr. Christa Czempiel 94
„Sage niemand, er habe es nicht wissen können“ 97
Ein liberaler Demokrat 103
Ernsthaft Diskutieren 105
„Arbeiterbewegung und Friedensbewegung gehören zusammen“ 106
„Fünfte Kolonne Moskaus“? – 110
Es ist fünf vor Zwölf. 111
Frieden und Sicherheit 113
„So, wie es ist, bleibt es nicht“ 116
Weihnachten und Frieden 119
„Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ 120
Antimilitaristischer Stadtrundgang 122
Ein liberaler Einzelkämpfer 124
Friedensliste: Frieden – es gibt keine andere Wahl 126
Kern eines notwendigen Bündnisses: Die Friedensliste 127
„Uns bleibt keine andere Wahl, als zu kämpfen“ 130
„Die Kuba-Krise“ 133
Hiroshima mahnt! 134
Marburg – Atomwaffenfreie Zone 137
40 Jahre nach der Befreiung 139
Ergebnis der Vergessenheit 141
Fortschritt zum Sozialismus oder Untergang in der Barbarei 142
Träumen und gewissenhaft beobachten 145
„Wir wollen das Brot und die Rosen dazu!“ 149
Frieden ist möglich 152
Weg mit dem § 116 AFG 154
„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“ 155
„Das Wettrüsten im Weltall verhindern und auf der Erde beenden“ 158
Friedensbewegung und soziale Frage 160
Alle Jahre wieder? 163

Die Friedensbewegung ist nicht am Ende. 165
Grußwort an die Delegiertenkonferenz des BDWi 168
„Neues Denken“? 169
Am Ende des Kalten Krieges, vor Beginn eines Nord-Süd-Krieges? 171
Gegen imperialistischen Krieg am Golf 174
Unglaublich, aber wahr. 175
Erwin Eckert, Karl Barth, Dietrich Bonhoeffer –
Unterschiedliche Traditionslinien, gemeinsam verpflichtendes, antifaschistisches Erbe 179
Umstrittenes Ärgernis und unvergessenes Zeichen. Die Lebensentscheidung Erwin Eckerts. 193
Erwin Eckert (1893–1972) Eine große Symbolfigur der Friedensbewegung 211
Badische Liberalität? 214
Ein nicht ganz unbedeutendes Leben: Ernst von Pritzelwitz (19.7.1918–18.12.1996) 216
„Schule macht keinen Spaß“ 219
„Dem Ganzen dienen, sich selbst treu bleiben“. 225
„Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine“ 231
Verzeichnis der Veröffentlichungen 244
Verzeichnis der Buchbesprechungen 252
Lebenslauf 256
Personenverzeichnis 257

Wechselnde Zeiten – beständiges Ringen

Ein Geleitwort von Manfred Weißbecker

Wer in die folgenden Texte hineinschaut, sich in sie vertieft oder in ihnen auch nur mit bestimmter Absicht sucht, dem wird sich ein kleines, ein privates und dennoch in vielerlei Hinsicht aufschlußreiches Archiv öffnen. Jedenfalls erging es mir so, als ich gebeten wurde, diesem Band ein Geleitwort voranzustellen. Vieles las ich mit Neugier, wachsendem Interesse und auch mit Gewinn. Dabei erinnerte ich mich an eine Situation, die – der Beruf des Historikers bringt es mit sich – vertraut ist: Man sitzt in Staatsarchiven, wälzt Akte um Akte und blickt auf unzählige Briefe, Protokolle, Eingaben, Notizen und anderes mehr. Aus den trockenen Papieren, den Hinterlassenschaften von Verwaltungen, Institutionen, Banken, Firmen oder auch aus den oft farbigeren Nachlässen von Politikern, Beamten, Militärs oder Konzernherren, atmet vielfältiges Leben, bunt und prall, widerspruchsvoll und voller Konflikte. In ihnen verbergen sich menschliche Probleme, konkrete Schicksale und verwirrende Lebenswege.

Und stets enthielt das Archivmaterial mehr, als für die jeweils gestellte Aufgabe zu verwerten war. Aus dem, was Jahrhunderte und Jahrzehnte zuvor seinen Niederschlag gefunden hatte, kann in der Regel nur das wenigste Eingang in geschichtswissenschaftliche Darstellungen finden. Zu umfangreich sind die nach Kilometern zählenden Reihen der Aktenordner, zu mannigfach die inhaltlichen Probleme. Natürlich ist immer wieder versucht worden, große Dokumenteneditionen herauszugeben. Sie sind für den Historiker unentbehrlich, zweifellos. Dennoch: In ihnen spiegelt sich vieles wider, aber längst nicht alles. Solche Quellenbände erfassen zumeist Akten, die aus der Welt der „großen“ Politik stammen: Kabinettsprotokolle, Reden von Regierungschefs und Ministern oder Parteiprogramme, Generalstabspläne und anderes mehr. Beschränkung ergab sich allerdings selten allein aus Platzgründen, eher aus zielorientierter Selektion. Allzu häufig wurde nach Belieben ausgewählt, gefiltert und gereinigt, für eigene Zwecke instrumentalisiert.

Clio, die Muse der Geschichtsschreibung, sei mit Syphilis so durch und durch zersetzt, spottete bereits Arthur Schopenhauer im 19. Jahrhundert, also lange vor jener jüngst erlebten Zeit, in der die bundesdeutsche „Abwicklung“ der marxistischen Geschichtswissenschaft der DDR über die Bühne ging. Tatsächlich wird die Geschichte seit eh und je und auch gegenwärtig wieder als zweckgebundener Steinbruch genutzt. Oft will es scheinen, als würden Historiker aus ihm lediglich Geröll von einseitigem politischem Gebrauchswert herausklauben. Vergangenheit wird insbesondere dann bemüht, wenn es Autoren für [12] angebracht halten, bestehende oder erstrebte gesellschaftliche Verhältnisse zu sanktionieren, ideologische Voreingenommenheiten zu demonstrieren und parteitaktische Grabenkämpfe auszufechten. Wo aber die Politik über die Wissenschaft triumphiert, darf stets nur das die Öffentlichkeit erreichen, was den Herrschenden genehm erscheint. Geschichte wird als Konkurrenzmittel mißbraucht, Zurückliegendes kritisiert, mehr oder weniger mit Recht, zumeist jedoch mit hehren Ansprüchen, deren Wohlklang die unangenehmen Mißtöne kaum zu überdecken in der Lage ist. Auf solcher Grundlage entsteht ein letztlich aus Dummheit, Halbbildung und Arroganz erwachsendes Mißverstehen von Geschichte. Zugleich schaden die mit parteiorientierter Geschichtspolitik verknüpften politischen und ideologischen Konsequenzen sowohl der Geschichtswissenschaft als auch öffentlichem Geschichtsverständnis. Denn sie bedeuten stets Simplifikation und Schematisierung, dogmatisierende Enge und Realitätsverlust und führen niemals zu einer wirklichen Aufarbeitung der Vergangenheit.

„Schlag“-Lichter solcher Art fallen heutzutage in deutschen Landen vor allem auf die Geschichte der DDR, aber auch auf die der Linken in den alten Bundesländern. Hinter der sogenannten zweiten deutschen Diktatur sollen alle Ursachen und Ansprüche des inzwischen gescheiterten Versuches zurücktreten, nach der zwölfjährigen Barbarei und der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges andere, bessere menschlichere Verhältnisse und eine Basis dafür zu schaffen, daß sich der Faschismus, gleich in welcher Gestalt, niemals wiederholen kann. Obgleich in seinem Wesen legitim, brach das von Antifaschismus und Sozialismus geprägte System 1989/90 zusammen. Die eigenen Schwächen und Fehler, Irrtümer und vor allem die Unmenschlichkeiten des Stalinismus trugen erheblich dazu bei.

Diese dürfen weder beschönigt, wozu nostalgische Empörung über die heutige Herrschaft des von ungeliebter Konkurrenz befreiten „Turbo-Kapitalismus“ zu führen vermag, noch als das einzige und dominierende Kennzeichen der Geschichte des Kampfes um eine nicht-kapitalistische Zukunft dargestellt werden. Wo letzteres auftritt, und die konservativ-deutschnationale Sicht auf das 20. Jahrhundert vorherrscht, lassen sich im heutigen Deutschland erneut Täuschungsabsichten, Unehrlichkeit und wiederholte Bestrebungen zur Instrumentalisierung von Geschichte erkennen. Solches wird nicht allein von Regierungen und etablierten Parteien offiziell gefordert und gefördert, sondern auch von willigen Historikern unterstützt. Trotz ihrer zu Wahrheitsliebe verpflichtenden Profession erliegen sie den Tendenzen eines parteipolitisch dominierten Umgangs mit der Geschichte. Zu groß ist wohl die Versuchung für den politisch interessierten und um politisches Engagement bemühten Zeithistoriker, seinen Beruf zu verfehlen. Allzuleicht wird es ihm gemacht, einem „Lumpensammler“ gleich die jüngste Vergangenheit zu durchstreifen, halbe Wahrheiten für ganze auszugeben, Legenden Vorschub zu leisten und einer – von Lucien Febvre beklagten – „Vergottung der [13] Gegenwart mit Hilfe der Vergangenheit“ zu dienen.[1] Leider spielen bei manchen Geschichtsschreibern neben den politisch-weltanschaulich oder gar parteigebundenen Positionen auch Karrierestreben, anpasserische Verhaltensweisen und heuchlerisch dargebotene „unpolitische“ Selbstdarstellungen keine geringe Rolle ...

Indessen zeigt der vorliegende Band: Es gibt anderes und es geht auch anders. Der „Zeitgeist“ – vom Dichter des klassischen Faust-Dramas generell als „der Herren eigner Geist“ charakterisiert – stieß und stößt auf Protest, Verurteilung und Widerstand. Unvoreingenommen und erkenntnisvermittelnd spiegeln die hier gesammelten und aus vier Jahrzehnten stammenden Reden, Aufsätze, Vorträge und Briefe eines „Achtundsechzigers“ viel von der Realität der sogenannten „kleinen“ Welt, aber auch von dem sich formierenden und auf die sog. „große“ Welt nicht ganz erfolglos einwirkenden Widerstand der Friedensbewegung. Und sie erlauben den Blick von „unten“ auf die Haupt- und Staatsaktionen der Großen, auf die Auseinandersetzungen mit allem, was belastete und bedrückte, was Widerstand herausforderte und zugleich bewirkte. Dokumentarisch belegt der Band den Blick eines von Menschlichkeit und Menschenrecht bewegten *homo politicus* auf das Weltgeschehen in den Zeiten des Kalten Krieges. Ein Lehrer, im besten Sinne des Wortes ein forschender Pädagoge in der Tradition des englischen *Schoolmasters*, stellt hier seine Reden und Texte vor, die im Laufe der Zeit aus alltäglichem Bemühen um eine sinnvolle Alternative zu herrschender Politik und bestehenden Verhältnissen erwuchsen. In der Regel waren diese als Material für den Tag gedacht, vielleicht auch für den Papierkorb des nächsten Tages. Die Manuskripte – dem eifrigen Sammler sei’s gedankt – blieben dennoch erhalten. So entstand ein eigenes und hier nun veröffentlichtes „Archiv“, das die Möglichkeit einer erinnernden, auch Orientierung ermöglichenden Zusammenschau bietet.

Dem Leser wird sicherlich mehreres auffallen. Da ist zum einen die sich in den Texten spiegelnde Beständigkeit im persönlichen Ringen um die erforderliche Klarheit des Wissens über Faschismus und Zweiten Weltkrieg, über deren Ursachen und Folgen. Wie viele aus jener Generation der „Kriegskinder“ beobachtet zunächst der Schüler, der Student, der angehende Lehrer mit wachen Augen, wie in der Bundesrepublik die Erinnerung an faschistische Untaten verdrängt wird. Ihn entsetzt, wie diese relativiert oder gar verharmlost werden, und er fragt danach, wie denn eigentlich ein 30. Januar 1933 passieren, wie es zum 1. September 1939 und zum 8. Mai 1945 kommen konnte. Keineswegs zufällig steht am Beginn die Annäherung an Bert Brecht. Diesen verteufeln die Protagonisten des Kalten Krieges, weil er sich als Kommunist und Bürger der DDR bekennt. Aber gerade von diesem Dichter ließ sich erfahren, wie sehr es in den Zeiten der weltweiten Auseinandersetzungen [14] zwischen den Weltmächten USA und UdSSR und ihren Bannerträgern auf deutschem Boden darauf ankam, daß friedenswillige Menschen alles unternehmen müssen, um eine Wiederholung des verheerenden Geschehens unter der braunen Herrschaft verhindern zu können.

Da ist aber auch die lebensprägende Erkenntnis, daß es für den, der verändernd eingreifen will, kein Stehenbleiben bei bloßer Betrachtung der Erscheinungen geben darf. Ursachenforschung gilt es zu

---

1 Lucien Febvre, Das Gewissen des Historikers, Frankfurt a. M. 1990, S. 13 f.

betreiben, denn ohne sie finden die Geschehnisse nun einmal keine Erklärung. Ohne sie führen Entsetzen und Empörung allenfalls zu heuchlerischer Betroffenheit, die sich zumeist sehr unverbindlich äußert, ohne Roß und Reiter zu benennen, allüberall und gleichermaßen für alle Opfer und Taten. Wieder geht der Blick zu Brecht, kennzeichnet dieser doch im Jahre 1935 im Kreise von Dichtern und Schriftstellern ein Problem, das damals alle humanistisch gesinnten Kräfte angesichts der mörderischen Untaten des Hitlerregimes bewegte: „Es mag mancher glauben, daß die Schilderung dieser Greuel genüge, besonders wenn großes literarisches Talent und echter Zorn die Schilderung eindringlich machen. Tatsächlich sind solche Schilderungen sehr wichtig. Hier geschehen Greuel. Das darf nicht sein. Hier werden Menschen geschlagen. Das soll nicht geschehen. Was braucht es da lange Erörterungen? Man wird aufspringen und den Peinigern in den Arm fallen ... das ist nicht so schwer. Aber dann kommt das Indenarmfallen, und das ist schon schwerer.“[2] So kam auch von Brecht her für Balzer die Erkenntnis, daß es der „Erörterungen“ bedarf, soll verändernd eingegriffen werden. Eigene Entrüstung ist notwendig, zugleich aber unzureichend. Daraus erwächst die Bereitschaft, aktiv Anteil an den Belangen der Gesellschaft zu nehmen, sich in deren Entwicklung einzubringen, sich zu engagieren. Brecht war es, der da lehrte, wie notwendig es sei, über die „Wurzel des Übels“ nachzudenken, über „die gesellschaftlichen Zustände“, die Roheit hervorbringen, denn solche komme nicht von der Roheit, sie „kommt von den Geschäften, die ohne sie nicht gemacht werden können.“[3] Und diese Erkenntnis mündet in den aufschlußreichen Satz, der ein Leitmotiv auch der vorliegenden Texte darstellen könnte: „Man kann den Schlag aufhalten, wenn man weiß, wann er fällt und wohin er fällt und warum, zu welchem Zweck er fällt.“[4]

Und da ist Mut, der aus den Texten spricht. Tatsächlich muß derjenige, der sich um Möglichkeiten des Eingreifens bemüht, Courage zeigen. Obrigkeiten und hörige Mehrheiten [15] wirken dem Ringen um demokratische Mitwirkung an den Entscheidungen des Staates oder um Veränderungen der Verhältnisse allzuoft entgegen. Breit ist die Palette der Mittel, welche die ökonomisch und politisch Mächtigen anwenden können. Die Praxis der existenzbeeinträchtigenden Berufsverbote, die disziplinierende Gestaltung der Arbeitsmarktpolitik, die konsequente Ausschaltung linken Gedankenguts aus den Massenmedien und vieles andere mehr lassen manchem Anpassung und opportunistische Duldsamkeit geraten erscheinen. Mut erfordert darüber hinaus auch, sich mit der erneuten Veröffentlichung des zeit- und altersgebunden Geschriebenen, zu den früheren Schwächen, Unzulänglichkeiten und begrenzten Einsichten zu bekennen.

In all dieser Hinsicht gilt: Ohne Zeitperspektive und historische Dimension vermag keiner in seiner Gegenwart verantwortungsvoll zu bestehen. Ohne sie kann menschliches Dasein nicht sinnvoll und an den Idealen der Humanität gemessen werden, seien sie christlicher, sozialistischer oder liberaler und bürgerlich-demokratischer Herkunft. Ideale orientieren sich an Geschichte, sie spielen stets eine wichtige Rolle, gleich ob positiven oder negativen Inhalts, gleich ob als Forderung an den politischen Gegner zu dessen „Vergangenheitsbewältigung“ oder als „Vergangenheitsverklärung“ hinsichtlich des eigenen Wirkens. Sich in humanistischem Sinne in die Belange der Gesellschaft und des Staates „einzumischen“, an welchem Platz man auch stehen und welches Gewicht die eigene Stimme auch haben mag, wird dem gerecht, was Verantwortung vor der Geschichte – mehr noch: vor einer menschlichen Zukunft in einer von Gerechtigkeit und Solidarität getragenen Gesellschaft zu nennen wäre.

Wie die Texte, so unterschiedlich sie im einzelnen auch sein mögen, zeigen, hat sich ihr Verfasser immer um die Belange der Gesellschaft gekümmert, sich zu Gunsten der Unterdrückten und Benachteiligten eingemischt und zugleich sich selbst erprobt. Darin liegt Beständigkeit gegenüber den wechselnden Zeiten, darin liegt ebenso Hoffnung auf den Wechsel der Zeiten. Gewiß wird er – wie jeder andere auch – sich fragen, welches Gewicht eigentlich dem eigenen Handeln zukommen kann. Der Autor wird es mir verzeihen, wenn ich mich hier – ihm selbst gewiß nicht gerecht werdend, aber an

---

2 Zit. nach Paris 1935. Erster Internationaler Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Kultur. Reden und Dokumente. Mit Materialien der Londoner Schriftstellerkonferenz 1936. Einleitung und Anhang von Wolfgang Klein, Berlin 1982, S. 138.

3 Ebenda, S. 140.

4 Ebenda, S. 138.

andere, bislang schweigsam Gebliebene wendend – in diesem Zusammenhang an eine Fabel erinnere. Sie wurde in den siebziger Jahren in einem DDR-Verlag veröffentlicht und handelt vom Gewicht des vermeintlich Gewichtslosen: „‚Sag mir, was wiegt eine Schneeflocke?‘ fragte die Tannenmeise die Wildtaube. ‚Nicht mehr als Nichts‘, gab sie zur Antwort. ‚Dann muß ich dir eine Geschichte erzählen‘, sagte die Meise. ‚Ich saß auf dem Ast einer Fichte, direkt am Stamm, als es zu schneien anfing; nicht etwa heftig mit Sturmgebraus, nein, wie im Traum, lautlos und ohne Schwere. Da ich nichts Besseres zu tun hatte, zählte ich die Schneeflocken, die auf die Zweige und Nadeln meines Astes fielen und darauf hängenblieben. Genau drei Millionen siebenhunderteinundvierzigtausend neunhundertzweiundfünfzig waren es. Als die drei Milli-[16]onen siebenhunderteinundvierzigtausend neunhundertdreiundfünfzigste Flocke niederfiel – nicht mehr als ein Nichts, wie Du sagst –, brach der Ast ab.‘ Damit flog sie davon. Die Taube, seit Noahs Zeiten eine Spezialistin in dieser Frage, sagte zu sich nach kurzem Nachdenken: ‚Vielleicht fehlt nur eines einzigen Menschen Stimme zum Frieden in der Welt.‘“[5]

Wer heute über die Situation der Linken meditiert, fragt sich wohl so manches Mal, ob nicht viel mehr Stimmen fehlen als nur die eines einzigen Mitkämpfers. Apathie und Resignation, Hoffnungslosigkeit und fatalistische Selbstaufgabe ließen in den letzten Jahren zahlreiche Menschen verstummen. Gegen den drohenden zweiten Golfkrieg, den die USA zu Beginn des Jahres 1998 mit aller Macht zu entfesseln trachteten, stand keine breite Friedensbewegung auf. Die jüngst in ungeahntem Ausmaß ausgeweiteten Ungerechtigkeiten der kapitaldominierten Marktwirtschaft werden ebenso wie der systematische Abbau demokratischer Grundlagen des gegenwärtigen Regierungssystems – zu erinnern ist z. B. an die Änderungen des Grundgesetzes, die den sogenannten großen Lauschangriff oder eine nationalistische Verschärfung der Asylpolitik ermöglichen – hingenommen, murrend zwar, doch nahezu widerstandslos. Ebenso hat mancher der alten „Achtundsechziger“ längst seinen Frieden mit dem kapitalistischen System geschlossen, und neue „Achtundsechziger“ stehen nur in geringer Zahl bereit, in die Bresche zu springen.

Liest man hier die Texte aus früheren Zeiten, wird man sich gewiß fragen, wie damals jemand dazu kam, persönlich und aktiv für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt einzutreten. Es waren wohl in erster Linie die Erlebnisse im Zweiten Weltkrieg und in den Nachkriegszeiten, die Eindrücke aus Luftschutzkellern und -bunkern, die jene Generation der „Kriegskinder“ und schließlich auch die Bewegung von 1968 geprägt haben. Beidem fühlt sich der Autor zugehörig, der in einem von liberalem Geist erfüllten Elternhaus aufwuchs – einem Pfarrhaus, in dem die „Frankfurter Hefte“ ebenso gelesen wurden wie „Der Aufbau“ – und sich früh mit dem Mief der Verdrängung und Verfälschung einer Vergangenheit, die nicht vergehen wollte, konfrontiert sah. So enthält die Rede des Abiturienten von 1960 bereits Topoi der in der zweiten Hälfte der 60er Jahre heranreifenden Studentenbewegung. In diese ordnete er sich allmählich und auf Umwegen ein. 1963 trat er der Humanistischen Studenten Union und zu Beginn des Jahres 1966 dem SDS bei. Über drei Jahrzehnte intensiver Tätigkeit als Lehrer folgten.

Die Promotion erfolgte 1972. Es war Wolfgang Abendroth, der ihn für das Zusammenwirken von Christen und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik interessiert hatte, und damit [17] für ein Thema, das ihn bis heute nicht mehr los läßt. Die aus christlichem Glauben und politischer Erkenntnis getroffenen Lebensentscheidungen von Erwin Eckert, Heinz Kappes, Karl Kleinschmidt, Ludwig Simon und anderen religiösen Sozialisten boten dem Lehrer und Wissenschaftler immer wieder Anlaß zu Erörterungen über die Frage, warum es zu Faschismus und Krieg gekommen ist und welche Konsequenzen daraus für die Gegenwart zu ziehen sind. Zahlreiche Buchpublikationen zeugen davon.[6] Auch mit dieser außerberuflichen Arbeit wollte und will er „eingreifen“. Man lese beispielsweise den letzten Beitrag dieses Bandes, der davon zeugt, wie er von der Badischen Landeskirche jene historische Gerechtigkeit erzwingen möchte, die Erwin Eckert seit 1931 und seinem spektakulären Schritt in die verfemte Partei der deutschen Kommunisten verweigert wird. Zugleich zog die Friedensbewegung der achtziger Jahre, die durch den NATO-„Doppelbeschluß“ von 1979 ausgelöst worden war und im „Krefelder Appell“ ihren Kristallisationspunkt erlebte, den Autor in ihren Bann. Für mehr als

5 Kurt Kauter: Also sprach der Marabu, Rudolstadt, 2. Aufl. 1975, S. 87

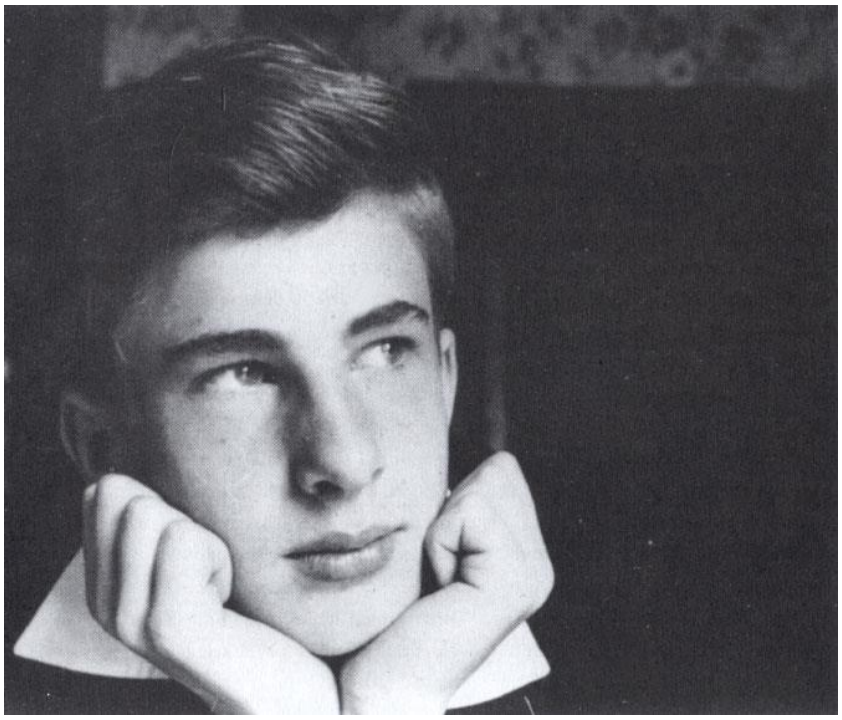
6 Siehe das Publikationsverzeichnis im Anhang.

ein Jahrzehnt fand Friedrich-Martin Balzer den Schwerpunkt seines gesellschaftlichen Engagements in der Friedensbewegung.

Die vorliegenden Manuskripte aus vier Jahrzehnten – eine Sammlung von vielfältige Themen berührenden Bruchstücken einer persönlichen Konfession – werden hier unverändert abgedruckt. Gelegentlich erfahren sie erläuternde, auf Zusammenhänge aufmerksam machende Zusätze. Fast alle Reden, Aufrufe, Appelle sind mit Nahestehenden diskutiert worden. Insbesondere in den Texten des „Marburger Forum“ spiegelt sich neben den eigenen Standpunkten auch die Diskussion im Sprecherkreis und in den monatlichen Sitzungen des „Marburger Forum“ wider.

„Es wechseln die Zeiten ...“ – dies erinnert beziehungsreich sowohl an das bekannte Brecht’sche Lied von der Moldau als auch an den alten lateinischen Spruch „Tempora mutantur et nos mutamur in illis“. Vieles verändert sich, doch trotz aller Niederlagen und Brüche bleibt berechtigte Hoffnung: Am Ende werden nicht allein die am Grunde des tschechischen Stromes liegenden Steine durch das weiche Wasser zerrieben werden. Auch die für das Ringen um Frieden und Demokratie aufgebrachte Energie wird nicht vergeblich gewesen sein. „Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine. Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag.“ Diese Zeilen ließ Brecht Frau Kopecka im Prager Wirtshaus „Zum Kelch“ singen, in dem während des Zweiten Weltkrieges der Schweyk über die wechselnden Zeiten sinnierte.

[18] Das titelgebende Zitat sei hier abschließend noch einmal mit den es fortsetzenden Worten angeführt: „Es wechseln die Zeiten, Die riesigen Pläne der Mächtigen kommen am Ende zum Halt. Und gehn sie einher auch wie blutige Hähne. Es wechseln die Zeiten, da hilft kein’ Gewalt.“[7] Es lohnt sich, es macht Sinn und prägt Persönlichkeit, für hehre Ziele der Menschheit einzutreten, sollten sie auch noch so utopisch sein, und in ihrem Sinne zu leben. Der eigene Beitrag bleibt zwangsläufig bescheiden, er ist dennoch unabdingbar, wenn es um eine bessere Zukunft geht, wenn zu verhindern ist, daß die Menschheit schuldig wird als eine Gemeinschaft desinteressierter, apathischer Zuschauer einer globalen Herrschaft des Unmenschlichen. Im Bunde mit anderen und für diesen sind eingreifendes Denken, sachliches Argument und leidenschaftliches Mitwirken jedes einzelnen geboten.



1956

[19]

7 Bertolt Brecht: Schweyk im zweiten Weltkrieg. In: Stücke, Bd. X, Berlin 1961, S. 91 f.

Hinter den Kulissen

Beitrag in der Schulzeitung (1958)*

„Am kommenden Donnerstag wird das Berliner Ballett im Rahmen der städtischen Kulturveranstaltungen das Programm der Berliner Festwochen zur Aufführung bringen“, so stand es in den Zeitungen.

Man bat mich, bei dieser Aufführung in der Garderobe und hinter den Kulissen zu helfen. Noch nie hatte ich so etwas erlebt und wußte darum nicht, was mich dort erwartete. Es wurde ein Erlebnis ganz besonderer Art, statt als Zuschauer sich zu erfreuen, hinter den Kulissen zu stehen, mitzuhelfen, mitzubangen, mitzuhoffen.

Schon vor der angesetzten Zeit bin ich im Park-Theater. Über schmale Treppen und dunkle Gänge gelange ich zur Theater-Garderobe. Kein Mensch ist da. Ganz still ist es hier unten. Nur über mir – da muß die Bühne sein – höre ich ein Klopfen und Hämmern. Langsam gehe ich die Treppe zur Bühne hinauf. Hier muß es sein. Vorsichtig mache ich die Türe auf: das also sind „die Bretter, die die Welt bedeuten“.

Geschäftig werden hier die letzten Vorbereitungen getroffen. Eigentlich bin ich ein wenig enttäuscht. Schwarze, zum Teil zerrissene Vorhänge grenzen die Bühne ab. Arbeiter in blauen Kitteln rennen mit Scheinwerfern über die Bühne, die von einem Schlangengewirr von Schnüren bedeckt ist. Regieanweisungen für die Scheinwerferleute werden durch den Raum gerufen. Der Zuschauerraum ist noch leer. Hier werden bald die Menschen hineinströmen, festlich gekleidet und voller Erwartung.

Mit Schrecken fällt mir plötzlich ein: ich muß ja wieder in die Garderobe. Ich bin ja gekommen, um zu helfen. Vielleicht ist inzwischen jemand da. Tatsächlich regt sich schon etwas. Lauter fremde Leute hasten von einem Raum zum anderen. Ganz kleinlaut stehe ich [20] da herum und komme mir wie ein Störenfried vor.

Endlich nimmt mich eine alte Frau im schwarzen Kittel mit in den winzigen Bügelraum, in dem eine andere Frau damit beschäftigt ist, die von der letzten Vorstellung noch vom Schweiß durchnäßten Kostüme wiederherzurichten. Beißender Geruch und der Duft der Schminken geben ein Gemisch, das man nicht definieren kann.

Inzwischen scheinen alle Tänzer und Tänzerinnen eingetrudelt zu sein. Aus ihren Garderoben höre ich das Stimmengewirr vieler Sprachen. Da wird französisch, englisch, spanisch, italienisch und schwedisch gesprochen. Sie kommen aus allen Nationen zusammen und werden durch die Kunst des Balletts, das alle Völker verbindet, zu einer bunten, fröhlichen Gemeinschaft vereint.

Auf dem Flur türmen sich große und kleine Koffer, beklebt mit Hotelschildern aus der ganzen Welt. London, Paris, New York, Chicago, Brüssel, Hamburg und München – das sind die Stationen einer großen Tournee –, und in der Bügelkammer erzählt die Garderobenfrau, die schon 60 Jahre alt ist und die die Tänzer „Mutter Litt“ nennen; diese Frau erzählt mit Tränen in den Augen von ihrem Berlin, das sie so sehr liebt wie das Theater.

---

* Apropos „Hinter den Kulissen“: Die Abiturzeitung des Jahrgangs 1960 schrieb über den Verfasser: „Friedrich Balzer – ein Pfarrerssohn, mit Caesarschnitt, – mit Oxford-Englisch und Schlotterschritt, – mit vielen Büchern (Spezi ist Brecht) – Seine Hobbies sind: Tonband und Frau’n – und das Theater. Da ist’s ihm auch recht, – nur hinter die Kulissen zu schaun.“ Aber nicht nur der Blick hinter die Kulissen des Theaters, sondern auch das eigene Theaterspielen, u. a. in dem Stück von Friedrich Dürrenmatt „Der Prozeß um des Esels Schatten“ waren prägende Erfahrungen des Politisierungsprozesses während der Schulzeit. Die Abiturzeitung selbst, die satirische und kritische Texte über unsere Lehrer zur Wiederverwendung“, u. a. in leichter Anlehnung an Horaz die „Verteidigungsrede eines deutschen Mithelfers von 1933 vor der Spruchkammer 1945“ [„Verwerft, o Freunde, meine Warnung nicht. Läßt jemand sich so führ’n wie dieser Wicht, Um dann die eigne Schuld nicht zu erkennen, Wird solch ein Mensch nicht wieder in sein Unglück rennen? Und rückt man ihm das Unternehmen nur ins rechte Licht, Ob er nicht nochmal gegen Ostland ficht?“] und die „Hausapotheke: Kräutertee nach bewährtem Hausrezept – Zusammensetzung: Deutsch-Rettersporm, Braunnessel, Habnichtsgewußt und andere Narkotika – täglich drei bis vier Tropfen“ enthielt, sollten die Autoren verbrennen, weil ihnen der Entzug der „sittlichen Reife“ angedroht worden war.

Auf der Bühne ist immer noch geschäftiges Treiben. Tänzer und Tänzerinnen trainieren; Pressefotografen laufen eilfertig über die Bühne, um ein besonders gutes Photo für ihre Zeitung zu erhaschen.

Hinter dem Vorhang, abseits vom Scheinwerferlicht, hocken die Bühnenarbeiter und essen ihre „Stulle“. Die Scheinwerferleute stehen einsatzbereit auf ihrem Posten.

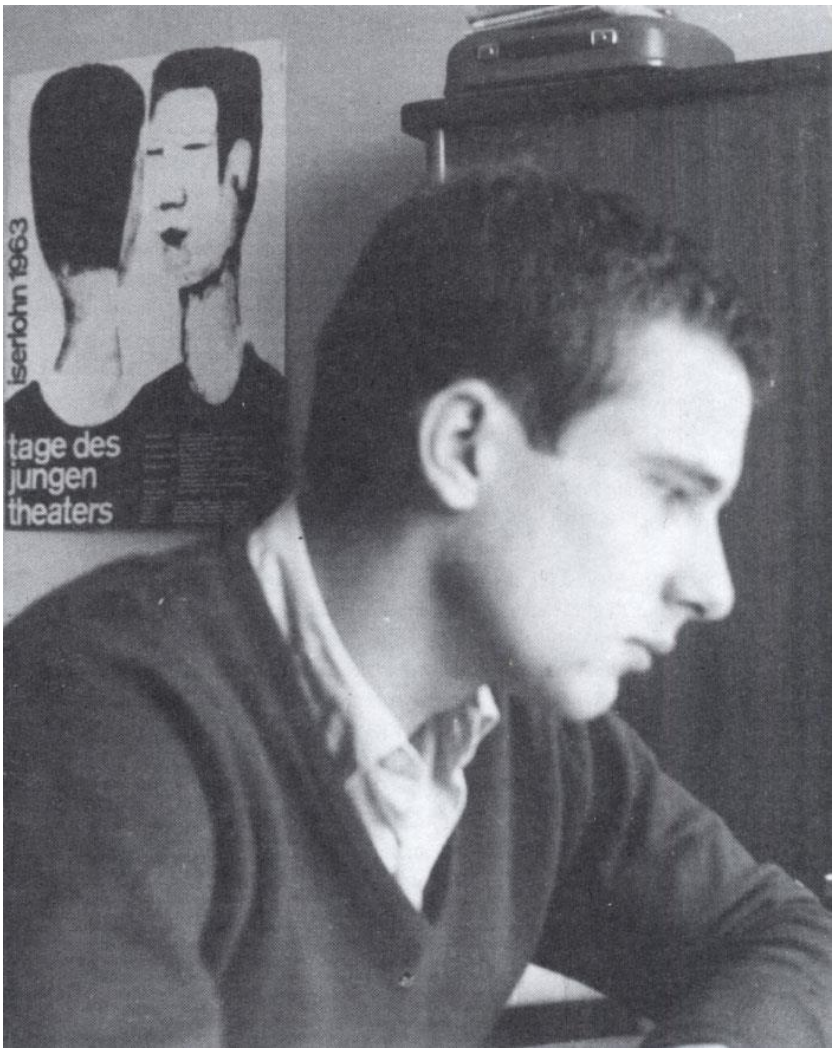
Aus dem Zuschauerraum dringt nur noch verhaltenes Murmeln. Langsam verlöschen die Lichter. Eine geheimnisvolle Stille legt sich über die Theaterbesucher.

Dann hebt sich der Vorhang. Jeder auf der Bühne ist bemüht, sein Bestes zu geben, die einen von allen gesehen und bewundert, die anderen ungesehen hinter den Kulissen.

Das Publikum verharrt schweigend bis zum Schluß. Erst dann ist der Bann von ihm genommen, und mit Begeisterung überschüttet es die Tänzer mit einem Applaus, der gar nicht enden will. Sie nehmen ihn als Lohn für ihre mühevolle Arbeit.

Langsam verlassen die Besucher den Saal. Das Spiel ist aus, wie eine Seifenblase, die in allen Farben geschillert hat und dann zerplatzt.

[21] Ich schiebe mich durch die Menge der ungeduldig wartenden Autogrammjäger und gehe nach Hause, traurig, mich aus der Atmosphäre dieses Abends lösen zu müssen.



1964

[22]

Bert Brecht

Die andere Deutschstunde – Ein Schülerreferat (1959)*

Auf der Suche nach einer passenden und eigenständigen Form, Bert Brecht und sein Werk nahezubringen, boten sich mir verschiedene Möglichkeiten an.

Die erste hätte darin bestanden, meine erste Begegnung mit dem Werk Bert Brechts zu schildern. Diese ereignete sich im „Theater am Schiffbauerdamm“, an der Wirkungsstätte Brechts, einer Bühne, von der sein Werk aus berufenem Munde und unverfälscht zu uns spricht, mitten im kommunistischen Deutschland. Man hätte von dem Unbehagen sprechen müssen, das einen befällt, wenn man im kommunistischen Deutschland das Werk des Kommunisten Brecht – und als solcher hat er sich gefühlt (an dieser Tatsache kommen wir nicht vorbei) – auf der Bühne sieht.

Meine Aufgabe hätte darin bestanden, das Unbehagen zu beseitigen, das durch die Zweiteilung Deutschlands und die Zweiteilung der Welt überhaupt nicht nur in geographische, sondern auch denkerische Hälften hervorgerufen wird. Dieses West-Ost-Denken hat zur Folge, daß wir bei dem Wort „Kommunist“ abschalten, weil wir automatisch mit ihm das Bild eines teuflischen Bösewichts und Verbrechers, der die Gemeinschaft der Menschen bedroht, verbinden.

Sicherlich, Bert Brecht wird für uns problematisch bleiben, da er, mehr oder minder, gewollt oder ungewollt, ein Regime unterstützt hat, das wir nicht anerkennen wollen und können.

Man kann den Marxisten Brecht aber nicht vom Dichter und Dramatiker Brecht trennen; das ist eine Person. Wie sehr gerade Brechts Aussagen über den Menschen unserer Zeit allgemeingültigen Charakter tragen, hat Volker Klotz in seiner Studie „Bert Brecht, Versuch über das Werk“ ja nachgewiesen.

Soll also das Unbehagen dazu führen, daß wir den Dichter und Dramatiker Brecht beiseiteschieben? Warum verspüren wir denn nach den Erfahrungen zweier Weltkriege kein Unbehagen, wenn wir in der Schule „Iphigenie“ lesen, wo der Glaube an den Menschen und [23] die Erlösung des Menschen durch den Menschen und seine edle Menschlichkeit verkündet wird?

Ein anderer Weg, einen Zugang zu dem Werk Bert Brechts zu gewinnen, hätte sich uns erschlossen, wenn wir ganz einfach von der Tatsache ausgegangen wären, daß Brecht im Ausland als der größte deutsche Dramatiker gilt. Im „Observer“ schreibt Sebastian Haffner: „Heute muß ausgesprochen werden, daß Deutschland und die Welt in Bertold (sic.) Brecht einen schöpferischen Genius von allerhöchstem Rang verloren haben. Er war ohne Zweifel der größte deutsche Dichter seiner Nation und vielleicht mehr noch: trotz Schiller und Kleist der größte Dramatiker, den Deutschland jemals hervorgebracht hat. Er schuf einen neuen Stil und eine neue Schule des Theaters, die diese Kunstform für die nächsten ein oder zwei Generationen vor drohender Sterilität zu bewahren verspricht“. Dies will uns übertrieben und aus journalistischem Überschwung heraus geschrieben erscheinen. Dennoch sollte es uns zu denken geben, vor allen Dingen, da diese Stimme nicht allein steht. Aus Frankreich schreibt André Barsacq: „Bertold (sic.) Brecht ist die Verbindung von Poesie und Realismus im Theater glänzend gelungen. Die Schönheit seines Dialogs, die Großzügigkeit und die Schärfe seines Denkens stellen ihn an die Spitze des zeitgenössischen dramatischen Schaffens.“

Wer sich ein anschauliches Bild von der Ausstrahlungskraft Brechts auf das Ausland machen will, der schlage Rowohlts Monographie auf, und er wird bei der Vielzahl der ausländischen Brechtstudien erkennen, welchen Einfluß Brecht auf das moderne Welttheater ausübt.

Und in Deutschland? In Deutschland kommt hauptsächlich Siegfried Melchinger das Verdienst zu, immer wieder auf die Bedeutung Brechts im heutigen Welttheater und auf das Theater von Morgen

---

* Unter der wenige Monate später gehaltenen Abschiedsrede von der Schule steht der handschriftliche Vermerk aus Schillers „Don Carlos“: „Sagen Sie ihm, daß er für die Träume seiner Jugend soll Achtung tragen, wenn er Mann wird“. Der Deutschlehrer, Berufsvertriebenenfunktionär der „Pommerschen Landsmannschaft“ und späterer Träger des Bundesverdienstkreuzes, entgegnete mir 1959 auf meine Frage, warum ich in meinem Deutsch-Aufsatz die Männer und Frauen des 20. Juli nicht als Menschen ansehen dürfe, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, wenn auch spät, gerecht zu werden versuchten, erregt: „Das waren doch Verräter!“

hingewiesen zu haben. Melchinger kommt zu diesem Ergebnis durch die Besinnung auf die Urformen des Theaters. Das Theater von heute muß die Konkurrenz mit den Apparaten Film, Funk und Fernsehen aufnehmen. Dies kann es aber nur, wenn es ihre eigentümlichen Möglichkeiten ausschöpft. Brechts antifilmische Darstellung kommt dabei eine beispielgebende und richtungweisende Bedeutung zu.

Ebenso hätten wir die Brechtmonographie des Rowohlt-Verlages zur Grundlage unserer Betrachtung machen können, die die Entwicklung Brechts vom totgelaufenen Expressionismus zu einer neuen Theatertechnik der Verfremdung und Provokation, die allgemein mit dem Etiquette des epischen Theaters bezeichnet werden, nachzeichnet.

Wir hätten auch den Weg beschreiten können, den Volker Klotz in seiner Interpretation des Werkes Bert Brechts versucht hat. Wir wären zu überraschenden Ergebnissen gekommen.

Schließlich hätten wir das Werk Bert Brechts unter dem Blickwinkel der Darstellung [24] deutscher Geschichte betrachten können. [Es folgen Stichworte zu einer eindrücklichen Brecht-Veranstaltung am Totensonntag im Feuerwehrgerätehaus in Iserlohn] (Totensonntag – Brecht: aktuell-heilsame Provokation unserer Zeit – Heraufbeschwören einer Kriegsgefahr durch Brecht-Worte und Sirenengeheul – Achtung jeglichen Krieges – eine Totensonntagsgedenkstunde, die nicht in der Trauer über die Toten von gestern verharrt, ihren Blick auf das Hier und Heute richtet – Vermächtnis eines Toten gegen den sinnlosen Tod und für die Lebendigen – Totensonntag: nicht gedenken, sondern bedenken).

Alle diese Möglichkeiten stehen offen, um in das Werk Bert Brechts tiefer einzudringen. Ihre Vielzahl ist sinnfälliger Ausdruck dafür, wie vielschichtig Bert Brecht und sein Werk sind.

Seit Monaten aber beschäftigt mich ein Gedanke, der mich seither nicht wieder losgelassen hat. Es ist der Vergleich von Brecht und Schiller. Mit Freude habe ich dann eine Bestätigung meines Gedankenganges zur Kenntnis genommen, die in einem Aufsatz anläßlich der diesjährigen Schiller-Feiern in der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 19.12.1959 zum Ausdruck kam. Es heißt da zu Beginn dieses Aufsatzes: „Schiller und Brecht, beide große Theaterpraktiker und Theaterexperimentierer, beide zugleich Theoretiker ihres Theaters, hier der Dialektiker – dort der Vorkämpfer für die Freiheit des Geistes: das ist das erregende Thema, dem die Schillerfeiern dieses Jahres nicht hätten ausweichen sollen. Es sehen, heißt Schillers eigentümliche Leistungen neu verstehen, heißt Brechts eigentümliche Leistung nicht kritiklos, aber ohne Vorurteil gegenüberstehen“. (Das ist die wahre Funktion des Klassikers: nicht als schwerer Schatten der Vergangenheit die literarische Entwicklung hemmen, sondern als energetisches Prinzip die Entwicklung beschleunigen oder lenken.)

Hierdurch bestätigt möchte ich es also wagen, Brecht unter dem Blickwinkel des Vergleichs mit Schiller zu betrachten. Dabei stößt das folgende sozusagen in Neuland vor und kann und soll Grundlage einer Diskussion sein.

Wollten wir Schillers Werk auf einen gemeinsamen Nenner bringen, so wäre es der Ausspruch Goethes über die Freiheit, die in Schillers Werk an hervorragender Stelle steht: „Die Idee von Freiheit geht durch alle Werke Schillers, und diese Idee nahm eine andere Gestalt an, so wie er in seiner Kultur weiterging und selbst ein anderer wurde. In seiner Jugend war es die physische Freiheit, die ihm zu schaffen machte und die in seine Dichtung überging. In seinem reiferen Leben, wo er der physischen Freiheit genug hatte, ging er zur ideellen über, und ich möchte sagen, daß diese Idee ihn getötet hat. Denn er machte damit Anforderungen an seine physische Natur, die für seine Kräfte zu gewaltsam waren“.

Unter physischer Freiheit, so möchten wir meinen, versteht Goethe die Freiheit wovon und unter ideeller die Freiheit wozu. Während sich die Freiheit wovon auf gegenwärtige Zustände [25] bezieht, hat die Freiheit wozu ein Ziel.

Führen wir für die Freiheit wovon nun die Vokabel Anklage und für die Freiheit wozu die Vokabel Erziehung ein, so wird die Verwandtschaft Brechts mit Schiller greifbar deutlich.

Wider die resignierte Vernünftigkeit

Abiturentlassungsrede am Märkischen Gymnasium in Iserlohn (1960)*

[...] Als junge Menschen sind wir Ihnen oft mit Mißtrauen, Kritiklust und Widerspruchsgeist begegnet. Und Sie meinten manchmal, uns deshalb Unreife vorwerfen zu müssen. Jetzt aber wollen Sie uns das Zeugnis der Reife aushändigen – nur, weil wir eine Prüfung bestanden haben? Dieses Dokument, das Reifezeugnis, gibt uns Anlaß zu fragen, was wir eigentlich unter Reife zu verstehen haben.

Wir sind mißtrauisch geworden gegenüber der Reife und wehren uns dagegen, das zu werden, was gemeinhin unter einem reifen Menschen verstanden wird, denn so schreibt Albert Schweitzer: „Was wir gewöhnlich als Reife an einem Menschen zu sehen bekommen, ist eine resignierte Vernünftigkeit“. Auf eine Vernünftigkeit, die das ständige Forschen nach der Richtigkeit des eigenen Tuns über Bord geworfen hat und es ersetzt hat durch Bequemlichkeit, weil es nun einmal einfacher und sicherer ist, sich an bestehende Verhältnisse anzupassen, auf eine solche Vernünftigkeit legen wir keinen Wert, und resignieren wollen wir erst recht nicht.

Albert Schweitzer schreibt weiter: „Der Ausdruck reif, auf den Menschen angewandt, war mir und ist mir noch immer etwas Unheimliches. Ich höre dabei Worte wie Verarmung, Verkümmerung, Abstumpfung als Dissonanzen mit erklingen. Einer erwirbt sie sich, indem er Stück um Stück die Gedanken und Überzeugungen preisgibt, die ihm in seiner Jugend teuer [26] waren.“ Nun, wenn die scheinbare Reife in dem Verzicht auf die Gedanken und Überzeugungen der Jugend besteht, können wir die echte Reife nur erlangen, wenn wir an ihnen festhalten. Wir stehen also in dieser Stunde weniger vor der Tatsache des Reifseins als vielmehr vor dem Gebot des Reifwerdens. Dieses Gebot wollen wir erfüllen.

Wir wollen aufgeschlossen bleiben gegenüber allen geistigen Strömungen, ohne uns dabei festzulegen, denn das bedeutete Einseitigkeit, Erstarrung und Verarmung. Wir wollen nach der Wahrheit streben und Gott suchen und ihn nicht als einen unverlierbaren Besitz nebst Garantieschein betrachten. Wir wollen unbequem sein den Mächten der Welt und wach gegen ihre Geschäftigkeit. Wir wollen mutig für Gerechtigkeit eintreten. Wir wollen kritisch sein und zweifeln gegenüber dem, was man uns als geprüft und richtig und unantastbar anbietet. Wir wollen unbelastet bleiben von Vorurteilen und nicht denen folgen, die das allgemeine Versagen nachträglich als Schicksal zu vertuschen und uns Blick und Kritik für die Vergangenheit zu lähmen suchen. Wir wollen uns nicht zur Resignation vor dem Rad der Geschichte verleiten und für die Zukunft untätig oder gefügig machen lassen.

Diese Maximen rufen bei den Erwachsenen wohl ein überraschtes, vielleicht wehmütiges Lächeln hervor. Die Wirklichkeit, die rauhe Wirklichkeit, so sagen sie, wird schon unter euren Wunschbildern aufräumen. Dieser Voraussage haben wir entgegenzusetzen: Wir glauben nicht, daß die Wirklichkeit etwas Naturgegebenes ist, dem man sich beugen muß. Wenn Ungerechtigkeit über Gerechtigkeit, Lüge über Wahrheit triumphieren, liegt das nicht daran, daß diejenigen, die zur Verantwortung gerufen waren, leichtfertig die Gedanken und Überzeugungen aufgegeben haben, denen sie sich in ihrer Jugend verpflichtet fühlten –?

Wir aber wollen uns die Kräfte der Jugend bewahren und die Wirklichkeit zu formen versuchen. Dazu lassen wir uns von den Versen Günter Eichs aufrufen: *„Nein, schlaft nicht, während die Ordner der Welt geschäftig sind! Seid mißtrauisch gegen ihre Macht, die sie vorgeben, für Euch erwerben zu müssen*! *Wacht darüber, daß Eure Herzen nicht leer sind, wenn mit der Leere Eurer Herzen gerechnet wird*! *Tut das Unnütze, singt die Lieder, die man aus Eurem Mund nicht erwartet. Seid unbequem, seid Sand, nicht das 01 im Getriebe der Welt!“* [27]

---

* Der Lehrer, auf den sich der Leserbrief in der „Westfalenpost“ wegen der zynischen „Aufarbeitung der Vergangenheit“ bezieht, drohte nach der Rede den Schülern des nachrückenden Abiturjahrgangs mit den Worten. „Wenn Ihr so rebellisch, nihilistisch und destruktiv wie der Balzer werdet, macht Ihr nie Abitur“.

„... kann nur darüber lächeln“ –

Leserbrief 1960

Die bekanntgewordene Reaktion der Vertriebenen auf die Äußerungen des Herrn Wernig und des Herrn Reymann kann von uns nur bedauert werden. Hätte nur einer dieser Vertriebenen das Memorandum („zweifelhaft“, so Herr Karger; „Landesverrat“ und „wer verzichtet, ist Kommunist“, so Herr Reymann) aufmerksam gelesen, könnte er Herrn Wernig das entgegenhalten, was in dem von ihm so vehement verteidigten Memorandum steht. Dort heißt es: „Niemand wird von der Bundesregierung erwarten, daß sie in einem solchen Augenblick (gemeint sind die bevorstehenden internationalen Verhandlungen über Deutschland) vorzeitig Positionen aufgibt und Ansprüche verschenkt.“ Damit erübrigt sich wohl auch die etwas naive Frage des Herrn Walde, wer denn überhaupt berechtigt sei, zu dieser Frage bindende Erklärungen abzugeben. Sicher nicht die „Acht“, Herr Wernig oder die Sprecher der Landsmannschaften.

Wie unaufmerksam die letzteren die Zeitung lesen, geht schon aus der rhetorischen Frage des Herrn Walde hervor, der meint, ob denn die Veröffentlichungen des Memorandums „zufällig“ zur gleichen Zeit der Vatikanerklärungen erfolgt sei. Diese Unterstellung ist sachlich falsch. Herr Wernig ist nicht in „Schlagwörtern“ befangen, „die in keiner Weise bewiesen sind“(Walde), sondern in Pathos. Das ist etwas ganz anderes. Apropos Beweise: Kennen die Vertriebenen alle den Stroop-Bericht?

Eine glatte Unwahrheit ist es, wenn Herr Walde behauptet: „Die deutschen Ostgrenzen sind seit Jahrhunderten die stabilsten in ganz Europa.“ Wer nur halbwegs dem Geschichtsunterricht in der Schule gefolgt ist, wird hierüber nur lächeln können. Warum hören die Vertriebenen eigentlich so auf das propagandistische Gebell des Herrn Ulbricht? Wer von Herrn Ulbricht akklamiert wird, muß damit rechnen, als „Landesverräter“ (Reymann) beschimpft und aufgefordert zu werden: „Packen Sie schleunigst Ihren Koffer“ (Karger) und verschwinden Sie hinter Zuchthausmauern. Sorgen diese gleichen Leute sich etwa, wenn die Forderung nach Selbstbestimmung vom „Reichsruf“ und von der „Soldatenzeitung“ mißbraucht wird? Ist es kein Mißbrauch, wenn Herr Ulbricht zum Memorandum oder zum Fall Dehler propagandistisch Stellung nimmt? [28]

Aufarbeitung der Vergangenheit

Leserbrief an die „Westfalenpost“ (1961)

Manche Leute glauben, daß es besser sei, über unsere jüngste Geschichte zu schweigen und ein neues Kapitel im Buch der Geschichte aufzuschlagen. Sie empfinden allein die Tatsache, daß man zu dem, was einem über das 3. Reich gesagt wird, kritisch Stellung nimmt, als eine Beleidigung, gehöre doch so viel Mut dazu, über ein so „heikles“ Thema überhaupt zu sprechen.

Nun, gehört wirklich so viel Mut dazu, als Geschichtslehrer eines Gymnasiums über das dunkelste Kapitel unserer deutschen Geschichte zu sprechen?

Aber sehen wir uns den Mut eines Studienrats „zur Wiederverwendung“ einmal näher an. Es ist mutig, die Hintergründe um die Machtergreifung so darzustellen, als ob es sich lediglich um demokratische Koalitionsverhandlungen gehandelt hätte. Ich bewundere den Mut, den Eindruck entstehen zu lassen, als ob die NSDAP, kurz vor dem finanziellen Ruin, vom Ausland die notwendige Unterstützung erhalten hätte – und die deutsche Finanz hat sich da ganz herausgehalten? Die Auswahl der Dokumente ist schon immer eine Sache der Interpretation gewesen.

Als Dokumente werden jene Memoiren der Hauptintriganten um den 30.1.1933 herangezogen, von denen Golo Mann in seiner Deutschen Geschichte schreibt, daß sie immer „Apologie“ sind, wenn es nicht gerade sogenannte Gedächtnistäuschung ist.

Es gehört heute noch Mut dazu, den Abschnitt „Judenverfolgung und Judenausrottung im 3. Reich“ mit Referaten über das Rassenproblem in den Südstaaten der USA zu eröffnen.

Im Ernst, diesen Mut wird man doch wohl noch anzweifeln dürfen. Meine Sorge, das sei abschließend gesagt, gilt nicht den Lehrern im 3. Reich, sondern ihrem Verhalten heute. [29]

Korporationen und Politik in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung des Wingolf

Eine Einladung an Professor Abendroth am 13. Dezember 1961*

Meine Verbindungsbrüder mögen es mir verzeihen, wenn ich das wiederhole, was ich anläßlich des 40. Stiftungsfestes gesagt habe. Es scheint mir als Einleitung des heutigen Vortrages ebenso geeignet zu sein: „Die ernsthafteste Kritik am Korporationsstudententum betrifft nicht Couleur und Comment, sondern den geistig-politischen Standort, von dem sie befürchtet, er sei noch der von 1910 oder 1930. Wir haben allen Grund, dem von uns aus nicht den Anschein der Berechtigung zu geben. Deklamationen aus dem Fenster oder peinliches Schweigen nützen wenig, sondern eine ernsthafte Erziehungsarbeit im staatsbürgerlich-politischen Bereich ist das beste Mittel, solche Befürchtungen gegenstandslos zu machen. Zudem ist es eine gute und wichtige Gegenwartsaufgabe und bewahrt u. a. davor, lediglich Vereinigung zur Pflege studentischen Brauchtums und studentischer Geselligkeit zu sein.“

Um den geistig-politischen Standort der Korporationen vor dem 2. Weltkrieg aus berufenem Mund kennenzulernen, haben wir Sie, verehrter Herr Professor Abendroth, eingeladen, auch an Hand der Ihnen vorher übergebenen Unterlagen über den Clausthaler Wingolf in den dreißiger Jahren, mit uns über dieses Thema zu sprechen. Ich freue mich sehr, daß Sie zu uns gekommen sind, und heiße Sie auf das herzlichste willkommen.

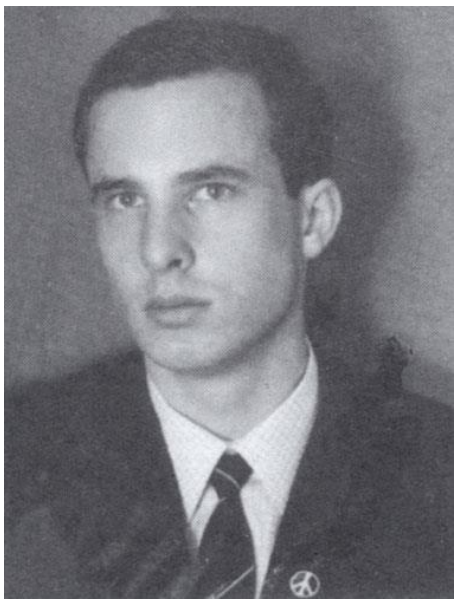
Ich nehme an, daß wohl niemand unter uns ist, der meint, solch ein Versuch bedeute, das [30] eigene Nest zu beschmutzen. Daß das Nest beschmutzt ist, stellt Hans Rothfels fest, wenn er sagt: „Die Gleichschaltung des akademischen Lebens ging mit einer beschämenden Hast vor sich und kam oft der tatsächlichen Erzwingung, an der es nicht gefehlt haben würde, mit unnötigen Verbeugungen zuvor.“

Wenn wir uns heute abend mit jener Vergangenheit beschäftigen, von der Kritiker befürchten, sie lebte heute in den Korporationen wieder auf, so tun wir es nicht der Vergangenheit wegen. Was nützt uns unser kumulatives schlechtes Gewissen? Wir tun es um der „Selbstbefreiung durch das Wissen“ willen, unserer Gegenwart willen.

Wenn eine katholische Verbindung in Marburg antisemitische Ergüsse von sich gibt und ein Korps extrem antiparlamentarische und antidemokratische Elemente innerhalb ihrer Gemeinschaft duldet, so können wir nicht dafür gerade stehen. Ob wir allerdings die Auffassung fürchten müssen, wir hätten als „Hilfsorgan der Universität“ keine Chance und Berechtigung, das wäre eine Diskussion wert. Ich darf Sie nun, verehrter Herr Professor Abendroth, bitten, das Wort zu ergreifen.

---

* Siehe hierzu Georg Fülberth, Schwieriger Übergang, in: Sozialismus, Nov. 1985, S. 29 f.: „Isoliert war er (Abendroth) schließlich auch lange Zeit in der Universität. Für die Mehrzahl seiner Kollegen und ihre Familien war er schlicht der ‚Zuchthäusler‘, nicht so sehr ein (sozusagen satisfaktionsfähiger) Gegner als ein – wie er selbst es charakterisierte – ‚Outcast‘ ... Den Tiefpunkt erreichte seine lokale Isolierung mit dem SPD-Ausschluß (1961). Daß er Mitglied der hessischen Regierungspartei war, hatte ihn bei seinen konservativen Kollegen zwar auch nicht beliebter gemacht, aber nach ihrer ganzen autoritären Denkungsart hielt es sie noch zu einer gewissen Minimalvorsicht an, die sie jetzt ebenfalls nicht mehr zu beachten brauchten. ... Aus dieser Situation hat ihn eigentlich erst die Studentenbewegung wieder herausgeholt. ... Bereits 1961 lud ihn erstmals eine farbentragende Verbindung in Marburg zu einem Vortrag über die Geschichte des Korporationswesens ein.“
Die Quellen zur Geschichte des Wingolf (Rundschreiben des Wingolf 1932–1936), die Abendroth 1961 vorgelegt worden waren, dienten inzwischen Eva Gottschaldt für ihre Untersuchung „Das ist die Tat unseres herrlichen Führers“. Die christlichen Studentenverbindungen Wingolf und der Nationalsozialismus. Hrsg.: Projekt Konservatismus und Wissenschaft e.V. und der Marburger Geschichtswerkstatt eV., Marburger Beiträge zur Geschichte und Gegenwart studentischer Verbindungen, Bd. 4, Marburg 1997.
Der Vortrag von Abendroth selbst erscheint demnächst unter dem Titel „Zur Mentalitätsgeschichte akademischer Mittelschichten zwischen den Weltkriegen. Studentische Korporationen in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung des Wingolf“.
Zur aktuellen Stellung des Clausthaler Wingolf siehe die „Marburger Erklärung“, die am 29. April 1996 von nur sechs studentischen Verbindungen, darunter dem Clausthaler Wingolf zu Marburg, unterzeichnet wurde. In der Grundsatzerklärung wenden sich die Unterzeichner gegen antidemokratisches und nationalistisches Denken in Vergangenheit und Gegenwart.



1960

[31]

Was darf und soll der Wingolf im politischen Bereich tun?

Ein Rechenschaftsbericht (1962)*

„Westdeutsche Studenten sind zuweilen bereit, ernsthaft und grundsätzlich zu fragen“, schrieb die Marburger Studentenzeitung „Sine – Sine“, und sie bezog sich damit auf jene Veranstaltung, die der Clausthaler Wingolf im Sommersemester 1961 im übervollen Auditorium Maximum der Philipps-Universität durchführte.

Auf den Plakaten, die zu dieser Veranstaltung einluden, stand „Was geht uns Eichmann an?“ Aber Eichmann war, wie sich herausstellte, nicht das Thema. Es ging um grundsätzliche Fragen, die helfen sollten zu klären, was wirklich geschehen ist, wie es kam, daß ein Eichmann möglich wurde, was sich tun läßt, um eine Wiederholung zu verhindern.

Eingeladen hatten wir Robert Neumann, der vielen durch seine Bücher oder durch seine im NDR gesendete Hörfolge „Ausflüchte unseres Gewissens“ (als Broschüre erschienen im Verlag für Zeitgeschichte, Hannover) oder durch seinen Bildband „Hitler, Aufstieg und Untergang des Dritten Reiches“ (Verlag Kurt Desch, München) bekannt ist.

„Sine – Sine“ schrieb über den deutschen Schriftsteller und Juden, der 1933 ins englische [32] Exil ging: „Sein Ton war jene Sachlichkeit, die nicht aus der Distanz, sondern gerade aus der überwältigenden Vertrautheit mit menschlichen Schicksalen entsteht. Neumann sprach in dem Selbstbewußtsein, ja Sendungsbewußtsein seines Volkes, zugleich aber in geradezu bedrückender Toleranz und Freundlichkeit. Ein besserer Redner zum Thema war kaum denkbar.“

Die lebhafte Diskussion, die erfreulicherweise mehr als 2/3 des Abends beanspruchte, wurde geleitet von Philister Dr. K. B. Ritter, dem wir an dieser Stelle noch einmal unseren herzlichen Dank sagen. Neumann: „Er war der beste Typ des Kirchenmannes, den es im Dritten Reich gab.“

Der Norddeutsche Rundfunk übertrug in einer 1 3/4stündigen Abendsendung diesen Vortrags- und Diskussionsabend. Der Clausthaler Wingolf hat sich damit an eine breite Öffentlichkeit gewandt und eine Antwort auf die Frage gegeben „Was darf und soll der Wingolf im politischen Bereich tun?“

---

* Neben der Veranstaltung mit Robert Neumann im SS 1961 gehört die Teilnahme an der Veranstaltung des LSD mit dem Volkskammerpräsidenten Johannes Dieckmann im Januar 1961 im Marbacher „Kurhaus“ zu den prägenden Erfahrungen der frühen 60er Jahre. (siehe hierzu: Reinhard Hübsch, „Dieckmann raus – Hängt ihn auf!“ – Der Besuch des DDR-Volkskammerpräsidenten Johannes Dieckmann am 13. Januar 1961 in Marburg, Bonn 1995) Die „politische Bildungsarbeit“ wurde im WS 1962/63 fortgesetzt mit einer weiteren Veranstaltung im Audi Max mit Professor Harry Pross über das Thema „Notwendige Revision des deutschen Geschichtsbildes“, im SS 1964 mit einer Podiumsdiskussion zum Thema „Soll die Universität Marburg mit der Universität Ost-Berlin sprechen?“ An dieser Veranstaltung nahmen Robert Neumann, Wolfgang Abendroth, Kurt Lenk, Heinz Maus und Hans Conzelmann [„Alter Herr“ des Wingolf] teil (siehe „Die Zeit“ „Mauerdurchlöcherung“ vom 29.5.1964 und das inzwischen erschienene Buch: Reinhard Hübsch/Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), „Operation Mauerdurchlöcherung“, Robert Neumann und der deutsch-deutsche Dialog, Bonn 1994). Außerdem fuhr der Clausthaler Wingolf nach Frankfurt, um am Auschwitz-Prozeß teilzunehmen. Anschließend fand eine Diskussionsveranstaltung mit dem Nebenkläger im Auschwitz-Prozeß, Henry Ormond, in Marburg statt. Weitere Veranstaltungen fanden mit Erich Matthias, Gerhard Jahn und dem MdB Merten(SPD) statt. Letzterer stieß auf heftige Kritik wegen der zustimmenden Haltung der SPD zu den Notstandsgesetzen und zum US-amerikanischen Vietnamkrieg sowie wegen der Weigerung der SPD, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen. Wie der demokratische Aufbruch innerhalb einzelner studentischer Verbindungen, vor allem der sogenannten „nicht-schlagenden“, mit der entstehenden Studentenbewegung parallel lief, macht auch die Tatsache deutlich, daß die öffentlichen Veranstaltungen nicht etwa mit den im Marburger Informationsring (MIR) zusammengeschlossenen Korporationen, die zu Beginn der 60er Jahre noch die Mehrheit im ASTA stellten, getragen, sondern in Zusammenarbeit mit der HSU, dem LSD, dem SDS, der FAU und dem Referenten für „staatsbürgerliche Erziehung“ im ASTA, der dem USDS angehörte, veranstaltet wurden. Im Juli 1965 erfolgte nach dreijähriger Mitgliedschaft in der Humanistischen Studentenunion (HSU) der Aufnahmeantrag an den SDS und am 20.12.1965 der Austritt des Verfassers aus dem Clausthaler Wingolf. In dem ausführlichen Begründungsschreiben hieß es u. a.: „Solange bei feierlichen Kommersen der deutschen Soldaten des 2. Weltkriegs feierlich gedacht wird, so als hätten sie das Vaterland verteidigt, solange Reden auf das ‚Vaterland‘ gehalten werden, deren *Funktion*, nicht unbedingt deren *Intention* es ist, Mittel des Kalten Krieges zwischen beiden deutschen Staaten zu sein, ist es besser, diese institutionelle Erstarrung zu beseitigen, oder wenn dies nicht gelingt, die Erfolglosigkeit eines solchen Unterfangens einzusehen und die Konsequenzen des Austritts zu ziehen.“

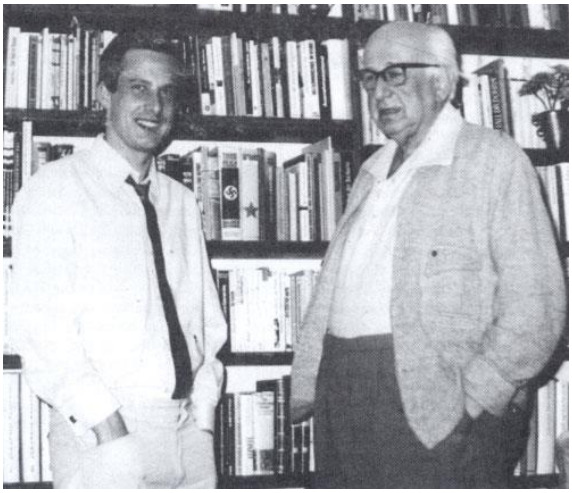
Grundsätzlich hatten wir diese Frage beantwortet, noch bevor uns das Thema der Zentraldiskussion bekannt wurde, als wir uns einhellig hinter den Aufsatz von Philister Dr. J. F. G. Goethers stellten (Wingolfsblätter November 1957). Im Wintersemester gingen wir in Erinnerung an Robert Neumanns Satz „Es gibt keine solidarische Schuld; es gibt nur eine solidarische Verpflichtung zu wissen und ehern entschlossen zu sein, es besser zu machen“ zunächst daran, unser Archiv aus den dreißiger Jahren, soweit es die Hochschulpolitik des Wingolf betraf, zu sichten und zu studieren. Dieses Studium bedeutete, um mit Friedrich Heer zu sprechen, „die Erfahrung einer ‚felix culpa‘, einer glückhaften Schuld, einer Bekehrung, die befreiend als Freude und Freiheit erlebt wird“. Die neuerliche Wingolfsgeschichte von Philister Dammermann kam uns bei der Orientierung als eine erste Hilfe zugute. Die Philister halfen, wo es an persönlicher Erfahrung und Vorstellung fehlte.

Anfang Dezember sprach Professor Wolfgang Abendroth, Professor für wissenschaftliche Politik an der Philipps-Universität, über „Korporationen und Politik in der Weimarer Republik bis zur Selbstauflösung im Dritten Reich unter besonderer Berücksichtigung des Wingolfs“. Auch dieser Vortrags- und Diskussionsabend, der eine heilsame Unruhe verbreitete, war nicht dazu angelegt, das „eigene Nest zu beschmutzen“, sondern uns durch das Wissen um das, was geschehen ist, selbst zu befreien und es besser machen zu können. Denn „wenn ihr es nicht wißt, könnt ihr es nicht besser machen“.

Prof. Abendroth bezweifelte nicht die Lebensberechtigung der Korporation als Hilfsorgan der Universität. Auch das Couleurtragen sei grundsätzlich wertneutral, wenn es nicht dazu führe, ein elitäres Denken und Bewußtsein zu entwickeln. Professor Abendroth erwarb sich die [33] Sympathien aller. Konnte es möglich sein, daß dieser Mann in der Bundesrepublik als ein Helfershelfer Ulbrichts verketzert wird? Niemand dachte daran, als er sich nach Mitternacht verabschiedete und seiner Freude über die freimütige und kritische Diskussion Ausdruck gab.

An einem anderen Abend sprachen ein politisch geschulter Araber von der Arabischen Liga und ein französischer Student mit uns über „Die eine Welt“. Es zeigte sich, daß menschliche Kontakte, auch in der Algerienfrage zwischen Arabern und Franzosen, eingefahrene Vorstellungen und Fronten, Gleichgültigkeit und Unwissenheit durchbrechen und politische Lösungen vorbereiten können. Unser arabischer Freund beschwor uns, im Wettlauf mit der Zeit und im Kampf um eine bessere Zukunft an der Seite der ehemaligen Kolonialländer zu stehen. Denn was morgen sein wird, dafür wird heute der Samen in den Boden gelegt. Nicht ohne Bedacht war als Motto dieses Abends ein arabischer Sinnspruch aus dem 12/13. Jahrhundert gewählt: „Die Ernt ist wie die Saat; / drum, was ihr sät, seht. / Ein Tor, wer früh versäumt hat und zu spät späht.“

Ein geplanter Diskussionsabend mit Dr. Gerhard Jahn, MdB, über „Was sollen wir mit der Demokratie anfangen?“ mußte auf das kommende Semester verschoben werden. Die Frage nach dem, was der Wingolf im politischen Bereich tun soll und darf, wird dann nicht mehr gestellt werden. Die Antworten bleiben. Die Arbeit wird fortgesetzt.



Zusammen mit Robert Neumann 1968 in Locarno-Monti

[34]

Der erste Griff nach der Weltmacht. Lebensraum im Osten

Proseminararbeit (1963)*

„Rußland“ muß „von der deutschen Grenze *nach Möglichkeit* abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden“[1]. Dieser vage wie weitgehende, programmatische Satz, geschrieben auf dem Höhepunkt der Marneschlacht und in Erwartung eines Siegfriedens im Westen, ist in Bezug auf die Kriegsziele im Osten der Kernsatz des Bethmann Hollweg’schen Kriegszielprogramms vom 9. September 1914. Aus ihm spricht das ungetrübte Vertrauen in die eigene militärische Überlegenheit, die die unabdingbare Voraussetzung für die Verwirklichung der auf eine deutsche Weltmachtstellung hinauslaufenden Kriegsziele darstellt. Zwei Monate später jedoch ist solcher Optimismus einer realistischeren Einschätzung der Lage gewichen. Am 18. November erklärt der Chef des Generalstabes, Falkenhayn, Bethmann Hollweg unumwunden, daß eine militärische Niederwerfung, eine „völlige Besiegung und Vernichtung unserer Gegner ... in entscheidender Schlacht ... ausgeschlossen“ sei. „Solange Rußland, Frankreich und England zusammenhielten, sei es uns unmöglich, unsere Gegner so zu besiegen, daß wir zu einem „anständigen“ Frieden kämen. Wir würden vielmehr Gefahr laufen, uns langsam zu erschöpfen.“[2] Die militärische wie die politische Führung erkannte, daß die Aussichten auf einen militärischen Sieg und damit auf einen Diktatfrieden nicht mehr bestanden, wenn sie überhaupt je [35] bestanden hatten. Man mußte versuchen, sein Heil darin zu suchen, mit der einen oder anderen Seite einen Sonderfrieden zu schließen. Sonderfrieden bedeutete jedoch Reduzierung der Kriegsziele an der Front, an der sich eine Friedensmöglichkeit zu bieten schien. Wenn also die Reichsleitung ab Mitte November 1914 darauf verzichtete, verzichten mußte, die nichtrussischen Randstaaten vom russischen Joch zu „befreien“ um sie unter das deutsche zu bringen[3], sondern sich „lediglich“ auf sogenannte „Grenzverbesserungen“, „Grenzrektifikationen“, wie man das nannte, beschränkte, 50 ist dies nur „zu verstehen in der unmittelbaren Verbindung mit dem Entschluß des Kanzlers, unter dem Eindruck der schwierigen Gesamtlage Ende November/Anfang Dezember 1914 auf einer Seite, im Osten, zurückzustecken und einen Sonderfrieden mit Rußland anzustreben, in dessen Rahmen er eine solche begrenzte Annexion“, wie sich das Grenzstreifenprojekt in den Augen der Reichsregierung ausnimmt, „durchsetzen zu können hoffte, ohne den Abschluß des für notwendig erachteten Separatfriedens zu gefährden“.[4]

---

* Die in diesem Band versammelten Reden, Vorträge, Aufsätze und Briefe variieren sicherlich im Grad eines breiteren Interesses. Aber als Zusammenstellung von persönlichen Bruchstücken einer kleinen Konfession fehlen auch jene Texte nicht, die tastende Anfänge markieren – nur wer sagt, was er denkt, kann herausfinden, ob er richtig denkt – und persönlich wichtige Erfahrungen spiegeln. Am Beispiel der nachfolgenden Proseminararbeit soll dies verdeutlicht werden: Zu Recht könnte gefragt werden, warum die jetzige Veröffentlichung einer historischen Fingerübung aus dem Jahre 1963 auf dem Hintergrund von Fritz Fischers bahnbrechendem Buch über den ersten Griff nach der Weltmacht, also den deutschen Imperialismus, von allgemeinem Interesse sein soll. Aber ohne die persönliche Erfahrung und Einsicht in die *Tatsachen* der deutschen Kriegszielplanung vor dem Ersten Weltkrieg – Ergebnis der Verschmelzung von wirtschaftlichen und militär-strategischen Interessen einerseits und Regierungspolitik andererseits – fällt die Beurteilung der Weimarer Republik, des Faschismus und der westdeutschen Nachkriegsentwicklung anders aus. Daß die Forschungen und Analysen u. a. von Wolfgang Abendroth, Reinhard Kühnl, Reinhard Opitz, Wolfgang Ruge, Manfred Weißbecker, Emil Carlebach und Helmut Ridder, der die „deutsche juristische Weltanschauung“ auf seine hergebrachten und fortwährenden antirevolutionären, antidemokratischen Traditionen offenlegte, die Auffassung Fischers ergänzen und vertiefen, wonach der deutsche Faschismus „kein Betriebsunfall“ war, ist unbestreitbar. Der Sonderweg der deutschen Geschichte bleibt ohne die „verspätete Nation“ (Helmut Plessner), ohne siegreiche bürgerliche Revolution und ohne die Erkenntnis von der „Ungleichzeitigkeit“ (Ernst Bloch) der deutschen Sonderentwicklung unverständlich. Meine eigenen seit 1966 betriebenen Studien zu Erwin Ecken fanden übrigens eine späte Bestätigung durch Fritz Fischer, als dieser mir am 20.1.1998 dankte: für die Zusendung eines „Buches über Erwin Eckert, den ich selbst persönlich gekannt habe und mit dem mich gleichgerichtete Überzeugungen und Bestrebungen verbanden. Ich freue mich sehr, daß durch Ihr Buch die Persönlichkeit von Erwin Eckert einer jüngeren Generation vor Augen gestellt und seine Ideen und sein Streben erneuert werden.“

1 Zit. nach Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1962, 2. Aufl., S. 111.

2 Zit. nach Egmont Zechlin, Friedensbestrebungen und Revolutionsversuche, Aus: Politik und Zeitgeschehen, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ vom 17.5.1961, S. 275, Sp. l.

3 Das hinderte die Reichsleitung jedoch nicht daran, soziale und nationale Bestrebungen in den Randstaaten „schonungslos und rücksichtslos“ zu unterstützen und für die Aushöhlung von innen auszunutzen.

4 Fischer, Weltmacht, a. a. O., S. 125.

So ging man in aller Stille und Heimlichkeit im Rahmen der Reichsleitung daran, die Fragen, die mit einer eventuellen „Grenzverbesserung“ zusammenhingen, systematisch und mit emsiger Aktivität zu untersuchen. Die Initiative lag bei der Reichsleitung, die nun zum Zentrum der Kriegszielerörterungen im Osten wurde, indem sie führende Siedlungsexperten, Männer der Verwaltung und des Militärs um gutachtliche Stellungnahme bat. Anfang Dezember erteilt Unterstaatssekretär Wahnschaffe dem Präsidenten der Ansiedlungskommission, Geheimrat Ganse, den Auftrag, für den Reichskanzler ein Gutachten über die Möglichkeiten der Annexion und „Evakuierung“ östlich der deutschen Grenze auszuarbeiten. Am 6. Dezember bittet Bethmann-Hollweg den ranghöchsten Militär im Osten, Hindenburg, um seine gutachtliche Stellungnahme zur gewünschten Neugestaltung der deutschen Ostgrenze. Am 20. Dezember sendet der Oberpräsident von Ostpreußen, von Batocki, an Wahnschaffe zwei Denkschriften. Batocki wünscht in seiner Denkschrift „Zum Weltfrieden 1915, von einem Ostpreußen“ „im Interesse des Weltfriedens“, wie er sich ausdrückt, einen strategischen Schutz sowie die „Gleichberechtigung und Ausdehnungsmöglichkeit für die wachsende Bevölkerung“[5]. Gleichberechtigung, das soll heißen, sich auf eine Stufe mit den bereits etablierten Weltmächten stellen. Strategischer Schutz und Ausdehnungsmöglichkeit, das kann nur heißen Annexion. Das nach Batocki im Rahmen einer „Grenzverbesserung“ zu annektierende Gebiet umfaßt „lediglich“ 36.000 qkm – das entspricht einer knappen halben Fläche des heutigen Österreich – mit rund 2 Millionen Einwohnern, davon nur 130.000 [36] Deutsche. Doch damit nicht genug. Nach Erhalt dieser Denkschrift weist Wahnschaffe am 28. Dezember den Oberpräsidenten von Posen, Eisenhart-Rothe, an, eine Denkschrift zum gleichen Thema vorzulegen. Der preußische Innenminister Loebel meldet in dieser Zeit ebenfalls seine Annexionsforderungen an. Das ist der Stand der Entwicklung, vom Bethmann Hollweg’schen Septemberprogramm bis zur Beschränkung auf „Grenzverbesserungen“ am Jahresende 1914, als Wahnschaffe seinem alten Bekannten[6] und dem hinreichend bekannten Siedlungsexperten den Auftrag erteilt, für den Reichskanzler ein Gutachten anzufertigen: Friedrich W. von Schwerin.

Schwerin, Oberpräsident von Frankfurt/Oder seit 1908, Gründer und 1. Vorsitzender der „Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation“, hatte sich bereits als völkisch orientierter Siedlungsexperte einen solchen Namen gemacht, daß die Reichsleitung ungefähr wissen mußte, was sie erwartete, wenn sie gerade ihn zur gutachtlichen Stellungnahme bat.

Geboren 1862, erbte Schwerin Grafentitel und Großgrundbesitz. Seine Vorfahren stellten dem preußischen Staat eine Reihe von hohen Verwaltungsbeamten und Militärs zur Verfügung. Seine Mutter ist Baltin, was in der Unterstützung der baltendeutschen Agitation zugunsten einer Annexion der baltischen Provinzen seinen Niederschlag finden sollte. Als Student der Jurisprudenz tritt er bei der Gründung des „Vereins Deutscher Studenten (Kyffhäuserverband)“ (VDST) in Berlin hervor, in dem er auch die ersten Impulse eines neudeutschen Nationalismus, der mit völkischen und rassistischen Elementen stark durchsetzt ist, empfangen haben muß. Nach Abschluß des Studiums und standesgemäßer Militärausbildung verdient er sich seine ersten Sporen in der preußischen Ansiedlungskommission. Dort lernt er Alfred Hugenberg kennen, mit dem ihn fortan ein engeres persönliches und sachliches Verhältnis verbindet. Als Schwerin 1925 stirbt, soll es Hugenberg sich nicht haben nehmen lassen, am Grab seines langjährigen Freundes zu sprechen. Selbstverständlich ist Schwerin Mitglied des „Alldeutschen Verbandes“. Als solcher wird ihm die alldeutsche Forderung, „es gelte nach Osten und Südosten Ellenbogenraum zu gewinnen, um der germanischen Rasse diejenigen Lebensbedingungen zu sichern, deren sie zur vollen Entwicklung ihrer Kräfte bedarf, selbst wenn darüber solch minderwertige Völkchen wie Tschechen, Slowenen und Slowaken ihr für die Zivilisation nutzloses Dasein einbüßen sollten“[7], wohlvertraut sein. Gegen Ende des Krieges ist Schwerin Mitherausgeber der alldeutschen Zeitschrift „Deutschlands Erneuerung“, „wohl eines der extremsten Organe völkischen Nationalismus vor Hitler“[8]. Außer seiner Aktivität im alldeutschen Verband gehört Schwerin der „Vereinigung für das Deutschtum im [37] Ausland“ an und ist Vorstandsmitglied der „Vereinigung für deutsche Siedlung

---

5 Ebenda.

6 Wahnschaffe und Schwerin kennen sich aus der Zeit der gemeinsamen Tätigkeit im Innenministerium.

7 Alfred Kruck, Geschichte des Alldeutschen Verbandes, Wiesbaden 1954, S. 43.

8 Immanuel Geist, Der polnische Grenzstreifen 1914–1918, S. 80.

und Wanderung“. Außer ihm sitzen von Wangenheim (Bund der Landwirte) und der Industrielle Emil Kirdorf im Vorstand. Diese Zusammensetzung ist durchaus nicht zufällig, sondern typisch für die offensive Interessengemeinschaft von alldeutsch-völkischer Gesinnung, dem Drängen nach Landzuwachs und dem Wunsch nach wirtschaftlicher Machterweiterung. Dem „Ostmarkenverein zur Förderung des Deutschtums“ steht Schwerin durch persönliche Beziehungen und vor allem durch seine Gesinnung nahe. Mit seiner Denkschrift vom März 1915 steht Schwerin in direkter Nachfolge der preußischen Ostmarkenpolitik.

Der Titel der Denkschrift, die Schwerin ein Vierteljahr nach seiner offiziellen Beauftragung der Reichsleitung zustellt, umfaßt bereits das gesamte Programm: „Die Notwendigkeit und Möglichkeit, als Ziel des Krieges neues Siedlungsland im Anschluß an die Grenzen Deutschlands zu schaffen“. Das offizielle Gutachten beginnt mit dem lapidaren Satz: „Bei Beantwortung der Frage nach den Zielen des Krieges, der künftigen Entwicklung und Gestaltung des Deutschen Reiches, treten trotz aller Zurückhaltung, die zunächst hat geübt werden müssen, zwei Gesichtspunkte leitend hervor: derjenige der militärischen Sicherung unserer Weltmachtstellung oder richtiger gesagt: der Gewinnung der verbreiterten Grundlagen zu einer gesicherten Weltmachtstellung und derjenige des künftigen wirtschaftlichen Ausbaues unserer Verhältnisse. Mit anderen Worten, Macht und Reichtum des Deutschen Volkes sind für die breiten Schichten auf der Hand liegende Kampfziele“[9]. Als Allheilmittel empfiehlt Schwerin territoriale Expansion. Das „Deutsche Volk“, so schreibt Schwerin, sei ein „Herrenvolk“, wobei er „Deutsch“ in der Verbindung mit Volk groß schreibt. Dieses „Deutsche Volk“ sei das „größte Kolonisationsvolk der Erde“. Es müßten ihm erweiterte Grenzen gegeben werden, in denen es sich ausleben könne. Da aber die Erde überall besiedelt sei, könne Neuland nur auf Kosten Besitzender gewonnen werden. Sicherlich meint Schwerin damit nicht die Großgrundbesitzer im eigenen Volk, zu denen Wahnschaffe und er selbst gehören. Ein Volk wie das „Deutsche“ bedürfe „der steten Erweiterung seiner Grenzen“[10]. Schwerin appelliert an die Reichsregierung, die vielleicht nie wiederkehrende Chance dieses Krieges, den die Alldeutschen als „heilige Angelegenheit“, als Kampf der Germanen gegen die Slawen, als „Testfall für die deutsche Tüchtigkeit“ propagiert hatten, wahrzunehmen. „Der gegenwärtige Krieg bietet die Möglichkeit, vielleicht zum letzten Male in der Weltgeschichte, daß Deutschland seine kolonisatorische Mission nach dem Osten in entscheidender Weise wieder aufnimmt“[11]. Für den Augenblick verlangt Schwerin zur inneren und äußeren Befriedigung „lediglich“ polnisches Gebiet von knapp 33.000 qkm mit [38] rund 3,3 Millionen Einwohnern. Das zu annektierende Gebiet müsse „frei von Menschen“ gemacht werden. Schwerin denkt dabei an die Möglichkeit der „Verpflanzung“ aus dem Grenzstreifen in den zu errichtenden „polnischen Schutzstaat“, der selbstverständlich nur in völliger Abhängigkeit von Deutschland möglich sei. Die Juden würden ohnehin sich bei der Zwangsgermanisierung des Grenzstreifens veranlaßt sehen, nach Marokko oder Palästina auszuwandern. Hier spricht der durch den VDST antisemitisch geprägte Schwerin. Der so menschenleer abzuliefernde Grenzstreifen müsse mit Reichsdeutschen und Deutschrussen besiedelt werden. Dadurch würden die in den preußischen Ostprovinzen lebenden Polen isoliert. Wer sich dann immer noch nicht eindeutschen ließe, müsse in den Schutzstaat abgeschoben werden. Dieser ist ein durch völlige Unterordnung in militärischer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht unter die Interessen Deutschlands konzipierter Satelliten- oder Pufferstaat zum Schutz gegen den „Koloß“ Rußland. Nationalstaatliche und mitteleuropäische Konzeption stehen unverbunden nebeneinander. Indem Schwerin die strategischen, territorialen, wirtschaftlichen und politischen Grundlagen Deutschlands so verbreitert und verstärkt sieht, glaubt er die neugewonnene Weltmachtstellung Deutschlands auf die Dauer zu sichern. Die Denkschrift schließt mit einem Appell an die Eitelkeit des Kaisers als Mehrer des Reiches: „Gelingt es unserem Kaiser, als Preis der siegreichen Durchführung dieses Krieges dem Deutschen Volk das nötige Siedlungsland zu sichern, so steht sein Name in der Weltgeschichte unter denen geschrieben, denen für alle Zeiten das Deutschtum seine Grundlagen verdankt, denen das Größte in der Weltgeschichte gelungen ist, nicht bloß die *politischen* Grenzen

9 Fischer, Weltmacht, a. a. O., S. 188.
10 Geist, Grenzstreifen, a. a. O., S. 82.
11 Zit. nach Geist, a. a. O., S. 82.

seines Landes hinauszurücken, sondern die Grenzen und Grundlagen des *deutschen Volkstums* zu erweitern“[12].

Schwerin befand sich mit dieser Denkschrift weitgehend in Übereinstimmung mit der vertraulich-öffentlichen Meinung, die zugleich das Gedankengut der führenden Schicht des wilhelminischen Deutschland darstellt. Von den mannigfachen Belegen dieser Übereinstimmung sei nur an die Forderungen Krupps vom November 1914 erinnert. Sie enthalten bereits die Forderung nach „Angliederung von strategisch erforderlichen und für die deutsche landwirtschaftliche Aussiedlung erwünschtem Feindesland“, nach „Sicherung eines rein deutschen Landstreifens zwischen Altpreußen und Neupolen“ und nach „Kriegsentschädigung auch in Form von durch den bisherigen Feind zu enteignendem Land-, Bergwerks- und Industriebesitz“[13]. Wie ernst es Krupp mit diesen Forderungen meint, geht daraus hervor, daß er für deutsche Siedler in der „deutschen Ostmark oder solchen Gebieten ..., die östlich davon durch Friedensschluß etwa dem deutschen Reich angegliedert werden“[14], 3.700.000 [39] Mark zu stiften bereit ist. Am 20. Juni 1915 wurde in Berlin die *Intellektuelleneingabe* verabschiedet, an deren Zustandekommen Schwerin aktiv und maßgebend beteiligt gewesen ist. Der Teil, der die Kriegsziele im Osten behandelt, stammt wahrscheinlich von ihm und komprimiert noch einmal die völkische Siedlungs- und Lebensraumideologie des wilhelminischen Deutschland, die in nicht geringem Maße von dem Russenhaß der Alldeutschen Adligen und Baltendeutschen gespeist wurde[15]: „Es muß landwirtschaftliches Siedlungsland sein. Land, das gesunde Bauern, diesen Jungbrunnen aller Volks- und Staatskraft, bringt. Land, das die wirtschaftliche Unabhängigkeit Deutschlands vom Ausland durch eigene Ernährungsmöglichkeiten steigert (Autarkie), das nötige Gegengewicht gegen die fortschreitende Industrialisierung und Verstädterung unseres Volkes bildet, das im Kriege segensreich erprobte Gleichgewicht unserer Wirtschaftskräfte uns bewahrt und uns das gefährliche Verfallen gegen englische Einseitigkeiten hindert. Land, das den Geburtenrückgang wehrt, die Auswanderung hemmt und die Wohnungsnot lindert, dessen Neubesiedlung und Eindeutschung auch dem geistigen Proletariat neue Lebensmöglichkeiten schafft. Solches Land für unsere leibliche, sittliche und geistige Gesundheit ist vor allem im Osten zu suchen“[16].

Dieses Kapitel zeigt mit schlagender Deutlichkeit, in welchem „verhängnisvollen“ Irrtum sich die führenden Schichten Deutschlands befanden, indem sie glaubten, inneren Druck und Mißstände durch territoriale Expansion beheben zu können. Anstelle den Fehler in der falschen Machtstruktur zu suchen, glaubte man, daß der „Griff nach der Weltmacht“ sie von innerem Druck befreien könne, und verdeckte die eigene Schwäche mit einem ideologisch-völkischen Überbau.

1347 Persönlichkeiten aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens, darunter *352* Professoren, waren diesem Irrtum erlegen, als sie dies kraus-wirre Produkt mit ihrer Unterschrift honorierten. Eine Intervention Bethmann-Hollwegs verhinderte das halböffentliche Auftreten Schwerins bei den Beratungen über die sogenannte „Intellektuelleneingabe“. Schwerin sollte über die Kriegsziele im Osten sprechen. Die Annahme, der Reichskanzler habe sich damit sachlich von Schwerin distanziert, ist jedoch verfehlt. Vielmehr geht aus der Intervention Bethmann-Hollwegs hervor, wie weit die Identifikation von Schwerin und Reichsregierung fortgeschritten war, so daß Bethmann sich genötigt sieht, das Auftreten Schwerins, das der Bekanntgabe seiner eigenen Kriegsziele gleichgekommen wäre, zu verhindern.

[40] Vom Juli 1915 bis zum Juli 1918 bleibt Schwerin der Berater und Sachverständige, der zu allen Kriegszielkonferenzen hinzugezogen wird. Nach dem Sturz Bethmanns begibt sich Schwerin folgerichtig ins Große Hauptquartier, wo es ihm nicht schwergefallen sein muß, Ludendorff für sich zu gewinnen. Am 20. August 1915 hatte der Reichskanzler an Schwerin geschrieben: „Vertraulich, wie

---

12 Zit. nach Geist, a. a. O., S. 85.

13 Geist, Grenzstreifen, a. a. O., S. 85.

14 Willi Boelcke, Krupp und die Hohenzollern, Berlin 1956, S. 153.

15 Boelcke, a. a. O., S. 152.

16 George W. F. Hallgarten, Imperialismus vor 1914, München 1954, Bd. II, S. 386: der Russenhaß gehörte in Berlin zum „guten Ton“ und Träger dieses Massenhasses gegen das Reich des Zaren sind nach Ansicht Hallgartens sozial-, katholisch-, finanzkapitalistisch-, agrarisch und militärisch-orientierte Kreise. Siehe S. 364.

Euer Hochwohlgeboren bereits durch den Unterstaatssekretär Wahnschaffe mündlich mitgeteilt worden ist, lege ich Gewicht darauf, ... von Ihnen ein eingehendes Gutachten zu erhalten“. Am Ende des Briefes hatte sich der Reichskanzler gern bereit erklärt, dem Hochwohlgeborenen Grafen von Schwerin „Unterstützung zu gewähren“[17]. Das ganze Gewicht der Reichsleitung war damit der Denkschrift Schwerins zuteil geworden.

Die zweite Denkschrift vom 31. Dezember 1915 verhält sich zur ersten wie die Ausführungsbestimmung zum Gesetz und unterstreicht einmal mehr die Ernsthaftigkeit und Gründlichkeit, mit der die Reichsleitung seit September 1914 und darüber hinaus bis zum Zusammenbruch ihre Kriegsziele kontinuierlich verfolgt. Zugleich wird einsichtig, wie groß die innerste Verunklärung der eigenen wie der politischen Verhältnisse, wie weitverbreitet der aus Flucht in die Aggression und aus Selbstüberschätzung geborene Drang nach deutscher Weltmachtstellung in den höchsten und führenden Schichten vom Militär bis zur Verwaltung, Wirtschaft und Politik gewesen ist.

Nach dem Krieg haben die Verantwortlichen zumeist geschwiegen. Nur die Alldeutschen und Ludendorff haben sich zu Wort gemeldet. Für die wenigen Memoiren, die geschrieben wurden, trifft das zu, was Golo Mann von den Memoiren der Papen, Schleicher und Hugenberg gesagt hat: „Es ist immer Apologie. Es waren immer die anderen, nie sie selber. Es ist immer eine Verzerrung der Perspektiven, ein Verschweigen des Gravierenden, ein Verschieben der Gewichte, wenn es nicht geradezu eine sogenannte Gedächtnistäuschung ist. Sie konnten nie anders handeln, als sie taten. Und wenn nichts Gutes dabei herauskam, dann trifft die Schuld die Verhältnisse oder die Partner im Geschäft, nie den Schreibenden selber“[18]. So entstand die Legende von den „bösen Militärs“ und den „guten Zivilisten“. Die Wirklichkeit sah, wie wir gezeigt haben, ganz anders aus. Doch immer noch wollen sich viele von der Legende nicht trennen. 20 Jahre nach Schwerins Verwendung als Hauptberater des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg in Ostfragen ist die Lebensraumideologie grausam-blutige Wirklichkeit geworden, weil Arthur Schnitzler politisch recht behielt, als er 1915 befürchtete, daß aus dem Kriege wohl nur die geläutert hervorgehen würden, die es vorher schon gewesen.

[41]

---

17 Geist, Grenzstreifen, a. a. O., S. 53.

18 Golo Mann, Deutsche Geschichte 1919–1945, Frankfurt 1961, S. 94.

T. S. Eliot Some reflections on his Political Ideology with special regard to the play “Murder in the Cathedral”.

Essay (1965)

“Never commit yourself to a cheese without having first examined it” – T. S. Eliot

The authority of Thomas Stearns Eliot as a critic, poet and dramatist seems to be firmly established. Even where reservations are made, his “greatness” is almost always, though grudgingly, acknowledged and the Eliot-critic Hugh Kenner went so far as to call Eliot the “most influential man of letters of the twentieth century”.

Yet Eliot’s “tentative and embarrassing flirtation with fascism”, as the “Times Literary Supplement” referred to it in 1957, is little known and receives only occasional attention. Although it may be argued that Eliot’s relationship with the political ideology of fascism, the most reactionary counter-revolutionary ideology of our time, was closer and more lasting than a mere flirtation, it shall not be asserted that Eliot was a proto-fascist.

It is strange, however, that the general reading public did not take much notice of Eliot’s sympathies with fascism, even if it was only a flirtation. Funnily enough, ignorance about this aspect of Eliot is far greater in West Germany than in England or America, though by rights there should be more sensitivity towards such things in those countries where fascism finally rose to power. Here in Germany, after the military defeat of fascism, Eliot was received with great enthusiasm, whereas in England even appreciations on the occasion of Eliot’s death could not help mentioning that Eliot was a “social and political reactionary from his earliest years”, and that the whole body of Eliot’s work constitutes a rejection of every new development in the social and moral scene, as Philip Toynbee remarked in the “Observer”. Another obituary, in the “New Statesman”, reminded the English reading public of Eliot’s “Samurai posturing” and of his “learned half-fascist shouting about eugenics and war”, at a time when people were beginning to realize that the enemy would soon be imposing both these disciplines on Europe.

There seems to be no better way of illustrating the political outlook of Eliot than a consideration of Eliot’s “escape” from America, where he was born, to England, whence, in the seventeenth century, his Puritan ancestors had started a then risky voyage to America, hoping to build a new world where democracy, liberty, progress and civilization could be freely thought on and talked about. To the pessimistic intellectual Eliot, the descendant of these progressive and optimistic Protestant emigrants, democracy was nothing more than a “silly idea”. Society is “worm-eaten with liberalism”, liberalism being the arch-enemy, a [42] disintegrative destructive parasite on “Christianity” and “Culture”. Progress was only possible by going back to a social order where everybody had his God-given place in society and where the class-structure was maintained by authority and the restriction of education to the upper classes. Civilization is an evil product of commercial society and threatens to destroy Eliot’s highly esteemed “cultural values”. Only the elite, not the public at large, is capable of deciding what is to be preserved and what must be weeded out. Eliot’s theory of the elite can only be seen in connection with his deep-rooted contempt for the “lonely crowds”, the “small people that live among small things”. In pointing out that the elite had best joined the governing classes if it wants to fulfil its task of preserving “cultural values”, Eliot supplies a formidable ideology for the governing classes to justify the continuation of the class-fortress. Eliot is not concerned with the problem of the elite’s responsibility. If it is God, no criticism or rational control is possible unless the critics are prepared to be called blasphemous and rebellious against the law of God! If it is posterity, control would come too late. By making the elite independent of the consent of the rest of society Eliot makes leadership and government by the few uncontrollable by the many. Neither are poverty, war and the absence of knowledge and liberty problems that concern Eliot. For him the basic danger of our time is mass-civilization produced by increased educational opportunity, which according to Eliot leads to a lowering of the cultural level of society as a whole because of the cultural admittance of the socially inferior who have taken advantage of these new educational opportunities. Eliot despairs of secular society and warns that if Christianity goes, the whole of our culture goes, too. The same is true of the relationship between Christianity and the Church.

As the “diabolical” development of modern society is most advanced in America, so Eliot’s escape to England, where he later described himself as being “classicist in literature, royalist in politics and Anglo-Catholic in religion.” was more than a mere change of residence; it was escapism in the face of the reality of modern society and avoidance of the responsibility to change anything that is worth changing. It is obvious that Eliot does not take enough pains to analyze modern society in detail; he offers “remedies”, which rather involve abolition than any serious attempt to find a cure or an ameliorative solution. In view of T. S. Eliot’s general political outlook, it is by no means surprising that, with the rise of fascism in Europe, Eliot publicly stated his admiration for the “Action Française” and its “leader” Charles Maurras, whose ideas he thought “strong and sound”. Eliot also recommended that the “leader” of the British fascist movement, Sir Oswald Mosely, should become Britain’s savior from the economic crisis. Eliot even permitted himself to follow the anti-Semitic path when he declared in 1933 that “reasons of race and religion combine to make any large number of free-thinking Jews undesirable” and that “a spirit of excessive tolerance is to be deprecated”.

In the light of these facts we are justified in suspecting that Eliot’s religious drama “Murder [43] in the Cathedral”, which he wrote in 1935, is not free from political and ideological implications.

Before pursuing the analysis further, it would be best to define the term “political ideology” in the context of this essay. For the purpose of this essay it will suffice to accept the definition by Norman Birnbaum, whereby ideologies appear “wherever systematic factual assertions about society, contain (usually by implication) *valuations* of the distribution of powers in the societies in which these assertions are developed and propagated”. We may suppose that a group generally accepts a view of society consonant with its interests, but we need not assume that ideologies are consciously fashioned to serve these interests. Ideological elements, following this definition, are also found in aesthetic, moral and religious statements about the human situation.

What is the human situation Eliot describes in his drama “Murder in the Cathedral”? We can glance only cursorily at this play, and perhaps this will suffice. “Murder in the Cathedral” was written for the church and is intended to be performed in church. The first thing that is noteworthy is the feudal setting. This is connected with Eliot’s vision of a better society, which – once upon a time – was realized in feudalism. lt may be argued that Eliot, ignoring the blood-stained history of feudalism, here starts to dream of a return to the gardening Tudors, bearing in mmd, of course, that the play is set much earlier than the age of the “gardening Tudors”. Eliot had only to think of the tragedies written at that time to become aware that this “golden age” of his was not so golden as to merit a desire for its return as the only solution to current problems.

“Murder in the Cathedral” states all that Eliot believes, and thinks we should believe, about the sickness of states and the lies of statesmen. As the third priest says, there is “nothing quite conclusive in the art of temporal government, but violence, duplicity and frequent malversation”. Temporal government is devalued as such in order to elevate “spiritual power”. “Temporal power, to build a good world, to keep order, as the world knows order, is only a consideration for those who put their faith in worldly order not controlled by the order of God; those who, in confident ignorance do ‘but arrest disorder, make it fast, breed fatal disease, degrade what they exalt’. The disease of our time is ‘emptiness, absence, separation from God”. The historic development of mankind is discarded in favour of “destiny”, the “eternal pattern”, the “will of God”, the “turning wheel”. “We do not know very much of the future except that from generation to generation the same things happen again and again. Men learn little from others’ experience. Only the fool, fixed in his folly, may think he can turn the wheel on which he turns”. The unknown “Law of God” is put before the intelligible “Law of Man”. “Destiny waits in the hand of God, not in the hands of statesmen who do some well, some ill, planning and guessing, having their aims which [44] turn in their hands in the pattern of time”.

Stevie Smith has therefore asked in his article “History or Poetic Drama”: What is Eliot after? It is something that at first sight looks noble. But is it? Is it not rather something ignoble, a flight from largeness into smallness, a flight in fear to a religion of fear, from freedom to captivity, from human dignity to degradation? Is this the truth of philosophy and religion? “Back to the Church”, he cries,

and he makes his archbishop so truly good and strong a man that we may forget to ask: “Were they all like this? Is the Church so sweet a thing? Does it smell so sweet? Was it not already, at this time of Becket, a bride of Christ somewhat stained with blood and no less greedy for political power than the State? Becket may or may not have been a man of the cast of Mr. Eliot’s archbishop. Mr. Eliot’s dealings with him are permissible, but is it permissible to distort the truths of humanity and offend against them, to cover the needs of men with a meretricious coat and to envisage with delight a dwindling of hope and courage?”

So, at the end of our essay, we are entitled to ask: how “Christian” is this “influential man of letters”, who calls himself a Christian and who propagates a “Christian Society”? Is his “Christian” message an invitation to reason and to Christian action or is it only a cover, a screen behind which an ideology for the justification of the existing distribution of power in our western societies is hidden? How non-Christian must one be to unmask the religious and political thinking of T. S. Eliot as being a counter-revolutionary ideology in the name of a traditional hierarchy, the preservation of a hereditary elite and the defense of “religion”? Such questions leave Eliot’s “intentions” out of account and confine themselves to examining the ideological “function” of his theories in the society in which these theories were propagated.

Thirty years after the first production of “Murder in the Cathedral”, an article by the Rector of Woolwich, published in the “Observer”, raised an honest, self-critical question that might have startled Eliot: “How might the Church survive?” No subordination of the State to the Church is demanded, as Eliot had done so eloquently. The survival of the Church is not a question of subordination at all, but one of the drastic dismantling of the structure of the Church.

Before the Church starts to reform society, it needs to learn the lesson of history and reform itself; that is, if it does not want to remain a petrified, ineffective, hierarchical organization and a reactionary relic of pre-democratic times. The reform of the Church would be in itself a valid step towards the reform of society – if the evolutionary method of reform is at all sufficient. The survival of the Church, but not in its present form, depends mainly on the preparedness of the Church to acknowledge the secularization of society and the fact that [45] modern man has “grown up” and no longer needs the guardianship of the Church. Above all, the Church as a social institution must disentangle itself from the Establishment and especially from the middle classes, which are the main reservoir of Churchgoers today, in order to become acceptable to modern man and the great mass of the population who have lost contact with and confidence in the Church, in England at least since the turn of the century, in Germany much earlier.

The German Protestant theologian Dietrich Bonhoeffer, chief witness of John A. T. Robinson, Bishop of Woolwich, who created a scandal among the faithful within the Church with his book “Honest to God”, has outlined this program for the Church of the future, that is to say, of a time when Christians adjust to an adult and autonomous world and live “etsi deus non daretur”. Bonhoeffer is the actual counterpart of Eliot’s martyr Becket. In 1945 Bonhoeffer was executed in a fascist concentration camp.

Rebellen in Blackpool

Leserbrief an „Die Zeit“ (1965)

Muß man in seinem Bemühen, dem verstockten und verbockten deutschen Leser die Labour-Regierung mundgerecht zu machen, so weit gehen, daß man triumphierend über die Abstimmungsniederlagen der innerparteilichen linken Opposition berichtet, es aber geflissentlich unterläßt, die Argumentationen auf beiden Seiten einer Darstellung für würdig zu befinden? Hauptsache, die Exekutive hat sich gegenüber den linken „Rebellen“ durchgesetzt. Um was es dabei im einzelnen konkret gegangen ist, ist völlig Nebensache. Unterzöge sich Herr Wocker einer solchen Darstellung der innerparteilichen Diskussion, anstatt gutgemeinte Beschönigungen und Rechtfertigungen zu fabrizieren, so dürfte es ihm schwerfallen, beispielsweise die von der Labour-Administration vorgelegten Einwanderungsgesetze lediglich als „hart“ zu bezeichnen, wo diese die Einwanderung der meistenteils farbigen Commonwealth-Angehörigen beschränken soll, nicht so jedoch die große Zahl der einströmenden Arbeitsuchenden aus Nordirland. Daß die Regierung wegen dieses Zurückweichens vor Rassenvorurteilen, als Folge des Schocks von Smethwick und Leyton, nicht nur von einigen linksradikalen Quer- und Wirrköpfen, sondern auch durch die Resolution des liberalen Parteikongresses kritisiert wird, erwähnt Herr Wocker nicht. Nein, ganz so unbedeutend und bedeutungslos, wie Herr Wocker und andere die linke Opposition in der Labour-Partei machen möchten, ist sie denn nun doch nicht. Schließlich stehen hinter den Verhältniszahlen von 2:1 und 3:2, die bei den Abstimmungen in Blackpool zutage getreten sind, Millionen Stimmen, auf die auch jener veritable Meistertaktiker und jetzt so hochgelobte Premierminister (Harold Wilson) nicht verzichten kann, der einst Mitarbeiter jener Wochenzeitung war, die Herr Wocker nun als „Blättchen“ abtun zu können glaubt. [46]

Veröffentlichungen Wolfgang Abendroths

Einleitung zu einer Bibliographie (1966)*

Wolfgang Abendroth gehört zu den wenigen sozialistischen Wissenschaftlern, die im Widerstandskampf gegen den Faschismus überlebten und der stalinistischen Diktatur entkommen konnten, ohne geistig zu zerbrechen. Die nachfolgende Bibliographie seiner Veröffentlichungen stellt nur eine *Auswahl* aus nahezu 300 Titeln dar, die im Laufe der Jahre in einer großen Anzahl von Zeitschriften und Zeitungen erschienen sind.

Aber schon diese Auswahl zeigt, wie sehr die Geschichte der Arbeiterbewegung in Westdeutschland mit seinem Namen verknüpft ist. Die bedeutende Rolle, die Wolfgang Abendroth in den politischen und sozialen Auseinandersetzungen nach dem Kriege gespielt hat, erweist sich insbesondere daran, daß die Bilanz der sozialistischen Idee in der Bundesrepublik, d. h. die zunehmende machtpolitische Wirkungslosigkeit sozialistischen Denkens, sich gerade an der Geschichte seiner Publikationen ablesen läßt, ja mit ihr zusammenfällt.

Bis 1957 bzw. 1959 standen die Publikationsorgane der SPD und des DGB den Beiträgen des Marburger Professors für wissenschaftliche Politik noch offen. 1957 erschien der letzte Aufsatz Abendroths in „Geist und Tat“, 1959 die letzten Beiträge in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ und in der „Neuen Gesellschaft“, deren Titel damit endgültig zur bloßen Phrase wurde. Aufsätze, die dann 1962 von der „Neuen Gesellschaft“ zwar noch einmal bestellt, aber nicht mehr abgenommen wurden, fanden Aufnahme in der „Jungen Kirche“, die gegen diese Einschränkung der Diskussionsbreite protestierend einsprang. Die „Frankfurter Hefte“, die „Blätter für deutsche und internationale Politik“, die „Werkhefte“ und später die „Stimme“ übernahmen ähnliche Funktionen. Einen Ersatz für ein Zentrum sozialistischen Denkens und Diskutierens konnten diese Zeitschriften dennoch nicht bilden.

Wie Abendroth 1962 selbst formuliert, war sozialistisches Denken „abermals in kleine Zirkel zurückgeworfen, die keinerlei größere Einflußmöglichkeiten besitzen und aus der Diskussion der offiziösen Presse und aus den öffentlichen Auseinandersetzungen der Machtträger in der Gesellschaft ausgeschlossen sind“ (55, S. 258). Die Etappen dieser auseinanderstrebenden Entwicklung von Arbeiterklasse und Sozialismus lassen sich auch an Abendroths Kommentaren zu den Bundestagswahlen ablesen. Im Jahre 1957 publiziert „Geist und Tat“ seinen Aufsatz über die *Chancen* der deutschen Sozialdemokratie nach der Wahl (27), und sogar der parteioffizielle „Vorwärts“ druckt seine „Leitsätze nach dem *Mißerfolg*“ (33). 1961 [47] erscheint Abendroths *Analyse* des sozialdemokratischen Wahlkampfes, wie der Titel seines Aufsatzes nüchtern heißt, schon gar nicht mehr in der sozialdemokratischen Presse, sondern in den demokratisch-intellektuellen „Frankfurter Heften“ (51) sowie in der politisch wenig einflußreichen „Sozialistischen Politik“ (54). 1965 dann beschreibt Abendroth das Parteiensystem der Bundesrepublik vor der Wahl als ein *„verhülltes Blocksystem“* (77), und die Wahlen selbst ergeben nichts anderes als die „*akklamierte Stagnation*“ (78).

Zwischen die beiden Bundestagswahlen von 1961 und 1965 fällt Abendroths *Plädoyer für eine neue linke sozialistische Bewegung* (70), als deren einzige organisierte Zentren nur der SDS und der Sozialistische Bund anzusprechen sind. Diese beiden Gruppierungen werden sich vor allem darum bemühen müssen, mindestens der, wie die Auswahlbibliographie der Publikationen Abendroths unmittelbar deutlich macht, völlig atomisierten sozialistischen Diskussion wieder einen Kristallisationspunkt zu schaffen, damit, wie Abendroth schreibt, wenigstens die Vorbedingungen für eine Wiedergeburt sozialistischen Denkens vorhanden sind (55, S. 259) (Es folgt eine Auswahlbibliographie mit 82 Titeln)

[48]

---

* Siehe inzwischen Hans Manfred Bock, Wolfgang Abendroth (1906–1985) – Nachruf und Bibliographischer Überblick, in: IWK 4/1985, S. 482–500; Uli Schöler, Wolfgang Abendroth – Ergänzungen zu seiner Bibliographie. Mit einigen Biographischen Anmerkungen, in: IWK 2/1988, S. 213–234; sowie IWK 4/1988, S. 588.

Alfred Lord Tennyson’s Poetic Treatment of the Social Problems of his Time

Essay (1966)

A more striking contrast can hardly be imagined than that between Alfred Lord Tennyson, the celebrated court poet of Victorian society, and Friedrich Engels who, with his analysis of the economic and political structure of English bourgeois society, criticized the latter harshly.

They are contemporaries, and this might possibly be considered the only link between them. They interpreted and analyzed the society in which both of them lived, the one as a well-to-do poet, the other as an emigrant from the wrecked Continental Revolution of 1848, their position in society separating them so radically that it is highly unlikely they ever paid the slightest attention to each other.

In 1845 Engels’ inquiry into the situation of the English working classes was published[1]. This inquiry, based on Engels’ own observations as well as on authentic sources, was dedicated to the proletariat. In 1850 Tennyson was made Poet Laureate by Queen Victoria, and this, in a way, made him “Minister of Poetry in Queen Victoria’s and the Prince Consort’s Government”[2]. Tennyson held this outstanding position until his death in 1892. He proved his gratitude for this royal favour by composing a dedication poem ‘to the Queen’, which found its place in the seventh edition of his ‘Poems from 1842’. While Tennyson regards society from above, from the position of the ruling classes which are anxiously concerned about their property and their social status quo and are mortally afraid of any revolutionary change, regarding the proletarian struggles for emancipation as rude disturbances of their sacred law and order, Engels, experienced in the study of bourgeois and political economy, regards the same society from below with the eyes of the proletariat which can only free itself by revolutionary action against bourgeois society and its ruling classes.

This confrontation of opposing ideas is not just sheer playfulness, but stands for the contrasts which are typical of 19th century English society, revolutionized by industrialization.

The antagonism of their political convictions, which are dressed in poetic form in Tennyson [49] and which are open and scientific in Engels, is not merely an accidental and political antagonism which around the 1850s split England into ‘Two Nations’, a term used not only by Engels but also by Benjamin Disraeli in describing English society[3].

It is absolutely essential to refer to the class-antagonism in English society in order to avoid the danger of identifying the ideas of the ruling class, or so-called public opinion, with society as a whole and its various ideas and aims.

Without this differentiation, it is possible that Tennyson might acquire the reputation of having shown in his poems a remarkably complete expression of the problems and spirit of Victorian England – a reputation which David Thomson in his “England in the 19th century”[4] has in fact bestowed upon Tennyson, but which has to be rejected as false. When Thompson says at one point in his book that Victorian England had found her “representative Poet Laureate in Tennyson”[5], this statement is most certainly based upon a misconception. It is true that Tennyson’s political convictions were representative to a large extent, but only for one of the ‘two nations’.

The Chartist movement, the political representation of the working class, in its political program, known as the ‘People’s Charter’ of 1838, demanded a general and equal right to a secret vote for all men. According to Engels, this request, innocent as it may have seemed, was “sufficient to destroy the British Constitution as well as the Queen and the House of Lords”[6]. How could Tennyson have accepted this request of the working class?

---

1 Friedrich Engels, „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“, in: Gesammelte Werke, K. Marx/F. Engels, II, Berlin (DDR) 1958, p. 225–506.

2 D. C. Somervell, Geistige Strömungen in England im 19. Jahrhundert (Bern, 1946), p. 245.

3 Benjamin Disraeli, Sybil, or the Two Nations (1845).

4 David Thompson, England in the Nineteenth Century (1815–1914), Pelican History of England, VIII (1964), p. 242.

5 Thompson, p. 103.

6 F. Engels, Die Lage, p. 445.

Thompson’s comment is accurate only when interpreted to the effect that Tennyson’s political and other ideas were in keeping with the dominant ideas of his time which, according to Karl Marx, are always those of the ruling class. This Marxist theory is explained in detail in his „Deutsche Ideologie“:

“The ideas of the ruling class are the dominant ideas in every epoch, that is, the class which represents the predominant material force of society is at the same time its predominant intellectual force. The class which holds the means to material production simultaneously has at its disposal therewith the means to intellectual production, so that on average the ideas of those who must relinquish their means to intellectual production submit themselves to that [50] class as well.”[7]

What has hitherto been expressed more or less plainly as a hypothesis, namely that in the class society of Victorian England Alfred Tennyson fulfilled the function of a political ideologist who favoured the ruling class, must now be verified on the basis of Tennysons own statements. The truth and accuracy of this hypothesis can first be proved by an analysis of the poems of Tennyson themselves. Lucien Goldman, who ranks as the most important representative of Marxist literary criticism in France, has formulated the relationship as follows:

“Like any other theory the assertion of the influence of economic and social factors on literary creation is not a dogma, but a hypothesis which is only valid to the extent that it can be confirmed by facts.”[8]

Historical materialism is not a closed system crowned with conclusive truth. It is the scientific *method* for the investigation of the human development process. In the examination of creative works of literature as far as historical materialism is concerned the most essential element is the fact that literature expresses “world views that are not individual, but social”[9], whereby for Goldman a world view is a “coherent and homogenous approach to the whole sphere of existence.”[10]

The original question about Tennyson’s poetic reaction to the “social problems” of his time has in the meantime undergone a change. Since Tennyson’s world view, which is present explicitly or implicitly in his literary products, is itself already a “social” one, the humble question Tennyson puts to the Christian socialist, F. D. Maurice, “how to mend the dwellings of the poor”[11], can for example no longer be the issue, but rather the question concerning the relationship between the literary work and the world views which correspond to individual social classes.

Before proceeding to answer the question on the basis of Tennyson’s poems themselves, a preliminary curtailing remark is necessary. Goldman, who has been quoted here, considers [51] immanent aesthetic analysis in theory as an indispensable component of Marxist literary criticism. This aspect should and can perhaps be disregarded here, if one remains aware of this critical standpoint. This curtailment can however be defended on technical and practical grounds. For one thing no time limit has been proposed in the theme. On the other hand, the complete works of Tennyson are too extensive for a detailed examination of his aesthetic qualifications as well within the scope of this essay. A practical consideration arises from the fact that Tennyson’s poems in general are too short for a coherent and homogeneous world view to emerge clearly. Poems therefore have to be grouped together and those poems in particular cited whose political character is relatively explicit. That the so-called “unpolitical” poems of Tennyson, for example the “domestic idylls”, should also be examined for their political-ideological function might be noted in passing.

In the course of his poetic career Tennyson’s political way of thinking underwent a development which is clearly marked by the two poems he wrote almost half a century apart: ‘Locksley Hall’ (1842) and ‘Locksley Hall sixty years after’ (1886).

---

7 Karl Marx, „Die deutsche Ideologie (1845/1846)“, in: Die Frühschriften, ed. Siegfried Landshut (Stuttgart, 1953), p. 313.

8 Lucien Goldmann, „Dialektischer Materialismus und Literaturgeschichte“, Neue Rundschau, II, (1964), p. 214.

9 Goldmann, p. 215.

10 Goldmann, p. 215.

11 “To the Rev. F. D. Maurice”, in Poems by Alfred Lord Tennyson (Everyman’s Library), ed. Mildred Bozman (London – New York, 1949), II, p. 399.

Harold Nicolson has described this development as follows: “Tennyson, for his part, passed from an early suspicion of democracy, through a wholesome dislike of democracy, to a loathing of democracy so fierce and so violent that it upset not only his health, and his temper, but even his prosody”[12]. In the 1842 version of ‘Locksley Hall’ a sort of visionary optimism is dominant as well as a bold faith in progress, which makes the poet dream of a future world in which prosperity, affluence and peace are the ruling elements. What he did not realize was the fact that the ‘affluent society’ by no means justifies the hope for a lasting peace and may perpetuate slavery instead of doing away with it. But these visions do seem peculiar in view of the social misery and the social war of which Engels has produced such detailed accounts. However, Tennyson’s claimed belief in progress seems to have been a rather shaky one. This is clearly shown around the year 1886 when the material situation of the proletariat was improving, social measures were being taken (such as the legally fixed 10 hour-day, after a long struggle by the working class). It is then that Tennyson discovers the repulsive ugliness of a proletarian existence and loses all faith in mankind’s future. This former belief he now chooses to replace with a deep and haunting fear of the ‘rebellion of the masses’, which might destroy all the achievements of progress; he forgets that it was this very despised mass of people who fought for that social and political progress.

We have to remain sceptical when confronted with Tennyson’s vision of a time in which war-cries are silenced and banners taken down, especially as Tennyson himself did [52] absolutely nothing to achieve this aim. On the contrary, in numerous war-songs, full of nationalistic conceit, he revives the war-cries. He sings the song of the brave British soldier, who does his duty unquestioningly by slaughtering the inhabitants of the colonies for the fame and the glory of the British Empire. What is more, he has no scruples in encouraging the House of Lords to start a war with France. This he does in a poem called ‘The Third of February, 1852’, which was published anonymously.

Tennyson constantly complained about the “niggard throats of Manchester”[13] who only moaned and grumbled when the ‘honor’ of the British nation was at stake, but found his inner peace yet again at the agreeable thought “we are not cotton-spinners all”[14].

In ‘Maud’ Tennyson goes so far as to welcome the Crimean War, because now “the lust of gold” has been silenced and the “rotten peace” is finished[15].

Tennyson pretends to be dreaming of a “Parliament of Mankind”[16], but refuses to acknowledge the British workers’ right to vote. He talks of a world federation, but pleads for the ruthless and barbaric oppression of the colonies. One example of his glorification of colonial war is his poem ‘The Defense of Lucknow’. In his poem ‘To the Queen’, celebrating the 36th year of Queen Victoria’s reign, the court poet glorifies British Imperialism as follows: “Our ocean-empire with her boundless homes for ever-broadening England, and her throne in our vast Orient”[17]. This poem, written in 1873, anticipates the historical-metaphysical transfiguration of British Imperialism which can be found a few years later in John Robert Selleys’s ‘The Expansion of England’, published in 1883.

Naturally, Tennyson clings to the idea of the British Empire’s uninjured unity, whereby he even manages to get into a serious conflict with Gladstone who wanted Ireland to have ‘Home-Rule’ after the terrible years of organized terror suffered under English rule[18].

Tennyson speaks up for respect of history; other nations’ histories however, he regards with disdain. He is of the opinion that these nations have to submit to the higher purpose of British history which, after all, wants the expansion and realization of what he chooses to [53] call the ‘idea of freedom’.

---

12 Harold Nicolson, Tennyson: Aspects of his Life, Character and Poetry (London, 1925), p. 252.
13 “The Third of Februar, 1852”, in Poems, ed. M. Bozman, I, p. 347.
14 Ibid I, 347.
15 “Maud”, in Poems, I, 380.
16 “Locksley Hall”, in Poems, I, 146, I. 128.
17 “To the Queen”, in Poems, II, 227.
18 Cf. Charles Tennyson, “Tennyson’s Politics”, in Six Tennyson Essays (London, 1954), p. 67 f.

Tennyson’s respect for British history excludes changes opposing the historical tradition. The prevailing state of affairs in English society is declared sacred and all attempts to change this are nipped in the bud.

Consequently, the Chartists’ demand for equality seems to be dangerous nonsense, because the ‘tyranny of all’ (as Tennyson describes democracy) must necessarily be followed by the tyranny of a despot. He also states that nothing but sorrow can ensue from this demand for equality, but he duly forgets it was this very term, in the name of which the industrial bourgeoisie had fought against the feudal aristocracy, which had always hindered the former’s development. The philosophical reason for this demand was general human rationalism and general human freedom. Now, however, as the working class, the most important product of the industrial revolution, takes the bourgeois idealists up on their promise, it is found that these ideals have, by now, lost their importance for the industrial bourgeoisie. It is pointed out that behind the working class’s demands for equality there can really only be envy in the guise of love, and that irresponsible ‘tonguesters’ tell people, be they weak or be they strong, that man was born equal. It is further stated that all this is utter nonsense, and just as paradoxical as if one tried to level mountains and valleys. It is not equality that makes human society, but hierarchy (“Regard gradation”[19]). He who aims at a title, a rank or a pension will only sow the spirit of enmity, and only the “brainless mobs”[20] will be the reapers of this harvest.

All this sounds rather peculiar coming from a well-to-do court poet who, even before he was made poet laureate, was paid an annuity of 200 pounds, and who invested most of his possessions in an enterprise which later turned out to be a failure; he condemns the common people for being uneducated, blind, and easily tempted by the demagogic tricks of some agents who speak about equality. Tennyson was convinced that a Chartist victory must result in something like the Barbaric invasion of the Roman Empire, bringing chaos, robbery, murder, and seizure of all property by rough, uninhibited elements.

Nevertheless, Tennyson continues to sing the song of freedom, but this idea of freedom, upon a closer examination, is restricted merely to justifying free trade, a principle which had done away with the duty paid on corn and marked the victory of the industrial bourgeoisie over the landed interests of the feudal aristocracy, which Tennyson had supported because [54] he believed that the realization of free trade would constitute the realization of all the dreams of mankind, as shown in his poem “The Golden Year”. Apart from this, Tennyson was above all proud of the right of free speech which every Englishman enjoys: “The land, where girt with friends or foes, A Man may speak the thing he will”[21]. Tennyson believed that men had only to exchange views in free speech, and the better argument would win. The freedom he constantly referred to merely becomes a cliché in a society in which man’s actual freedom has not yet been brought about. Tennyson was forever using the word ‘freedom’, but only to postpone the realization of this freedom which was once the motto of the rising bourgeoisie. In spite of their right to free speech the speakers of the working class have to put up with being called “tonguesters”[22] and “brass-mouths”[23] by Tennyson, if they are to be listened to at all (“Labour with a groan and not a voice”[24]. Of what use is the seemingly guaranteed freedom of speech if Parliament, as the forum of the free exchange of arguments, only represents the interests of the bourgeoisie and withholds the right of speech from the working masses? Little can be said for Tennyson’s hymns of freedom if, at the same time, he mourns “the new dark age of the popular press”[25] and warns the press not to give rise to enmity and not to become the instrument of the different parties. Apart from the merciless freedom of *laisser faire for* the economically stronger elements of society, Tennyson’s idea of freeborn was abstract and empty. It was no longer liberation from hunger, ignorance and exploitation,

19 “Love thou thy land ...”, in Poems, I, 129.
20 “Ode on the Death of the Duke of Wellington”, in Poems, I, 391.
21 “You ask me, why ...”, in Poems, I, 126.
22 “Locksley Hall Sixty Years After”, in Poems, II, 400.
23 “Freedom”, in Poems, II, 395, St. 10.
24 “To the Queen”, in Poems, II, 228.
25 “Despair”, in Poems, II, 380.

he was aiming at. For him the freedom of the soul was quite enough, because it could be granted free of charge (“Till every soul be free”[26]). The fact that he goes on talking about the immense importance of the soul (“What know we greater than the soul”[27] is typical of the decadence of bourgeois enlightened thought and its slipping into mere phraseology. “With the help of the soul the late bourgeois has buried its ideals. The importance of the soul might be a good catchword in order to disguise the enormous importance of power”[28]. Thus human freedom becomes a phantom which, in the outer world, leaves everything as it is. In Tennyson’s poems “a realm of seeming unity and freedom is built in which the antagonistic conditions of existence are put into a frame and pacified”[29].

[55] One feature prominent in Tennyson’s thoughts is an antagonism towards France which he clearly expressed many times, but there is more to this Francophobia than just John Bull’s insular contempt for Frenchmen or a private whim, which could be assumed if Swinburne is to be believed when he talks about Tennyson’s “strident anti-gallican cackle”[30], a rather superficial remark. France was traditionally the country where monarchs’ heads were chopped off and the general right to vote was introduced. France constituted the essence of Revolution. The crowned and powerful heads of Europe were threatened by the successive French revolutions since 1789. Their European thrones were shaken by “that cursed France with her egalities”[31], France, where the bourgeoisie established itself as a revolutionary counter-force against the old feudal powers, where the proletariat for the first time began to make its own history, was pricking the conscience of the ruling classes outside France and was a constant reminder in England of its own Glorious Revolution, which now threatened to repeat itself – this time against the capitalist classes themselves.

The Napoleonic Wars, for example, were more than just the conflict between rival powers who wanted to be predominant in economic as well as in naval affairs. It was here that world-thoughts clashed[32]. The party of those who had been victorious over Napoleon had fought for legitimacy and monarchy, against the principle of democracy. The victory over Napoleon was the victory of European Restoration.

Undoubtedly it was more than just a court poet’s duty when Tennyson wrote a great ode celebrating the victor of Waterloo on his death in 1852; in this ode he thanks him and God for having saved England from the British control of revolutionary France, yet in spite of this victory, the revolution remained a terrible phantom for all established European powers outside France, a phantom that in its intensity was only to be excelled by Communism.

Throughout his lifetime, Tennyson was haunted by the thought of a possible Revolution; like Burke he was of the opinion that with a revolution history is derailed. From his earliest youth Tennyson had loathed violent and revolutionary methods; even after 60 years Tennyson still remembers the agitation about the Reform Bill, when masses of proletarians roamed through the country expressing their horror about their social misery by burning haystacks. Afterwards, however, they only proved to be the auxiliaries of the industrial bourgeoisie and were denied a share in the voting-right reform in 1832. All this is recollected with abhorrence in Tennyson’s poem “To Mary Boyle”[33]. His compassion for animals escaping from their sheds is greater than his understanding for social conditions and solidarity with the enslaved proletariat.

[56] As he grew older and more pessimistic with regard to the political and social development in England, Tennyson became clearly aware of the ugliness of proletarian existence, the slums where the working population lived under unimaginable conditions amid drunkenness and prostitution Ernst Blos’

---

26 “Freedom”, in Poema, II, 394, st. 5.

27 “Ode on the Death of the Duke of Wellington”, in Poems, I, 393.

28 Herbert Marcuse, „Über den affirmativen Charakter der Kultur“, in Kultur und Gesellschaft I (Frankfurt, 1965), p. 182.

29 Marcuse, p. 64.

30 Cited from H. Nicolson, Tennyson, p. 259.

31 “Aylmer’s Field”, in Poems, II, 256.

32 Bernard Guttmann, England im Zeitalter der bürgerlichen Reform (Stuttgart, 1949), p. 13.

33 “To Mary Boyle with the following poem”, in Poems, II, 418 ff.

statement, however, that Tennyson made himself the “intercessor of the oppressed”[34] is utterly ludicrous. In order to illustrate this statement Blos reminds us of the fact that Tennyson stopped a reading session of his poetry when he suddenly renumbered that his cook was sleeping next door and might be disturbed.

In “Aylmer’s field” it is Edith, Sir Aylmer’s daughter, who represents the ideal of social responsibility, because she actually manages to go into the huts of the poor – to decorate them with flowers. It is here that Tennyson’s naiveté and his illusions concerning social misery and its causes is clearly shown for if the workers had had to rely completely on their masters’ benevolence, their lot would indeed have been even more miserable. Yet when they fight against their unbearable situation and their masters (i. e. go on strike), then Tennyson was horrified, so that even the social feeling he had resorted to in the face of the discontent of the poor is gone. Had Edith visited the strikers earlier, perhaps the flame of social desire and lower instincts – as Tennyson sees the struggle between the classes – might have been quenched.

The reasons for these violent outbursts did not lie in social conditions, but in the lying agitators of the party. For Tennyson it was them who created the enmity, the discontent and the antagonism of the masses by telling them about equality and freedom; they disturbed the pre-stabilized harmony of social peace. That this harmony only existed in Tennyson’s thoughts, has to be revealed.

Tennyson also claimed they left the “public good”[35] out of their consideration. This “public good” is equated with the interests of the ruling classes, although at times he was appalled by their “materialistic” behaviour, and by their lack of feeling for “higher things”. The agitators, however, possessed neither “common sense”[36] nor “wisdom”[37]. With their doubting of the State, the Church and History, they would destroy the old order and go hunting after “phantoms of other forms of rule”[38], which could only end in chaos and anarchy. They advocated opposition to any kind of moderation and lapsed into “raw haste”[39] and the “falsehood of extremes”[40]. They were [57] offenders against the law of British history which had its firm foundation in loyalty towards the ruling classes. They destroyed the illusion of the eternal harmony of democracy by unveiling the power-structures of society. Tennyson, however, watches all this from above, talking about values like truth and beauty etc. which were to throw light into all spheres of material life.

Tennyson’s poems were esteemed by his reading public because they strongly reflected the political needs of the bourgeoisie. The need to conceal the power-structures of Victorian society was so great that Tennyson, in a way, became the prophet of this Victorian society, finding a way out of the contradictions of an antagonistic society without endangering its power-structures.

When Friedrich Engels realized the gaping contradiction between the human ideals of bourgeois reasoning and the inhuman reality of the bourgeoisie he threw a drastic light on this contradiction. Tennyson’s success, however, consists in endeavouring to cover the contradiction that was splitting English society into two.

It is of no importance whether Tennyson was conscious of the social and political implications of his world-views; he might not have been aware of his own social, economic and historical situation, but there is hardly any doubt about the objective function of his world-views. They served to maintain existing power-structures and were directed sharply against the movement of the working class who aimed at overcoming the inhuman antagonism of society through the kind of socialism Friedrich Engels dedicated his whole life to.

---

34 Ernst Blos, Die politischen Anschauungen Tennysons (Diss. Erlangen, 1930), p. 46. Blos gives an essentially true, albeit totally uncritical, account of Tennyson’s imperialistic views. Thre pre-Fascist years of its inception, however, have left their unmistakable mark on the work.

35 “Freedom”, in Poems, II, 394.

36 “Locksley Hall Sixty Years After”, in Poems, II, 403.

37 “Locksley Hall”, in Poems, I, 146.

38 “Love thou thy land ...”, in Poema, I, 129.

39 Ibid., p. 129.

40 “Of old sat Freedom ...”, in Poems, I, 127.

Das schlechte Gewissen

Leserbrief an die „Westfälische Rundschau“ (1966)

Heute erhielt ich die Nachricht vom Brief eines ehemaligen Häftlings des KZ Buchenwald über den verstorbenen Oberbürgermeister Fritz Rustemeyer (SPD), und ich erinnere mich als „Ehemaliger“ des Märkischen Gymnasiums mit schlechtem Gewissen daran, wie wir, Schüler und Lehrer, den OB einst belachten, belächelten, wie wir in der letzten Reihe kicherten, wenn der OB einmal nicht den richtigen Kasus gefunden hatte.

Erschütternd an dem Bericht des ehemaligen Mithäftlings ist nicht so sehr das Teilen des Brotes im Lager – das hat es auch in Kriegsgefangenenlagern gegeben –; nein, es sind die politischen Einsichten und der moralische Mut, die den OB ins KZ gebracht haben, Qualitäten, die denen der bürgerlichen Opponenten, Vertretern jenes kapitalistischen Systems faschistischer Observanz, wenn man sich überhaupt zum Widerstand gegen die faschistische Barbarei entschloß, turmhoch überlegen waren und sind. Wir aber meinten, uns über die [58] mangelnde Ausdrucksfähigkeit des OB lustig machen zu können.

Nachträglich wird diese Mentalität verständlich. Schon Marx machte die Erfahrung, daß das herrschende Bewußtsein und die herrschende Mentalität einer Zeit das Bewußtsein und die Mentalität der Herrschenden ist.

Ob sich die SPD in diesen Wochen und Monaten, in denen sie den Mißerfolg ihres Anpassungsversuches an das herrschende Bewußtsein, anstatt ein eigenes, kritisches Bewußtsein zu entwickeln, das den Interessen der arbeitenden Klassen und damit der breiten Majorität der Wähler entspricht, diskutiert, an diesen Erfahrungssatz zu erinnern und daraus die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen vermag? Die SPD wäre es ihren Genossen, die einst wie Fritz Rustemeyer wegen ihres kritischen Bewußtseins ins KZ geworfen wurden, schuldig.

Wir aber, die „Ehemaligen“, sollten dem verstorbenen OB Abbitte tun, unsere damalige Ignoranz einsehen und den Versuch machen, es dem OB hinsichtlich seines damals gezeigten kritischen Bewußtseins nachzutun, auch dann, wenn es dieses kritische Bewußtsein gegenüber den herrschenden Tendenzen in der SPD aufrechtzuerhalten gilt.

Ostermarsch 1987

[59]

Ostern 1968 in der Provinz

Flugblatt (1968)

Mordanschlag auf Rudi Dutschke – Wer waren die Täter?

Der Mordanschlag auf Rudi Dutschke setzte fort, was der Kriminalkommissar Kurras mit dem Todesschuß auf den Demonstranten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 begann.

Daß es soweit kam, ist nicht die Tat eines einzelnen Malers von Hitlerbildern. Die wirklichen Täter sitzen in den Redaktionsstuben des Springerkonzerns, im Senat und Abgeordnetenhaus von West-Berlin, in der Bundesregierung und in den Parteien der großen Koalition.

Die Herrschenden wollen die außerparlamentarische Opposition, Studenten, Arbeiter, Schüler, alle diejenigen, die sich

- gegen die geplante Notstandsdiktatur,
- gegen den Abbau der sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Arbeitnehmer,
- gegen den Völkermord der Amerikaner in Vietnam,
- gegen das Meinungsmonopol des Herrn Springer,
- gegen die antikommunistische Hysterie,
- gegen die Verschwendung von Steuermitteln für die Rüstung,
- gegen das Wiedererstarken von Militarismus und Faschismus in der Bundesrepublik wehren, als Staatsfeinde diffamieren.

Die Hetze gegen sie soll von den tatsächlichen politischen Problemen ablenken. Der systematische Aufbau eines inneren Feindes – früher die Juden, heute die Studenten – ist das Mittel der Herrschenden, ihre antidemokratischen Ziele (nämlich die Herrschaft einer Minderheit im Betrieb, in der Schule, in der Universität und im Staat) zu sichern.

Sie heucheln Entsetzen und Mitgefühl und waschen ihre Hände in Unschuld. In Wahrheit sind sie es gewesen, die immer dann zu offen terroristischer Gewalt griffen, wenn ihre Herrschaft durch demokratischen Widerstand gefährdet wurde. Die seit 10 Jahren umkämpfte Notstandsgesetzgebung soll nach Ostern durchgepeitscht werden, um damit jede Möglichkeit demokratischen Widerstands zu unterdrücken.

Was können Sie tun, um die Demokratie in Deutschland zu verteidigen?

Kaufen Sie nicht die Erzeugnisse des Springerkonzerns („Bild“, „Welt“, „Bravo“, „Hör zu“, „Twen“, „Jasmin“, „Eltern“ usw. usw.).

Beteiligen Sie sich an den Aktionen für die Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft.

Nehmen Sie teil

- an der Kundgebung der Kampagne für Demokratie und Abrüstung (Ostermontag, Dortmund, Westfalenhalle, 16.00 Uhr),
- an den Kundgebungen zum 1. Mai und am Sternmarsch gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze nach Bonn am 11. Mai.

Rosa Luxemburg – Karl Liebknecht – Walter Rathenau – Matthias Erzberger – Martin Luther King – Rudi Dutschke: **Der Feind steht rechts**!!!

verantwortlich: Arbeiter und Studenten aus Iserlohn, gez. F. M. Balzer

[60]

Attentat auf Rudi Dutschke

Podiumsdiskussion am 21. April 1968 in Iserlohn im Haus der Jugend

Liebe Mitbürger, Freunde, Genossinnen und Genossen, die Beseitigung Dutschkes wurde seit langem von Politikern und Springerpresse provoziert. Selbst wenn Bachmann ein rechtsradikaler Einzelgänger ist, der keiner Partei oder anderen politischen Organisationen angehört, so ist seine Tat doch nicht die eines Einzelnen. Wenn Bachmann zur Kenntnis nahm, wie führende Politiker und Zeitungen über die Studenten und insbesondere über Dutschke urteilten, dann mußte er sich in seinem Mordplan nur bestätigt fühlen. Diese Beurteilungen zeigen, daß sich Springer-Presse und Berliner Senat auf der einen Seite von der NPD und der Nationalzeitung auf der anderen Seite nicht mehr wesentlich unterscheiden.

Die Hetze gegen den SDS, die Studenten, die außerparlamentarische Opposition insgesamt ist der Hetze der Nazis gegen die Juden zum Teil bis in die Formulierungen hinein gleich. „Verlaust, verdreckt“, das waren auch die Juden.

Wenn Dutschke eine „ungewaschene und verlauste und verdreckte Kreatur“ – so der CSU-Bundestagsabgeordnete Unertl – ist, dann ist der Mordanschlag gegen ihn nur eine hygienische Aktion und nicht ohne Berechtigung. Gleichermaßen sprach der Minister Strauß von „Ungewaschenen und Verdreckten.“

Wenn alle Oppositionellen „Banditen“ sind – so die NPD-Nationalzeitung –, dann ist der Mordanschlag auf Dutschke ein Notwehrrecht gegen einen „Banditenführer“.

Wenn die Springerzeitungen die Studenten als Sprecher der außerparlamentarischen Opposition nicht nur als Randalierer und Krawallmacher, sondern auch noch direkt als „Kriminelle“ bezeichnen, dann muß jeder selber gegen diese Kriminellen vorgehen, wenn nicht die Staatsmacht sie alle einsperrt. So ist es wohl auch kein Zufall, daß der Plan einer vorbeugenden Schutzhaft, so wie sie von den Nazis praktiziert wurde und für den Notstandsfall Gesetz werden soll, bereits jetzt im Gespräch ist.

Wenn Springer-Zeitungen schreiben, man müsse die „Störenfriede ausmerzen“, so bleibt nur festzustellen, daß Bachmann nicht mehr getan hat, als dieser Aufforderung konsequent zu folgen.

Auch der „Arbeitgeber“ – Zeitschrift der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände – verstümmelte Rudi Dutschke schon vor dem Mordanschlag durch eine Fotomontage auf der Titelseite.

[61] Zur Vorbereitung der Polizeiaktion gegen die Vietnamdemonstration sagte der ehemalige Regierende Bürgermeister Albertz: „Ich bin in den 2. Juni hineingerutscht, aber Neubauer – Berliner Innen- und Polizeisenator – ist so verrückt, daß er eine Reproduktion des 2. Juni anstrebt.“

Die, wie ich mit eigenen Augen feststellen konnte, ohne jede Gewaltanwendung diszipliniert verlaufene Demonstration am 18. Februar in Berlin wurde gestört und provoziert von ungefähr 300 Gegendemonstranten, die nach Meldung des Berliner Polizeifunks mit Schlagstöcken bewaffnet waren. Diese Schlägertruppe – von der Springerpresse als friedliche Gegendemonstration gefeiert und auf 1.000 hochgejubelt – zog abends vors Schöneberger Rathaus, wo der Innensenator sie aufforderte, an der Gegendemonstration des Senats teilzunehmen. „Ich hoffe, ich finde Sie alle dann in den ersten Reihen.“ Der Senator rechtfertigt also ausdrücklich die Schläger und Provokateure und fordert sie auf, doch ja das nächste Mal wieder dabeizusein.

Ein Plakat auf der Gegendemonstration des Senats lautete „Dutschke – Volksfeind Nr. 1“. Wenn Dutschke Volksfeind Nr. 1 ist, von dem alles Übel in dieser Gesellschaft kommt, dann ist seine Beseitigung ein berechtigter Akt des Widerstandes, ähnlich dem Anschlag auf Hitler. Hinter diesem Plakat marschierten Berliner Senatoren, Abgeordnete, Gewerkschafter und Beamte. Sie hatten offenbar nichts dagegen.

Der Berliner Regierende Bürgermeister Schütz hetzte wie die Nazis: „Ihr müßt diese Typen sehen; Ihr müßt Ihnen genau ins Gesicht sehen.“

In seiner Rede an die Berliner Bevölkerung mobilisierte er die Angst vor der „gelben Gefahr“ gegen die Oppositionellen. Er nennt sie „Halb-Chinesen“.

Auf der Gegendemonstration des Berliner Senats und der Parteien außer der FDP, der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften erreichte die Hetze einen Höhepunkt und schlug in Aktion um. Viele der Demonstranten „für Frieden und Freiheit“ taten, wozu sie lange genug mehr oder weniger direkt aufgefordert waren. Sie schlugen zu. Sie veranstalteten Menschenjagden.

Der CDU-Chef Amrehn rief der Masse viermal zu: „Wir haben es satt“ und dann noch „Wir müssen uns zur Wehr setzen“. Die Kundgebungsteilnehmer hatten es dann auch satt, und sie setzten sich zur Wehr – gegen Wehrlose, die nichts taten. Sie schlugen Mädchen zusammen, weil sie lange Haare hatten. Sie schlugen junge Männer zusammen, die keinen Einheitshaarschnitt hatten. Sie schlugen Brillenträger zusammen und junge Männer mit Cordhosen. Sie schlugen einen Pfarrer und einen Journalisten zusammen, die beide nur Streit schlichten [62] wollten. Sie hetzten einzelne als Freiwild durch ganze Straßenzüge.

Sie verprügelten auch den rechtsstehenden Anwalt Prelinger (CDU), den sie für den Anwalt der außerparlamentarischen Opposition, Mahler, hielten: „Das ist der Mahler; schlagt ihn tot“.

Eine Meute von ungefähr 1.000 Demonstranten jagte mit fortwährenden „Schlag-ihn-tot“- Rufen“ einen Mann, den sie für Rudi Dutschke hielten. Er wurde krankenhausreif geschlagen und konnte nur mit knapper Not von der Polizei gerettet werden. Erst als sie die Verwechslung bemerkten, ließen sie endgültig von der Verfolgung ab, nachdem sie ihn zuvor noch aus dem Polizeiwagen holen wollten. Wäre Dutschke wirklich auf der Demonstration gewesen, die Kundgebungsteilnehmer „für Frieden und Freiheit“, gerufen von den Herrschenden West-Berlins, hätten das Geschäft Bachmanns besorgt. Bachmann wäre zu spät gekommen.

Jetzt aber distanzieren sie sich; sie haben nichts damit zu tun; sie haben nicht gehetzt; sie sind unbeteiligt; sie haben reine Hände.

Daß die Heuchelei der Verantwortlichen auch nach dem Attentat fortgesetzt wird, zeigen beispielsweise die Erklärungen der Bundesregierung, insbesondere die Erklärung des Bundeskanzlers. Kiesinger drohte mit noch stärkerer Gewalt. Lediglich Heinemann machte darauf aufmerksam, daß die anti-kommunistische Hysterie mitverantwortlich sei.

In Iserlohn hat Heinemanns Appell, daß die „Bewegtheit dieser Tage nicht ohne guten Gewinn bleiben dürfe“, zu einem ersten Erfolg geführt. Durch unser Flugblatt wurde die Diskussionsbereitschaft des Ringes der politischen Jugend (RPJ), der politischen Parteien und der kritischen Öffentlichkeit provoziert.

Ein Anfang ist gemacht. Allerdings kann heute abend nicht nachgeholt werden, was jahrelang versäumt worden ist. Was wir brauchen, ist ein Diskussions- und Aktionsforum – etwa in Nachahmung der bereits in vielen Städten existierenden Republikanischen Clubs, – in Marburg heißt er Club Voltaire –, das die Forderungen der außerparlamentarischen Opposition und mancher Minderheiten in den politischen Parteien selbst kontinuierlich diskutiert und in praktische Aktion umsetzt.

[63]

Mitbestimmung in der Schule

Arbeitspapier (1969)*

I. Der Begriff der Mitbestimmung

Da schon der Begriff der Mitbestimmung nicht eindeutig ist, sollen die hier verwendeten Begriffe von vorneherein bestimmt werden:

Wir wollen unter Mitbestimmung verstehen: jeden unmittelbaren Einfluß der Schüler auf die Leitung und Gestaltung des Lernprozesses.

Unmittelbar soll heißen, daß die Schüler diesen Einfluß direkt in der Schule selbst, in ihrer Eigenschaft als Schüler ausüben und nicht in ihrer Eigenschaft als heranwachsende Staatsbürger auf politischem Wege, d. h. über Parteien, Parlamente, Regierungen und Verwaltungen. Es ist klar, daß die Schüler auch auf diesem Wege einen Einfluß auf die Schule ausüben können.

Einfluß soll hier jede Art der Beeinflussung des schulischen Lernprozesses bezeichnen; jeder Schritt, mit dem die Schüler über die vollständige Abhängigkeit vom Willen der Schulleitung und der Lehrer hinausgehen und mit dem sie diesem Willen ihren eigenen Willen entgegensetzen, von der bescheidensten Beschwerde oder Bitte um Auskunft bis zur Teilnahme an der Schulleitung selbst, fällt also unter unseren Begriff der Mitbestimmung.

Die Ausdrücke *Leitung* und *Gestaltung* des schulischen Lernprozesses bezeichnen die gesamte Formung der Schule auf allen Ebenen der Planung, Entscheidung und Durchführung, von den Spitzen der Ministerialbürokratie des Kultusministeriums und der Schulleitungen bis hin zur Gestaltung der einzelnen Unterrichtsstunde und der in ihr zu verrichtenden Tätigkeit. Es ist also nicht etwa nur von der im engeren Sinne sogenannten Schulleitung die Rede.

Lernprozeß soll heißen, daß wir nur von der Schule sprechen wollen, nicht jedoch von dem Lernprozeß, dem die an der Schule Beteiligten allgemein unterworfen sind.

II. Stufen und Grade der Mitbestimmung

Wir haben bisher den Begriff der Mitbestimmung in seinem weitesten Sinne verwendet, ohne näher auf die möglichen Abstufungen einzugehen, denen der unmittelbare Einfluß der Schüler auf die Leitung und Gestaltung des schulischen Lernprozesses unterliegen kann. [64] Diese Abstufungen sind nicht nur als Schritte auf dem Wege zur vollen Verwirklichung der Mitbestimmung zu verstehen, sondern auch durch die unterschiedlichen Altersstufen in der Schule bedingt.

1. *Information* und *Anhörung*: Die Schüler sind berechtigt, von der Schulleitung Auskünfte zu verlangen und ihre Wünsche oder Beschwerden vorzutragen. Die Schulleitung wird jedoch dadurch nicht in ihren Entscheidungen gebunden.

2. *Mitwirkung*: Hier wird der Schulleitung gegenüber den Schülern oder ihrer Vertretung ein bestimmter formeller Prozeß der Informierung, Anhörung und Beratung vorgeschrieben, ohne den ihre Entscheidungen nicht wirksam werden. In letzter Instanz ist es jedoch die Schulleitung, die endgültig entscheidet.

3. *Mitbestimmung*: Hierbei müssen die Schüler oder ihre Vertretung mit der Schulleitung übereinstimmen, damit eine wirksame Entscheidung zustande kommt; diese entscheidet also nicht mehr in letzter Instanz allein. Bei dieser Mitbestimmung im engeren Sinne gibt es nun zwei grundverschiedene Möglichkeiten, sie zu verwirklichen:

a) Lehrer und Schüler treten sich in der Form getrennter Organe gegenüber, die ein Einverständnis erzielen müssen. Auf diese Weise ist zwar die völlige Gleichberechtigung garantiert, dafür kann aber die gleichberechtigte Mitbestimmung auf einzelne Punkte beschränkt werden; und da die

* Das Thema „Schulverfassung“ hat mich während meiner 30jährigen Tätigkeit an der Steinmühle beschäftigt. Siehe die im September 1997 erschienene Schrift „Partizipatorische, organisatorische und pädagogische Strukturen am Landschulheim Steinmühle“, Schriftenreihe des Landschulheims Steinmühle Nr. 4/1997, 31 S.

Schulleitung die laufenden Geschäfte führt, während die Schülerseite nur von Fall zu Fall hinzutritt, kann diese unzulänglich informiert sein und ihre Mitbestimmungsrechte möglicherweise nicht ausnutzen. Dieser Fall braucht freilich nicht einzutreten, wenn Lehrer und Schüler gemeinsame Beratungsausschüsse – Didaktischer Ausschuß, Disziplinarausschuß etc. – bilden, die regelmäßig tagen und sich alle erforderlichen Informationen verschaffen können.

b) Schülervertreter nehmen unmittelbar an der Arbeit der leitenden Organe in der Schule teil (Gesamtkonferenz, Klassenkonferenz, Zeugniskonferenz, Fachkonferenz). Auf diese Weise haben die Schüler eine unbeschränkte Einsicht in die laufenden Geschäfte der Schule. Wenn sie in den betreffenden Organen paritätisch vertreten sind, ist dies die intensivste Form der Mitbestimmung. Sind die Schülervertreter in den betreffenden Organen jedoch in der Minderheit, so könnten sie überstimmen oder sogar von wichtigen Informationen ausgeschlossen werden. Es ist z. B. die Frage, ob eine Vertretung der Schüler in den Konferenzen überhaupt als Mitbestimmung und nicht vielmehr nur als bloße Mitwirkung zu bewerten ist. [65]

4. *Selbstbestimmung*: Dieser Begriff bezeichnet den bisher noch kaum je Wirklichkeit gewordenen Grenzfall, daß die Schüler in bestimmten Fragen – unter Umgehung der Schulleitung und Lehrer – über ein Problem der Leitung und Gestaltung des Lernprozesses unmittelbar selbst die letzte Entscheidung innehaben (vgl. Kritische Gegenschulen). Dagegen sind Schülerinteressenvertretung und Schülerpublikation Bereiche, in denen der Begriff der Selbstbestimmung bereits Anwendung finden kann. Da der Schüler vom pädagogischen Ideal her zum Subjekt der Erziehung gemacht werden soll, also Selbsterziehung beginnen soll, wird die Fremdbestimmung mit wachsendem Alter und zunehmender Verwirklichung der Mitbestimmung zugunsten der Selbstbestimmung tendenziell aufgehoben werden müssen.

III. Die Ebenen der Mitbestimmung:

1. Die Ebene der Entscheidungsfindung zwischen Schulverwaltung und Schule
2. zwischen Schulleitung und Lehrer
3. zwischen Schule und Schüler und schließlich
4. die Ebene der Entscheidungsfindung im Unterricht zwischen einzelnen Lehrern und einer Schülergruppe.

IV. Die Bereiche der Mitbestimmung:

In der Schule gibt es im wesentlichen drei Entscheidungsbereiche für die Schülermitbestimmung:

1. *Der organisatorische Rahmen (die „Schulordnung“)*

a) Gegenüber der Schulverwaltung wird eine größere Autonomie der einzelnen Schulen angestrebt.
b) Die Umwandlung der SMV in eine Schülerinteressenvertretung (Schülerselbstverwaltung) ist notwendig, damit die Forderungen einzelner Schülergruppen, die zur Bewußtseinsbildung der Schüler beitragen, entsprechend berücksichtigt werden. Es gibt zwei Parlamente. Eins für die Klassen 5–8, das zweite für die Klassen 9–13 (Siehe neues Schulverwaltungsgesetz § 42).
c) Die Schüler besitzen ein politisches Mandat. Das Demonstrations- und Streikrecht wird gewährleistet.
d) An die Stelle der Direktorialverfassung tritt ein kollegiales Leitungsprinzip. Lehrer und Schüler wählen die Schulleitung. Sie besteht aus einem Gremium, das sich paritätisch aus Lehrern und Schülern zusammensetzt. Für die Verwaltungsaufgaben wird ein Beamter eingestellt, der nicht gleichzeitig Lehrkraft ist. [66]
e) Die Konferenzen und Beratungsausschüsse setzen sich paritätisch zusammen. Das Konferenzgeheimnis wird aufgehoben.

2. Die Schuldidaktik (*Bildungsinhalte und -vermittlung*)

Komplizierter ist die Verwirklichung von Mitbestimmungsformen bei der Schuldidaktik. Immerhin dürfte in diesem Bereich bereits die Offenlegung der anzustrebenden Bildungsziele, deren öffentliche Diskussion mit dem Schülerparlament im allgemeinen und den einzelnen Klassen im besonderen,

sowie das Recht der Klassen und des Schülerparlaments, didaktische Vorschläge zu machen und eine mangelhafte Verwirklichung der Bildungsziele zu kritisieren, eine wesentliche Veränderung der jetzigen, vielfach autoritären Art, Inhalte und Formen des Unterrichts zu bestimmen, bedeuten. Es wäre in diesem Sinne zu fordern:

a) Den Schülern werden die jeweils geltenden Lehrpläne der Schulen bzw. Klassen schriftlich vorgelegt. Da die Lehrpläne in den meisten Ländern nur allgemeine Rahmenbestimmungen enthalten, erhalten die Schüler darüber hinaus in schriftlicher Form die Konzeption des Lehrers, wie und mit welchen exemplarischen Schwerpunkten er den Stoff zu behandeln gedenkt. Ein solches Konzept enthält Literatur und Arbeitshinweise, die es den Schülern ermöglichen, sich auch selbständig vorbereitend mit dem Stoff zu beschäftigen.
b) Zur Reform der Lehrpläne schaffen die Kultusministerien didaktische Kommissionen, die paritätisch aus Vertretern der Schüler des jeweiligen Schultyps und der Lehrerschaft bzw. des Ministeriums zusammengesetzt sind.
c) Die Klassensprecher und das. Schülerparlament haben das Recht, ergänzende oder Alternativvorschläge zu den vorliegenden Lehrplangestaltungs-Konzeptionen der Lehrer vorzulegen.

3. Die Schülerbeurteilung (*Benotung*)

Dem herrschenden Benotungsverfahren liegt anstelle des Förderungsprinzips das fragwürdige Leistungsprinzip zugrunde. Kurzfristig geht es darum, den willkürlichen Gebrauch des herkömmlichen Benotungsverfahrens zu verhindern.

a) Das Verfahren, Zeugnisnoten dem Plenum der Klasse vorzutragen und zu diskutieren, wobei die Kriterien der Notengebung durchsichtig gemacht und nach Möglichkeit gemeinsam formuliert werden, wird zu den Prinzipien der Schülermitbestimmung erhoben. [67]
b) Die Klassensprecher haben das. Recht und die Pflicht, eine nach Meinung eines Schülers ungerecht benotete schriftliche Leistung in Anwesenheit des Schülers mit anderen zu vergleichen und daraufhin gegebenenfalls beim Lehrer vorstellig zu werden.
c) Alle Benotung für mündliche Leistungen erfolgen öffentlich.

V. Auch die Schüler müssen umlernen.

Daß mit der Schülermitbestimmung gleichzeitig ein Prozeß intensiver Erziehung zum selbstverantwortlichen Denken und Handeln in der Schülerschaft eingeleitet werden muß, wird mit aller Deutlichkeit ausgesprochen. Die Schülerschaft und ihre Organisationen werden in der Öffentlichkeit umso eher Anerkennung und Unterstützung finden, als sie gleichzeitig mit ihren Forderungen an die Machthabenden einen Bildungsprozeß innerhalb der Machtlosen, bislang bloß an Gehorsam oder hinhaltenden Widerstand Gewöhnten einleiten, der diese zur sachlichen Mitgestaltung befähigt. Das konservative Hauptargument gegen die Mitbestimmung kann am besten widerlegt werden durch ernsthafte Initiativen der Schüler, durch Veränderung des gegenwärtigen generellen Bewußtseinsstandes, durch Verbreiterung der augenblicklichen Basis der reformwilligen Schüler und schließlich durch modellhafte Versuche, die zeigen, daß man sehr wohl zur Mitbestimmung fähig ist.

Erziehung nach Auschwitz

Aus dem Erfahrungsbericht am Ende des Referendariats (1969)

Als ich am 15. Februar 1968 den Referendardienst am Studienseminar Marburg begann, hatte ich kaum klare Vorstellungen von der Berufsrolle des Lehrers, da die Universität nur unzulänglich dieser berufsvorbereitenden Aufgabe gerecht wird.

Diese Rolle emphatisch zu definieren, fiel mir jedoch nicht schwer, da die Erfahrung „Auschwitz“ für die „Nachgeborenen“ ebenso eine verpflichtende Mahnung ist wie für die Dabeigewesenen. „Jede Debatte über Erziehungsideale ist nichtig und gleichgültig diesem einen gegenüber, daß Auschwitz nicht noch einmal sei. Es war die Barbarei, gegen die alle Erziehung geht. Man spricht von drohendem Rückfall in die Barbarei. Aber er droht nicht, sondern Auschwitz war er; Barbarei besteht fort, solange die Bedingungen, die jenen [68] Rückfall zeitigten, wesentlich fortdauern“. „Die einzige wahrhafte Kraft gegen das Prinzip von Auschwitz wäre Autonomie ...; die Kraft zur Reflexion, zur Selbstbestimmung, zum Nicht-Mitmachen“ (T. W. Adorno, Erziehung nach Auschwitz, in: Adorno u. a., Zum kritischen Bildungsbegriff der Gegenwart, Frankfurt 1967).

Daß es nicht mehr genügt, die Lehrerrolle nur emphatisch zu begründen, ist das Ergebnis der Reflexion während meiner Ausbildungszeit. Immerhin, die Emphase ist geblieben. Sie blieb in der weitgehend sehr guten Zusammenarbeit mit den Schülern im Unterricht, zu dem ich sehr bald durch Lehraufträge, Dauervertretungen und selbständige Unterrichtsreihen herangezogen wurde, und sie blieb angesichts der allgemeinen und konkreten Schulsituation, in die ich mich ab Februar 1968 hineingestellt sah.

Diese Situation war gekennzeichnet durch die Unruhe unter den Schülern, die Verunsicherung unter den Lehrern, durch mannigfache in der Öffentlichkeit diskutierte Ansätze zur Schulreform (Gesamtschule, Oberstufenreform, Reform der Lehrpläne etc.), die durch erziehungswissenschaftliche Veröffentlichungen zahlreiche Impulse erhielt. Es ist im Rahmen dieses Erfahrungsberichtes nicht möglich, einen Literaturbericht zu geben, der diese Jahre 1968/69 im Schrifttum widerspiegelt. Die in diesem Zeitraum erschienenen Taschenbücher über die Unruhe unter den Schülern, die Gutachten und Studien der Bildungskommission über „Begabung und Lernen“ sowie die Wirkgeschichte Hartmut von Hentigs deuten auf diese Entwicklung hin.

Die neue Situation seit Februar 1968 ist dadurch gekennzeichnet, daß zum ersten Mal aktive Schülergruppen deutlich vernehmbar den Anspruch auf Beteiligung und Mitbestimmung bei allen die Schule betreffenden Fragen erheben. Die Forderungen der Schüler zielen darauf ab, sich aus den herkömmlichen Abhängigkeiten zu befreien und zu größerer Selbstbestimmung durch Mitbestimmung des Lernprozesses zu gelangen. Die von den Erziehungswissenschaften ausgehenden Impulse legten zwar vielfach den Wert auf die Anpassung überkommener und unzulänglicher Bildungsinstitutionen an die funktionalen Bedürfnisse einer hochindustrialisierten Gesellschaft, deren Verwertungsprozesse unbefragt blieben, doch fehlte es nicht an erziehungswissenschaftlichen Ermutigungen, die die Schüler in ihren Forderungen bestätigten. [...] [69]

Thesen zu Schule und Gesellschaft

(März 1971)

1. Die Schule ist eine Institution der Gesellschaft, die sich in ihr zu reproduzieren sucht. Schule und Gesellschaft bedingen sich. Jede Kritik trifft notwendigerweise beide Bereiche. Die Bildungseinrichtungen sind heute weitgehend systemerhaltende Lernfabriken. Ziel einer Erziehungswissenschaft, die sich als Gesellschaftswissenschaft versteht, ist nicht unkritisches Bewußtsein mit dem Ziel blinder Anpassung, sondern kritische Rationalität. Das bedingt: Bloßlegen und Diskutieren der bisher unreflektiert hingenommenen Vorstellungen und Normen, Abbau autoritärer Schulstrukturen.

2. Die objektive Funktion der öffentlichen Schule war und ist die Vermittlung von herrschenden Normen und der Informationen, die zur Ausübung gesellschaftlich erwarteter Leistungen, deren Verwertungsprozeß unbefragt bleibt, notwendig ist. Bildung hat weitgehend affirmativen Charakter: sie ist die Weitergabe der Interessen der Herrschenden durch das Instrument einer beamteten Lehrerschaft und einer verwalteten Schule an die folgende Generation. Die öffentliche Schule ist nach wie vor Spiegel der Gesellschaft, zu deren Reproduzierung sie beiträgt. Ihr Ziel ist nicht die Emanzipation von Zwängen und die Förderung kritischer Vernunft, sondern sie dient fast ausschließlich der Produktion reibungslos funktionierender Konsumenten und Trägern von Berufsrollen.

3. Will die Erziehungswissenschaft ihrem Anspruch gerecht werden, unvereinbar zu sein mit einer Erziehung zur Anpassung und zum status quo, sondern zur Überwindung unvernünftiger Herrschaftsverhältnisse und zu größtmöglicher Emanzipation beizutragen, so wird sie organisatorische, praktische wie theoretische Anstrengungen vermittelt unternehmen müssen, um den gegenwärtigen Zustand zu überwinden.

Konkret bedeutet dies:

1. Konzentration des pädagogischen Begleitstudiums auf die tatsächlichen Probleme der Schulwirklichkeit in didaktischer wie gesellschaftlicher Hinsicht.

2. Organisation und Projektierung der systematischen Begleitung des forschenden Lernens durch Kurse und theoretische Arbeitskreise zur gesellschaftlichen Relevanz der Erziehungswissenschaft.

3. wissenschaftliche Begleitung und wissenschaftliche Auswertung [heute heißt das Zauberwort „Evaluation“] gezielt vorbereiteter Praktika (sofern möglich semesterweise nach Fachbereichen gegliedert) [70]

4. Konzentration und interdisziplinäre Kooperation der Fachdidaktiker [heute heißt das Zauberwort „fächerübergreifend“]

5. Dauerhafte Kooperation zwischen erziehungswissenschaftlichem Seminar und Lehrerausbildungsinstitution (Studienseminar etc.)

6. Weiterbildung der berufstätigen Lehrer und Organisierung des kritischen Lehrer- und Schülerpotentials zwecks Stabilisierung und Potenzierung im Kampf um eine demokratische Schule.

Thesen zur Ausbildung der Lehrer

1. Lehrer wurden und werden in einem widersprüchlichen System ausgebildet: Zuerst Theorie – dies ist bestenfalls ein Euphemismus ohne Praxis, dann Praxis ohne Theorie. Die traditionellen Praktika oder Hospitationen ermöglichen keine Praxisorientierung. Sie wurden und werden wenig vorbereitet, wenn überhaupt wenig konzentriert, wenig gezielt und lustlos als lästige Pflichtübung abgeleistet. Eine Auswertung fand und findet bisher nicht statt. Da die Theorie weitgehend noch ohne Bezug zur Praxis vermittelt wird, vermag sie kaum Entscheidendes zur Entwicklung des Bewußtseins beizutragen: Vorlesungen und Übungen zur Geschichte der Pädagogik tragen so gut wie nichts zur Bewußtseinsbildung der Lehrer bei, wenn von der Definition ausgegangen wird, daß Bewußtsein das bewußte Sein und das Sein der wirkliche Lebensprozeß des Menschen als gesellschaftlichem Wesen darstellt.

2. In der zweiten Phase der Ausbildung nach dem 1. Staatsexamen wird diese Entwicklung trotz des stärkeren Praxisbezuges nicht entscheidend durchbrochen, es sei denn, daß die Studienseminare in der Weise umfunktioniert werden, wie es in Marburg angestrebt und partiell verwirklicht wurde.

Bisher stellt die Ausbildung am Studienseminar nach wie vor ein Mittel der Anpassung und Disziplinierung der Junglehrer dar. Den zahlreichen Rollenerwartungen von seiten der Schulleitung, der Eltern, der Kollegen, und auch der Schüler vermag sich die emanzipative Berufspraxis nur schwerlich zu befreien. 2 Jahre Schulpraxis haben mir gezeigt, daß die Änderung bestehender Verhältnisse nur durch die massenhafte Emanzipation der Lehrer vor und während dieser Berufspraxis erfolgen kann. Das Denken in Ruhe und Ordnung, in Harmonie und Partnerschaft haben mir den Vorwurf eingetragen, daß ich Kollegium wie Schüler in einer Weise verunsichert habe, daß eine weitere Tätigkeit an der Schule von der Schulleitung unerwünscht sei.

Dieses Reflexionsniveau vermag ein einzelner Lehrer kaum zu erreichen, da seine kritischen Kräfte weitgehend im Schulalltag gebunden sind. Die gegenwärtige politische Funktion der [71] Schule als Herrschaftsinstrument zur Reproduktion gegebener Herrschaftsverhältnisse ist nur politisch zu verändern, und d. h. durch das Selbstverständnis der Erziehungswissenschaften als Gesellschaftswissenschaften und die Vermittlung von Theorie und Praxis.

Der sanften Gewalt der Vernunft eine Chance

Streikrede im Audi Max anläßlich des Schülerstreiks gegen den Numerus Clausus (1972)

Liebe Schülerinnen und Schüler, als einer der Lehrer, die sich mit Eurem Streik offen solidarisch erklärt haben, möchte ich ein paar Bemerkungen zum gegenwärtigen Streik machen.

Meine Rolle als Verbindungslehrer im Streikkomitee der Steinmühle konnte nur von beratender Funktion sein, solange die Lehrer Euren Streik nicht aktiv unterstützen und ein eigenes Streikkomitee bilden.

Aber auch ohne einen solchen Lehrerstreik – in England haben die Lehrer inzwischen begriffen, daß sie nur ein Teil der Masse der Lohnabhängigen sind, der auf Kampfmittel zur Durchsetzung eigener Interessen nicht verzichten kann, – auch ohne daß die Lehrer jetzt selbst mitstreiken, müßten sie eigentlich ganz froh über Eure Aktivitäten sein, wenn sie jemals dem Bildungsziel angehangen haben, jenes Begreifen zu fördern, das Eingreifen ermöglicht. Jetzt habt Ihr eingegriffen, und die Lehrer sollten das begreifen.

Nachdem der hessische Kultusminister, Prof. v. Friedeburg, Prof. Luther in Marburg als Direktor des Philippinum und der hessische Elternbeirat sich mit dem Schülerstreik solidarisiert haben, hat nun auch die gute alte, liberale Großtante „Die Zeit“ ein liberales Machtwort an alle Schwankenden und unsicheren Kantonisten unter den Lehrern und Schülern gesprochen. Im heutigen Leitartikel der „Zeit“ heißt es zu den gegenwärtigen Schülerstreiks: „Mit Recht gehen die Schüler auf die Straße und demonstrieren gegen solche Resignation (daß nämlich der NC noch einige Jahre fortbestehen wird): Sie demonstrieren für uns alle. Denn wie immer die Gesellschaft von morgen aussehen mag, ob sie sich den Prognosen der Propheten fügen oder ihnen, wie so oft, ein Schnippchen schlagen wird, ob sie reaktionär sein wird oder liberal oder revolutionär: Es wird eine ungeheuer dumme Gesellschaft sein, eine Gesellschaft ohne Lehrer – wenn wir nicht sofort anfangen, Lehrer [72] in großer Zahl auszubilden, statt über Demokratie in der Lehrerausbildung oder über Gesamtschulprojekte zu diskutieren und immer nur zu diskutieren, während vor den Universitäten junge Leute stehen, die Lehrer werden wollen, aber nicht hineindürfen“. (Rudolf Walter Leonhardt, in: „Die Zeit“ vom 6. Februar 1972, S. 1: Eine Gesellschaft der Dummen?)

Zweierlei ist zu diesen wohlmeinenden Ratschlägen des R. W. Leonhardt zu sagen:

1. Es kommt nicht darauf an, statt über Demokratie in der Lehrerausbildung oder über Gesamtschulprojekte zu diskutieren, den NC zu beseitigen, sondern wir werden stets beides gleichzeitig im Auge behalten müssen: Demokratisierung von Schule und Hochschule, Gesamtschulprojekte zur Verwirklichung der Grundgesetznorm nach Gleichheit der Bildungschancen auch für Arbeiter- und Bauernkinder und gleichzeitig finanzielle Investitionen von erheblichem Ausmaß, ohne die weder die Quantität noch die Qualität langfristig gesteigert werden kann. Und am Ende wird sich herausstellen, daß demokratische Gesamtschulen und Gesamthochschulen nicht nur demokratischer, sondern eben auch effektiver sind, vielleicht nur nicht im Sinne der Herrschenden.

2. Der Löwe in der Zeitgrube bestätigt nicht nur die Richtigkeit und Dringlichkeit Eurer Forderungen – das tun auch viele Lehrer – sondern eben auch im Unterschied zu vielen Lehrern die Aktionsformen, die Ihr gewählt habt, um Eurem Protest nachdrücklich öffentliches Gehör zu verschaffen. Die liberale Großtante hat somit den unsicheren Schülern und Lehrern Absolution erteilt wider den Verstoß gegen den liberalen Geist, sich bloß auf den Austausch von Argumenten und die Formulierung von Resolutionen und Leserbriefen zu beschränken und zu verlassen. Leo gibt den Zaudernden ein gutes Gewissen.

Das ist im übrigen auch eine Antwort auf die Kontroverse: Streik und/oder Demonstration. Wer zu dem massivsten Mittel der Demonstration greift, nämlich dem Demonstrations- und Proteststreik, sollte vor der – auch nicht angemeldeten – Demonstration nicht zurückschrecken.

Die Streik- und Demonstrationsberechtigung steht also – auch nach Meinung der liberalen Auguren – außer Frage. Fragt sich, ob Ihr mit der Vorbereitung und Organisation Eures Streikes vollauf zufrie-

den seid oder sein könnt, oder ob Ihr nicht doch vor diesem Auditorium Eure eigenen Erfahrungen mit diesem Streik kritisch darlegen und an Selbstkritik nicht sparen solltet, damit die Effektivität eines solchen nach außen und innen gerichteten Streiks in Zukunft erhöht werden kann.

Zum Komplex Bildung – Wirtschaft – Rüstung gestattet mir ein paar Anmerkungen, nachdem dieser in den letzten Tagen von Euch hier diskutiert worden ist, wie die Spruchbänder und [73] Sprechchöre während der Demonstration und Eure Diskussionen in den Arbeitskreisen zeigen. Ich möchte hier eine Information nachtragen, die am 21. Januar in der „Frankfurter Rundschau“ zu lesen stand. Danach werden in der BRD pro Tag für den Soldaten DM 120, für den Schüler und Studenten aber nur DM 3.50 ausgegeben. Dieses Zahlenverhältnis macht unmittelbar deutlich, auf welche Kosten, zu wessen Gunsten der Bildungsnotstand entstanden ist und auf welchem Wege er nur zu beseitigen wäre.

Aber mir scheint, wir sollten neben diesem Zahlenspiel, hinter dem natürlich auch politische Prioritäten stehen, ein anderes sehen: Nicht nur, daß der „Industriekurier“ vor einiger Zeit behauptet hat, die Demokratisierung der Schulen und Hochschulen sei ebensowenig denkbar wie die der Kasernen und Zuchthäuser. Nicht nur, daß die Bundeswehr nach den Worten ihres ehemaligen Ministers von Hassel zur Erziehungs- und Bildungsstätte erhoben wurde und von dem späteren Bundeskanzler Kiesinger zur „Schule der Nation“ erklärt wurde. Sondern eben auch diese Antwort des Bundesverteidigungsministers Schröder auf eine kleine Anfrage betr. Agitation gegen die Bundeswehr und Kriegsdienstverweigerung vom 15. Mai 1969: „Die Bundesregierung ist bereit, an die ständige Konferenz der Kultusminister der Länder mit der Empfehlung heranzutreten, den Aufgaben der militärischen und zivilen Verteidigung im Schulunterricht in den Fächern Gemeinschaftskunde und Geschichte eine besondere Beachtung zu schenken.“ Mir scheint, auch gegenüber dieser Gefahr gilt es ein deutliches Wort zu sagen.

Ich komme zum Schluß. Es ist nicht genug zu verkünden, die Schule der Nation sei die Schule, wie dies in der Regierungserklärung geschehen ist. Die Schule der Nation wird erst dann wieder die Schule sein, wenn die Verfassungsnormen des Grundgesetzes nach gleichen Bildungschancen und freier Arbeitsplatz- und Berufswahl verwirklicht werden.

Wie die gegenwärtigen Verhältnisse verändert werden können oder sollten, das müssen Sie selbst entscheiden. Ich kann Ihnen dazu nur sagen, daß es darauf ankommt, größere und kontinuierliche Anstrengungen zu unternehmen, um Informationen, Kenntnisse und Einsichten in die Zusammenhänge von Bildung und Gesellschaft zu sammeln und zu verarbeiten. Dabei kann dies nicht von einer kleinen Gruppe geleistet werden, den sogenannten Avantgardisten und Aktivisten. Ich beziehe mich hier auf Bert Brecht: „Was Du nicht selber weißt, weißt Du nicht“. Beschreiten Sie diesen Weg, so hat die sanfte Gewalt der Vernunft eine Chance. [74]

Ein Herz, das für soziale Befreiung brannte

Percy Bysshe Shelley (1792–1822) zur Erinnerung (1972)

Am 8. Juli jährt sich zum 150. Male der Todestag von Percy Bysshe Shelley, der 1929 in der „Allgemeinen Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe“ von Max Beer als einer der größten revolutionären Dichter bezeichnet wurde.

Geboren am 4. August 1792 als Sohn eines adeligen Großgrundbesitzers, umspannt sein kurzes Leben jene Periode der englischen Sozialgeschichte, in der sich Feudaladel und industrielles Bürgertum gegen die Schlachtrufe der Französischen Revolution von 1792 verbünden, die in England, das seine siegreiche Revolution bereits 1688 vollzogen hatte, von der sich im gleichen Jahr bildenden und aufsteigenden Arbeiterbewegung aufgenommen und weiterentwickelt werden zum Ruf nach der Abschaffung nicht einzelner Klassenprivilegien, sondern der Beseitigung der Klassengesellschaft überhaupt.

Die Periode, in der Shelley heranwuchs, war weithin gekennzeichnet durch den Krieg Englands gegen Frankreich, der 1815 in Waterloo sein Ende fand, die koloniale Unterdrückung Irlands sowie Verfolgung sich ausbreitender jakobinischer Tendenzen und sozialer Unruhen im Inneren, als deren Höhepunkt das sogenannte Peterloo-Massaker von 1819 in Manchester anzusehen ist, bei dem eine friedliche Massendemonstration von 60.000 bis 100.000 Arbeitern blutig niedergeschlagen wurde.

Als Schüler von Eton schrieb der 16jährige zwei Erzählungen und wurde wegen antikirchlicher Gesinnung von der Schule verwiesen. In Oxford studierte er Philosophie, schrieb eine Abhandlung über die Notwendigkeit des Atheismus und wurde wegen seiner revolutionären Haltung vom Universitätsbesuch ausgeschlossen. Vom Vater verstoßen und von allen „respektablen“ Stützen der Gesellschaft geächtet und verfemt, widmete er sich ganz dem Kampf gegen die soziale Unterdrückung der großen Mehrzahl durch die wenigen Nutznießer des sich sprunghaft entwickelnden Kapitalismus. In seinem Gedicht „Königin Mab“ gab der 21jährige ein Gleichnis für die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft aus dem Dunkel religiöser Befangenheit in die Freiheit der Vernunft. Als Gegenstück zu Aischylos’ „Gefesseltem Prometheus“ verfaßte er 1820 sein Drama „Der entfesselte Prometheus“. Im Zentrum dieses Stückes steht der von Vorurteilen, Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg befreite Mensch. Shelleys dialektisches Geschichtsverständnis kommt darin symbolisch zum Ausdruck. Die Befreiung des Prometheus setzt die Überwindung des Jupiters voraus. Während Prometheus die unterdrückten, um geschichtlichen Fortschritt der Menschheit kämpfenden sozialen Kräfte symbolisiert, verkörpern sich in Jupiter jene sozialen Kräfte, die einer wahrhaft menschlichen Existenz in Freiheit und sozialer Gleichheit entgegenstehen.

[75] Prometheus wird zum Symbol der menschlichen Fähigkeit zu leiden und zu erdulden und zum Symbol des menschlichen Willens und der Kraft zum Widerstand, zu dem er im „Maskenzug der Anarchie“ so nachdrücklich aufruft: „Steht auf wie Löwen nach dem Schlummer / in unbesiegbarer Anzahl! Schüttelt eure Ketten ab wie Tau / Der im Schlaf auf euch gefallen war: / Ihr seid viele – sie sind wenige“. Shelleys utopisch-sozialrevolutionäre Vision ist als dichterische Antizipation der klassenlosen Gesellschaft gedeutet und verstanden worden.

Zwanzig Jahre nach Shelleys Arbeitermarseillaise „An Englands Männer“ („Ihr sät das Korn für andre nur, / durchwühlt für sie nach Gold die Flur, / für andre wirkt ihr das Gewand, / und euer Schwert trägt andre Hand. / Sät Korn – doch für den Zwingherrn nicht! / Schürft Gold – doch nicht dem faulen Wicht! / Webt Kleider – nicht dem Schelm zu Nutz! / Schweißt Waffen – selber euch zum Schutz!“) schrieb Heinrich Heine in „Deutschland: Ein Wintermärchen“ „Wir wollen auf Erden glücklich sein / Und wollen nicht mehr darben; / Verschlemmen soll nicht der faule Bauch, / Was fleißige Hände erwarben.“

Was Franz Mehring über Heinrich Heine schrieb, gilt ebenso auch für Shelley: „Alle großen Kämpfer, die auf der Grenzscheide zweier Weltalter die Träger der neuen Fackeln sind, kommen zu kurz, wenn man sie an der Philisterelle mißt; aus jedem von ihnen läßt sich mit leichter Mühe ein groteskes Zerrbild machen.“

Dieses Zerrbild, das bereits zu Lebzeiten Shelleys entstand, ist noch heute weithin vorherrschend geblieben. Die bürgerliche Literaturkritik hat ihn entweder verachtet, verkannt oder mitleidvoll verteidigt, ohne ihn angemessen zu begreifen. Für sie war er bestenfalls ein „jeder praktischen Wirksamkeit ermangelnder Engel, der im leeren Raum seine leuchtenden Schwingen schlug“ (M. Arnold), ein weltflüchtiger Sonderling, ein der Wirklichkeit entrückter, harmloser Weltverbesserer.

Die Arbeiter Englands sahen ihn anders. Engels berichtete 1844/45, daß die Werke Shelleys hauptsächlich unter den Arbeitern gelesen und verstanden wurden, daß Shelley ein Dichter des Volkes geworden sei. Er rühmte Shelleys geniale prophetische Dichtungen, die er selbst teilweise übersetzte, und bewunderte die Innigkeit seines Gefühls, die Zartheit und Originalität seiner Naturbilder. Von Marx wird die Äußerung belegt, daß Shelley durch und durch ein Revolutionär war und anders als Byron stets zur Vorhut des Sozialismus gehört hätte. Die tiefgreifende Wirkung Shelleys auf die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts und literarische Nachfahren ist unbestreitbar.

In unserem Jahrhundert fand Shelley einen adäquaten Verteidiger in Bert Brecht, der ihn nicht nur einen großen revolutionären Dichter, sondern zugleich auch einen großen Realisten [76] nannte, der es verdiene, einen noch sichtbareren Platz in der großen Schule der Realisten angewiesen zu bekommen als Balzac, da Shelley die Abstraktion besser ermögliche als jener und nicht ein Feind der unteren Klasse gewesen sei, sondern ein Freund. Bei Shelley könne man beobachten, daß die realistische Schreibweise keinen Verzicht auf Phantasie noch auf echte Artistik bedeute.

Shelleys revolutionäre Glut („Die bestehende Gesellschaftsordnung mit ihrem ganzen Aufbau von Anschauungen und Formen muß von Grund auf zerstört werden“) fand in der glaubensstarken Bildersprache seiner Dichtungen Ausdruck. („Die Axt legt an die Wurzel, und der Giftbaum fällt, und wo sein Pesthauch weht, Verderben, Tod verbreitet, wo Millionen Leichen der Schlangen Hunger stillten, unbeerdigt im faulen Luftzug ihre Knochen bleichten, da wird ein Garten prangen, lieblicher als Edens Fabelparadies“). Anders als die spätromantische Tendenz zum vernunftfeindlichen und pessimistischen Weltschmerz ließ sich Shelley trotz aller Rückschläge und Enttäuschungen der sozialen Kämpfe seiner Zeit nicht von seinem festen Glauben abbringen, daß das Ziel einer klassenlosen Gesellschaft durch entschlossene Beharrlichkeit und unermüdliche Hoffnung, durch ausdauernden, unbeirrbaren Mut und die planmäßigen Bestrebungen von Generationen geschaffen wird.

Anläßlich des 150. Todestages von P. B. Shelley ist es angebracht, an Shelleys sozialrevolutionäre Tradition und visionär-humanistische Zukunftsschau ebenso zu erinnern wie an die Tradition realistischer Schreibweise, wie sie Shelley meisterhaft beherrschte und dabei von denen verstanden wurde, für die er Partei ergriff.

Wer sich mit Shelley näher befassen will, sei vor allem auf Manfred Wojciks Aufsatz „In Defence of Shelley“ hingewiesen, erschienen in der „Zeitschrift für Anglistik und Amerikanistik“, 1963, Heft 2, S. 143–188. Es wäre wünschenswert, wenn sich ein Verlag fände, der die Übersetzung dieses Aufsatzes einem breiteren Leserkreis zugänglich machen würde. [77]

Lernprozeß

geschrieben nach dem Putsch in Chile*

Ich wollte
es gäbe in Chile eine Mauer,
eine Mauer, hinter der sich die Front des Volkes
retten, hinter der sich das Volk
verschanzen könnte.

Ich wollte es gäbe
kein unterdrücktes, gemordetes Volk von Chile.
Ich wollte,
die antifaschistisch-demokratische
sozialistische chilenische Nation
könnte den Aufbau des Sozialismus
fortsetzen
in ihrer Hälfte
durch eine Mauer getrennt.

Ich wollte
es gäbe nicht nur in Europa
ein Land,
das durch militärische Invasion
den Aufbau des Sozialismus schützte
vor der Gegenrevolution,
die die „Essenz der kapitalistischen Verfassung“
wiederherzustellen sucht.

Es gibt keine Mauer in Chile
und keinen Einmarsch von Freunden.

Ich begreife, der Feind steht im eigenen Land.
Die Freunde sind jenseits der Mauer,
stehen bereit, um die Länder, die hinter der Mauer
ihren Aufbau des Sozialismus fortsetzen,
zu schützen.

[78]

* Am 11. März 1998 wurde General Pinochet zum Ehrensenator auf Lebenszeit ernannt. Und keine Kontakt-Gruppe erhebt Protest gegen den Verletzer des Völkerrechts und hat ihn vor ein Gericht als Kriegsverbrecher gestellt. Die Mauern in Deutschland sind gefallen. Die denkerische Teilung der Welt, quer durch alle Nationen, besteht fort. Wenn sie nicht gestorben sind, dann leben Mobuto, Suharto und Pinochet immer noch. Der Maskenzug der Anarchie „Freedom and Democracy“ zieht seine globalisierte Bahnen.

Der deutsche Faschismus

Buchbesprechung (1975)

„Wer den Faschismus und den Krieg, die großen Katastrophen, welche keine Naturkatastrophen sind, beschreiben will,“ schrieb Bertolt Brecht, „muß eine praktikable Wahrheit herstellen.“ Dem Marburger Professor Reinhard Kühnl, der sich seit Jahren führend an der theoretischen Diskussion über den Faschismus beteiligt hat (vgl. Manfred Weißbecker, Entteufelung der braunen Barbarei, Zu einigen neueren Tendenzen in der Geschichtsschreibung der BRD über den Faschismus und faschistische Führer, Frankfurt/Main 1975), kommt das außerordentlich große Verdienst zu, mit seiner jüngsten Veröffentlichung „Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten“ die Vermittlung über die Wahrheit des Faschismus praktikabler gemacht zu haben.

Kühnls vielseitig und umfänglich dokumentierter Sammelband ist die lang erwartete Alternative zu dem bisher einzigen weit verbreiteten Quellenband von Walther Hofer, der, 1957 erstmalig erschienen, inzwischen eine Auflage von 680.000 erreicht hat. Gegenüber dem völlig veralteten und den Klassencharakter des Faschismus verschleiernden Quellenband von Hofer – 85% der von Kühnl nachgedruckten Quellen und Forschungsergebnisse sind erst nach der Erstveröffentlichung von Hofers Quellenband zugänglich geworden – stützt sich Kühnl auf die seit 1957 große Fortschritte erzielende Faschismusforschung und bezieht die neueren Arbeiten marxistischer Historiker (Czichon, Schumann, Mammach u. a.) ein. Im Gegensatz zu Hofer wird bei Kühnl durch zahlreiche unwiderlegbare Zeugnisse dokumentiert, daß der Hauptgegner des Faschismus die Arbeiterklasse im nationalen und internationalen Maßstab ist. Die Tatsache, daß sich die materielle Lage der Arbeiterklasse und der Mittelschichten unter der faschistischen Diktatur verschlechterte, wird von Kühnl ebenso deutlich gemacht, wie die weit verbreitete Legende korrigiert wird, als habe es Widerstand nur in den sozialen Oberschichten gegeben. Kühnl hebt demgegenüber hervor, daß sich der faschistische Terror hauptsächlich und mit besonderer Wucht gegen Kommunisten und Sozialisten richtete und daß auch von diesen Kräften am frühesten der Widerstand organisiert wurde. „Dieser Widerstand aus der Arbeiterklasse blieb bis zur Niederwerfung des faschistischen Systems 1945 der umfangreichste, der opferreichste und der konsequenteste, weil er sich nicht nur gegen diese oder jene Erscheinungsform des faschistischen Systems richtete, sondern gegen dieses prinzipiell, gegen seine Grundlagen und die Hauptziele seiner Politik“(S. 399).

Die aus 65 verstreuten Schriften zusammengestellten 317 Dokumente werden in 6 Kapiteln übersichtlich gegliedert und jeweils mit einem historisch knappen Kommentar eingeleitet. Dieses Buch gibt Auskunft über die sozialökonomischen und politischen Voraussetzungen [79] für Entstehung und Aufstieg des Faschismus, die faschistische Bewegung bis 1933, die Errichtung der Diktatur, die Wirklichkeit des faschistischen Systems, Krieg und Massenmord sowie über den Widerstand.

Insgesamt liegt mit Kühnls Quellenband ein sehr nützliches und gut lesbares Handbuch über den Faschismus vor, in dem die vermeidbaren Ursachen für den Faschismus erkannt werden und aus dem aktuelle Lehren für die gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen gewonnen werden können. Kühnls Buch ist nicht nur an den Schulen und Universitäten, sondern auch in der Jugend- und Erwachsenenbildungsarbeit als unentbehrliches Standardwerk über den deutschen Faschismus weiteste Verbreitung zu wünschen.

Pädagogischer Idealismus und Pragmatismus

Abschiedsrede für die Schulleiterin (1976)

Sehr verehrte Frau Lindner, dies ist kein Abschied aus Altersgründen. Kaum vorstellbar, daß dies jemals der Fall sein könnte. Wenn der Traum von einer Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden ein Zeichen der Jugend wäre, Sie wären die Jüngste. Dies ist auch kein Abschied für immer. Der Schulträger hat auf Wunsch des Kollegiums, vertreten durch seinen Betriebsrat, beschlossen, daß Sie ständiges Mitglied des Schulvereins bleiben.

Und doch – dies ist ein Abschied! Trennung des Kollegiums von seiner Schulleiterin, die ihre Person so unauflöslich mit der Existenz und dem pädagogischen Ansehen dieser Schule verbunden hat, daß es schwerfällt, sie aus dem Leben der Steinmühle fortzudenken. Sie waren unbestrittene Leiterin der Steinmühle, obwohl Sie sich in Herrn Kroll und später in Herrn Jöllenbeck starke und bisweilen kontrapunktische Stellvertreter mit je eigenem Profil wählten. Diese überragende Stellung verdanken Sie nicht etwa einer hierarchischen Direktorialverfassung als Rückzug Ihrer Person hinter Amt und Würden. Sie waren kein administrativer Hierarch, den die Verwaltungsfunktion der Schulleitung unter herkömmlichen Bedingungen oft produziert. Sie verdanken Ihre Stellung der Ausstrahlung Ihrer Persönlichkeit, Ihrer Überzeugungskraft und Ihrem pädagogischen Idealismus, der gepaart war mit nüchternem pädagogischen Pragmatismus.

Im Mittelpunkt Ihres Wirkens stand der einzelne Schüler und die Förderung seiner Anlagen und Fähigkeiten. Mit der Erledigung des bloßen Unterrichts durfte sich die Schule nicht [80] begnügen, obwohl dies mitunter auch nicht einfach war. Die Privatschule im besonderen mußte die Aufgaben der Erziehung zum Teil mitübernehmen. Die dem Heim und der Schule anvertrauten Schüler sollten zu Charakteren erzogen werden. Ihre körperlichen, intellektuellen, moralischen und ästhetischen Anlagen sollten möglichst vollkommen und harmonisch entwickelt werden. Diesem pädagogischen Imperativ, den Sie mit Geschick und Charme nach innen und außen vertraten, verdankt die Steinmühle ihre positive Entwicklung in den letzten elf Jahren. Aufgabe der Privatschule ist es, Erziehungsdefizite der Familie und Förderungsdefizite der öffentlichen Schule zu kompensieren. Sie haben entscheidend dazu beigetragen, daß die Existenzberechtigung der Privatschule – in ständigem Ringen um öffentliche Anerkennung und in Wahrung öffentlicher Interessen – an der Steinmühle unter Beweis gestellt wurde.

Wir, die Kollegen dieser Schule, haben dabei sehr viel von Ihnen gelernt. Wir sind bei Ihnen in die Schule gegangen. Wir haben Ihnen sehr viel zu verdanken.

Wenn lange, bevor die Steinmühle begehrter Arbeitsplatz für arbeitslose Lehrer wurde, viele Lehrer gern an die Steinmühle kommen oder dort bleiben wollten, so lag dies entscheidend an den von Ihnen eingeräumten Möglichkeiten individueller Entfaltung und didaktischer Selbsterprobung und Erneuerung für den einzelnen Kollegen und der gleichzeitigen Erfahrung, in einem Kollegium aufgehoben zu sein, in dem Gemeinsamkeit der pädagogischen Aufgabe ein durch Sie ständig wach gehaltenes und gefördertes Erleben wurde. Beim sportlichen Spiel, beim Tanz, bei gemeinsamen Ausflügen und Ihren unnachahmlichen Tagen der offenen Tür wurde die Harmonie vorweggenommen, die Ihnen auch in der Schule als pädagogische Utopie vorschwebte. Sie litten an dem Konflikt zwischen Sein und Sollen, zwischen Harmonievorstellung und Konflikterfahrung, zwischen der Idealform der demokratischen Leistungsschule und den Perversionen, denen diese Ideale immer wieder unterliegen. Sie waren bestimmt von sensibler Unruhe und sozialer Verantwortung, die nicht zum Ziele kommt und Selbstzufriedenheit über das Erreichte ausschließt. Sie gaben sich nicht zufrieden, die Ursachen für das Nichterreichte auf äußere Verhältnisse zu schieben. Sie fühlten sich persönlich verantwortlich für diesen Widerspruch und spornten das Kollegium mit Ihrem Elan, mit Ihrer unermüdlichen Einsatzbereitschaft an. Sie waren immer in Bewegung. Sie waren Unruhe und Mittelpunkt zugleich. Der Austausch von Gedanken, Meinungen und Überlegungen, der stetige Fluß schulorganisatorischer, unterrichtlicher und pädagogischer Nachrichten aus allen Stufen und Gliederungen der Schule half dem Kollegium, pädagogische Entscheidungen zu treffen. Dabei besaßen Sie die Fähigkeit, Auseinanderstrebendes durch persönliche Ansprache und Hinlenken auf die gemeinsame pädagogische Verantwortung zu integrieren.

[81] Bei aller entschiedenen Stellungnahme waren Sie in der Lage, das Moment der relativen Wahrheit und der subjektiven Berechtigung des Andersdenkenden zu sehen. Sie nahmen den einzelnen Kollegen in seiner Eigenart ernst und erkannten seine besonderen Fähigkeiten an, so daß dieser ohne Verleugnung seiner Identität immer wieder von Ihnen zur Mitarbeit, zum Überdenken seiner Position gebracht werden konnte.

Es wäre vermessen, das Besondere Ihrer Persönlichkeit auch nur annähernd charakterisieren und veranschaulichen zu wollen. Ich möchte zum Schluß eine Eigenart herausgreifen, die in besonderer Weise Ihre Persönlichkeit widerspiegelt: Das war die Fähigkeit, sich allen am Schulleben Beteiligten sprachlich überzeugend mitzuteilen. Finden sich in Ihrer Sprache nicht alle jene Eigenschaften wieder, die wir an Ihnen so geschätzt haben? Spontaneität und Durchsetzungsvermögen, Prinzipienfestigkeit und Differenzierungsvermögen, sensible Verwundbarkeit und die Fähigkeit zu geradezu kindlicher Freude, Ordnungsliebe und Improvisationsgabe, Couragiertheit und Fingerspitzengefühl, Unbefangenheit und Klugheit, Gelöstheit und Disziplin: sei es in der schriftlichen Mitteilung an die Gesamtkonferenz, in der Sie an die Einhaltung gemeinsam festgelegter Beschlüsse erinnerten, sei es in den Gutachten zur Beurteilung der Kollegen, in den Briefen an die Eltern, die die Klassenlehrer zur Kenntnis erhielten, im persönlichen Gespräch, in der Konferenz, in der freien, öffentlichen Rede. Geschult an der Sprache Thomas Manns und Bertolt Brechts vermittelte sich Ihre Persönlichkeit überzeugend in der Sprache, mit der Sie den Boden an der Steinmühle für die Freundlichkeit bereiteten. Den dritten der von Ihnen geschätzten Schriftsteller, Max Frisch, möchten wir Ihnen in der gesammelten Ausgabe in Dankbarkeit heute schenken.

Sie haben die Flexibilität und Handlungsfreiheit der Privatschule geschätzt und genutzt, um der Steinmühle ihr unveräußerliches, individuelles Gepräge zu geben. Wir trennen uns heute von Ihnen als Schulleiterin – von dem, was Sie verkörperten, trennen wir uns nicht. Es wäre schlecht um die Steinmühle bestellt, würde Ihr Wirken für die Steinmühle nicht im Sinne Hegels aufgehoben, das heißt erhalten und erneuert werden.

Kirche, Krieg und Frieden

Leserbrief an die „Oberhessische Presse“ (1981)

Mit großem Interesse habe ich den Leserbrief von Pfarrer Heinrich Schwarz und einigen seiner Amtskollegen in der Oberhessischen Presse vom 29.12.1980 sowie die darauf folgenden Antworten gelesen.

[82] Leider stand der offizielle Protestantismus in der deutschen Geschichte immer wieder auf der Seite der reaktionären und militaristischen Kräfte. Er unterstützte Kaiser Wilhelm II. ebenso wie Hindenburg und steuerte zweimal im Laufe unseres Jahrhunderts beschämende Kriegspredigten bei, die z. B. auch in der Marburger Universitätskirche gehalten wurden.

Nicht verschwiegen werden soll aber auch, daß sich immer wieder Pfarrer und christliche Laien fanden, die aus dem Evangelium und ihrem Gewissen ganz andere Konsequenzen zogen, indem sie gegen Krieg und Faschismus Widerstand leisteten und sich dabei Diffamierungen und schwersten Verfolgungen aussetzten. Diese gegensätzlichen Strömungen spiegeln sich offensichtlich auch in der gegenwärtigen Leserbriefdiskussion wider.

Meiner Meinung nach muß man Pfarrer Heinrich Schwarz und den Mitunterzeichnern des Leserbriefs vom 29.12.1980 sehr dankbar sein, daß sie sich bei der Lektüre eines Artikels über einen neuen Kampfhubschrauber der Bundeswehr jene moralische Sensibilität bewahrt und diese auch öffentlich bekundet haben, die angesichts des immer bedrohlicher werdenden Rüstungswettlaufs schon längst nicht mehr nur ein Erfordernis des Gewissens, sondern auch der politischen Vernunft ist.

In diesen Tagen übernehmen in den USA Politiker die Regierung, welche sich offen als kalte Krieger gebärden und durch verstärkte Rüstungsanstrengungen die Gefahr auch eines „heißen Krieges“ näher rücken. Soweit ich sehe, halten Regierung und Opposition in Bonn nicht die notwendige Distanz zu einem solchen Kurs.

So fällt die Aufgabe, rechtzeitig zu warnen, den einzelnen Bürgern zu, die sich ein waches Gewissen bewahrt haben. Ich kann nur hoffen, daß nach den schlimmen historischen Erfahrungen auch kirchlichen Versagens die Leserbriefschreiber vom 29.12.1980 viele Gleichgesinnte in den Gemeinden finden werden.

Politische Justiz

Brief an das Amtsgericht Marburg (1981)

Als Gemeinschaftskundelehrer, der sich darum bemüht, in seinem Unterricht den Schülern u. a. Erkenntnisse aus der faschistischen Vergangenheit zu vermitteln, bin ich sehr betroffen, daß es den „Jungen Nationaldemokraten“ schon zweimal erlaubt war, in unserer Stadt polizeilich geschützte Versammlungen abzuhalten.

[83] Mit großem Bedauern habe ich erfahren, daß drei Marburger Bürger, darunter auch mein ehemaliger Schüler Hartmut Möller, wegen ihres Auftretens gegen diese Provokation gerichtlich belangt werden sollen.

Ohne in die rechtliche Würdigung, die selbstverständlich Sache des Gerichts ist, eintreten zu wollen, möchte ich meine Sorge zum Ausdruck bringen, daß einerseits Neofaschisten unter Polizeischutz auftreten dürfen und andererseits Antifaschisten wegen ihres wachsamen und verantwortungsbewußten Protestes durch die Anklageerhebung öffentlich stigmatisiert und durch einen etwaigen Schuldspruch kriminalisiert zu werden drohen.

Bekanntlich hat eine ähnliche Konstellation zur Zerstörung der ersten deutschen Republik beigetragen.

Da sich die Angeklagten offensichtlich wegen eines politischen Delikts verantworten sollen, appelliere ich an das Gericht, sich dieser politischen und historischen Zusammenhänge bewußt zu bleiben.

DKP-Zelt 70er Jahre in Marburg

[84]

Es genügt nicht, den Antikommunismus zu beklagen, oder der komplizierte zweite Weg.

Eingriff in den Kommunalwahlkampf am 14. März 1981*

Vor Jahren erschien eine Sammlung von Aufsätzen mit dem Titel „Warum wird so einer Kommunist?“, in dem Mitglieder der DKP ihren Entwicklungsweg schilderten. Das ist nicht mein Thema. Ich bin nicht Kommunist geworden.

Aber ich habe eine andere wichtige Erfahrung gemacht: immer dann, wenn ich nach langem Nachdenken und über viele Konflikte hinweg dazu kam, antifaschistische Positionen zu vertreten, mich für die Sicherung demokratischer Rechte konkret einzusetzen oder gegen das Wettrüsten aufzutreten, mußte ich feststellen, daß Kommunisten an meiner Seite standen, während viele Sozialdemokraten und Liberale, von denen ich wußte, daß sie hier die gleichen Überzeugungen hatten wie ich, zurückwichen: sie mußten sich taktischen Rücksichten – etwa des innerparteilichen Kräfteverhältnisses – beugen, oder sie hielten es für politisch unrichtig und diskreditierend, mit Kommunisten in einer wichtigen Frage öffentlich übereinzustimmen. Oft beklagen sie auch nur den Antikommunismus, dem man aber Rechnung tragen müsse, wenn man hierzulande politisch wirken wolle. So stand ich oft vor der folgenden Entscheidung: entweder auf die Teilnahme an wichtigen demokratischen Bewegungen zu verzichten, weil dort auch Kommunisten mitwirkten – oder mich als Fellow Traveller oder gar als Kommunisten bezeichnen zu lassen. Ich halte es für richtig, in diesem Konflikt die eigene politische Identität, das, was man für richtig hält, über taktische Rücksichten zu stellen. Alles andere müßte über kurz oder lang zur Selbstverleugnung, ja zum Selbstverlust führen.

Wenn ich es recht bedenke, dann hat mich diese Konstellation fast mein ganzes Leben lang begleitet; teilweise gehört sie sogar ein wenig zu meiner familiären Geschichte: Ich erinnere mich gut daran, daß mein Vater, der während des „Dritten Reiches“ Pfarrer der Bekennenden [85] Kirche war, mir nach dem Krieg erzählte, wie Kommunisten nach der Entlassung aus dem KZ zu ihm kamen, um wenigstens ihm, der unter Schweigepflicht stand und dem sie vertrauten, die Spuren ihrer Folterungen zu zeigen. Er berichtete auch, daß Kommunisten und Sozialdemokraten, die vor 1933 aus der Kirche ausgetreten waren, nach 1933 angesichts der Kirchenspaltung und des Versuches des einen Teils der Kirche, sich wenigstens institutionell und theologisch dem Faschismus zu widersetzen, wieder die rote Karte der Bekennenden Kirche erwarben und sich um die Notbund-Pfarrer und ihre Bekennenden Gemeinden scharten und damit einen Kampf unterstützten, dessen religiöse Voraussetzungen sie nicht teilten, dessen politische und moralische Bedeutung sie aber erkannten. Hier liegt die Wurzel für die intensive Zusammenarbeit von zahlreichen Christen und Marxisten nach 1945. Dabei haben es Christen, die konsequent für Demokratie und Frieden eintraten wie Martin Niemöller, in Kauf genommen, als Kommunisten verkannt zu werden.

Diese Verwerfungen in den Bündnisbeziehungen und Frontstellungen zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse, aber auch innerhalb des Bürgertums selbst sind offensichtlich ein Ergebnis des typisch deutschen Phänomens der Ungleichzeitigkeit. Schon die Revolution von 1848 hätte als bürgerliche nur gerettet werden können, wenn das Bürgertum bereit gewesen wäre, sie gemeinsam mit dem sich entwickelnden Proletariat zu verteidigen. Sie scheiterte, weil die Liberalen vor der Gefahr einer sozialistischen Perspektive zu den alten Gewalten flüchteten. Die demokratische Republik der Jahre

---

* Redaktionelle Vorbemerkung der „Neuen Stimme“ 3/1981: „Nachfolgende Stellungnahme ist zu verstehen auf dem Hintergrund einer öffentlichen Auseinandersetzung um den NATO-Aufrüstungsbeschluß, der sich in Marburg in einer Leserbriefdiskussion niederschlug, an der sich auch unser Autor beteiligt hat. – Zum Verständnis mag hilfreich sein, was der 1975 verstorbene Vizepräsident des internationalen PEN-Clubs, Robert Neumann, in seinem Tagebuch „Vielleicht das Heitere“ (München 1968, S. 565) über den Autor geschrieben hat: „Er hat es nicht leicht mit sich, er arbeitet an einer Analyse der Mitschuld der protestantischen Kirche im Dritten Reich, und sein eigener Vater [Samuel Balzer, F.M.B.] ein protestantischer Pastor, mitschuldig auch er, so sieht er es, denn seine Kirche habe sich damals nicht dagegen gewehrt, den Nazis ihre Register zu zeigen –, hätten er und alle das damals verweigert, so hätten die Nazis niemandem die jüdische Abstammung nachweisen können. Womit die besten unter diesen jungen Menschen sich quälen. Wie hätten sie sich selber bewährt? Wie werden sie sich bewähren, wenn es wieder so weit ist? (Nur die Schuldlosen quälen sich, nicht einer der Schuldigen.)“

1918–1933, von der Arbeiterbewegung durchgesetzt, ist von der Majorität des Bürgertums niemals akzeptiert worden: es stand mehrheitlich den reaktionären Kräften näher als den Sozialdemokraten und den Kommunisten. Konsequente Verteidiger der Ergebnisse der Revolution von 1918/19 wie Carl von Ossietzky fanden ihre Bundesgenossen dabei letzten Endes nicht in den bürgerlichen Parteien und auch nur teilweise in der SPD, viel eher in der KPD.

Und schon bald nach der Verabschiedung des Grundgesetzes von 1949 zeigte sich, daß dessen antifaschistisch-demokratischer und antimilitaristischer Auftrag von den Kommunisten gegen diejenigen verteidigt werden mußte, die im Grundgesetz fälschlicherweise nur eine Garantieurkunde der kapitalistischen Ordnung sehen.

Als ich selber anfing, politisch nachzudenken, war es oft wie in der Geschichte vom Hasen und vom Igel: ich engagierte mich beim Ostermarsch, im Kampf gegen die Notstandsgesetze, gegen den Vietnamkrieg der USA und die Berufsverbote, für eine neue Ostpolitik. Und immer waren die Kommunisten gleichsam „schon da“. Ein Kommunist bin ich darüber nicht geworden, aber ich hatte auch keinen Grund, vor ihnen davonzulaufen. Oft genug war die Zusammenarbeit mit ihnen für mich die einzige Möglichkeit, um mit Nachdruck im Sinne meiner radikaldemokratischen Überzeugung wirken und für eine Sicherung des Friedens eintreten zu können.

[86] Bei den bevorstehenden Kommunalwahlen in Hessen befinde ich mich eigentlich wieder in der gleichen Situation. In Marburg ist die DKP seit 1972 in der Stadtverordnetenversammlung vertreten. Im Parlament, aber auch außerparlamentarisch, setzt sie sich konkret und aktiv für die Alltagsinteressen der Bürger ein. Ich kenne viele, die ebensowenig wie ich Kommunisten sind und doch bei den Kommunalwahlen in Marburg die DKP gewählt haben. Das werden auch diesmal wieder viele Bürger tun: die lebendige Anschauung der täglichen Kleinarbeit von Kommunisten ist hier stärker als antikommunistische Vorurteile.

Ich selbst muß zugeben: mich bewegt noch ein anderer Grund, in Marburg mich öffentlich zur Wahl der DKP zu bekennen. Es ist dies die Frage der Friedenspolitik durch Abrüstung, die mir durch den ungenügenden Abstand der Bonner Parteien zur neuerlichen Aufrüstungspolitik der USA erheblich gefährdet zu sein scheint. Wenn die SPD wie die Labour-Party in Großbritannien für einseitige Abrüstungsmaßnahmen einträte, wenn sie wie ihre britische Schwesterpartei eindeutig gegen die Neutronenbombe und die Stationierung von Atomwaffen in Europa wäre, wenn sie sich auch für den Krefelder Appell einsetzte – ich weiß nicht, ob ich dann meine Zuflucht zur DKP nähme. Ich unterstütze alle Kräfte in den Bonner Parteien, die sich gegen die Aufrüstungspolitik zur Wehr setzen. Eine Chance werden sie aber wohl erst dann haben, wenn diejenigen, die die Richtung der Politik in diesen Parteien bestimmen, zu spüren bekommen, daß es Alternativen zu ihrer Politik außerhalb von CDU, FDP und SPD gibt. Also: ich gebe diesmal meine Stimme der DKP gegen die Mehrheiten in den Bonner Fraktionen, und ich weiß darüber hinaus, daß sie nicht verschenkt ist, sondern hilft, diesen Protest auch über Marburg hinaus hörbar zu machen.

Und wenn mich nun doch einer einen Kommunisten nennt? Ich kann ihm nicht helfen. Das Elend der mangelnden Zivilcourage in Deutschland spornt mich im Gegenteil dazu an, das zu tun, was ich nach bestem Wissen und Gewissen für richtig halte, und dies auch öffentlich zu sagen.

An einen Gast aus der UdSSR

Grußwort auf einer DKP-Veranstaltung 1981

Es ist eine in England kultivierte Praxis „to steal the last word“, das letzte Wort zu stehlen. Ich will einen solchen Versuch unternehmen. Wenn es nach dem Willen der Veranstalter nicht das letzte Wort sein soll, bin ich auch nicht traurig.

Es ist in unserem Land oft Praxis, politische Veranstaltungen mit einem Kulturprogramm abzuschließen. Obwohl angeregt durch die Lektüre eines Schriftstellers, eines Kultur-[87]schaffenden also, aus dessen im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 entstandenen Buch „Im Kopf sauber“ ich einige Passagen zitieren will, soll es kein bloßes Kulturprogramm sein, sondern ein Beitrag zur Sache.

Der Autor des Buches ist Stephan Heym. Er gilt vielleicht bei manchen der Anwesenden als Dissident. Gleichwohl vermag er in diesem Kreis vielleicht Konsens zu schaffen. Jedenfalls durch das, was ich später zitieren will.

Die entscheidende Frage der Friedensbewegung in unserem Land ist nicht: wie hältst Du’s mit den Grünen? Die entscheidende Frage ist auch nicht: wie hältst Du’s mit den seegestützten Mittelstreckenraketen? Die Reihe wichtiger, aber untergeordneter Fragen ließe sich beliebig verlängern.

Die entscheidende Frage scheint mir zu sein, auch wenn es weh tut und Mut kostet: „Wie hältst Du es mit der Sowjetunion?“

Diese Frage ist auch nach Stephan Heym notwendig, „weil das, was in der Sowjetunion getan wird, die Welt und Deutschland entscheidend beeinflußt. Das ist weiter notwendig, weil die Stellung zur Sowjetunion bei jedem einzelnen Deutschen, besonders jedem deutschen Arbeiter, die Stellung zur Welt und zu allen politischen Ereignissen entscheidet. Man kann nicht für Fortschritt, für Demokratie, für Sozialismus, für alles Edle und Anständige und Gute sein wollen und gleichzeitig gegen die Sowjetunion sein. Man kann nicht vorgeben, für den Frieden zu sein, und gleichzeitig die Sowjetunion hassen. Das geht nicht. So schwer es den Deutschen nach diesem Krieg und der Hitlerei und der amerikanischen Propaganda auch fallen mag – mit dem Problem Sowjetunion müssen sie sich vernünftig auseinandersetzen. Denn die Sowjetunion weist den Weg in die Zukunft. Jeder andere Weg führt in den Atomkrieg, führt zur absoluten und endgültigen Zerstörung ganz Deutschlands ...“

Im Jahre 1953 fuhr Stefan Heym fort: „Sollten die Westdeutschen sich dazu hergeben, den Amerikanern die fehlende Infanterie zu stellen und diese Infanterie in Richtung Ural in Bewegung zu setzen, dann wird von Westdeutschland nicht viel übrigbleiben – weder Infanterie noch Kesselring, noch andere Schönheiten.“

Fast dreißig Jahre danach buchstabieren wir: Sollten die Westdeutschen ihr Territorium dazu hergeben, um von westdeutschem Boden amerikanische Marschflugkörper und Neutronenbomben in Marsch gen Osten zu setzen, wird nicht nur von diesem Land wenig übrigbleiben.

Stefan Heym schreibt weiter: „Die Leute in der Sowjetunion wissen ferner: Bei dem Probekrieg in Korea wurde sozusagen eine Mannschaft der Meisterliga von einer Mannschaft der Jugendliga geschlagen; und sollten die Amerikaner es in Indochina ein zweites Mal [88] probieren, so ist dasselbe Spielresultat wahrscheinlich. Die Mannschaft, die da geschlagen wurde, gehört also nicht mehr in die Meisterliga, trotz ihrer feinen Ausrüstung. Sie wissen: Im Hinterland der Amerikaner, von Südafrika bis Island, von Chile bis Italien, von den Philippinen bis nach Pakistan, brodelt und siedet es; und so ein Hinterland ist keine Stütze; es ist eine Belastung. Und sie wissen: Der Schatten der Krise senkt sich über den ganzen kapitalistischen Teil der Welt. Die Menschen, die Menschen – das ist von den vielen amerikanischen Positionen der Schwäche die allerverwundbarste ...“

Abschließend schrieb Stefan Heym, und das soll auch mein letztes Wort sein; es ist auch so etwas wie eine sehr persönliche Grußadresse von einem, der nicht zu Ihrer Partei gehört, an den Besucher aus der Sowjetunion: „Aber wir brauchen keine Angst zu haben. Wir brauchen keine Angst zu haben, weil es auch in unserer Hand liegt, den Krieg zu verhindern. Woher kommt denn die Stärke, an der

die Drohungen aus Washington abprallen – woher kommt die Stärke der Sowjetunion? Von der Stärke ihrer Menschen, die schaffen und bauen und produzieren, auch manchmal Fehler machen und diese Fehler korrigieren, aber jedenfalls immer vorwärts gehen, zielsicher. Sind unsere Hände weniger stark? Unsere Augen weniger klar? Möglich. Aber die Hand wird stärker und das Auge sieht klarer, wenn man weiß, daß man sich anlehnen kann und daß einem der Rücken gedeckt ist. Und nun, an die Arbeit.“

1. Marburger Forum in der Stadthalle Marburg 1981

[89]

„Wir sind keine stummen Hunde“

Eröffnung des 1. Marburger Forums am 28. Mai 1981

Liebe Unterzeichner des Aufrufs zum Marburger Forum, werte Gäste, meine Damen und Herren, ich freue mich und bin stolz darauf, Sie auf dem Marburger Forum begrüßen zu dürfen. Sehr viele in diesem Saal haben zu diesem Forum aufgerufen oder sind durch ihre Unterschrift unter den Krefelder Appell mit den Zielen dieses Forums verbunden. Andere werden gekommen sein, weil sie sich über die Argumente der in der Bundesrepublik und Westeuropa entstehenden Bewegungen gegen die Stationierung der neuen amerikanischen Atomraketen informieren wollen. Dies ist das Forum derjenigen, die die Forderung des Krefelder Appells in mannigfacher Weise bisher unterstützt haben, und derer, die die Sorge über den sogenannten „Doppelbeschluß“ hierhergeführt hat.

Uns hat die Angst vor dem atomaren Krieg in Mitteleuropa zusammengeführt, aber hinter unseren Forderungen an die Bundesregierung, die Zustimmung zur Stationierung der neuen amerikanischen Atomraketen zurückziehen, steht zugleich eine rational gewonnene Erkenntnis und überprüfbare Analyse der Gefahren, die mit einer solchen Politik verbunden sind.

Peter Glotz, der Bundesgeschäftsführer der SPD, hat die Notwendigkeit eines Dialogs seiner Partei mit der Friedensbewegung betont. Ähnlich äußerte sich Heiner Geißler, der Generalsekretär der CDU. Diese Angebote sind ein Zeichen dafür, daß die Friedensbewegung zu einem auch von den Parteiführungen beachteten Faktor geworden ist. Zweifellos muß die Frage von Frieden und Krieg Gegenstand eines großen Dialogs aller Menschen und aller politischen Kräfte in unserem Land werden. Die Unterzeichner des Krefelder Appells haben das von Anfang an gefordert. Allerdings halten wir Bedrohungsängste, Rücktrittsdrohungen, Beschwichtigungen, Einschüchterungen und Disziplinarverfahren durch Parteiausschlußverfahren für ungeeignete Mittel in dieser Auseinandersetzung.

Wir haben keine Angst vor dieser Auseinandersetzung. Wir haben Angst vor denjenigen, die meinen, es gäbe wichtigere Dinge als den Frieden und schlimmere Dinge als den Krieg. Wer in der Frage von Krieg und Frieden überzeugen und uns widerlegen will, muß endlich neue Fakten und neue Argumente auf den Tisch bringen – Fakten und Argumente, die auf die Thesen von Gert Bastian, Alfred Mechtersheimer, William Borm, Erhard Eppler und Karlheinz Hansen tatsächlich antworten.

Das stereotype Wiederholen alter Beschlüsse seit 1979, teilweise vielleicht gegen besseres eigenes, zumindest früher vertretenes Wissen vorgetragen, überzeugt uns nicht. Dies um so [90] weniger, als sich inzwischen in diese Wiederholungen Widersprüche und Inkonsequenzen eingeschlichen haben.

Auf dem SPD-Parteitag 1979 versicherte Helmut Schmidt, die Zustimmung zur Stationierung der Mittelstreckenraketen sei an die Ratifizierung des Salt-II-Abkommens gebunden.

Was ist aus diesem Junktim geworden? An die Antwort auf diese Frage ist ein hohes Glaubwürdigkeitsrisiko geknüpft. Nach Aussagen unserer Regierung soll der Nachrüstungsbeschluß ein militärisches Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau in Ost und West sichern. Die Reagan-Administration verbindet damit aber unübersehbar das Ziel der Rüstungsüberlegenheit. Ich frage: Welche Zielsetzung gilt?

Mir scheint, die Tatsache, daß der Nato-Raketenbeschluß von Parteivorständen, Parteivorsitzenden, Regierungen, Regierungskommuniqués, NATO-Ratstagungen usw. laufend bekräftigt wird, ist nicht ein Zeichen der Schwäche der Friedensbewegung in unserem Lande, sondern eher ein Symptom der Argumentationsschwäche der anderen Seite. Bereits die verschiedene Wortakrobatik „Nachrüstung“ und „Doppelbeschluß“ signalisiert ein schlechtes Gewissen.

Am 26. Mai hat der deutsche Bundestag weitgehende Einmütigkeit in der Unterstützung des sogenannten Nachrüstungsdoppelbeschlusses demonstriert. Von 496 Abgeordneten haben 11 Abgeordnete in namentlicher Abstimmung ihre Zustimmung verweigert.

Wir freuen uns, daß Horst Peter, einer dieser 11, heute hier bei uns ist. Uns kann nicht gleichgültig sein, welche Position das von den Bürgern dieses Landes gewählte Parlament in der Frage von Krieg und Frieden einnimmt.

Aber akzeptabel können die Beschlüsse des Parlaments nur sein, wenn sich dieses Parlament auch nach unserer Überzeugung für den Frieden entscheidet. In jedem anderen Fall kämpfen wir weiter für unsere Position und um eine Revision des Parlamentsbeschlusses.

Auch der deutsche Reichstag, welcher am 4. August die Kredite für den Ersten Weltkrieg bewilligte, ist für diese Entscheidung von der Geschichte nicht dadurch ins Recht gesetzt worden, daß er demokratisch – nämlich nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht – gewählt war und einstimmig entschied.

Immerhin könnte man nach der Debatte den Eindruck haben, als stünden wir isoliert da, auf verlorenem Posten, ein kleines Häufchen Unbelehrbarer. Dem ist nicht so.

[91] Über 6.000 Marburger Bürger allein haben den Krefelder Appell bereits unterstützt. Mehr als 700 Marburger Persönlichkeiten haben zu diesem Forum in einer ganzseitigen Anzeige in der lokalen Presse aufgerufen. Sie haben gleichzeitig zum Friedensmarsch am 16. Mai in Frankfurt aufgerufen, der 20.000 Menschen vereint hat.

Der Bielefelder Appell der sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionsträger hat bisher ein mehr als 10.000-faches Echo gefunden. Der Krefelder Appell wurde von mehr als 800 000 Menschen in der Bundesrepublik unterzeichnet. In Frankreich ist durch den Regierungswechsel bei vielen die Hoffnung größer geworden, daß der Frieden sicherer gemacht werden kann. Admiral Sanguinetti, der mit dem Senator Pasti in einer gemeinsamen Front gegen den NATO-Raketenbeschluß steht, konnte unserer Einladung nicht folgen, da er an den Beratungen der neuen Regierung teilnimmt. In Holland haben die Wahlergebnisse gezeigt, daß die Mehrheit unserer holländischen Nachbarn gegen den NATO-Raketenbeschluß ist. Wir sind nicht allein und auch nicht ohne Argumente.

Meiner Meinung nach steht der NATO-Raketenbeschluß in unvereinbarem Widerspruch zu der Schlußakte der KSZE und zur Schlußakte der UNO-Sondertagung für Abrüstung. In beiden Dokumenten wird mit der Zustimmung der NATO-Staaten bzw. der Bundesregierung „Sicherheit durch Abrüstung“ gefordert und als Prinzip festgelegt, nicht aber „Abrüstung durch Aufrüstung“. Schließlich widerspricht die Stationierung von „Erstschlagraketen“ in der Bundesrepublik dem Art. 26 des Grundgesetzes. Und an diese Verfassungsnorm ist auch der Bundestag gebunden. Wir bleiben trotz aller unterschiedlichen Überzeugungen im übrigen mit Alfred Mechtersheimer der Auffassung: „Eine tödliche Gefahr droht der Bundesrepublik Deutschland. Sie kann gebannt werden, wenn sich die Bevölkerung dagegen auflehnt“.

Und die SS-20 Raketen? Bedrohen die uns nicht? Ich bin sicher, jeder hier im Saal und auf dem Podium wäre froh, wenn diese Raketen verschwänden. Über den Stellenwert der SS-20 Raketen im Zusammenhang mit dem NATO-Raketenbeschluß werden wir nachher zu reden haben.

Wir sollten die sicherheits- und friedenspolitische Diskussion so führen, daß auch von uns gesagt werden kann, was Walter Jens kürzlich über den ehemaligen General der Bundeswehr und seit seinen frühen Warnungen gegen den Raketenbeschluß verketzerten sicherheitspolitischen Fachmann, Gert Bastian, geschrieben hat, nämlich, daß wir wie dieser nachdenklich, unfanatisch, couragiert und intelligent gewesen seien.

Ich habe keine Sorge, daß die Teilnehmer des Podiums diese Eigenschaften ebenso mitbringen wie den nötigen Sachverstand. Ich begrüße entsprechend der Sitzordnung auf dem Podium von links nach rechts: Christoph Strässer, Erich Knapp, Prof. Dr. Hans Mausbach, [92] Anton Andreas Guha, Prof. Dr. Hans-Werner Bartsch, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Prof. Dr. Leonhard Froese, Horst Peter, Prof. Dr. Marie Veit, Dr. Yves Grenet aus Frankreich, Lorenz Knorr und Nino Pasti aus Italien.

Ich bedanke mich bei allen Podiumsteilnehmern, daß sie zu uns gekommen sind, um hier ihre unterschiedlichen Motive, Argumente und Standpunkte vorzutragen. Uns eint die gemeinsame Sorge über die wachsende Gefahr eines atomaren Krieges.

Bleiben wir einig! Verteidigen wir gemeinsam das Recht auf Leben, Freiheit und Glück! Diese Worte der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 sind heute so gültig wie damals. Sie wurde formuliert, als sich Amerika aus der Vormundschaft durch die englische Vormacht löste.

Sorgen wir dafür, daß dieses, unser Land blüht, in Frieden mit seinen Nachbarn lebt und nicht zur atomaren Wüste wird.

Meine Damen und Herren, es gibt das Jesaja-Wort (Kapitel 56, Vers 10): „Stumme Hunde sind die, die nicht strafen können, sind faul, liegen und schlafen gerne“. Wir sind keine stummen Hunde. Wir reden und wecken.

Im Zeichen des Krefelder Appells

Vorwort zur Broschüre über das 1. Marburger Forum

Das große Karthago führte drei Kriege
Es war noch mächtig nach dem ersten
Es war noch bewohnbar nach dem zweiten
Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten.
Bert Brecht

Am 28. Mai 1981 fand in Marburg eine öffentliche Veranstaltung des Marburger Forum mit einer Podiumsdiskussion, elf Arbeitsgruppen und einer Abschlußkundgebung mit Kulturprogramm unter dem Motto „*Der atomare Tod bedroht uns alle – Keine Atomraketen in Europa*“ statt. Zu ihr hatten 670 Marburger Bürger in der „Oberhessischen Presse“ aufgerufen. An der Vorbereitung beteiligten sich Mitglieder von mehr als 30 Organisationen, Parteien und Initiativgruppen. Referenten waren: Prof. Dr. theol. Hans-Werner Bartsch, Prof. Dr. Leonhard Froese, Dr. Yves Grenet (Paris), Anton-Andreas Guha, Erich Knapp, Lorenz [93] Knorr, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Professor Dr. med. Hans Mausbach, Senator Nino Pasti (Rom), Horst Peter, MdB, Christoph Strässer und Professor Dr. theol. Marie Veit. Insgesamt 1.500 Menschen besuchten die Veranstaltungen. Wir legen hier die Redebeiträge und sonstige Stellungnahmen vor.

Das Marburger Forum steht im Zusammenhang mit dem „Krefelder Appell“ vom 15./16. November 1980, der seinerseits Teil der ständig aktiver werdenden Friedensbewegung in der Bundesrepublik ist. Immer mehr Menschen in unserem Land und in ganz Europa äußern ihre Angst vor einer neuen Runde des Wettrüstens und der damit steigenden Kriegsgefahr. Die Vielfalt dieser Friedensbewegung schlägt sich in einer großen Anzahl von Stellungnahmen und Aktionen nieder. Erinnert sei zum Beispiel an den „Bielefelder Appell“ von Sozialdemokraten, an den Friedensmarsch skandinavischer Frauen im Sommer 1981, an den DGB-Aufruf „Frieden durch Abrüstung“, an den „Appell der Schriftsteller Europas“ sowie an die Manifestation des Friedenswillens auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag.

Jeder neue Aufschrei des Entsetzens über die wachsende Kriegsgefahr scheint allerdings gegenwärtig überholt zu werden von immer neuer Eskalation der Rüstungsbedrohung und Kriegsbereitschaft, die insbesondere von der neuen Regierung der USA unter Präsident Reagan fast täglich mit provozierender Offenheit demonstriert wird.

Am 6. August – dies ist der Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima – hat der amerikanische Präsident seinen Beschluß bekanntgegeben, die Neutronenbombe bauen zu lassen. Er macht damit einen neuen Weltkrieg mit dem Hauptschauplatz Europa noch wahrscheinlicher. Diese neue Stufe der Kriegsvorbereitung fordert eine noch größere Aktivität der Friedensbewegung heraus. Der Beschluß öffnet auch denjenigen die Augen, die bisher guten Glaubens waren, daß dem NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 die Absicht zugrunde lag, den Frieden sicherer zu machen.

Das Marburger Forum vom 28. Mai 1981 stellt somit nur eine Etappe im Kampf gegen den drohenden Krieg dar. Es richtete sich gegen die von den USA geplante, von Bundesregierung und Bundestag befürwortete Stationierung von Marschflugkörpern und neuen Mittelstreckenraketen in den europäischen NATO-Staaten. Diese soll den USA eine militärstrategische Überlegenheit verschaffen und erhöht die Gefahr eines atomaren Erst- und Präventivschlages, der – gleichgültig, von welcher Seite er geführt wird – auf jeden Fall die Bundesrepublik und ganz Mitteleuropa in Schutt und Asche legen würde.

Völlig fadenscheinig ist die Behauptung, die neuen US-Waffen dienten der Wiederherstellung eines strategischen Gleichgewichts gegenüber den sowjetischen SS-20 Raketen. Diese Raketen scheiden nach übereinstimmender Meinung von z. B. Oskar Lafontaine, Dieter [94] S. Lutz, Gert Bastian, Karlheinz Hansen und Erhard Eppler, um nur der sozialliberalen Koalition nahestehende Fachleute und Politiker zu nennen, als Begründung für den sogenannten „Nachrüstungs“-Beschluß aus. Das strategische Äquivalent zu den sowjetischen SS-20-Raketen stellen allein die seegestützten amerikanischen, französischen und britischen Atomraketen dar. Die zur Stationierung vorgesehenen Cruise

Missiles und Pershing-II-Raketen sind durch die Herabsetzung der Vorwarnzeit, ihre hohe Zielgenauigkeit und strategische Funktion als Erstschlagwaffen gegenüber allen bisher bekannten Waffensystemen von neuer Qualität, leiten ebenso wie die Produktion der Neutronenbombe eine neue Runde des Wettrüstens ein und lassen für die amerikanischen Militärstrategen einen nuklearen Krieg führbar, begrenzbar und gewinnbar erscheinen.

Völlig abwegig und irreführend ist es, die Notwehr von Bürgern der Bundesrepublik gegen ihre drohende Vernichtung als „Anti-Amerikanismus“ zu diffamieren. Indem wir uns gegen die sogenannte „Nachrüstung“ und gegen die Neutronenbombe wenden, nehmen wir lediglich unsere nationalen, sozialen und Überlebensinteressen wahr, die sich gegen kein anderes Volk der Erde richten.

Die hier vorgelegten Materialien des Marburger Forum sollen eine lokale Initiative innerhalb der gesamteuropäischen Friedensbewegung dokumentieren. Auch örtliche Verankerung des Friedenskampfes ist unserer Meinung nach dringend notwendig, um möglichst vielen Menschen die Gelegenheit zu geben, ihrer Angst vor dem Krieg und ihrer Bereitschaft, sich für den Frieden einzusetzen, Ausdruck zu geben.

Davon dürfen auch diejenigen sich nicht ausschließen, die kommunale Verantwortung tragen. In Großbritannien haben inzwischen zahlreiche Gemeindeparlamente beschlossen, die Unterstützung der Raketenpolitik zu verweigern. Vom Marburger Forum sind zahlreiche lokale und regionale Einzelinitiativen, so z. B. von Christen, Ärzten, Müttern, Lehrern, Erziehern und Hochschulangehörigen ausgegangen. Sie helfen, die Friedensbewegung in diesem Herbst auf einen neuen Höhepunkt zu führen: so zum Beispiel mit dem Antikriegstag am 1. September, mit der bundesweiten Antikriegsdemonstration am 10. Oktober in Bonn, mit dem Zweiten Forum der Initiatoren des Krefelder Appells in Dortmund, mit einer Friedenswoche in der ganzen Bundesrepublik vom 15. bis 23. November 1981. Mögen die hier veröffentlichten Materialien des Marburger Forum mit dazu beitragen, den intensiven Lernprozeß, in dem sich die zahlreichen Friedensinitiativen befinden, zu fördern. Wir legen unseren eigenen Versuch dar, setzen ihn damit einer weiteren kritischen Überprüfung aus und sind bereit, von anderen zu lernen – ebenso wie wir hoffen, daß unser eigener Versuch auch Anregungen und Hilfe für andere anbietet. [95]

„Wir werden nicht Ruhe geben!“

Grußwort zur DGB-Kundgebung am 1. September 1981

Die Initiative „Marburger Forum“, die zusammen mit 1 300 Bürgern aus Marburg und Umgebung am 29. August in einer Großanzeige vor den Gefahren des immer bedrohlicher werdenden Rüstungswettlaufes warnte, grüßt die Teilnehmer der DGB-Kundgebung zum Antikriegstag 1981.

Wir haben uns zusammengefunden in der gemeinsamen Angst vor einem neuen Krieg in Europa, der durch den sogenannten Doppelbeschluß der NATO und durch die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten Reagan, die Neutronenbombe bauen zu lassen, wahrscheinlicher geworden ist.

Die Friedensbewegung ist in den zurückliegenden Wochen und Monaten zu einem nicht mehr zu übersehenden Faktor in der öffentlichen Meinung geworden. In Marburg hat die Initiative Marburger Forum hierzu einen bescheidenen Beitrag geleistet. Doch was wären wir alle ohne die Kraft der arbeitenden Menschen und ihrer Gewerkschaften!

Erstmals fand es sich in dieser Breite und Massenwirksamkeit im Frühjahr 1958 zusammen, als nahezu gleichzeitig der DGB, aber auch Sozialdemokraten, Vertreter der FDP und Theologen wie Martin Niemöller die Arbeitsgemeinschaft „Kampf dem Atomtod“ gründeten und dann im April die „Göttinger Achtzehn“ vor der Atombewaffnung der Bundeswehr ihre Stimme erhoben. Es war die Sache des Friedens, die damals Vertreter politischer und geistiger Richtungen miteinander verband, welche bis dahin durch Jahrzehnte oft in verhängnisvoller Gegnerschaft zueinander standen: Arbeiterschaft, Intelligenz und Kirche.

Eine solche Breite des Zusammenwirkens entspricht allerdings auch der Größe der Gefahr, die von einem Atomkrieg ausgeht. Dieser würde alle gleichermaßen vernichten, unabhängig von ihrem politischen Standort und ihrer sozialen Stellung. Deshalb sind wir der Gewerkschaftsbewegung in unserem Land zu großem Dank verpflichtet, wenn sie nun, z. B. auch durch diese Kundgebung, in so eindrucksvoller Weise die Sache des Friedens zu ihrer eigenen macht.

Dankbar erinnern wir uns an das Wort aus dem Aufruf „Kampf dem Atomtod“, an dessen Vorbereitung und Propagierung der DGB federführend beteiligt war: „Wir fordern Bundestag und Bundesregierung auf, den Rüstungswettlauf mit atomaren Waffen nicht mitzumachen, sondern als Beitrag zur Entspannung die Bemühungen um eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu unterstützen. Wir rufen das gesamte deutsche Volk ohne Unterschied des Standes, [96] der Konfession oder der Partei auf, sich einer lebensbedrohenden Rüstungspolitik zu widersetzen und statt dessen eine Politik der friedlichen Entwicklung zu fordern. Wir werden nicht Ruhe geben, solange der Atomtod unser Volk bedroht.“

23 Jahre nach diesem Aufruf sind diese Forderungen aktueller denn je. Fangen wir bei uns damit an, den Rüstungswettlauf zu stoppen. Verhindern wir gemeinsam die Stationierung der Atomraketen und Neutronenwaffen in unserem Lande. Lassen wir die Entscheidung über Krieg und Frieden in den Händen derer, die das Grundgesetz zum obersten Souverän und Entscheidungsträger erklärt: die Bürger unsere Landes.

Kampf gegen Demokratieabbau

Veranstaltung des Marburger Komitees gegen Berufsverbote vom 19. Oktober 1981*

Die Friedensbewegung der Bundesrepublik, bis vor wenigen Jahren noch in der Rolle eines häufig belächelten Aschenputtels – merkwürdigerweise eines Aschenputtels, das zugleich als anrüchig galt –, wird spätestens seit der großen Demonstration vom 10. Oktober plötzlich als eine Art Star gehandelt, um den sich – vor allem mit dem unlauteren Mittel der Vereinnahmung – viele derjenigen bemühen, die bislang nur Diffamierung für sie übrig hatten. Diese Veränderung der Optik ist Ausdruck einer harten politischen Tatsache: der Tatsache nämlich, daß die Friedensbewegung nunmehr zu einem nicht mehr zu umgehenden Faktor in der politischen Auseinandersetzung geworden ist.

Dieser neue Zustand ist gut, aber er hat, wie jede Situationsveränderung im politischen Kampf, auch seine Risiken. Das gewachsene Selbstbewußtsein der Friedensbewegung darf und wird sie nicht dazu verleiten, die Gefahren zu übersehen, die ihr nun bevorstehen.

Aus dem einst nur schmalen Rinnsal der Friedensbewegung ist jetzt ein breiter Strom geworden. Sie ist in Schlagabtausch und Tuchfühlung mit den Machern der offiziellen Politik [97] gekommen. Das ist auch gut so, bedeutet aber auch, daß nun Versuche der Einflußnahme von außen zunehmen werden. Man möchte die Friedensbewegung wandeln, indem man sich ihr scheinbar annähert und sie durch Spaltung zu schwächen sucht. Die früher häufig so isolierten Friedenskämpfer sind nicht mehr unter sich. Das heißt, daß sie jetzt neue und andere Anstrengungen unternehmen müssen und werden, um auch in der breiteren Bewegung das sichtbar zu machen, was sie für unverzichtbar halten. In der Friedensfrage darf es keine Verwaschenheit geben. Konkret: Nicht das Lamentieren über eine angeblich gleiche Schuld am Wettrüsten der angeblichen Supermächte in Ost und West ist die Essenz der bundesrepublikanischen Friedensbewegung, sondern die Forderung des Krefelder Appells, daß keine westliche Vorrüstung mit Marschflugkörpern und Pershing II stattfinden darf und daß die Bundesregierung ihre Zustimmung zur Stationierung dieser Waffen zurückziehen muß. Mit dieser Klarheit der Sprache der Friedensbewegung wird auch die Gegenseite ihre alte Markigkeit im Ton wiederfinden; die Diffamierung (gegenwärtig mit Strauß und Kohl vorerst in die Ersatzreserve versetzt) wird in den künftigen Auseinandersetzungen der herrschenden Politik mit der Friedensbewegung nicht fehlen. Ich halte es für notwendig, daß wir gerade in einem Moment, in dem die Friedensbewegung berechtigten Grund zur Genugtuung hat, auf diese Tatsache, die uns jede Euphorie verbietet, hinweisen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, die Entwicklung der Bundesrepublik in den vergangenen zehn Jahren war von drei Themen beherrscht: Erstens: dem Kampf gegen Sozialabbau, Zweitens: dem Kampf gegen Demokratieabbau, Drittens: dem Kampf gegen Kriegsgefahr, für den Frieden. Zwischen diesen drei Themen besteht ein enger Zusammenhang. Ich möchte mich hier auf die Verbindung beschränken, die es zwischen den Auseinandersetzungen um Krieg und Frieden einerseits und dem Kampf um die Demokratie, hier konkret gegen die Berufsverbote, andererseits gibt. Untersucht man die Argumente, mit denen hierzulande Berufsverbote und Aufrüstung begründet werden, dann bleibt als letzte und niemals aufzugebende Legitimationsideologie allemal der Antikommunismus übrig.

Als jemand, der seit einem Dutzend Jahren die englische Sprache in der Schule unterrichtet und sich dabei nicht nur auf Sprachrichtigkeit und Sprachangemessenheit beschränkt, sondern auch die fortschrittlichen Traditionen der britischen und amerikanischen Kultur zu vermitteln bestrebt ist (und

---

* Es war Gert Bastian, der auf dem Zweiten Forum der Krefelder Initiative am 21. November 1981 vor 20.000 Menschen in der Dortmunder Westfalenhalle sagte: „Es ist deshalb nur natürlich, daß hier und heute unter den Vertretern der verschiedensten politischen Gruppierungen, die den Krefelder Appell unterstützen, auch ein Angehöriger der DKP darlegen wird, worin die gemeinsamen Interessen von Kommunisten und Nichtkommunisten an der Verhinderung einer Entwicklung besteht, die zum nuklearen Krieg in Europa hinführen kann und in jedem Fall mit mehr Nuklearwaffen nicht mehr Sicherheit, sondern mehr Unsicherheit zur Folge haben muß. Wir lehnen es ab, die Tatsache, daß es diese gemeinsamen Interessen gibt, nur deshalb schamhaft zu verschweigen, weil sie den professionellen Verleumdern willkommene Gelegenheit bietet, den Krefelder Appell als vom Politbüro der KPdSU initiiert und von Kommunisten gesteuert zu diffamieren.“

übrigens schon von daher gegen jede Form von Antiamerikanismus gefeit ist), habe ich mich gefreut zu erfahren, daß Arthur Miller, ehemaliger Präsident des Internationalen PEN-Clubs, der Anfang der fünfziger Jahre mit seinem Stück „Hexenjagd“ gegen die antikommunistische Hysterie des Kalten Krieges in den USA gekämpft hat, sich nunmehr auch in die aktuelle Friedensbewegung der USA eingereiht hat. In seiner Position vereinigt er ein weiteres Mal den Kampf gegen den Antikommunismus mit dem Kampf gegen eine neue Kriegsgefahr. Gert Bastian, der Sprecher des Krefelder Appells, hat in seinem Redebeitrag auf der Abschlußkundgebung der Bonner Demonstration vom 10. Oktober den [98] Zusammenhang von Antikommunismus und Kriegstreiberei klar herausgearbeitet. Er fordert dazu auf, „endlich den Graben zuzuschütten, der die Welt und unser Land teilt und den jene nur immer tiefer machen, die mit ihrem Mißtrauen, ihrer Verblendung und ihrem Antikommunismus, den schon Thomas Mann die Grundtorheit der Epoche genannt hat, auch unser Leben vergiften.

Eine solche Vergiftung des öffentlichen Lebens stellt es dar, wenn immer wieder behauptet wird, Kommunisten seien keine Demokraten. Deshalb dürfen sie hierzulande nicht Beamte, insbesondere Lehrer, werden.

Die antikommunistische Bedrohungslüge von der angeblichen Gefahr aus dem Osten muß neuerdings wieder verstärkt dazu herhalten, um eine vom Westen erneut in Gang gesetzte Runde des Wettrüstens, insbesondere die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen, zu rechtfertigen. Diese beiden Ausprägungen des Antikommunismus durchdringen sich gegenseitig. Nachdem man jahrelang versucht hat, die Friedensbewegung in der Bundesrepublik totzuschweigen, sieht man sich jetzt zu einer anderen Taktik gezwungen, denn die große Breite der gegenwärtigen Friedensdiskussion und die große Demonstration am 10. Oktober lassen sich einfach nicht mehr aus der Welt schaffen. An die Stelle des stillschweigenden Ignorierens tritt deshalb jetzt zunehmend der Versuch der Vereinnahmung um den Preis der Spaltung. Die Friedensbewegung soll in Kommunisten und Nichtkommunisten auseinanderdividiert werden. Nachdem Frieden und Friedensbewegung jahrelang fast schon als kommunistische Vokabeln abgetan worden waren, sollen jetzt Kommunisten einfach nicht mehr zur Friedensbewegung gehören, weil sie angeblich Antidemokraten seien und mit einer fremden Macht im Bunde stünden. Wer das macht, wer die Kommunisten aus der Friedensbewegung in unserem Land ausgrenzen will, der verdrängt, vertuscht und verleugnet ein unverzichtbares Stück aus der Geschichte der Bundesrepublik und aus der Geschichte ihrer demokratischen Bewegung. Er leugnet den Anteil der Kommunisten am Kampf gegen die Wiederbewaffnung, gegen die Atomausrüstung der Bundeswehr, am Ostermarsch der sechziger Jahre und am Kampf um die Überwindung des kalten Krieges und um die Entspannung in Europa. Mehr noch: wer die Kommunisten aus der aktuellen Friedensbewegung ausgrenzt, der schwächt diese Friedensbewegung und gibt den Kräften, die das neue Wettrüsten und die Vorbereitung eines Dritten Weltkrieges betreiben, eine Chance.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, die Frage, die wir uns jetzt stellen müssen, lautet: Wie funktioniert die effektive Ausgrenzung der Kommunisten aus den Reihen der Demokraten und der Friedensbewegung? Die Bedrohungslüge und die Mär, Kommunisten seien keine Demokraten, können nur wirksam sein, wenn sie massenhaft geglaubt werden. Nur auf dieser Grundlage eines Massenaberglaubens, ja einer Massenhysterie, konnte Anfang der fünfziger Jahre in den USA der McCarthyismus gedeihen. Ihre Massenwirksamkeit erhalten [99] solche Kampagnen in der Regel durch skrupellose Propaganda. Instrumente hierfür gibt es in der Bundesrepublik genug – von der Springerpresse bis zu den Reglementierungen etwa bei der ARD. Aber das allein genügt nicht. In einem Lande mit einer solch obrigkeitshörigen und justizgläubigen Tradition, wie es in der Bundesrepublik nun einmal leider immer noch ist, gewinnt eine politisch gewünschte Unwahrheit den höchsten Rang der Autorität und damit auch der Wirksamkeit, wenn sie nicht bloß als publizistische Meinungsäußerung daherkommt, sondern wenn sie gleichsam offiziell ist. Deshalb werden auch die Jahresberichte des Verfassungsschutzes, also einer staatlichen Instanz, immer wieder in die Bemühungen zur Schwächung der demokratischen Bewegung und der Friedensbewegung eingebaut.

Ich erinnere nur an die vor wenigen Tagen durch die Medien ausgestrahlte Behauptung, der Verfassungsschutz habe herausgefunden, der „Krefelder Appell“ sei in der DDR und in Moskau vorher ausgekocht worden. In dieser Behauptung liegt nun eigentlich nicht so sehr eine Beleidigung der

Initiatoren und der Unterzeichner des „Krefelder Appells“ als vielmehr eine Beleidigung der Intelligenz der bundesrepublikanischen Bevölkerung. Diese Behauptung des Verfassungsschutzes enthält ja letztenendes nichts anderes als die verleumderische These, als sei das Volk der Bundesrepublik inzwischen intellektuell und moralisch so weit auf den Hund gekommen, daß es aus eigener Kraft nicht mehr imstande sei, etwas so Sinnvolles und Lebensnotwendiges, ja Lebensrettendes, in seinem eigenen Interesse Liegendes wie den „Krefelder Appell“ zu ersinnen und sich dafür einzusetzen. In dieser Behauptung liegt die Verleumdung, die Menschen in der Bundesrepublik, zumindest die inzwischen 1,5 Millionen Unterzeichner des „Krefelder Appells“, müßten sich von außen soufflieren lassen, was für sie selbst gut ist.

Der Antikommunismus gewinnt bei uns hierzulande den höchsten Grad der Offizialität, wenn er nicht nur von einer Regierungsinstanz ausgestellt, sondern von der Justiz, einem Gericht, auch noch bestätigt wird. Seit Jahren schon beklagen liberale Geister in der Bundesrepublik die Justizförmigkeit unserer Politik. Insbesondere dem Bundesverfassungsgericht ist mehrmals vorgehalten worden, es bringe sich selbst in die Gefahr, anstelle des Gesetzgebers fungieren zu wollen. Der Schaden liegt aber noch tiefer. Wir sind nicht nur von einer Justizförmigkeit der Politik und der Gefahr einer justiziellen Bevormundung der Gesetzgebung bedroht, sondern auch von der Gefahr der Justizförmigkeit des Denkens. Das plötzlich Erlaubte hat in der offiziellen Ideologie in Deutschland schon immer eine große Rolle gespielt. Auch jetzt entscheiden Gerichte in der Bundesrepublik darüber, welches Denken und welche politische Haltung in der Bundesrepublik erlaubt und welche so unerlaubt sind, daß ihre Träger aus wichtigen Bereichen öffentlicher Tätigkeit ausgegrenzt werden sollen. Dazu braucht man in der Regel nicht erst das Bundesverfassungsgericht. In diese makabre ideologiebildende Funktion sind inzwischen reihenweise die Verwaltungsgerichte eingerückt. [100] Dies ist kein Vorwurf gegen die Demokraten, die, nachdem sie von Instanzen der Exekutive diskriminiert worden sind, nun gezwungen sind, vor den Gerichten ihr Recht zu suchen. Es ist lediglich die Kritik an einem staatlichen Arrangement, das den Betroffenen zuletzt nur noch den Appell an die Gerichte zur Wahrnehmung ihrer Interessen beläßt. Der Kampf gegen den Demokratieabbau muß auch dagegen geführt werden, daß Gerichte zu Werkzeugen einer schon lange herrschenden antidemokratischen Ideologie und Politik werden, daß sie der Strategie der Hexenjagd und des Auseinanderdividierens auch noch den Stempel scheinbar unparteilicher, das heißt richterlicher Wahrheit aufdrücken dürfen. Die Justizförmigkeit der Politik hat die weitgehende Politikförmigkeit der Justiz nach sich gezogen. Diesen Zusammenhang gilt es aufzubrechen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, die Betroffenen – das aber sind nicht nur einfach Kommunisten, sondern zugleich unentbehrliche Mitstreiter der Bewegung für Frieden und Demokratie in der Bundesrepublik. Wolfgang Artelt ist Mitinitiator der Initiative Marburger Forum, an deren Beratungen und Vorbereitungen er aktiv teilgenommen hat.

Der Kampf gegen sein Berufsverbot ist daher nicht nur ein Kampf um die Substanz der Demokratie, sondern auch um die Stärke und Einheitlichkeit der Friedensbewegung. Wenn wir davon ausgehen, daß die bundesrepublikanische und internationale Friedensbewegung ein wichtiger Faktor im Kampf um den Frieden ist, dann ist der Kampf gegen Berufsverbote auch zugleich ein Stück des Kampfes für den Frieden.

Dieser Kampf wird auch von Wolfgang Artelt geführt. Wolfgang Artelt gehört daher die Solidarität aller, die die Sache des Friedens und der Demokratie zu ihrer eigenen machen.

Global denken, lokal handeln

Eröffnung des 2. Marburger Forum am 22. 11. 1981 im Bürgerhaus Cappel

Ich begrüße Sie zum Zweiten Marburger Forum. Es findet zu einem Zeitpunkt statt, in dem sich die Diskussion über den Frieden zugespitzt hat. Seit unserem ersten Forum im Mai dieses Jahres hat sich viel verändert. Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik und in Europa ist zum anerkannten Gesprächspartner der offiziellen Politik geworden.

Vielleicht argwöhnt der eine oder andere jetzt den Versuch einer Vereinnahmung durch die Vertreter der offiziellen Politik. Ich finde, wir sollten diese Überlegungen nicht in den Vordergrund stellen. Wenn es der Friedensbewegung gelungen ist, ihre Argumente so un-[101]überhörbar zu machen, daß sie jetzt als Gesprächspartner akzeptiert wird, dann ist dies auch dann ein großer Erfolg, wenn ihre Argumente noch nicht widerlegt oder gar angeeignet wurden.

Niemand von uns konnte erwarten, der Erfolg würde uns geschenkt. Wenn wir ihn den im Bundestag vertretenen Parteien abgetrotzt haben, dann ist es in erster Linie ein Grund zur Freude. Eine Bewegung, der es gelungen ist, sich gegen eine anfängliche und seit Jahrzehnten altgewohnte Wand des Totschweigens Gehör zu verschaffen, hat keinen Grund zur Furcht, es könne irgend jemandem gelingen, sie durch demonstratives Wohlwollen und etwaiges Umfälschen von ihren Argumenten abzubringen.

Davor schützt sie unter anderem auch die große Spontaneität und Fülle neuer Aktionsformen, welche in diesem Maß sichtbar und hörbar geworden sind, in dem sich die Bewegung verbreiterte und jene noch vor kurzem unvorstellbare Vielfalt und Buntheit gewann, die auch die große Bonner Demonstration am 10. Oktober kennzeichnete. Wir haben also gleichermaßen Anlaß zur Wachsamkeit und zum Selbstbewußtsein.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir mit großer Freude Vertreter der Parteien SPD, FDP, DIE GRÜNEN und der DKP. Von der SPD begrüße ich Herrn Professor Seidelmann, von der FDP Herrn Storck, von den Grünen den Stadtverordneten, Herrn Stürmer, und von der DKP den Stadtverordneten, Herrn Stang.

Ganz besonders freue ich mich, daß die Mitinitiatoren des Marburger Forum sich bereit erklärt haben, auch beim 2. Marburger Forum die Sache der Friedensbewegung in unserem Lande zu vertreten. Herr Professor Froese hat nicht nur an den Beratungen unseres Initiativkreises teilgenommen und die Richtung unserer Aussagen mitbestimmt; er hat auch außerhalb Marburgs seinen Beitrag in die Friedensbewegung eingebracht. Frau Professor Veit zeichnet sich durch unermüdliche und vielfache Aktivitäten, insbesondere im Raum des Protestantismus, aus. U. a. hat sie im Anschluß an unser Forum ihre Arbeit in einem von ihr inspirierten Arbeitskreis engagiert fortgesetzt. Herr Professor Kühnl hat im Rahmen von Schule und Hochschule an zahlreichen Veranstaltungen der Friedensbewegung mitgewirkt.

Die CDU hat kurzfristig abgesagt. Ich bedaure dies und hoffe sehr, daß es der Marburger CDU gelingen möge, einen eigenständigen Beitrag zu der, sei es lediglich taktischen, sei es – was ich mehr hoffen möchte – realen Gesprächsbereitschaft zu entwickeln, welche ihre Bundespartei auf dem Hamburger Parteitag jüngst demonstrierte. Anlaß zu dieser Hoffnung gibt mir eine kürzlich bekannt gewordene Umfrage, wonach 1/3 der CDU-Wähler die Friedensbewegung für notwendig halten.

[102] Die Friedensbewegung wird an der Ernsthaftigkeit derer, die jetzt mit ihr reden wollen, an deren Bereitschaft messen müssen, auch zuhören zu können und abweichende Meinungen zu ertragen.

Ich glaube mit Ihnen allen, meine Damen und Herren, einig zu sein, wenn ich hier unsere Dankbarkeit gegenüber jenen Mitgliedern von CDU/CSU, FDP und SPD zum Ausdruck bringe, die immer wieder aus einer Minderheitsposition heraus für die Ziele der Friedensbewegung in ihren eigenen Parteien gegen große Widerstände gefochten haben. Diese Bekundung der Dankbarkeit verbinden wir mit der Zusicherung unserer Verbundenheit mit denjenigen unter ihnen, die wie Alfred Mechtersheimer und Manfred Coppik jetzt für ihr konsequentes Eintreten mit Ausschlußverfahren bedroht werden.

Zumindest an die Adresse der SPD muß in diesem Zusammenhang die Erinnerung gerichtet werden, daß ihre Glaubwürdigkeit im Friedensdialog auch an ihrer Bereitschaft gemessen wird, einen Mann wie Manfred Coppik, der am ersten und am zweiten Krefelder Forum teilgenommen hat und aktiv in der Friedensbewegung steht, zu ertragen.

Diese Tage, meine Damen und Herren, sind Tage rascher Bewegung und eines beschleunigten, sei es tatsächlichen, sei es scheinbaren Situationswechsels in der Diskussion um den Frieden. Seit heute ist der Vorsitzende des Obersten Sowjets der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR), Leonid Breshnew, zu seinem dritten Besuch in der Bundesrepublik. Gestern hat die Bewegung des Krefelder Appells auf ihrem Dortmunder Forum eine Zwischenbilanz gezogen. Die meisten der hier auf dem Podium anwesenden Vertreter des Marburger Forum sowie alle hier im Saal waren in Dortmund dabei. Und schließlich hat am vergangenen Mittwoch unter großem publizistischen Aufwand der Präsident der USA, Ronald Reagan, seine Vorschläge unterbreitet.

In dieser Situation sollten auch wir hier, so schlage ich vor, einen Moment innehalten und uns fragen, was denn seit Mai dieses Jahres, als wir zum ersten Mal zusammenkamen, und was sich insbesondere durch die Diskussion der letzten Woche tatsächlich bewegt und geändert hat.

Beginnen wir mit dem, was gleich geblieben ist. Gleichgeblieben ist die Unmittelbarkeit und die Größe der Gefahr. Hier ein Zitat: In einem weltweiten Nuklearkrieg würde mehr Zerstörungskraft als im gesamten Zweiten Weltkrieg freigesetzt werden, und zwar in jeder Sekunde des langen Nachmittags, den man für den Abschuß und Abwurf aller Raketen und Bomben benötigen würde; jede Sekunde würde ein Zweiter Weltkrieg stattfinden, und in den ersten Stunden würden mehr Menschen getötet als in allen Kriegen der Geschichte zusammen. Die Überlebenden – wenn es überhaupt welche gibt – würden in Verzweiflung [103] leben inmitten der vergifteten Ruinen einer Zivilisation, die Selbstmord begangen hätte.“

Die Sätze, die ich Ihnen eben vorgelesen habe, sind aus der Abschiedsrede des ehemaligen Präsidenten der USA, Jimmy Carter. Sie sind realistisch und zeigen uns, daß diejenigen, die als Handelnde am Wettrüsten mitwirken, zumindest zeitweise imstande sind, die möglichen Konsequenzen ihres Handelns zu beschreiben.

Allerdings genügt es nicht, ja, es würde uns sogar in die Irre führen, wollten wir uns, wie es in dem hier vorgetragenen Zitat geschieht, nur mit der Beschreibung einer möglichen Apokalypse begnügen. Die Gefahr, welche uns hier in Europa bedroht, ist sehr konkret. Sie hat einen Namen und eine Anschrift. Sie liegt in der Konsequenz des Raketenbeschlusses vom 12. Dezember 1979. Sie heißt Cruise Missile und Pershing II.

Auch die Situation, in der wir uns gegenwärtig – vor einer etwaigen Stationierung dieser Waffen – befinden, läßt sich sehr konkret beschreiben. Sie ist charakterisiert durch ein schreckliches annähernd es Gleichgewicht, ein Gleichgewicht des Schreckens, welches fürchterliche Namen trägt. Diese fürchterlichen Namen lauten: Poseidon, Polaris, SS-20. Die Schwelle von diesem Gleichgewicht des Schreckens zu einem Ungleichgewicht, welches in aktuelle Kriegsgefahr umschlägt, würde überschritten durch die Stationierung der Marschflugkörper und der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen, zu denen es auf sowjetischer Seite kein Pendant gibt.

Für diese Feststellung stehen die Aussagen von Oskar Lafontaine, Erhard Eppler, Alfred Mechtersheimer, Anton-Andreas Guha und Gert Bastian, um nur einige zu nennen. Die Zahl der Experten, die diese Position vertreten, nimmt ständig zu.

Und nun die Frage: Was hat sich an dieser so beschreibbaren Situation und an dieser so beschreibbaren Gefahr geändert seit der Rede des amerikanischen Präsidenten vom 18. November? Ich fürchte: nichts. Ein neues Wort allerdings, das bisher nur in Europa in den offiziellen Sprachgebrauch eingeführt war, ist nun vom amerikanischen Präsidenten benutzt worden: die „Null-Lösung“. Diese Vokabel mag viele von uns und viele von denen, an die sie gerichtet war, insbesondere in der Friedensbewegung Europas und der USA, an ihren guten Traum von einer Welt ohne Waffen erinnern. Mit diesem Traum aber, so meine ich, darf kein Schindluder getrieben, er darf nicht demagogisch miß-

braucht werden. Denn auf dem Weg zu einer Welt ohne Waffen muß ein *allererster* Schritt getan werden. Das ist der Stopp der drohenden Eskalation. Dieser Stopp aber besteht in dem Verzicht auf die Stationierung der neuen amerikanischen Atomwaffen in Europa.

Gert Bastian und Alfred Mechtersheimer haben immer wieder mit berechtigter Unerbitt-[104]lichkeit darauf hingewiesen, daß dies der zentrale Punkt in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die Frage nach dem richtigen Weg zur Sicherung des Friedens ist. Der Verzicht auf diese Stationierung könne, so haben sie immer wieder betont, an keine Bedingung geknüpft werden. Wer als Vorleistung den vorhergehenden Abzug der SS-20 verlange, fordere eine Zerstörung des gegenwärtig annähernden Gleichgewichts und überschreite *ebenso* die Grenze zur aktuellen Kriegsgefahr *wie* mit Stationierung von Pershing II und Cruise Missile selbst.

Wir sehen also, meine Damen und Herren, wie schnell wir wieder bei der zentralen Forderung des Krefelder Appells anlangen, wenn wir uns daranmachen, die Rede des US-amerikanischen Präsidenten zu analysieren.

Diese notwendige Nüchternheit zügelt auch unsere Begeisterung über den angekündigten Verhandlungsbeginn. Wir begrüßen ihn, aber er ist für uns nicht, wie Willy Brandt es seiner Partei empfohlen hat, ein Grund, die Friedensdiskussion jetzt ruhen zu lassen. Vor allem muß vermieden werden, daß die Verhandlungen am Ende nichts anderes sein könnten als der Vorhang, hinter dem sich bereits die neue, die Menschheit zunehmend bedrohende Runde des Wettrüstens vollzieht.

Die Ankündigung des Bundeskanzlers, am Ende der Verhandlungen werde die Stationierung der neuen Waffen stehen müssen, wenn die Sowjetunion sich nicht bereit erkläre, vorher eine US-amerikanische militärische Überlegenheit mit allen ihren politischen Konsequenzen selbst herzustellen, dürfen wir nicht widerspruchslos hinnehmen.

Die Strategie war von allem Anfang an nicht die Position der Friedensbewegung. Zwischen dieser Bewegung und den Forderungen Reagans kann es keinen Kompromiß geben.

Wer die Friedensbewegung gewinnen will, muß bereit sein, sich und die Politik seines Landes vom Kurs der gegenwärtigen amerikanischen Administration in dieser Frage abzukoppeln.

Es wird in den nächsten Tagen und Wochen gewiß noch viel geschehen, um die Sehnsucht der Menschen nach einer Sicherung des Friedens zu irritieren, scheinbar zu befriedigen und zu täuschen. Umso wichtiger ist es, daß diejenigen, die den Frieden aufrichtig wollen, jetzt ihre Forderungen in einer scheinbar neuen Situation überprüfen. Dazu soll hier in Marburg auch dieses, unser zweites Forum dienen, das ich hiermit eröffne.

[105]

„Widerstand jetzt!“

Bürgerversammlung gegen Sozialabbau am 28.1.1982

Die Initiative Marburger Forum, für die ich hier spreche, ist vor einem Jahr entstanden. Sie ist eine örtliche Friedensinitiative zur Unterstützung des „Krefelder Appells“, der es sich zum Ziel gesetzt hat, die Bevölkerung über die zunehmende atomare Kriegsgefahr aufzuklären und gegen die geplante Stationierung der neuen amerikanischen Atomraketen zu mobilisieren. Getragen wird die Initiative von Mitgliedern aus mehr als 30 Organisationen und vielen Einzelpersönlichkeiten. Sie ist bisher mit vielfältigen Aktivitäten an die Öffentlichkeit getreten: Großanzeigen in der lokalen Presse, Kundgebungen, Flugblattaktionen, Infoständen, öffentlichen Forumsveranstaltungen, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen.

Zu Beginn des neuen Jahres haben wir ein Flugblatt verfaßt und verbreiten es gerade, aus dem ich ein paar Sätze zitieren will, weil es den Zusammenhang von Friedensbewegung und Verteidigungsbewegung gegen Sozialabbau aufzeigt: „Jahreswechsel ist Zeit zur Aufstellung einer Bilanz des verflossenen Jahres und zur Überlegung über das, was im neuen Jahr auf jeden von uns zukommt. Soweit diese Bilanz das Familieneinkommen betrifft, werden in vielen Familien Fragen auftauchen, ob der in den vergangenen Jahren erreichte Lebensstandard gehalten werden kann. Anlaß zu diesen Befürchtungen geben steigende Preise für viele lebensnotwendige Güter und Dienstleistungen, so z. B. für Strom, Gas, Öl, Wasser, Wohnung, für Bus- und Bahnfahrten. Hinzu kommt eine Vielzahl von Steuer- und Gebührenerhöhungen bei Senkung der Reallöhne und Gehälter. Die Haushaltskasse wird weiter geschmälert durch den Abbau vieler staatlicher Leistungen, wie z. B. Kindergeld, Ausbildungshilfen, Arbeitsförderungsmaßnahmen, Sparförderung, Beförderungshilfen für Schulkinder etc. Dies alles trifft die ohnehin stark belasteten Familien der Arbeitnehmer besonders hart, da Hunderttausende von ihnen durch akute oder drohende Arbeitslosigkeit in große materielle und physische Bedrängnis geraten sind. Warum das alles? Die Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen sind, so verkünden die Politiker und Medien tagtäglich, angesichts der Wirtschaftskrise, der leeren Staatskassen und der hohen Staatsverschuldung unausweichlich. Diese angebliche Zwangsläufigkeit bestreiten wir!

Mit 65 Milliarden DM (nach NATO-Kriterien) sind die Rüstungsausgaben der größte Einzelposten im Bundeshaushalt. Sie umfassen mehr als ein Viertel des Bundeshaushaltes. Das heißt: 27 Pfennig je Steuer-Mark wird für die Rüstung ausgegeben.

Viele Menschen sind bereit, diese Kosten zu tragen, weil sie sich davon mehr Sicherheit versprechen. Wir sind dagegen der Überzeugung, daß das anhaltende Wettrüsten den Frieden nicht sicherer gemacht hat. Im Gegenteil!“

[106] Soweit der Auszug aus dem Flugblatt der Initiative Marburger Forum. Er signalisiert: die breite und gewachsene Friedensbewegung begreift stärker als zuvor, daß die Frage von Krieg und Frieden nicht oder doch nicht nur eine sogenannte Gattungsfrage ist, ein moralisches Problem oder eine Angelegenheit der individuellen und kollektiven Angst, sondern in hohem Maße auch eine soziale Frage.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang ein paar grundsätzliche Bemerkungen: Die These, daß der Kampf um die Sicherung der Reallöhne und der sozialen Errungenschaften der arbeitenden Bevölkerung in keinem Widerspruch steht zum Kampf um die Erhaltung des Friedens, ist in so vielfältiger Weise richtig und einleuchtend, daß sie immer in die Gefahr gerät, zu einer Binsenweisheit zu verkommen, über die man nicht weiter nachdenkt und die man deshalb entweder vergißt oder von der man meint, es lohne sich zumindest nicht so recht, sie weiter bekannt zu machen. Ich möchte sie dadurch aktualisieren, daß ich auf innere Probleme hinweise, die sie enthält. Zunächst: die Übereinstimmung von Friedenskampf und sozialem Kampf erweist sich in einer geradezu brutalen Form dadurch, daß ein Krieg das größte denkbare soziale Unrecht ist. Alle bisherigen sogenannten konventionellen Kriege haben zwar einige wenige reicher gemacht, die Mehrheit der Bevölkerung aber in die äußerste Form des Elends getrieben: Zerstörung ihres Besitzes, ihrer Gesundheit, oft auch ihres Lebens, Senkung der Löhne, überlange Arbeitszeiten, krasse Versorgungsmängel, Verlust der Heimat. So war es kein Zufall, daß sowohl am Ende des Ersten als auch nach Ende des Zweiten Weltkrie-

ges große Bevölkerungsmassen für die Abschaffung eines Gesellschaftssystems eintraten, das sie in Krieg und Elend gestürzt hat: 1918 in der Novemberrevolution, 1945/46, teilweise auch noch später, in Westdeutschland in dem Wunsch nach einer umfassenden Neuordnung, der sich nicht nur in damaligen Parteiprogrammen niederschlug, sondern zum Beispiel auch im Artikel 41 der Hessischen Verfassung und der Volksabstimmung am 1. Dezember 1946, welche diesen Artikel bestätigte.

Jemand hat einmal gesagt: Deutschlands Revolutionen seien seine verlorenen Kriege. Gegen diese geistreiche Formulierung kann man einwenden, daß sie wenig präzise ist. Denn haben diejenigen, die diesen Krieg nicht gewollt haben, sondern im Gegenteil gegen Kriegsgefahr, Faschismus und Krieg gekämpft haben, die Widerstand geleistet haben, den Krieg wirklich verloren, oder gehörten sie nicht zu den Siegers im Kampf gegen die Niederlage des Faschismus im Krieg?

Aber wie dem jetzt auch sei: Nach dem atomaren Krieg, der droht, wird es weder Sieger noch Besiegte geben. Die Frage Restauration oder Neuanfang wird sich nach dem nächsten Weltkrieg nicht mehr stellen. Was not tut, ist der *Widerstand jetzt*, ist der Widerstand gegen Kriegsgefahr und Sozialabbau.

[107] Die Perspektiven eines etwaigen Dritten Weltkrieges spitzen diesen Zusammenhang von sozialer Frage und Friedensfrage in einer allerdings schon apokalyptischen Weise zu. Egon Bahr sagte in der Frankfurter Paulskirche aus Anlaß des 90. Geburtstages von Martin Niemöller „Es wird keine Menschlichkeit mehr geben, wenn es keine Menschen mehr gibt.“ In dem Zusammenhang, der hier zu behandeln ist, läßt sich dies auch so ausdrücken: Wenn alles menschliche Leben in Europa ausgelöscht wäre – und das ist die Gefahr, die mit dem Nato-Vorrüstungsbeschluß vom Dezember verbunden ist –, dann wäre alles zerstört, was Gewerkschaften und Arbeiterbewegung in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg neu erstritten haben.

In diesem Zusammenhang zeigt sich der Widersinn der Begriffe „Verteidigung“, „Verteidigungspolitik“, „Verteidigungsetat“: Verteidigung wird bedeutungsgleich mit totaler Vernichtung. Wir haben damit einen weiteren Beleg für die Tatsache, daß die Zerstörung, die vom Wettrüsten und der Kriegsgefahr ausgeht, schon im vorhinein wirkt und sich schädigend, sinnverwirrend und die Logik außer Kraft setzend auf die Sprache auswirkt:

Krieg heißt Verteidigung; Verteidigung bezeichnet ein Handeln, das identisch ist mit Selbstzerstörung; Rüstung kann nicht mehr einfach Rüstung genannt werden, sondern Nachrüstung, die einfache Bereitschaft zu rüsten, darf ebenfalls nicht mehr so genannt werden, sondern sie nimmt die Form eines sogenannten „Doppelbeschlusses“ an.

Wir sind damit an einem Punkt angelangt, der es fraglich erscheinen läßt, ob die von mir erwähnten Thesen vom Zusammenhang zwischen sozialen Notwendigkeiten und der Sicherung des Friedens tatsächlich eine Binsenwahrheit sind. Denn gerade weil es so offensichtlich ist, daß jeder Krieg und jede Kriegsvorbereitung absolut antisozial und antihumanistisch sind, treiben diejenigen, die in der Bundesrepublik rüsten wollen – und sie haben zum Beispiel im Bundestag eine riesige Mehrheit, obwohl keiner von denen, die sie gewählt haben, Krieg will – einen großen Propagandaaufwand, um diesen sehr einfachen Zusammenhang außer Kraft zu setzen.

Eines der beliebtesten Mittel in der Durchsetzung der Unwahrheit besteht in der Behauptung, daß Rüstung Arbeitsplätze schaffe. Sie ist bereits vielfältig von kompetenten Fachleuten widerlegt worden; dennoch wird sie weiter verbreitet und hat ihre Wirkungen bis in die Gewerkschaften hinein. Wenn es in der Bundesrepublik bislang immer wieder gelungen ist, den Widerspruch von Rüstung und sozialer Sicherheit zu vernebeln, dann hat dies seine Ursache allerdings nicht nur in der Irreführung durch diejenigen, die ein Interesse an Rüstung haben, sondern auch in einem realen Sachverhalt.

Seit nunmehr 27 Jahren – spätestens seit dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO – wird in unserem Land wieder hochgerüstet. Dennoch waren diese 27 Jahre über lange [108] Strecken hin durch eine gleichzeitige Erhöhung der Reallöhne und den Ausbau des sogenannten Netzes der sozialen Sicherheit gekennzeichnet. Selbst die Krisen von 1967 und 1974 haben diese Tendenz nur kurzfristig abgeschwächt, nicht aber abgebrochen. Erst seit etwa einem Jahr zeichnet sich eine Wende ab; die Reallöhne sinken; wir haben nicht nur einen hohen Sockel von Arbeitslosigkeit, sondern die Er-

werbslosigkeit erreicht von Monat zu Monat neue Spitzen. *Die Parallelität von Hochrüstung und gleichzeitiger Erhöhung des Lebensstandards besteht nicht mehr*. Ein drastisches Beispiel bietet der am 22. Januar 1982 verabschiedete Bundeshaushalt. Er enthält eine Erhöhung des sogenannten Verteidigungsetats um 5,2 Prozent, eine Senkung des Etats für Jugend, Familie und Gesundheit von 7,2 Prozent und eine Senkung des Etats für Arbeit und Soziales um 1 Prozent.

Angesichts dieser Entwicklung ist die Chance gewachsen, daß die innere Zusammengehörigkeit von Friedenskampf und Kampf gegen Inflation, Arbeitslosigkeit und Reallohnabbau in den nächsten Wochen und Monaten deutlicher als bisher hervortritt. Aber auch hier muß vor der Hoffnung gewarnt werden, diese Aufklärung werde angesichts eklatanter Tatsachen gleichsam automatisch eintreten. Vielmehr ist zu fürchten, daß die Rüstungsbefürworter nun, da die sozialstatistischen Daten ihnen nicht mehr länger gleichsam gratis Argumente liefern, *einerseits* ihre Täuschungsmanöver steigern werden, *andererseits* aber auch mehr Repressionsmittel anwenden werden. Die Verschärfung der Berufsverbotspraxis, die genau heute vor 10 Jahren beschlossen wurde, in den letzten Wochen signalisiert dies.

Umso notwendiger ist es, daß die Friedensbewegung und die aufkeimende Verteidigungsbewegung gegen den Sozialabbau jetzt aktiv aufeinander zugehen. Nur so kann es auch gelingen, die Gewerkschaften aus ihrer nach wie vor recht zögerlichen und zurückhaltenden Position gegenüber der Friedensbewegung herauszubringen. Die Vereinigung von sozialer Bewegung und Friedensbewegung ist letztlich die entscheidende Voraussetzung dafür, daß 1982 und 1983 das wichtigste Ziel erreicht wird, nämlich die Zurücknahme der Zustimmung der Bundesregierung zur Stationierung von Mittelstreckenraketen.

Aus diesem Grund spreche ich als Vertreter des Marburger Forum hier auf dieser Veranstaltung. Auch wenn wir organisatorisch in getrennten Bürgerinitiativen arbeiten: Sorgen wir gemeinsam dafür, unser aller Überleben zu sichern – die Verhinderung der Raketenstationierung in unserem Land ist hierzu ein erster Schritt – und die Lebensqualität für alle zu verbessern – die Verhinderung des geplanten Sozialabbaus ist dabei ein erster, notwendiger Schritt. Schreiten wir gemeinsam! [109]

Der Ostermarsch hat seine Geschichte

Rede auf dem Ostermarsch in Oberursel (1982)

Bei diesem Ostermarsch 1982 sind viele, welche bereits der alten Ostermarsch-Bewegung der 60er Jahre angehört haben. Ich erinnere mich daran, wie ich an meinem ersten Ostermarsch 1961 in Dortmund teilgenommen habe und wie dann unsere Bewegung von Jahr zu Jahr breiter wurde. Breiter von der Teilnehmerzahl, von der Thematik, auch von der Zahl der vertretenen politischen Positionen. Der Ostermarsch, der jetzt wieder Gegenwart wird, ist zugleich schon ein Stück Geschichte der Bundesrepublik geworden. Man kann sagen: ein erfolgreiches Stück Geschichte der Bundesrepublik. Denn von den Ostermärschen der Jahre 1960 bis 1969 ging ein Teil der Impulse aus, die dann die Politik der Entspannung auch in Mitteleuropa ermöglicht haben.

Die Tradition der Ostermärsche wurde Ende der 60er Jahre unterbrochen, als die Sache des Friedens nicht mehr nur eine Sache der außerparlamentarischen Opposition war, sondern auch zur Sache der Regierung, der offiziellen Politik zu werden schien und auch wurde. Doch auch vor zehn Jahren, noch im April 1972, ist es notwendig gewesen, daß die Bürger unseres Landes massenhaft auf die Straße gingen, um die Ansätze der Friedenspolitik zu verteidigen.

Wir sehen: Wer den kalten Kriegern in unserem Land Beine machen will, mußte sich schon immer auf seine eigenen Socken machen. Dies ist jetzt wieder nötiger denn je. Lange vorbei ist die kurze Zeit des vielleicht allzu naiven Vertrauens in die Tätigkeit der offiziellen Diplomatie. Diese hat inzwischen den Nachrüstungsbeschluß der NATO von 1979 beschert, und die Verhandlungen in Genf nehmen auf der US-amerikanischen Seite des Verhandlungstisches Züge ostentativer Erpressung an. Deshalb ist es höchste Zeit, daß wir Bürger unsere ureigenste Sache, die Sache unseres Überlebens und des Überlebens unserer Kinder, immer mehr in die eigenen Hände nehmen.

Der von der NATO gesetzte Termin: 1983 für die Stationierung neuer gefährlicher Waffen, läßt uns wenig Frist zur Sammlung und zur Vorabbesinnung. Dieser Ostermarsch 1982 und die neue Phase der Friedensbewegung unterscheiden sich von ihren Vorgängerinnen der 60er Jahre dadurch, daß sie die Phase der vorsichtigen Anfänge, der gegenseitigen Abgrenzungen und wechselseitigen Ängste, die damals überwunden werden mußten, von Anfang an übersprungen hat. Dies ist gut so, denn aus der Geschichte lernen, heißt ja nicht sie zu wiederholen, sondern positive Erfahrungen der Vergangenheit weiter zu entwickeln. Und es heißt auch, wachsam zu sein gegenüber der gefährlichen Versuchung, daß wir hier oder dort zum Schaden der gemeinsamen Sache in die gemeinsame Sache die zahlreichen Differenzen [110] hineintragen, welche uns auf anderen Gebieten trennen. Und ebenso wachsam müssen wir sein gegenüber jenen anderen Versuchungen, die Vielfalt der in unserer Bewegung vertretenen Positionen zugunsten einer einzigen, dieser oder jener, leugnen zu wollen.

In Marburg, von wo ich herkomme, haben vor wenigen Tagen mehr als 3.400 Bürger in einem öffentlichen Aufruf die Stadtverordnetenversammlung und den Kreistag aufgefordert, der etwaigen Stationierung von Marschflugkörpern und Mittelstreckenraketen auf dem Gemeindegebiet eine Absage zu erteilen. Friedensinitiativen in Biedenkopf, Gladenbach, Kirchhain und Stadtallendorf haben diese Initiative tatkräftig unterstützt.

Wir knüpfen damit an eine Tradition an, die bereits in den 50er Jahren bestand: die auch lokale Verankerung der Friedensbewegung. Vorbild war uns ein Beschluß der Stadtverordnetenversammlung hier in Frankfurt aus dem Jahre 1957, in welchem sie sich mit den „Göttinger Achtzehn“ solidarisch erklärte und sich gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr wandte.

Wir haben diesen Beschluß jetzt in unserer Marburger Lokalzeitung inmitten unseres eigenen Aufrufs und unserer eigenen Unterschriften neu veröffentlicht, um so die Brücke zur Friedensbewegung der 50er Jahre zu schlagen. Weil es diese Brücke gibt, zwischen der sogenannten alten und der sogenannten neuen Friedensbewegung, begrüße ich die Teilnehmer des Ostermarsches 1982 hier in Frankfurt.

Mit Wolfgang Abendroth Marburger Stadthalle 1984

[111]

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Flugblatt Marburger Bürger über den 8. Mai (1982)

Ich habe den 8. Mai 1945 als Kind erlebt. Für meine Familie war dieser Tag – genauer: schon vorher der Einmarsch der Besatzungstruppen – das Ende der Zeit, die sie fast täglich voller Angst im Luftschutzkeller verbringen mußte. Kurz vor Kriegsende hat sich mein Vater, der Pfarrer der Bekennenden Kirche war, versteckt, da Gerüchte umliefen, die Nazis wollten vor der Nacht der Niederlage die „Nacht der Langen Messer“ veranstalten. Aus den folgenden Jahren ist mir von meinen Eltern eine Vielzahl jetzt schon vergilbter Hefte überkommen.

Bei uns zuhause wurde „Der Aufbau“, die Zeitschrift des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“, gelesen. Als ich dann selber lesen konnte, stieß ich dort auf ein heute unbekanntes Gedicht Ilse Langners aus dem Jahrgang 1946. Einzelne Verse daraus scheinen heute noch die Losungen und Hoffnungen jener Zeit präzise wiederzugeben: „Uns ward das Leben gerettet, auf daß wir’s erobern“, heißt es da. Oder: „Schafft euch die Welt neu für euer neues Gesetz“.

Heute weiß ich, daß viele der Versprechen, welche die Menschen sich damals gaben, nur teilweise eingelöst worden sind. Der Faschismus freilich war zerschlagen. Die gesellschaftliche Grundstruktur, die ihn vor 1933 ermöglicht hatte, war aber nicht endgültig beseitigt, das Potsdamer Abkommen in diesem Punkt nicht erfüllt. Die umfassende Neuordnung, 1945 fast eine Selbstverständlichkeit, erhielt den tödlichen Schlag mit dem Ausbruch des Kalten Krieges.

Als ich ins Gymnasium kam, gehörten zu meinen Lehrern ehemals aktive Nazis, die nach 1945 wieder zum Dienst zugelassen wurden. Dann mit der Wiederbewaffnung und ihrer späteren atomaren Ergänzung ist unser Land in eine Auseinandersetzung hineingestoßen worden, die bis heute noch nicht gewonnen ist: der ständige, nahezu verzweifelte, heute wieder einem Höhepunkt sich nähernde Kampf gegen die Kriegsgefahr.

Manche meinen, man solle den Tag des „angeblichen Zusammenbruchs“, den 8. Mai, als Tag des Neubeginns zum Nationalfeiertag erklären. Ich fände es nicht unvernünftig. Denn so viel weiß ich: daß auf die Dauer ein Überleben unseres Volkes, die endgültige Sicherung vor einer Zerstörung der Demokratie nur zu erreichen ist, wenn wir zurückkehren zu den Hoffnungen, welche die Überlebenden im Frühjahr 1945 bestimmten. [112]

Hat der Frieden noch eine Chance?

Grußwort auf einer Veranstaltung mit William Bonn (FDP) (1982)

Sehr verehrter Herr William Borm, „Hat der Frieden noch eine Chance?“ So lautet die Fragestellung der heutigen Veranstaltung.

Der Frieden hat eine Chance, wenn wir wachsam bleiben gegenüber der gefährlichen Versuchung, daß wir hier oder dort zum Schaden der gemeinsamen Sache in die gemeinsame Sache die zahlreichen Differenzen hineintragen, welche uns auf anderen Gebieten trennen.

Der Frieden hat eine Chance, wenn wir wachsam bleiben gegenüber jener anderen Versuchung, die Vielfalt der in der Friedensbewegung vertretenen Positionen zugunsten einer einzigen, dieser oder jener, leugnen zu wollen.

Der Frieden hat eine Chance unter der Bedingung, daß wir die Wahrheit verkünden und sie rückhaltlos, ohne alle Umschweife, ohne jede Konzession heraussagen. Diese Wahrheit lautet: Kündigt den Nachrüstungsbeschluß. Das Nein zur Aufrüstung des Nato-Beschlusses ist der erste, aber unerläßliche Schritt auf dem schwierigen Wege zum Frieden durch Abrüstung. Erst wenn die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles verhindert ist, können wir uns über die intellektuelle und moralische Unzulänglichkeit der Abschreckungsstrategie klar werden, kann Europa aufhören, Kriegsschauplatz eines dritten und letzten Weltkrieges zu werden.

Der Frieden hat eine Chance, wenn Männer wie Sie, sehr verehrter Herr Borm, sich für die Ziele der Friedensbewegung vorbildhaft einsetzen. Dafür möchte ich Ihnen als Sprecher der Friedensinitiative Marburger Forum herzlich danken.

Der Frieden hat eine Chance, wenn die Partei des William Borm Partei ergreift für die Sache des Friedens. In Abwandlung des Wortes eines anderen großen Liberalen, des Marburger Theologen Martin Rade, dessen Geburtstag sich gerade zum 125. Mal jährte, möchte ich abschließend zum Ausdruck bringen, daß es schmerzlich zu bedauern ist, daß nur eine Minderheit der Liberalen in der FDP öffentlich und konkret für den Völkerfrieden eintritt, während die Mehrheit der Partei es heute den Kommunisten und anderen überläßt, für den Frieden einzutreten, wie weiland die Liberalen dies vor 1914 den Sozialdemokraten überließen.

[113]

„Man muß den Frieden hartnäckig durch das Auge der Gerechtigkeit betrachten“

Kundgebung des Chile-Komitees Marburg am 10. September 1982

Zur Friedensdemonstration am 10. Juli in Bonn haben auch zahlreiche 3. Welt-Gruppen aufgerufen. Heute spreche ich zu Ihnen als Sprecher des Marburger Forum, eines Teils jener großen Friedensbewegung in der Bundesrepublik, die es sich zum Ziel gesetzt hat, auf die Gefahr eines vielleicht sogar von deutschem Boden ausgehenden Dritten Weltkriegs aufmerksam zu machen und alles dagegen zu tun, was in ihren Kräften steht.

Zwischen der Solidaritätsbewegung für die Völker der sogenannten 3. Welt und der Friedensbewegung besteht ein vielfältiger Zusammenhang, der gerade in diesem Jahr besonders deutlich geworden ist. Dieser Zusammenhang wurde vor einer Woche durch die Teilnahme Ernesto Cardenals an der Friedenskundgebung im Rahmen des katholischen Kirchentages in Düsseldorf ebenso unterstrichen wie auch durch die Teilnahme lateinamerikanischer und afrikanischer Künstler an der großen Friedensmanifestation morgen in Bochum. Was sind die Ursachen für diesen Zusammenhang?

Der jetzige Zustand des Nicht-Krieges ist unbefriedigend und labil. Aber zwischen diesem Zustand und einem 3. Weltkrieg besteht ein unvorstellbarer Unterschied. Es wäre bedenklich, ihn zu verwischen. Gleichwohl enthält die Behauptung, der Dritte Weltkrieg habe schon begonnen, ein Körnchen Wahrheit. Inzwischen läßt sich nämlich die Zahl der Menschen sehr genau angeben, die alljährlich in den unterentwickelt gehaltenen Ländern an Hunger sterben, weil die hochindustrialisierten kapitalistischen Länder, beschäftigt mit dem Wettrüsten, nicht nur keine ausreichende Entwicklungshilfe leisten, sondern nach wie vor diese Länder als billige und ergiebige Quellen ihres eigenen Reichtums ansehen und behandeln. Man wird sagen können: Wenn die hochindustrialisierten kapitalistischen Länder die Entwicklungsländer nicht als ihre Rohstofflieferanten und Anlagesphären für ihr Kapital und ihre Waren, vor allem Waffen, auch als Billiglohnländer zu Lasten sowohl der Arbeiter dort und hier hätten, dann wäre ihr ökonomischer Spielraum, aus dem sie ihre Rüstungswirtschaft finanzieren, weit kleiner. Jede gelungene Selbstbefreiungsaktion der Länder der Dritten Welt verkleinert diesen Spielraum. Sie ist damit auch ein Angriff auf das Wettrüsten, ein Beitrag zum Frieden.

Dies muß, so meine ich, auch deshalb deutlich gesagt werden, weil uns seit 1973, seit dem ersten sogenannten Ölschock, von den dominierenden Medien eine andere Version aufgetischt wird. Wenn Länder der Dritten Welt – damals waren es die OPEC-Staaten –, sich ihre Rohstoffe nicht mehr für einen Appel und ein Ei abknöpfen lassen, dann sei das, so wurde behauptet, ein Anschlag auf unseren Lebensstandard und auf die konjunkturelle Entwicklung [114] hierzulande. So etwas kann allerdings nur behaupten, wer wieder einmal über die Tatsache hinwegtäuschen will, daß Krisen im Kapitalismus Produkte des Kapitalismus selbst sind und nicht irgendwie von außen importiert werden. An einer solchen Legende sind diejenigen interessiert, welche die einzelnen Opfer ihrer Politik gegeneinander hetzen wollen:

Arbeitslose gegen ausländische Arbeiter im Innern, die Opfer der kapitalistischen Krise, des Sozialabbaus und des Arbeitsplatzmangels gegen die angebliche Maßlosigkeit der Völker der Dritten Welt.

Richtig ist allerdings: gelänge eines Tages allen heute noch in der Abhängigkeit vom Kapitalismus gehaltenen Völkern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens die Selbstbefreiung – und dieser Tag ist leider noch fern –, dann würde auch hierzulande eine Alternative unübersehbar und aktuell brennend, eine Alternative, die in Wirklichkeit schon heute besteht, aber auf Kosten der Dritten Welt immer wieder latent gehalten werden kann.

Die Tatsache, daß Sicherung des Lebensstandards der breiten Massen hierzulande und gleichzeitige Hochrüstung unsere Leistungsfähigkeit weit übersteigen, führt letztlich dazu, daß eine endgültige Entscheidung getroffen werden muß zwischen Butter und Kanonen.

Aber die Interessen der Friedensbewegung und der Befreiungsbewegungen der sogenannten Dritten Welt berühren sich noch in einem anderen Punkt. Wir wissen, daß der Dritte Weltkrieg gegenwärtig

auf vier Ebenen vorbereitet wird: im Weltraum, durch Interkontinentalraketen, durch Kontinentalraketen und durch sogenannte konventionelle Waffen. Im angeblich konventionellen Bereich – wieso eigentlich konventionell? Auf welche Konvention stützt man sich? Wo haben die heute gebauten und geplanten Flugzeuge, Trägerwaffen, Panzer und Geschosse in der Vergangenheit ihresgleichen gehabt? – im angeblich konventionellen Bereich, sage ich, liegt das Hauptgewicht auf der Entwicklung der Mikroelektronik, die zugleich auch bei der Steuerung von Atomraketen eine zentrale Bedeutung hat. Diese neuen Steuerungssysteme sind nach dem alten Militärgrundsatz, daß ein Krieg besser sei als vier Wochen Manöver, in diesem Sommer auf den Malvinen, den sogenannten Falkland-Inseln, und im Libanon, also in den Ländern der Dritten Welt, erprobt worden. Im Libanon wurden sie gegen das Volk der Palästinenser und seine Selbstbefreiungsbewegung PLO eingesetzt; auf den Malvinen wurden diese Waffen nicht nur von der klassischen imperialistischen Kolonialmacht Großbritannien gehandhabt, sondern zugleich von einer Militärjunta, die im Interesse und unter der Kuratel der USA das eigene Volk unter dem Stiefel hält. Dies ist ein nahezu makelloser und zugleich makabrer Triumph des Zusammenhangs von Vorbereitung des ganz großen Krieges, in dem wir hier die ersten Opfer sein werden, Experimentalkrieg in der Dritten Welt und Abhängighaltung eines Landes der Dritten Welt zugleich.

[115] Völlig zu Recht hat die Krefelder Initiative in einer Erklärung vom 29. Juli dieses Jahres darauf hingewiesen, daß die Legende, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung dienten der Kriegsverhütung, durch den Falklandkrieg, die israelische Aggression gegen den Libanon und den irakisch-iranischen Krieg ad absurdum geführt wurde.

Produzierte Waffen werden nicht für den Tag X einfach gehortet und weggeworfen, wenn sie auch durch einen neuen Waffentyp überholt sind. Sie werden auch vor dem großen Tag X an einem kleinen Tag X eingesetzt – gegen Völker der Dritten Welt. Wir wissen, daß in den 37 Jahren seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges viele Millionen Menschen in militärischen Konflikten umgekommen sind. Sie fielen zumeist in der Dritten Welt.

Diese Tragik kann beendet werden: einerseits durch die Selbstbefreiung der Länder der Dritten Welt, anderseits dadurch, daß wir hier in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten den Herrschenden, den Atomkriegsplanern und Aufrüstungsapologeten den Weg versperren.

Wir haben uns heute hier versammelt, um des Selbstbefreiungsversuches des chilenischen Volkes zu gedenken, der vor neun Jahren im Blut erstickt wurde. Die chilenische Revolution war nach dem Sieg der kubanischen Revolution und vor dem Aufstand in Nicaragua und El Salvador der zweite große Versuch einer Selbstbefreiung im sogenannten Hinterhof der USA. Sein Scheitern hat dazu geführt, daß Chile in vielfältiger Hinsicht wieder zum Objekt imperialistischer Politiker gemacht wurde: ökonomisch und militärisch. Seit einigen Jahren wird wirtschaftspolitisch in Chile der Monetarismus nach der Lehre Milton Friedmans praktiziert – eine brutale Manchesterwirtschaft, die auf jede Sozialpolitik verzichtet und das Faustrecht des ökonomisch Stärkeren zum alleinigen Prinzip erklärt. Chile ist so zum Versuchsfeld einer Wirtschaftsmethode gemacht worden, die erst danach in Großbritannien durch Margret Thatcher und in den USA durch Reagan praktiziert wurde. Sie setzt sich seit mehreren Jahren schrittweise auch bei uns durch und droht, nach der von so vielen Seiten geforderten konservativen „Wende“ das dominierende ökonomische Prinzip auch in der Bundesrepublik zu werden. Diese Politik hat in Chile Hunger und frühzeitigen Tod maßlos vermehrt. Sie hat Verelendung und Arbeitslosigkeit in den USA und Großbritannien in die Höhe getrieben. Sie würde das Ende aller sozialstaatlichen Ansätze hierzulande bringen. Auch hier sehen wir eine Interessenidentität zwischen den unterworfenen Völkern der Dritten Welt und den keineswegs im umfassenden Sinn freien Völkern in den hochentwickelten Staaten. Sie haben einen gemeinsamen Gegner, der seine Ausbeutungsinstrumente häufig erst in der Dritten Welt ausprobiert, bevor er sie in modifizierter Form bei uns anwendet.

Auch militärisch besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Politik der hochentwickelten kapitalistischen Länder und der Lage in Chile. Es war das chilenische Militär, welches im [116] September 1973 Salvador Allende stürzte und das Land wieder ausländischen Nutznießern, etwa der ITT, überantwortete.

Diesem Militär sollen nun U-Boote aus der Bundesrepublik geliefert werden. Wir können sicher sein, daß diese U-Boote militärtechnisch das Feinste vom Feinsten darstellen, daß sie den Produzenten Riesenprofite abwerfen, die von den Ärmsten Chiles letztlich bezahlt werden. Es ist Sozialprodukt der Dritten Welt, das für diese Waffen aufgebracht wird. Es fließt aus Chile in die Bundesrepublik und stärkt hier jene Industrie, die den Krieg vorbereitet und als hochautomatisierter Sektor am laufenden Band Arbeitsplätze wegrationalisiert. Diese Rationalisierungskosten werden nicht nur durch Steuergeschenke der Bundesregierung, sondern auch durch die aus Chile herausgezogenen Profite finanziert. Und diese Waffen werden einem Regime zur Verfügung gestellt, das seine Waffen vor neun Jahren gegen das eigene Volk führte und heute noch führt! Deshalb ist es eine Aufgabe der Friedensbewegung in unserem Land, diesen Export zu verhindern. Werden diese U-Boote jemals eingesetzt, dann wird wieder einmal ein Volk der Dritten Welt zum Versuchskaninchen einer Militärtechnik gemacht, die im ganz großen Krieg bei uns hier eingesetzt werden soll. Wir kennen dies aus den zahlreichen Vor-Kriegen und Vor-Krisen, die sowohl dem Ersten Weltkrieg 1914 als auch dem Zweiten Weltkrieg 1939 vorausgingen: Marokko, Balkan, die Niederschlagung des sogenannten Boxeraufstandes in China, Spanien, Tschechoslowakei.

Wir hören gerade in diesen Tagen, daß der Widerstand in Chile wächst und militante Formen annimmt. Selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die derlei in der Regel totschweigt, zeigt sich darüber öffentlich beunruhigt. Wir können nach alledem, was ich hier zu entwickeln versucht habe, sicher sein, daß dieser neue Versuch einer Selbstbefreiung in Chile auch ein Stück unserer eigenen Befreiung sein wird, den zu unterstützen deshalb in unserem eigensten Interesse liegt.

Liebe Freunde, ich möchte zum Schluß auf meine Eingangsthese zurückkommen: die demokratische Bewegung unserer Tage zeichnet sich durch die Fülle autonomer Einzelbewegungen aus, die auf ihre Spezifik zu Recht großen Wert legen. Das soll auch nicht angetastet werden. Diese Vielfalt stärkt die Gesamtheit der Bewegung, so lange ihre Einzelteile sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Arbeitsplätze kontra Umwelt, Interessenvertretung ausländischer Arbeiter kontra Interessenvertretung deutscher Arbeiter, Frauenbewegung kontra andere Einzelbewegungen. Die Solidaritätsbewegung für die unterdrückten Völker und die Friedensbewegung hierzulande sind autonom, voneinander unabhängig, aber ihren Inhalten nach aufeinander bezogen.

[117] Wir haben gesehen und sehen täglich, wie hierzulande die Hochrüstung der sozialen Gerechtigkeit im Wege steht, wie unser künftiger Friede andererseits abhängig ist von der Realisierung der Rechte der unterdrückten Völker der Dritten Welt.

Beide, soziale Gerechtigkeit und Frieden, können nicht voneinander isoliert werden. Man muß, wie die Inti Ilimani, die morgen am Jahrestag des Putsches der Generale gegen das chilenische Volk am größten Friedensfestival in unserem Lande „Künstler für den Frieden“ teilnehmen, sagen: „Man muß den Frieden hartnäckig durch das Auge der Gerechtigkeit betrachten – Hay que mirar la paz por fiadamente a traves del ojo de la justiticia.“

Gegen die Rechtskoalition

Kundgebung am 30.9.1982

Zum zweiten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik wird morgen die CDU/CSU, diesmal im Verein mit Teilen der FDP-Bundestagsfraktion, über ein Mißtrauensvotum nach der Regierungsmacht greifen.

Dieser Fall hat viele Aspekte, innenpolitische und außenpolitische. Die Redner dieser Kundgebung werden nach mir darauf eingehen. Ich aber spreche hier für das Marburger Forum, das sich nach wie vor als Ausdruck einer Ein-Punkt-Bewegung versteht, bezogen auf einen einzigen, aber großen Zweck: die Sicherung des Friedens.

Unsere Hauptaufgabe sehen wir seit unserer Gründung im Jahre 1981 darin, dabei mitzuhelfen, daß die Stationierung von Marschflugkörpern und Mittelstreckenraketen in unserem Land unterbleibt. Dieser eine Zweck ist die Basis unserer Zusammenarbeit. Daraus folgt für die heutige Kundgebung und für die Initiative Marburger Forum folgendes:

Erstens: Die Beschränkung unserer Arbeit auf den Kampf gegen die sogenannte Nachrüstung bedeutet, daß wir allen Menschen offenstehen, die dieses Ziel ebenfalls verfolgen, mögen sie auf anderen Gebieten, etwa innenpolitischen und bildungspolitischen, eher mit den Zielen der CDU/CSU oder der FDP-Führung sympathisieren. Eine solche Kombination mag unwahrscheinlich und zur Zeit noch selten sein, aber sie ist nicht ausgeschlossen, und es muß unser Ziel sein, bis weit ins konservative Lager hinein, das sich durch den morgen geplanten Wechsel vielleicht bestätigt fühlt, Gegner des NATO-Aufrüstungs-Beschlusses zu gewinnen oder gar durch unsere Argumente solche Rüstungsgegner erst aus ihnen zu machen. Und [118] ebenso würden wir uns freuen, wenn manche von denen, die heute für die Regierung Schmidt gegen die Regierung Kohl eintreten, am NATO-Beschluß aber noch keinen Anstoß genommen haben, bald unsere Mitstreiter auch in diesem Punkt würden.

Zweitens: Wer gegen den NATO-Aufrüstungs-Beschluß vom Dezember 1979 kämpft, weiß, daß er gerade in diesem Punkt nicht in Übereinstimmung mit der noch amtierenden Bundesregierung und dem Kanzler Helmut Schmidt steht. Wir wissen, daß Helmut Schmidt die Stationierung von Mittelstreckenraketen unter bestimmten Voraussetzungen im Oktober 1977 gefordert hat, und er hat in der hessischen Wahlzeitung seiner Partei am 26. September diese seine Haltung noch einmal explizit vertreten.

Drittens: Gegen den NATO-Beschluß zu kämpfen, heißt aber auch, sich nicht auf die ständige Deklamation dieser grundsätzlichen Ablehnung, die für uns nun wahrlich in keiner Weise modifizierbar oder verhandelbar ist, zu beschränken. Wir haben auch auf die Veränderungen des Kräfteverhältnisses in unserem Land zu achten und ständig gewärtig zu sein, wie sie günstiger oder ungünstiger sich für unser großes und so notwendiges Ziel gestalten. Und als Ergebnis dieser Prüfung ergibt sich, daß durch die von Teilen der CDU/CSU und Teilen der FDP-Spitze geplante Regierungsübertragung an Kohl und Zimmermann, im Hintergrund Strauß, der Friede nicht sicherer, sondern unsicherer werden wird. Unter diesem wichtigsten, uns als Initiative Marburger Forum allein berührenden Aspekt können wir deshalb dazu nicht schweigen. Dies ist der Grund, weshalb wir zu dieser Kundgebung aufgerufen und uns als Plattform für diejenigen zur Verfügung gestellt haben, die nun im Folgenden unter vielfältigen, auch innenpolitischen Aspekten ihren Protest zum Ausdruck bringen werden. Ich darf sie vorstellen: Heidi Freitag, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Karl-Heinz Schmidt, Frank Schwalba-Hoth, Heino Wolf.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, seit dem 17. September richtet sich der größte Teil der politischen Aufmerksamkeit in unserem Land auf das parlamentarische Geschehen, die Koalitionskombination in Bonn, auch auf die Wahl in Hessen und ihre Konsequenzen. Das ist unvermeidlich und der Bedeutung dieser Vorgänge an einem Schnittpunkt unserer nationalen Geschichte angemessen. Wahr ist aber auch, daß die Entscheidungen, die dort gefallen sind und morgen noch fallen, uns weitgehend zu ihrem Objekt zu machen drohen – mit Ausnahme der Wahl in Hessen, wo wir unsere Meinung sagen konnten und sie nun wahrlich deutlich genug gesagt haben. Wenn ich nun sage, daß

das Leben und der Kampf und unsere Perspektive nach dem morgigen Tag weitergehen werden, so soll das kein billiger Trost sein, sondern uns an unsere wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit erinnern: den Kampf gegen den NATO-Aufrüstungsbeschluß fortzusetzen und zu intensivieren, unter schweren Bedingungen, die noch größere Aktivitäten von uns erfordern. Lassen Sie uns in der Gemeinsamkeit, die uns heute zusammengeführt hat, nach diesem 1. Oktober weiterkämpfen!

[119] Die Opposition gegen die Regierung Kohl/Zimmermann/Genscher muß immer auch zugleich ein Kampf gegen die Rüstungspolitik sein. Bitte nehmen Sie an diesem Kampf teil! Bitte beteiligen Sie sich am Kampf der Friedensbewegung!

In diesem Sinne schließe ich diese Kundgebung mit dem Abschlußappell der Bochumer Großveranstaltung „Künstler für den Frieden“, an der 200.000 Bürger unseres Landes teilgenommen haben. Es heißt dort: *„Nur wenige Monate bleiben uns noch, das Unheil zu verhindern, das mit neuen Mittelstreckenraketen der USA unwiderruflich in unser Land kommen würde. Laßt uns darum alles tun, um noch viel mehr Mitbürger von der Wichtigkeit unseres Kampfes gegen diese Waffen zu überzeugen*! *Unterstützen wir die vielfältigen Aktionen der Friedensbewegung für Abrüstung in Ost und West*! *Bis zum Antikriegstag 1983 müssen wir gemeinsam erreichen, daß der Krefelder Appell mit Millionen neuer Unterschriften unüberhörbar wird als Abstimmung des Volkes gegen den Krieg und für das Überleben. Die Zeit drängt. Wehrt Euch!“*

Kirche, Krieg und Frieden

Einladung des Evangelischen Dekanats am 2. November 1982 in die Stadthalle Homberg

Kirche, Krieg und Frieden – hätte ich mir vorgenommen, das Thema in der vollen Breite, die durch diese drei Begriffe benannt ist, abzuschreiten, hätte ich kapitulieren müssen. Ich kann deshalb nur wagen, hier vor Ihnen zu diesem Thema zu sprechen, indem ich Erwartungen, die an mich gestellt werden, reduziere.

Ich spreche zu Ihnen als ein Mitglied der Friedensbewegung, als Sprecher des Marburger Forum *„Keine neuen Atomraketen in Europa“*, in dem sich Bürger verschiedener politischer und weltanschaulicher Standorte zusammengefunden haben, darunter Christen.

Wir konzentrieren unsere Bemühungen darauf, dazu beizutragen, daß keine neue Atomraketen, keine Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II und keine Marschflugkörper, Cruise Missiles, in der Bundesrepublik stationiert werden.

Damit komme ich aber schon zur ersten These meines Vortrags heute abend. Sie lautet: Die Frage von Krieg und Frieden, so weit gespannt sie insgesamt ist, konzentriert sich gegenwärtig auf einen Punkt von äußerster Dringlichkeit: nämlich um die Frage der Stationierung dieser Raketen.

[120] Die große Frage von Krieg und Frieden enthält weiter Aspekte, die in der Problematik der Stationierung dieser Waffen nicht enthalten sind. Zum Beispiel: das tägliche Sterben in der Dritten Welt, bedingt dadurch, daß die hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten einen großen Teil ihres Reichtums in die Rüstung stecken und nicht in die Entwicklungshilfe. Oder: die Perspektive einer universellen Abrüstung. Oder: die Perspektive einer Auflösung der Militärblöcke und der Schaffung von atomwaffenfreien Zonen.

Alles dies sind wichtige, eines Tages unsere Zukunft entscheidende Fragen. Ich behaupte aber, daß wir diese Fragen nur lösen können, wenn wir den allerersten Stein beiseite räumen, der uns sehr aktuell von einer sinnvollen Zukunftsbewältigung trennt.

Dieser Stein des Anstoßes ist die Gefahr, daß ab 1983/84 hier in Mitteleuropa, besonders in der Bundesrepublik, Waffen eines neuen Typs stationiert werden sollen, die entweder einen sowjetischen Präventivschlag mit Atomwaffen herausfordern oder in der Steigerung einer sogenannten konventionellen militärischen Auseinandersetzung eingesetzt werden können, die aber in beiden Fällen unseren sicheren Untergang bedeuten können.

Es kann nun die Frage gestellt werden, welches besondere Verhältnis Christen zu diesem Thema haben. Es scheint mir, als ob viele Christen diese Frage bereits beantwortet hätten durch ihr Engagement in der Friedensbewegung. Die Zeiten, in denen die Kirche in Deutschland Waffen segnete, sind ebenso vorbei wie jene Jahre in der Anfangszeit unserer Republik, in denen Aufrüstung der Bundesrepublik als Gegenstand christlicher Politik dargestellt wurde.

Martin Niemöller hat einer solchen Vereinnahmung des christlichen Glaubens für Rüstung bereits 1950 in seinem offenen Brief an Konrad Adenauer hart widersprochen.

Allenfalls könnte gefragt werden, ob Christen sich in der Frage von Krieg und Frieden in ihrer konkreten gegenwärtigen Ausprägung, nämlich in der Frage der Stationierung von Mittelstreckenraketen, wirklich aus ihrem Glauben heraus eindeutig verhalten müssen, ob also, um eine gegenwärtig aktuelle, innerkirchliche Frage aufzugreifen, das Nein zur Nachrüstung den status confessionis berührt oder ob man nach wie vor meint, Friedenssicherung sei sowohl mit als auch ohne Waffen möglich.

Diese Frage kann ich selbstverständlich nicht für Sie entscheiden. Meine Aufgabe sehe ich lediglich darin, Ihnen Informationen zu vermitteln, die es Ihnen vielleicht erleichtern können, Ihre eigene Entscheidung, die Ihre eigene notwendig bleiben muß, argumentativ zu erleichtern.

[121] Es geht heute abend also hier um Marschflugkörper und Mittelstreckenraketen, um nichts anderes. Was ist das? Am Anfang stand eine Entscheidung des Nato-Rats am 12. Dezember 1979. Sie lautet in Kurzform: um einer sowjetischen Überlegenheit im Bereich der Mittelstreckenraketen, dar-

gestellt durch die SS-20, zu begegnen, müsse der Westen auf dem gleichen Gebiet nachrüsten. Die Mittel hierzu seien: Mittelstreckenraketen der USA vom Typ Pershing II und Marschflugkörper. Nur so könne das Gleichgewicht gewahrt und damit der Frieden gesichert werden.

Meine These hierzu lautet: Dieser Beschluß der NATO dient nicht der Balancierung des Stärkeverhältnisses zwischen Ost und West. Er verletzt das Gleichgewicht und beschwört damit akute Kriegsgefahr herauf. Wer den Frieden bewahren will, muß dafür eintreten, daß dieser Beschluß nicht durchgeführt wird. Dies ist auch die Forderung des Krefelder Appells, u. a. unterzeichnet von Martin Niemöller, an die Bundesregierung vom November 1980. Er fordert die Bundesregierung auf, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen“.

Diese meine These, welche – ich gestehe es offen – für mich in einer praktischen Nutzanwendung auf den Krefelder Appell hinausläuft, möchte ich im folgenden belegen.

Zunächst ist die Frage zu stellen: Was sind dies für Waffen, diese Pershing II und diese Marschflugkörper Cruise Missiles? Pershing II ist eine Rakete mit Atomsprengkopf, die innerhalb von 5–7 Minuten im westlichen Teil der UdSSR bis knapp vor Moskau eintreffen kann. Die Flugzeit ist so knapp, daß, ist diese Waffe erst einmal ausgelöst, eine vorherige Warnung nicht möglich ist. Cruise Missiles sind elektronisch gesteuerte Flugkörper mit Atomsprengkopf, die ihr Ziel selbständig anpeilen können und so niedrig fliegen, daß sie von Radar nicht erfaßt werden. Sie sind langsamer als die Pershing II, aber sie können nicht abgewehrt werden.

Beide Waffentypen sind, wie die Militärtechniker sagen, punktgenau, d. h. sie treffen ihr Ziel mit einer Sicherheit von maximal 30 Metern. Die UdSSR konnte solche Waffen bis heute nicht entwickeln. Die NATO argumentiert, solche Waffen seien ein Gegengewicht gegen die sowjetische Mittelstreckenrakete SS-20.

Ich habe keinerlei Interesse daran, mich hier zum Anwalt sowjetischer Militärpolitik zu machen. In Übereinstimmung mit militärischen Sachkennern wie etwa dem ehemaligen Bundeswehrgeneral Gert Bastian, aber nicht nur mit ihm, möchte ich nur soviel sagen: selbst wenn SS-20 einen Rüstungsvorsprung der UdSSR bedeuten würde, so würden Pershing II und Marschflugkörper diesen Vorsprung nicht etwa egalisieren, sondern einen solchen etwaigen Vorsprung des Ostens durch einen anderen Vorsprung des Westens ablösen.

[122] Jeder Rüstungsvorsprung einer Seite wird aber, solange das Wettrüsten besteht, die andere Seite veranlassen, ihn aufzuholen. Ist er aber nicht aufzuholen, bleibt also die Überlegenheit einer Seite bestehen, dann entsteht Kriegsgefahr.

Konkret auf unsere Situation bezogen heißt das: wenn der Westen über Waffen verfügt, die die Sowjetunion punktgenau treffen und ihre militärische und wirtschaftliche Infrastruktur nachhaltig zerstören können, ohne daß der Osten sich dagegen wehren kann, dann wird der Osten versuchen, eine Gegenstrategie dazu zu entwickeln.

Niemand kann heute sagen, wie diese aussehen wird, niemand auch, ob das Mittel, das der Osten finden wird, die Überlegenheit des Westens, welche nach der Stationierung bestehen wird, nur balanciert.

Was aber, so ist weiter zu fragen, wird geschehen, wenn die UdSSR keine neue Militärtechnologie entwickeln kann, die den Vorsprung der USA durch Cruise Missiles und Pershing II balanciert? Die fürchterliche Antwort lautet: es kann nicht ausgeschlossen werden, daß in einem Spannungsfall die UdSSR dann einen Präventivschlag mit ihren eigenen Raketen auslöst, um Pershing II und Cruise Missiles auszuschalten.

Ausschaltung dieser beiden Atomwaffen an ihren Standorten aber heißt Tötung der Menschen, die um ihre Standorte herum wohnen; das aber bedeutet heute: atomarer Untergang Europas.

Ich komme also zu dem Ergebnis: Selbst wenn diese neuen Waffen dazu dienen sollten, ein bislang bestehendes Übergewicht des Ostens auszugleichen, so wären sie kein geeignetes Mittel. Denn diese Verteidigung hätte mit einer ziemlich hohen Wahrscheinlichkeit unseren Untergang zur Folge.

Hinzu kommt ein weiteres Moment. Bisher bin ich davon ausgegangen, daß die Pershing II und die Cruise Missiles installiert werden sollen, um ein sowjetisches Übergewicht auszugleichen.

Nun ist aber sehr fraglich und wird von etlichen militärischen Fachleuten bestritten, ob eine solche Überlegenheit überhaupt besteht so lange, wie es den Ost-West-Gegensatz gibt. Sie trägt einen Widerspruch in sich selbst: Mehrmals hat der Westen behauptet, er müsse aufrüsten, weil er sonst einem sowjetischen Angriff wehrlos ausgesetzt sei, und dieser Ausgleich sei mit großer Anstrengung nur nach Jahren erreichbar. Dabei wurde immer wieder unterstellt, daß die UdSSR aggressive Absichten hege.

[123] Beide Aussagen zusammengenommen: Überlegenheit der aggressiven UdSSR und Möglichkeit des Ausgleiches dieser Überlegenheit erst nach Jahren hätten eigentlich zwingend zu dem Schluß führen müssen, daß die aggressive UdSSR diese Spanne ihrer Überlegenheit zum Angriff nutzt, was bislang niemals geschehen ist. Dies gilt zumindest für Mitteleuropa.

Ein Gegenargument könnte die Intervention in Afghanistan sein. Meiner Meinung nach ist sie zwar ebenfalls kein Gegenargument, ich schlage aber vor, dieses Problem nachher in der Diskussion zu behandeln.

Meine Damen und Herren, diese eher abstrakte Deduktion, welche ich hier wählte, mag vielleicht zu abstrakt sein. Deshalb ist hier die Frage zu prüfen, wie es mit der These stehe, daß in der gegenwärtigen Situation die UdSSR auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen so überlegen sei, daß ein Mittel dagegen gefunden werden müsse. Ich lasse mich auf diese Argumentation im folgenden ein, möchte aber zwei Vorbemerkungen machen:

Erstens: selbst wenn eine solche gegenwärtige Überlegenheit der UdSSR auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen bestünde, die durch Gegenmaßnahmen beantwortet werden müsse, so glaube ich vorhin Argumente dafür genannt zu haben, weshalb die Antwort, die die NATO gibt, nicht geeignet ist, denn sie produziert nicht Balance, sondern eine neue eigene Überlegenheit mit allen damit verbundenen Gefahren. Sie verletzt insbesondere ein strategisches Konzept, das seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre zwischen Ost und West als gemeinsame Sicherheitsgrundlage galt, nämlich: das Gleichgewicht des Schreckens oder auch die Gewißheit des sicheren Untergangs jedes Aggressors durch die Fähigkeit des Angegriffenen zum Zweitschlag.

Zweitens: ich selbst bin kein Anhänger des Gleichgewichts des Schreckens. Dieses Gleichgewicht des Schreckens ist in der Vergangenheit nur immer wieder durch eine Art Spirale realisiert worden, in der zeitweilig Überlegenheiten in jeder Phase einer solchen zeitweiligen Überlegenheit bestand.

Wir müssen also herunterkommen von einer Methode der Kriegsverhütung, die auf dem Gleichgewicht des Schreckens beruht, denn dieses Gleichgewicht bestand in der Vergangenheit immer wieder aus einer Seite der Ungleichgewichte.

In Klammern füge ich als Teil dieser zweiten Vorbemerkung noch hinzu, daß seit der Erfindung der Atombombe – und daran besteht für mich nicht der geringste Zweifel – es der Westen gewesen ist, der immer wieder einen Rüstungsvorsprung erreichte: erst durch die Atombombe, dann durch die Wasserstoffbombe, danach durch die Existenz einer Fernbomberflotte Erst in der zweiten Hälfte der 50er Jahre stellte sich eine Art Patt ein.

[124] Als Menschen des Westens sind wir stolz auf die Innovationsmöglichkeiten, die unsere Gesellschaft gerade auf technologischem Gebiet immer wieder gefunden hat. Dieser Stolz ist in vieler Hinsicht berechtigt: von modernsten Medikamenten bis hin zur modernsten Elektronik ist es immer der westlich-kapitalistische Kulturkreis gewesen, der technologische Innovationen voranbrachte, die oft vom Osten nur kopiert werden konnten. Diesem technologischen Plus steht die Tatsache gegenüber, daß es unser Kulturkreis ebenfalls gewesen ist, der immer der erste gewesen ist, welcher die fürchterlichsten Waffen erfand und in Hiroshima und Nagasaki auch anwandte.

Nun zurück zu meiner These, die Pershing II und Marschflugkörper stellten ein durch die SS-20 verletztes Gleichgewicht wieder her.

Dieser These wird von Kennern widersprochen, die, und hier darf ich wieder Gert Bastian heranziehen, der Ansicht sind, daß SS-20 Teil eines fürchterlichen innereuropäischen Gleichgewichts auf

atomaren Gebiet sind, das dann als bestehend angenommen werden muß, wenn man die britischen und französischen Nuklearwaffen mitrechnet.

Wie gesagt: dieses Gleichgewicht ist fürchterlich und muß beseitigt werden, aber nicht durch ein neues Ungleichgewicht, sondern durch Rüstungsreduzierung, Rüstungskontrolle, kooperative Rüstungssteuerung, mit einem Wort: durch Abrüstung.

An dieser Stelle wird oft ins Spiel gebracht, daß eine sogenannte konventionelle Überlegenheit der UdSSR bestehe. Seit dem Malvinen- oder Falklandkrieg und seit dem Libanonkrieg ist diese These allerdings vielfach bestritten worden, zuletzt durch eine Studie eines Bundeswehrgenerals im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung.

Es scheint, als seien modernste Steuerungstechniken auf elektronischem Gebiet imstande, etwa sowjetische Überlegenheiten auf dem Gebiet der Panzerwaffen zu brechen. Indem ich dies sage, möchte ich mich von einem solchen Argument auch schon wieder distanzieren. Ich bewege mich, indem ich es anwende, im Kontext eines Gleichgewichtsdenkens, das letztlich nur noch in Vernichtungskapazitäten argumentiert. Ich habe mich für einen Moment in diese unwürdige Rolle begeben, weil selbst dann, wenn man sie annimmt, offensichtlich auch immanent nichts für die These von einer sowjetischen Überlegenheit spricht.

Und selbst wenn! Auch wenn wir es mit einer sowjetischen Überlegenheit in Mittel-Europa auf konventionellem Gebiet zu tun hätten, wäre jedes Gegenkonzept, dessen letztes Wort in der Herstellung eigener militärischer Überlegenheit des Westens besteht: sprich: Cruise Missiles und Pershing II, von Übel!

[125] Nicht weil ich westlichen Staatsmännern und -frauen unterstellen würde, sie würden jemals solche Überlegenheit zum Angriff nutzen, sondern weil selbst ein defensives Reservat einer solchen Überlegenheit die andere Seite zu präventiven Reaktionen treiben könnte.

Wir alle, meine Damen und Herren, mögen von den friedlichen Absichten westlicher Politik überzeugt sein oder nicht. Diese Überzeugung hilft uns wenig, solange die UdSSR und die sozialistischen Länder Anlaß zu haben glauben, diese friedlichen Absichten nicht immer bei uns voraussetzen zu können.

Vergessen wir nie, daß das uns oft so grotesk erscheinende Sicherheitsdenken der UdSSR offensichtlich seine historische Wurzel hat in lebensbedrohenden Situationen, deren fürchterlichste der Überfall der Hitlerarmeen auf die Sowjetunion gewesen ist.

Jede Abwehr einer Überlegenheit, die in eigene Überlegenheit mündet, scheint mir die Kriegsgefahr zu vergrößern. Dies gilt auch für das Argument, daß die Neutronenwaffe als Panzerabwehrwaffe eine sowjetische Panzerüberlegenheit stoppen könne. Es ist von vielen militärischen Kennern, darunter Wolf Graf Baudissin, der andererseits zu den Befürwortern der sog. „Nachrüstung“ gehört, darauf hingewiesen worden, daß eine solche Waffe, wie defensiv sie auch gemeint sei, ebenso offensiv verwandt werden kann und damit auch ein Instrument der Überlegenheit und damit der Kriegsdrohung enthalten könnte.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle abbrechen, weil ich fürchte, solange ich mich immanent in solchen Überlegungen bewege, mein menschliches Antlitz zu verlieren. Ich habe mich auf die Argumentation eingelassen, die vom Gleichgewicht des Schreckens ausgeht, und dabei feststellen müssen, daß alle Antworten, die der Westen bisher gefunden hat, ein solches Gleichgewicht des Schreckens herzustellen, als allerletzte Antwort solche Dinge wie Pershing II und Cruise Missiles nach sich ziehen – oder Neutronenwaffen. Sie alle bedeuten Kriegsgefahr.

Das beweist mir, daß das Gleichgewicht des Schreckens überhaupt keine Basis für Friedenssicherung ist. Es scheint, als könne Friedenssicherung nur durch Mittel gefunden werden, die sich jenseits militärtechnologischer Erwägungen befinden.

Allerdings hat es auch schon Wissenschaftler gegeben, die wie Horst Afheldt oder Alfred Mechtersheimer Konzepte sogenannter konventioneller Verteidigung entworfen haben, die davon ausgehen, man könne sich verteidigen, ohne Atomwaffen und Panzer zu benötigen. Dies sind sehr interessante

Ansätze, die vielleicht weiterführen, ich möchte hier aber sagen, daß ein endgültiger Weg der Friedenssicherung nur gefunden werden kann auf einer neuen moralischen Basis.

[126] Von vielen, etwa Walter Jens, ist einseitige Abrüstung gefordert worden. Ich glaube gezeigt zu haben, daß Verzicht auf Cruise Missiles und Pershing II keine einseitige Abrüstung wäre, sondern Verzicht auf Überlegenheit.

Dennoch finde ich, daß wir diese fundamentalen Impulse der Friedfertigkeit brauchen, die aus solchen Formeln spricht. Auch aus der Formel: *Frieden schaffen ohne Waffen*, wenn wir hier überleben wollen.

Es mag sein, daß hier wieder ein Punkt gefunden werden kann, an dem Aussagen des christlichen Glaubens weiter helfen können als noch so redliche Rationalität auf dem Gebiet der Überlegungen über Gleichgewicht. Doch ich habe Ihnen am Anfang meiner Überlegungen auch versprochen, daß ich dieses Feld der Folgerungen, das Ihnen selbst ganz persönlich zusteht, soweit Sie Christen sind, nicht berühren will.

Demokratische Leistungsschule zwischen Utopie und Wirklichkeit

Beitrag zur Lehrerfortbildung (1982)

Die Schwierigkeiten, Probleme, Enttäuschungen, unerfüllten Ansprüche des Lehrers dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir Verantwortung tragen müssen, konsequente Verantwortung für den Adressaten des organisierten Lernprozesses, den Schüler.

Es ist gut, wenn wir dabei die Ansprüche zunächst an uns selber stellen, auch wenn sie oft in der Wirklichkeit – wie könnte es anders sein, wenn wir wirklich anspruchsvoll mit uns selber umgehen – unerfüllt bleiben.

Wir brauchen Optimismus. Wir brauchen die Utopie einer Gesellschaft freier und mündiger Bürger. Die Demokratie, wenn sie wirklich mehr sein will als die Variante einer formal legitimierten politischen Herrschaft, setzt diese Utopie voraus. Sie legt uns auf, den Widerspruch zwischen dem Sein und dem Sollen zugunsten des Sollens letztendlich aufzuheben.

Wer für diese Verantwortung einsteht, muß gegen einen mächtigen Strom schwimmen. Die Hoffnungen auf Veränderungen, auf ein besseres menschliches Leben, auf eine humane Kultur und demokratische Bildung sind nicht verschwunden. Verschwunden sind die Illusionen darüber, daß dieser alltägliche Kampf ein Spaziergang sei.

[127] Wer kämpft, braucht Ausdauer und einen weiten Blick. Wir als engagierte Lehrer haben erfahren, wie wichtig es ist, realistisch denken und handeln zu lernen.

Gestatten Sie mir den pathetischen Satz, pathetisch, weil er vom Leiden zeugt, das sich nicht unterkriegen läßt, daß wir als Menschen, die zugleich vom Beruf Lehrer sind, unsere eigentliche Würde erst bekommen, wenn und weil wir in mühsamen und schmerzhaften Prozessen uns Wirklichkeit aneignen und sie im Sinne von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu gestalten suchen. Resignation und Anpassung machen uns keinen Deut würdiger.

Nur wenn wir uns ständig als Lernende begreifen, können wir für andere immer wieder aufs neue Lehrende werden.

Zum Zusammenhang von Krieg und Faschismus

Begrüßung bei der Veranstaltung mit Reinhard Opitz am 8. Februar 1983

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, zu unserer großen demokratischen Friedensbewegung sind viele Menschen gestoßen, die Angst davor haben, sich an einem Krieg, der atomaren Vernichtung der Menschheit, schuldig zu machen und die wie Matthias Claudius 1779 sagen: „’s ist Krieg, ’s ist Krieg, und ich begehre nicht schuld daran zu sein.“

Dieses humanistische Motiv für den Anschluß an die Friedensbewegung bleibt auch dann unverzichtbar und überlebensnotwendig, wenn wir in der Friedensbewegung gelernt haben, daß es neben dem Gewissen auch auf Wissen ankommt, daß wir danach fragen müssen, wozu Kriege da sind.

Im letzten Jahr stand auf Platz 1 der Hitparade Udo Lindenbergs Lied „Wozu sind Kriege da?“, womit sich einmal mehr bestätigte, daß sich u. a. auch im Schlager geschichtsmächtige Bewegungen und Ideologien widerspiegeln. Das drängende Fragen in Udo Lindenbergs Lied, so sehr es und sein Platz in der Hitliste die gewachsene Kraft der Friedensbewegung andeutet: es reicht nicht aus; wir müssen auch nach Antworten, gesicherten, überprüften und überprüfbaren Antworten, anstrengenden und schmerzhaften Antworten suchen auf die Frage, wozu Kriege da sind.

[128] 50 Jahre nach der Machteinsetzung des Faschismus in Deutschland, der von allem Anfang an, nicht erst seit 1933, nein, seit seinem Entstehen den Krieg zum Programm erhob, nachdem der erste Versuch der Neuaufteilung der Welt innerhalb der imperialistischen Großmächte gescheitert war, 50 Jahre nach dem 30. Januar 1933 ist es noch früh genug, die Frage nach dem Zusammenhang von Krieg und Faschismus zu stellen, zu fragen, wer Kriege macht, wer an ihnen interessiert ist und wer die Kriege erleiden soll und wer sie verhindern kann. 50 Jahre nach dem Beginn der offenen terroristischen Diktatur, die Unterdrückung, Verfolgung und Krieg zu ihrem Interesse erklärte, ist es nicht zu spät, zu begreifen, wie es dazu kommen konnte, wer ein Interesse daran hatte.

Als Lehrer bin ich darum bemüht, jenes Begreifen zu fördern, das Eingreifen im Sinne von Frieden, Demokratie und gesellschaftlichem Fortschritt ermöglicht. Als Friedensbewegung sind wir noch mehr auf diesen Zusammenhang angewiesen. Denn wie sollten wir sinnvoll und gemeinsam handeln können mit Aussicht auf Erfolg, wenn wir nicht begreifen, woher die akute Kriegsgefahr kommt?

50 Jahre nach dem 30. Januar 1933 reicht es wohl auch nicht aus, Entspannung und Frieden für Europa zu fordern, so unermüdlich dies auch von uns immer wieder gefordert wird, wenn wir nicht begreifen, wer denn gegen Entspannung und Frieden ist und aus welchen Gründen, wenn wir nicht begreifen, auch in all jenen unsere Bundesgenossen zu sehen, die wir für unseren gemeinsamen Kampf gewinnen müssen, die aus welchen ansonsten uns entgegenstehenden Interessen auch immer jedenfalls nicht an Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen interessiert sind.

Als Lehrer weiß ich sehr wohl, wie schwierig, wie anstrengend es ist, sich diesem Prozeß des Begreifens auszusetzen, wie mühsam Lernschritte sein können, wie vergeblich auch der organisierte Lernprozeß sein kann. Als Lernender weiß ich aber auch, welch ein Vergnügen es ist, einen Lernzuwachs, wenn er wirklich ein Stück Aneignung der Wirklichkeit mit dem Ziel der fortschrittlichen Veränderung ist, zu vollziehen.

Ich fürchte, wir haben keine Wahl zwischen Anstrengung und Vergnügen. Entweder wir lernen uns gemeinsam gegen die Kriegsgefahr zu wehren und uns gegen die dahinterstehenden Interessen durchzusetzen oder sie zumindest zurückzudrängen – und das sind ebensowenig alle über 40, noch alle, die über gesellschaftliche und ökonomische Macht verfügen –, oder wir machen uns mitschuldig an der Vergrößerung der Gefahr, daß die Menschheit in der Barbarei untergeht.

Für den heutigen Abend verspreche ich Ihnen also beides: Anstrengung und Vergnügen bei unserem Werkstattgespräch mit Reinhard Opitz über den Zusammenhang von Krieg und [129] Faschismus. Ich verspreche Ihnen nicht „Das Argument“, aber Argumente, die ich Sie nachher in der Diskussion kritisch zu überprüfen bitte.

Den Frieden wählen – aber wen?

Eröffnung einer Podiumsdiskussion mit Bundestagskandidaten am 20. Februar 1983

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich begrüße Sie zu der heutigen Veranstaltung des Marburger Forum, die das Thema hat: „Am 6. März den Frieden wählen – aber wen?“

Zunächst möchte ich mich an diejenigen unter Ihnen wenden, die in einem besonderen Sinn unsere Gäste sind. Das sind neben den Vertretern der kandidierenden Parteien all diejenigen unter Ihnen, die noch nicht der Fördergemeinschaft Friedensarbeit Marburg angehören oder noch nicht in anderer Weise an den Bestrebungen der Initiative Marburger Forum teilgenommen haben.

Diese Veranstaltung soll auch dazu dienen, Ihnen das Marburger Forum vorzustellen und Sie, insbesondere meine Damen und Herren von den Parteien, einerseits mit unserer Arbeit vertraut zu machen, andererseits Ihre Antworten auf unsere Fragen zu hören.

Unsere Fragen sind die Fragen der Friedensbewegung. Diese Friedensbewegung ist seit dem verhängnisvollen Beschluß des NATO-Rates vom 12. Dezember 1979 sehr breit und sehr aktiv geworden, denn in ihr finden sich immer mehr Menschen, die sich durch die angekündigte Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper in Europa bedroht fühlen. In der Friedensbewegung haben sich all die versammelt, die keineswegs der Ansicht des parlamentarischen Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, sind, der meinte, die Gefahr eines Atomkrieges sei gleich Null.

Die Diskussion über Krieg und Frieden ist inzwischen in der Bundesrepublik massenhaft geworden. Diese Friedensbewegung ist nicht experten- und wissenschaftsfeindlich; zu ihr gehören z. B. solche Experten wie der ehemalige Bundeswehrgeneral Gert Bastian. Aber sie läßt sich auch nicht durch die Verteidigung einer herrschenden Politik allein deshalb imponieren, weil diese im Gewande eines angeblichen Expertenurteils daherkommt. Die Friedensbewegung ist eine wache Bewegung; sie läßt sich nicht durch pauschale Urteile wie das von Herrn Mertes beruhigen. Sie steht zu ihrer Angst. Die Friedensbewegung hat es gelernt, Worte sehr genau auf die Waagschale zu legen. Von einigen Worten hält sie [130] überhaupt nichts. Zum Beispiel nichts von den Wortattrappen „*Nachrüstung*“ und „*Doppelbeschluß*“. Der Begriff „*Nachrüstung*“ setzt voraus, daß gegenwärtig ein Waffenungleichgewicht in Europa herrsche. Dies hat uns bis heute noch niemand beweisen können. Ebenso kritisch stehen wir dem Begriff „*Doppelbeschluß*“ gegenüber. Wir sind der Meinung, daß es bis heute noch niemandem gelungen ist, die USA zu veranlassen, den Verhandlungsbeschluß von Brüssel aus dem Jahre 1979 in ein gleichgewichtiges Verhältnis zum Aufrüstungsbeschluß zu setzen.

Ich nehme an, meine Damen und Herren von den Parteien, Sie werden unsere Hellhörigkeit an diesem Abend zu spüren bekommen. Hellhörigkeit: Das ist nicht einfach Mißtrauen; das ist auch die Bereitschaft, neue Töne, Nuancen und Bewegungen wahrzunehmen. So haben wir durchaus gemerkt, daß die Haltung der SPD zu den uns interessierenden Fragen nach dem 1. Oktober 1982 nicht mehr exakt dieselbe ist wie vor dem 1. Oktober. Aber wir wissen und erkennen nicht, ob hier tatsächlich ein Wandel stattgefunden hat oder nicht. Wir freuen uns über alle, die sich unseren Positionen und unserer Angst anschließen. Aber wir erlauben uns auch die genaue Prüfung, ob man nur unsere Stimmen fangen will oder ob irgendwo ein Neubeginn gemacht wurde. Unsere Fragen werden insoweit hart sein, als wir nur eine Ablehnung des NATO-Beschlusses von 1979 oder die Zustimmung zu einem Moratorium als echtes Anzeichen der Partnerschaft mit uns anerkennen werden. Wir stehen damit in Übereinstimmung mit einer breiten Volksstimmung, die sich in neuesten Umfragen ausdrückt, wonach nur noch 14 Prozent der Bevölkerung die Stationierung der neuen Raketen uneingeschränkt befürworten. Die Friedensbewegung ist nicht nur Ausdruck dieser Massenstimmung. Sie hat auch zur Erzeugung dieser Massenstimmung beigetragen. Soweit dieser Wahlkampf ein Raketenwahlkampf ist, ist er unser Wahlkampf.

Der gegenwärtige Bundeskanzler Kohl hat kürzlich erklärt, die Frage der Friedenssicherung solle nicht zum Gegenstand des Parteienstreits gemacht werden. Falls an dem eben zitierten Kanzlerwort irgend etwas richtig sein sollte, dann doch wohl nur dies: daß nämlich die Friedensbewegung selbst,

auch die Kriegsangst der Menschen selbst ein autonomer Faktor der bundesrepublikanischen Politik ist, der sich im Wahlkampf durch niemanden instrumentalisieren läßt.

Unser Kampf begann schon lange vor diesem Wahlkampf, und er wird diesen Wahlkampf und die Wahlentscheidung vom 6. März auch weit überdauern. Wir unterschätzen die Entscheidung vom 6. März nicht, aber wir wissen auch, daß jede Konstellation, die nach dem 6. März entstehen wird, des Drucks von außen, des außerparlamentarischen Drucks bedarf. Wir sind dankbar dafür, daß viele Einzelpersönlichkeiten seit Jahren in der Friedensbewegung mitwirken, sie recht eigentlich ausmachen, etwa jene jetzt 3,7 Millionen, die inzwischen den Krefelder Appell unterschrieben haben. Wir sind ebenso dankbar dafür, daß [131] auch ganze Organisationen sich uns nicht in den Weg stellen, sondern uns helfen, so die Parteien die „Grünen“ und die DKP, auch die Jungsozialisten, die Liberalen Demokraten, die Demokratischen Sozialisten, Jungdemokraten und Gewerkschaftliche Gliederungen.

Diese bisherige Struktur unserer Bewegung halten wir nicht für abgeschlossen. Wir sind begierig auf Erweiterung. Gar zu gern hätten wir es, wenn die SPD die Energie jener kurzen Frühjahrsmonate 1958, als sie die Kampagne „Kampf dem Atomtod“ trug – übrigens damals zusammen mit dem DGB und der FDP – erneuern würde.

Unsere Fragen, die wir an Sie stellen wollen, sind nicht nur Informationsfragen; sie sind parteiliche Fragen. Ich darf sie Ihnen im folgenden in Erinnerung rufen:

1. Halten Sie am NATO-Doppelbeschluß fest, oder sind Sie bereit, ihn aufzuheben oder zumindest durch ein Moratorium vorläufig auszusetzen?

2. Sind Sie bereit, Vorschläge aller beteiligten Länder zur Abrüstung unvoreingenommen zu prüfen, zur Förderung der Verhandlungen in Genf zu nutzen und damit die Stationierung neuer Atomraketen in der Bundesrepublik zu verhindern?

3. Sind Sie bereit, mit und in der Friedensbewegung – zusammen mit anderen politischen Strömungen – Aktivitäten gegen die Kriegsgefahr zu unterstützen?

4. Schlagen Sie weitergehende Abrüstungsmaßnahmen vor, um damit Arbeitslosigkeit und anderen unsozialen Folgen der Hochrüstungspolitik entgegenzuwirken? Treten Sie für eine Senkung des Rüstungshaushalts zugunsten der sozialen Aufgaben des Staates ein?

Diese Fragen werden am 3. März in einer ganzseitigen Großanzeige von Hunderten von Marburger Unterzeichnern erneut an Sie gestellt werden, sozusagen als Entscheidungshilfe für die über 20.000 Marburger Bürger, die den Krefelder Appell bereits unterschrieben haben.

An dieser Stelle möchte ich Herrn Professor Dr. Froese bitten, die Gesprächsleitung zu übernehmen. Professor Froese hat von allem Anfang an in unserem Marburger Forum mitgearbeitet. Professor Froese ist ein Mann, der nicht zuletzt um der Friedensbewegung willen der FDP die Parteimitgliedschaft aufgekündigt hat, der aber, auch als ehemaliger Bundestagskandidat der Freien Demokratischen Partei, von der Arbeit für den Frieden in den Parteien so viel weiß, daß Sie, meine Damen und Herren Kandidaten, in ihm heute abend einen sowohl kritischen als auch Ihr eigenes Metier gut kennenden Partner erwarten dürfen. [132]

Offener Brief an Frau Dr. Christa Czempiel

in der Oberhessischen Presse am 3. März 1983

Die Bonner Parteien haben sich dem Dialog mit der Friedensbewegung in Marburg entzogen. Trotz vorheriger Zusage lehnten sie eine Teilnahme an der Diskussionsveranstaltung der Friedensinitiative Marburger Forum „Den Frieden wählen – aber wen?“ am 20. Februar 1983 ab. Die SPD-Bundestagskandidatin Frau Dr. Christa Czempiel begründete ihre Absage als einzige mit einem ausführlichen Schreiben. Die Friedensinitiative Marburger Forum antwortet hiermit auf die von ihr erhobenen Vorwürfe.

Sehr geehrte Frau Dr. Czempiel, mit großem Bedauern haben wir Ihre Absage zu unserer Diskussionsveranstaltung mit den Bundestagskandidaten entgegengenommen. Sie begründen diese vor allem damit, daß das Marburger Forum den „Krefelder Appell“ unterstützt.

Sie behaupten:

„Sie unterstützen den „Krefelder Appell“, der lediglich den Natobeschluß der „Nachrüstung“, aber nicht die ihn auslösenden SS-20 erwähnt. Inzwischen wisse jeder Eingeweihte, daß der Krefelder Appell „notorisch einseitig“ sei.

Wir erwidern:

Das Marburger Forum hat sich von Anbeginn an sehr ausführlich mit der auch von Ihnen vertretenen These auseinandergesetzt, daß die sogenannte „Nachrüstung“ durch die sowjetischen SS-20-Raketen gerechtfertigt und erzwungen werde. Gestützt auf die Urteile von Experten wie Gert Bastian und Alfred Mechtersheimer kamen wir zu dem Ergebnis, daß die Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II kein Mittel ist, um ein angebliches Übergewicht der UdSSR im Mittelstreckenbereich auszugleichen, sondern daß sie ihrerseits eine strategische Überlegenheit der USA herstellen soll, die – bliebe man in der Logik eines rein militärischen Denkens – uns im schlimmsten Fall einem sowjetischen Präventivschlag aussetzen würde. Eine solche Argumentation halten Sie für einseitig – zu Recht, denn die Einseitigkeit liegt in der Sache selbst. Zu den mittlerweile 3,7 Millionen Unterzeichnern des Krefelder Appells, der von der Bundesregierung die Zurücknahme ihrer Zustimmung zum Nato-Beschluß fordert, gehört mit Sicherheit ein großer Teil der Wähler und Mitglieder ihrer eigenen Partei. Diese haben sich davon überzeugt, daß die Aufstellung gefährlicher Erstschlagswaffen der USA in Westeuropa und insbesondere in der Bundesrepublik die gegenwärtig größte Gefahr für den Frieden und unser aller Leben darstellt. Die im Regierungsauftrag erstellte Sinus-Studie macht offensichtlich, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung einschließlich der CDU/CSU-Wähler die Raketenstationierung aus Angst vor einem Atomkrieg ablehnt. Diese Auffassung spiegelt sich auch im Beschluß [133] des letzten DGB-Bundeskongresses wider, in dem gefordert wird, daß es keine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa geben darf.

Sie behaupten:

daß Pershing II und Cruise Missiles nicht binnen weniger Minuten einen vernichtenden Erstschlag gegen die strategischen Zentren der Sowjetunion führen können, da diese „bekanntlich hinter dem Ural liegen“.

Wir erwidern:

Eine Stationierung der 108 Pershing II und 454 Marschflugkörper würde allein dem Bestreben der USA dienen, sich vom Schlachtfeld Europa abzukoppeln. Zur Verteidigung unseres Landes taugen sie keinesfalls; im Gegenteil, sie machen den Atomkrieg wahrscheinlicher.

Nach zuverlässigen Angaben von Friedensforschern wären die USA mit den neuen Pershing-II-Raketen in der Lage, ohne Vorwarnzeit wichtige politische und militärische Zentren der UdSSR, welche keineswegs insgesamt „bekanntlich hinter dem Ural liegen“, zu vernichten. Im übrigen besteht bei aller unterschiedlichen technologischen Beschaffenheit von Pershing II und Cruise Missiles unter Friedensforschern kein Zweifel daran, daß beide Waffensysteme qualitativ neuartige, bisher unvergleichliche Kriegführungsinstrumente, nicht Kriegsverhütungsmittel, darstellen, die Teil des verän-

derten Kriegführungsdenkens der USA sind. Es ist schließlich kein Zufall, daß in den letzten Jahren Politiker und Militärs in den USA über einen auf Europa begrenzten Atomkrieg diskutieren.

Sie behaupten:

„Für das „Marburger Forum“ ist für die neuen US-amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa kein Platz. Offenbar hat das Marburger Forum aber sehr wohl Platz für die sowjetischen Mittelstreckenraketen?“

Wir erwidern:

Die Initiatoren des Krefelder Appells treten für die Beseitigung aller bereits jetzt in Europa gelagerten oder auf unseren Kontinent gerichteten Raketen ein, d. h. selbstverständlich auch der SS-20. Wir sind jedoch der Ansicht, daß die Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II kein Schritt zur Abrüstung, sondern eine einseitige Aufrüstungsmaßnahme ist. Für den Bereich der Mittelstreckenraketen nehmen wir dabei die gleiche Haltung ein wie die US-amerikanische Friedensbewegung zu den Interkontinentalraketen. Auch sie bekämpft ein Weiterdrehen an der Todesspirale und empfiehlt statt dessen ein „Einfrieren“ („Freeze“) der Rüstung auf dem gegenwärtigen Stand als ersten Schritt zur Abrüstung. [134]

Sie behaupten:

das Marburger Forum vertrete nicht „die Interessen der Bundesrepublik und des Westens“.

Wir erwidern:

Mit unserem Protest gegen die Stationierung neuer US-amerikanischer Atomwaffen betreiben wir nicht die Sache einer fremden Macht, etwa der UdSSR, deren Innen- und Außenpolitik viele von uns skeptisch oder ablehnend gegenüberstehen. Wir vertreten unsere eigenen Sicherheitsinteressen, die im Atomzeitalter mit den Überlebensinteressen unserer westlichen und östlichen Nachbarn identisch sind. Bisher hat noch niemand dem Marburger Forum vorgeworfen, andere Interessen als die der Bürger der Bundesrepublik zu vertreten. Wir weisen Ihre in eine andere Richtung zielende Unterstellung mit Befremden zurück.

Sehr geehrte Frau Dr. Czempiel, die Diskussion am 20. Februar sollte dazu dienen, Ihren Standpunkt und denjenigen Ihrer Partei zur Frage der Mittelstreckenraketen zu erforschen. Die Haltung der SPD-Führung ist in diesem Punkt seit einiger Zeit nicht mehr eindeutig. Wir sind allerdings der Ansicht, daß in dieser Überlebensfrage Klarheit herrschen muß. Wir unterstützen alle Sozialdemokraten, die sich innerhalb Ihrer Partei für eine eindeutige Ablehnung der Raketenstationierung einsetzen. Große Teile der Sozialdemokratie, auch prominente SPD-Mitglieder wie Erhard Eppler, halten schon seit langem die Behauptung von einer sowjetischen Überlegenheit für unsinnig und wenden sich deshalb ebenso wie wir gegen den Nato-Beschluß vom Dezember 1979. Noch vor wenigen Tagen hat Oskar Lafontaine diesen Beschluß als eine „glatte Option auf Selbstmord“ bezeichnet. Auf dem 1. Marburger Forum am 28. Mai 1981 hat der SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Peter seine Ablehnung des Nato-Aufrüstungsbeschlusses und seine Unterstützung des Krefelder Appells deutlich gemacht. Der Krefelder Appell selbst war die letzte große politische Aktion Ihres Parteifreundes Professor Dr. Karl Bechert, der bereits in den 50er Jahren als Bundestagsabgeordneter und Kernphysiker gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr gekämpft hat. Am 3. April 1982 hat der Unterbezirksparteitag Marburg-Biedenkopf der SPD einen Beschluß zur „Nachrüstung“ verabschiedet, der mit der Position des Marburger Forum übereinstimmt, wie sie am gleichen Tag in unserem Aufruf der 3600 erneut formuliert wurde. All dies ermutigt uns, in der SPD weiterhin eine mögliche Gesprächspartnerin der Friedensbewegung, auch hier in Marburg, wo inzwischen mehr als 20.000 Bürger den Krefelder Appell unterzeichnet haben, zu sehen. Unsere Bereitschaft zum Dialog mit Ihnen ist unverändert.

Am 6. März gilt: Für uns ist kein Kandidat wählbar, der der Umwandlung der Bundesrepublik in eine Abschußbasis für amerikanische Erstschlagsraketen nicht klar entgegentritt. Der Schlüssel in der Raketenfrage liegt weder in Washington noch in Moskau, sondern in Bonn und bei den Bürgern unseres Landes. Wir werden nicht Ruhe geben, solange der [135] Atomtod unser aller Leben bedroht. Mit

freundlichen Grüßen, im Namen und Auftrag der Friedensinitiative Marburger Forum, Dr. Friedrich-Martin Balzer

„Sage niemand, er habe es nicht wissen können“

Eröffnungsrede zum 3. Marburger Forum am 19. Juni 1983 in der Stadthalle Marburg

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich begrüße Sie herzlich zum Dritten Marburger Forum. „Besorgt zu sein, ist nicht genug – entscheidend wird das Handeln sein“. Dieses Motto, das wir unserer Arbeit heute nachmittag in den Arbeitsgruppen vorangestellt haben, kennzeichnet den Weg, den unser Forum, aber auch die gesamte Friedensbewegung in den vergangenen Jahren gegangen ist: Besorgnis zu wecken, eine real bestehende Bedrohung auch bewußt zu machen, Handlungsperspektiven gemeinsam zu erarbeiten, Aufklärung zu leisten! Dies war bitter notwendig, nachdem im Dezember 1979 die NATO ihren Aufrüstungsbeschluß mit einem Versuch der Beruhigung und Täuschung verbunden hatte. Dieser Versuch fand auch sprachlichen Ausdruck. In dem Wort „Nachrüstung“ etwa, das die Tatsache der eigenen Vorrüstung verhüllen sollte und soll, oder „Doppelbeschluß“, ein Terminus, der verhüllen soll, daß die NATO – anders als noch der SPD-Parteitag wenige Tage zuvor – bereits einen Beschluß zur Rüstung gefaßt hatte, der mit dem Verhandlungsangebot nur locker oder gar nicht verbunden ist.

Diese Aufklärung weiterzutreiben wird auch in Zukunft unsere Aufgabe sein. Denn Aufklärung ist kein einmaliger Prozeß.

Gewiß: Tag für Tag, Woche für Woche füllen sich die Unterschriftenlisten unter den Krefelder Appell. Das Marburger Forum wird die Volksabstimmung mit dem Krefelder Appell solange fortsetzen, bis die Mehrheit des Bundestages, initiiert durch die angekündigte Gesetzesinitiative der „Grünen“, eine konsultative Volksbefragung beschlossen hat. Die Chancen für einen solchen Beschluß werden desto größer sein, je mehr Unterschriften unter den Krefelder Appell zusammenkommen. Rund vier Millionen sind es nunmehr schon. Anläßlich des Besuches von Vize-Präsident Bush in Krefeld wird Gelegenheit sein, neue Unterschriftenlisten abzugeben, d. h. neue Unterschriften müssen gesammelt werden; ausgefüllte Listen sind beim Marburger Forum abzugeben, damit wir sie nach Krefeld schicken können.

[136] Landauf, landab erklären sich Straßenzüge und Gemeinden symbolisch zu atomwaffenfreien Zonen. In Marburg, wo mehr als 20.000 Unterschriften unter den Krefelder Appell gesammelt wurden, haben sich das Stadtparlament und seine Mehrheitsfraktionen immer noch nicht entschließen können, einen entsprechenden Beschluß auf die Tagesordnung zu setzen.

Doch die Aufklärung und Mobilisierung zeitigt Wirkung: Im selben Moment, in dem die gegenwärtige Regierung die absolute Mehrheit gewann, erweisen Umfragen, daß sie in einem Kernpunkt ihrer Politik, der Rüstung, kein Mandat hat, denn bei zuverlässigen Umfragen sprachen sich 61% der Befragten gegen Pershing-II und Marschflugkörper aus; so ergibt es die SINUS-Studie.

Aber ebenso unverkennbar ist, daß für die Rüstungsbetreiber in Washington, Bonn und anderswo die Aufklärungserfolge der Friedensbewegung in erster Linie Anlaß sind, ihre eigene Kampagne der Desinformation und der Gegenaufklärung voranzutreiben. Die an Desinformation und Gegenaufklärung Interessierten legen es darauf an, bereits erreichtes Bedrohungsbewußtsein zurückzuwerfen oder gar nicht erst aufkommen zu lassen. Sie versuchen dabei, gerade an jenes Gefühl anzuknüpfen, das uns tatsächlich in unserem Bemühen um den Frieden treibt: Die Angst und den Wunsch, in Sicherheit zu leben. Diese unsere Hoffnung und Angst soll bestochen werden, wenn etwa Staatssekretär Mertes und andere monoton behaupten, die Gefahr eines Atomkrieges in Europa sei gleich Null. Ja, das wünschen wir uns so sehr!

Aber wir sind weit entfernt, diesen Wunsch für Wirklichkeit zu halten. Seiner Realisierung steht gerade das entgegen, was Mertes, Strauß und die Regierungsparteien als Garantie des Friedens ausgeben: nämlich der ständige Rüstungswettlauf, der durch die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles eine gefährliche, nach einer etwaigen Stationierung wohl kaum noch steuerbare Eskalation erfahren würde.

Desinformation ist es auch, die uns aus den Reden von Genscher und Wörner in der jüngsten Sicherheitsdebatte des Bundestages entgegenschlug. Verteidigungsminister Wörner hat einen neuen Euphe-

mismus für die bedingungslose Rüstungsbereitschaft des Pentagon und der Bundesregierung erfunden. Er nennt sie „Entschlossenheit, zu der es keine Alternative „gebe. Wir wissen, daß eine solche Entschlossenheit allerdings alternativlos ist, eindimensionales Denken, das in die Katastrophe führt. Gerade hierzu benötigen wir die Alternative.

Außenminister Genscher behauptet, der Schlüssel zur Abrüstung liege in Moskau. Diese Schlüsselmetapher kennen wir bereits. In den fünfziger und sechziger Jahren stellte die Bundesregierung die These auf, der Schlüssel zur Wiedervereinigung liege in Moskau. Damit sollte von der Suche nach eigenem Handeln abgelenkt werden. Es ist bekannt, daß dieser [137] Schlüssel an der vermuteten Stelle bis heute nicht gefunden wurde.

Egon Bahr hat versucht, im Bundestag dieser demagogischen Gegenaufklärung ein Stück Aufklärung entgegenzusetzen, indem er darauf verwies, der Schlüssel zur Abrüstung liege sowohl in Moskau als auch in Washington. Wir möchten ihm glauben, obwohl unsere Zweifel wachsen.

Die immer schriller werdenden Rüstungsparolen der US-amerikanischen Administration, ihr immer hektischeres Bemühen, zur Stationierung zu kommen, der Propagandafeldzug auch, der demnächst Vize-Präsident Bush nach Krefeld führen wird – sie haben in vielen von uns die bittere Frage wachsen lassen, ob in dem Land Amerika denn überhaupt – soweit es die Administration und die Militärs angeht – ein Plätzchen zu finden sei, wo dieser zweite Schlüssel vermutet werden könnte. Wir wollen uns von dieser Verzweiflung nicht anstecken lassen, so sehr sie real vorhanden ist und der Friedensbewegung zuweilen schon den Verdacht eingetragen hat, sie gerate in einen neuen Nationalismus. Diese Zweifel sind dann fruchtbar, wenn sie zu sinnvollem Handeln führen. Was aber ist sinnvolles Handeln in unserer Lage?

Viele, vor allem in der SPD, sagen, es müsse doppelter Druck ausgeübt werden: Auf die Vereinigten Staaten und auf die Sowjetunion. Wer so argumentiert, erkennt an, daß die Schlüssel eben nicht nur in Washington und Moskau liegen, sondern auch bei uns, daß es auf unsere eigene Haltung ankommt, wenn die sog. „Nachrüstung“ abgewendet werden soll.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, die Friedensbewegung ist stolz darauf, daß ihr Reden und Handeln mittlerweile keine Ebene der Politik mehr ausläßt. Sie reicht vom Informationsstand an der Straßenecke bis zur Tribüne des Bundestages. Aber täuschen wir uns nicht, auch die Gegeninformation und Gegenaufklärung ist tiefgestaffelt und reproduziert sich auf allen Ebenen. Es ist wie der Kampf mit der Hydra.

Vor mir liegen zwei Absagen zum Marburger Forum. Die eine ist von dem Marburger Landtagsabgeordneten der CDU, Herrn Walter Troeltsch. Er schreibt uns, dieses Forum werde, ich zitiere, „nicht einmal in der Lage sein, die eigenen parteipolitischen Zwecke durch Mobilisierung weiterer Bürger zu lösen“. Hier haben wir den alten Diffamierungsmechanismus, der sich nicht mit unseren Argumenten auseinandersetzt, sondern der Argumentation dadurch zu entheben versucht, daß er die überparteiliche Friedensbewegung mit parteipolitischen Zwecken fälschlich identifiziert.

Friedrich Bohl, Bundestagsabgeordneter der CDU, schreibt uns: „Ganz offensichtlieh geht es nicht um eine emotionslose und sachliche Diskussion zum NATO-Nachrüstungsbeschluß. [138] Sinn der Veranstaltung ist vielmehr, gegen eine mögliche Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Stimmung zu machen.“

Mir scheint, Herr Bohl setzt hier zwei Dinge zueinander in Gegensatz, die einander keineswegs ausschließen: Sachliche und emotionslose Diskussion einerseits, Entschiedenheit im Urteil andererseits. Zur Friedensbewegung gehören viele, zu deren beruflichem Handwerkszeug nun wahrhaftig die Nüchternheit des Prüfens, Messens und Wägens gehört. Nur: wer sich auf diese Nüchternheit einläßt, wird zu einem Ergebnis kommen. Dieses Ergebnis kann sehr entschieden sein. Es hat hohe Autorität, gerade weil emotionslose Erwägung und langes Nachdenken ihm zugrundeliegen.

Ein solches Ergebnis nüchterner Analyse ist unser Nein zur sogenannten Nachrüstung. Und weil es dabei um Leben und Tod von Millionen geht, ist die Emotion dort am Platze, wo sie sich nicht in Widerspruch zur Vernunft befindet.

Arm dran ist, so finde ich, wer die Leidenschaft, welche aus der Vernunft kommt und welche sich mit der Sorge um die Zukunft unseres Landes und Kontinents, ja der Menschheit, in jedem Fall aber mit der Angst um unser Leben und das unserer Kinder begründet, wer diese Leidenschaft, Angst und Hoffnung mit „Stimmung machen“ verwechselt.

Ob es übrigens sachlich oder emotionslos war, als der Marburger Bundestagsabgeordnete Bohl die Rede von General Bastian im Bundestag durch Zwischenrufe wie „Jawoll Herr General“ oder „Zack Zack“ zu begleiten für richtig hielt? (so nachzulesen im Bundestagsprotokoll anläßlich der Debatte zur Regierungserklärung). Und schließlich: muß die Friedensbewegung sich wirklich gegenüber dem Vorwurf der unsachlichen Emotionalität rechtfertigen, wenn der CDU-Generalsekretär und Minister Heiner Geißler im Bundestag sich zu der ungeheuerlichen, unsachlichen Stimmungsmache versteigt, der Pazifismus der 30er Jahre habe Auschwitz erst möglich gemacht?

Die Angst um den Frieden ist nicht nur überparteilich. Sie schließt auch sehr verschiedenartige Werthaltungen ein. Längst bekennen Konservative sich zu ihrer Sorge und stellen die Frage, ob Rüstung das einzige oder überhaupt ein Mittel ist, um das zu verteidigen, was sie durchaus in Bejahung nicht nur unserer politischen, sondern auch unserer Gesellschaftsordnung für verteidigungswert halten. Ich verlese das Schreiben eines Mannes, der sich selbst zur politischen und sozialen Ordnung der Bundesrepublik bekennt, den 2. Weltkrieg als Soldat mitgemacht und nach dessen Ende lange Zeit den Kampf um die Rückgewinnung seiner verlorenen Heimat im Osten für notwendig und selbstverständlich gehalten hat, jetzt aber sich und uns und Politikern wie Bohl die Frage stellt, ob die auch von ihm nach wie vor vertretenen Ziele eher konservativer Politik jedes Mittel, auch das des Krieges [139] rechtfertigen. Ich darf ihnen das Schreiben von Herrn Erich Kubens, der seit einigen Wochen im Marburger Forum mitarbeitet, verlesen:

„Ich gehöre zur Generation des 2. Weltkrieges und der NS-Zeit. Daß ich weder Parteimitglied noch SS-Führer geworden bin, war nicht mein Verdienst, sondern ergab sich daraus, daß mich Tradition und Neigung mit Selbstverständlichkeit zur Kavallerie führten.

Ich habe den Großdeutschen Traum geträumt; ich habe ihn gelebt und mit viermaliger Verwundung und dem Verlust der Heimat bezahlt. Der Gedanke an Rückgewinnung, auch militärische, war mir Verpflichtung. Ich habe einen langen Weg gebraucht, um zu der Einsieht zu kommen, daß man Unrecht nicht durch neues Unrecht aufheben kann, sicherlich nicht im Zeitalter der Atomwaffen. Ich möchte in Freiheit leben und bin deshalb hier. Auch wenn ich diesen Staat in wesentlichen Bereichen verändert sehen möchte, so ist die östliche Gesellschaftsordnung für mich keine Alternative.

Unser Gegner ist die Sowjetunion, nicht die USA. Aber auch ein Gegner hat legitime Interessen. Sie anzuerkennen kann für uns eine Lebensfrage sein. Wir können nicht daran zweifeln, daß die Vereinigten Staaten ihrem machtpolitischen Globalinteresse gegenüber unserer Sicherheit den Vorrang geben, und wir müssen befürchten, daß mit der Stationierung unser Land als amerikanischer Gefechtsvorposten der Vernichtung durch sowjetische Gegenmaßnahmen ausgesetzt wird.

Wenn die Pershing II bei uns stationiert werden, dann ist 2.000 km tief ins russische Kernland jedes bedeutende Objekt, Atomkraftwerk, Verkehrsknotenpunkt oder Kommandozentrale nach dem Willen der USA augenblicklicher Vernichtung ausgesetzt. Ich glaube nicht, daß die Sowjetunion damit leben kann. Sie muß und sie wird diese Flankenbedrohung ausschalten. Ich glaube, daß die amerikanischen Strategen um jeden Preis stationieren wollen und gegenüber den Politikern längst die Prioritäten setzen.

An Vertrauensbildung, Voraussetzung für jede Abrüstung, ist dann überhaupt nicht mehr zu denken. Wenn wir diese tödliche Entwicklung bremsen wollen, dann muß in unserem Land die schweigende Mehrheit in Bewegung kommen; dann muß die Friedensbewegung, bei allem Respekt vor weitläufigen Reformideen, sich jetzt ganz auf diese eine Aufgabe konzentrieren. Wir müssen einfache und einleuchtende Argumente finden, die überzeugen. Wir dürfen dem politischen Gegner im Lande nicht Munition gegen uns liefern.

Wer noch schwankt, ob die Raketen mehr Sicherheit oder mehr Gefahr bringen, den wird man mit ‚NATO-Austritt‘ sicher nicht auf seine Seite bringen. Ein klares Bekenntnis zum Bündnis, aber die

ebenso klare Feststellung, daß der kollektive Selbstmord auch für einen [140] *Verbündeten nicht zahlbar ist. Wir müssen uns auf das jetzt Mögliche beschränken und hierfür das Handwerkszeug erarbeiten. Das ist meine Bitte an Sie und meine Hoffnung für die Veranstaltung*.“

Soweit das Schreiben von Erich Kubens, das einmal mehr beweist zusammen mit den über 1.000 hier Versammelten, daß die Hoffnung von Walter Troeltsch unbegründet ist.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich habe versucht, noch einmal vor Ihnen und mit Ihnen jenen Kampf um die Gehirne und Gemüter nachzuzeichnen, der sich seit 4 Jahren, seit 1979, zunehmend verschärft und in dem wir den Part der Aufklärung übernommen haben. Unsere Aufklärungsarbeit, die Aufklärungsarbeit der Friedensbewegung, hat bewirkt, daß nunmehr Jedermann und Jedefrau in der Bundesrepublik zumindest die Chance hat zu wissen, vor welchen Alternativen wir stehen. Deshalb begreifen wir es nicht als Drohung oder als Ausdruck von Besserwisserei, wenn wir die Podiumsdiskussion unter das Motto gestellt haben: *„Sage niemand, er habe es nicht wissen können.“* Doch Aufklärung genügt nicht. Viele von uns haben das Gefühl, das Ticken eines Zeitzünders zu hören, vor Ereignissen zu stehen, die ihr eigenes Leben betreffen, und dieses Gefühl drängt zum Handeln.

Es ist bekannt, daß in der Frage, welches Handeln im Herbst geboten sei, große Unterschiede die Friedensbewegung durchziehen. Der Diskussionsprozeß ist in vollem Gange. An seinem Ende darf nicht die Spaltung, sondern muß die Einheit der Aktion stehen. Meiner Meinung nach ist es richtig, daß in der gegenwärtigen Phase der Debatte jede vorgeschlagene Handlungsvariante in vollem Profil dargestellt werden kann: sei es die gewaltfreie direkte Aktion, sei es die Massendemonstration, die den Zweck hat, die Front der Rüstungsgegner noch breiter zu machen. In dieser Debatte werden Grundfragen unseres Politik- und Verfassungsverständnisses wieder aufgeworfen und erweisen sich als zuweilen latente, niemals aber völlig zur Ruhe kommende Probleme: so die Diskussion um Möglichkeiten und Grenzen des Widerstandsrechts, um Zweck und Machbarkeit des politischen Streiks. So sehr hier verständlicherweise die Meinungen auseinandergehen, so notwendig ist es auch in der jetzigen Phase des Meinungsstreites, etwaige Einigungspunkte zu benennen. Sie bestehen nicht mehr nur in der Einhelligkeit der Rüstungsbannung, sondern auch in der Gemeinsamkeit von Handlungsvorschlägen. Hierzu gehört das Projekt einer konsultativen Volksbefragung, wie es von der Bundestagsfraktion der GRÜNEN ebenso vorgeschlagen wird wie von der Krefelder Initiative. Sie greift weiter als eine namentliche Abstimmung im Bundestag. Denn es kann als sicher gelten, daß das Wahlergebnis des 6. März, das diesen Bundestag zustande brachte, auf ökonomischer Aufschwungshoffnung beruhte und kein militärpolitisches Mandat der Regierung enthält. Deshalb sollte das Volk befragt werden, und das Abstimmungsergebnis, dessen wir uns ziemlich sicher sind, muß praktische Auswirkungen haben. Gelingt dies, gelingt es durch eine Kombination von Aktionen, zu denen die Volksbefragungsaktion [141] gehört‘ die sog. Nachrüstung zu verhindern, so wird dies nicht nur ein Sieg des Friedens sein, sondern auch der Demokratie. Um es mit den Worten des Kabarettisten Rudolf Rolfs zu sagen‘ das Leonhard Froese dem Geleitwort zur Broschüre unseres Forum vorangestellt hat: Es sei eine Sternstunde einer Demokratie, wenn die Regierung sich dem guten Willen eines Volkes beugen müsse.

Stärker als früher steht das 3. Marburger Forum unter der Notwendigkeit, Aufklärung und Handlungsperspektiven zu verbinden. Wir hoffen, daß die Zusammensetzung des Podiums heute abend dies deutlich machen kann. Allerdings: der notwendige Handlungszwang, in dem die Friedensbewegung sich gegenwärtig befindet, fordert uns auch Opfer ab. Nicht dergestalt, daß auf Handeln zugunsten der Aufklärung oder auf Klarheit zugunsten des Handelns verzichtet werden müsse. Zuweilen aber führt die unvermeidliche Schnellebigkeit von Terminen, Prioritätensetzungen und wechselnden politischen Anforderungen dazu, daß Zusagen, die gegeben wurden, nicht eingehalten werden können. Gert Bastian hat uns mitgeteilt, daß die Fraktion der GRÜNEN sich an diesem Sonntag zu einer Besprechung treffen muß und daß er deshalb zu seinem großen Bedauern seine Zusage, heute zu unserer Podiumsdiskussion zu kommen, nicht einhalten kann.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, der zukünftige Weg der Friedensbewegung wird gekennzeichnet sein müssen durch die Kombination von Handlungsbereitschaft und aufklärendem Sachver-

stand. Neue Notwendigkeiten und Möglichkeiten zeichnen sich ab. Die SPD ringt um eine neue Haltung in der Frage der sog. Nachrüstung. Dies läßt uns hoffen, denn allezeit war klar, daß der Kampf gegen das Wettrüsten ohne oder gegen die SPD nicht gewonnen werden kann. Ich begrüße deshalb sehr herzlich die Abgeordnete der SPD im Europaparlament, Frau Heidemarie Wieczorek-Zeul.

In allen Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit um Kriegsvorbereitung und Kriegsverhinderung war die Haltung der Gewerkschaften mit ausschlaggebend. Auch im Atomzeitalter kann ein Krieg, der immer gegen die Interessen der arbeitenden Menschen gerichtet ist, nicht vorbereitet und geführt werden, wenn diese mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln ihm widerstehen. Die Gewerkschaftsbewegung hat im DGB-Appell „*Frieden und Abrüstung*“ vom September 1981 den Anspruch erhoben, immer auch Friedensbewegung zu sein. Wir begrüßen dies, insbesondere dann und dort, wo diese Gewerkschaftsbewegung durch Präsenz und Diskussion diesen Anspruch täglich einlöst. Friedensbewegung und Gewerkschaftsbewegung haben hier in Marburg niemals Berührungsängste gekannt. Ich begrüße mit großer Freude die Vorsitzende des DGB-Kreises Marburg-Biedenkopf, Käte Dinnebier und den Leiter der IG-Metall-Schule in Bad Orb, Horst Mathes. Sachverstand hat in den vergangenen Jahren immer wieder auch seine Handlungsfähigkeit erwiesen. Ist ein Journalist, der aufklärt, lediglich ein Aufklärer? In den vielen Enttäuschun-[142]gen über den zeitweiligen oder ständigen Ausfall der Verantwortung bei Politikern, die wir gewählt haben, damit sie den Frieden wahren helfen, mischt sich die Genugtuung über die Wirksamkeit einer kritischen Presse hier bei uns in der Bundesrepublik, aber auch in den USA. Ohne das Engagement kritischer Journalisten wäre die Friedensbewegung in der Bundesrepublik heute weniger weit. Ich begrüße Wilhelm Bittorf, Autor des SPIEGEL, der durch das Buch „Nachrüstung – Der Atomkrieg rückt näher“ und seine Berichte viel zur Aufklärung über die uns bedrohenden Gefahren beigetragen hat und in dieser Woche durch seinen Aufsatz über die Produktionsstätten der Pershing II daran mitwirkt, gegen die sog. Nachrüstung zu mobilisieren.

In der gegenwärtigen Phase der Auseinandersetzung um Krieg und Frieden beginnen sich die künstlichen Differenzen zwischen der sog. alten und der sog. neuen Friedensbewegung aufzuheben.

Im Grunde bestanden sie nie. Wo in diesem künstlichen Schema wäre denn wohl Lorenz Knorr einzuordnen, der alle Friedensbewegungen in der Geschichte der Bundesrepublik mitgetragen hat, als Falke und Sozialdemokrat, dann als Direktoriumsmitglied der Deutschen Friedensunion immer auch als kritischer Publizist, der Handeln mit Schreiben und Nachdenken verbindet. Willkommen, Lorenz Knorr.

Wie Handeln und Aufklären in der Friedensbewegung ineinander übergehen müssen und übergehen, so sind auch Gewissen und Wissen nicht gegeneinander isoliert oder zu isolieren. Sie werden zunehmend zur Einheit. Wer aus seinem Glauben das Nein zur Rüstung formuliert, braucht sein Wissen nicht zu verleugnen. Wer als Wissenschaftler, als Experte weiß, daß der Schritt in den möglichen Krieg mit der angeblichen Nachrüstung beginnen kann, braucht damit keine andere Dimension seines Fühlens und Denkens auszuschalten. Er kann Wissender und Glaubender zugleich sein. Ich begrüße Dominikanerpater Anatol Feid, Redakteur der „Neuen Stimme“.

Das Marburger Forum hat sich von Anfang an ins Zeichen des Krefelder Appell gestellt. So sehr die Vielfalt von Aktionsformen und Losungen zunehmend die Friedensbewegung in der Bundesrepublik kennzeichnet, so sehr bewährte sich auch hier das Prinzip der Ein-Punkt-Bewegungen, die Menschen unterschiedlichster Orientierungen vereinen. Im Krefelder Appell ist somit eine erfolgreiche Tradition demokratischer Bewegungen aufgehoben. Diese Erfahrungen sind sehr oft auch ein Stück Lebensgeschichte großer Persönlichkeiten der demokratischen Bewegung, die, ausgestattet mit moralischer Autorität und der Autorität wissenschaftlicher Einsicht, diese Bewegungen vorantrieben. Helmut Ridder, der aus Gießen zu uns gekommen ist, war einer der Ersten, die vor den Notstandsgesetzen warnten. Er war Sprecher des Kuratoriums *„Notstand der Demokratie“*, Redner gleichermaßen auf der Abschluß-[143]kundgebung des Sternmarsches der Notstandsgegner am 11. Mai 1968 wie der großen Friedensdemonstration am 10. Oktober 1981.

Seit Jahren ist er Vorsitzender der „Freundschaftsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland – Polen“. Helmut Ridder war es, der die Berufsverbote von Anfang bis heute bekämpfte, der als einer der 8

Initiatoren des Krefelder Appells auf dem Zweiten Krefelder Forum zum Ostermarsch 1982 aufrief. Die sich ständig verbreiternde Bewegung von Juristen, welche die verfassungs- und völkerrechtliche Problematik der sog. Nachrüstung erkannte, war noch nicht aufgebrochen, als Ridder diese Frage schon auf einer internationalen Tagung in Frankfurt formulierte. Marburg und Gießen sind seit Jahrzehnten Zentren demokratischer Widerstandsbewegungen gewesen, ganz wesentlich charakterisiert durch die Namen Werner Hofmann (†), Wolfgang Abendroth und Helmut Ridder, zugleich aber eng verbunden mit den Namen der vielen Jungen. Ich darf Sie, Herr Ridder, sehr herzlich begrüßen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, die Friedensbewegung der Bundesrepublik Deutschland ist bereit, Wahlergebnisse und Regierungsbildungen auf den Feldern, für welche diese Entscheidungen getroffen werden, zu respektieren. Sie widersteht jeder Anmaßung, welche über diese Mandate hinausgreift.

Eine Anmaßung ist es, im Namen des Volkes Todesurteile über dieses Volk vorzubereiten. Der Amtseid des Bundeskanzlers lautet, er schwöre, daß er seine Kraft dem Wohle des Deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, seine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.

Wir haben Anlaß, insbesondere an die Wendung zu erinnern, daß Schaden von uns zu wenden sei. Solange die Regierung nicht glaubhaft machen kann, daß sie in der Frage von Krieg und Frieden diese Pflicht ernst genug wahrnimmt, liegt die Rettung des Friedens nicht bei ihr, sondern bei uns, den Bürgern unseres Landes, die in und mit der Friedensbewegung in letzter Stunde antreten, um einen atomaren Holocaust in Europa zu verhindern. Wir wollen nicht die erste Generation sein, die die letzte ist. Wir wollen leben. [144]

Ein liberaler Demokrat

Rede zum 65. Geburtstag für Ernst von Pritzelwitz am 19. Juli 1983

Lieber Ernst, Du bist heute vor 65 Jahren, im Jahr der Novemberrevolution, am Ende des 1. Weltkrieges, der auch Deinen Vater als Kommandeur des Marburger Jägerbataillons nicht mehr heimbrachte, geboren.

Du warst 21 Jahre alt, als der 2. Weltkrieg von Nazi-Deutschland begonnen wurde. Die Gefahr eines 3. Weltkrieges, der alles Leben in Europa zu vernichten droht, hat uns vor knapp 2 Jahren zusammengeführt und uns rasch Freunde werden lassen. Als Sprecher des Marburger Forum ist es für mich eine Ehre, Dein Leben als Friedensfreund und liberaler Demokrat – wenn auch nur in ganz wenigen Sätzen – würdigen zu dürfen.

Geprägt hat Dich dieses weltoffene und gastfreundliche Haus und der Geist dieses Hauses, der vor allem von Deiner Mutter, aber auch von Deiner Frau bestimmt war. Deine Mutter war – nach Deinem eigenen Bekunden – eine kluge, gebildete Frau, die für Frieden, Toleranz und Demokratie eintrat.

Geprägt haben Dich auch die vielen Menschen, die in dieses Haus kamen, die vielen Menschen, mit denen Du und Deine Familie befreundet waren: die Familie Jacobsohn, der Romanist Werner Krauss, der später zur Widerstandsgruppe „Schulze-Boysen/Harnack“ gehörte, zum Tode verurteilt wurde und nach der Befreiung verbittert den Adenauer-Staat verließ, der Religionssoziologe Norman Birnbaum, der Kunsthistoriker Richard Hamann und der von uns verehrte Gustav Heinemann. Viele der hier beispielhaft Genannten sind schon tot. Zwei, die oft in diesem Hause waren, Wolfgang und Lisa Abendroth, schreiben Dir zu Deinem Geburtstag. Ich darf mit Deiner Erlaubnis ein paar Zeilen aus ihrem Brief verlesen:

„Als wir nach Marburg kamen, waren diejenigen, die mit uns viel zu tun haben wollten, nicht allzu dicht gesät, mindestens nicht in ‚bürgerlichen Kreisen‘. Umso schöner war es für uns, daß wir Euch hatten. Gewiß, Deine Mutter war schon sehr alt – und zudem nicht nur ‚bürgerlich‘, sondern auch für sie noch sehr bewußt eine Repräsentantin alter Aristokratie. Aber was für eine und mit welch progressivem Denken! Ihr beide, Deine Frau und Du, wurdet für uns bald wirkliche Freunde und eine Stütze ... Du bist Deinem liberalen und demokratischen Denken stets treu geblieben, ob es Deiner Partei gepaßt hat oder nicht. Das alles haben wir nie vergessen und werden wir auch künftig nicht, so sehr wir ansonsten von Marburg entfernt sind.“

Viele Deiner Freunde waren oder sind Juden. Du bist darüber nicht zu einem Philosemiten geworden, aber die semiphile Haltung Deines Elternhauses hat Dich immun gemacht gegen [145] den Ungeist des Nationalismus und Antisemitismus, wie er im Nazismus seinen barbarischen Ausdruck fand. Auch der von Dir väterlich verehrte, hochgebildete Freund des Hauses, Dr. Franz Neumann, Generalstäbler im 1. Weltkrieg und humanistisch geprägter Naturwissenschaftler, hat Dich früh von diesem Ungeist gelöst. Du hast Dich von der monumentalen Scheingröße nicht blenden lassen, weil Du das Unmenschliche dahinter erkanntest.

Auch wenn die Amerikaner 1945 sich dieses Haus als Hauptquartier aussuchten und in Beschlag nahmen – Du hast am Ende des Krieges nicht zu den Besiegten, sondern zu den Befreiten gehört und seither Deine bitteren, leidvollen Erfahrungen, auch aus der Restaurationsperiode Westdeutschlands, an viele, vor allem jüngere Menschen weitergegeben. Von 1946 bis 1982, bis zum Berliner Parteitag der FDP, auf dem Delegierte weinten, als sie sahen, welchen Schwenk die Parteitagsmehrheit unter der Regie der Parteiführung vollzog, bist Du Mitglied dieser Partei gewesen und hast über viele Jahre abwechselnd Vorstands- und Beisitzerfunktionen ausgeübt in enger Zusammenarbeit mit fortschrittlichen, jungen Demokraten. Jetzt bist Du Direktkandidat für die Liberalen Demokraten bei der Landtagswahl in Hessen und bleibst, was Du immer warst: direkt, candide, liberal, demokratisch.

Ob nun in der Frage der Wiederbewaffnung, in der Auseinandersetzung um die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, in der Frage der Einfügung der Notstandsverfassung in unser Grundgesetz oder in der gegenwärtigen Auseinandersetzung über die Stationierung von Atomraketen auf dem Boden der

Bundesrepublik – Du hast, solange es Dir vergönnt war, mit Unterstützung Deiner Mutter und Deiner Frau, die sich beide zur Gesamtdeutschen Volkspartei Gustav Heinemanns bekannten, bevor Deine Mutter der Deutschen Friedensunion und Deine Frau der SPD beitraten, auf der Seite derer gestanden, die sich für Frieden und Demokratie engagierten, in welcher Partei auch immer.

Unser Freund Leonhard Froese hat kürzlich den Kabarettisten Rudolf Rolfs zitiert, wonach es eine Sternstunde der Demokratie sei, wenn die Regierung sich dem guten Willen des Volkes beugen müsse. Wir arbeiten immer noch auf dieses Ziel hin. An Deinem 65. Geburtstag läßt sich dieses Wort aber auch dahingehend abändern, daß es eine Sternstunde der Demokratie ist, wenn liberale, konservative, soziale und sozialistische Demokraten sich nicht dem jeweiligen Willen der jeweiligen Regierung anpassen, sondern unabhängig und couragiert an ihrem Credo festhalten und sich gleichzeitig zusammenfinden in dem gemeinsamen Ziel, der Unmenschlichkeit zu trotzen, Krieg und Kriegsvorbereitungen zu widerstehen und demokratische Prozesse offenzuhalten. Eine Demokratie lebt davon, daß es unbequeme und radikale Demokraten wie Dich gibt. Sie stirbt, wenn es zu wenige davon gibt, in welcher Partei auch immer. Ich fürchte, es gibt zu wenige. Die wenigen aber gilt es hochzuhalten. [146]

Ernsthaft Diskutieren

Leserbrief in der Oberhessischen Presse vorn 23. Juli 1983

In der OP vom 29.6.1983 setzt sich Herr Günther Thiede mit Referaten auseinander, die Dr. Pätzold und ich vor dem Ortsverein Marburg-Mitte der SPD hielten. Herr Thiede ist Major der Bundeswehr und Stadtverordneter der CDU. Selbstverständlich nimmt ihm dies in keiner Weise das Recht, sich in der Öffentlichkeit zu politischen Fragen zu äußern. Doch da er sich in Auseinandersetzungen mit einer Veranstaltung der SPD auf eine parteipolitische Polemik einläßt, wäre es nur redlich gewesen, er hätte seine eigene politische Interessenlage und Gebundenheit auch offengelegt. Für schlechten Stil halte ich auch die abfällige Art, in der Herr Thiede meine Person angeht: „ein Dr. Balzer“, „dieser Herr“ – das sind Redewendungen, mit denen man Verachtung auszudrücken versucht.

Herr Thiede bestreitet, daß gegenwärtig in Europa ein annäherndes militärisches Gleichgewicht bestehe. Das ist sein gutes Recht. Doch sollte er dabei Belege für diese seine Ansicht bringen. Ein Honecker-Zitat aus einem Sammelband des Jahres 1977 genügt dafür aus mehreren Gründen nicht, zumal ich annehme, daß Herr Thiede mit Erich Honeckers Ansichten im allgemeinen nicht übereinstimmt und er auch mir einen solchen Gleichklang nicht unterstellen sollte. Ich halte es für richtiger, die Meinungen westlicher Experten in dieser Frage zu überprüfen.

Zu denjenigen unter ihnen, die ein annäherndes militärisches Gleichgewicht in Europa für gegeben, durch die „Nachrüstungs“-Pläne der NATO aber für gefährdet halten, gehört Herr Thiedes ehemaliger Kamerad General a.D. Gert Bastian. Eine größere Zahl von ehemaligen NATO-Generalen teilt diese Ansicht, die im übrigen durch die jährlichen Berichte des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI gestützt wird.

Dies alles sind wichtige Fragen, über die Menschen, die einander ernst nehmen, sich auch ernsthaft unterhalten sollten. Ich empfehle Herrn Thiede, auch durch die Form seiner Äußerungen die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

„Arbeiterbewegung und Friedensbewegung gehören zusammen“

Gemeinsame Kundgebung von DGB und Marburger Forum zum Antikriegstag am 1. September 1983

Im Appell des Deutschen Gewerkschaftsbundes von 1981 „Frieden durch Abrüstung“ heißt es: „Die Gewerkschaftsbewegung ist immer auch Friedensbewegung.“ In diesem Satz ist eine in vielfacher Weise schmerzliche Erfahrung der deutschen Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts enthalten.

[147] Wir erinnern uns. Erster Weltkrieg: in wenigen Tagen des August 1914 gingen alle die Rechte und Verbesserungen der Lebenslage verloren, welche die Gewerkschaften und die deutsche Sozialdemokratie in jahrzehntelangem Kampf erreicht hatten. Die Arbeitszeit stieg sprunghaft in die Höhe; die Reallöhne sanken; Kriegsgegner unter Gewerkschaftern wurden an die Front geschickt; in den Schützengräben fielen vor allem die Arbeiter und ihre Söhne; ihre Familien zu Hause hungerten. Der Erste Weltkrieg hat unsere Stadt große Menschenopfer gekostet. 464 Marburger fielen. Aber die Stadt selbst blieb von Kampfhandlungen verschont. Am 8. Dezember 1918 kamen die Überlebenden von den 24er Jägern über Staufenberg nach einem letzten Marsch zurück. Am Rande des Südviertels war eine Ehrenpforte errichtet worden. Hier wurden die Soldaten vom Magistrat, den Stadtverordneten, dem Rektor der Universität und vom Arbeiter- und Soldatenrat begrüßt.

Der Zweite Weltkrieg brach zwar erst 1939 aus. Die Vorbereitung begann bereits 1933 mit dem Verbot der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung. Wir stehen hier auf dem ehemaligen Adolf-Hitler-Platz des Dritten Reiches. So hieß der Friedrichsplatz vor 1945. Er lag im damaligen „Feine-Leute-Viertel“, im Südviertel. In der Oberstadt aber, die damals in einigen Teilen noch ein Arme-Leute-Stadtteil war, saßen Marburger Sozialdemokraten und Gewerkschafter im Gefängnis unter der alten Schirne und anderswo in Nazihaft und wurden mißhandelt. Bereits 1933 wurde der mögliche Widerstand gegen den Krieg, der dann 1939 ausbrach, zerschlagen. Zwölf Jahre später, am 28. März 1945, fand hier auf dem Friedrichsplatz, dem damaligen Adolf-Hitler-Platz, die Kapitulation des in Marburg stationierten 519. Grenadier-Ersatz- und Ausbildungsregiments vor einer amerikanischen Panzerabteilung statt. Ganz in der Nähe lag das Hauptbüro der NSDAP-Kreisleitung. Am 22. Februar 1945 war das Bahnhofsviertel bombardiert worden. Doch im übrigen überstand die Stadt den Krieg unversehrt. Am Rudolfsplatz überreichte der amtierende nationalsozialistische Oberbürgermeister Voss einem amerikanischen Offizier „seinen verrosteten Säbel aus dem ersten Weltkrieg“. Irgendwo hörte man noch eine Granate explodieren. Der Krieg war aus. Marburg war, was seinen Bestand als Stadt angeht, davongekommen. Diese historischen Einzelheiten werden in dem 1980 im Auftrag des Magistrats herausgegebenen Buch „Marburger Geschichte“ geschildert.

Das Ende eines neuen, eines Dritten Weltkrieges würde in unserer Region anders aussehen. Unsere Stadt wäre ausgelöscht. Sie liegt zwischen drei Atomwaffenlagern von Treysa und Gießen. In unserer Nähe entsteht eine gefährliche, militärische Anlage auf dem Donnerberg. Zum dritten Mal in diesem Jahrhundert stehen wir vor der Gefahr eines Weltkrieges, der mit unvorstellbaren Massenvernichtungsmitteln ausgetragen werden soll. Bricht er aus, werden wir alle vernichtet sein.

In mehreren Ländern, so in den USA, in Großbritannien und auch in der Bundesrepublik, [148] fällt der Beginn einer neuen Konfrontationspolitik zusammen mit einer neuen Wirtschaftspolitik. Diese beabsichtigt die Beschneidung der sozialen Sicherungen, Abbau der Reallöhne, Abkehr vom Ziel der Vollbeschäftigung. Die beiden ersten Weltkriege wurden um die wirtschaftliche und politische Weltherrschaft geführt. Auch vom Dritten würde dies gelten.

Es ist erwiesen, daß die US-amerikanische Rüstungspolitik, insbesondere die geplante Stationierung von Mittelstreckenraketen in Mitteleuropa, zwei Ziele verfolgt:

Erstens soll die Möglichkeit eröffnet werden, die UdSSR in einem atomaren Erstschlag militärisch und politisch entscheidend zu treffen, ohne daß diese mit ihren eigenen Mittelstreckenraketen das Territorium der Vereinigten Staaten erreichen könnte. Die Pershing II hat eine Flugdauer von höchstens 6 Minuten. Es gibt keine Vorwarnzeit. Ein etwaiger Zweitschlag sowjetischer Langstreckenwaffen kann auf zweifache Weise unterbunden werden. Entweder er ist durch Ausschaltung der sowjetischen Kommandozentralen gar nicht mehr möglich. Oder er trifft auf eine gleichstarke Kapazität von US-

Interkontinentalraketen. Diese müssen die UdSSR entweder von einem solchen Zweitschlag abhalten. Oder es kommt zum weltweiten Vernichtungskrieg. Die entscheidende neue Qualität im Wettrüsten aber stellen die US-amerikanischen Pershing II und Marschflugkörper dar. Sie sollen, so formulierte es ein US-amerikanischer Präsidentenberater, „dem sowjetischen Huhn den Kopf abschneiden“. Zugleich aber werden in den Vereinigten Staaten schon Konzepte entwickelt, die nicht nur im Mittelstreckenbereich, sondern auch bei einem globalen Schlagabtausch den Krieg für die USA führbar und gewinnbar machen sollen. Hier wird um den Preis der Zerstörung des militärischen, politischen und gesellschaftlichen Systems der UdSSR auch der mögliche Tod von 50 Millionen Amerikanern einkalkuliert. Die Auslöschung der Mitteleuropäer ist in dieser Rechnung ein unvermeidliches Nebenereignis. Das, was ich hier vortrage, könnte sich anhören wie die Fieberphantasien eines kranken Gehirns. Aber es ist dokumentiert in einer Veröffentlichung, deren Titel die Qualität hat, zu einem Mahnwort der Friedensbewegung zu werden: „Sage niemand, er habe es nicht wissen können!“ Soviel nur zur „Enthauptungsstrategie“, wie sie im offiziellen Leitliniendokument des Pentagon niedergelegt ist.

Zweitens aber soll die Drohung, die von der angestrebten Überlegenheit der USA ausgeht, die UdSSR militärisch und politisch neutralisieren, wenn die Vereinigten Staaten sich daranmachen, im Nahen Osten und in der Karibik „aufzuräumen“, Nicaragua und Grenada zu erdrosseln, die Befreiungsbewegung in El Salvador zu zerschlagen und die Auseinandersetzungen mit Kuba zu eskalieren. Die Befreiungsbewegungen in Lateinamerika aber stützen sich auf Volksmassen, die die Sicherung ihrer einfachsten und elementarsten Lebensbedürfnisse anstreben, den Liter Milch pro Tag für die Kinder, Arbeit und Brot – all das, wofür hier in den schon hochindustrialisierten, kapitalistischen Ländern die Gewerkschaften einstehen.

[149] Nicht nur der Frieden ist unteilbar. Auch die Humanität und ihre Grundlagen – Wohlstand und Gleichheit – können nicht auf eine Region der Welt beschränkt bleiben. Wenn Reagan und Weinberger die aufkeimenden Hoffnungen der Menschen in Lateinamerika ersticken wollen und mit der Raketenrüstung in Europa sich dafür den Rücken freizuhalten suchen, dann ist das eine Sache, die uns alle angeht, gerade auch uns als Gewerkschafter. Dies ist eine Erkenntnis, welche der Internationale Bund Freier Gewerkschaften und die Sozialistische Internationale, in der die Sozialdemokratische Partei ein großes Gewicht hat, mehrmals ausgesprochen haben.

„Die Gewerkschaftsbewegung ist immer auch eine Friedensbewegung“. Ich nehme an, dieser Satz drückt nicht nur die unbestreitbare Interessenlage der Gewerkschaften in ihrer Haltung zur Frage von Krieg und Frieden aus. Es ist dies auch ein Satz der Selbstvergewisserung gegenüber all jenen, welche den Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung nahelegen wollen, sie könnten sich gegenüber dem Problem von Krieg und Frieden neutral verhalten. Es ist leider wahr, daß die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands am 2. August 1914 dem Burgfrieden mit der kaiserlichen Regierung, die ihre wirtschaftlichen und militärischen Ziele den Völkern Europas im Krieg aufzwingen wollte, zustimmte. Und wahr ist auch, daß Adenauer, als er die Wiederbewaffnung plante, auf ein Stillhalten der Gewerkschaften spekulierte. Es gab Anhaltspunkte in der Politik des DGB, die ihn dazu ermutigten. Dies soll hier nicht verschwiegen werden.

Aber: immer wieder haben die Gewerkschaften sich diesen Verlockungen auch widersetzen können, in den großen Antikriegsstreiks des Ersten Weltkrieges, oft gegen den Willen der Führungen, schließlich auch mit ihrer Unterstützung, so im Beschluß des 3. ordentlichen Bundeskongresses des DGB 1954 gegen die Wiederbewaffnung, so auch 1958 in der tragenden Beteiligung des DGB an der Aktion „Kampf dem Atomtod“. Diese gute Tradition des Friedenskampfes in der Geschichte der Gewerkschaften gilt es *jetzt* aufzunehmen und weiterzuführen.

„Die Gewerkschaftsbewegung ist immer auch eine Friedensbewegung“. Dieser Satz enthält keinen Ausschließlichkeitsanspruch gegenüber *anderen* Teilen der Friedensbewegung. Neben der größten Friedensbewegung, der Arbeiterbewegung, gab es immer auch die Anstrengungen bürgerlicher Humanisten und engagierter Christen, die aus ihren eigenen Antrieben heraus für den Frieden kämpften: die Tradition Bertha von Suttners und Albert Schweitzers. Arbeiterbewegung und Friedensbewegung

haben einander so unendlich viel zu geben. Jedem Versuch, sie auseinanderzudividieren, muß entgegengetreten werden.

Auch wer behauptet, die Frage von Krieg und Frieden sei keine Klassenfrage mehr, sondern [150] eine Menschheitsfrage, sollte sich fragen, was ihm wichtiger ist, das Wahre oder das Unwahre in seiner These. Unwahr ist dieser Satz, wenn damit die Gewerkschaften als letztlich entscheidender Faktor im Kampf um Krieg und Frieden geringgeschätzt werden. Solche Überheblichkeit ist unberechtigt und gefährlich.

Ohne den entschlossenen Willen der sieben Millionen Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die sogenannte Nachrüstung zu verhindern, wird sie nicht verhindert werden können. Gegen den entschlossenen Willen aller Gewerkschafter wird sie nur schwer durchsetzbar sein. Dies ist die Verantwortung der Gewerkschaftsbewegung.

Wahr ist aber auch: wenn es uns nicht gelingt, Reagan, Weinberger, Kohl und Wörner davon abzubringen, zu stationieren, dann wird unser gemeinsamer, qualvoller Tod keine Klassenfrage sein. Der Atomblitz wird alle gleichermaßen treffen, Arm und Reich, Arbeiter und Bürger, Jung und Alt.

Die Atombunker, die für die politische und wirtschaftliche Elite dieses Staates bereitstehen, werden uns, die wir hier auf dem Marburger Friedrichsplatz stehen, nicht aufnehmen. Der Strahlentod wird alle treffen, den sozialdemokratischen Oberbürgermeister, seine christlich-demokratischen Partner in der hiesigen großen Koalition, Liberale und Kommunisten, Gewerkschafter und Unorganisierte.

Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde des Friedens durch Abrüstung, ich frage Sie und uns alle: Kann es irgendetwas geben, was uns angesichts dieser Gefahr, die uns alle gemeinsam und unterschiedslos bedroht, trennen kann? Ich glaube nicht. Die Friedensfrage ist tatsächlich zur Frage nach der Existenz der Menschheit überhaupt geworden. Das heißt aber: Der Wunsch, in Frieden zu leben und zu arbeiten, der zum Wesen gewerkschaftlicher Politik gehört, verbindet die hier organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten mit allen, die ebenfalls den Frieden wollen, auch wenn sie nicht zur Gewerkschaftsbewegung gehören, z. B. mit konservativen und aktiven Mitgliedern der CDU wie Franz Alt. Allerdings kann nicht jeder überzeugend für sich in Anspruch nehmen, für den Frieden einzutreten. Wenn diejenigen, die für die Stationierung von Pershing II und Marschflugkörpern sind, sagen, sie täten dies im Interesse des Friedens, dann ist für uns hier die Grenze. Dies bedeutet nicht, daß sich nicht viele Menschen in Westeuropa durch die SS-20 bedroht fühlen und daß wir nicht der Überzeugung sind, daß das System der Abschreckung durch Drohung und Gegendrohung mit Massenvernichtungsmitteln abgebaut gehört, in West und Ost.

Aber zur Zeit gibt es keine größere Gefahr für den Frieden als die Stationierung der neuen [151] Waffen in Mitteleuropa und das Denken. derer, die sie betreiben oder hinnehmen. Wer die Stationierung befürwortet und zugleich von sich behauptet, er sei für den Frieden, weiß es nicht oder verschweigt es bewußt. Friedenssicherung kann vorerst nur heißen, die Stationierung dieser Waffen zu verhindern.

So sehr der entscheidende Erfolg der Friedensbewegung – Verhinderung der Stationierung – noch aussteht, so sehr kann sie es sich jetzt schon als Leistung anrechnen, daß sie die Wahrheit über die Gefahr, die uns droht, analysiert und allen zugänglich gemacht hat. Man kann nicht zugleich für Pershing II, Cruise Missiles und den Frieden sein.

Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, Kampf gegen die Kriegsgefahr heißt jetzt konkret: in den nächsten Wochen alles zu tun, was uns helfen kann, die Stationierung dieser neuen Waffen noch abzuwenden. Kämpfen wir mit unseren Gedanken, mit unserer Phantasie, mit unserer Unterschrift, mit unserer Wählerstimme, drüben auf dem Donnerberg und auf der großen Demonstration am 22. Oktober in Bonn.

Kampf gegen die Kriegsgefahr, das heißt auch: Die Friedensbewegung oder einzelne in ihr vor Diskriminierungs- und Kriminalisierungsversuchen zu schützen.

In Erwartung eines Atomkrieges werden Kulturgüter für die Zeit nach dem atomaren Inferno atomsicher verfilmt und in atomsicheren Bunkern gelagert. Statt uns dem Schicksal eines behördlich erwarteten Atomkrieges zu beugen, sollten wir Widerstand leisten.

Einer der atomsicher verfilmten Autoren, William Shakespeare, hat im „Hamlet“ die Alternative „Schicksalsergebenheit oder Widerstand“ als Menschheitsfrage aufgeworfen und dabei die Schwierigkeiten des Widerstandes keineswegs unterschätzt: „Sein oder Nichtsein, das ist hier die Frage, obs edler im Gemüt die Stein und Schleudern des wütenden Geschicks erdulden – oder sich waffnend gegen eine See von Plagen durch Widerstand sie enden?“

Wir können die Frage nach der Beendigung der Gefahr nicht offen stehen lassen. „*Durch Widerstand sie enden*“. Dies ist von uns verlangt, nichts anderes! [152]

„Fünfte Kolonne Moskaus“? –

Leserbrief an das „DEUTSCHE ALLGEMEINE SONNTAGSBLATT“

Das *Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt* bringt in seiner Ausgabe vom 2. Oktober 1983 eine Einlassung von Heiner Geißler in der Bundespressekonferenz über dessen Behauptung, diejenigen in der SPD, die sich gegen die Stationierung von Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles wenden, seien die „Fünfte Kolonne“ Moskaus.

Er bekennt dabei, er habe nicht gewußt, daß dieser Terminus aus dem Propaganda-Wortschatz der NSDAP stamme. Merkwürdigerweise benutzt Herr Doktor Geißler diese Tatsache als eine Art Entlastung. Dabei läge es näher, darüber nachzudenken, was von einem Spitzenpolitiker zu halten ist, der sich eingestandenermaßen faschistischer Terminologie bedient, ohne es selber zu merken.

Im hessischen Wahlkampf benutzte die CDU ein Wahlplakat, das einen Stimmzettel abbildete. Darauf ist der Name der Christlich Demokratischen Union voll lesbar ausgeschrieben, derjenige der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dagegen in einer Weise unkenntlich gemacht, die eine Assoziation mit kyrillischen Buchstaben – also in erster Linie mit der russischen Sprache – nahelegt.

Die Behauptung von Herrn Geißler, die Nachrüstungsgegner seien Moskaus „Fünfte Kolonne“, ist also ganz offensichtlich kein Ausrutscher, sondern Teil einer bewußten Stimmungsmache. Niemand, auch ich nicht, käme auf die Idee, die Art christlicher Politik, welche Herr Geißler und seine Partei praktizieren, mit faschistischen Methoden zu identifizieren. Die gleiche Delikatesse – nämlich den Verzicht darauf, sozialdemokratische Gegner des NATO-Beschlusses von 1979 als Helfershelfer der Kommunisten zu identifizieren – darf man offensichtlich nicht von ihm erwarten. Seine Äußerung ist meiner Meinung nach ein gleichermaßen bedenklicher wie leider ganz offensichtlich auch geplanter Ausdruck politischen Sittenverfalls. Sie erinnert mich an ein Wahlplakat aus den fünfziger Jahren, auf dem Erich Ollenhauer hinter einem Pflug abgebildet und mit der Unterschrift kommentiert wurde: „Wo Ollenhauer pflügt, sät Moskau“.

Dem von Zeit zu Zeit wiederholten Ansinnen, die Friedensbewegung, auch soweit ihre Mitglieder in der SPD organisiert sind, betreibe sowjetische Politik, hat diese immer widerstanden. Sie hat stets eine selbständige Politik zwischen den politischen und ideologischen Blöcken gewahrt. Auch Herr Dr. Geißler dürfte doch eigentlich kein Interesse daran haben, daß sich das ändert. Meiner Meinung nach sollte er deshalb seine Provokationen unterlassen. [153]

Es ist fünf vor Zwölf.

Rede zu Beginn der Aktionswoche am 15. Oktober 1983 auf dem Marktplatz

Liebe Marburger Bürgerinnen und Bürger, wir haben gerade die Glocken der Weltfriedenskirche in Hiroshima gehört. Wir haben Angst. Wir bekennen uns zu unserer Angst. Wir meinen sogar, daß zu viele Menschen in unserem Land noch viel zu wenig Angst haben, Angst vor der Vernichtung allen Lebens auf diesem Kontinent. Aber wir sind nicht mutlos. Wir haben Hoffnung. Die Friedensbewegung ist zur größten demokratischen Bewegung nach dem Ende des 2. Weltkrieges geworden. Hätte es die Friedensbewegung bereits 1979 zum Zeitpunkt des NATO-Doppelbeschlusses gegeben, es wäre niemals zu diesem verhängnisvollen Aufrüstungsbeschluß gekommen.

Jetzt sind wir so stark, daß wir hoffen können, die scheinbar unverrückbare Entscheidung doch noch in letzter Stunde politisch undurchführbar zu machen.

Am 21. November soll der Bundestag nach dem Scheitern der Genfer Verhandlungen die Raketenstationierung beschließen. Die Qualität unseres Parlamentes hängt nicht von der Höhe der Diäten ab. Die Qualität unseres Parlamentes hängt von dem Sachverstand und der politischen Vernunft jedes einzelnen Abgeordneten ab. Und wenn diese Vernunft fehlen sollte, dann kommt es auf uns an. Wenn wir zum Widerstand gegen die lebensbedrohende Stationierung von Angriffswaffen auf dem Boden der Bundesrepublik aufrufen, dann benötigen wir nicht einmal den Art. 20, 4 des Grundgesetzes. Uns reicht die verfassungsmäßige Inanspruchnahme der verfassungsmäßig garantierten Grundrechte.

Ein Wort zu denen, die uns unterstellen, uns käme es nicht auf unsere Freiheit an. Wir wollten Frieden um jeden Preis. Es hat keinen Zweck, über Frieden in Freiheit zu reden, wenn wir nicht mehr leben. Bertolt Brecht schrieb 1950: „Lassen Sie uns zu allererst um die Freiheit kämpfen, Frieden verlangen zu dürfen. Sage keiner: Erst müssen wir darüber sprechen, was für ein Friede es sein soll. Sage jeder: Erst soll Friede sein. Dulden wir da keine Ausflucht, scheuen wir nicht den Vorwurf, primitiv zu sein. Seien wir einfach für den Frieden. Diffamieren wir alle Regierungen, die den Krieg nicht diffamieren.“ Klagen wir gemeinsam mit der Friedensbewegung in den USA die US-amerikanische Regierung an, die den Krieg, auch den atomaren Krieg, wieder führbar, begrenzbar und gewinnbar machen möchte. Erlauben wir nicht, daß über unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinder das perverse Kriegsführungsdenken der Atomkriegsplaner entscheidet. „Man hat gesagt: die Freiheit entsteht dadurch, daß man sie sich nimmt. Nehmen wir uns also zu allererst die Freiheit, für den Frieden zu arbeiten!“ (Brecht)

[154] Bieten wir alle unsere Kräfte auf, um diese Aktionswoche für den Frieden zu einem Erfolg zu führen: Fahren wir alle zur Großdemonstration nach Bonn! Setzen wir unübersehbare Zeichen, daß diese Regierung kein Mandat hat für die Stationierung neuer gefährlicher Atomwaffen! Machen wir deutlich, daß die 75% der Bevölkerung, die gegen die Stationierung sind, nicht nur Angst haben, sondern handeln!

Ängstlichkeit, Unwissenheit, Lüge und Bequemlichkeit dürfen nicht stärker sein als Mut, Wahrheit und Opfer! Als im außerparlamentarischen Raum entstandene Bürgerbewegung können wir erfolgreicher in die Auseinandersetzung um die Raketenstationierung eingreifen, als es einer parlamentarischen Opposition, die niedergestimmt werden kann, möglich ist. Unsere Regierenden und unsere parlamentarischen Mehrheiten werden sich erst dann besinnen und zur Vernunft kommen – Anzeichen dafür gibt es –, wenn sie spüren, daß der Preis, den sie für eine Stationierung bezahlen müssen, nicht nur hoch, sondern zu hoch ist.

Wir haben keine Lust, uns zu Märtyrern zu machen! Wir sind es leid, recht zu behalten. Wir wünschen nichts mehr, als daß wir mit unseren Warnungen unrecht bekommen werden!

Wir rufen die Bürger unseres Landes auf, eine Politik der friedlichen Entwicklung und Zusammenarbeit zu fördern. Wir werden nicht Ruhe geben, solange der Atomtod unser Volk bedroht!

Der frühere Weltbankpräsident und US-Verteidigungsminister Robert McNamara hat vor wenigen Tagen im britischen Fernsehen erklärt: „Worüber sich die Westdeutschen klar werden müssen, das

ist, daß ihr Kulturkreis völlig verwüstet werden wird, wenn sie sich weiterhin an die NATO-Strategie halten.“

Zitieren wir unsere deutschen Dichter und Klassiker, solange es uns noch gibt. Einer von ihnen, Friedrich Hölderlin, hat einmal gesagt: „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch.“

Nie in der Geschichte war die Gefahr der Menschheitsvernichtung so groß wie heute! Nie in der neueren Geschichte hat es eine so mächtige Friedensbewegung gegeben wie heute! Aber kein Rettendes wächst, es sei denn, wir nehmen dessen weiteres Wachstum selbst in die Hand! Es ist fünf vor zwölf! Die Zeit drängt! Wehren wir uns! Leisten wir Widerstand!

Liebe Marburger Bürger, heute beginnt die Aktionswoche der Friedensbewegung. Sie endet am 22. Oktober mit großen Demonstrationen in Bonn, Stuttgart und Hamburg. Dies sind die Zielorte der regionalen Sternfahrten. Wir in Marburg fahren am 22. Oktober nach Bonn. Ich [155] fordere Sie auf, alle an dieser Fahrt teilzunehmen. Sichern Sie sich umgehend Karten für die Sonderzüge.

Was bedeutet Widerstand leisten, arbeiten für den Frieden für uns Marburger in dieser Woche? Wir schlagen vor, daß alle, die sich in der Sorge um den Frieden einig sind, jeden Tag um fünf vor zwölf ihrer Angst vor dem Krieg, ihrem Wunsch nach Frieden lautstark Ausdruck geben: mit Sirenen, Rasseln, Kochtöpfen, Weckern, jeden Tag um 17.00 Uhr ist ein sogenannter *„Tu-was-Treff“* an vier Stellen in Marburg: am Bahnhof, in der Hortenpassage, auf dem Marktplatz, an der Elisabethkirche. Hier treffen sich alle, die etwas mehr Zeit und Kraft aufwenden können, um Unterschriften für den Krefelder Appell und das Hessische Volksbegehren zu sammeln, Informationen auszutauschen und die in dieser Woche täglich erscheinende Zeitung des Marburger Forum, den *Friedenskurier* zu verteilen. Jede Helferin und jeder Helfer sind uns willkommen. Es gibt viel zu tun. Machen wir weiter! Fangen wir an! Tu was! Tun auch Sie was! Gemeinsam mit uns! Der Atomtod bedroht uns alle! Keine Atomraketen in Europa!

Frieden und Sicherheit

Redebeitrag auf der Podiumsdiskussion des SPD-Stadtverbandes Marburg am 14. November 1983 im Bürgerhaus Cappel

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich spreche hier für die Friedensinitiative Marburger Forum. Wir haben uns im Frühjahr 1981 aus Sorge über den Beschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 konstituiert, wonach ab 1983 hier in der Bundesrepublik und in anderen westeuropäischen Ländern gefährliche Raketen stationiert werden sollen. Diese sind in unseren Augen nicht geeignet, die Bundesrepublik zu verteidigen, sondern ein bestehendes, wenngleich labiles militärisches Gleichgewicht aufzuheben. Pershing II und Cruise Missiles sind in unseren Augen mögliche Angriffswaffen, für den Ersteinsatz geeignet und von daher mit der Gefahr behaftet, in einer Situation internationaler Spannung auf der sowjetischen Seite Kurzschlußreaktionen bis hin zu einem Präventivangriff, der uns vernichten würde, zu provozieren. Nach Ansicht des Marburger Forum ist der NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979 kein Nachrüstungsbeschluß, sondern beinhaltet eine Vorrüstung mit qualitativ völlig neuartigen Waffen. Es ist auch kein Doppelbeschluß, dessen zwei Teile in irgendeinem einander bedingenden Verhältnis zueinander stünden, sondern er ist ein Aufrüstungsbeschluß. Seine Verhandlungskomponente ist ihm offensichtlich völlig untergeordnet, wie das Verhalten der USA in Genf zeigt.

[156] Auch das Marburger Forum hält die sowjetischen Waffen vom Typ SS-20 für gefährlich. Selbst wenn man die Position Herbert Wehners von 1979 nicht teilen wollte, daß die sowjetische Rüstung ihrem Wesen nach defensiv sei – ich nehme hier nicht dazu Stellung: ich zitiere nur einen ehemals sehr einflußreichen Politiker der Sozialdemokratischen Partei – so wird man doch zugleich sagen müssen, daß der Aufbau der SS-20 der Sowjetunion offensichtlich nicht mehr Sicherheit gebracht hat, denn er diente zumindest als Vorwand für die US-amerikanische Rüstung mit Pershing II und Cruise Missiles. Ich sage bewußt Vorwand, denn es ist bekannt, daß die Planung der Pershing II schon zu einer Zeit eingeleitet wurde, in der die SS-20 noch kein Gegenstand der westlichen Propaganda war. Offensichtlich sieht der sowjetische Staats- und Parteichef Jurij Andropow die Lage ähnlich, denn er hat seit nunmehr elf Monaten eine Fülle von Vorschlägen unterbreitet, welche die Bereitschaft beinhalten, die SS-20 weitgehend abzubauen auf einen Stand, welcher der britischen und französischen Raketenrüstung entspricht.

Wir sind der Meinung, daß diese Vorschläge ernsthaft geprüft und angenommen werden sollten. Damit befinden wir uns in Übereinstimmung mit einer Position, die Egon Bahr ebenfalls vertritt. Es mag sein, daß Einzelheiten der Position Andropows präzisiert werden müssen, und der Westen hat das Recht, weitere Klarstellungen zu verlangen nicht nur im Interesse seiner Sicherheit, sondern auch, um einem Eingehen auf das sowjetische Angebot eine breite Absicherung in der öffentlichen Meinung der westlichen Länder zu geben. Nur ist dies gegenwärtig leider gar kein aktuelles Problem. Denn die Bundesregierung bemüht sich gar nicht um die Prüfung der sowjetischen Position,. geschweige denn um deren Annahme. Der Bundeskanzler ignoriert sie im Grunde. Dies stellt der Verhandlungs- und Friedensfähigkeit der Bundesregierung ein beängstigend schlechtes Zeugnis aus. Das Marburger Forum hat in der Vergangenheit hier in Marburg immer wieder um die hiesige SPD geworben. Ich muß sagen: meist mit schlechtem Erfolg. Gefolgschaftsbereitschaft gegenüber dem Kurs Helmut Schmidts war hier in Marburg, insbesondere bei den Bundestagsabgeordneten der SPD, aus Gründen, die ich nicht kenne und die ich hier auch nicht erörtere, besonders ausgeprägt. Um so mehr begrüßen wir es, daß nunmehr in einer Vielzahl von Landesverbänden der SPD das *Nein* zum NATO-Beschluß ausgesprochen worden ist und auch vom Kölner Bundesparteitag dieser Partei mit Sicherheit zu erwarten ist. Diese Verbreiterung der Friedensbewegung ist sehr wertvoll.

Die SPD, auch Egon Bahr, macht für sich geltend, daß Schmidts Vorstoß von 1977, als er die sogenannte „Nachrüstung“ forderte, insofern ein Erfolg gewesen sei, als jetzt die UdSSR zum Nachgeben bereit sei. Das mag sein. Aber es gilt auch Folgendes:

Erstens, mit dem Schmidt-Vorstoß von 1977 und dem Beschluß des Berliner Parteitages der SPD von 1979, der sich zur sogenannten „Nach“rüstung bekannte, hat die SPD objektiv zur [157] Legitimie-

rung des Nato-Kurses beigetragen, auch wie er sich dann unter Reagan entwickelte. Ich sage: „objektiv“, und ich meine, daß es in der Politik eben nicht nur darauf ankommt, etwas irgendwie gut gemeint zu haben, sondern auf das Ergebnis kommt es an. Das Ergebnis ist aber – *Zweitens* –, daß die SPD-Führung mit ihrer langjährigen Haltung zur sog. „Nachrüstung“ ihrer eigenen friedenspolitischen Identität schwer geschadet und damit mehrmals die Axt an die Wurzeln ihrer Kraft gelegt hat. Das führte – *Drittens* – dazu, daß die SPD sich jetzt als Oppositionspartei in einer Position befindet, in der sie nicht mehr in der Lage ist, ihr neues *Nein* zur Aufstellung US-amerikanischer Raketen etwa als Regierungspartei zu sagen.

Das „Marburger Forum“ hat von Anfang an den „Krefelder Appell“ propagiert. Seine zentrale Forderung richtet sich an die Bundesregierung, ihre Zustimmung zur Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles zurückzuziehen. Als diese Forderung zum ersten Mal aufgestellt wurde, wurde diese Bundesregierung von der SPD geführt. Diese SPD in der Regierung sprach das NEIN zu den US-Raketen damals nicht. Jetzt, da sie es ausspricht, geschieht dies aus der Opposition heraus, in einer Lage, in der viele der SPD nachsagen, dies geschehe in erster Linie, um verlorenes Terrain wiederzugewinnen und Anschluß an abgefahrene Züge zu finden. Ich selbst unterstelle der SPD ein solches rein taktisches Verhalten nicht. Aber ich finde, daß Helmut Schmidt, Brandt und Bahr zwischen 1977 und 1982 sich in die Position des Goethe’schen Zauberlehrlings begeben haben, der bekanntlich die Geister, welche er rief, nicht mehr los wurde.

Ohne Herrn Reagan mythisch verteufeln zu wollen, könnte man auch sagen, daß Helmut Schmidt und die SPD-Führung mit ihrer Anregung zur sogenannten „Nachrüstung“ am eigenen Leibe die alte Volksweisheit erfahren haben, daß, wer mit dem Teufel Kirschen essen will, einen verdammt langen Löffel haben muß. Der Löffel der SPD war offensichtlich zu kurz.

Was werden die weiteren Perspektiven der westdeutschen Friedensbewegung sein? Nach wie vor ist der Kampf gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles unsere Hauptaufgabe. Sollte dieser Kampf verloren gehen, dann steht die nächste Aufgabe: nämlich darum zu kämpfen, daß sie wieder wegkommen. Ich glaube, es wird keinen stabilen inneren Frieden mehr in der Bundesrepublik geben, solange unser äußerer Friede durch die amerikanischen Waffen bedroht ist und jeden Tag in einer atomaren Katastrophe untergehen kann.

Oft wird uns die Frage nach unseren eigenen sicherheitspolitischen Alternativen gestellt. Sie ist legitim. Wir meinen allerdings, daß Ausgangspunkt jeder sicherheitspolitischen Alternative, gleichsam ihr Paragraph 1, die Nicht-Stationierung von Pershing II und [158] Marschflugkörpern bzw. ihr Abzug sind. In diesem Zusammenhang kann man umfassendere Sicherheitskonzepte diskutieren, insbesondere auch das der „Atomwaffenfreien Zonen“ etwa im Sinne von Olof Palme und Egon Bahr. Auch diese atomwaffenfreien Zonen werden ebensowenig wie einst die neue Ostpolitik nur ein Produkt der Diplomatie sein können. Soll sich ein solches Konzept durchsetzen, dann muß es massenhaft getragen sein. Hierin sehen wir den Wert der zahlreichen kommunalen Initiativen, in denen Stadtverordnetenversammlungen sich gegen die Stationierung von Atomwaffen auf ihrem Gebiet wenden. Das Beispiel unserer Nachbarstadt Kassel hat gezeigt, daß ein solcher Beschluß so formuliert sein kann, daß er nicht gegen die Kompetenzgrenzen von Gemeindekörperschaften verstößt. Er lautet in seinen wichtigsten Passagen: „Die Stadtverordnetenversammlung ist entschlossen, [...] keine Maßnahmen zu unterstützen, die der Stationierung oder der Lagerung von Atomwaffen im Bereich der Stadt Kassel dienen. Darüber hinaus wird der Magistrat beauftragt, a) in Verhandlungen mit den zuständigen Gremien darauf hinzuwirken, daß die Herstellung, der Transport und die Lagerung atomarer, biologischer und chemischer Waffen in der Stadt Kassel verhindert werden; [...].“

Das Marburger Forum hat schon vor zwei Jahren vorgeschlagen, daß das Marburger Stadtparlament einen ähnlichen Beschluß faßt. Unterstützt wurde das Marburger Forum von einem Beschluß der Kreisdelegiertenversammlung des DGB. Entsprechende Initiativen zweier Fraktionen wurden mit formaler Begründung kurz abgetan. Diese formalen Bedenken bestehen in Kassel und in mehr als 50 anderen Gemeinden und Städten der Bundesrepublik offensichtlich nicht. Ich halte diesen Marburger Vorgang für beschämend. Seine Ursachen sind bekannt: in Marburg hat sich die Sozialdemokratische

Partei mit der CDU in einer Koalition verbunden und sich verpflichtet, keine Initiativen zu unterstützen, welche vom Partner abgelehnt werden. Man kann über das kommunalpolitische Faktum der Marburger Großen Koalition unterschiedlicher Meinung sein. Ich meine allerdings: man sollte in der Frage von Krieg und Frieden Prioritäten kennen. Und da sollte die Scham darüber, daß Hanno Drechsler in Marburg offensichtlich aus Rücksicht auf die CDU nicht darf, was Hans Eichel in Kassel kann, wichtiger sein als irgendwelche taktischen Überlegungen.

Die Glaubhaftigkeit des neuen *Nein* der SPD zur sogenannten „Nachrüstung“, ausgedrückt in der Bremer Bürgerschaft und wohl in wenigen Tagen auch auf dem Parteitag in Köln, wird für uns vom Marburger Forum auch am Verhalten der Marburger SPD gemessen werden. Es wird auch daran gemessen, ob die SPD in Marburg bereit sein wird, gemeinsam mit dem DGB und dem Marburger Forum und allen anderen politischen Kräften, die dazu bereit sind, zur Kundgebung am 21. November vor dem Rathaus mit einem eigenen namhaften Redner aufzurufen, um in historischer Stunde massenhaft zu bekräftigen, was der Vorsitzende der SPD im Sinn hatte, als er auf der Bonner Volksversammlung für den Frieden u. a. zusammen mit dem Christdemokraten Gohl, der Grünen Petra Kelly und der [159] Kommunistin Etty Gingold auftrat.

Sagen Sie *Nein* zur „Nachrüstung“, aber JA zum Nachverhandeln in Genf. Sagen Sie NEIN zu den neuen Massenvernichtungswaffen als erstem Schritt zur Beseitigung aller vorhandenen und auf Europa gerichteten Atomwaffen auf *beiden* Seiten. Sagen Sie *Nein* zu der Zumutung, die lebensbedrohende nukleare Uber Rüstung gegen den Willen einer überwältigenden Mehrheit unserer Bürger zu beschließen.

„So, wie es ist, bleibt es nicht“

Rede am 21. November 1983 am Vorabend des Bundestagsbeschlusses für die Raketenstationierung vor 4.000 Marburger Bürgerinnen und Bürgern auf dem Marktplatz in Marburg

Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Freundinnen und Freunde, die Friedensbewegung der Bundesrepublik hat in den hinter uns liegenden Jahren immer wieder den Anspruch erhoben, daß sie die Probleme unserer Sicherheit und unserer Gefährdung realistischer sieht als diejenigen, welche die Stationierung neuer Raketen in Europa betreiben. Dieser Anspruch des Realismus verlangt von uns, an diesem 21. November 1983 auch die Situation unserer eigenen Bewegung realistisch zu sehen. Das heißt: einzugestehen, daß wir dabei sind, eine Niederlage zu erleiden.

Morgen wird der Deutsche Bundestag der Stationierung neuer gefährlicher Waffen zustimmen. Dies ist eine Niederlage nicht nur für die Sache des Friedens, sondern auch der parlamentarischen Demokratie. Was heißt das? Wir bekennen uns zu den Normen des Grundgesetzes und zu der Form der politischen Willensbildung, die es vorsieht – also auch zu den Rechten des Bundestages. Doch eine verhängnisvolle Entscheidung wird nicht dadurch richtig, daß sie von diesem Parlament getroffen wird. Ein Bundestag, welcher der Stationierung von Atomwaffen zustimmt, mit denen ein Erstschlag geführt werden kann, mißbraucht seine Möglichkeiten. Er vertut die Chance, der Sache des Friedens, die uns unsere Demokratie durch Art. 26 aufgegeben hat, zu dienen. Er weckt Mißtrauen gegen die [160] politische Reife seiner Mitglieder. Schon wird der Gedanke erörtert, ob gegen den Stationierungsbeschluß Verfassungsklage erhoben werden soll. Aber zugleich regt sich bei vielen ein Zweifel, ob denn das Bundesverfassungsgericht der Größe seiner Aufgabe in einer solchen Frage gewachsen sei. Diese Zweifel – gegenüber dem Parlament und anderen Institutionen unseres Staates – zeigen, wieviel durch das Verhalten der Mächtigen in unserem Land an Vertrauen bereits verletzt wurde.

Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Niederlage ist für jene, welche sie erleiden, eine Stunde der Wahrheit. Es gibt keine siegreiche Bewegung in der Geschichte, die nicht solche Niederlagen durchschreiten mußte. Verloren aber hatten nur diejenigen, welche nicht nur geschlagen wurden, sondern sich auch selbst aufgaben. Dazu haben wir kein Recht.

Ernst Toller, ein deutscher Schriftsteller, schrieb in einer anderen bitteren Stunde der deutschen Geschichte vor 50 Jahren, am Tage der Verbrennung seiner Bücher in Deutschland: „Um ehrlich zu sein, muß man wissen. Um tapfer zu sein, muß man verstehen. Um gerecht zu sein, darf man nicht vergessen. Wenn das Joch der Barbarei drückt, muß man kämpfen und darf nicht schweigen. Wer in solcher Zeit schweigt, verrät seine menschliche Sendung.

In der bisherigen Geschichte hatte die Menschheit immer wieder die Option von Krieg und Frieden. Jetzt, angesichts der Gefährlichkeit der Atomwaffe, haben wir nur noch die Option des Friedens. Aber diejenigen, welche den Krieg wollen, sind stark. Die Aufgabe lautet: eine Welt des Friedens zu errichten, in welcher die Kräfte des Krieges keine Chance mehr haben. Die Reagans und Weinbergers dürfen nicht die Sieger der Geschichte bleiben. No pasaran! Vor dieser Aufgabe dürfen wir nicht kapitulieren.

Es wird ein Wort des Leibarztes von Präsident Reagan kolportiert: in zwei Jahren werde es Krieg geben; nur die blöden Deutschen wollen dies jetzt ebensowenig wahrhaben wie die deutschen Juden 1933 ihr späteres Schicksal. Es ist gleichgültig, ob dieses Zitat völlig abgesichert ist – die Zahl ähnlicher Äußerungen ist Legion. Wahr ist, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden nach dem 22. November weniger in unserer Hand liegt als vorher. Wahr ist aber auch, daß wir die Elemente einer möglichen Friedensordnung uns auch jetzt bewußt halten, sie ausbauen und verteidigen müssen. Eine Nachkriegsordnung ist für uns nicht mehr denkbar. Wollen wir das Denken nicht aufgeben, dann müssen wir uns die Bedingungen künftigen Friedens vergegenwärtigen. Zu ihren Voraussetzungen gehören die Ergebnisse und Erkenntnisse der Friedensbewegung. Ich nenne nur einige.

Erstens: Diese Friedensbewegung ist die größte demokratische Massenbewegung, die es je in der Bundesrepublik gab. Schon dies macht sie unvergleichbar mit anderen sozialen und [161] politischen Bewegungen, welche sich nach ihren Niederlagen verliefen.

Zweitens: Die Friedensbewegung hat nach 30 Jahren erstmals wieder die Parteienlandschaft unseres Staates nach links hin geöffnet. Fundamentale Angst und Hoffnung sind politikfähig auch außerhalb eines Rahmens geworden, in dem sie früher oft manipuliert wurden. Sie sind nun in einem gewissen Grade unmanipulierbar geworden.

Drittens: Die sozialdemokratische Bewegung hat sich in den vergangenen Monaten, Wochen und Tagen aus ihrer staatsförmigen Erstarrung gelöst. Sie hat zur Friedensbewegung gefunden. Anders als 1958 ist diese jetzt so breit und stark, daß sie durch parteitaktische Überlegungen nicht mehr verändert werden kann.

Viertens: Die Gewerkschaftsbewegung hat ihr Zögern gegenüber der Friedensbewegung überwunden. Mehr noch: Anders als in den 50er Jahren hat sie jetzt erstmals ganz fest die Frage der materiellen Interessenvertretung mit derjenigen der Zukunft und des Friedens verbunden. Was meine ich damit? Es fällt auf, daß außerhalb der Gewerkschaftsbewegung gegenwärtig die Kategorie Zukunft kaum noch eine Rolle spielt. Oft wurde den Gewerkschaften der Vorwurf gemacht, sie seien dem Hier und Heute verhaftet. Da scheint sich ein Wandel anzubahnen. Viele von denen, die früher in Sachen Zukunft die Lautesten waren, sind verstummt. Die Gewerkschaften aber wenden sich einem Problem zu, das gleichermaßen die Zukunft des Friedens und die Zukunft der Arbeit betrifft. Es lautet: Ist die Macht der Computer etwas, das unseren Händen entgleitet und uns beherrscht, uns kaputtmacht und zerstört? Oder kann sie unsere eigene Macht werden, mit der wir die Zukunft gestalten? Konkreter Ausdruck dieses Problembewußtseins ist die Forderung nach der 35-Stunden-Woche und die Offenheit, mit der die Gewerkschaften Alternativen in der Arbeitswelt diskutieren. Vorbei ist die Episode von 1981, als die Gewerkschaften sich nicht zur Bonner Demonstration bekennen wollten. Diese Kundgebung heute wird vom DGB mitgetragen. Auch das läßt uns hoffen. Ich verbinde diesen Ausdruck der Hoffnung mit dem Dank und der Hochachtung für Käte Dinnebier, die Kreisvorsitzende des DGB Marburg-Biedenkopf, die eine solidarische und tapfere Partnerin und Kämpferin in der Friedensbewegung bereits war, als der Kampf gegen die Raketenstationierung noch nicht Mehrheitsmeinung in Leitungsetagen war.

Fünftens: Zwar werden sich CDU/CSU und FDP morgen im Bundestag wohl weitgehend geschlossen verhalten. Aber wahr ist auch: Diese Geschlossenheit in der Spitze trügt. Erstmals seit 30 Jahren gehören auch konservative Kräfte zur Friedensbewegung: von Franz Alt und den Initiativen christlicher Demokraten gegen die Raketenstationierung bis zu Teilen der Selbständigen, der Unternehmer und des Militärs. Die große Lebenswende des Gert [162] Bastian ist noch kein exemplarischer Fall, aber auch kein exotischer mehr.

Sechstens: Das Hineingreifen der Friedensbewegung in das konservative Lager ist Ausdruck einer tiefen Erschütterung des sicherheitspolitischen Konsenses in der Bundesrepublik. Nach der Raketenstationierung werden Probleme der sicherheitspolitischen Alternativen auf der Tagesordnung bleiben. Ist der auf 5 Jahre angelegte Stationierungsprozeß angelaufen, wird es darauf ankommen, ihn wieder anzuhalten und rückgängig zu machen.

Der Kampf um eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa muß langfristig gewonnen werden. Die kommunalen Beschlüsse, daß auf dem Gebiet einer bestimmten Gemeinde keine Atomwaffen gelagert werden dürfen, ist Teil einer Aufklärungskampagne, die um Marburg keinen Bogen machen darf. Das beschämende Schauspiel muß ein Ende haben, daß ein christdemokratischer Stadtverordnetenvorsteher in Marburg Friedensanträge mit formalen Begründungen und unter dem billigenden Schweigen der SPD von der Tagesordnung verweist. Kurz: Die Europäisierung der Freeze-Bewegung und die Kommunalisierung des Problems der atomwaffenfreien Zonen bleiben Thema der Friedensbewegung.

Siebtens: Wenn die Friedensbewegung einerseits gegen die gegenwärtige US-amerikanische Strategie ankämpft, wonach – trotz aller gegenwärtigen Beteuerungen der allerletzten Zeit – ein Atomkrieg führbar, begrenzbar und gewinnbar gemacht werden soll, zugleich aber erklärt, sie sei nicht antiamerikanisch, dann hat dies einen realen Kern: Wir haben die Solidarität der US-amerikanischen Friedensbewegung erfahren. Sie erscheint gegenwärtig geschwächt. Ihre Auswirkungen aber werden

eines Tages in den USA auch zu einem Wechsel der Administration und des außenpolitischen Kurses führen können. Vergessen wir nicht: Schon einmal, Anfang der 60er Jahre, war es eine solche Korrektur in den USA selbst, die zur Entspannung beitrug.

Achtens und Letztens: Viele von uns fühlen sich auch durch die SS-20 bedroht. Aber wir haben seit Ende 1982 erfahren, wie die Führung der Sowjetunion Vorschlag um Vorschlag unterbreitete, in dem sie selbst einen Abbau dieser Bedrohung vorschlug. Mit Bitterkeit müssen wir feststellen, daß keiner dieser Vorschläge ernsthaft im Westen geprüft wurde. Mit Bitterkeit müssen wir auch auf die historische Tatsache hinweisen, daß die Periode der Entspannung Ende der 50er Jahre erst beginnen konnte, als die waffentechnische Überlegenheit des Westens eingedämmt wurde. Friede kann auf die Dauer nicht durch Wettrüsten gesichert werden. Mit Herbert Wehner, Egon Bahr und bereits dem Gert Bastian des Jahres 1979, gerade auch nach den Erfahrungen des Jahres 1983, nämlich mit den sowjetischen Vorschlägen, können wir feststellen: Nichts berechtigt zu der Annahme, daß von seiten der UdSSR die gleiche Abenteuerpolitik gegen uns betrieben wird, mit der die gegenwärtige US-amerikanische Administration und ihre westdeutsche Gefolgschaft uns dem atomaren [163] Opfer aussetzt. Gerade wer die westliche Lebensform der östlichen vorzieht, wird dies mit Bitterkeit konstatieren müssen.

Dies sind acht Punkte gegen die Apokalypse. Ob sie stärker sind als diese, wissen wir nicht. Aber solange sie bestehen, stellen sie zugleich eine Aufgabe dar: nämlich die Aufgabe, verbleibende Chancen zu nutzen. Vor dieser Aufgabe dürfen wir nicht davonlaufen! Unsere Angst muß produktiv bleiben oder werden. Hier auf diesem Platz, auf dem wir uns in historischer Stunde versammelt haben, sind auch unsere Kinder.

Das Blut kreist weiter in unseren Adern. Wer von uns möchte das verleugnen? Wir leben noch. Denen, die jetzt sagen: „was wir wollen, geht niemals“, rufen wir mit Bert Brecht zu:

„Wer noch lebt, sage nicht: niemals!
Das Sichere ist nicht sicher.
So, wie es ist, bleibt es nicht.
Wer niedergeschlagen wird, der erhebe sich!
Wer verloren ist, kämpfe!
Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?
Denn die Besiegten von heute sind die Sieger von morgen und aus niemals wird: heute noch!“

Weihnachten und Frieden

Beitrag im „Marburger Echo“ am 10. Dezember 1983

In meiner Doktorarbeit beschäftigte ich mich mit dem Wirken des evangelischen Pfarrers Erwin Eckert, der aus Zorn über die Ungerechtigkeit der kapitalistischen Welt, im Ringen um den Frieden, im Kampf gegen den von der SPD zunächst abgelehnten, dann gebilligten „Panzerkreuzer A“ und wider die Parteinahme der christlichen Kirchen für den heraufziehenden Faschismus sich schließlich sogar der Kommunistischen Partei anschloß.

Als Sprecher des Marburger Forum arbeite ich seit nunmehr fast drei Jahren mit Christen und Nichtchristen für den Frieden zusammen. In dieser Friedensarbeit habe ich dankbar wahrgenommen, wie für viele Christen die Verheißung der Weihnachtsbotschaft „Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ zur Losung ihrer Alltagsarbeit während des ganzen Jahres wurde. Ich habe auch gesehen, wie entschiedene Atheisten lernten, das Friedensengagement der christlichen Mitstreiter ernst zu nehmen und zu achten. Die Parole „Schwerter zu Pflugscharen“ entzweite uns nicht: das Wort des Alten Testaments ist eine so große Verheißung des Friedens, daß sie nicht zur antikommunistischen Provokation verkehrt werden konnte.

[164] Die Sache des Friedens einte uns so alle: Christen und Nichtchristen. Sie ist so wichtig, daß andere Unterschiede daneben nicht trennend ins Gewicht fallen. Mehr noch: sie hat es vermocht, Menschen gegensätzlicher Weltanschauung, Materialisten und Idealisten, Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale, Christen und Atheisten dazu zu bringen, das Innerste ihres Bekenntnisses nach außen zu kehren und es in die Sache des Friedens aktiv einzubringen.

Erstmals seit über 30 Jahren, seit dem Kampf Gustav Heinemanns gegen Konrad Adenauer, konnte christliche Ernsthaftigkeit selbst in Teilen der CDU – so bei Franz Alt – den Protest gegen aktuelle Rüstungspläne wecken. Die Kriegsgefahr, die uns insbesondere im Schatten von Pershing II und Cruise Missiles bedroht, macht diese Einheit in aller Verschiedenheit auch in Zukunft dringend nötig.

Zu Weihnachten 1983 sage ich meinen Dank für die Gemeinsamkeit im Ringen für den Frieden vor allem den vielen Christen, die in der Marburger Friedensbewegung mitarbeiten. Sie haben sicher ebenso wie ich gespürt, was für ein bewegendes Erlebnis es ist – in Achtung aller sonstigen Unterschiede –, für das gemeinsame Interesse des Überlebens und des Friedens durch Gerechtigkeit zusammenzuarbeiten. Der Stationierungsbeginn wurde in Mißachtung des Volkswillens von der „christlich-liberalen“ Mehrheit im Bundestag beschlossen. *Wir machen weiter*.

„Gemeinsam für Frieden und Freiheit“

Ungehaltene Rede auf einer gleichnamigen CDU-Veranstaltung am 14. Dezember 1983

Angelpunkt der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles ist die angebliche oder tatsächliche Bedrohung der Bundesrepublik durch die sowjetischen SS-20-Raketen. Die NATO und die Bundesregierung gehen davon aus – ebenso wie 1977 schon Helmut Schmidt –, daß die UdSSR im Mittelstreckenbereich überlegen sei. Sie könne mit ihren SS-20-Waffen die Bundesrepublik angreifen, ohne daß die USA mit einer gleichen Waffe reagieren könnten. Die Vereinigten Staaten stünden dann vor der Alternative, den sowjetischen Angriff entweder hinzunehmen oder mit Interkontinentalraketen zu antworten, was aufgrund des in SALT 1 und SALT 2 festgeschriebenen Patts in diesem Bereich zur wechselseitigen Vernichtung führe. Die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles stelle erst Waffenparität her.

So weit die Argumente der NATO, die Ihnen bekannt sein dürften. Ich nehme an, daß Sie die Gegenargumente von Experten aus der Friedensbewegung ebenfalls kennen. Sie lauten: die SS-20 seien heute schon ausbalanciert durch die US-amerikanischen Forward Based Systems und die französischen und britischen Mittelstreckenraketen.

[165] Wollten wir die Diskussion an dieser Stelle beenden, dann wären wir bei einem bloßen Schlagabtausch stehengeblieben, der unser Gespräch nicht weiterbringt. Ich möchte deshalb jetzt einmal versuchen, Argumente der NATO gegen die Friedensbewegung versuchsweise zu akzeptieren, um sie auf diese Weise immanent prüfen zu können.

Ein solches Argument lautet: die SS-20 seien keineswegs durch die französischen und die britischen Waffen sowie durch die FBS ausbalanciert, denn sonst sei überhaupt nicht erklärbar, weshalb Andropow seit Dezember 1982 zu einer Reduktion der SS-20 auf den britischen und französischen Stand bereit sei. Dazu sage ich: einverstanden, aber ich erlaube mir die Gegenfrage: Weshalb ist der Westen auf die Reduktionsvorschläge Andropows nicht ernsthaft eingegangen? Von einer ernsthaften Prüfung kann man meiner Meinung nach nicht sprechen. Hier drängt sich der Verdacht auf, daß die Stationierung schon sehr lange beschlossene Sache war und Andropows Vorschlag hier eher störend wirkte.

Obwohl für mich dieser Verdacht sehr evident ist, möchte ich wiederum die Argumentation an dieser Stelle nicht abbrechen, sondern ein zweites Mal versuchen, die Argumente der NATO zu verstehen. Sie lauten: die französischen Mittelstreckenraketen seien nicht Teil der NATO-Bewaffnung. Anders sei es zwar mit den britischen, denn Großbritannien sei Mitglied der NATO, aber die britischen Waffen seien zunächst einmal rein nationales Potential. Es sei Großbritannien und Frankreich nicht zuzumuten, im Falle einer Bedrohung der Bundesrepublik etwa durch konventionelle Angriffe der UdSSR oder durch SS-20 sich sofort in einen Atomkrieg in der für diese Länder höchsten Eskalationsstufe zu begeben. Zumindest im Falle Frankreichs bedeute dies eine Umstellung der Militärdoktrin dieses Landes, eine unmittelbare Verflechtung in die NATO, die diesem Lande nicht aufgezwungen werden könne.

Wenn man diese Argumentation akzeptiert – und ich tue dies wiederum testweise –, dann wird man allerdings zugleich an den Punkt geführt, daß Respektierung etwa der französischen Militärdoktrin bei gleichzeitiger Stationierung von Pershing II zwar die Sicherheitsinteressen Frankreichs akzeptiert, nicht aber diejenigen der UdSSR.

Nun könnte man meinen, die Sicherheit der UdSSR sei eben das Problem Moskaus und nicht unseres. Ein Sicherheitsrisiko für die UdSSR wird aber zum Sicherheitsrisiko auch für uns, wenn wir fürchten müssen, daß Verunsicherung der UdSSR in einem vitalen Punkt uns der Gefahr eines sowjetischen Präventivkriegs aussetzt, also in höchstem Maße unsere Sicherheit gefährdet.

Wir wissen, daß die sowjetische Führung unter dem Trauma des Hitler-Überfalls von 1941 steht. Daraus resultiert – ob uns das paßt oder nicht – die sowjetische Militärdoktrin, daß [166] einer möglichen militärischen Zerstörung des eigenen Territoriums vorgebeugt werden müsse. Ein solches Den-

ken schließt – logisch weitergedacht – den Präventivschlag ein. Die UdSSR hat zwar erklärt, sie werde niemals als erste Atomwaffen einsetzen. Doch diejenigen, die, wie die NATO oder auch Ihre Partei, die Sowjetunion für aggressiv halten, können dies nicht einerseits tun und andererseits auf ein solches Versprechen der UdSSR bauen. Außerdem, auch ein Angriff mit nichtatomaren Präzisionsraketen, welche etwa präventiv die Pershing-Stellungen ausheben sollten, würde bei der Zerschlagung des atomaren Mittelstreckenpotentials in Westeuropa Kernenergie freisetzen und die Wirkung eines Atomkrieges haben. Zwar hätten die USA dann noch die Option, mit ihren eigenen Mittelstreckenraketen, soweit noch vorhanden. zurückzuschlagen und das Territorium der UdSSR zu treffen. Für uns selbst in der Bundesrepublik wäre das aber gar kein Trost. Wir wären längst elend zugrundegegangen; die UdSSR wäre schwer getroffen, die USA unversehrt, es sei denn, die UdSSR antwortet mit strategischen Waffen und es käme zur globalen Katastrophe. Dies wäre das Szenario eines begrenzten Krieges mit Atomwaffen in Europa, dessen Übergang in die Weltkatastrophe offen bleibt.

Ich komme also zu der Schlußfolgerung: Selbst wer der Ansicht ist, die sowjetischen SS-20-Raketen stellten gegenwärtig eine einseitige Bedrohung im Mittelstreckenbereich dar und darauf müsse eine Antwort gefunden werden, wird zugeben müssen, daß die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles diese angemessene Antwort nicht ist. Die angenommene Bedrohung durch SS-20 wird nicht derart balanciert, daß sie mit Sicherheit nicht stattfindet, sondern sie wird u. a. erst provoziert. Dies würde um so mehr gelten, wenn sich im Laufe der Jahre die UdSSR Hoffnung machen könnte, mit ihrem Präventivschlag sämtliche 108 Pershing-Raketen präzise auszuräumen. Dann wäre die Lage um kein Haar besser als vor der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles.

Ich komme zum Schluß: Die Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II ersetzt ein angenommenes Rüstungsungleichgewicht im Mittelstreckenbereich durch ein anderes Ungleichgewicht, das noch viel labiler und gefährlicher ist als das bisherige. Das gilt umso mehr, wenn man, wie die NATO immer wieder, der UdSSR aggressive Absichten unterstellt. Es gilt auch, wenn man diesem Land etwa defensive Absichten zubilligt, die aber u.U. doch die Kalkulation eines Präventivschlages auf die US-amerikanischen Pershing-II-Raketen einschließen. Traut man der UdSSR einen solchen Präventivschlag zu – und die Pershing II sind sehr leicht verwundbar –, dann könnten im Zuge einer rein militärischen Logik, das heißt einer Logik der gleichzeitig installierten Computer, auch Situationen entstehen, in denen die USA zur Verteidigung ihrer Pershings keinen anderen Weg mehr sehen, als sie abzufeuern, mit vorhersehbarem Ergebnis für uns. Das sind die teuflischen Logiken, in welche wir durch die Stationierung hineingeraten.

[167] Wäre es nicht an der Zeit, mit Kurt Biedenkopf und Franz Alt Wege aus dieser teuflischen Logik zu finden und eine Sicherheitspolitik zu betreiben, die die eigenen Sicherheitsinteressen besser schützt und überdies in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Bevölkerung, auch der Mehrheit der CDU/CSU-Wähler, steht? Das Marburger Forum steht allen Christdemokraten offen, die sich im Einklang mit der Mehrheit der Bevölkerung gegen die Stationierung der neuartigen US-amerikanischen Raketen, insbesondere auf westdeutschem Boden, wenden.

Antimilitaristischer Stadtrundgang

am 30. Januar 1984 in Marburg

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Freunde, der 30. Januar 1933 war der erste Tag des Zweiten Weltkrieges. So werden alle diejenigen urteilen müssen, welche die bloße Abwesenheit von Schußwechseln nicht mit Frieden verwechseln und die wissen, daß Kriege im Frieden vorbereitet werden. In diesen Kriegsvorbereitungen wird, das lehrt uns die Geschichte, immer wieder lautlos und mit angestrengter Normalität eine Schwelle überschritten, eine Wasserscheide, von der es nur noch abwärts gehen kann – hinein in die internationale Katastrophe.

Eine solche Schwelle war der 30. Januar 1933. Es war das Signal zum Krieg, auch wenn sich der Reichskanzler Hitler als „Friedensengel“ vor dem Reichstag gebärdete. Alles schon einmal da gewesen. Der Zweite Weltkrieg hätte nur noch aufgehalten werden können durch eine äußerste Anstrengung: durch erfolgreichen Widerstandskampf im Innern und durch ein internationales Sicherheitssystem, das Hitlerdeutschland hätte isolieren können. Wir wissen, daß diese Bedingungen nach 1933 nicht eintraten. Aber erst ihr Ausbleiben gab der Entwicklung hin zum Jahre 1939 ihre Zwangsläufigkeit.

Gibt es Parallelen zu unserer Situation heute? Ja und Nein. Das Schwellendatum, mit dem eine Situation äußerster Gefahr beginnt, war der 22. November 1983. Seitdem sind die Chancen des Friedens sehr schlecht. Falls überhaupt, dann kann er nur noch gerettet werden durch äußerste nationale und internationale Kraftaufbietung der Widerstandsbewegung gegen die Atomrüstung. International tut eine Anti-Reagan-Koalition not, so wie nach 1933 eine Anti-Hitler-Koalition das Gebot der Stunde war. Alle diejenigen, die diese Forderung unterstützen, haben gelernt oder werden lernen müssen, die Voraussetzungen für diese große [168] Koalition zu schaffen: nämlich politische Offenheit, Toleranz, die Fähigkeit zur politischen Gemeinsamkeit durch Verzicht auf ideologische Maximalpositionen.

Wir wissen nicht, ob diese Anti-Reagan-Koalition zustande kommt; Anzeichen fehlen fast völlig. In den USA scheint die Arroganz der Macht zu triumphieren. Fast schon scheinen wir wieder an dem verhängnisvollen Punkt angelangt zu sein, da allenfalls noch die Gefahr der Selbstvernichtung die schier hemmungslosen Rüstungstreiber hemmen könnte. Wir wissen, daß eine solche Konstellation, in der etwa ein neuerliches militärisches Gleichziehen der UdSSR das Risiko für Reagan und Weinberger hochhält, äußerst labil wäre, weil sie nur durch die Verstärkung des Wettrüstens erreichbar ist.

Und im Innern? Wir müssen uns klar darüber sein, daß die Friedensbewegung jetzt in eine Phase der Kälte und der relativen Einsamkeit eintritt. Auf den Rausch der großen Zahl werden wir zeitweilig verzichten müssen. Aber erinnern wir uns, daß die Einsamkeit der Widerstandskämpfer ab 1933 unvergleichlich größer war als die unsere und daß sie gefährlich war, während wir – die Friedensbewegung in den USA und in Westeuropa – immer noch die Freiheiten und Spielregeln der parlamentarischen Demokratie und der freien Meinungsäußerung für uns mobilisieren können.

Unsere Kraft wird sich in der nächsten Zeit wahrscheinlich nicht in den großen spektakulären Aktionen erneuern, sondern in der Zähigkeit der tagtäglichen kleinen Arbeit für den Frieden. Unter den erschwerten Bedingungen bedürfen wir der menschlichen Kraft und Stärke mehr als zuvor. Wir brauchen den offenen Dialog ebenso wie die politische Gemeinsamkeit.

Unsere Kraft wird sich oft auf die lokale Ebene beschränken müssen, denn die zentralen Entscheidungen sind gefallen, und erst, wenn an der Basis der Widerstand stark genug geworden ist, wird eine Wende an der Spitze möglich werden. Tagtäglich treffen die Rüstungstreiber in der kleinen Gemeinde Mutlangen und in dem Frankfurter Stadtteil Hausen Entscheidungen, indem sie vollendete Tatsachen schaffen. Unsere Solidarität ist deshalb mit all denen unserer Mitstreiter, die sich Gefahren aussetzen – ohne das Gebot der Gewaltfreiheit zu verletzen. Mehrere von ihnen sind heute morgen festgenommen worden.

Ein Teil unseres Kampfes wird gegen das Vergessen und Verdrängen geführt werden müssen. Zu nahe liegt es, in der Nähe des kollektiven Todes wegzublicken und damit die Entscheidung des 22. November zu einer bloßen Episode zu verkleinern. Wir müssen wissen, daß der Zeitzünder tickt und

daß wir uns in einem Wettlauf mit der Selbstvernichtung des Menschengeschlechtes befinden. Dieses Bewußtsein muß massenhaft verbreitet und wachgehalten werden, damit es wieder Kraft zur erfolgreichen politischen Aktion gewinnt.

[169] Wir stehen hier auf dem ehemaligen Adolf-Hitler-Platz, der nach 1945 wieder nach dem Hohenzollernkaiser Friedrich dem Dritten benannt wurde. Hier kapitulierten im März 1945 die Marburger Reste der faschistischen Armee. Von Teilen der Bewohner des Südviertels ist vorgeschlagen worden, diesen Platz in Friedensplatz umzubenennen. Marburg gehört zu jenen Städten mit einem sozialdemokratischen Oberbürgermeister, in deren Stadtverordnetenversammlung der Kasseler Appell nicht behandelt werden kann. Er lautet: die Stadt Kassel werde keine Maßnahmen unterstützen, vielmehr allen Widerstand leisten, die zu einer Stationierung von Atomwaffen auf ihrem Gelände führen. Zahlreiche Städte des In- und Auslandes haben sich inzwischen in gleicher oder ähnlicher Weise festgelegt. So etwas darf in der Marburger Stadtverordnetenversammlung nicht gesagt werden, weil die größten Parteien sich in einer Koalition verbunden haben, welche es der SPD verbietet, die Öffnung zur Friedensbewegung, welche sich inzwischen auf Bundesebene vollzog, auch hier zu realisieren. Hier Änderung zu schaffen, wird zu den Aufgaben der Friedensbewegung in unserer Stadt gehören.

Wir sehen: Auch in Marburg gibt es zahlreiche Ansatzpunkte zur Aktion an der Basis. Sie sind notwendig. Ein Partner der Arroganz der Macht ist die Arroganz der Ohnmacht, das masochistische Sichselbstaufgeben. Dazu haben wir kein Recht und keinen Anlaß. *Wir machen weiter*.

Ein liberaler Einzelkämpfer

Rede zum 60. Geburtstag für Leonhard Froese (9.2.1924–9.12.1994) am 10. Februar 1984

Lieber Leonhard Froese, wer wie wir, Deine Freunde, Mitstreiter und Diskussionspartner vom Marburger Forum, es unternehmen wollte, Deinem Leben gerecht zu werden, hat es aus mehreren Gründen nicht leicht. Einmal wegen der Fülle dessen, was erwähnt und gewürdigt zu werden unbedingt verdient. Selbst wer, wie das für unseren Zusammenschluß naheliegt, allein Dein Eintreten für eine europäische Friedensordnung untersuchen will, muß um Jahrzehnte zurückgehen, um an den Anfang eines nie unterbrochenen Engagements zu gelangen, und gewahr werden, daß Du einer der wichtigsten Inspiratoren für den Gedanken und das Programm einer europäischen Sicherheit gewesen bist.

[170] Das größte Hindernis einer historisch-biographischen Charakterisierung aber ist Deine Gegenwärtigkeit. In den vergangenen drei Jahren haben allein hier in Marburg Dich Hunderte und Tausende von ganz jungen Menschen kennengelernt, und Du hast ihnen viel gegeben. Du bedeutest ihnen so viel, daß sie in der Fülle des aktuellen Engagements, das Du ihnen vorlebst, erst allmählich gewahr werden, daß hier ein ganzes, langes, politisches Leben eingesetzt ist, ein politisch und wissenschaftlich außergewöhnlich schöpferisches Leben, um gegenwärtigste Gefahren zu wenden.

Das Marburger Forum, als dessen Sprecher ich mich hier an Dich wende, besteht nun seit fast drei Jahren. Du gehörst fast zu seinen Mitbegründern. Ohne Dich ist unsere Arbeit in dieser Zeit nicht denkbar. Als Du mit uns anfingst, damals im Frühsommer 1981, warst Du zwar in unserem Kreis, in der sogenannten neuen Friedensbewegung, nicht allein. Aber einsam hättest Du Dich schon fühlen können, wenn Du etwa an diejenigen zurückdachtest, mit denen du gemeinsam in den 60er Jahren für die Vorbereitung einer neuen Ostpolitik gestritten hast und die nun, als es gegen die Stationierung der neuen US-amerikanischen Raketen ging – ich nenne sie hier noch einmal bei ihrem fluchwürdigen Namen: Cruise Missiles und Pershing II –, zögernd abseits standen, Deine Einsichten nicht teilten oder sie doch vor sich und anderen verbargen, etwa weil sie die Loyalität zu einer von ihnen gewollten, jetzt aber irrenden Regierung höher stellten als ihr Wissen um die heraufziehende Gefahr. Auch in unserer Mitte magst Du Dich manchmal für Sekunden allein gefühlt haben, wenn Du darauf gedrungen hast, unsere Kreise zu verbreitern, Fühlung zu suchen mit dem, der manchen der Jüngeren schon oder noch auf der anderen Seite zu stehen schien. Du hast Dich mit Deinem Konzept im Marburger Forum durchgesetzt. Du hast uns gedrängt, den Kontakt zu Sozialdemokraten, Freien, Liberalen und Christdemokraten zu suchen und zu halten, auch wenn Dir und uns dabei mancherlei Enttäuschung nicht erspart blieb. Du hast in vielen Deiner Gesprächs- und Diskussionsbeiträge für eine desillusionierende, aber die humanen Fernziele keineswegs preisgebende, sozialliberale Pragmatik in der politischen Bewußtseinsbildung plädiert. Du hast das Marburger Forum zu jener politischen Breite angehalten, die letztlich seine Stärke ausmacht.

Du hast, lieber Leonhard Froese, keine Arbeit in unserer Mitte gescheut. An den beiden ersten Podien des Marburger Forum 1981 hast Du ebenso teilgenommen wie am zweiten Krefelder Forum 1982 in Dortmund. Dir ist es nie um eine bloße Kommentierung unserer Arbeit gegangen. Analyse, Polemik und Zuspruch sind für Dich eine Einheit, zuletzt mit Deinen streitbaren Thesen auf unserem Strategieseminar am 29. Januar 1984. Du hast unsere zahlreichen internen Arbeitssitzungen vorangetrieben. Eingebracht hast Du in die lokale Friedensinitiative, die Teil der größten Massenbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik ist: Erfahrung und Fantasie, Seriosität und Sensibilität, Realismus und Kreativität, Mut und Manieren. Du hast für uns Brücken geschlagen bei anderen: als unser Vertreter bei [171] einer Diskussionsveranstaltung der Liberalen Demokraten und des Bundes demokratischer Wissenschaftler oder beim Empfang des Kanzlerkandidaten der SPD, Vogel, in Marburg, als Vertreter der Friedensbewegung des Wahlkreises Marburg-Biedenkopf beim „Parlament der Mehrheit“ am 20. November 1983 in Bonn oder als Kundgebungsredner auf dem Marburger Marktplatz vor 4.000 Zuhörern am Tag vor der Raketenabstimmung im Bundestag. Oft fiel auf, wie rasch und fundiert das Marburger Forum, das ja an sich nur eine lokale und regionale Unternehmung ist, mit aktuellen Stellungnahmen hervortrat, etwa zu den Vorschlägen der UdSSR vom Dezember 1982. Es waren Deine Formulierungen, die dann auch Eingang in das Kommuniqué der Krefelder Beratung am 15. Januar 1983 und damit weit über Marburg hinaus Beachtung fanden.

Indem Du nach außen für die Sache des Friedens geworben hast, hast Du zugleich, ganz gewiß ohne es im persönlichen Sinn zu beabsichtigen, für Dich selbst geworben, nicht allein und schon gar nicht zuerst für jenen biographischen Leonhard Froese, geboren am 9. Februar 1924, sondern für die politische Figur des Liberalen.

Ein Liberaler – Du lieber Gott! Das war wohl das einzige, was unseren jungen und jüngsten Mitstreitern einfiel, wenn sie zum erstenmal hier mit diesem politischen Begriff konfrontiert wurden. Alles, was sie damit in Verbindung brachten, hatte zunächst keine Werbekraft für sie. Ich nehme auch an, daß Du selbst in der Zeit, als Du noch Mitglied der FDP warst, in unserer Mitte keinen einzigen Wähler und Anhänger für die damalige Partei gewonnen hast. Ich denke mir auch, daß es Dir nicht weh tut, wenn ich vermute, daß Du auch keinen einzigen Liberalen aus irgendeinem der Leute im Marburger Forum gemacht hast, die mit Dir zu tun hatten und haben. Aber Du hast Anderes, vielleicht mehr erreicht: Du hast ihnen und uns gezeigt, was das sein kann, ein entschiedener Liberaler, ein liberaler Einzelkämpfer, dessen liberale Identität mit einer Partei oder Organisation niemals allezeit deckungsgleich sein kann. Du wirkst unter uns als ein politisches Temperament, in der Subjektivität eines ungemein sensiblen Charakters, der sich keiner anderen Instanz verpflichtet fühlt als seiner jeweiligen Einsicht. Ohne die Institutionen, die politischen Parteien und Ämter zu scheuen oder jeweils gescheut zu haben, wirkst Du doch letztlich vor allem, weil Du Du selbst bist. Selbst, wo Du nur privat zu sein scheinst, erzeugst Du Politik, weil eben diese Person selbst eine politische Person ist. Dazu allerdings gehört eben doch ein langes politisches Leben.

Gespeist durch eine solch lange politische Biographie kannst Du das sein, was Du auf so frappierende Weise bist: gegenwärtig. Dafür danken wir Dir, und um diese Deine erregende, uns antreibende, uns ärgernde, widersprechende und vorwärtstreibende Gegenwart in unserer Mitte für viele Jahre, die noch nötig sein werden, den Frieden zu retten, bitten wir Dich. [172]

Friedensliste: Frieden – es gibt keine andere Wahl

Rede auf dem Gründungskongreß der „Friedensliste“ am 18. März 1984 in der Stadthalle von Bonn-Bad Godesberg

Liebe Freundinnen und Freunde des Friedens durch Abrüstung, ich kandidiere für die „Friedensliste“ und ich werbe für sie. Ich bin Sprecher des „Marburger Forum“, das seit 1981 in vielfältigen Aktivitäten und Äußerungen gegen die Stationierung der neuen US-amerikanischen Raketen aufgetreten ist und dem Menschen sehr unterschiedlicher politischer Richtungen angehören. Wir gehören verschiedenartigen politischen Parteien an, und unsere Parteienidentität – ich selbst bin parteilos – ist durch unsere Zugehörigkeit zur Friedensbewegung niemals ausgelöscht worden. Im Gegenteil: Die Friedensbewegung der vergangenen Jahre hat ihre Breite und Stärke ja gerade dadurch gewonnen, daß diejenigen, die sich an ihr beteiligt haben, damit nicht eine neue Identität angenommen haben, nicht ihren Lebens-, Politik- und Erfahrungsbereich gewechselt haben, sondern all das, was sie bis dahin gewesen sind, was sie sind und bleiben werden, in die Sache des Friedens eingebracht haben.

Wenn das aber so ist, dann ergibt sich für mich dreierlei: Erstens: indem ich für die „Friedensliste“ kandidiere, höre ich nicht auf, Sprecher des „Marburger Forum“ und Mitglied der Friedensbewegung zu sein. Zweitens: ich kann mit meiner Kandidatur weder für das gesamte „Marburger Forum“ sprechen noch diese Kandidatur mit der Autorität der gesamten Friedensbewegung schmücken. Drittens aber stellt sich uns und wird uns von außen die Frage gestellt werden, ob denn überhaupt eine eigene „Friedensliste“ bei den EG-Wahlen notwendig sei, da doch auch die „Grünen“ und mittlerweile die SPD die Stationierung der neuen US-amerikanischen Raketen ablehnen.

Zu diesem dritten Punkt folgendes: Drei Monate vor der EG-Wahl scheint es, als sei diese Wahl ohne beherrschendes zentrales Thema. Die etablierten Parteien, zu ihnen gehören mittlerweile eindeutig auch die „Grünen“, äußern sich auf ihren Wahlparteitagen zu einer Fülle von Themen, die aber ganz offensichtlich eher ihrem Politikalltag entnommen sind und keine neuen Akzente bringen. Keine der etablierten Parteien hat das Problem des Friedens, die Frage „Wie weiter nach dem Beginn der Raketenstationierung?“ zentral gestellt. Dabei handelt es sich hier um ein Problem, welches letztlich eine Existenzfrage nicht nur der Friedensbewegung, sondern von uns allen geworden ist. Es scheint, als sei diese Frage des „Wie weiter?“, als sei überhaupt die Friedensfrage nach dem 22. November im Alltagstrott der etablierten Parteien gleichsam in ein schwarzes Loch gefallen, als sei das Schnee von gestern. Das Problem der Friedenssicherung taucht in den Wahlaussagen von „Grünen“ und SPD als eines unter anderen auf; es ist bei ihnen nicht zentral. Diese kosmetische Verdrängung , welche es bei ihnen inzwischen erfuhr, steht in völligem Gegensatz zur realen [173] Bedeutung des Friedensproblems.

Unsere Kandidatur muß deshalb die Funktion haben, das Friedensmotiv zum beherrschenden Motiv der EG-Wahl zu machen. Unsere Kandidatur wird sich schon dann gelohnt haben, falls es gelingt, andere kandidierende Parteien zu veranlassen, den Frieden in den nächsten drei Monaten wieder an die Stelle ihrer Aktivitäten und Aussagen zu rücken, an die er gehört‘ nämlich in die Mitte.

Weil das so ist, habe ich als aktives Mitglied der Friedensbewegung ein sehr gutes Gewissen bei meiner Kandidatur. Ich bestreite denjenigen meiner Mitstreiter, die für SPD, „Grüne“ oder „Liberale Demokraten“ eintreten, ebensowenig die Legitimität ihres Friedensengagements, wie ich es mir selbst anzweifeln lasse. Für meine Person bin ich allerdings der Ansicht, daß ich für die Sache der Friedensbewegung am meisten tun kann, indem ich für die „Friedensliste“ eintrete.

Kern eines notwendigen Bündnisses: Die Friedensliste

Eröffnung einer Wahlveranstaltung mit Wolfgang Abendroth in der Marburger Stadthalle am 15. Juni 1984

Die „Friedensliste“ wirbt heute abend um ihre Stimme für eine Liste, von der feststehen dürfte, daß ihre Kandidatinnen und Kandidaten im nächsten Europa-Parlament nicht vertreten sein werden.* Offen gesagt, ich nehme nicht an, daß die „Friedensliste“, für die ich hier spreche, 5% der Stimmen erreichen wird. Eine solche Werbung bedarf selbstverständlich einer besonderen Begründung.

Hinter uns liegen die Jahre der größten Massenbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik, der Friedensbewegung der Jahre 1980 bis 1983. Diese Bewegung ist trotz [174] unübersehbarer Erfolge gescheitert. Jedenfalls hat sie ihr Ziel, die Stationierung von Pershing II und Marschflugkörpern zu verhindern, zunächst nicht erreicht.

Die Gegner dieser Friedensbewegung haben erfolgreich auf diese Niederlage hingearbeitet, aber sie haben noch mehr im Sinn. Ihnen kommt es nicht nur darauf an, die Stationierung der neuen Raketen durchzudrücken; zu ihren Zielen gehört auch die nachhaltige Demoralisierung der Friedensbewegung, ihr Auseinanderlaufen.

Eine solche Kalkulation ist realistisch, denn sie kann sich auf historische Erfahrungen stützen. Die großen Friedensbewegungen der Vergangenheit gegen die Wiederbewaffnung, gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Trägern und Abschußgerät für Atomwaffen haben ihre Niederlage in der Sache nicht überstanden. Gleiches gilt für die Bewegungen gegen die Notstandsgesetze. Eine Ausnahme bildet der Ostermarsch, der in die Periode der Entspannung und der Ostverträge einmündete.

Diejenigen, die die Raketenstationierung durchsetzten, setzen also zugleich auf ein Gesetz der Serie und auf die Macht der Gewöhnung. Eine solche Gewöhnung kann tödlich sein. Denn während viele derjenigen, die vor einem Jahr noch demonstrierten, inzwischen der Versuchung ausgesetzt sind, zu irgendeiner anderen Tagesordnung überzugehen, soll die Raketenstationierung in der Bundesrepublik fortgesetzt werden.

Nichts von dem, was in den vergangenen Jahren gegen diese Waffen vorgetragen wurde, ist inzwischen falsch geworden. Wir schweben nach wie vor in einer tödlichen Gefahr, die jederzeit in eine Katastrophe umschlagen kann. Sie kann nur überwunden werden, wenn ihre Ursache beseitigt ist, wenn also die Stationierung gestoppt und rückgängig gemacht wird. Eine solche Entscheidung wird nach allem, was geschehen ist, nicht von heute auf morgen fallen. Sie kann nur Ergebnis eines langfristigen politischen Prozesses sein.

An diesem Prozeß mitzuwirken, diese Aufgabe hat sich die „Friedensliste“ gestellt. Sie tritt zur EG-Wahl an, um das Thema des Friedens – in der gegenwärtigen Situation konkret des Kampfes gegen die neuen US-amerikanischen Raketen – in der erweiterten Öffentlichkeit, die eine solche Wahl und ihre Vorbereitung bieten, präsent zu halten. Die Rechnung derjenigen, die auf ein schnelles Auseinanderlaufen der Friedensbewegung spekulieren, soll und darf nicht aufgehen.

---

* Bei der Wahl zum „Europäischen Parlament“ in der Bundesrepublik Deutschland am 17. Juni 1984 erzielte die „Friedensliste“ 313.108 Stimmen oder 1,3%. In der Stadt Marburg erhielt die „Friedensliste“ 1708 oder 6,45% der gültigen Stimmen. Zum Vergleich: Die „Grünen“ erhielten 3.366 Stimmen oder 12,71%, die SPD 9.476 Stimmen der 35,79%. Im Landkreis Marburg-Biedenkopf erzielte die „Friedensliste“ 2.856 Stimmen oder 3,1%, die „Grünen“ 7.250 Stimmen oder 7,89% und die SPD 39.992 Stimmen oder 39,2% (siehe „Oberhessische Presse“ vom 18. und 19. Juni 1984). Im Landkreis Marburg-Biedenkopf kam die DKP bei den Europa-Wahlen 1989 nur auf 533 oder 0,51% der gültigen Stimmen. In der Stadt Marburg kam die DKP bei der Europa-Wahl 1989 nur auf 382 Stimmen oder 1,16% der Stimmen. 13 Jahre später zog die PDS mit 5 Abgeordneten in das Marburger Stadtparlament ein. 1997 errang die PDS bei den Kommunalwahlen in der Stadt Marburg 2.085 oder 6,16% der gültigen Stimmen. Es ist zu hoffen, daß die Partei des Demokratischen Sozialismus – trotz aller unentbehrlichen Kritik an inhaltlichen Positionen und unter Einschluß unterschiedlicher Plattformen und Gruppen – im Osten der Kern eines notwendigen Bündnisses bleibt und sich im Westen – wie in Marburg ohne Ausgrenzung – zu einem solchen entwickelt.

Die Stimme der außerparlamentarischen Bewegung für den Frieden soll in einer möglichst großen Zahl von Stimmen für die „Friedensliste“ laut werden. Dabei stellen wir nicht den Anspruch, die einzige Liste zu sein, deren Kandidaten gegen die Stationierung der neuen Raketen sind. Obwohl das so ist, schlage ich Ihnen, liebe Zuhörer, vor, am 17. Juni die [175] „Friedensliste“ zu wählen. Ich begründe dies so: SPD und „Grüne“ sind, jede für sich, ein umfassendes Programm, das die Friedensthematik einschließt, obwohl in den Wahlplattformen dieser beiden Parteien das Nein der Friedensbewegung gegen Pershing II und Cruise Missiles schon deshalb nicht so deutlich ist, weil sie als konkrete Bedrohung überhaupt nicht beim Namen genannt wird.

Wer für SPD und „Grüne“ stimmt, erklärt sich für ihre Haltung in der Friedensfrage, aber auch für viele andere Programmpunkte, die damit verbunden sind. Das Wahlergebnis für SPD und „Grüne“ wird am Abend des 17. Juni unter vielfältigen Gesichtspunkten kommentiert werden, jedoch wohl kaum ausschließlich unter dem Aspekt, ob ihre Wähler gegen die Raketen-Stationierung gestimmt haben. Dagegen wird jede einzelne Stimme, die für die „Friedensliste“ abgegeben wurde, in völliger Eindeutigkeit nur als Stimme gegen die Stationierung gezählt werden. Es kommt deshalb meiner Meinung nach darauf an, daß die Zahl der Nein-Stimmen gegen die Stationierung, die keiner anderen Interpretation zugänglich sind, möglichst hoch ist.

Angesichts der unvorstellbaren Bedrohung durch einen Nuklearkrieg und der Gefahr, daß wir uns an den Zustand einer wahnwitzig hochgerüsteten Welt und an laut gedachte und in aller Öffentlichkeit von den USA und der NATO vorbereitete Kriegführungsstrategien gewöhnen, bekennen wir, die wir alle aus der aktiven Friedensbewegung kommen, uns zu der Konzentration auf die Frage des Friedens.

Eine solche Konzentration macht es möglich, auf dieser Liste Kandidatinnen und Kandidaten zu versammeln, die im übrigen sehr unterschiedliche Auffassungen in den verschiedensten Fragen haben, sich aber einig sind in der Weiterverfolgung der Ziele des „Krefelder Appells“.

Es ist dieser Liste vorgeworfen worden, daß auf ihr auch Kommunisten vertreten sind. Als Nicht-Kommunist sage ich dazu, daß das in Ordnung ist. „Friedensliste“, das ist auch ein Stück Anti-Antikommunismus, jener unseligen und verheerenden Ideologie, die nicht nur Kommunisten mit schändlichen Berufsverboten belegt, sondern uns alle trifft und schon einmal dazu gedient hat, die Welt in das barbarische Abenteuer eines Weltkrieges zu stürzen.

Wenn es richtig ist, das Engagement von Konservativen und Liberalen für den Frieden zu akzeptieren, und es ist richtig, was sollte uns veranlassen, das aktive Überlebensinteresse von Kommunisten zu ignorieren? Es ist ja keinesfalls so, als ob nur das historische Schuldkonto der Kommunisten belastet sei. Der Konservatismus hat uns immerhin die Bismarckschen „Sozialistengesetze“ von 1878 beschert und der Liberalismus die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz 1933. Kommunisten und Sozialdemokraten haben sich in Buchenwald gemeinsam geschworen, aus den gemachten Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Wenn man [176] also der Ansicht ist, daß solche Schuldkonten den Kontoinhabern dennoch das Recht belassen, um ihre eigene Haut, also den Frieden, besorgt zu sein, dann sollte es auch akzeptabel sein, daß auf einer „Friedensliste“ Vertreter verschiedenartigster politischer Orientierungen – einschließlich der Kommunisten – zusammenstehen.

Wahltage sind fast auch immer Termine des taktischen Abwägens. Ich kenne viele, die am 6. März 1983 SPD und Grüne gewählt haben, obwohl sie mit dem Verhalten der SPD in der Vergangenheit unzufrieden waren und obwohl sie den „Grünen“ nicht so recht trauten. Sie haben ihre Stimme einer dieser beiden Parteien gegeben, weil sie eine Fortsetzung der sog. „Wende“ verhindern wollten.

Viele hielten es vor allem für wichtig, das bisherige Kartell der Bundestagsparteien aufzubrechen, die „Grünen“ in den Bundestag zu bringen und damit den Gegnern der Raketenstationierung auch eine parlamentarische Stimme zu geben. All dies war politisch legitim und parlamentarisch-taktisch berechtigt. Nur: diese taktischen Erwägungen gelten für die EG-Wahlen nicht. Hier wird keinerlei Machtfrage in Europa entschieden, keine Regierung gewählt, kein Kohl bestätigt oder gestürzt. Diese Europa-Wahlen sind von den etablierten Parteien unter einem Show-Aspekt inszeniert. Sie haben, sehen wir uns den Wahlkampf von CDU/CSU, FDP, SPD und „Grünen“ an, im Grunde kein Thema. Uns von der „Friedensliste“ kommt es darauf an, den Show-Effekt dieses Europa-Spektakels durch

einen Demonstrations-Effekt zu ersetzen, indem wir das Thema der Raketenstationierung zentral in den Wahlkampf einbringen.

Jede Stimme über ein Prozent für die „Friedensliste“ ist ein Stück Fortsetzung des Kampfes gegen die Stationierung, jede Stimme unter einem Prozent eine Niederlage der gesamten Friedensbewegung, auch ihrer Anhänger bei den „Grünen“ und der SPD. Dies ist einer der Gründe dafür, daß auf unserer Liste auch SPD-Mitglieder wie Johannes Uthoff vom Sprecherkreis des hessischen Ostermarsches kandidieren, die damit ihren Parteiausschluß, ohne es zu wollen, riskieren, daß zu unserer Unterstützern liberale Demokraten wie Christoph Strässer, Mitinitiator des „Krefelder Appells“, und aktive Christen wie Dorothee Sölle und Marie Veit gehören.

Diese Bündnisbreite spiegelt sich auch in dem Erstaufruferkreis in Marburg wieder: von Erich Kubens über Marie-Luise Keller bis zu Christine Kühnl-Sager. Unsere Liste ist aus dem außerparlamentarischen Kampf hervorgegangen und wird ihm auch künftig ihre Hauptaufmerksamkeit widmen. Unsere Spitzenkandidatin Uta Ranke-Heinemann hat sich an den außerparlamentarischen Kämpfen gegen die Raketenstationierung in vorderster Linie beteiligt. Völlig legitim haben wir deshalb die großen Demonstrationen in einem der wenigen Fernsehspots eingeblendet. Unsere Kandidaten und Unterstützer werden auch am 17. Juni [177] selbst im außerparlamentarischen Kampf stehen: in der selbstorganisierten Volksbefragung von unten gegen die Raketenstationierung, wie sie von der Kölner Aktionskonferenz beschlossen wurde.* Am Stand der Volksbefragung draußen im Foyer sind Listen für Helfer, in die Sie sich bitte eintragen mögen.

Ich habe am Anfang meines Beitrages an vergangene Niederlagen der Friedensbewegung erinnert, aber auch an einen Sieg: an die quantitativ und qualitativ ständig wachsenden Ostermärsche von 1960 bis 1968, bis 1969 die neue Ostpolitik eingeleitet wurde. Diese gute Tradition der 60er Jahre gilt es aufzunehmen und zum Sieg zu führen: zum Abzug der US-Raketen als erster Schritt in einem umfassenden Abrüstungsprozeß in Ost und West. Am 17. Juni heißt es: Europa darf nicht Euroshima werden! Nein zu Pershing II und Cruise Missiles! Europa atomwaffenfrei! Frieden: es gibt keine andere Wahl!

Ich freue mich sehr, daß wir für diese Veranstaltung heute abend Professor Wolfgang Abendroth gewonnen haben, der seit über 60 Jahren die Kämpfe der demokratischen und Arbeiterbewegung mitgekämpft, Durchbrüche mit durchgesetzt, Niederlagen mit uns durchgestanden hat und dessen Analysen uns begleiten werden zu denjenigen Siegen, die wir brauchen, wenn wir überleben wollen.

Ostermarsch von Marburg nach Frankfurt 1983

[178]

* Bei der Volksbefragungsaktion am 17. Juni wurde den Wählern vor den Wahllokalen folgender Abstimmungstext, der mit Ja oder Nein anzukreuzen war, vorgelegt: „Ich lehne die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles ab. Ich fordere die Bundesregierung auf, den sofortigen Stop der Stationierung und den Abbau der bereits in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Mittelstreckenraketen durchzusetzen. Damit sollen ein Stop (Einfrieren) der atomaren Rüstung sowie Abrüstungsschritte in Ost und West – insbesondere der Abbau aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Mittel- und Kurzstreckenraketen eingeleitet werden.“ Insgesamt waren am 17. Juni 1984 über 500 Friedensfreunde vor 38 Wahllokalen in Marburg im Einsatz. Insgesamt beteiligten sich 9766 Marburger an der Abstimmung. Das entsprach in etwa der Hälfte aller an der Europa-Wahl Beteiligten in Marburg. 9.066 Bürger, das sind 93,2%, stimmten mit Ja.

„Uns bleibt keine andere Wahl, als zu kämpfen“

Gemeinsame Kundgebung von DGB und Marburger Forum zum 1. September 1984 auf dem Marktplatz in Marburg

„Das Unrecht geht heute einher mit sicherem Schritt,
Die Unterdrücker richten sich ein auf zehntausend Jahre.
Die Gewalt versichert, so wie es ist, bleibt es.
Keine Stimme ertönt außer der Stimme der Herrschenden,
und auf den Märkten sagt die Ausbeutung laut: Jetzt beginne ich erst.
Aber von den Unterdrückten sagen viele jetzt: Was wir wollen, geht niemals.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde, meine Damen und Herren, als ich vor ein paar Tagen diese Verse Bert Brechts wiederlas, mußte ich an den Wahlkonvent der Republikanischen Partei in Dallas denken. Dort wurde mit einer überwältigenden Mehrheit, nahezu einstimmig, ein Mann erneut als Kandidat für die Präsidentschaft nominiert, der bei einer Sprechprobe ins Mikrofon gesagt hatte: „Verehrte Landsleute! Ich habe heute das Vergnügen, Ihnen mitzuteilen, daß wir ein Gesetz unterzeichnet haben, das die Sowjetunion als vogelfrei erklärt. Wir beginnen in fünf Minuten mit der Bombardierung Rußlands.“ In der Folgezeit ist dieses Zitat oft als Beispiel für besonders üblen Humor heruntergespielt worden, so von Regierungssprecher Boenisch. Ich fürchte, hier geht es um mehr. Was wie eine technische Panne erschien, könnte bereits ein Wahlkampftrick gewesen sein, um auch noch die Stimmen der äußersten Rechten, welche in der Vergangenheit verlautbarte, ihr sei Reagan noch zu gemäßigt, zu gewinnen. Seit Hitlers „Mein Kampf“ haben wir gelernt, die Androhungen künftiger grauenhafter Taten wörtlich ernstzunehmen. So ist die Interpretation, welche Uta Ranke-Heinemann den Reagan-Worten gegeben hat, wohl zutreffender: „Reagan denkt Krieg, Reagan redet Krieg, Reagan bedeutet Krieg, wenn wir nicht zum Rüstungsstopp kommen.“

Auf dem Parteitag der Republikaner hat Reagan seine Drohung nicht wörtlich wiederholt. Er hat sie in der ursprünglichen Form sogar bedauert. Wie wenig ein solcher formeller Rückzieher wert ist, zeigen die Aussagen des Parteitages zur Rüstungspolitik. Dort in Dallas wurde neben der Rüstungsforcierung einschließlich der Militarisierung des Weltraums auch ein weiterer Abbau der Reste der ohnehin mageren sozialstaatlichen Hilfen propagiert. Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik und auch in den USA haben immer wieder auf den Zusammenhang zwischen Rüstung und Sozialabbau hingewiesen. Dieser Zusammenhang besteht nicht nur in den Befürchtungen besorgter Gewerkschaften, sondern er ist offizielles Programm der Regierungspartei des mächtigsten Staates der westlichen Welt. Wenn wir jetzt noch in der „Oberhessischen Presse“ lesen, Herr Reagan könne wegen des Lärms der Grillen zur Zeit schlecht schlafen, dann ist die Mischung aus Schauerdrama und Rührstück komplett. [179] Weshalb erzähle ich das alles? Die Friedensbewegung hat immer großen Wert auf die Feststellung gelegt, sie sei nicht antiamerikanisch. Wir wollen Abrüstung in West und Ost. Aber gerade diese Unabhängigkeit gibt uns die Möglichkeit, Tatsachen beim Namen zu nennen, auch wenn diese Tatsachen selbst, nicht unsere Interpretation, sozusagen antiamerikanisch sind.

Zweifellos gibt uns die Besorgnis über die Kriegsgefahr, die von den USA ausgeht, nicht das Recht zu nationalistischem Dünkel. Gerade das heutige Datum, zu dem wir uns versammelt haben, kann uns davor warnen: es war der 1. September 1939, also genau heute vor 45 Jahren, als die Hitler-Armee, also eine deutsche Armee, Polen überfiel und damit den Zweiten Weltkrieg auslöste. Aber dieser große Krieg ist eben kein historisches Ereignis, das ohne Kontinuität in die Gegenwart wäre. Es gibt Verbindungslinien und Parallelen. Eine Parallele sei genannt: Als Vorwand für den Angriff diente ein selbstinszenierter Angriff auf den Gleiwitzer Sender. Die deutschen Soldaten trugen polnische Uniformen. Vor einem Jahr, am 1. September 1983, standen wir erstarrt vor der Nachricht über den Abschuß der koreanischen Verkehrsmaschine KAL 007. Heute, 1984, lesen wir in einer britischen Militärzeitschrift und im „Stern“ und wir sehen im ARD-Fernsehen zur besten Sendezeit, 20 Uhr 15, die gleiche Version: Es sei sehr wahrscheinlich, daß dieses Unglück vom US-amerikanischen Geheimdienst inszeniert worden sei, um die sowjetischen Abwehrsysteme zu erkunden.

Und es gibt verschlungene Verbindungslinien zwischen dem 1. September 1939 und heute. Der Zweite Weltkrieg, der damals ausgelöst wurde, hatte ein Doppelgesicht. Hitler und Göring hatten

zwar gehofft, die Konfrontation mit Großbritannien vermeiden zu können. Aber sie waren letztlich doch zu einem Rundum-Krieg gegen Ost und West gleichzeitig bereit, wobei der Hauptstoß nach Osten, letztlich vor allem gegen die UdSSR gehen sollte. Aber es gab auch eine zweite Variante. Sie führte von Thyssen und Schacht in den dreißiger Jahren über den rechten Flügel des 20. Juli bis zu Dönitz und Himmler im Jahre 1945. Gemeint ist der Versuch, den Rundum-Krieg durch einen ausschließlichen Angriff auf die UdSSR unter Tolerierung durch die Westmächte oder gar gemeinsam mit ihnen zu ersetzen oder abzulösen. Diese Gefahr ist 1945 nicht erloschen. In den Roll-Back-Konzeptionen des John Foster Dulles lebte sie auf, scheiterte zwar Ende der fünfziger Jahre, aber mit Reagan ist sie wieder da.

Welche Rolle spielt die Regierung Kohl in diesem nunmehr selbstmörderischen Spiel? Ohne Zweifel müssen wir hier differenzieren. Noch trennt sie einiges von den Konzepten der Schacht, Thyssen und anderer. Aber sie nähert sich in dem, was sie als Bündnistreue ausgibt – und genährt durch eigene Antriebe, einen Finger am Drücker zu haben und früher auferlegte Beschränkungen zu durchbrechen – einem gefährlichen Punkt, an dem die schlimmste [180] Vergangenheit heraufbeschworen wird. Die Bundesregierung daran zu hindern, das ist die Aufgabe der Friedensbewegung in der Bundesrepublik, so wie die amerikanische Friedensbewegung und die Regenbogenkoalition von Jessie Jackson sich der Herausforderung durch Reagan stellen.

Die Friedensbewegung hat mit dem Stationierungsbeginn eine Niederlage erlitten. Durch den Machtantritt einer CDU/CSU-geführten Regierung ist ihre Position schwieriger, aber ihre Aufgabe um so größer geworden. Diese Friedensbewegung darf nicht aufgeben, denn ihr Verschwinden, ihre Demobilisierung wäre der Beginn der ganz großen Mobilisierung der anderen Seite, gleichsam der allgemeinen Mobilmachung.

Der Kampf, meine Damen und Herren, der Kampf um den Frieden ist uns also auch in der jetzigen schwierigen Situation aufgegeben, wenn wir uns nicht selbst aufgeben wollen. Er verbindet sich mit anderen Kampffeldern: dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, denn allzu oft in der Geschichte waren die Arbeitslosen die Vorboten künftigen Kanonenfutters. Hinzu gehört auch der Kampf um die Demokratie, denn wir wissen, daß im Vorfeld der Kriege der Demokratieabbau beginnt und mit Kriegsbeginn die Demokratie aufhört. Wir beobachten, mit welcher Verbohrtheit die Berufsverbote bei der Bundespost vorangetrieben werden. Die Hexenjagd der Bundesregierung macht nunmehr auch vor gewählten Volksvertretern nicht mehr halt. Deshalb gilt auch unsere Solidarität, die Solidarität des Marburger Forum, unserem Mitstreiter Herbert Bastian.

Trotz Faschismus und Kriegsgefahr kam eine Anti-Hitler-Koalition erst im Kriege zustande. Eine Anti-Reagan-Koalition, und dies ist ein Stichwort, um das wir jetzt nicht mehr herumkommen, kann und darf nicht das Produkt eines Krieges sein. Sie muß im Frieden geschmiedet werden, um den Krieg zu verhindern. Denn jeder Nuklearkrieg bedeutet das Ende der Menschheit.

Seit dem 6. August 1945, als die erste Atombombe auf Hiroshima fiel, leben wir unter einer Bedrohung, die unerträglich ist. Die heutigen Atombomben haben die tausendfache Vernichtungskraft. Die Auslöschung Europas wird einkalkuliert und vorbereitet. In den USA wirbt ein Reiseunternehmen mit dem Slogan „Buchen Sie eine Reise nach Europa, solange es Europa noch gibt.“ Das ist makaber, aber es ist wahr. Unser Land im Herzen Europas kann ausgelöscht werden, wenn wir es nicht verhindern. Dieses Wissen zu verdrängen, bedeutet Schuld. Heute, an diesem 1. September 1984, nachdem von deutschem Boden bereits zwei Weltkriege ausgingen, geloben wir erneut! Wir wollen nicht schuldig werden. Wir werden aufstehen und gemeinsam widerstehen: Arbeiter, Angestellte, Beamte, Selbständige und Arbeitslose, Konservative, Christen, Liberale, Sozialdemokraten, Grüne und Kommunisten, Gewerkschafter und Unorganisierte, Männer und Frauen, Jung und Alt. „Das Gebot [181] der Stunde ist eine Koalition der Vernunft über alle Grenzen der Parteien und Staaten hinweg“, heißt es im Aufruf zum 4. Krefelder Forum. „Hiroshima mahnt für Europa und die Welt: Stoppt den Rüstungswahnsinn!“ Handeln wir, wir, die wir unser Land und das Leben lieben, die wir arbeiten und kämpfen wollen. Handeln wir, jeder an seinem Platz im Sinne eines Aufrufes von 1914:

„Verlieren wir keine Minute Zeit,
Der Krieg steht vor dem Tor.
Treiben wir ihn in die Nacht zurück.
Heraus aus Fabriken und Werkstätten,
aus Wohnungen und Studierstuben
– zum Massenprotest.“
„Lassen wir den Herrschenden und Besitzenden keinen Zweifel –
am Ernst unserer Entschlossenheit, alles bis zum letzten Hauch
für den Frieden dranzugeben.“

„*Uns bleibt keine andere Wahl, als zu kämpfen*“

„Die Kuba-Krise“

Einleitende Bemerkungen am 27. November 1984

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, im Namen des Marburger Forum begrüße ich Sie zu dem heutigen Theaterabend mit der „Berliner Compagnie“.

Der Titel des Stücks, das die „Berliner Compagnie“ hier aufführen wird, erinnert an den Gipfel und Wendepunkt des ersten Kalten Krieges, der 1947 begann, ausgerufen von dem US-amerikanischen Präsidenten Truman, endend mit einer Periode der vorläufigen Entspannung, die erst möglich wurde, als das amerikanische Atom- und Wasserstoffbombenmonopol durch Nachrüstung der Sowjetunion gebrochen war.

[182] In dieser Kuba-Krise 1962 konvergierte die Problematik der Dritten Welt mit der Problematik des Wettrüstens zwischen Ost und West. Seit Ende der fünfziger Jahre hatten die USA Mittelstreckenraketen in der Türkei stationiert. Sie konnten Städte der UdSSR bis weit östlich von Moskau bedrohen. Zugleich begannen die Fronten des Kalten Krieges in Mitteleuropa zu erstarren. Durch ihre Interkontinentalraketen – Stichwort: Sputnikschock 1957 – erhielt die Sowjetunion erstmals Gelegenheit, das Übergewicht der USA, das diese bis dahin noch an Trägerwaffen hatten, zu balancieren. Eine Roll-Back-Politik gegen die Staaten Osteuropas, wie sie bis dahin von John-Foster Dulles und Konrad Adenauer proklamiert worden war, wurde aussichtslos.

1961 erklärte der neue Präsident der USA, nicht mehr der Ost-West-Konflikt in Europa, wohl aber das angebliche Vordringen des Kommunismus in den Entwicklungsländern mache verstärktes Engagement der USA nötig. Die Probe aufs Exempel folgte noch im selben Jahr: das Scheitern eines Interventionsversuches in der Schweinebucht auf Kuba.

Spätestens von da an war klar, daß die Kräfte zwischen West und Ost neu austariert werden mußten: Nämlich auf einer Linie der Ko-Existenz. War bis dahin allein die Sowjetunion durch amerikanische Mittelstreckenraketen verwundbar, so schien eine gleiche Gefahr durch die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba nunmehr den USA zu drohen. Eine Lösung war nur noch im gegenseitigen Einvernehmen möglich, und zwar durch wechselseitigen Verzicht auf Bedrohung mit Mittelstreckenraketen. Die UdSSR verzichtete auf Stationierung auf Kuba. Die USA zogen ihre Mittelstreckenraketen von der Türkei zurück. Die Periode der Entspannung begann.

Heute, nach dem Ende der Entspannungsperiode, die jenem ersten Kalten Krieg folgte, stehen wir im zweiten Kalten Krieg. Wiederum haben sich die USA eine geostrategische und waffentechnische Überlegenheit gegenüber den sozialistischen Ländern gesichert – und zwar durch die Stationierung von Pershing II bei uns und Cruise Missiles bei uns und in anderen westeuropäischen Ländern. Zugleich knotet sich in der Karibik eine neue Gefahrensituation zusammen. Mehr noch als eine Intervention droht der Republik Nicaragua eine Blockade. Eine Parallele zu Kuba wird gerade durch die gegenwärtige US-Administration künstlich hergestellt. Aber niemand droht gegenwärtig den USA mit der Aufstellung landgestützter Mittelstreckenraketen. Insofern wäre eine Parallele zu Kuba 1962 irreführend.

Wahr ist allerdings, daß beide Komplexe einander ergänzen. Beide Komplexe sind nach meiner Überzeugung nicht in Kategorien einer Supermachttheorie zu fassen, wonach beiden Seiten, Ost und West, gleiche Schuld zuzumessen sei.

[183] Ich füge die Hoffnung hinzu, daß wir durch Erkenntnisse, Beratungen auf Grund unterschiedlicher Bewertungen und durch gemeinsame Anstrengungen aus der Geschichte lernen, die Mahnungen begreifen und für Europa und die Welt den Rüstungswahnsinn stoppen und jene Grundsätze realisieren, die in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 niedergelegt sind: Sicherheit und Gleichheit, Frieden und Gerechtigkeit, Glück und Freiheit für alle.

Ich begrüße die Künstler aus Westberlin zu ihrer Aufführung und empfehle ihr Stück unserer gemeinsamen Aufmerksamkeit.

Hiroshima mahnt!

Grußwort im Namen der Krefelder Initiative am 12. Februar 1985 im Mannheimer Rosengarten

Im Auftrag der Krefelder Initiative, die mit dem Krefelder Appell wesentlich dazu beitrug, daß die Politik der atomaren Abschreckung heute nicht mehr mehrheitsfähig ist, begrüße ich Sie, die Teilnehmer dieser Veranstaltung.

Aus politischen wie auch aus – ich möchte sagen – persönlich-historischen Gründen bin ich besonders gern nach Mannheim gekommen. Die politischen Gründe liegen in der Sache. Die Friedensbewegung steht vor einer neuen Herausforderung: der US-amerikanischen Drohung mit einem Wettrüsten im Weltall. Diese Drohung ist zugleich ein Etikettenschwindel, denn sie wird als Angebot verkauft, als das Angebot einer Verhinderung des Atomkriegs durch den Ausbau eines angeblich perfekten Abwehrsystems. Was dazu zu sagen ist, hat bereits der ARD-Korrespondent in Washington, Fritz Pleitgen, bündig und lakonisch festgestellt: Hier soll der anderen Seite die Fähigkeit zum Zweitschlag genommen werden, damit die eigene Seite die Chance zum risikolosen Erstschlag erhält. Auf die politische Dimension der gegenwärtigen Anstrengungen der Friedensbewegung komme ich gleich noch einmal zurück.

Zunächst möchte ich noch kurz auf die historisch-persönliche Seite eingehen, die sehr eng mit dem Ort unserer Begegnung, der Stadt Mannheim, verbunden ist. Die Stadt Mannheim hat ihre eigene Tradition in der Geschichte der Friedensbewegung. Hier war vor 1914 ein Zentrum der marxistischen Linken in Baden, der sogenannten Marx-Clubs. Diese Linken in der SPD waren damals zugleich die konsequentesten Kriegsgegner. Die Friedensbewegung innerhalb der Arbeiterbewegung strahlte immer wieder auch in bürgerliche Kreise aus, [184] erfaßte bürgerliche und christliche Kämpfer für den Frieden.

Einer von ihnen war der Mannheimer Pfarrer Erwin Eckert. Zunächst Sozialdemokrat und religiöser Sozialist, als sozialdemokratischer Pfarrer in der Jungbuschgemeinde von seiner badischen Landeskirche mit Berufsverbot belegt, konsequenter Antifaschist und Antimilitarist, dann KPD-Mitglied, Widerstandskämpfer, der viele Jahre in den Gefängnissen und Zuchthäusern des „Dritten Reiches“ zubringen mußte. Nach 1945, als der kalte Krieg begann, hat er sich in die Friedensbewegung der Bundesrepublik eingereiht und wurde 1960 im Alter von 66 Jahren wegen seines Engagements gegen die Wiederbewaffnung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Es ist übrigens fast auf den Tag (17. Februar 1960) 25 Jahre her, daß Martin Niemöller, damals Kirchenpräsident in Hessen-Nassau, Gustav Heinemann und der Theologie-Professor Hans Joachim Iwand neben vielen anderen in- und ausländischen Persönlichkeiten als Zeugen der Verteidigung im Prozeß gegen Eckert ihre Aussage machten. In der Person Erwin Eckerts verbanden sich zwei Friedensbewegungen: die der Weimarer Zeit und die der Bundesrepublik. Insofern trafen sich in ihm bereits eine alte und eine neue Friedensbewegung. Die Friedensbewegung der 80er Jahre nannte sich oft ebenfalls eine neue“. Ich bin sicher, der Alte aus Mannheim hätte, lebte er noch, heute in ihr seinen Platz.

Nicht nur die Friedensbewegungen, auch die Kriegsbemühungen haben ihre Bruchstellen und Verbindungsglieder. Eines davon ist Hiroshima: Jene militärische Aktion, welche angeblich einen Krieg, den gegen Japan, schneller beenden sollte und zugleich der Ausgangspunkt eines neuen Wettrüstens und neuer Kriegsvorbereitungen wurde. Mit ihrer Hiroshima-Kampagne will die Krefelder Initiative, der sich vor allem viele der heute erfolgreich arbeitenden berufsbezogenen Friedensinitiativen zugehörig fühlen, einen Beitrag leisten, um – im Sinne des Mottos ihrer Veranstaltung – einen Atomkrieg verhindern zu helfen.

Hiroshima ist das Symbol für nuklearen Massenmord. Der Mahnung von Hiroshima und Nagasaki kann sich niemand entziehen. Hiroshima war der Beginn des Wettrüstens nach 1945 und demonstrierte die militärische Macht der USA gegenüber der ganzen Welt, vor allem gegenüber der UdSSR. Hiroshima bedeutet eine Zäsur: Erstmals wurden Vernichtungskräfte entfesselt, die die gesamte Zivilisation auslöschen können. Mit der Erinnerung daran werden wir viele Menschen aufrütteln können, auch solche, die wir heute noch nicht gewonnen haben. Das Ziel der Kampagne ist es, durch einen allgemeinen Rüstungsstopp den bevorstehenden Verhandlungen eine Chance zu geben. Trotz

unserer verständlichen und von Ihnen sicher geteilten Skepsis gegenüber der Verhandlungsbereitschaft der USA sehen wir zu Verhandlungen keine realistische Alternative.

Die Vereinbarung der Außenminister Gromyko und Shultz über die neuen Genfer Verhand-[185]lungen nennt als Ziel die Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum und seine Beendigung auf der Erde. Ergebnisse in dieser Richtung setzen einen Aufrüstungsstopp voraus. Immer deutlicher zeichnet sich ab, daß die USA ohne Rücksicht auf die Verhandlungen ihre Rüstungsprojekte, insbesondere für den Weltraum, unvermindert weiterführen.

In Wahrheit ist die Weltraumrüstung der USA Bestandteil eines umfassenden Aufrüstungsprogramms zur Erlangung nuklearer Erstschlags- und Enthauptungsfähigkeit. Es steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Stationierung neuer US-Atomraketen in der Bundesrepublik. Die Weltraumrüstung würde nicht nur eine völlig neue Stufe der Rüstungseskalation bedeuten, sondern auch Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen unterlaufen.

Wenn es den Verhandlungspartnern in Genf – und ihren Bündnispartnern – wirklich darum geht, zu Ergebnissen zu kommen, dann müssen sie einem Aufrüstungsstopp zustimmen, um den Druck von den Verhandlungen zu nehmen und Vertrauen zu schaffen. Bei der Stoppforderung für den Weltraum geht es darum, die Aufrüstung von einem bisher noch rüstungsfreien Bereich fernzuhalten. Dadurch würde keine Seite benachteiligt, sondern einzig dem von den Großmächten verkündeten Ziel gedient, nämlich der Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum und seiner Beendigung auf der Erde.

Ein wichtiges Ziel der Kampagne ist, die Bundesregierung, wie beim Krefelder Appell, zum Adressaten konkreter Forderungen der Friedensbewegung zu machen. Neben dem im Aufruf enthaltenen allgemeinen Appell, die atomare Rüstung zu stoppen und die militärische Nutzung des Weltraums zu verbieten, kommt deshalb den beiden Aufforderungen an die Bundesregierung große Bedeutung zu: Stationierungsstopp und Einfrieren des Rüstungshaushalts. Dies sind die Forderungen, die zum Gegenstand von gemeinsamen Aktionen werden können.

Die sofortige Beendigung der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles ist der wichtigste Beitrag der Bundesrepublik zum erfolgreichen Verlauf der Genfer Verhandlungen. Das Einfrieren des Rüstungshaushaltes würde den bis ins Jahr 1997 reichenden Ausbau der Bundeswehr aufhalten. Letzteres dient der Wahrung sozialer Leistungen und der Sicherung von Arbeitsplätzen.

Auf die Forderung nach Rüstungsstopp können sich alle einigen. Sie ist geeignet, weitere Kreise der Bevölkerung zu gewinnen. Das würde die Wirkung auf die Bundesregierung, die keineswegs druckunempfindlich ist, vergrößern. Das Anhalten der Rüstungsspirale würde das Kriegführungskonzept der USA durchbrechen; es ist die Voraussetzung aller Abrüstungsmaßnahmen. Die in der Friedensbewegung entwickelten abrüstungspolitischen Ziele, wie zum [186] Beispiel die Schaffung eines von atomaren, bakteriologischen und chemischen Waffen freien Europa, sind ohne Rüstungsstopp als ersten Schritt nicht durchsetzbar.

Die Hiroshima-Kampagne hat den Vorteil, daß sich jeder daran beteiligen kann, der die Ziele des Aufrufs befürwortet. Sie kann zum Bestandteil jeder Aktion werden, auch der in der Friedensbewegung bewährten Aktivitäten, wie zum Beispiel für atomwaffenfreie Städte, für den Stopp des Rüstungshaushaltes, Demonstrationen etc.

Zustimmung zum Hiroshima-Aufruf gibt es aus allen gesellschaftlichen Bereichen aus Friedensinitiativen, aus Stadtteilen, aus stadtweiten Foren, aus berufsbezogenen Initiativen, von vielen Organisationen und Personen.

Daß Regierungen durch das Volk beeinflußbar sind, zeigt das Beispiel Belgien. Die dortige konservative Regierung will den Stationierungstermin für die Cruise Missiles verschieben, weil sie glaubt, nur auf diese Weise ihre Wiederwahl sichern zu können.

Eine neue Situation – und die Friedensbewegung sieht sich einer neuen Situation gegenüber – erfordert Diskussionen. Die Diskussion muß jedoch mit dem. Ziel der Einigung geführt werden. Daß neben der täglichen friedenspolitischen Arbeit vor Ort auf eine Reihe demonstrativer Aktionen nicht verzichtet werden kann, versteht sich von selbst.

Neben dem emotionalen Gesichtspunkt ist es auch erforderlich, daß die Friedensbewegung in den Medien zu Wort kommt und argumentierend für ihre Forderungen eine große Öffentlichkeit herstellt. Als nächste Aktion gilt es daher, die Ostermärsche und die Aktionen anläßlich des 40. Jahrestages der Befreiung und des Friedens zu unterstützen und zu stärken. Dies würde zugleich die Bemühungen fördern, auch in der zweiten Hälfte des Jahres 1985 wieder zu gemeinsamen Aktionen zu kommen. Die Hiroshima-Kampagne soll dazu ein Beitrag sein. [187]

Marburg – Atomwaffenfreie Zone

Eröffnung der Podiumsdiskussion am 26. Februar 1985

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde, ich begrüße Sie bzw. Euch im Namen des Marburger Forum zu unserer heutigen Podiumsdiskussion zum Thema „Atomwaffenfreie Zone Marburg“. Wir könnten versucht sein, bei dieser Gelegenheit im Vorfeld der Kommunalwahl am 10. März“* Bilanz zu ziehen, Bilanz über 4 Jahre Marburger Forum. Die Friedensinitiative Marburger Forum besteht nämlich so lange wie die Wahlperiode der letzten Marburger Stadtverordnetenversammlung. Ich versage es mir an dieser Stelle, die kurze Geschichte des Marburger Forum, die eine Kette ungewöhnlicher Erfolge in der Aufklärung und Mobilisierung darstellt – im Friedensherbst ’83 gingen immerhin 4.500 Bürger Marburgs allein in Bonn auf die Straße –, im einzelnen zu würdigen. Worauf es mir ankommt, ist, daran zu erinnern, daß in dieser erfolgreichen, immer breitere Kreise der Bevölkerung ansprechenden Aktivität ein ungeheures, kaum vorstellbares Maß an aufopferungsvoller und unermüdlicher Kleinarbeit Ungezählter steckt, die wir auch jetzt bei der Sammlung von Unterschriften und der Durchführung der Bürgerbefragung am 10. März unbedingt nötig haben.

Friedensbewegung in Marburg und darüber hinaus hat immer auch bedeutet, die SPD als Partei auf allen Ebenen nicht nur in die Friedensdiskussion, sondern mit Wort und Tat in die tatsächliche Friedensbewegung einzubeziehen. Wir wissen und haben es immer gewußt, daß ohne oder gar gegen die SPD die Friedensbewegung ihrer Forderung nach Beendigung des Rüstungswahnsinns nicht entscheidend näher kommt. Friedensbewegung in Marburg: Das hieß das unermüdliche Ringen des Marburger Forum um Dialog und Zusammenarbeit mit der SPD. Umso höher einzuschätzen ist die Tatsache, daß heute abend ein Vertreter der SPD an dieser Diskussion teilnimmt. Wir werten dies ebenso als einen Erfolg unserer Bemühungen wie die Position der Bundespartei, wie sie etwa von Egon Bahr als Sicherheitsexperten vertreten wird, der in der auf der Tagesordnung stehenden Frage, welchen Beitrag die Bundesrepublik zum erfolgreichen Verlauf der Genfer Verhandlungen leisten kann, die Forderungen der Friedensbewegung nach einem Moratorium und nach Verhinderung des Wettrüstens im Weltall unterstützt.

[188] Die Friedensbewegung steht angesichts des Beginns der Genfer Verhandlungen und der gleichzeitigen Absicht der USA, das Wettrusten im Weltall einzuleiten, vor einer neuen Herausforderung. Die Drohung mit einem Wettrüsten im Weltall ist bereits ein Etikettenschwindel, wie wir ihn aus der Vergangenheit mit den Begriffen „Nachrüstung“ und „Doppelbeschluß“ kennen. Sie wird als Angebot einer Verhinderung des Atomkrieges durch den Ausbau eines angeblich perfekten Abwehrsystems verkauft. Was dazu zu sagen ist, hat bereits der ARD-Korrespondent in Washington, Fritz Pleitgen, bündig und lakonisch festgestellt: Hier soll der anderen Seite die Fähigkeit zum Zweitschlag genommen werden, damit die eigene Seite die Chance zum risikolosen Erstschlag erhält. Ergebnisse bei den Genfer Verhandlungen setzen einen Aufrüstungsstopp voraus. Immer deutlicher zeichnet sich aber ab, daß die USA ohne Rücksicht auf die Verhandlungen ihre Rüstungsobjekte, insbesondere für den Weltraum, unvermindert weiterführen. Letzteres wird neuerdings als strategische Verteidigungsinitiative, übrigens auch von F. J. Strauß, verkauft. In Wahrheit ist die Weltraumrüstung der USA Bestandteil eines umfassenden Aufrüstungsprogramms zur Erlangung nuklearer Erstschlags- und Enthauptungsfähigkeit. Es steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Stationierung neuer US-Atomraketen in der Bundesrepublik. Die Weltraumrüstung würde nicht nur eine neue Stufe der Rüstungseskalation bedeuten, sondern auch Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen unterlaufen. Wenn es den Verhandlungspartnern in Genf wirklich darum geht, zu Ergebnissen zu kommen,

---

* Bei der Bürgerbefragung am 10. März 1985, dem Tag der Kommunalwahlen, stimmten 6.129 Wähler für ein „Atomwaffenfreies Marburg“. Am 31. Mai 1985 beschloß der Kreistag mit den Stimmen von SPD und „Grünen“ den Landkreis Marburg-Biedenkopf zur „atomwaffenfreien Zone“ zu erklären. Am 27. September 1985 folgte die Marburger Stadtverordnetenversammlung, die mit den Stimmen von SPD, „Grünen“ und DKP Marburg zur „ABC-Waffenfreien Zone“ erklärte. Siehe Amtliche Bekanntmachungen der Universitätsstadt Marburg in der „Oberhessischen Presse“ vom 16.10.1985. Zur Marburger Friedensbewegung in den Jahren 1984–1986 siehe das Lesebuch: „Das Wettrüsten im Weltraum verhindern und auf der Erde beenden! Marburger Friedensbewegung in Aktion. hrsg. von der Fördergemeinschaft Friedensarbeit Marburg eV., Marburg 1986, 221 S.

dann müssen sie einem Aufrüstungsstopp zustimmen, um den Druck von den Verhandlungen zu nehmen und Vertrauen zu schaffen.

Sie sehen: Trotz unübersehbarer Erfolge der Friedensbewegung ist die Gefahr, daß die Menschheit sich selbst vernichtet, keineswegs gebannt. Die Friedensbewegung muß vielmehr mit unverminderter Kraft neue Kreise für sich gewinnen, auch solche, die ihr bisher skeptisch gegenüberstanden, und die weitverbreitete Angst in eine produktive Kraft umwandeln, die es der Friedensbewegung ermöglicht, Druck auszuüben, Druck auf die politisch Verantwortlichen, damit wir alle überleben können. Egon Bahr hat kürzlich in den „Bonner Perspektiven“ unmißverständlich klar gemacht, daß die Gefahr eines atomaren Krieges durch den Beginn der Stationierung und die auf der Gegenseite erfolgten Gegenmaßnahmen mitnichten geringer geworden ist, sondern durch die Verkürzung der Vorwarnzeiten im Gegenteil zugenommen hat. Die Friedensbewegung sieht sich nach dem Beschluß des Bundestages und der Wiederwahl Reagans einer neuen Herausforderung und einer neuen Situation gegenüber. Diese Situation erfordert Diskussionen. Auch heute werden wir offen streiten müssen, wie wir am besten dem Frieden dienen können. Die Diskussion muß jedoch mit dem Ziel der Einigung geführt werden. Sie darf die Chance zur Zusammenarbeit – auch nach dem 10. März – nicht verspielen. Wir müssen wissen, daß jeder in dieser wichtigen Auseinandersetzung um Krieg und Frieden gebraucht wird, auch Wähler und Mitglieder der CDU und FDP.

[189] Die Forderung nach einem atomwaffenfreien Marburg ist ein Mittel, um Aufklärung zu leisten und um Massen in Bewegung zu bringen. Die Hiroshima-Kampagne der Krefelder Initiative ist ein anderes. Wir können die Frage von Krieg und Frieden nicht den Diplomaten überlassen. Ähnlich wie die neue Ostpolitik der sozial-liberalen Regierung bedarf es der fortlaufenden Mobilisierung breiter Schichten der Bevölkerung, wenn unsere Anstrengungen Erfolg und Bestand haben sollen. Die Forderung, daß kommunale Vertretungsorgane ihr Gebiet zur atomwaffenfreien Zone erklären, ist kein Selbstzweck, keine Verlegenheitslösung, keine Beschäftigungstherapie einer Friedensbewegung, der angeblich die Luft und die Themen ausgegangen sind. Die Aufstellung dieser Forderung zu Zeiten erhöhter politischer Sensibilisierung und öffentlicher Aufmerksamkeit, d. h. das Eingreifen der Friedensbewegung in den Wahlkampf ist keine Aufhebung des Prinzips des parteiübergreifenden Bündnisses. Die Friedensbewegung nimmt nicht Partei für eine bestimmte Partei. Das würde sie selbst aufheben. Sie ist Partei. Sie ist die Partei des Friedens. Bei der Wahl entscheiden sich die Anhänger der Friedensbewegung, nicht die Friedensbewegung selbst. In diesem Sinne wünsche ich der Diskussion über ein „atomwaffenfreies Marburg“ einen guten Verlauf.

40 Jahre nach der Befreiung

Friedensplatzrede am 28. März 1985

Liebe Freunde, heute vor genau 40 Jahren fand hier auf dem Friedrichsplatz, dem damaligen Adolf-Hitler-Platz, die Kapitulation des in Marburg stationierten 519. Grenadier-, Ersatz- und Ausbildungsregimentes vor einer amerikanischen Panzerabteilung statt. Damit endeten Krieg und Faschismus auch in Marburg. Dieser Sieg über den Faschismus stellt ein Ereignis von welthistorischer Bedeutung dar. Dieses Ereignis zu verdrängen oder umzumünzen in ein Instrument zur psychologischen Vorbereitung eines neuen, dieses Mal die Menschheit als Ganzes auslöschenden Krieges haben wir kein Recht. Im Gegenteil: Wir haben angesichts der ungeheuren Opfer, die der Sieg über den Faschismus allen Völkern gebracht hat, die moralische Pflicht, uns dieses Ereignisses zu erinnern. Das Interesse an unserem eigenen Überleben zwingt uns, zu reden und offen die Wahrheit über dieses Ereignis zu sagen.

Im besonderen Maße würdigen wir dabei den Beitrag der Sowjetunion. Dies nicht nur, weil die Sowjetunion mehr als 20 Millionen ihrer Söhne und Töchter zu beklagen hatte, Tausende ihrer Kleinstädte und Hunderte ihrer Großstädte in Schutt und Asche verwandelt wurden, nicht nur weil die entscheidendsten Schlachten des Krieges auf sowjetischem Boden stattfanden, sondern auch wegen der Versuche, die sowjetische Rolle bei der Niederwerfung des Faschismus zu verdrängen und zu verunglimpfen. Solche Versuche sind geeignet, die [190] Anti-Hitler-Koalition und die Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den westlichen Ländern in Vergessenheit zu bringen, sofern diese nicht schon längst durch den Kalten Krieg in Vergessenheit geraten sind. Nur eine kleine Minderheit der amerikanischen College-Studenten wissen, auf welcher Seite die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg gekämpft hat. Wie hoch ist der Anteil der Bevölkerung bei uns? Die Erfahrung der Einheit und der Zusammenarbeit zwischen friedliebenden Völkern bei der Niederschlagung des Faschismus stellt dagegen eine grundlegende Lehre für die Gegenwart dar.

Angesichts der äußersten Bedrohung des Friedens in unserer Zeit muß diese Lehre mehr denn je hervorgehoben werden. Der Sieg über den Faschismus im Zweiten Weltkrieg bildete die Grundlage für einen dauerhaften Frieden und stellt lebendig unter Beweis, daß Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung – trotz ihrer Unterschiede – in der Lage sind, gemeinsame Ziele zu erreichen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird das Ergebnis des vor 40 Jahren errungenen Sieges über den Faschismus durch den wahnwitzigen Drang der Reagan-Administration, das Wettrüsten auf immer höherer Stufe fortzusetzen, eine auf entwaffnende Erstschläge abzielende Nuklearstreitmacht zu schaffen und den gefährlichen Plan zur Ausdehnung des Wettrüstens auf das Weltall in Gang zu setzen, existentiell in Frage gestellt. Ebenso, wie der Sieg über den Faschismus durch die Aktionseinheit der Mehrheit der Welt geschmiedet wurde, ist gegenwärtig eine solche Einheit absolut erforderlich, um das Wettrüsten zu beenden, den Rüstungswettlauf im Weltraum zu verhindern und einen erfolgreichen Abschluß der in Genf geführten Rüstungskontrollverhandlungen zu sichern.

Wir müssen einer Kampagne in den Arm fallen, die mit dem Ziel geführt wird, die vor 40 Jahren geschlossenen historischen Abkommen von Jalta und Potsdam zu entstellen. Es ist notwendig, der Unwahrheit entgegenzutreten, daß jene Abkommen zu einer widernatürlichen Teilung Europas geführt haben. In Wahrheit sind die Abkommen ein Ausdruck der Entschlossenheit der Alliierten, alle Überreste des Faschismus mit der Wurzel auszuroden und die Voraussetzungen für ein Leben der Völker Europas in Frieden und Freiheit zu schaffen. Die Verfälschung der Geschichte ist Teil eines koordinierten Vorgehens, um die Spannungen zu erhöhen und die Völker Europas zu bedrohen.

Quellen der Spannung und Konfrontation wird man nicht in den Abkommen von Jalta und Potsdam finden, sondern sie haben ihren Ausgangspunkt im Abweichen der Westmächte von diesen Abmachungen, in der Teilung Europas in Militärblöcke und in dem mit der Gründung der NATO ausgelösten Wettrüsten. Zwischen der wahrheitsgetreuen und exakten Darstellung der Geschichte einerseits und dem Kampf gegen die Kriegsgefahr in Europa und der ganzen Welt andererseits besteht ein untrennbarer Zusammenhang.

[191] Die faschistischen Angreifer bedienten sich bei ihren Kriegsvorbereitungen einer bösartigen antikommunistischen und antisowjetischen Propaganda. Lehren aus der Geschichte zu ziehen, Friedensarbeit heute zu leisten, bedeutet heute wie vor 50 Jahren dem Antikommunismus, der Lüge der Bedrohung aus dem Osten entgegenzuwirken, auch wenn dies noch so unpopulär ist. Was wir brauchen, sind korrekte Informationen über die wahren Sachverhalte der gegenwärtigen Kriegsgefahr. Was wir brauchen, ist eine Friedenserziehung der jungen Generation im Geiste der Freundschaft und Zusammenarbeit. Was wir brauchen, ist Aufklärung und angemessene Wissensvermittlung über die Wurzeln und Ursachen friedensgefährdender Konflikte.

Jene, die gegen den Faschismus gekämpft haben – auch in Deutschland – oder am eigenen Leibe erfahren haben, was Faschismus und Konzentrationslager bedeuten – auch in Deutschland –, können am besten der Jugend von heute die Lehren des Krieges vermitteln.

Wir müssen Versuchen entschieden entgegentreten, die Ergebnisse und Lehren des Zweiten Weltkrieges rückgängig oder ungeschehen zu machen. Schlesien ist nicht unser. Der Mythos, eine Nation könne auf Kosten einer anderen leben, ist Teil der faschistischen Ideologie. Die in der Geschichte beispiellose Umsetzung dieser abscheulichen und dem menschlichen Geist hohnsprechenden Ideologie hat sich in Form von Todeslagern und unsäglichen Schrecken in das Gedächtnis der Menschen guten Willens eingegraben. Nach Auschwitz und Buchenwald, nach Lidice und Oradour, nach Coventry und Leningrad, im Gedenken an die 50 Millionen Tote mahnt uns der Tag der Befreiung und des Friedens: Nie wieder darf ein Krieg von deutschem Boden ausgehen. Tragen wir den Schwur von Buchenwald weiter und lassen ihn Wirklichkeit werden: *Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!*

Für uns heute bedeutet dies: Entspannung durchsetzen! Abrüstung in Ost und West! Rücknahme des NATO-Aufrüstungsbeschlusses! Achtung der Kriege der Sterne! Keine Militarisierung des Weltraums! Atomwaffenfreie Zonen in Mitteleuropa schaffen! Verzicht auf Air-Land-Battle und konventionelle Hochrüstung! Einfrieren der Militärausgaben als erster Schritt auf dem Wege ihrer Kürzung! Not und Hunger weltweit bekämpfen! Gegen Rassenhaß und Ausländerfeindlichkeit! Keine Intervention gegen Länder der Dritten Welt! Den 8. Mai zum Friedens- und Befreiungstag ausrufen! Am 4. Mai an den Demonstrationen für den Frieden und gegen Faschismus teilnehmen, für die Lehren aus der Geschichte und gegen ihre Fälscher demonstrieren! Im 40. Jahr nach der Befreiung von Krieg und Faschismus, im 40. Jahr nach dem Abwurf der ersten US-amerikanischen Atombombe auf Hiroshima muß erst der Frieden gerettet werden, wenn wir uns über die Verbesserung der Lebensqualität weiter streiten wollen. Ohne Frieden werden wir keine Freiheit dazu mehr haben. Darum laßt uns gemeinsam für den Frieden kämpfen. [192]

Ergebnis der Vergessenheit

Interview (1985)*

Die Frage der Einstellung zum Faschismus bewegt mich als Deutschen seit meiner Kindheit. Ich wollte die Wahrheit darüber erfahren, was geschehen war und was zu tun wäre, damit sich die Vergangenheit nicht wiederholen könne. Die Verfechter des Faschismus waren schon damals meine persönlichen Feinde. Ich lehnte meine Schullehrer ab, die bemüht waren, das Nazi-Regime in den Augen der Schüler zu rechtfertigen. In Auseinandersetzungen mit solchen Leuten formierte sich mein politisches Bewußtsein. In vielem verdanke ich das meiner Familie: Mein Vater, Pfarrer der Bekennenden Kirche (im Original: „Vikarius einer Konfessionskirche“), half mir, vieles richtig zu verstehen.

Seit bereits siebzehn Jahren lehre ich Kinder und weiß um ihre Einstellung zur Vergangenheit. Diese Einstellung hat sich in der letzten Zeit wesentlich gewandelt. In den 60er und 70er Jahren bewegte die Frage „Wie konnten wir so was zulassen?“ alle oder fast alle. Gegen Ende der 70er Jahre schwand das Interesse. Das erklärt sich aus vielem. Ich nenne nur zwei Ursachen. Erstens sagen viele Menschen, sie seien schon müde von der Politik, die Politiker aber seien nicht imstande, etwas Neues zu reden. Solche Jugendlichen sind schwer umzustimmen. Eine zweite Ursache besteht in der Krise, die zur Steigerung der Arbeitslosigkeit und folglich zu stärkerem Individualismus unter den Jugendlichen geführt hat.

Meiner Meinung nach mangelt es der heutigen Generation an dem natürlichen Mitgefühl mit dem Unglück anderer Menschen sowie für das Leid in der Vergangenheit. Nur eigene, gegenwärtige Unannehmlichkeiten rühren sie. Ich glaube nicht, daß sie auch die einstigen Leiden ihrer Angehörigen bewegen. Möglicherweise erklärt sich das dadurch, daß die Eltern ihrerseits an die vergangenen Zeiten nicht zurückdenken wollen und nie darüber mit den Kindern sprechen. [193]

* Der Text beruht auf einem Interview in englischer Sprache, das anläßlich der Erweiterten Präsidiumssitzung des Weltfriedensrates im März 1985 in Moskau geführt wurde.

Fortschritt zum Sozialismus oder Untergang in der Barbarei

Streitgespräch zu Strategie und Zielsetzung der demokratischen Bewegung im DKP-Zelt am 5. Juni 1985*

Ich möchte zunächst versuchen, das alternativ formulierte Thema, über das wir heute diskutieren, in Fragen aufzulösen. Die erste Frage aus meiner Sicht lautet: Wie ist das Verhältnis von Frieden und Sozialismus? Und die zweite Frage heißt: Was ist mit Barbarei gemeint? Ich fange mit der zweiten Frage an, weil sich aus der Beantwortung der zweiten Frage Schlußfolgerungen für die Beantwortung der ersten Frage ergeben.

Wenn wir von Barbarei sprechen, so muß meiner Überzeugung nach von Barbarei in zweierlei Gestalt gesprochen werden: Von der Barbarei, die hinter uns liegt, nämlich der Zeit des Faschismus, von der wir vor 40 Jahren am 8. Mai 1945 erlöst und befreit wurden, und der Barbarei, die droht, wenn es der Menschheit nicht gelingt, ihren eigenen Untergang in einem atomaren Holocaust zu verhindern, bevor der 3. und damit letzte Weltkrieg beginnt. Ich bin überzeugt, daß wir aus der Barbarei, die hinter uns liegt, eine ganze Menge lernen können, um die Barbarei, die angedroht wird, zu verhindern.

Das erste, was wir aus der Nazi-Zeit lernen können: Es ist keine Schande, in der Minorität zu sein! Nicht an der Majorität, sondern am Richtigen haben wir uns zu orientieren, um dann allerdings alles daran zu setzen, auch eine Majorität für das als richtig Erkannte zu gewinnen. Das Andere, was wir nach 1948 – nicht aus Büchern, sondern aus der Realität – gelernt haben, ist: Es gibt Feinde, die sich nicht beschwichtigen lassen, die einem selbst und anderen nach dem Leben trachten.

Was soll die heuchlerische Polemik gegen Feindbilder, wenn es reale Feinde gibt? Auch wenn Johannes Rau der Meinung ist, daß die Begriffe „rechts“ und „links“ überholt seien, es ist eine gute alte Losung der demokratischen Bewegung aus der Weimarer Republik: „Der Feind steht rechts“. Und sind die Planer eines „Krieges der Sterne“ keine Feinde der Freiheit und des Friedens, die nun die ganze Menschheit bedrohen?

Vor 1945 war die Hauptaufgabe der Zeit, sich im Kampf gegen den Nazi-Faschismus zu [194] verbünden. Heute verbünden wir uns mit allen, die – auch wenn sie den Grundwiderspruch unserer Epoche, nämlich die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus – noch nicht erfaßt haben, doch in der heutigen Hauptaufgabe mit uns in der Friedensbewegung zusammengehen: im Kampf um die friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Und so, wie ich erst später die historische Rolle der Sowjetunion im Kampf um die Losung der Hauptaufgabe vor 1945 erkennen lernte, so werde ich heute, mich eigener Unwissenheit erinnernd, ebenso geduldig und unnachgiebig um die ringen müssen, die so zur Sowjetunion stehen wie ich vor 20 Jahren und darum von „Supermächten“ und Schlimmerem reden.

Wenn wir dieses breite Bündnis eingehen, so breit, wie die Anti-Hitler-Koalition im Zweiten Weltkrieg war, zu der schließlich auch ein Churchill gehörte, dann werden wir an zwei Punkten wachsam sein müssen.

Erstens: Bündnis heißt nicht „Wandel durch Annäherung“, sondern vollzieht sich gerade bei bewußt bleibender Verschiedenheit auf Grund gleicher vitaler Interessen. Das heißt aber: Je klarer, je prinzipienfester unser eigener Standpunkt ist, um so breiter kann die Front unseres Bündnisses sein.

Und zweitens: Ich begrüße es, daß die konsequente Politik der Sowjetunion und die Friedensbewegung in den kapitalistischen Ländern die USA gezwungen haben, in Genf die Weltraumrüstung zum

---

* Nachtrag am 5.10.1985: Der russische Schriftsteller Anton Tschechow läßt seinen Helden Werschinin in dem Stück „Drei Schwestern“ sagen: „In zweihundert oder dreihundert Jahren wird das Leben auf der Erde unvorstellbar schön, wunderschön sein.“ Tschechows Glaube an die Vernunft und an das menschliche Herz war so groß, daß ihm zwei bis drei Jahrhunderte für den Anbruch eines erfüllten Lebens auf Erden genug schienen. Aber in der nach Jahrtausenden Zählenden Geschichte der Menschheit genügen einige Jahrhunderte eben nicht, um die ganze Welt zu verwandeln, auch wenn sie gekennzeichnet sind von den stürmischsten Ereignissen, die bereits in vielen Staaten die Lebensweise der Menschen veränderten. Unsere Pflicht ist es, alles Erdenkliche zu tun, damit wir in unserem kurzen Leben diese Zeit näher bringen. Und sei es auch nur um einen Millimeter.

Verhandlungsgegenstand zu machen. Ich setze bei diesen Verhandlungen auf dieselbe unbeirrbare, unerschütterliche Zähigkeit, mit der die Sowjetunion den Zweiten Weltkrieg entschieden hat. Ich setze auf die Kraft der Friedensbewegung in den kapitalistischen Ländern und den Ländern der Dritten Welt, die gemeinsam mit den sozialistischen Ländern im 40. Jahr der Gründung der Vereinten Nationen aufgefordert sind, die Hauptaufgabe der Vereinten Nationen, nämlich den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren, anzupacken. Nicht um weniger, sondern um mehr geht es dieses Mal.

Das Paket „Erkennen, daß wir Feinde haben“ und „Koalition der Vernunft“ gegen eben diese Feinde darf nicht auseinandergeschnürt werden. Manchmal frage ich mich, ob wir in der Friedensbewegung unsere Mitbürger genügend gegenüber Illusionen und Vertrauensseligkeiten gegenüber einem Wolf immunisieren, der Kreide gefressen und seine Pfoten mit Mehl gepudert hat. Schließlich hatten wir schon einmal einen Kanzler, der vorgab, für den Frieden zu sein. Und die Sozialdemokraten stimmten ihm zu. Das war am 17. Mai 1933.

40 Jahre Befreiung von der Barbarei des Faschismus: Das heißt für mich auch, daß ich meine eigenen schmerzhaften und wichtigen Erfahrungen jenen weiterzugeben versuche, deren bewußtes Leben und Lernen gerade erst anfängt.

[195] Was die seit 1945 permanent sich steigernde Gefahr des barbarischen Untergangs der Menschheit durch atomare Vernichtung betrifft, so haben wir spätestens seit dem NATO-Aufrüstungsbeschluß gelernt, daß die Sowjetunion und die Staaten des Warschauer Vertrages diejenigen waren und sind, die immer wieder durch konstruktive Vorschläge den Abrüstungsprozeß in Gang bringen wollen und den Rüstungstreibern und Kriegsvorbereitern den Weg verbauen wollen. Fazit: In der Friedensbewegung arbeiten auf nationaler Ebene Kommunisten und Sozialdemokraten mit; auf internationaler Ebene sind die sozialistischen Länder Vorbereiter für Frieden durch Abrüstung.

Muß nun der Friedensbewegte in der Bundesrepublik Deutschland ein Sozialist sein? Steht der Sozialismus deshalb etwa auf der Tagesordnung? Es fällt schwer, dies anzunehmen. Selbst die Ablösung der jetzigen Regierungskoalition durch ein Zusammengehen von Sozialdemokraten und Grünen 1987 würde dies nicht zur Folge haben. Nur eines ist sicher: Es wird keinen Sozialismus, es wird keinen Kapitalismus geben, wenn wir den Frieden nicht retten.

Bei diesem voluntaristischen Postulat werden wir allerdings nicht stehenbleiben dürfen. Wir werden Etappenziele gemeinsam formulieren und Wege finden müssen, wie wir diesem Ziel näher kommen. Nach meiner festen Überzeugung haben sich die Ziele der Friedensbewegung nicht geändert. Auf eine Kurzformel gebracht beinhalten sie: *Frieden durch Abrüstung*. Und wenn die USA die gegenwärtigen Verhandlungen in Genf durch gigantische Aufrüstungsprojekte im Weltall zu torpedieren trachten, kann das für uns nur heißen: Kein Wettrusten im Weltall, Abrüstung auf der Erde, nuklear und konventionell. So einfach ist das. Aber was für den Sozialismus gilt, gilt auch für den Frieden: Er ist das Einfache, das schwer zu machen ist. Über die Schwierigkeiten beim Machen des Friedens sollten wir nachher in der Diskussion noch einiges gemeinsam zu klären versuchen.

Zum Schluß noch eine letzte Bemerkung: Das Gegenteil von Barbarei ist nicht ein Paradies auf Erden, ist nicht eine widerspruchsfreie, von allen Mängeln und Lasten befreite Gesellschaft. Das Gegenteil von Barbarei ist Utopie.

Nicht nur wir, die wir im Kapitalismus leben, arbeiten und kämpfen, brauchen eine Utopie, eine Vorstellung von einer Welt ohne Krieg und Kriegsdrohung, eine Welt ohne Rüstung, ohne Hunger, Unwissenheit und Unterdrückung, eine Welt der freien Entfaltung der Einzelnen in einer humanen Gesellschaft. Auch der real existierende Sozialismus braucht eine Utopie, die im Kopf vorweggenommene Möglichkeit dessen, was in der Wirklichkeit angelegt, aber noch nicht realisiert ist. Kritik am Sozialismus muß es geben. Es gibt sie.

[196] Ich betone die Notwendigkeit der Utopie auf beiden Seiten als das Gegenbild zur Barbarei nicht etwa, weil ich mich aufgrund von Ohnmacht und Resignation ins Träumen flüchten möchte, sondern weil uns aus den guten Träumen die Kraft zum Handeln, auch die Kraft zur Kritik erwachsen kann,

der historische Optimismus, den wir brauchen, um uns von den Alpträumen von der Vernichtung der Menschheit zu lösen. Trotz aller Gnade des Vergessens, Erinnerung ist der Schlüssel des Friedens. Träumen ist notwendig, und ohne schmerzhafte Lernprozesse wird es dabei nicht abgehen.

„Wenn der Mensch die Kraft zum guten Träumen eingebüßt hätte, wenn er nicht immer wieder vorauseilend und mit seiner Einbildungskraft das Ganze seines Tuns überschauen würde, das sich mühselig unter seinen Händen herauszubilden beginnt – wie könnte er überhaupt das Umfassende seiner Anstrengung durchhalten? Träumen wir also! Aber unter der Bedingung, ernsthaft an unseren Traum zu glauben, das wirkliche Leben auf das genaueste zu beobachten, unsere Beobachtungen mit unserem Traum zu verbinden, unsere Phantasie gewissenhaft zu verwirklichen!“ (Lenin, in: Was tun? Schlußabschnitt in Kapitel V, Abschnitt b) Der dies sagte, war kein Geringerer als der Begründer der Sowjetunion. Und dies waren meine Gedankensplitter zum Thema „Fortschritt zum Sozialismus oder Untergang in der Barbarei“.

Träumen und gewissenhaft beobachten

Abiturientenabschiedsrede am 21. Juni 1985

Verehrte Anwesende, liebe Abiturientinnen und Abiturienten, liebe Eltern und Erziehungsberechtigte, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Erzieher, es gibt einen Typus der Abiturrede, der allen vertraut ist, den wir von vornherein von einer solchen Feier erwarten und der sein Wesen darin hat, daß er mit den Schülern, Lehrern und Eltern, wie sie uns in der Wirklichkeit begegnen, grundsätzlich nichts oder doch nur sehr wenig zu tun hat. Es ist der Typus einer „idealistischen“ Abiturrede. Sie handelt in der Regel von den Vorsätzen und Grundsätzen, nach denen die Schule angeblich in der Vergangenheit erzogen und ausgebildet hat, und den Wünschen, welche den Absolventen mit auf den Weg gegeben werden sollen. Dieser Typus von Abiturrede ist wahrscheinlich schon literaturfähig geworden, kann also als solcher vielerorts nachgelesen werden.

Ich möchte heute eine andere Ansprache halten, die die Beobachtung und die genaue Beschreibung in den Vordergrund stellt.

[197] Wenn Besserwisserei und Bewunderung abdanken, kommen Neugier und Ehrlichkeit zum Zuge, heute weithin Tugenden, denen man eher mißtraut. Gleichwohl sind sie sehr schöpferisch, denn sie haben offene Augen und sehen mehr. Ich will von nichts anderem sprechen als von uns selbst.

Um dieser Ernüchterung willen möchte ich zunächst weniger in Worten als in Zahlen zu Ihnen sprechen. Und doch: Die Zahlen, die ich Ihnen jetzt unterbreite, sprechen nicht für sich selbst. Sie sind interpretierbar, positiv und negativ. Ich gebe im folgenden der positiven Interpretation den Vorzug.

Und nun meine Aufstellung: Von den 68 Schülerinnen und Schülern, die die Jahrgangsstufe 13 in diesem Schuljahr besucht haben, verlassen 2 Schüler sie mit dem schulischen Teil der Fachhochschulreife. 6 Schüler, die zur schriftlichen Abiturprüfung zugelassen wurden, haben die Abiturprüfung nicht bestanden. 27 Abiturienten haben die maximale Verweildauer von 4 Jahren in der gymnasialen Oberstufe ausgeschöpft; einige wenige darunter haben mehr als 4 Schul- bzw. Lebensjahre vom Eintritt in die Jahrgangsstufe 11 bis zum Abitur benötigt. Die Altersspanne zum Zeitpunkt des schriftlichen Abiturs reichte von 18 bis 23 Jahre. Wenn wir annehmen, daß im Jahre 1985 im wesentlichen der Geburtsjahrgang 1966 zum Abitur kam, dann ergibt die Analyse der Altersstruktur des Abiturjahrgangs, daß insgesamt 84 Lebensjahre mehr aufgewandt wurden, als nötig gewesen wäre, um nach 13 Schuljahren das Abitur zu bestehen. Auf jeden der 60 Abiturienten kommt im Schnitt mindestens ein Wiederholungsjahr seit der Klasse 5.

Nur 10 von 60 Abiturienten gehen seit der Klasse 5 auf die Steinmühle. Nur gut die Hälfte der Abiturienten besuchen die Schule seit der Sekundarstufe 1. Die andere Hälfte ist erst in der Oberstufe zu uns gekommen, davon fast die Hälfte erst nach der Halbzeit in der gymnasialen Oberstufe, also zu Beginn von 12.2 oder gar erst zu Beginn von 13.1.

Jeder dritte Abiturient ist Internatsschüler. Die Zahl der Heimschüler nimmt aus unterschiedlichen Gründen ab. Ihr Rückgang stellt Internat, Schule und Elternhaus vor große Probleme, dies um so mehr, wenn das ökonomische Fundament der Zusammenarbeit von Heim und Schule auch angesichts sinkender Schülerzahl, knapper werdender Familieneinkommen und verringerter Motivation, überhaupt noch das Abitur anzustreben, erhalten bleiben soll.

Mehr als ein Drittel aller Abiturienten kommt aus einer Familie, in der entweder ein Elternteil verstorben ist oder die Ehe der Eltern geschieden wurde. Der Anteil dieser Schüler ist bei Heim- und Stadtschülern in etwa gleich.

[198] Ich nenne eine weitere Zahl, die anläßlich einer Abitur-Entlassungsfeier nur allzu leicht vergessen wird: Von den über 100 Schülern, die im Zeitraum seit Beginn des Schuljahres 1982/83 das Abitur an der Steinmühle anstrebten, sind am Ende nur 60 Schüler übriggeblieben, von denen fast die Hälfte die maximale Verweildauer ausschöpfen mußte, um die Schule erfolgreich mit dem Abitur abschließen zu können. Dies entspricht einer Erfolgsquote von weniger als 60%. 42 Schüler haben dieses Ziel nicht erreicht. 15 Schüler davon besuchen noch unsere Schule, um es ein weiteres mal zu

versuchen. Ein kleinerer Teil hat die Schule gewechselt oder ist mit einem qualifizierten Abschluß, nämlich dem schulischen Teil der Fachhochschulreife, abgegangen. Der größere Teil konnte die schulischen Ziele nicht erreichen und mußte die gymnasiale Ausbildung abbrechen. Der Notendurchschnitt des diesjährigen Abiturjahrgangs beträgt 2,9 und weist eine Spanne von 1,6 bis 3,7 auf.

Hinter der Gesamtqualifikation stecken 1.200 einzelne Grundkursbewertungen und 480 Leistungskursabschlüsse. Das sind 3.200 einzelne Klausuren allein in der Qualifikationsphase der Jahrgangsstufe 12 und 13. Das sind für jeden einzelnen Schüler ungefähr so im Durchschnitt dreistündige Klausuren, nicht eingerechnet die Klausuren, die wegen des schlechten Gesamtergebnisses wiederholt werden mußten. Allein für das schriftliche Abitur – dies dürfte die betroffenen Kollegen interessieren – sind nach vorsichtigen Schätzungen 900 Korrekturstunden aufgewendet worden.

Die Durchlässigkeit des Übergangs von Real- und Gesamtschulen auf die gymnasiale Oberstufe ist zwar geringer geworden; dennoch haben auch dieses Mal mehr als 10% der Abiturienten, wenn auch gelegentlich mit Verzögerung, den Übergang geschafft.

17 verschiedene Leistungskurskombinationen waren in diesem Jahrgang möglich. Die relativ günstigen Voraussetzungen für die einzelnen Lerngruppen lassen sich in der durchschnittlichen Kursfrequenz ablesen: in den Leistungskursen betrug die durchschnittliche Zahl der Teilnehmer 15, in den Grundkursen sogar nur 13.

Soweit die Zahlenangaben, die mir für unsere diesjährigen Abiturientinnen und Abiturienten zugänglich sind. Hinter diesen Zahlen verschwindet die Fülle von individuellen Schicksalen, von Lebensgeschichten, von persönlich schmerzhaften Erfahrungen, mit einem Wort: von Schulkrisen und Persönlichkeitskrisen. Nebenbei: Auch Lehrer und Eltern haben, wie wir wissen, ihre je eigene Geschichte.

Dies aber gehört dazu, und deshalb lügen Zahlen, wenn dies nicht mitgedacht wird. Deshalb kann auch nur ein unaufgeklärtes Vorurteil diese Zahlen von vorneherein negativ werten. In diesem Falle würde sich ein solches Vorurteil gegen eine Privatschule richten. Es hätte sich somit ein Objekt gesucht, das als sozial herausgehoben gilt. Dazu sage ich: Vorurteile sind [199] allemal Ergebnisse unaufgeklärten Denkens; insofern ist gleichgültig, wogegen sie sich richten.

Wenn ich selbst die Zahlen interpretiere, die ich Ihnen hier vorgetragen habe, so stimme ich in dem einzigen Punkt mit etwaigen negativen Kritikern überein, daß hier offensichtlich bei allen beteiligten Gruppen, den Eltern, Lehrern und Erziehern, aber auch den Schülerinnen und Schülern, ein besonders großer Aufwand erbracht werden mußte, damit Sie, die Abiturienten, die Abiturprüfung bestehen konnten. Dies gilt in der Summe auch dann, wenn bei einzelnen mehr Leistungsbereitschaft erwartet wurde. Dieser Aufwand hat bei 60 Abiturienten nicht nur gereicht; er wurde auch erbracht.

Die Anforderungen in der Abiturprüfung an der Steinmühle sind genau so hoch wie insgesamt im Land. Es wurde niemandem etwas geschenkt. Es mußte nur eben mehr Zeit, Kraft, Förderung und gemeinsame Mühe aufgewendet werden.

Für mich folgt aus dieser gemeinsamen Anstrengung die Frage: Weshalb denn haben wir alle diese besondere Mühe auf uns genommen – Sie, die Schülerinnen und Schüler, Sie, die Eltern und Erziehungsberechtigten, und wir, die Lehrerinnen und Lehrer? Diese Frage verbindet sich mit einer anderen, nämlich der Frage nach dem Stellenwert des Abiturs heute. Früher, bis etwa vor 2 Jahrzehnten, gab es einen handgreiflichen Grund, auf jeden Fall die Abiturprüfung erreichen und bestehen zu wollen. Sie war der Zugang zum Studium; das Studium war die Voraussetzung für einen gutbezahlten garantierten Arbeitsplatz in einer Eliteschicht, nämlich als Akademiker. Diese Funktion hat das Abitur heute nicht mehr.

Viele von Ihnen, liebe Abiturientinnen und Abiturienten, werden ein Studium gar nicht erst aufnehmen. Diejenigen, die es trotzdem tun, wissen, daß ihnen dies weder einen garantierten Arbeitsplatz noch eine bessere Bezahlung bringen wird. Wer die Abiturprüfung besteht, gehört heute nicht mehr ohne weiteres zu einer sozialen Elite. Jeder Vierte eines Jahrgangs Ihres Alters ist heute Abiturientin bzw. Abiturient. Die Soziologen sprechen in diesem Zusammenhang von einer entwerteten Höherqualifizierung“ und meinen damit, daß eine größere Zahl von Menschen die intellektuellen Vorausset-

zungen für die Besetzung bestimmter qualifizierter Positionen in unserer Gesellschaft besitzt, ohne daß die Zahl dieser qualifizierten Positionen gewachsen ist.

Das besondere Maß an Mühe, das hier bei uns an der Steinmühle von allen Beteiligten aufgewendet worden ist, gilt demnach nicht einem prestigeträchtigen Ausweis. Es hat seinen Wert nicht in erster Linie in materiellen Erwartungen, sondern es galt der Erstellung eines Produkts, das nun allerdings einen idealistischen Namen hat, nämlich Bildung.

[200] Diese Bildung sollte Teil der jungen Persönlichkeiten werden, die hier in unserer Schule herangewachsen sind, und wir sind stolz darauf, daß dieser Versuch gelungen ist.

Dies ist meine *erste* Interpretation der Geschichte, die wir hier gemeinsam durchlaufen haben und die nun mit dieser Feier heute endet. Ich bin sicher, daß das Ende des gemeinsamen Wirkens nur ein scheinbares und insofern vorläufiges Ende ist, daß also die Bildung, Kenntnisse, Einsichten und Erkenntnisse, die Sie an dieser Schule erarbeitet haben, in ihnen weiterwirken werden, gleichgültig in welchem Beruf.

Ich möchte mich als Lehrer dieser Schule hiermit zu dem Bildungsauftrag dieser Schule, dem wir gemeinsam bis heute gefolgt sind, bekennen, und ich bin der Meinung, daß wir Ihnen nichts angetan haben, wenn wir als Lehrerinnen und Lehrer in den vergangenen Jahren Ihnen gegenüber auf diesem Bildungsauftrag so hartnäckig bestanden haben, wie Sie dies von uns erfahren haben.

Ich komme nun zu meiner *zweiten* und *letzten* Interpretation. Wir haben an vielen Abiturientinnen und Abiturienten in den vergangenen Jahren erfahren, wie Begabungen entdeckt und geweckt wurden, die in anderen Schulen verborgen geblieben wären. Wir nahmen uns hier die Zeit und boten Gelegenheit, mit Ihnen gemeinsam individuelle Schwierigkeiten und Verschüttungen zu beheben, die bei anderen Altersgenossinnen und Altersgenossen zum völlig vermeidbaren Scheitern geführt haben und weiter führen. Insofern haben Sie tatsächlich bevorzugte Arbeitsbedingungen gehabt, auch wenn nicht alle unter Ihnen dies bisher so recht begriffen haben mögen. Auch zu dieser Privilegierung unserer Arbeitsweise möchte ich mich hiermit bekennen. Sie ist kein Unrecht. Der gesellschaftliche Skandal, wenn denn von einem solchen gesprochen werden muß, besteht darin, daß anderswo, außerhalb unserer Schule, seelische und intellektuelle Möglichkeiten noch vernachlässigt und zerstört werden, die gerettet und gefördert werden könnten, nämlich mit genau dem Maß an zusätzlicher Mühe, persönlicher Zuwendung und methodischer Anstrengung, das durch die besonderen Bedingungen unserer Schule hier vorhanden ist.

In der öffentlichen Debatte der vergangenen eineinhalb Jahrzehnte sind die Begriffe „Chancengleichheit“ und „Chancengerechtigkeit oft entgegengesetzt worden. Ich bin der Ansicht, daß die Ausschließlichkeit mit der dies erfolgte, falsch ist. Die Steinmühle ist sicherlich eine Schule der Chancengerechtigkeit. Indem ich mich als Lehrer zu dieser Schule bekenne, fühle ich mich zugleich verpflichtet, *„Chancengleichheit“* in dem Sinne zu fordern, daß *alle* jungen Menschen die *gleiche* Möglichkeit erhalten, ihre individuelle Eigenart in den Qualifizierungsprozeß einzubringen.

[201] Dies schließt Selbstkritik unserer Schule nicht aus. Ob wir dem Anspruch, der hier formuliert wurde, immer gerecht wurden und werden, bezweifle ich. Es wäre eigentlich ein Wunder. Auch hier bei uns besteht eine Differenz zwischen Anspruch und dem, was uns letztlich möglich war. Den Anspruch selbst aber halte ich für möglich und notwendig und halte damit auch alles für gerechtfertigt, was dazu diente, seiner Realisierung ein wenig näher zu kommen.

Sie, liebe Abiturientinnen und Abiturienten, können sicher sein, daß, nachdem Sie die Steinmühle verlassen haben, die Lehrer dieser Schule weiterhin darum ringen werden, nicht nur Notlösung, sondern von allem Anfang an die bessere Schule, eine wirklich reformierte Schule für die nachfolgenden Schülergenerationen zu sein.

Und auch Sie selbst werden mit dem heutigen Tag nicht aus dem Spannungsverhältnis entlassen, einerseits von einer besseren Welt zu träumen und andererseits darum bemüht zu sein, die Wirklichkeit ihrem Traum immer ähnlicher zu machen. Wir wünschen Ihnen auf diesem Weg nicht nur äußeren Erfolg. Wir wünschen Ihnen vor allem die Erfüllung Ihrer Träume.

Als ich mich von meiner Schule als Abiturient verabschiedete, zitierte ich Günter Eichs „Träume“. Heute, 25 Jahre danach, möchte ich ein anderes Traumzitat an den Schluß meiner Rede stellen, das von dem Verfasser der programmatischen Schrift „Was tun?“ stammt: „Wenn der Mensch die Kraft zum guten Träumen eingebüßt hat, wenn er nicht immer wieder vorauseilend und mit seiner Einbildungskraft das Ganze seines Tuns überschauen würde, das sich mühselig unter seinen Händen herauszubilden beginnt – wie könnte er überhaupt das Umfassende seiner Anstrengungen durchhalten?“

Träumen wir also! Aber unter der Bedingung, „ernsthaft an unseren Traum zu glauben, das wirkliche Leben auf das genaueste zu beobachten, unsere Beobachtungen mit unserem Traum zu verbinden, unsere Phantasie gewissenhaft zu verwirklichen! Träumen ist notwendig ... [202]

„Wir wollen das Brot und die Rosen dazu!“

Gemeinsame Antikriegskundgebung von DGB und Marburger Forum am 1. September 1985 auf dem Friedrichsplatz in Marburg

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde auf dem Friedensplatz, im zweiten Jahr nach dem Beginn der Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik und in anderen Ländern Westeuropas ist die Sache des Friedens komplizierter als je zuvor. Dieser Friede in Europa ist labil und schon jetzt nur eine Insel in einer Umgebung von Kriegen: in der Dritten Welt, im Nahen Osten, von Bürgerkriegen auch, die insgesamt seit 1945 schon mehr Tote gefordert haben als die beiden Weltkriege 1914–1918 und 1939–1945. Der gegenwärtige Friede, in dem wir hier in Europa leben, ist noch weniger als ein Nicht-Krieg, als der er so oft bezeichnet worden ist. Er ist verbunden mit einem gigantischen Wettrüsten, welches die Ressourcen auffrißt, die nicht nur in der Dritten Welt dringend benötigt werden – dort allerdings elementar –, um den Hunger zu stillen. Auch heute schon tötet, wie wir wissen, Rüstung täglich. Vor diesem Hintergrund wäre es eine billige Verniedlichung, wollten wir uns nur die Bewahrung des Friedens zur Aufgabe stellen. So wichtig die Verhinderung eines Atomkrieges ist – so wenig kann die Bewahrung des gegenwärtigen rüstungspolitischen Status quo ausreichen. Dieser Status quo, soweit er auch nur ein Nicht-Krieg ist, beruht auf dem Prinzip der Abschreckung. Diese Abschreckung schloß bisher immer das Wettrüsten ein – mit den Folgen, die ich eben angedeutet habe. Die Menschheit hat nur dann eine Zukunft, wenn die Kombination von Wettrüsten und Abschreckung überwunden wird durch einen Stopp der Aufrüstung und einen konsequenten Abbau der Atomwaffenarsenale, welche seit 1945 auf der Erde angehäuft wurden. Heute, 40 Jahre nach Hiroshima, existieren auf der Welt bereits Atombomben mit einer Vernichtungskraft von 89.642 Hiroshima-Bomben. Das sind für jedes der 159 UNO-Mitgliedsländer, ob groß oder klein, 562 Atombomben vom Hiroshima-Typ. Dies ergibt sich aus einer Studie der Weltföderation der Wissenschaftler. Diese Studie stellt zugleich fest: „Würde man jeden Tag eine dieser 89.642 Bomben vernichten, dann müßten 242 Jahre vergehen, ehe die 1980 vorhandenen Reserven verschwunden wären.“

Zum Szenario des Schreckens, das in solchen Zahlen sichtbar wird, gehört aber auch, daß es nicht das letzte denkbare Stadium des Rüstungswahnsinns ist. Wir stehen gegenwärtig am Beginn einer Entwicklung, welche zu einer Überwindung des Gleichgewichts des Schreckens führt – aber nicht hin zur Abrüstung, sondern hin zu einer weiteren Eskalationsstufe. Seit Mitte der siebziger Jahre unternehmen die Vereinigten Staaten ständige Anstrengungen, um eine Erstschlagskapazität wiederzugewinnen. Erstschlagskapazität! Das bedeutet die Überwindung jenes bedenklichen atomaren Patts, welches seit Ende der fünfziger Jahre immerhin die Entspannung ermöglichte, durch die Fähigkeit zum Angriff auf Seiten des Westens. Unter dieser Maxime stand bereits die Stationierung der Mittelstreckenraketen.

[203] Neueste Ausgeburt dieser Strategie ist die vom US-amerikanischen Präsidenten Reagan propagierte sogenannte „Strategische Verteidigungsinitiative (SDI)“, zutreffend und im schlechten Sinn volkstümlich als „Krieg der Sterne“ bezeichnet.

Die besondere Gefahr dieses Programms besteht darin, daß es die andere Seite, hier die Sowjetunion, nicht nur als Angreifer voraussetzt, sondern sie sogar selbst in die Rolle zwingt, die offensiven Möglichkeiten von SDI zu unterlaufen. Wer, wie von Reagan geplant, ein absolut sicheres System hätte, um gegnerische Raketen abzufangen, hat damit zugleich die Möglichkeit, die Sowjetunion anzugreifen, ohne einen Zweitschlag fürchten zu müssen. Er zwingt sie damit, entweder ein neues eigenes Antiraketensystem zu entwickeln, das die US-amerikanischen Angriffswaffen ausschaltet, oder – zu geringeren Kosten – eigene Angriffswaffen zu entwickeln, welche SDI entwerten. Die zweite Variante ist die billigere. Ich zitiere im folgenden aus einem Interview, das der ehemalige sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik, Valentin Falin, im April 1985 KONKRET gab: „Für den Preis eines Anti-Raketen-Systems könnte man also wenigstens drei Raketen bauen – und dabei braucht man gar keine neuen Raketen, sondern muß den alten nur etwas hinzufügen für einen winzigen Preis. Wenn man etwa den Kopf einer Rakete mit bestimmten Stoffen abdeckt, braucht man zu ihrer Zerstörung statt eines Laserstrahls von einem Megawatt einen von zehn Megawatt. Die physikalischen

Gesetze sind da auf unserer Seite.“ So weit das Zitat, das die insgesamt entstabilisierende Wirkung des US-amerikanischen Programms enthüllt.

So stehen vor der Friedensbewegung gegenwärtig zwei Aufgaben: Erstens: Die vom US-amerikanischen Präsidenten geplante Eskalation der Rüstung muß verhindert werden. Zweitens: Der bereits erreichte Stand des Wettrüstens muß in einem Prozeß der Abrüstung überwunden werden.

Über diese beiden Ziele mag zwischen uns Einigkeit bestehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie reicht jedoch nicht aus und könnte sogar eher steril erscheinen, wenn es uns nicht gelingt, ein Aktionskonzept gegen das SDI-Programm und für die Revision der Raketenstationierung zu entwickeln. Dieses Konzept kann nicht den Charakter eines auf einen Schlag zu realisierenden Patentrezeptes haben. Das wäre Quacksalberei. Eine langfristige Realisierung dieses Doppelkonzeptes ist nur möglich, wenn es nicht nur mit der Angst und der Friedenssehnsucht breiter Menschenmassen, sondern auch mit ihren sozialen Alltagsinteressen und -bedürfnissen verbunden wird. Ich kenne keine bessere Zusammenfassung all dieser als das, was die in den gewerkschaftlichen Kämpfen erfahrene Kollegin Gisela Kessler am Ende ihrer Rede zum Frauentag 1985 ausgerufen hat: „Wir wollen Arbeit und Brot – Wir wollen menschenwürdig arbeiten und menschenwürdig leben – wir wollen mehr freie Zeit zum Lachen und Lieben – wir wollen den Frieden auf unserem Erdball – Ja, wir wollen das Brot und die Rosen dazu!“

[204] Die beiden Weltkriege dieses Jahrhunderts hatten konkrete ökonomische Gründe. Der erste brach aus, als das deutsche Reich 1914 eine Umgruppierung innerhalb der imperialistischen internationalen Hierarchie zu seinen Gunsten erzwingen wollte. Zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges gehört die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933. Der deutsche Faschismus antwortete auf sie mit einem gigantischen Aufrüstungsprogramm, das tatsächlich genügend staatliche Nachfrage weckte, um kurzfristig die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, dessen Kosten aber nur durch die Gewinne eines Eroberungskrieges nach Osten hätten beglichen werden können. Dieser Eroberungskrieg begann heute vor 46 Jahren.

Seit Mitte der siebziger Jahre nun steigen wieder einmal parallel die Arbeitslosenzahlen und die Kriegsgefahr. Massenarbeitslosigkeit, Wachstumsschwäche, Verschuldungskrise – sie kennzeichnen eine ökonomische Sackgasse, an deren Ende ein neuer Krieg stehen könnte. Jeder sinnvolle Ausweg aus ihr wäre deshalb auch ein Beitrag zur Sicherung des Friedens. Deshalb muß meiner Meinung nach die gewerkschaftliche Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, auch in der Form der 35-Stunden-Woche, von der Friedensbewegung nicht nur geteilt, sondern unterstützt werden.

Die Friedensbewegung hat gerade hier im Raum Marburg-Biedenkopf trotz aller Bedrohlichkeiten der Weltszenerie Grund, auf einige Erfolge hinzuweisen, mit Selbstbewußtsein, das nicht überheblich sein soll – und mit Dankbarkeit. Unsere jahrelange Forderung, daß auch unsere Heimat hier symbolisch zur atomwaffenfreien Zone erklärt werden soll, zuerst aufgestellt auf dem 2. Marburger Forum im November 1981,. steht im Landkreis Marburg-Biedenkopf und hier in der Stadt selbst vor der Verwirklichung. Auch aus diesem Grunde sind wir erfreut und dankbar für den Beitrag des neugewählten Landrats zu dieser Veranstaltung.

Wir sind der Ansicht, daß die Friedensbewegung auf Dauer keinen Bogen um die kommunalen Instanzen der Stadt Marburg machen darf. Angesichts der neuen Konstellation der Marburger Stadtpolitik ist es eine keineswegs abwegige Erwartung, daß im nächsten Jahr auch der Oberbürgermeister der Universitätsstadt Marburg, vielleicht gemeinsam mit dem Präsidenten der Philipps-Universität, hier auf der Friedenskundgebung zum 1. September spricht.

Kolleginnen und Kollegen, wer vom Kampf um den Frieden spricht, darf keinen einzigen Bereich der Politik auslassen. Kein Thema der Politik der Bundesrepublik kann von der Frage nach Krieg und Frieden abgelöst werden. Eine seriöse Umfrage in den letzten Wochen ergab, daß 74 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik den von Ronald Reagan geplanten „Krieg der Sterne“ ablehnen, Das heißt, daß ganz offensichtlich auch Anhänger der gegenwärtigen Regierungskoalition diese Pläne ebensowenig mittragen wie die Mehrheit der [205] US-amerikanischen Bevölkerung.

Die Winkelzüge, Bedenklichkeiten, Verzögerungen innerhalb der Bundesregierung während des Entscheidungsprozesses über eine Beteiligung der Bundesrepublik an SDI zeigen, daß selbst im gegenwärtigen Machtzentrum unseres Staates Gewichte verschoben werden können. Der bevorstehende Bundestagswahlkampf wird ein Anlaß sein, den Politikern aller Parteien einschließlich der CDU/CSU Fragen zu stellen und ihnen Gelegenheit zu geben, trotz aller sonstigen Differenzen eine Übereinstimmung in der Ablehnung abenteuerlicher Kriegführungskonzepte herzustellen.

Angesichts der gegenwärtigen innenpolitischen Konfrontation in der Bundesrepublik mag eine solche Zielsetzung utopisch erscheinen. Aber utopisches Denken dieser Art bedeutet ja nicht Verzicht auf Realisierungen; es ist ein *Noch-Nicht*, nicht ein *Unmöglich*, um in der Begrifflichkeit des großen Philosophen Ernst Bloch zu sprechen. Mehr noch: Diese Koalition der Vernunft, die unser Ziel sein muß, ist nicht nur eine Sache der Zukunft; sie ist in den skandinavischen Ländern – unabhängig von deren jeweils aktuellen innenpolitischen Konstellationen – bereits Realität. Von dort kommen die Vorschläge nicht nur symbolischer, sondern realer, vertraglich in Europa zu fixierender atomwaffenfreier Zonen. Diese können keine Idylle sein, sondern sind sinnvoll nur unter gleichzeitigem Stopp der SDI-Pläne.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund Kreis Marburg-Biedenkopf und das Marburger Forum starten mit dem heutigen Tag eine Initiative zur Unterstützung des Aufrufs der Naturwissenschaftler-Initiative „Wir warnen vor der Strategischen Verteidigungsinitiative“. Dieser Initiative wünschen wir im Raum Marburg eine ähnlich breite Unterstützung, wie der Aufruf bundesweit bisher erfahren hat, nämlich von namhaften Wissenschaftlern und Einzelpersönlichkeiten ebenso wie von Angehörigen aller im Marburger Stadtparlament vertretenen Parteien.

Hier, Kolleginnen und Kollegen, bei der Verhinderung der militärisch bewaffneten Weltraumnutzung und bei der Schaffung realer atomwaffenfreier Zonen in Mitteleuropa, sehe ich konkrete Perspektiven unserer nächsten Kämpfe, und ohne Kampf wird es gewiß nicht abgehen.

Der Verfasser einer Studie an die „Vereinten Nationen“ mit dem Titel „Wenn wir überleben wollen“ schließt sein Vorwort mit den Sätzen: „Uns bleibt keine andere Wahl, als zu kämpfen und dabei auf die gewaltige moralische und geistige Fähigkeit der Menschheit und auf ihren eigenen Erhaltungstrieb zu vertrauen, wenn wir die Hoffnung auf das Überleben hegen wollen.“ Nochmals: Uns bleibt keine andere Wahl als zu kämpfen. Kämpfen wir gemeinsam! [206]

Frieden ist möglich.

Eröffnung des 5. Marburger Forum am 17. November 1985

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, ich begrüße Sie hiermit zum 5. Marburger Forum, das in diesem Jahr unter dem Motto steht: *„Das Wettrüsten im Weltraum verhindern und auf der Erde beenden.“*

Unsere Versammlung findet zwei Tage vor dem Treffen zwischen dem US-amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan und dem Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbatschow statt. Auf diese Begegnung richten sich große Hoffnungen der Völker, und wir selbst wollen uns diese Hoffnung ebenfalls nicht versagen. Die Rhetorik der Friedensbewegung bedient sich seit Jahren der Figur des „Fünf Minuten vor Zwölf“, und immer häufiger ist ihr vorgehalten worden, daß dies doch nur ein leeres Stilmittel sei – angesichts der Tatsache, daß die Katastrophe, vor der sie immer warnte, doch gar nicht eingetreten sei. Diese zynische Kritik ist meiner Meinung nach selbst ein rhetorischer Trick. Sie wurde seit Ende 1983 von der bisherigen Bundesregierung vorgetragen und dem Teil der Presse, welcher ihr nach dem Munde schreibt oder gar ihr vorschreibt. Zu untersuchen wäre, inwieweit in der bisherigen Nachkriegsgeschichte die Warnungen vor einer drohenden Kriegskatastrophe ihrerseits dazu beitragen oder – mehr wird im Augenblick nicht gesagt werden, können – dazu beigetragen haben, diese Katastrophe zumindest hinausgeschoben zu haben. Eine künftige Geschichtsschreibung über die Friedensbewegung der letzten 30 Jahre wird sich dieser Frage zuzuwenden haben. Die Friedensbewegung in den westlichen Ländern hat als ihre Ansprechpartner die öffentliche Meinung des Westens und – über diese vermittelt – auch die Regierenden dieser Staaten. Solange ein demokratisches System hierzulande und in den anderen Ländern des Westens besteht, kann den Regierenden die öffentliche Meinung nicht gleichgültig sein. Und die Kraft der Friedensbewegung und somit des Friedens selbst wächst oder schwindet in dem Maße, in dem es ihr gelingt, auf diese öffentliche Meinung Einfluß zu nehmen. Wenn nunmehr der US-amerikanische Präsident und der sowjetische Generalsekretär bereit sind, sich in Genf zu treffen und über den Frieden durch einen Stopp des Wettrüstens zu verhandeln, dann entspricht dies ganz gewiß ihren eigenen Interessen und den Interessen der von ihnen vertretenen Gesellschaftssysteme. Was den Westen angeht, so ist es die Aufgabe der Friedensbewegung, die Regierungen zu einer Politik der Kriegsverhinderung durch Abrüstung und zu einer Politik der Entspannung und Zusammenarbeit zu drängen. Aus eigener Einsicht sind die Regierenden nach allen Erfahrungen, die wir machen mußten, dazu ganz offensichtlich nicht imstande. Daß dieses Treffen in Genf stattfindet, sehen wir deshalb auch als einen Erfolg unserer Anstrengungen – und darauf gründen wir Hoffnung.

[207] Hoffnung, meine Damen und Herren, besteht auch angesichts der Vorschläge, die von beiden Seiten bisher gemacht wurden. Es wird Aufgabe dieses Forums sein, die Vorschläge Reagans und Gorbatschows in den Stunden, die vor uns liegen, zu analysieren. Ich möchte hier nichts vorwegnehmen. Dies wird Aufgabe der Referenten sein, die ich Ihnen vorstelle: Mechthild Jansen, Horst Kraft, Professor Erich Küchenhoff, Wolfgang Bruckmann, Uwe Knickrehm, Diethelm Gohl, Professor Werner Buckel, Professor Herman Rosanow aus der UdSSR und Daniel Cirera aus Frankreich.

Meine Damen und Herren, erinnere ich mich an die Podien des Marburger Forum in den vergangenen vier Jahren, dann zeigt sich, daß sich in ihrer Zusammensetzung sehr deutlich der jeweils aktuelle Stand der Friedensbewegung widerspiegelt: Neue Mitstreiter sind hinzugekommen, aber die alten sind geblieben. Zum ersten Mal nimmt an einem Marburger Forum mit Herrn Gohl auch ein Mitglied der CDU teil. Leonhard Froese wird am Ende der heutigen Veranstaltung unsere Schlußerklärung in Form eines Offenen Briefes an den Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker vortragen. In der Schlußphase der Auseinandersetzung um die Raketenstationierung haben sich Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union öffentlich zum Kampf gegen die Raketenstationierung bekannt. Ich denke mir, daß die Mehrheit der hier Anwesenden ebenso wie ich von irgendwelchen Großen Koalitionen nichts hält. Etwas anderes aber ist der Kampf um die Verankerung eines grundlegenden Konsensus über alle Parteigrenzen hinweg. Zu den wenigen Essentials, welche diesen Konsens allenfalls ausmachen könnten, müßte meiner Meinung nach die Abkoppelung europäischer Sicherheitspolitik

von den Schwankungen der jeweiligen US-amerikanischen Rüstungsstrategien gehören, die Ersetzung dieser gefährlichen Nibelungentreue durch eine gemeinsame Absage an das Wettrüsten und gemeinsame Arbeit für atomwaffenfreie Zonen, symbolisch und real. Der Frieden kann nicht nur Sache einer politischen Richtung sein; sonst wäre er verloren. Die Äußerungen des Bundespräsidenten am 8. Mai 1985 und vor dem Europäischen Parlament am 23.10.1985 geben hier Anlaß zur Hoffnung.

Wenn ich von *Hoffnung* rede, möchte ich dieses Wort in seinem einzigen sinnvollen politischen Sinn nehmen: nämlich als eine noch nicht realisierte Chance, die aber besteht und zu deren Verwirklichung unermüdliche Arbeit und harter Kampf nötig sind. Hoffnung ist insofern das Gegenteil von Beruhigung. Beruhigung aber möchte auch die gegenwärtige Bundesregierung verbreiten, indem sie die Raketenstationierung als Pluspunkt ihrer Politik ausgibt. Doch diese Selbstbeschwichtigung widerlegt sich selbst. Kaum standen die ersten US-amerikanischen strategischen Atomraketen mittlerer Reichweite, da sah sich die Bundesregierung an die alte Weisheit erinnert, daß, wer A gesagt habe, nun auch B sagen müsse. Sie sieht sich jetzt der Zumutung von SDI gegenüber. Daß angesichts dieser Zumutung überhaupt kein Anlaß zur Beruhigung besteht, zeigt der weltweite Protest und der nicht zu unterdrückende Dissens in der Bundesregierung über SDI und EUREKA selbst.

[208] Die US-amerikanische Führung beschwört mit ihren SDI-Plänen eine neue Gefahr für uns herauf, und die alte Gefahr, die von Cruise Missiles und Pershing II ausgeht, ist überhaupt nicht gebannt. Deshalb muß, wenn wir gegenwärtig *Hoffnung* und *Alarm* gegeneinander abwägen, die Alarmierung überwiegen. Beruhigung wäre gegenwärtig nichts anderes als eine Erhöhung der Kriegsgefahr, denn sie würde die Wachsamkeit schwächen, welche bisher Kriege verhüten half.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, im Jahre 1947, hat der britische Schriftsteller J. B. Priestley die fiktive Rede eines britischen Fabrikanten anläßlich der Verlobung seiner Tochter im Jahre 1912 niedergeschrieben. Ein paar Passagen dieser Rede aus Priestleys Stück „An Inspector Calls“ lese ich Ihnen vor.

Weil der Kaiser ein oder zwei Reden gehalten hat und weil ein paar deutsche Offiziere zuviel zu trinken haben und anfangen, dummes Zeug zu reden, meinen die Leute gleich, es gibt Krieg. Aber ich sage – Unsinn! Die Deutschen wollen ja gar keinen Krieg. Keiner will Krieg außer ein paar Halbwilden auf dem Balkan. Und warum? Es steht zuviel auf dem Spiel heutzutage. Man kann durch den Krieg nur alles verlieren und nichts gewinnen.... Ein Krieg ist heutzutage eine aussichtslose Sache. ... Denkt doch mal an den Fortschritt auf allen Gebieten. In ein oder zwei Jahren wird es Flugzeuge geben, die überallhin fliegen. Und dann die Automobilindustrie – größere und schnellere Typen jeden Tag! Und dann die Schiffe! Ein Freund von mir hat sich letzte Woche den neuen Ozeanriesen angesehen, die TJTANIC. Sie sticht nächste Woche in See – 46.800 Tonnen – in fünf Tagen in New York – mit jedem Luxus versehen – und unversenkbar, absolut unversenkbar! ... Und nun hört zu, ihr jungen Leute, und erinnert euch später mal an das, was ich euch heute sage. In 20 oder 30 Jahren, sagen wir mal 1940 – da werdet ihr vielleicht geradeso eine kleine Gesellschaft geben wie wir heute. Vielleicht ist auch gerade die Verlobung eurer Tochter oder eures Sohnes – und dann werdet ihr, das sage ich euch heute, in einer Welt leben, die all die dummen Kriegssorgen vergessen hat. Überall wird Frieden und Wohlstand herrschen ... ihr Jungen, denkt daran, was ich euch heute sage ... Wir nüchternen Geschäftsleute müssen auch mal zu Wort kommen. Und wir reden nicht nur von Ahnungen, denn wir haben unsere Erfahrung hinter uns – wir reden von Tatsachen“.

Meine Damen und Herren, diese Rede stammt, wie gesagt, aus dem Jahr 1912. Die Positur der Beruhigung, welche J. B. Priestley hier karikiert, wird in Zusammenhang mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges gebracht. Sie hat mit Hoffnung nichts zu tun, sondern ist ihr Gegenteil. Deshalb kann die Hoffnung, welche in die künftigen Verhandlungen der Großen gesetzt werden muß, nur eine Hoffnung im Geiste der Beruhigung, des Alarms und unserer ständigen Aktivität sein, – einer Aktivität, deren schönster Lohn vorerst darin bestehen muß, daß man uns hoffentlich immer wieder vorhalten wird, unseren Warnungen sei die Katastrophe nicht gefolgt.

[209]

Weg mit dem § 116 AFG

Grußwort an die Teilnehmer der Demonstration und Kundgebung der Gewerkschaften am 6. März 1986 auf dem Marktplatz in Marburg

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Marburger Forum grüßt die Teilnehmer an der Demonstration und Kundgebung der Gewerkschaften in Marburg am 6. März 1986 und versichert die Teilnehmer an dieser Aktion seiner Solidarität.

Seit Bestehen der Bundesrepublik stehen die Gewerkschaften immer wieder in Auseinandersetzungen um die Sicherung des ihnen in der Verfassung zugestandenen unverkürzten Streikrechts. Nach dem Demonstrationsstreik der Drucker und Setzer 1952 gegen das Betriebsverfassungsgesetz versuchten ihnen die Unternehmer durch Gerichtsverfahren das Recht auf politischen Streik streitig zu machen. Im Laufe der Jahrzehnte haben dieselben Unternehmer immer wieder Vorstöße unternommen, die gewerkschaftliche Waffe des Streiks durch rechtliche Aufwertung willkürlicher Aussperrung stumpf zu machen und die Gewerkschaften zur Wehrlosigkeit zu verurteilen.

Der Friedensbewegung kann diese Auseinandersetzung, die in dem Versuch einer Novellierung des Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes in diesen Wochen einen neuen Höhepunkt erreicht, nicht gleichgültig sein.

Am 3. Oktober 1983 haben zahlreiche Gewerkschafter mit Unterstützung ihrer Organisation für fünf Minuten die Arbeit niedergelegt, um den Kampf gegen die Stationierung neuer strategischer Raketen mittlerer Reichweite zu unterstützen.

Die vor uns liegenden Kämpfe um einen Abzug der in Europa lagernden Vernichtungspotentiale und für eine Verhinderung des Kriegs der Sterne können nur erfolgreich geführt werden, wenn die Gewerkschaftsbewegung weiterhin ihrer Verantwortung als Teil der Friedensbewegung gerecht wird.

Dazu benötigt sie aber die volle Kraft ihrer Kampfmittel, vor allem des Streiks, nicht nur für die Wahrung der unmittelbaren Arbeits- und Lebensinteressen, für Arbeitszeitverkürzung, Mitbestimmung und Sicherung des Reallohns, sondern auch für gemeinsame Überlebensinteressen der gesamten Gesellschaft.

Der Anschlag der Unternehmer auf die gegenwärtige Fassung des § 116 AFG versucht die Gewerkschaften im Kernbereich der Interessenvertretung zu treffen. Gelingt dies, dann wird auch ihre politische Artikulationsmöglichkeit gelähmt sein. Dies aber wäre nicht nur ein schwerer Schlag für die Gewerkschaftsbewegung, sondern für alle demokratischen [210] Bewegungen, insbesondere die Friedensbewegung.

Wenn die bundesdeutsche Friedensbewegung, in Marburg vertreten durch das Marburger Forum, die Abwehrregung der Gewerkschaften gegen die Verschlechterung des Streikparagraphen unterstützt, dann verhält sie sich deshalb nicht nur solidarisch, sondern wahrt auch ihre eigenen Interessen.

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“

Gemeinsame Kundgebung von DGB und Marburger Forum zum Antikriegstag am 1. September 1986 auf dem Friedrichsplatz in Marburg

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Friedensfreunde, die Veranstaltungen zum Antikriegstag am 1. September geben der Friedensbewegung die Gelegenheit, sich der Gefahren zu vergewissern, die durch das anhaltende Wettrüsten dem Frieden drohen. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, diese Gefahren allein zu benennen. Wir sind aufgefordert, jedes Jahr von Neuem Bilanz zu ziehen auch über neue Chancen, Hoffnungen, Kalkulationen, wie der Frieden zu retten ist.

Einer der positiven Faktoren, die in diese Bilanz eingehen, ist die Friedensbewegung selbst. Ihr Einfluß ist auch im offiziellen Getriebe der parlamentarischen Politik immer wieder und trotz aller Niederlagen unvermindert wirksam. Zu den Erfolgen der Friedensbewegung in Marburg gehört die große Zustimmung und Unterstützung, die der gemeinsame Aufruf von DGB und Marburger Forum gegen die Militarisierung des Weltraums gefunden hat. Weit mehr als 4.000 Marburger Bürger haben seit dem 1. September 1985 diesen Aufruf in Marburg unterschrieben. Ständig kommen neue Unterschriften hinzu. Die seit 1981 erhobene Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone, die vom Marburger Forum und dem DGB als erste unterstützt wurde, konnte im letzten Jahr durch die Beschlüsse des Kreistages und des Stadtparlaments realisiert werden. Um die inhaltlichen Ausgestaltungen kommunaler Friedenspolitik werden wir vor Ort weiter ringen. Die Friedensbewegung kann ihrer Aufgabe, eine ständige Unruhe für den Frieden zu erzeugen, allerdings nur gerecht werden, wenn sie imstande ist, in der politischen Realität selbst Ausgänge aus dem Wettrüsten sichtbar zu machen. Wo sind diese gegenwärtig zu finden?

Die offizielle US-amerikanische Sicherheitspolitik gibt gegenwärtig und offensichtlich auf absehbare Zeit wenig Anlaß zum Optimismus. Es ist richtig: Die alten Männer der US-amerikanischen Außenpolitik werden nicht müde, wie erst kürzlich wieder geschehen, warnend und sachkundig ihre Stimme gegen die lebensbedrohende Rüstungs- und Militärpolitik der derzeitigen Administration zu erheben. Aber keiner dieser ehemaligen [211] Minister, Botschafter und Sicherheitsexperten verfügt in der Demokratischen Partei über ein politisches Mandat oder eine nennenswerte politische Hausmacht. Selbst die Beschneidung der Voranschläge Reagans für das SDI-Programm durch das Repräsentantenhaus ist noch keineswegs eine Wende, da sie vermutlich vor allem unter kurzfristigen Wahlgesichtspunkten erfolgte. Genauere Beobachter der US-amerikanischen Szene weisen darauf hin, daß – anders als noch in der Auseinandersetzung um die Stationierung sogenannter Mittelstreckenraketen – die Demokratische Partei in den Vereinigten Staaten gegenwärtig keine qualitative Alternative zum Kurs Reagans darstellt. Die westeuropäische und bundesdeutsche Friedensbewegung wird eher in möglichen Neugruppierungen der US-amerikanischen Parteienlandschaft, die sich in der „Regenbogenkoalition“ zu formieren beginnen, hoffnungsvolle Ansatzpunkte erkennen.

Stärker als in der Vergangenheit ist die Friedensbewegung in der Bundesrepublik auf Ansätze zu einer differenzierteren Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik selbst angewiesen. Die gegenwärtige Diskussion um eine eigenständigere europäische Sicherheitspolitik ist ein solcher Ansatzpunkt. Wichtige Möglichkeiten auf dem Wege zu einer neuen, auf den Grundsätzen einer Sicherheitspartnerschaft aufgebauten Außenpolitik könnte das Abkommen zwischen der SPD und SED über Initiativen zum Verbot der Lagerung von Giftkampfstoffen in Europa sein, sind die vielfältigen Vorschläge für atomwaffenfreie Zonen, wie sie insbesondere von dem ermordeten schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme vertreten wurden. Wir wollen am ersten Antikriegstag nach seiner – immer noch merkwürdig ungeklärt gebliebenen – Ermordung auch hier seiner gedenken.

Die allmähliche Wendung der SPD in Fragen der Verteidigungspolitik, ihr Nein zur Raketenstationierung und zu SDI sind ebenso wie die parlamentarischen Initiativen der GRÜNEN Elemente einer solchen neuen Sicherheitspolitik, die in sich noch sehr widersprüchlich ist, zu deren Zuspitzung, Ausformulierung und Durchsetzung die außerparlamentarische Friedensbewegung beitragen muß. Die Hoffnung auf eine eigenständigere europäische Sicherheitspolitik ist nicht vage, sie findet ihrerseits Anhaltspunkte in der internationalen Politik selbst, vor allem in den ständigen Vorschlägen der UdSSR,

zuletzt in der Verlängerung des einseitigen Atomteststopps durch den Generalsekretär Gorbatschow. So ist tatsächlich in den vergangenen zwölf Monaten, aber auch schon vorher, einiges in Bewegung geraten. Auch in der offiziellen Politik – denken wir nur an die Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Walter Scheel im Deutschen Bundestag – ist einiges in Bewegung geraten, wodurch die nach dem Beginn der Raketenstationierung zu befürchtende Isolierung der Friedensbewegung verhindert wurde. Die Diskussion über Alternativen der Sicherheitspolitik hat inzwischen auch das Regierungslager erfaßt. Vordergründig wurde seit dem Oktober des vorigen Jahres in der CDU/CSU der Streit darüber geführt, ob die Ostpolitik der früheren sozialliberalen Koalition eine über das Rechtliche hinausgehende politische [212] Auswirkung haben müsse. In diesem Punkt kann schon heute die Union keine Einigung in ihren Reihen mehr herstellen – eine Situation, die durch das Festhalten an einigen Positionen der Entspannungspolitik durch die FDP noch verschärft wird. Auf dem Grunde dieses Konflikts wird aber schon jetzt sichtbar, daß auch die CDU/CSU nicht mehr um die Frage nach einer Alternative zum allein an den Interessen der USA orientierten Kurs der Reagan-Administration herumkommt. In dieser Konstellation liegt die gegenwärtige Chance der Friedensbewegung. Wenn wir heute fordern, daß die USA dem sowjetischen Teststopmoratorium folgen müssen, weil nur so die Anwendung und Weiterentwicklung von atomaren Waffen als tatsächliche Kriegsführungsinstrumente verhindert werden kann, dann ist dies eine sinnvolle Forderung auch dann, wenn die Vereinigten Staaten bei ihrer schon ausgesprochenen Weigerung blieben. Im Stopp der Atomwaffentests liegt der entscheidende Schlüssel für einen Stopp des atomaren Rüstungswahns, wie wir in der „Marburger Friedenserklärung“ 1986 sagen, die ab heute Grundlage unserer Mobilisierung für den Friedensherbst ist.

Anders als noch in der Zeit der neuen Ostpolitik besteht erstmals eine Chance, daß die Bundesrepublik und Westeuropa einen eigenen Kurs der Sicherheitspolitik formulieren können. Dieser birgt zwar selbst wieder mögliche Gefahren, insbesondere das Risiko einer letztlichen Verdoppelung des militärischen Drohpotentials durch eine selbständig agierende westeuropäische Komponente. Und Sicherheitspolitik ist nicht von vornherein auch Friedenspolitik. Auch eine eigenständigere westeuropäische Sicherheitspolitik verdient zunächst nicht dieses Prädikat. Sie kann aber zur Friedenspolitik werden, wenn die Friedensbewegung ihre eigenen Inhalte in sie einzubringen vermag.

Eine Veränderung der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse bei der Bundestagswahl 1987 wäre eine notwendige, wenngleich noch lange nicht hinreichende Voraussetzung dafür, daß die Stimme der Friedensbewegung auch in der offiziellen Politik noch vernehmlich wird. Wir werden deshalb auch in den vielfältigsten Formen in den kommenden Bundestagswahlkampf eingreifen müssen. Eine Regenbogenkoalition für eine europäische Sicherheitspolitik, die letztlich parteiübergreifend bis ins Lager der bisherigen Regierungsparteien sein kann und muß, ist wohl erst möglich nach einem Wechsel der parlamentarischen Konstellation auf Bundesebene. Nur so kann der Prozeß des Nachdenkens auch in den gegenwärtigen Regierungsparteien entscheidend gefördert werden. Sie müssen, bevor sie zur Einsicht kommen, zur Opposition werden. Auch dafür wird sich die Friedensbewegung einsetzen müssen.

Das, was wir dabei einzusetzen haben, ist ein altes Mittel: nämlich die Kraft unserer außerparlamentarischen Bewegung. Die Friedensbewegung wird nur in dem Maße zu einem Wirkfaktor auch in der großen Politik werden können, in dem sie diese ihre außerparlamentarische Mobilisierungsfähigkeit behält und ausweitet, Sie darf dabei nicht nur neue Forderungen [213] stellen. Sie muß nach wie vor auf eine Revision bereits gefallener Fehlentscheidungen drängen, insbesondere auf die Rücknahme des Stationierungsbeschlusses für Cruise Missiles und Pershing II.

Beide Motive treffen zusammen in dem vom Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung geplanten Höhepunkt der diesjährigen Friedensaktionen: der großen Demonstration in Hasselbach am 11. Oktober, wo nach dem Willen der NATO jetzt im Hunsrück mit der Stationierung von Cruise Missiles begonnen werden soll.

Die Aktionen der Friedensbewegung in diesem Herbst sind weniger als je zuvor blinder Aktionismus. Sie stehen tatsächlich in Verbindung mit der Notwendigkeit, das Thema des Friedens auch zu einem Thema des nächsten Bundestagswahlkampfes zu machen. Sie stehen deutlicher als je zuvor in einem internationalen Kontext, der sie nicht ins Abseits stellt, sondern in dem sich – wenngleich wohl erst

auf längere Sicht – die Möglichkeit einer neuen europäischen Sicherheitspolitik, welche zugleich Friedenspolitik sein kann, herauskristallisiert.

50 Jahre nach der Intervention Nazi-Deutschlands zur Zerstörung der spanischen Republik, 47 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges, 45 Jahre nach dem faschistischen Angriff auf die Sowjetunion ist die Bundesrepublik zum strategischen Brückenkopf und Aufmarschgebiet eines gigantischen Wettrüstens geworden.

Nüchtern und ohne alles falsche Pathos muß auch an diesem 1. September 1986 daran erinnert werden, daß wir nach zwei Weltkriegen und angesichts der Gefahr eines neuen Weltkrieges von deutschem Boden aus endlich eine andere Politik benötigen, eine Politik, die Lehren aus der Geschichte zieht, die die Bundesrepublik nicht als Pulverfaß an der Nahtstelle zweier gesellschaftlicher Systeme bestehen läßt, die eine Politik der gemeinsamen Verantwortung für die internationale Sicherheit in die Wege leitet, wie es sich die Vereinten Nationen – nicht nur im UNO-Friedensjahr – zur Aufgabe gemacht haben.

Mit dieser heutigen Demonstration und Kundgebung an die besondere politische und moralische Verantwortung der Bundesrepublik zu erinnern heißt nicht, eine Plattform für eitle Selbstdarstellung oder parteipolitische Profilierung zu schaffen. Diese Kundgebung ist auch kein kollektives Ritual ausgelutschter und ausgelatschter Aktionsformen. Überflüssig und unnütz wird diese Kundgebung erst, wenn von uns allen keine Signale für die Friedensbewegung in den vor uns liegenden Monaten ausgehen, wenn unserm Reden keine gemeinsamen Taten folgen. Wie sagte doch Erich Kästner: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es! Tun wir es gemeinsam! [214]

„Das Wettrüsten im Weltall verhindern und auf der Erde beenden“

Grußwort auf der Antikriegskundgebung von DGB und Marburger Forum am 1. September 1987

Der gewerkschaftlichen Kundgebung zum Antikriegstag 1987 überbringe ich die Grüße des Marburger Forum, das zusammen mit dem DGB zu dieser Kundgebung aufgerufen hat.

Es scheint so, als habe die Friedensbewegung in diesem Jahr Anlaß zu Hoffnung und Genugtuung. Ein Abkommen über den Abbau der Mittelstreckenraketen in Europa scheint möglich. Eines der letzten Hindernisse, die Haltung der Bundesregierung zur Pershing 1a, scheint nicht mehr unüberwindlich. Entscheidende Tage und Wochen in den Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über Abrüstung und Rüstungskontrolle liegen vor uns. Auch der Besuch von Erich Honecker in der Bundesrepublik ist ganz offensichtlich Ausdruck der verbesserten Situation zwischen den beiden deutschen Staaten.

Alles dies unterscheidet sich von den politischen Szenarien, die wir auf früheren Kundgebungen am Antikriegstag realistischerweise darstellen mußten. Es ist in dieser Lage wohl angebracht, darauf hinzuweisen, welch langen und schwierigen Weg die Friedensbewegung zurücklegen mußte, bevor der erste Lichtblick sichtbar wurde – und mehr ist es ja immer noch nicht. Als vor 26 Jahren der Präsident der Volkskammer der DDR, Johannes Dieckmann, hier in Marburg sprechen sollte, konnte die Versammlung nicht stattfinden, da ihm vor allem Korporationsstudenten die Scheiben einwarfen. In diesen Tagen wird der Staatsratsvorsitzende der DDR in Bonn offiziell empfangen werden. Dies ist ein Fortschritt im Abbau von Feindbildern. Allerdings ist es nur ein Fortschritt, ohne daß das Ziel der Friedensbewegung – nämlich nachhaltige Sicherung des Friedens durch reale Abrüstung – schon tatsächlich erreicht wäre.

Es gilt, den Druck auf die Bundesregierung, der darauf hinwirken soll, daß sie auf die Pershing la bedingungslos verzichtet, unvermindert fortzusetzen. Denn wir wissen: gern, freiwillig und frühzeitig hat sie ihre halben Zusagen in dieser Frage ohnehin nicht gemacht.

Persönlichkeiten des Marburger öffentlichen Lebens aus Wissenschaft und Politik haben sich – u. a. initiiert von Leonhard Froese und Olaf Melsheimer – in diesen Tagen zu einer Unterschriftenaktion unter einen Appell vereinigt, in dem es u. a. heißt: „Wir fordern: dem gemeinsam formulierten Anspruch, wonach von deutschem Boden Frieden ausgehen muß, sollten an der Schwelle eines ersten Abrüstungsabkommens zwischen den USA und der UdSSR *Taten* folgen. Wir wünschen, daß sich die Repräsentanten der beiden deutschen Staaten anläßlich ihrer Begegnung unmißverständlich für die Verwirklichung der „doppelten Null-Lösung“ bei den Mittelstreckenwaffen in Europa verpflichten. Der Einstieg in die [215] atomare Abrüstung darf nicht durch die 72 Pershing 1a-Raketen behindert werden. Ein Erfolg bei der „doppelten Null-Lösung“ könnte auch Verhandlungen über die Verringerung der konventionellen Waffen begünstigen und die Beseitigung auch der atomaren Waffen kürzerer Reichweite ermöglichen. Der Weg zu einem Europa ohne Atomwaffen wäre frei. Wir stellen fest: nirgendwo in der Welt gibt es mehr Massenvernichtungsmittel auf so engem Raum als auf dem Boden der beiden deutschen Staaten. Nirgendwo sonst ist folglich die Einsicht so wichtig wie gerade hier, daß Sicherheit nicht mehr im Gegeneinander, sondern nur noch im Miteinander der Staaten gewährleistet werden kann.“

Wie Sie der „Oberhessischen Presse“ von heute entnehmen konnten, hat dieser Aufruf bisher ein erfreulich breites und namhaftes Echo gefunden. So haben neben dem SPD-Fraktionsvorsitzenden im Marburger Stadtparlament Heinrich Löwer Pfarrer Teetz, Rechtsanwalt Dr. Peter Becker, die Ärztin Gudula Müller-Schauenburg, die Professoren Karl Dimroth, Ingeborg Weber-Kellermann, Lüdtke, Stelzl, von Oppen, Ackermann, Klafki und Wilhelm Walcher, einer der 18 Atomforscher, die am 12. April 1957 an die Öffentlichkeit appellierten, die Bundeswehr nicht mit Atomwaffen auszurüsten, unterschrieben.

Der Abbau von Feindbildern ist in der Bundesrepublik jedoch allenfalls eine taktische Angelegenheit, eine Anpassung von Institutionen an veränderte Kräfteverhältnisse, geblieben. Er ist im Grunde nur die Hälfte wert: mag man auch bereit sein, den diplomatischen Verkehr mit den sozialistischen Län-

dern zu normalisieren, so bleibt der Druck der Bedrohung für viele Mitbürgerinnen und Mitbürger, die seit Jahren im Innern der Bundesrepublik für den Frieden und gegen die friedensgefährdende Rüstungspolitik aufgetreten sind, nach wie vor ungemindert. Wenige Tage nach dem Honecker-Besuch muß sich unser Marburger Mitbürger Herbert Bastian am 15. und 16. September vor dem Bundesverwaltungsgericht verantworten. Seit Jahren darf er seinen Beruf als Postbeamter nicht ausüben. Ein negativer Richterspruch würde seine berufliche Existenz und Zukunft endgültig zerstören. Wer der Ansicht ist, daß die Friedensbewegung in den vergangenen Jahren zu Recht gekämpft hat und daß das Engagement *aller* in der Friedensbewegung vereinigten Kräfte legitim gewesen ist, der muß meiner Meinung nach jetzt auch gegen das Berufsverbot für Herbert Bastian eintreten.

In diesem Moment, in dem die Friedensbewegung einen kurzen Augenblick Atem schöpft, nicht um auszuruhen, sondern um Kraft zu sammeln für neue, wahrscheinlich noch größere Anstrengungen, sollten wir auch dankbar die Mitarbeit vieler Mitstreiter würdigen, die viele Jahre vor uns und mit uns gemeinsam gekämpft haben.

Einer von ihnen, Wolfgang Klafki, wird am heutigen Tag 60 Jahre alt. Aus diesem Anlaß findet am 3. September in der Stadthalle um 19.30 Uhr eine Veranstaltung mit dem Thema [216] „Schule: Reform, Wirklichkeit, Utopien“ statt. Warum ich auf diese Veranstaltung hinweise? Was hülfe es der ganzen Pädagogik, wenn eine gewendete Bildungspolitik auch die Friedenserziehung erschweren würde?

Heute an diesem 1. September 1987 beginnt der Olof-Palme-Friedensmarsch mit Kundgebungen in Ost und West. In der Bundesrepublik findet er seinen Abschluß mit einer Kundgebung am Pershing-II-Standort in Heilbronn am 19. September. Die DFG/VK und das Marburger Forum beteiligen sich mit einer Podiumsdiskussion an den Aktionen des Olof-Palme-Friedensmarsches. Thema der Veranstaltung am 10. September im KfZ stattfindet. Thema: „Atomwaffenfreier Korridor – Abrüstung über die Null-Lösung hinaus – Ein Ost-West-Dialog.“

Zuletzt möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die kleinen Schritte, die zur Zeit offensichtlich von den beiden Großmächten zur *Entschärfung* der Lage unternommen werden, letztlich ihren Stellenwert in ihrem Verhältnis zum Ziel einer endgültigen Sicherung des Friedens durch Schaffung atomwaffenfreier Zonen und letztlich die Vernichtung der ABC-Waffen gewinnen können. Hier liegen immer noch die Vorschläge der Olof-Palme-Kommission und des Generalsekretärs Gorbatschow auf dem Tisch, ohne daß sie von der Bundesregierung tatsächlich aufgegriffen worden wären. Ermutigend mag dabei stimmen, daß inzwischen Robert McNamara in den USA ähnliche Überlegungen anstellt. Vom Scheitern oder Gelingen der universellen Abrüstung wird es abhängen, ob die jetzigen Chancen real sind oder nur eine vorübergehende Illusion darstellen. Allemal illusionär wären sie, wenn es nicht gelingt, das Wettrüsten im Weltall zu verhindern und auf der Erde zu beenden. Wenn der Druck ausreichen sollte, den wir entwickelt haben und weiter entwickeln müssen, das erste Abrüstungsabkommen im Atomzeitalter durchzusetzen, werden wir (mit noch mehr Rückenwind durch die öffentliche Meinung) Versuche abzuwehren haben, neue Rüstungen durchzusetzen, und gleichzeitig für unsere weiteren Forderungen Unterstützung zu mobilisieren, um aus einem ersten Schritt eine Wanderung zu machen, die uns unserem Ziel näher bringt: einer abgerüsteten, friedlichen, nicht konfliktfreien, aber gerechteren Welt.

Friedensbewegung und soziale Frage

Diskussionsbeitrag (1987)

Die relativ hohen Stimmenverluste der CDU/CSU am 25. Januar haben allgemein überrascht. Doch seien wir ehrlich: sie haben nicht nur die Demoskopen blamiert, sondern auch viele von uns, die noch bei der Schließung der Wahllokale eine absolute Mehrheit der Union, auf jeden Fall aber eine eindrucksvolle Bestätigung des bisherigen Kurses der CDU/CSU durch [217] die Wähler befürchteten. Jedenfalls war das Wahlergebnis geeignet, Resignierenden eine Vorstellung davon zu vermitteln, wieviel der ganz zu Unrecht als bedeutungslos verschriene Wähler durch seine Entscheidungen doch beeinflussen kann. Denn offensichtlich sind die Wähler doch insgesamt etwas sensibler gewesen als viele Schwarzseher auf der Linken.

Im schwachen Ergebnis der CDU und auch der CSU prägt sich ein Trendknick aus, vergleichbar den Einbußen der Adenauer-CDU 1961. Zwar konnte die Union vier Jahre später, 1965, noch einmal eine Wahl eindrucksvoll gewinnen. Im Rückblick aber überwiegt die Einschätzung, daß sie bereits 1961 den Weg abwärts begonnen hatte, weil sie in wesentlichen Fragen nicht mehr zukunftsfähig war.

Offensichtlich stehen wir heute an einem ähnlichen Punkt. Die CDU, deren Kanzler 1983 in seiner Regierungserklärung noch Ernst Bloch zitiert hatte und die die Zukunft für sich gepachtet zu haben schien, ist inzwischen mindestens auf zwei Politik-Feldern in Gegenwind geraten: in der Frage der wirtschaftlichen Entwicklung und in der Frage des Friedens.

Bevor ich dies zu belegen versuche, möchte ich allerdings noch ein Wort der Selbstkritik vortragen. Es genügt nicht, so meine ich, jetzt zu konstatieren, daß die CDU sich nicht mehr auf sogenannte „Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklung“ berufen kann. So lautete noch der Titel eines Berichts der Kommission, welche 1983 der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Späth, eingesetzt hatte. Wichtiger ist es für den Gegner der CDU, selbst Zukunftsvorstellungen in den Bereichen zu entwickeln, in denen die Union ihre Zukunftsfähigkeit zusehends verliert.

Der erste Bereich ist die Wirtschaftspolitik. Hier hat die konservativ-liberale Regierung bislang eigentlich nur von Trends gelebt, die sie nicht selbst erzeugte, die ihr aber dennoch zuzuarbeiten schienen.

Sie kam ins Amt, als 1982/83 ein neuer Zyklus mit einem Konjunkturaufschwung begann. Trotz dieser günstigen Ausgangsbedingungen hat sie die Arbeitslosigkeit nicht verringern können. Der nächste Abschwung steht bevor. Er wird spätestens 1988 zur Rezession führen. Die Arbeitslosenzahl wird dann eine neue Rekordhöhe in der Geschichte der Bundesrepublik erreichen.

Keines der Konzepte, welche die Regierung bisher vorschlug – Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen zum Beispiel, Abbau staatlicher und kommunaler Sicherungen zugunsten subsidiärer Systeme – wird sie lindern können. Es wird sich sogar zeigen, daß der marktradikale Neoliberalismus dieser Koalition krisenvorbereitend und krisenverschärfend wirkt. [218] In dieser Situation haben Gegenkonzepte eine Chance, insbesondere die Verkürzung der Wochenarbeitszeit und ein umfassendes Konversionsprogramm, also Senkung der Rüstungslasten und Umrüstung der ohnehin rationalisierungsbedrohten Arbeitsplätze in der Waffenproduktion zugunsten stabiler Arbeitsplätze in der Friedensproduktion. Die Memorandum-Gruppe hat hierzu schon einleuchtende Vorschläge gemacht. Es kommt jetzt darauf an, daß die Friedensbewegung sich diese aneignet. Die relative Schwäche der Friedensbewegung seit 1980 – trotz unbestreitbarer großer und einmaliger Erfolge in der Geschichte der Bundesrepublik – liegt vielleicht auch daran, daß das Programm der Friedensbewegung – trotz immer wieder unternommener und z. T. auch erfolgreicher Versuche der Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsbewegung – zu wenig mit den unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Bevölkerung verknüpft war.

Der zweite Punkt, an dem die CDU/CSU in die Defensive gerät, ist die Friedenspolitik selbst. Es hatte gewiß einen hohen Symbolwert, sich das Foto von der Industriellenbank beim Moskauer Friedensforum anzusehen. Sie sah, berücksichtigt man die beteiligten Firmen, wie eine Verjüngung der Ankla-

gebank beim Nürnberger Industriellenprozeß aus. Ich sage dies ohne Häme, sondern weil hier offensichtlich eine politische Kehrtwendung sehr einflußreicher Industriellenkreise sichtbar wird, die früher eine abenteuerliche Außenpolitik unterstützt haben, jetzt aber sich sehr deutlich und ohne Vorbehalt für eine positive Prüfung der Vorschläge Michail Gorbatschows einsetzen.

Eine ähnliche Situation hatten wir schon einmal Ende der 60er Jahre: Auch damals sind westdeutsche Industrielle im wohlverstandenen eigenen Interesse für eine neue, für eine friedvollere Außenpolitik der Bundesrepublik eingetreten. Dies bedeutete damals schon auf kurze Sicht das Ende der CDU/CSU-Herrschaft.

Diese Partei hat bis heute nicht die Flexibilität aufgebracht, ihre inneren Widersprüche in der Ostpolitik, die sie seit 1960 immer wieder lähmen, zu überwinden.

Deshalb ist sie an einem wesentlichen Punkt nicht mehr zukunftsfähig. Das einzige, was sie in diesem Punkt noch hält, ist die Tatsache, daß auch die USA noch keine Wende in ihrer Außenpolitik vollzogen haben. Diese Stützung von außen ist keine sehr weitreichende Garantie.

Falsch wäre es allerdings, wenn wir jetzt taten- und gedankenlos zusehen würden, wie die außenpolitische Zukunftsfähigkeit der CDU/CSU sich verbraucht.

Es gilt, auch aus dem Scheitern der sozial-liberalen Koalition zu lernen. Diese hatte in den Jahren 1969 bis 1972 eine offensive Friedenspolitik betrieben, ist aber die wirtschafts-[219]politische (und abrüstungspolitische) Fundierung dieser Friedenspolitik schuldig geblieben. Sozialpolitische Enttäuschung ihrer Anhänger hat ihr so schließlich bald auch das außenpolitische Mandat entzogen – das sie allerdings bereits vorher durch ihre Unterstützung der Mittelstreckenrüstung verspielt hat.

Wir lernen daraus, daß eine Friedenspolitik, die nicht wirtschaftspolitisch fundiert ist, kurzatmig bleibt. Deshalb sollten wir das wahrscheinlich nur noch kurze Intervall bis zur nächsten schweren Krise der Regierung Kohl dazu benutzen, unsere friedenspolitischen Forderungen sozial- und wirtschaftspolitisch zu fundieren.

Dies müßte uns eigentlich umso leichter fallen, als die Friedensbewegung jetzt eigentlich von einer anderen Aufgabe weitgehend entlastet ist. Bis vor kurzem hatte sie die undankbare Aufgabe, außenpolitische Alternativvorstellungen, die allenfalls von den sozialistischen Ländern getragen wurden, sehr einsam, wie ein Rufer in der Wüste, mit schwachen Medienmitteln zu propagieren. Es war – trotz aller dabei erzielten Erfolge – schwer, diese hörbar zu machen. Das weitgehend zustimmende Echo, das Gorbatschows Vorschläge in bürgerlichen Medien – bis hin zum Interview des Vorstandssprechers der Deutschen Bank im Fernsehen – gefunden haben, läßt es mir als falsch erscheinen, wenn auch wir den Schwerpunkt in unserer Argumentation auf die spezifisch außenpolitische Thematik legen. Das werden wir nach einem Wechsel in der sowjetischen Führung, dessen Verhinderung längerfristig keineswegs als gesichert gelten kann, ohnehin wieder tun müssen. Bis dahin aber sollte sich die Friedensbewegung einem Feld zuwenden, auf dem sie meiner Meinung nach großen Nachholbedarf hat.

Es könnte sein, daß der bevorstehende Kampf der IG Metall um die 35-Stunden-Woche gleichsam der komplementäre Beitrag der westdeutschen Arbeiterbewegung zum außenpolitischen Engagement der Unternehmer ist, die mit der Ablösung der CDU/CSU/FDP enden muß.

Die Veränderung des innenpolitischen Kräfteverhältnisses muß eine Aufgabe auch der Friedensbewegung sein, nachdem seit der Gründung der Vereinten Nationen das außenpolitische Kräfteverhältnis sich in einem welthistorischen Prozeß bereits erheblich verschoben hat. Wir können uns die jeweiligen Kampffelder nicht aussuchen. Sie werden oft vergleichsweise klein sein. Dazu gehören zum Beispiel die Landtagswahlen in diesem Jahr 1987. Wenn es hier gelingt, der Union im Vorfeld der herannahenden Wirtschaftskrise empfindliche Niederlagen beizubringen, dann kann dies das Vorspiel auch zu einer allgemein-politischen Kurskorrektur sein.

[220] Ich wiederhole also: wichtiger als die außenpolitische Propaganda, die uns derzeit von anderen abgenommen wird, muß unser begleitendes Engagement in den gewerkschaftspolitischen und in den landespolitischen Auseinandersetzungen der nächsten Wochen und Monate sein.

Dabei wird es auch darum gehen, Terrain wiederzugewinnen, das die Konservativen in den vergangenen Jahren besetzt haben. Sie haben ja nicht nur einen Angriff auf die Zukunft gestartet, sondern auch versucht, ein Besatzungsregime über die Vergangenheit zu errichten. Beginnend mit Ernst Topitschs Buch über „Stalins Krieg“ 1985 bis hin zu den Vorstößen Noltes und Hillgrubers sollte versucht werden, vergangene Kriegspolitik zu legitimieren.

Die Friedensbewegung hat bislang zugelassen, daß die von Jürgen Habermas dazu ausgelöste Debatte vor allem unter moralischem Aspekt geführt worden ist. Es fehlte bislang die friedenspolitische Komponente in dieser Diskussion. Ich ergänze also: Die Argumentation der Friedensbewegung muß über die Außenpolitik hinaus nicht nur um eine wirtschaftspolitische, sondern auch um eine historisch-ideologische Komponente erweitert werden.

Alle Jahre wieder?

Ostermarsch 1988

Seit 30 Jahren gibt es nun Ostermärsche. Soll das heißen: sie sind ein Ritual, das sich alljährlich wiederholt, aber wenig bringt? Eine wissenschaftliche Untersuchung über die Erfolge der Ostermärsche in den letzten 30 Jahren würde keinen Zweifel daran lassen, daß es sich lohnt, für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt auf die Straße zu gehen. Eigentlich eine Binsenwahrheit, so sollte man meinen. Immer wieder hat sich die Friedensbewegung aber auch mit Besserwissern und intelligenten, abgehobenen Ratgebern auf der anderen Seite und in den eigenen Reihen auseinandersetzen müssen, die der Friedensbewegung weismachen wollten, es lohne sich nicht, es habe keinen Zweck, die „da oben“ würden doch machen, was sie wollten, wir hätten damit gar nichts zu tun. Selbst das Abkommen über die Beseitigung der sogenannten Mittelstreckenraketen wird der Friedensbewegung statt als Erfolg nunmehr als eine „Niederlage“ von dem vielfach so hochgeschätzten Kolumnisten Hermann Gremliza offeriert. Die politische Bedeutung des INF-Abkommens und der politische Anteil der Friedensbewegung daran werden zum Nachteil des Selbstbewußtseins und der Motivation der Friedensbewegung durch bloße „Raketenzählerei“ verkannt.

[221] Auch der so bedeutende Gesellschaftswissenschaftler der DDR, Jürgen Kuczynski, erklärte jüngst in seinem OP-Interview, das Abkommen habe rein gar nichts mit der Friedensbewegung zu tun. Stimmt das?

Richtig ist zweifellos, daß die Friedensbewegung nicht mit am Verhandlungstisch saß, sondern das Zustandekommen dieses Abkommens mit den je spezifischen Bedingungen in den Ländern der vertragschließenden Parteien viel zu tun hat.

Richtig ist, daß wir bei weitem noch nicht zufrieden sein können, daß die Chance zum Durchbruch durch alle möglichen „Nachbesserungen“ und Lückenfüller für die Auftragsbücher der Rüstungsindustrie noch nicht genutzt wurde.

Aber woran liegt das? Liegt es nicht auch daran, daß der Druck, den die Friedensbewegung in den letzten Jahren, vor allem nach dem Raketenbeschluß, entfaltet hat, zu schwach war, daß wir den Ratgebern zu rasch nachgegeben haben, daß wir uns, weil uns der Erfolg scheinbar versagt blieb, zu rasch aus der aktiven Beteiligung an der Politik zurückgezogen haben? Nein, wenn auch die derzeitige Bundesregierung glaubt, ein „Nachrüstungsprogramm“ sei zur Zeit nicht durchsetzbar, weil sich auch bei Wahlen inzwischen die Friedens- und Rüstungsfrage als ein mitwahlentscheidendes Kriterium herausgestellt hat, dann liegt das daran, daß – durch Meinungsumfragen und Wahlanalysen vielfach belegt – durch die Friedensbewegung ein Klima geschaffen worden ist, das den Handlungsspielraum der unverbesserlichen Rüstungsbetreiber, Entspannungsgegner und falsche Feindbilder vorgaukelnden Ideologen einengt. Dieser Respekt vor der Friedensbewegung kann leicht verspielt werden, wenn sie aufhört, in der Öffentlichkeit weiterhin präsent zu sein. Stellen Sie sich vor, es wäre Ostern und keiner ginge zum Ostermarsch! Nein, wir lassen uns nicht entmutigen und kleinkriegen.

Die Friedensbewegung hat allen Grund, sich selbstbewußt und mit Zuversicht und Aktionen darum zu kümmern, daß die Forderungen des diesjährigen Ostermarsches mit Nachdruck öffentlich vertreten werden. Mit dem diesjährigen Ostermarsch wendet sich die Friedensbewegung dagegen, daß das INF-Abkommen zur Beseitigung der atomaren Mittelstreckenwaffen durch neue Umrüstungsmaßnahmen, Modernisierungsprogramme und neue militärische Kooperationen, etwa mit Frankreich, kompensiert werden soll. Wer dagegen ist, daß die Bundesrepublik frei von Atomwaffen wird, daß Europa chemiewaffenfrei wird, daß die Rüstungslasten gesenkt werden, um Arbeitsplätze zu schaffen und den Sozialabbau zu verhindern, um Mittel freizusetzen, die nötig sind, um die globalen Probleme der Umweltzerstörung, der Unterentwicklung und der Verletzung der Menschenwürde anzugehen, der soll dies öffentlich erklären. Wer aber dafür ist, soll die Friedensbewegten nicht zu nützlichen Idioten seiner Bequemlichkeit machen.

[222] Ich weiß sehr wohl: Friedensengagement kostet Kraft, Kraft, die wir fälschlicherweise glauben auch mal für uns haben zu wollen, wenn wir uns von den Strapazen des Berufslebens, des Studenten-

, Schüler- und Ausgebildetendaseins, in dem ja nicht alles sinnvoll und vernünftig ist, sondern viel – auch unnötige – Kraft verbraucht und vergeudet wird, erholen wollen. Aber die Friedensbewegung verbraucht nicht nur Kraft; sie stärkt unsere Kräfte in der gemeinsamen Aktion für vernünftige Ziele. Über die gegenwärtige Situation, die weithin von Umbruch gekennzeichnet ist, über das „Wie denn weiter?“, über die Strategien der anderen und unsere eigenen Strategien laßt uns gemeinsam in Diskussionen lernen.

Denn das Gegenteil von gut kann auch „wohlmeinend“ sein. Um den Gegner in seinem Handlungsspielraum einzuengen und letztlich zu überwinden, bedarf es auch der genauen Analyse seiner und unserer Kampfbedingungen. Jetzt aber heißt es „Flagge zeigen“. Die Friedensbewegung ist nicht tot. Sie lebt und hat allen Grund, im Kampf um Leben und Überleben weiterzumachen und daran festzuhalten, daß prinzipiell nicht Waffen, nicht Atomwaffen und nicht sogenannte konventionelle Waffen, nicht einmal weniger und auch keine anderen, mehr Sicherheit bringen, sondern die politische Lösung von Konflikten und die volle Durchsetzung des Prinzips der friedlichen Koexistenz.

Und was nützt es der Welt, neu denken zu lernen, wenn wir aufhören, im Sinne des Neuen Denkens, das auch vielfach alternatives altes Ostermarschdenken ist, vor Ort zu handeln? Im Gegenteil, unser Handeln vor Ort – unsere Teilnahme am Marburger Ostermarsch und/oder an der Abschlußkundgebung in Frankfurt – bewirkt neues Denken auch bei denjenigen, die immer noch nicht begriffen haben, daß es „weiter so“ nicht gehen darf.

Sage keiner, es gebe nach dem INF-Abkommen keine Widerstände mehr gegen eine zukünftige Welt des friedlichen Zusammenlebens und -arbeitens. Sage keiner, „man/frau“ – wer ist das? – könne hier und heute Politik „den anderen“ – welchen anderen? – überlassen. Die Friedensfrage mag sich uns komplizierter und schwerer durchschaubar darstellen – sie ist es gegenwärtig auch –, aber so einfach ist die Einladung zum Mitmachen. Wir sehen uns also am Ostersamstag um 11.00 Uhr auf dem Marktplatz wieder – oder? [223]

Die Friedensbewegung ist nicht am Ende.

Gemeinsame Antikriegskundgebung von DGB und Marburger Forum am 1. September 1988 an der Augustinertreppe in Marburg

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, die Friedensbewegung ist nicht am Ende. Sie war es weder am 8. Mai 1945 noch nach dem Ende der vor 30 Jahren beendeten Kampagne „Kampf dem Atomtod“. Sie war nicht am Ende, als der Bundestag die Stationierung der US-amerikanischen Kriegsführungsinstrumente auf dem Boden der Bundesrepublik beschloß. Und sie kann nicht am Ende sein mit der Ratifizierung des INF-Abkommens und der Verschrottung der sogenannten Mittelstreckenraketen in West und Ost. Frieden braucht nach wie vor Bewegung. Und jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme, Leitartikel, Parteitagsbeschlüsse oder Kundgebungsreden. Sie werden aber wissen wollen, was die bundesweite Friedensbewegung für den Herbst 1988 plant, welche Ziele sie sich setzt und wo Sie ganz persönlich eingreifen können, um jenes Begreifen bei sich und anderen zu fördern, das wiederum andere zwingt, den Weg zur Abrüstung nicht länger zu versperren.

Ich will aus dem umfangreichen und vielfältigen Programm des Friedensherbstes 1988 nur zwei Aktionen herausgreifen.

Zum einen ist es die für den 24. September geplante hessische Demonstration in Gießen; zum anderen ist es die von der bundesweiten Friedensbewegung beschlossene Großdemonstration am 15. Oktober in Linnich. Lassen Sie mich hierzu einige erläuternde Bemerkungen machen.

Die Fernsehbilder des heutigen Tages, die den Abtransport der Pershing II-Raketen aus Heilbronn dokumentieren, zeigen: Abrüstung ist möglich. Doch noch ist Europa nicht atom- und chemiewaffenfrei; noch zielen Tausende atomarer Sprengköpfe auf unsere Städte und Gemeinden. Das Wettrüsten soll in anderen Bereichen fortgesetzt werden. Ein neuer Aufrüstungsschritt, beschönigend „Modernisierung“ genannt, steht auf der Tagesordnung. Einige der in der Bundesrepublik stationierten Atomwaffen werden heute schon mit neuartigen Atomsprengköpfen aufgerüstet. Diese neue Aufrüstungsrunde droht die neuen Chancen auf die Realisierung weiterer Abrüstung nach dem Mittelstreckenraketenabkommen zu unterlaufen.

Warum aber nun eine Demonstration in Gießen? Gießen ist einer der in Frage kommenden Militärstandorte für diesen Aufrüstungsschritt. Schon heute ist Gießen eines der militärischen Zentren Hessens. Ein Siebtel des Gießener Stadtgebietes wird von Militäranlagen der US-Armee und der Bundeswehr in Anspruch genommen. In der Steuben-Kaserne und in den [224] River Barracks, drei Kilometer vom Stadtzentrum entfernt, liegen atomare LANCE-Raketen und andere Atomwaffen. Diese Raketen wurden und werden bei Manövern in der mittel- und osthessischen Region eingesetzt. Ein einziges LANCE-Bataillon kann bis zu 369mal die Zerstörungen Hiroshimas anrichten.

Und warum gerade Linnich? Ich bin sicher, Linnich wird die Bedeutung bekommen, die Hasselbach für uns gehabt hat. Linnich ist ein Symbol für die gesamte Modernisierung der NATO-Kriegführungsstrategien und Waffensysteme. In Linnich-Glimbach bei Jülich baut die NATO gegenwärtig eine unterirdische Kriegführungszentrale. Von hier aus sollen im Kriegsfalle die NATO-Heere und Luftwaffen im nördlichen Mitteleuropa befehligt werden. Hier wird eine NATO-Einsatzdoktrin umgesetzt, die – entsprechend dem US-amerikanischen Air-Land-Battle-Konzept – gekennzeichnet ist durch Offensivorientierung, integrierten Einsatz aller konventionellen, elektronischen, chemischen und atomaren Massenvernichtungswaffen, sofortige Angriffe auf Ziele tief im „gegnerischen“ Hinterland. Hier zeigt sich, daß die NATO nicht wirklich an Abrüstung interessiert ist, sondern die Politik der Abschreckung und Rüstungsmodernisierung fortführen will. „Abschreckung“ bedeutet für die NATO nicht Verteidigung gegen einen möglichen „Angreifer“, sondern Herstellung militärischer Überlegenheit durch Perfektionierung ihrer Militärtechnologie und -strategie.

- Die Pershing II- und Cruise-Missiles-Funktionen sollen von anderen (luft- und seegestützten) Systemen voll übernommen werden.
- Statt eine dritte Null-Lösung zu vereinbaren, wie es der SPD-Parteitag heute als Ziel beschlossen hat, sollen die atomaren Kurzstreckensysteme durch modernere und weitreichende ersetzt werden.

– Die Kriegführungsstrategien unter Einbeziehung nuklearer, chemischer und konventioneller Waffen werden weiterentwickelt.
– In Westeuropa gibt es Bestrebungen, die militärische Zusammenarbeit zu verstärken und eine eigenständige Atommacht aufzubauen.

Es ist an der Zeit, diese Wahnsinnsvorhaben zu stoppen. Es ist an der Zeit, eine Wende wirklicher Abrüstung durchzusetzen.

In Linnich-Glimbach zeigt sich die grundsätzliche Alternative: Entweder „Modernisierung“ der Kriegführungsstrategien, Fortsetzung der nuklearen Bedrohung und neue Aufrüstung oder eine generelle Umorientierung auf einen Frieden ohne Bedrohung, wie wir es wollen. Einen Frieden ohne Waffen, ohne Unterdrückung und ohne wechselseitige Völkermorddrohung – einen Frieden, der auf Gerechtigkeit, Völkerfreundschaft und Zusammenarbeit basiert. Den Widerstand gegen den NATO-Kriegführungsbunker sehen wir im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die Zerstörung, Ausplünderung und Gefährdung von Mensch und Natur.

[225] An der Baustelle des neuen NATO-Kriegführungsbunkers demonstrieren wir nicht nur für den sofortigen Baustopp, sondern ebenso wie in Gießen für die Ziele der Friedensbewegung:

– für ein atomwaffenfreies Europa und die Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen,
– für den grundgesetzlich festgelegten Verzicht der BRD auf Atomwaffen und Stillegung aller Atomanlagen,
– für eine deutliche Reduzierung der konventionellen Waffen, der Truppenstärken und der Rüstungsausgaben,
– für die Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion und Osteuropas, für ein gemeinsames Europäisches Haus statt einer europäischen Kaserne,
– für gerechte Beziehungen zu den Völkern der ‘Dritten Welt“ und den Stopp aller Rüstungsexporte statt europäischem Großmachtstreben.

Es wäre doch gelacht, wenn wir nach den inhaltlichen Vorbereitungen, u. a. auf den Sitzungen des Marburger Forum am 14. September und 5. Oktober, nicht die für Gießen und Linnich bestellten Busse voll kriegten. Eines aber ist sicher: Eine Lösung drängender Probleme des Umweltschutzes, der Beseitigung von Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau kann ohne weitreichende Abrüstungsschritte nicht gelingen.

Es ist hier nicht der Platz, etwas zu den Perspektiven der kommunalen Friedensarbeit in Marburg auszuführen. Aber eine Bemerkung kann ich mir nach dem Beschluß des SPD-Parteitages vom heutigen Tage nicht verkneifen: Wenn die NATO-Streitkräfte nach dem Willen der SPD halbiert werden sollen, dann ist es in Marburg an der Zeit, darüber nachzudenken, wie wir Marburg bis zum Jahre 2000 kasernenfrei bekommen.* Es gibt dazu vom ehemaligen Staatssekretär des ersten Bundespräsidenten Heuß und Oberbürgermeisters von Marburg, Bleek, aus dem Jahre 1947 geeignete Vorstellungen, die ich dem Marburger Magistrat und allen interessierten Friedensfreunden als Lektüre empfehle.

Durch ein kasernenfreies Marburg können wir uns dann auch jenen Standortältesten ersparen, der zu Recht eine heftige Diskussion über seine Äußerungen über Desertion im sog. „Dritten Reich“ ausgelöst hat.

Es gibt viel zu tun, auch in Marburg. Wir haben lange genug in unseren gemeinsamen Anstrengungen nachgelassen und uns der Illusion hingegeben, als seien die Gefahren, die uns [226] zusammengeführt haben, gebannt oder als könnten wir das politische Geschäft wieder anderen überlassen. Lassen wir uns nicht von noch so klug oder radikal klingenden Unkenrufen irre machen, die da meinen, die Friedensbewegung produziere nur Niederlagen, sie sei im Siegen ungeübt. Wie heißt es doch in einem

* Marburg ist zwar inzwischen „kasernenfrei“. Aber dies ist kein Grund zum Jubeln. Bundeswehr und Nato existieren Doch. Letztere erweitert sich auf Initiative der Bundesregierung zunehmend nach Osten. (siehe den Ostermarschaufruf 1998: Es ist höchste Zeit für den politischen Wechsel: Frieden und Arbeit für alle).

Leitfaden für das Studium der Geschichte der Neuzeit: „Alles Vernünftige hat seinen Ausgangspunkt und sein Ziel: die Bewegung ist die Äußerung des Lebens, das Ziel ist der Sinn des Lebens.“

Wir wissen sehr wohl, daß wir es mit einem unvorstellbar mächtigen Gegner zu tun haben. Aber Wissen kann unmöglich das Höchste sein – handeln ist besser als Wissen. Das Wesen der Friedensbewegung ist nicht die Diskussion, so notwendig sie ist, sind nicht ihre Forderungen, Analysen und Kommentare allein; das Wesen der Friedensbewegung ist unser gemeinsames Handeln, unsere gemeinsamen Aktionen. „Wer nichts tut, erreicht auch nichts.“ (Gorki)

Kampf für Frieden und Abrüstung ist, wie Ernst Bloch vor 21 Jahren in der Frankfurter Paulskirche erklärte, kein „Gemisch aus Limonade und Phrase“. Und nüchtern fügte er hinzu, was er für Demokraten zu sein hat: „Widerstand der sozial-humanen Vernunft, aktiv, ohne Ausrede.“

Grußwort an die Delegiertenkonferenz des BDWi

am 10. Dezember 1988

Im Namen der Friedensinitiative des Marburger Forum überbringe ich Ihnen die Grüße des Marburger Forum und wünsche der Delegiertenkonferenz des Bundes demokratischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen weiterhin einen guten Erfolg. Gegründet 1981, hat das Marburger Forum erheblichen Anteil an der Mobilisierung der friedliebenden Kräfte in der Region. 3 der vier Initiatoren des Marburger Forum sind Mitglieder des BdWi. Der 4. Initiator gehört als Professor der Erziehungswissenschaft dem BdWi nicht an. Gleichwohl war und ist das Marburger Forum alles andere als eine akademische Vereinigung, auch wenn immer wieder zahlreiche Mitglieder des BDWI durch Mitdenken und Mittun an der Entfaltung der Friedensbewegung in der Marburger Region aktiv beteiligt gewesen sind. Ich denke, dies ist kein Nachteil, sondern weist auf die Aufgabe der demokratischen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen hin, ihr Denken und Tun in eine breite, alle Bevölkerungsschichten umfassende demokratische Bewegung einzubringen. Auch wenn bis zum Vorschlag des Generalsekretärs Gorbatschow vor der UNO es den Anschein haben konnte, als habe die Friedensbewegung ihre Schuldigkeit getan, ist es sinnvoll, gerade in einer hoffentlich abgeschlossenen Abschwungphase der Friedensbewegung sich der Erfolge der Friedensbewegung zu erinnern. [227]

„Neues Denken“?

6. Marburger Forum am 17. Juni 1989 in der Marburger Stadthalle

Als das Marburger Forum am 28. Mai 1981 zu seiner ersten öffentlichen Manifestation hier in der überfüllten Stadthalle mit einem Plakat aufrief, auf dem der europäische Kontinent von Atomraketen bedroht und eine Friedenstaube aus dem Osten kommend als Hoffnungsträger abgebildet war, gab es besorgte Stimmen, die anfragten, ob die grafische Lösung des Problems als falsche politische Symbolik mißverstanden werden könnte.

Heute, einen Tag vor der Wahl zum westeuropäischen Parlament und am Ende einer Woche, in der der Generalsekretär der KPdSU die Bundesrepublik besuchte, wird auch dem letzten politisch Interessierten deutlich: die Weltpolitik, auch hier in Europa, befindet sich seit dem Beginn der 80er Jahre im Wandlungsprozeß.

Chancen und Risiken dieses Prozesses werden wir heute in vier Gesprächsrunden zu bestimmen versuchen. Hierzu darf ich die Referenten des 6. Marburger Forum, die von den Moderatoren im einzelnen noch vorgestellt werden, sehr herzlich begrüßen. Nach den vielen freundlich gehaltenen Absagen – vor allem aus dem sozialdemokratischen Raum – sind wir sehr dankbar, daß wir in Ihnen kompetente Dialog-Partner für ein Europa gefunden haben, in dem militärische Mittel zur Lösung politischer Probleme an Bedeutung verlieren, in dem offensichtlich der Prozeß von der Konfrontation zur Kooperation in einem internationalen System der Friedensordnung unterschiedlicher sozialer Systeme fortschreitet und Sicherheit auf Kosten der eigenen und der gemeinsamen ökonomischen, politischen, humanitären und ökologischen Stabilität nicht mehr denkbar erscheint.

Dank gilt auch den Mitgliedern des Initiativkreises des 6. Marburger Forum und den Organisatoren sowie den Mitgliedern des Sprecherkreises, die in relativ kurzer Zeit dieses 6. Marburger Forum auf die Beine gestellt haben. Wir werden nach dem 6. Marburger Forum gemeinsam zu überlegen haben, wie es mit der Arbeit der Friedensbewegung vor Ort weitergehen soll.

Trotz aller Hoffnungen und Chancen, die sich mit dem gegenwärtigen Prozeß der Entspannung verbinden, sind die beharrenden Tendenzen und das Festhalten an einem Konzept der Abschreckung nicht zu übersehen. Auch der jüngste Nato-Gipfel aus Anlaß des 40-jährigen Bestehens brachte keinen Durchbruch zu *Neuem Denken*. Auch wenn sich die Friedensbewegung der 80er Jahre zur Zeit weniger als Kampagnenbewegung gegen neue verschwenderische Rüstungsprojekte und gefährliche Militärdoktrinen darstellt und seit dem INF-Abkommen in eine Phase der Neuorientierung und des Nachdenkens eingetreten ist: [228] Nach dem Gorbatschow-Besuch in der Bundesrepublik können wir mit Stolz und Selbstbewußtsein von uns sagen: Wir sind ein Wegbereiter des Neuen Denkens gewesen. Wir haben dazu beigetragen, daß sich das Bewußtsein der Bevölkerung und die Politik auch der konservativen Regierung in unserem Lande verändert hat bzw. zu verändern beginnt. Wir wollen auch in Zukunft Pioniere und Schrittmacher des Neuen Denkens und Handelns sein und die offizielle Politik, nicht nur durch unser Wahlverhalten, zu demokratisieren versuchen, wie uns dies in der Vergangenheit in der Sicherheitspolitik so erfolgreich gelungen ist. Dazu bedarf es neuer Denkanstöße, Fragestellungen, Lernprozesse und Qualifikationen.

Europa steht vor der Wahl. Aber nicht nur einen Tag vor der Wahl zum westeuropäischen Parlament. Als Bündnisbewegung, die sich aus Mitgliedern unterschiedlicher Parteien zusammensetzt und die unterschiedlichsten politischen und weltanschaulichen Strömungen in sich vereinigt, wollen wir keine Wahlempfehlung für eine bestimmte politische Partei aussprechen. Aber uns selbst und anderen klar zu machen, vor welcher Wahl Europa steht, dies ist unsere selbstgestellte Aufgabe.

40 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik stellt sich uns – wie schon der Friedensbewegung der 50er Jahre – die Frage, ob die Bundesrepublik Brücke oder Brückenkopf im Ost-West-Verhältnis werden will.

50 Jahre nach Beginn des durch Nazi-Deutschland begonnenen 2. Weltkrieges ist die Frage, ob wir aus der Geschichte zu lernen imstande sind und Hegemonial- und Kriegsplänen endgültig eine Absa-

ge erteilen, immer noch nicht entschieden zugunsten der Charta der Vereinten Nationen, in deren Präambel es seit 1945 u. a. feierlich heißt:

„Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat, unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen, Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können, den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern und für diese Zwecke unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren, internationale Einrichtungen in Anspruch zu nehmen, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker zu fördern – haben beschlossen, in unserem Bemühen um die Erreichung dieser Ziele zusammenzuwirken.“

Das 6. Marburger Forum will einen Beitrag zur Erneuerung dieses (alten) Denkens leisten. [229]

Am Ende des Kalten Krieges, vor Beginn eines Nord-Süd-Krieges?

Gemeinsame Antikriegskundgebung von DGB und Marburger Forum am 1. September 1990 an der Augustinertreppe in Marburg

Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, 1981 hat der DGB-Kreis Marburg-Biedenkopf erstmals eine Kundgebung zum Antikriegstag am 1. September durchgeführt. Seit 1982 wird sie gemeinsam mit dem Marburger Forum, für das ich hier spreche, veranstaltet. Dieser gemeinsame Beginn stand im Zeichen des Kampfes gegen die Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa, der letzten Etappe des kalten Krieges.

Inzwischen sind die Raketen weg, der Kalte Krieg ist beendet und für einen Moment schien es, als befinde sich die Friedensbewegung nur noch in einer Phase der Abwicklung ihrer bisherigen Aufgaben. Dabei zeigt sich allerdings jetzt erst in vollem Umfang, wie groß die Altlasten des Kalten Krieges gerade auf militärischem Gebiet sind. Durch die Bundesrepublik, an Marburg vorbei, rollen Giftgastransporte. Die Stoffe, die jetzt hinausbefördert werden, sind von höchster Gefährlichkeit. Wir haben jahrelang ganz offensichtlich nicht nur auf einem Pulverfaß, sondern auf einem Giftgasfaß gelebt. So erfreulich es ist, daß diese Stoffe nun entfernt werden, so erschreckend ist das Ausmaß der Gefahren, die selbst mit diesem Abtransport verbunden sind. Das sogenannte Restrisiko ist groß; die Friedensbewegung hat in vielen Städten, durch die diese Züge rollen, darauf aufmerksam gemacht, daß diese Städte in den Tagen des Transports gefährdet sind. Die kommunalen Behörden haben sich zur Geheimhaltung verpflichten lassen, angeblich um terroristische Anschläge zu erschweren. Dabei ist bekannt, daß Geheimhaltung solcher Art gegen die Logistik des Terrorismus in der Regel nicht schützt. Sie schützt die Bevölkerung nicht, sondern nimmt dieser durch die Vorenthaltung von Informationen jenes Minimum an Möglichkeiten, sich selbst zu schützen, das sie hätte, wenn sie über Strecke und Zeitpunkt der Transporte Bescheid wüßte. Sie könnte sich dann wenigstens für einige Zeit entfernen. Ich bedauere, daß diese Geheimhaltungstaktik ganz offensichtlich auch in Marburg funktioniert.

Während die Altlasten des Kalten Krieges auf gespenstische Weise bearbeitet werden, scheint es einige Aspekte von Hoffnung zu geben, die mit dem Ende des Kalten Krieges verbunden sind. Das Wort Rüstungskonversion hat eine neue Bedeutung gewonnen. Wir möchten es beim Wort nehmen und hoffen, daß damit wirklich Abrüstung gemeint ist und nicht nur Umrüstung. Wenn dies gelingt, dann kann dies auch für die Stadt Marburg segensreiche Wirkungen haben. Erfreulicherweise hat der Oberbürgermeister in einem Schreiben an den Regierungspräsidenten vorgeschlagen, Schritte für eine zivile Nutzung bislang militärisch gebrauchten Geländes in Marburg einzuleiten. Große Teile Marburgs sind noch mit Kasernen, Übungsplätzen an der Peripherie und logistischen Einrichtungen des Militärs besetzt. Ihre Zurückführung in kommunale Nutzung würde es der Stadt Marburg erlauben, ihre Verkehrs-[230] und Wohnungspolitik auf eine ganz andere, breitere und solidere Grundlage zu stellen. Deshalb befürworte ich eine schnelle und umfassende kommunale Abrüstung, das heißt:

Aufhebung der militärischen Einrichtungen in der Stadt Marburg und im Kreis Marburg-Biedenkopf und ihre Umwidmung in zivile Zwecke. In diesem Zusammenhang verweise ich noch einmal ausdrücklich auf die 2 Arbeitsgruppen, die heute ab 14.00 Uhr zu den Themen 1. Bedingungen lokaler Rüstungskonversion – Probleme der Zivilbeschäftigten und 2. Möglichkeiten der Stadtentwicklung in Marburg unter Abrüstungsbedingungen mit Fachleuten aus Gewerkschaft und Stadtverwaltung im Rahmen des Friedensfestes in der Liebigstraße angeboten werden. Am 5. September findet dann mit Vertretern sämtlicher Stadtverordnetenfraktionen und Experten ein „Hearing zur lokalen Rüstungskonversion in Marburg“ statt. Der Reader „1. September 1990 – Kasernen zu Wohnungen – Truppenübungsplätze zu Naturschutzgebieten – Abrüstung und Konversion in Marburg“ ist ab heute hier erhältlich.

Zu den Ergebnissen des Kalten Krieges gehört auch das Ende der deutschen Teilung. Sie ist kein Zusammenschluß zweier gleichberechtigter Staatsvölker, sondern es handelt sich um einen Anschluß, der Züge der Kolonisierung der DDR durch die Bundesrepublik trägt. Dabei blieb mehr auf der Strecke als die Würde der DDR-Bevölkerung, auf die sie allerdings zum Teil sehr freiwillig verzichtet hat. Der Zug ist nicht nur abgefahren; es ist auch ein Schnellzug, der mögliche positive Perspektiven

überrollt hat. Einer dieser plattgewalzten Hoffnungen ist die Perspektive eines entmilitarisierten Deutschland, das durch die Tatsache seines Verzichtes auf Waffen die Konsequenz aus der Tatsache gezogen hätte, daß es mit seinen Waffen in diesem Jahrhundert zwei Weltkriege begonnen hat. Stattdessen ist die deutsche Einheit nicht mehr nur als Ausdehnung der Bundesrepublik auf ein anderes Territorium konzipiert, das immer noch Mitglied der Vereinten Nationen ist. Das ist, wie der Gießener Staatsrechtler Helmut Ridder mit bitterer Ironie zu sagen pflegt, „deutsches Völkerrecht“ auf dem Hintergrund einer langen antidemokratischen und antirevolutionären deutschen Tradition. Die Staatsideologie dieser Bundesrepublik besteht darin, daß sie sich 1973 durch das Bundesverfassungsgericht bestätigen ließ, sie sei staatsrechtlich identisch mit dem alten Deutschen Reich, also gerade mit jenem Reich der beiden Weltkriege. Der Verzicht auf die Anwendung des Art. 146 und die Exekution des Art. 23 bedeutet den Verzicht auf eine Neugründung und damit eine zweite Restauration. Daß gleichzeitig die parlamentarischen Chancen der Republikaner zumindest im Westen gegenwärtig wieder geringer werden als vor einem Jahr, ist meiner Meinung nach kein Trost, denn das rechtsradikale Potential, welches sie noch vor einem Jahr wählte, fühlt sich offensichtlich durch die Anschlußpolitik der anderen Parteien gut vertreten. Auch dies gehört wohl zu den Momenten der zweiten Restauration – ebenso wie die Schmierereien faschistischer Symbole hier in Marburg und Umgebung, insbesondere in Wetter, in den letzten Wochen.

[231] Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, während wir uns hier Gedanken über die Art und Weise machen, in der hier in Deutschland der Kalte Krieg beendet wurde, ist das Thema Krieg und Frieden im Nahen Osten jetzt neu gestellt. Die Annexion Kuwaits durch den Irak ist zweifellos ein Bruch des Völkerrechts. Aber ein Bruch des Völkerrechts war auch die Intervention der USA in Grenada 1983 und in Panama 1989. Und die Region selbst ist seit Jahrzehnten nicht gerade eine Insel des unverletzten Völkerrechts. Wenn es jetzt zu einer international konzertierten Aktion gegen den Irak kommt, so fällt daran eben die Einseitigkeit im Vergleich zu der Tatsache auf, daß Sanktionen gegen die USA 1983 und 1989 nicht erfolgten und offensichtlich machtpolitisch auch nicht denkbar sind. Es geht ja, wie die „Hamburger Morgenpost“ unverblümt dieser Tage schrieb, um „unser Öl“. Bedenklich stimmt daher, daß das Völkerrecht in diesem Fall offensichtlich auch nur deshalb zur Basis eines internationalen Zusammenwirkens wird, weil dies den Interessen der reichen Länder am Fortbestand ihres ungenierten und relativ billigen Zugriffs auf das Erdöl am Golf dienlich ist. Völkerrecht aber verliert seine sittliche Autorität, wenn es imperialistischen Interessen nutzbar gemacht wird. Um so gefährlicher sind die gegenwärtigen Versuche, die auf die DDR ausgedehnte Bundesrepublik in den Golfkonflikt hineinzuziehen. Man beginnt jetzt mit finanziellen Unterstützungen für die USA im Golf-Konflikt, stellt diesen Infrastruktur zur Verfügung und bereitet eine Änderung der rechtlichen Grundlagen dergestalt vor, daß deutsche Truppen künftig außerhalb des bisherigen NATO-Bereichs eingesetzt werden können. Hier zeichnet sich eine neue Konfliktlinie verschärft ab:

An die Stelle des Ost-West-Konfliktes tritt eine Verschärfung des Nord-Süd-Konfliktes. Der Westen wird zum Norden, und Ziel des Nordens in diesem Konflikt ist es, die ökonomische Herrschaft der reichen Länder über die armen zu stabilisieren. Dies ist der Kern des Irak-Konfliktes. Und dies wird der Kern ähnlicher Konflikte sein, die kommen werden. Es droht dabei eine Instrumentalisierung der UNO, wie wir dies zu Beginn der 50er Jahre beim Korea-Krieg beobachten mußten. Das heißt aber auch: Deutsche Truppen würden auch in den Blauhelmen der UNO in einem solchen Konflikt auf der falschen Seite stehen. Auf der richtigen Seite stünden sie nur, wenn sie in keiner Weise an einem solchen Konflikt beteiligt würden oder wenn es überhaupt keine deutschen Truppen mehr gäbe.

Die Forderung der Kampagne „Bundesrepublik ohne Armee“ muß meiner Meinung nach durch uns auch in Zukunft wachgehalten und verbreitet werden. Aktuell aber ist durch die Friedensbewegung zu verlangen, daß die Bundesrepublik jegliche finanzielle und logistische Unterstützung der USA im Golf-Konflikt unterläßt.

Sie sehen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß auch am heutigen Antikriegstag kein Grund zum Jubel besteht, sondern zur Besinnung, Besinnung auch auf die neuen Aufgaben der Friedensbewegung. Diese kann meiner Meinung nach in Zukunft, also in der Zeit des sich

verschärfenden Nord-Süd-Konfliktes, nur Friedensbewegung bleiben, [232] wenn sie verstärkt Züge einer antiimperialistischen Bewegung annimmt. An diesem 1. September 1990 stehen wir am 51. Jahrestag des Ausbruchs des vom deutschen Imperialismus begonnenen Zweiten Weltkrieges und am Ende des Kalten Krieges nicht gerade gestärkt da. Der Wind des Umbruchs in der Weltpolitik weht uns mächtig ins Gesicht. Rücken Wir zusammen, und machen wir uns an die Arbeit.

Gegen imperialistischen Krieg am Golf

Gemeinsame Kundgebung von DGB und Marburger Forum am 12.1.1991 an der Augustinertreppe in Marburg

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, viele, die zu Beginn der 80er Jahre das Konzept der Schmidt und Genscher durchschauten, das darauf hinauslief, die Sowjetunion durch die Aufstellung der sog. Mittelstreckenraketen an den Verhandlungstisch und zur Kapitulation zu zwingen, sind müde geworden. Andere glaubten, nach der Beendigung des West-Ost-Konfliktes habe die Friedensbewegung ihre Funktion verloren. Es sei nicht mehr nötig, für den Frieden auf die Straße zu gehen, den Frieden zu organisieren. Weit gefehlt. Wie das drohende größte Blutbad nach dem 2. Weltkrieg zeigt, hat sich der angedrohte Waffengang gen Osten nur nach Süden verlagert. Die imperialistischen Staaten „verteidigen“ „ihr Öl“ im Vorderen Orient. Diejenigen, die Grenada okkupieren, Panama „bestrafen“, tun moralisch entrüstet angesichts der Annexion Kuwaits und bereiten öffentlich im Zeitlupentempo ihren Krieg im Nahen Osten vor. Der Frieden ist seit dem Ruin des sozialistischen Lagers mitnichten sicherer geworden; er ist viel unsicherer geworden. Sicherer sind die imperialistischen Hauptmächte scheinbar nur davor, daß der Krieg auf sie selbst zurückschlägt. Sie nennen das „Frieden“. Keiner im Sicherheitsrat wagt ein Veto. Eine „pax imperialistica“ aber gibt es nicht.

In diesem Augenblick, in dem eine breite und mächtige Friedensbewegung nötiger denn je ist, ist die Friedensbewegung in Marburg von finanzieller Auszehrung bedroht. Wenn das Marburger Forum nach 10 Jahren unermüdlichen Wirkens im Frühjahr dieses Jahres nicht Pleite gehen soll, dann bedarf es einer großen Zahl von großen und kleinen Spendern und der kontinuierlichen politischen Zusammenarbeit auf breiter Basis. Wir werden daher heute ungewöhnlicherweise, aber aus purer Not mit dem Hut um ihre Spenden werben, und wenn Sie sicher gehen wollen, daß Sie dafür eine Spendenquittung bekommen, lassen Sie sich ein Formular für eine Einzugsermächtigung geben. Wenn wir die seit zwei Jahren angelaufenen Defizite wegen des Spendenrückgangs und der weiterlaufenden Kosten nicht überbrücken können, hört das Marburger Forum auf, Drehscheibe und Anlaufstelle für die Organisierung einer friedlichen Zukunft und der Lösung globaler Probleme vor Ort zu sein. [233]

Unglaublich, aber wahr.

Der Evangelische Pressedienst würdigt Künneth als „Antifaschisten“*

Nachdem der FR vom 23.12.1974 zu entnehmen war, daß der Feldprediger des „Dritten Reiches“, Hanns Lilje, für seine „Widerstandstätigkeit“ geehrt wurdet[1], wird der Leser am 29.12.1990 durch eine kommentarlos abgedruckte Meldung des epd nun wirklich gänzlich aus der Fassung gebracht, wonach Walter Künneth angeblich ein „Anti-Nazi“ war, der wegen seiner „entschieden antifaschistischen (!!) Haltung“ als Theologe des Dritten Reiches 1937 seine Lehrerlaubnis entzogen bekam und quasi zu den Opfern des Faschismus zu zählen sei.[2] Die Anspielung auf den Streiter gegen den Rosenberg-Mythos muß als hinreichender Beweis herhalten. In Wahrheit handelte es sich bei der Auseinandersetzung zwischen dem Theologen Künneth und dem Nazi-Ideologen Alfred Rosenberg, der 1946 als Kriegsverbrecher hingerichtet wurde, um nichts anderes als die Auseinandersetzung konkurrierender Varianten des „Dritten Reiches“: dem deutschnationalen, profaschistischen Klerikalismus eines Walter Künneth einerseits und dem „neuheidnischen“, „gottgläubigen“ Barbarismus eines Alfred Rosenberg andererseits.

Daß diese Auseinandersetzung nicht grundsätzlich divergierend in bezug auf den Faschismus gemeint war, geht allein aus der Tatsache hervor, daß Walter Künneth 1946 bereit war, als „Entlastungszeuge“ für Alfred Rosenberg vor dem IMT in Nürnberg zu erklären, „daß die weltanschaulichen Gegner Rosenbergs die Gestapo nicht fürchteten und von der Gestapo nichts zu befürchten hatten“[3]. Hans Prolingheuer bezeichnet die von dem Privatdozenten Künneth 1933 mitherausgegebene „Bekenntnisschrift“ „Die Nation vor Gott – Zur Botschaft der Kirche im Dritten Reich“[4] mit Recht als einen „theologischen Mut- und Schrittmacher zur politischen ‚Schicksalswende‘ 1933, zur ‚nationalen Wiedergeburt‘“[5], heißt es doch im [234] Vorwort zur ersten Auflage im Jahre 1933, daß die „epochalen Ereignisse in den ersten Monaten dieses Jahres“ „das Gesicht der deutschen Nation“ neu geprägt hätten. Der auch „durch Versailles nicht zerstörbare deutsche Selbsterhaltungswille“ sei „in gewaltiger nationaler Bewegung unter Führung Adolf Hitlers“ und „gesegnet von dem greisen Reichspräsidenten“ zu politischer Gestaltung durchgebrochen. In „Anknüpfung an die ruhmreichen Traditionen preußisch-deutscher Geschichte“, „getragen von den besten volkhaften Kräften“, sei „ein neues Reich deutscher Nation im Werden“. Im Kampf gegen „Zersetzung im Innern“ und „gegen die Bedrohung von außen“ solle es erstehen, und dieses Werk rufe „alle, die Deutschland lieben, hinein in die Front der Nation“[6].

Der „freudige Wille zur Nation“ hielt an, auch wenn er von dem Unwillen des NSDAP-Schulungsleiters Rosenberg überschattet wurde, das „nationale Werk unseres Volkes“ von einem theologischen Apologeten vom Schlage eines Künneth unter „das Licht der Ewigkeit“ rücken zu lassen. In seinem Beitrag „Das Judenproblem und die Kirche“ identifizierte sich Künneth als „Deutschblütiger“ uneingeschränkt mit der Politik des „Dritten Reiches“ gegenüber den deutschen Staatsbürgern jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft. Angefangen vom „Judenboykott“ vom 1. April 1933 über das

---

* Walter Künneth scheint außerhalb des Kreises der Evangelikalen fast vergessen; nun wurde er zu seinem 90. Geburtstag wieder einmal von den Rechten wegen seiner Kontroverse mit Alfred Rosenberg als „Antifaschist“ gelobt. Martin Balzer macht mit seiner Kritik Unglaublich, aber wahr noch einmal deutlich, was insbesondere die „offiziöse“ Kirchengeschichtsschreibung von Scholder bis Meier zielbewußt verdeckt: daß es neben dem faschistischen todernsten Kampf gegen eine wirklich bekennende Kirche auch ein, gerade die Bekennende Kirche oft verwirrendes ‚ritterliches Turnier‘ im Wettbewerb zwischen klerikalen und „neuheidnischen“ Faschisten gab, das nichts mit Antifaschismus zu tun hatte. (Redaktionelle Vorbemerkung der „Weissenseer Blätter“)

1 Vgl. hierzu F. M. Balzer, Militärseelsorger Lilje oder Christen für Demokratie und Abrüstung, in: Miszellen zur Geschichte der deutschen Protestantismus, „Gegen den Strom“, mit einem Nachwort von Gert Wendelborn, Marburg 1990, S. 193.

2 Das Portrait: Walter Künneth, Theologe und Anti-Nazi, in: „Frankfurter Rundschau“ vom 29.12.1990, S. 4.

3 Hans Prolingheuer, Wir sind in die Irre gegangen, Die Schuld der Kirche unterm Hakenkreuz, Köln 1987, S. 200.

4 Walter Künneth/Helmuth Schreiner(Hrsg.), Die Nation vor Gott, Zur Botschaft der Kirche im Dritten Reich, Berlin 1933, 5. Auflage 1937. [Beide Autoren waren „Wingolfiten“.]

5 Hans Prolingheuer, a. a. O., S. 40.

6 Walther Künneth/Helmuth Schreiner in ihrem Vorwort zur 1. Auflage von „Die Nation vor Gott“, Berlin 1933, S. 5.

„Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933, das Gesetz „gegen die Überfüllung“ deutscher Schulen und Hochschulen vom 25. April 1933 bis hin zu den Nürnberger Gesetzen „zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ aus dem Jahre 1935 kann Künneth nichts Anstößiges in der Beseitigung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Humanität entdecken. Im Gegenteil: In Übereinstimmung mit dem damaligen Generalsuperintendenten Otto Dibelius[7] hält er den „Judenboykott“ für eine „Schutzmaßnahme gegen die ausländische Greuelpropaganda, eine Maßnahme, die in dem internationalen Judentum den entscheidenden Urheber der Diffamierung des neuen nationalen Staates zu treffen suchte“[8].

Zustimmend zitierte Künneth 1937 die Schrift des Neutestamentlers Gerhard Kittel, Eintritt in die NSDAP 1933, „Die Judenfrage“, Stuttgart 1933, wonach „Instinkt und Sitte“ „durch jahrelange Gewöhnung“ „weithin erweicht und abgestumpft“ seien und darum nur mit der unerbittlichen Härte und Folgerichtigkeit‘‘ diese ‘‘unerträgliche Gewöhnung‘‘ wieder „ausgerottet“ werden könne[9].

[235] Die „Entjudung des deutschen Volkes durch die Taufe“[10] propagiert Künneth mit den Worten „Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß das, was den Juden zu dem das Volkstum zersetzenden Element macht, letztlich seinen Grund in dem Fluch hat, der seit der Kreuzigung Jesu auf der jüdischen Rasse lastet. Den messianischen Anspruch auf Weltherrschaft können die Juden nur solange erheben, als sie die Messianität Jesu von Nazareth leugnen. Bekennt sich ein Jude wirklich zu Christus, dann wird er von diesem Fluch befreit, dann gibt er seinen Weltherrschaftsanspruch auf, dann erkennt er die volkhaften Ordnungen Gottes und wird befähigt, in neuer Weise auch einem rassisch fremden Volk zu dienen. So hängen Not und Fluch des Judentums und ihr zersetzender Einfluß aufs engste mit der Stellung zum christlichen Glauben zusammen. Auch an dieser Stelle ergibt sich, daß die christliche Kirche einen wesentlichen Beitrag zum Judenproblem zu geben hat.“[11]

Welchen Beitrag Künneth hier wirklich leistete, war nichts anderes als die Verschmelzung der Tradition „christlichen“ Antijudaismus‘ und des antisemitischen Rassismus Rosenbergscher Prägung. Worin sich der Antisemitismus dieses theologischen Apologeten des Faschismus von dem „nur“ „gottgläubigen“ Rosenberg unterscheidet, erklärte W. Künneth in der zum Bestseller avancierten „Antwort auf den Mythus“ folgendermaßen: Rosenbergs „Irrtum beruht auf der *unterschiedslosen Gleichsetzung des nachchristlichen, in der Zerstreuung lebenden heutigen Weltjudentums mit dem Volk Israel in der vorchristlichen Zeit*. Daß in der Charakterisierung des zersetzenden Einflusses des dekadenten Weltjudentums und seiner Gefährdung des deutschen Kulturlebens Rosenberg Wesentliches erkannt und dargestellt hat, ist nicht zu bestreiten. Verständlich ist ferner, daß er (Rosenberg, F.M.B.) aus Liebe zum Volk und zur eigenen Rasse mit der ganzen Kraft seiner Seele das deutsche Wesen vor der Vergiftung durch diesen jüdischen Geist bewahren möchte und diesem Fremdgeist den unerbittlichen Kampf ansagt. Der Fehler liegt jedoch darin, daß die ganze Minderwertigkeit und Gefährlichkeit des entarteten Weltjudentums kritiklos auf das Volk Israel und auf das Alte Testament übertragen wird..., als ob die Geistigkeit des wurzellosen Asphaltjudentums der Gegenwart gleichbedeutend wäre mit dem Geist des Alten Testaments ... *Am Kreuze Jesu zerbricht das Volk als Volk, ist seine Volksgeschichte zu Ende*; es beginnt die Zeit der Zerstreuung, der ruhelosen Fremdlingschaft; es wird zum ‘Volk des Fluches‘ für alle anderen Völker. *Was der ‚Fluchcharakter‘ der Juden bedeutet, hat Rosenberg richtig gesehen, aber er weiß nichts von der Ursache dieses Fluches* ... Die christliche Offenbarung macht also gerade nicht blind für die Schäden des Judentums, sondern vielmehr so scharfsichtig, wie es [236] der heidnisch-völkische Mensch gar nicht zu sein vermag“[12].

---

7 Siehe Otto Dibelius, An die Bevölkerung in den USA gerichtete Rundfunkansprache des Generalsuperintendenten der Kurmark vom 4. April 1933, in: Josef und Ruth Becker (Hrsg.), Hitlers Machtergreifung, (dtv), München 1983, S. 207–211.

8 Walter Künneth, Das Judenproblem und die Kirche, in: Die Nation vor Gott, Berlin 1937, S. 115 f.

9 Zit. nach: Die Nation vor Gott, a. a. O., S. 120.

10 Hans Prolingheuer, a. a. O., S. 130.

11 Künneth, Das Judenproblem und die Kirche, a. a. O., S. 134 f.

12 Walter Künneth, Die Antwort auf den Mythus, Die Entscheidung zwischen dem nordischen Mythus und dem biblischen Christus, 4. Auflage 1936, S. 67 f.

Nach dem „Wettersturm des Krieges“[13], den Künneth als „die große Bewährung für die Ordnungen von Volk und Staat“[14] ansah („In dem Ringen geschichtlichen Lebens, in der Durchsetzung nationalen Freiheitswillens, in der Opferbereitschaft bis zum Tode, in der Treue und Liebe zu Heimat und Volkstum stoßen wir auf einen Niederschlag schöpfungsmäßiger Kräfte.“[15]) und nachdem er der Kirche die Aufgabe abgesprochen hatte, „von Völkerfrieden zu reden, solange das brutale Unrecht, das die Westmächte Deutschland in Versailles“[16] zugefügt hätten („Der Versailler ‚Friede‘ muß gerade im Namen der christlichen Kirche als Verhöhnung des Friedens gebrandmarkt werden; er bedeutet Verleugnung des Erhaltungswillens Gottes und willkürliche Zerstörung seiner Ordnungen. Der Versailler Vertrag ist unheilvolle Giftsaat, der gegenüber das gottgesetzte Recht des deutschen Volkes sein Leben behauptet, es sei ohne oder mit Gewalt“[17], ist Künneth sich selbst treu geblieben. Das „Dritte Reich“ wurde 1947 von ihm geschichtstheologisch als der „große Abfall“[18] vom Klerikalismus mystifiziert. Künneths evangelikalen Gesinnungsgenossen erschien die Entmythologisierung Bultmanns „gefährlicher“ als der Mythus Rosenbergs. Bei der Gründung der kirchlichen „Bewegung“ „Kein anderes Evangelium!“ und der politischen „Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher“ im Jahre 1966 fungierte Künneth als „theologischer Lehrmeister“[19].

Wer oder was also hat den Evangelischen Pressedienst geritten, die Würdigung von Künneth als „Anti-Nazi“ und „Antifaschist“ zu verbreiten? Wann wird der „Evangelische Pressedienst“ begreifen, daß nur eine Minderheit des deutschen Protestantismus eine „antifaschistische Haltung“ gezeigt hat und daß Männer wie Walter Künneth mit Bestimmtheit nicht zu ihr gehörten? Was hat die FR dazu gebracht, diese Meldung ungeprüft (Facts, not news, are sacred!) als „Portrait“ abzudrucken? Wenn dieser fahrlässige Umgang mit der Geschichte angesichts der „nationalen Wiedergeburt“ ein Zeichen der Zeit ist, so schreckt dieses Christen [237] und Nichtchristen, die an einem demokratischen und friedlichen Deutschland interessiert sind, gleichermaßen. Wer den pflaumenweichen Wind des „faulen Kompromisses“ mit den Zerstörern der Demokratie sät, wem die politische und kirchliche Integration der „Evangelikalen“ in das Gehäuse der sichtbaren Kirche aus welchen Gründen auch immer wichtiger ist als die theologische und politische Bekämpfung der Evangelikalen, wird Sturm ernten.

Auch das hohe Alter des Jubilars von 90 Jahren ist kein Grund zur Vergeßlichkeit und Geschichtsfälschung. Wetten, daß der epd zum 100. Geburtstag von Erwin Eckert am 16. Juni 1993 schweigen wird.[*] Dieser hatte bereits am 17. Januar 1931 im Mannheimer Musensaal zum Thema „Christuskreuz – nicht Hakenkreuz“ gesprochen und dem Chefredakteur des „Völkischen Beobachters“, Rosenberg, polemisch entgegengehalten: „Diese Verherrlichung und Vergötzung des Blutes ... ist durch und durch unchristlich, ist nicht der Mythos des 20. Jahrhunderts, wie Herr Rosenberg meint, sondern der Mythos der primitiven Horden- und Nomadenvölker etwa des 12. Jahrhunderts vor Christi Geburt und darum der größte Unsinn des 20. Jahrhunderts“.[20]

Als Künneth 1933 die Nation mit der terroristischen NS-Herrschaft gleichsetzte und überdies nicht nur „vor“ Gott stellte, sondern als eine „gottgewollte volkhafte Ordnung“ pries, saß der ehemalige Mannheimer Stadtpfarrer Eckert, dessen sich die Badische Kirchenleitung bereits Ende 1931 entledigt hatte, zusammen mit tausenden Angehörigen der Arbeiterbewegung, darunter vielen atheistischen Kommunisten, im Gefängnis. Als Künneth 1937 „so dankbar“ „auf den völkisch-politischen

---

13 Walter Künneth, Krieg, Völkerfriede und Evangelium, in: Die Nation vor Gott, a. a. O., S. 275–295, hier: S. 286.
14 Ebenda.
15 Ebenda, S. 286.
16 Ebenda.
17 Ebenda.
18 Walter Künneth, Der große Abfall, Eine geschichtstheologische Untersuchung der Begegnung zwischen Nationalsozialismus und Christentum, Hamburg 1947.
19 Hans Prolingheuer, Kleine politische Kirchengeschichte, Köln 1984, S. 169.
* Die Wette wurde gewonnen.
20 Zit. nach: Balzer/Schnell, Der Fall Erwin Eckert, Zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik, mit einem Geleitwort von Hans Prolingheuer, Köln 1987, S. 86.

Bereich“ des seit 1933 „wiedererstarkten Volkes“[21] zurückblickte, saß Eckert wegen angeblicher „Vorbereitung zum Hochverrat“ im Zuchthaus. Er wurde mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille des Friedensrates nur von jener DDR geehrt, die es heute zur Freude der „Evangelikalen“ nicht mehr gibt.

P.S. Übrigens: In dem „Neuen Rotbuch Kirche“, zu dem Walter Künneth das Geleitwort schrieb, bin ich trotz der Klage über die „Unterwanderung durch ideologische Fremdgeister“[22] bisher nicht verzeichnet. Ich bitte dies bei der nächsten Auflage nachzuholen. [238]

---

21 Walter Künneth/Helmuth Schreiner, Vorwort zur 5. Auflage, a. a. O., S. 8.

22 Walter Künneth, Geleitwort zu Jens Motschmann/Friedrich-Wilhelm Künneth (Hrsg.), Das neue Rotbuch Kirche, Stuttgart 1978, S. 11. Auf S. 12 findet sich auch jene Geschichtsklitterung, wonach ausschließlich die „deutschen Christen“ „die Synthese mit der Rassenideologie des herrschenden Regimes“ vollzogen. Die oben aufgeführten Zitate belegen deutlich, daß auch Jungreformatoren und „Bekenner“ wie Walter Künneth für diese Synthese warben.

Erwin Eckert, Karl Barth, Dietrich Bonhoeffer – Unterschiedliche Traditionslinien, gemeinsam verpflichtendes, antifaschistisches Erbe

Vortrag gehalten am 60. Jahrestag der Einlieferung von Erwin Eckert in das Gefängnis in Düsseldorf vor dem Ausschuß der Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte und dem Ausschuß für rheinische Kirchengeschichte am 1. März 1993 in Düsseldorf

Vorbemerkung:

Am 15. Februar 1933 schickt der Superintendent des Kirchenkreises Barmen die von ihm veranlaßte stenographische Mitschrift einer Rede, die der aus dem Kirchendienst entfernte Pfarrer und Vorsitzende des Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands, Erwin Eckert – sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben und Gewissen – am 11. Februar 1933 auf einer Großkundgebung in der Wuppertaler Stadthalle gehalten hatte, an das Evangelische Konsistorium der Rheinprovinz. Nachzulesen ist dieser Vorgang, den Hans Prolingheuer im Archiv der Rheinischen Kirche entdeckte, in dessen Geleitwort zum „Fall Erwin Eckert – Zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik“.[1]

Diese Bespitzelung – 14 Monate nach der endlichen und endgültigen, unrühmlichen und ruhegehaltslosen Entfernung Eckerts aus dem Dienst der Badischen Landeskirche – macht ebenso wie die beim Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß eingegangenen und vom Kirchenbundesamt an alle obersten Kirchenbehörden der im Deutschen Evangelischen Kirchenbund zusammengeschlossenen Landeskirchen versandten Spitzelberichte[2] anläßlich von Eckerts ca. 150 antifaschistischen Auftritten in ganz Deutschland, der Schweiz, Holland, Frankreich und Großbritannien deutlich: Der sogenannte „Fall Eckert“ war in Wahrheit ein Fall des deutschen Protestantismus. Dieser beschränkte sich keineswegs darauf, Eckerts Auftreten durch Stenographen und Spitzel überwachen zu lassen, sondern versuchte – nicht ohne Erfolg – im Zusammenspiel mit den Polizeibehörden, Eckerts Auftreten nach seiner Dienstentlassung überhaupt zu verhindern.[3]

[239] Vielleicht ist die Tatsache, daß ich erst 20 Jahre nach dem Erscheinen der ersten Studie über Erwin Eckert im Jahre 1973 heute zum ersten Mal im kirchlichen Raum Gelegenheit erhalte, über meine *nebenberuflichen* Forschungsergebnisse zu berichten, ein Hinweis darauf, daß dieser Fall noch immer nicht vom deutschen Protestantismus als sein eigener Fall begriffen worden ist. Auch die Vorbereiter des Evangelischen Kirchentages 1993 in München werden sich des 100. Geburtstages von Erwin Eckert, der ja 1930 der einzige sozialdemokratische Delegierte auf dem DEK in Nürnberg war, nicht erinnert haben.

---

1 Hans Prolingheuer, Geleitwort zu Friedrich-Martin Balzer/Karl Ulrich Schnell, Der Fall Erwin Eckert, Zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik, Bonn 1993[2].

2 Siehe u. a. den Brief des Kirchenbundesamtes vom 1. August 1932, in dem sich D. Hosemann „beehrt“, im Anschluß an sein Schreiben vom 5. April 1932 die Abschrift eines ihm vom EOK in Berlin übermittelten Berichts des Ev. Konsistoriums in Schneidemühl vom 14. Juni 1932 „zur gefälligen *vertraulichen* Kenntnisnahme“ zu übersenden.

3 Siehe u. a. den Brief des Badischen Landespolizeiamtes an den Reichsminister des Innern vom 21. Januar 1932 und den Brief der Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern vom 27. Januar 1932. Im Brief des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses vom 23. Februar 1932 (gez. Kapler) heißt es: „Der frühere Pfarrer Eckert hält [...] im ganzen Reichsgebiet Agitationsversammlungen im Rahmen der Kommunistischen Partei gegen die evangelische Kirche ab. Bei der Bekanntmachung dieser Versammlungen in Berlin wurde er in großer Aufmachung an den [239] Anschlagsäulen als Pfarrer Ecken bezeichnet, ohne daß ersichtlich war, daß er aus dem Pfarrdienst entlassen und aus der Landeskirche ausgetreten ist. [...] Es wird versucht werden müssen, die Öffentlichkeit gegen den Mißbrauch des Pfarrertitels zu schützen. Ob mit der entsprechenden Bestimmung des Strafgesetzbuchs auszukommen ist, erscheint zweifelhaft, da hier bisher nicht bekannt geworden ist, daß die fälschliche Beilegung des Titels von Eckert selber nachweislich ausgeht. Vielleicht sind aber geeignete Sicherungsmaßnahmen auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 (RGBl I S. 79) möglich.“ Abschließend bittet Kapler „ergebenst um eine möglichst umgehende Nachricht, ob in der vorstehenden Frage“ vom EOK in Karlsruhe „bereits etwas veranlaßt ist oder veranlaßt werden wird.“ Zeitweilige Redeverbote erfolgten in Baden, Berlin, der Pfalz, Hamburg und Bremen.

Der Theologe Hans-Werner Bartsch schrieb anläßlich des Todes von Erwin Eckert – zwischen Hoffnung und Resignation schwankend: „Es ist die Frage an die Christen, ob sie die verschleiernde Wand parteipolitischer Vorurteile durchstoßen können, um das Zeichen zu erkennen. Wer dazu nicht in der Lage ist, für den bleibt Eckerts Handeln nur ein Ärgernis. Er kann froh sein – das Ärgernis ist tot. Jetzt kann Eckert ein Denkmal werden wie Blumhardt oder Bonhoeffer. Man kann ihn verehren, ohne ihm folgen zu müssen.[4] 20 Jahre danach bleibt die wenig erheiternde Feststellung: Eckert ist weder wie Blumhardt und Bonhoeffer zum Denkmal geworden, noch hat er erkennbare Nachdenklichkeit ausgelöst. Aber vielleicht bringen das heutige Zusammentreffen und die 100. Wiederkehr des Geburtstages von Eckert 1993 den Durchbruch in den jahrzehntelangen Berührungsängsten von Christen *und* Kommunisten gegenüber dem Bearbeiter des Lebenswerkes des kommunistischen Christen, Erwin Eckert.

Wo der deutsche Protestantismus im Jahre 1933 bis einschließlich zur Barmer Synode im Jahre 1934 stand, macht Marie Veit in ihrem gerade erscheinenden Beitrag in der Sammelschrift „Ärgernis und Zeichen“ deutlich, wenn sie – auf eine Aussage von Joachim Beckmann, den ehemaligen Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland und einen der „Väter“ von Barmen, sich stützend – zugespitzt formuliert: „Hätte die Bekenntnissynode von Bannen 1934, der eigentliche Sammelpunkt des innerkirchlichen Widerstandes gegen die „Deutschen Christen“, sich zu einer Stellungnahme für die verfolgten Juden entschließen [240] wollen, so wäre sie auseinandergefallen, und es hätte die Barmer Erklärung nicht gegeben ...“[5] Belegt wird diese Aussage mit dem Briefwechsel zwischen dem rheinischen Sozialpfarrer Lic. Menn und seinem kirchlichen Vorgesetzten, Generalsuperintendent Stoltenhoff. Ich brauche Ihnen diesen Tatbestand nicht näher zu referieren, weil Günther van Norden ihn bereits vor 30 Jahren in der von ihm vorgelegten Studie „Kirche in der Krise“ in verdienstvoller Weise für die politische und moralische Urteilsfindung zugänglich gemacht hat und damit das damals vorherrschende Bild der Kirchenkampflegenden, zumindest was das Jahr 1933 betrifft, ernsthaft erschütterte. Nur soviel sei zur Charakterisierung eines durchaus typischen Vertreters des deutschen Protestantismus im Jahre 1933 aus dem Schreiben Stoltenhoffs zitiert: „Der einzelne vermag gegen die urgewaltige Bewegung unserer Gegenwart“ – gemeint ist der deutsche Faschismus – „so gut wie nichts. [...] In meinem Herzen und in meinem Hause haben die Farben Schwarz-Rot-Gold keine Sekunde einen Platz gehabt. Ich habe bis auf diese Stunde politisch immer sehr weit rechts gestanden.“[6] Es war eben diese „urgewaltige Bewegung“ und ihre „armselige Judenhetze“, gegen die der badische Pfarrer Eckert zu Felde gezogen war – auch in der rheinischen Landeskirche.

Auftritte auf dem Boden der rheinischen Landeskirche in den Jahren 1931 bis 1933 gab es zahlreiche, insbesondere nachdem Eckert Mitte August 1932 seinen Wohnsitz von Berlin nach Düsseldorf verlegt hatte, wo er politischer Mitarbeiter der Zeitung „Freiheit“ war. Es wäre hilfreich, wenn u. a. anhand der lokalen Presse die Spuren seines antifaschistischen Wirkens gesichert werden könnten.

Nachdem am 28. Februar 1933 der Reichstag angeblich von Kommunisten in Brand gesteckt worden war, wird Eckert aufgrund der am Vortag vom Reichspräsidenten erlassenen Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ am 1. März hier in Düsseldorf verhaftet und in das Gefängnis Düsseldorf-Derendorf eingeliefert. Die Verhaftung des massenwirksamsten evangelischen Theologen gegen den „Nationalsozialismus“ vor 1933, die sich heute auf den Tag zum 60. Mal jährt, dürfte damals außer denkbarer „klammheimlicher Freude“ wenig Aufmerksamkeit erregt haben. Um so mehr begrüße ich die Gelegenheit, über unterschiedliche antifaschistische Traditionslinien im Raum der Evangelischen Kirche hier und heute Denkanstöße zu geben.

Schließlich ist Düsseldorf der Ort, an dem Erwin Eckert im letzten von insgesamt 6 Gerichtsverfahren an 56 Verhandlungstagen auf der Anklagebank saß, dieses Mal als 67jähriger auf der Anklagebank des Kalten Krieges, und trotz der Zeugen der Verteidigung [241] Gustav Heinemann, Hans-Joachim Iwand und Martin Niemöller wegen angeblicher „verfassungsfeindlicher“ Tätigkeit als Vorsitzender

---

4 Hans-Werner Bartsch, Ärgernis und Zeichen, in: Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen, Bonn 1993, S. 358.

5 Marie Veit, Als Christ und Sozialist gegen die „armselige Judenhetze“, in: F. M. Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen, Erwin Eckert – Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben, Bonn 1993, S. 207.

6 Ebenda, S. 208.

des Friedenskomitees der Bundesrepublik Deutschland schuldig gesprochen wurde. Martin Niemöller sagte in dem Prozeß als Zeuge der Verteidigung aus: „Was ich z. B. von Herrn Eckert weiß, ist ganz bestimmt nicht verfassungsfeindlich gewesen“.[7] Aber wer hörte damals schon auf Niemöller, Iwand und Heinemann? Und wer will sich heute an den Kalten Krieg und die Verwüstungen demokratischer Strukturen und die Zerstörung menschlicher Existenzen in Westdeutschland noch erinnern? Nach Diether Posser, einem der Verteidiger im Düsseldorfer Prozeß, gab es allein bis 1956 3.700 abgeschlossene politische Strafverfahren und war gegen mehr als 125.000 Personen auf Grund der Strafrechtsnormen von 1951 ermittelt worden.[8] Und heute gibt es doch scheinbar so viele andere, auf die mit dem Finger gezeigt werden kann.

Lange bevor einigen der am Kirchenkampf Beteiligten dämmerte, daß die Kirche sich nicht als „Instrument des heilbringenden göttlichen Veränderungswillens“[9] begriffen hatte, sondern selbst Vermittlungsglied in der Errichtung und Aufrechterhaltung des menschenverachtenden Faschismus war, hatte der Mannheimer Pfarrer Erwin Eckert aus evangelischem Glauben und gewachsener politischer Erkenntnis dem Götzen, der nicht erst 1933 wackelte, sein unerbittliches und anklagendes „J’accuse“ entgegengeschleudert und Hunderttausende – auch evangelische Christen – in die Einheitsfront der Vernünftigen geführt, als die Möglichkeit dazu noch bestand.

Daß am Ende nicht nur Eckert, sondern auch Karl Barth aus Amt und Würden vertrieben wurden, der eine schließlich in Gefängnis und Zuchthaus geworfen, der andere aus Deutschland vertrieben wurde[10], daß schließlich beiden – ebenso wie Bonhoeffer – der Vorwurf gemacht wurde, aus ihnen rede nicht so sehr der Theologe, sondern der Politiker, führt sie wieder zusammen – spätestens als Barth „um des Glaubens willen“ zum bewaffne-[242]ten Widerstand gegen die Drohung und Aggression Hitlerdeutschlands gegenüber der Tschechoslowakei aufrief.

Die Reaktion der „Deutsch-Evangelischen Korrespondenz“, die in der „Jungen Kirche“, dem Organ der Bekennenden Kirche, nachgedruckt wurde, erinnerte 1938 nur allzu deutlich an das, was Eckert bereits vor 1931 zu hören bekommen hatte. Sie schrieb, sie habe deutlich ihre Meinung über das „verwerfliche Treiben“ eines Mannes gesagt, der sich anmaße, im Namen von Theologie und Kirche *„gegen Deutschland zu hetzen“*. Der Brief enthalte Stellen, die eine scharfe Zurückweisung erforderten, „zum Beispiel, wenn Barth von der Möglichkeit sowjetrussischer Hilfe für die Tschechoslowakei als in den Plänen und Absichten der Vorsehung Gottes gelegen schrieb. Barth hat sich nicht nur in diesem skandalösen Brief, sondern auch in mehreren Veröffentlichungen der letzten Zeit als politischer Theologe entpuppt, der unter Mißbrauch seines Lehramtes und des Namens Jesu Christi den *wider das deutsche Volk gerichteten Kampf für das demokratische Dogma* zum obersten Grundsatz seines Handelns gemacht hat.“[11]

Auch Bonhoeffer tauchte auf der „Fürbittenliste“ der „Bekennenden Kirche“ nicht auf, weil er zu den auch politisch motivierten Christen im Widerstand gegen den Faschismus übergegangen war, dessen

---

7 Zit. nach: Heinz Kraschutzki (Hrsg.), Staatsgefährdung? Ein dokumentarischer Bericht über den Düsseldorfer Prozeß gegen Angehörige des Friedenskomitees der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 1961, S. 87. Ob sich nach der beginnenden Rehabilitation der stalinistischen Opfer des Kalten Krieges in der DDR jemand findet, der den in der BRD verurteilten Angehörigen der Friedensbewegung Gerechtigkeit widerfahren läßt? Zum „Düsseldorfer Prozeß“ siehe den Beitrag von Manfred Weißbecker, Auf der Anklagebank des Kalten Krieges, Erwin Ecken und der Düsseldorfer Prozeß gegen das „Westdeutsche Friedenskomitee“ 1959/1960, in: Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen, S. 308–331. Zu den Zeugen, Verteidigern und Beobachtern der Verteidigung Eckerts gehörten aus Großbritannien der Dekan von Canterbury, Hewlett Johnson, der Physikprofessor John Desmond Bemal, der Vorsitzende des Gegen-Reichstagsbrandprozesses 1933 in London, britische Kronanwalt und Labour-Abgeordnete Denis Nowell Pritt sowie der spätere Chefredakteur des „New Statesman“, Richard Crossman.

8 Siehe Diether Posser, Anwalt im kalten Krieg, Ein Stück deutscher Geschichte in politischen Prozessen 1951–1968, München 1991, S. 186.

9 Gert Wendelborn, Zu Erwin Eckerts Predigten, in: Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen, S. 166.

10 Siehe Hans Prolingheuer, Der Fall Karl Barth, Chronographie einer Vertreibung, 1934–1935, Neukirchen-Vluyn 1977.

11 Zit. nach: Junge Kirche, Halbmonatsschrift für reformatorisches Christentum, 6. Jg., Heft 22 vom 19. November 1938, S. 965 f, (Hervorhebung F. M. B.).

barbarischer Charakter sich ihm insbesondere im Hinblick auf das Schicksal der Deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft enthüllt hatte.

Seine von Eberhard und Renate Bethge herausgegebenen „Letzten Briefe im Widerstand“[12] belegen eindringlich den humanistischen Ertrag des Kirchenkampfes, in dem Einzelne – mit und ohne die Unterstützung ihrer Gemeinden – aus evangelischem Glauben und wachsender, auch politischer Erkenntnis schließlich auch zum Opfer ihres Lebens bereit wurden.

Aber keiner hat sich bislang für die „ersten Briefe im Widerstand“ interessiert, die Erwin Eckert 1933 aus dem Gefängnis in Düsseldorf schrieb, in das die Nazis ihn u. a. mit Rudi Goguel[13] und Wolfgang Langhoff[14], der mit Eckert die Zelle teilte, am Tag nach dem [243] Reichstagsbrand geworfen hatten. Mein seit 1985 verbreiteter Hilferuf nach einem Verlag, der diese Briefe veröffentlicht, ist jetzt endlich gehört worden. Die Briefe Eckerts aus dem Düsseldorfer Gefängnis, die in ihrer sensiblen Zartheit wie in ihrer präzisen Beobachtungsgabe an die Briefe Rosa Luxemburgs aus dem Gefängnis erinnern, liegen jetzt – auch dank des Druckkostenzuschusses der Evangelischen Kirche im Rheinland – vor und verdienen die Aufmerksamkeit des deutschen Protestantismus, der in seiner überwältigenden Mehrheit im Jahre 1933 im Rausche des „freudigen Ja“ zum Nationalsozialismus Eckerts Einkerkerung gar nicht bemerkte oder wie im Falle der Badischen Landeskirche, von der Gefängnisverwaltung in Düsseldorf informiert, nur verwaltungsmäßig darauf reagierte.[15] „Wahrlich, ich sage euch: Was ihr nicht getan habt einem unter diesen Geringsten, das habt ihr mir auch nicht getan.“ (Matth. 25, 40, 45)

Ein „Rauhreif der Barbarei“, wie Barth in bezug auf den „Fall Dehn“ feststellte,[16] hatte auch über dem „Fall Eckert“ gelegen, als die deutsch-nationale, gegenrepublikanische Kirchenfestung – im Ansturm faschistischer Teile des Kirchenvolkes – sich dazu entschloß, Eckert eine besondere Form des „Bußschweigens“, nämlich eine empfindliche „Geldbuße“ und Redeverbot, aufzuerlegen – Redeverbot für einen, der aus der „Vollmacht der Prophetie“ (Paul Piechowski) reden *mußte* und die Kirche als reformatorischer Kritiker der bürgerlichen Religion und Kirche zur *Umkehr*, zur *Buße*

---

12 Eberhard und Renate Bethge(Hrsg.), Letzte Briefe im Widerstand, Aus dem Kreis der Familie Bonhoeffer, München 1984.

13 Siehe Rudi Goguel, Erinnerungen an Erwin Eckert, in: Standpunkt, Evangelische Monatsschrift, Berlin (DDR), 12/1974, S. 331 f.

14 Siehe Wolfgang Langhoff, Die Moorsoldaten, Köln 1988; in einem Brief an Elisabeth Eckert schrieb Langhoff am 22. Juli 1933 aus dem Düsseldorfer Gefängnis: „Siehst Du, dieser außerordentliche Einsatz von Leben, Sicherheit und Familie, den diese Zeit von uns allen fordert, wird gerechtfertigt durch die Größe der Not, in der sich Millionen [243] befinden, und die Größe der Zukunft, die vor ihnen liegt. In der Theorie mag das ja mancher anerkennen, aber im täglichen Leben fürchtet er die Konsequenzen, anstatt sie zu leiten und zu regeln. Messen wir dagegen unsere Schwierigkeiten am Gesamtmaß Aller, so müssen und werden sie sich reduzieren auf ein Ertragbares und Überwindliches. So wie Du, wie meine Frau, so kämpfen Abertausende, und so wie im Weltall keine Energie verloren gebet, so auch nicht die Energie eures Kampfes. Sie speichert sich auf in Euch Frauen und macht Euch zu wirklichen Kameraden Eurer Männer.“ in: F. M. Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen, a. a. O., S. 261.

15 Siehe das Schreiben des Polizeipräsidenten Düsseldorf an den EOK in Karlsruhe vom 5. April 1933 und das Schreiben des EOK Karlsruhe vom 12. April 1933 an „Herrn Erwin Eckert, z. Zt. in der Strafanstalt Düsseldorf-Derendorf, Abt. für Schutzhaftgefangene“. in: Privatarchiv Eckert.

16 „Es liegt ein Rauhreif von Barbarei über diesem ganzen Schlachtfeld“. Karl Barth, Der Fall Dehn und die „dialektische“ Theologie, in: Neuwerk, 13. Jg., 6. Heft, Februar/März 1932, S. 370. Siehe auch Georg Sinn, „Ein Rauhreif von Barbarei, in: Mutiges Christentum, Nr. 12, vom 20. März 1932, S. 47. Zum „Fall Ecken“ hat sich Barth m.W. nicht öffentlich geäußert. Ecken seinerseits hat, wenn ich mich richtig an das Studium der „Sammlung Pfarrer Kappes“ erinnere, an der Tambacher Konferenz teilgenommen, diese vorzeitig, weil ihm zu akademisch-intellektuell, wieder Verlassen und sich 1925 in einer Buchbesprechung zu Barth in einer Weise geäußert, die einen theologischen Durchblick erkennen läßt, der für seine zeitgenössischen Pfarrkollegen durchaus nicht selbstverständlich war: „Die modernen Theologien, *unter denen die Karl Barths die bedeutendste ist*, [...] sind Reaktionstheologien auf die überspannten Methoden der religionsgcschichtlichen und religionspsychologischen Schulen. *Sie schließen den Ring, der mit der Theologie des Luthertums begann* [...]. [...] Die evangelischen Sozialisten haben nichts mit den dialektisierenden Methoden Tillichs zu tun, auch nichts *unmittelbar* (Hervorhebung F. M. B.) mit der Theologie Karl Barths und dem Troß seiner Verhimmler und Epigonen.“ Erwin Ecken, Von der Theologie des religiösen Sozialismus, in: SAV 1925, Nr. 27, S. 62.

seit 1919[17] aufgerufen hatte, bevor es zu spät war, die im Interesse des krisengeschüttelten Kapitalismus liegende Übertragung der politi-[244]schen Macht an den Faschismus durch die Machteliten in Wirtschaft, Militär, Verwaltung – und Kirche – zu verhindern. Im Kern ging es bei allen Kirchenprozessen gegen Eckert um die Frage, wie Hanfried Müller am Beispiel des ersten Kirchlichen Dienstgerichtes gegen Eckert vom 21. Juni 1929 festgestellt hat, ob *die Kirche zur Buße* gerufen werden dürfe. „Dem Kirchengericht erschien es als Dienstpflichtverletzung, wenn ein Pfarrer die Kirche zur Umkehr rief.“[18]

Eckert war, wie die Untersuchung des „Falles Eckert“[19] gezeigt hat, in den Fangnetzen einer kirchlichen Disziplinargerichtsbarkeit hängengeblieben, die ihre theologische Dimension sträflich mißachtete.

Die Kirche war schuldig geworden „an dem Verlust an verantwortlichem Handeln“[20], um mit Bonhoeffer zu sprechen.

Die Kirche selbst war abgefallen von Christus[21], obwohl sie nach 1945 selbstgerecht und im Zeichen von Restauration und Klerikalismus den Nationalsozialismus als den „großen Abfall“[22] von Gott glaubte von jenen Leuten deuten lassen zu sollen, die 1933 die „Nation“[23], und das hieß das Nazi-Terror-Regime, *vor* Gott gestellt hatten. Einer der Herausgeber des gleichnamigen und in der Bekennenden Kirche, weit verbreiteten Buches war Walter Künneth. Wie wenig in der Kirche seit 1933 dazu gelernt worden ist, macht die Würdigung Künneths als „Antifaschisten“ anläßlich seines 90. Geburtstages durch den „Evangelischen Pressedienst“ deutlich.[24]

[245] Die Kirche selbst war schuldig geworden an den Unzähligen, deren Leben mißbraucht, zerstört und vernichtet wurde – und an Eckert persönlich „durch Verleumdung, Denunziation, „Ehrabschneidung“[25], wie Bonhoeffer – nicht in Bezug auf Eckert – formulierte.

Diese Feststellungen sind bisher weder konkret noch allgemein und praktisch durch das vielzitierte „Stuttgarter Schuldbekenntnis“, das Hans Prolingheuer[26] so bestechend exakt und das heißt demokratisch analysiert hat, hinreichend in das öffentliche Bewußtsein der Kirche gedrungen. Und was nützt die Erinnerung an das „Darmstädter Wort“ von 1947, wenn diejenigen, die unter Einsatz ihres Lebens andere vor 1933 davor bewahren wollten, in die Irre zu gehen, immer noch im Gedächtnis der Nachgeborenen auf vergessenem Posten stehen?

Eine rühmliche Ausnahme in der notwendigen Erinnerungsarbeit bildet das „persönliche Schuldbekenntnis“, das Kurt Scharf in bezug auf seine Verblendung angesichts des Auftretens Eckerts auf dem

---

17 Siehe u. a. Erwin Eckerts Predigt am Buß- und Bettag vom 23. November 1919 (in: Privatarchiv Erwin Eckert) und die Analyse dieser Predigt in: Gen Wendelborn, Zu Erwin Eckerts Predigten, in: Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen, S. 168.

18 Hanfried Müller, „um Gerechtigkeit willen verfolgt“, in: F. M. Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen, S. 154. Siehe hierzu auch „Die Predigt ist Geschwätz“ – Das Dienststrafverfahren gegen den Mannheimer Pfarrer Erwin Ecken – (Hörspiel) Nach bislang unveröffentlichten Dokumenten für den Funk (Südwestfunk – Landesstudio Freiburg – Redaktion Kultur) eingerichtet von Reinhard Hübsch.

19 Siehe Friedrich-Martin Balzer/Karl Ulrich Schnell, Der Fall Erwin Eckert, Ein Beitrag zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik, Bonn 19932.

20 Dietrich Bonhoeffer, Ethik, 1962, 5. Aufl. S. 122 f., zit. nach: Eberhard Röhm, Sterben für den Frieden, Spurensicherung: Hermann Stöhr (1898–1940) und die ökumenische Friedensbewegung, Stuttgart 1985, S. 266.

21 Nach dem Bericht des Evangelischen Konsistoriums der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen vom 14. Juni 1932 an das Kirchenbundesamt hielt Ecken „als bewußter Christ“ auf einer kommunistischen Versammlung am 28. Mai 1932 dem eingeladenen Korreferenten der Evangelischen Kirche erregt entgegen: die „Kirche hat Christus verraten und ist daher, weil sie eine Dienerin des Kapitalismus ist, dem Untergang sowieso verfallen.“ (in: Privatarchiv Eckert).

22 Walter Künneth, Der große Abfall, Hamburg 1947.

23 Walter Künneth/Helmuth Schreiner (Hrsg.), Die Nation vor Gott, Zur Botschaft der Kirche im Dritten Reich, Berlin 1933.

24 Siehe meine Glosse: Unglaublich, aber wahr, Der Evangelische Pressedienst würdigt Künneth als „Antifaschisten“, in: Weißenseer Blätter, 2/1991, S. 26–29.

25 Zit. nach Röhm, Sterben für den Frieden, S. 266.

26 Siehe u. a. Hans Prolingheuer, Wir sind in die Irre gegangen, Die Schuld der Kirche unterm Hakenkreuz, nach dem Bekenntnis des „Darmstädter Wortes“ von 1947, Köln 1987.

Deutschen Evangelischen Kirchentag 1930 in Nürnberg abgelegt hat, auf dem dieser „leidenschaftlich, aber sachlich ausgewogen“[27] den Kirchenoberen in ihrem propagandistischen Feldzug gegen die Sowjetunion widerstand.

Die Tatsache, daß Eckert zur KPD ging, daß die „Gottlosen“ ihn als amtierenden evangelischen Pfarrer in ihre Reihen aufnahmen[28] – ohne die Grenzen zwischen Theologie und Marxismus zu verwischen, auf die übrigens die dialektische Theologie mindestens ebenso viel Wert legt wie der dialektische Materialismus –, kann doch wahrlich kein Grund sein, ihn auch in der fortschrittlichen kirchlichen Öffentlichkeit so zu verdrängen, wie dies seit 1945 bis auf den heutigen Tag geschehen ist.

Es war keineswegs verwerflich, daß Eckert – ungehindert von den Fesseln einer kirchenamtlichen und parteioffiziellen Bevormundung und Entmündigung – als „einfacher Soldat der Revolution“ in den Reihen der KPD mit der ganzen Vitalität und dynamischen [246] Ausstrahlungskraft seiner Person sich der nächstliegenden Aufgabe eines evangelischen Demokraten zuwandte, um Faschismus, Krieg und auch Rassenhetze zu verhindern, die, wie Eckert am 28. Dezember 1930 in seiner Predigt „Rüstet ab“ von der Kanzel der Mannheimer Trinitatiskirche warnend und beschwörend vorausgesehen hatte, in einem „grauenvollen Morden“[29] enden mußten.

Eckert wußte, wovon er sprach, auch wenn ihm der ganze Schrecken der Shoa nicht vorstellbar sein konnte. Was Eckert in den Augen seiner Bundesgenossen und der Nachgeborenen Prophetisches anhaftete, war die massive Ablehnung seiner Er- und Bekenntnisse innerhalb der Kirche und der tatsächliche historische Lauf der Dinge, der seinen frühen Mahnungen recht gab. Wenn Eckert klarer und frühzeitiger als die überwältigende Mehrheit des deutschen Protestantismus und seiner Theologen voraussah, was kommen mußte, so verdankte er dies jedoch keinen „übernatürlichen“ Fähigkeiten, sondern der Tatsache, daß er die soziale und politische Wirklichkeit hochsensibel ernst nahm und bereit war, aus seiner gewissenhaften Beobachtung und geschult durch seine Einbindung in die kämpfende Arbeiterbewegung und ihr theoretisches Instrumentarium auch mutig Konsequenzen zu ziehen.

Wer noch immer der Auffassung ist, daß sich die Gefahr des Faschismus in den Wirrnissen der Zeit, wie oft entschuldigend gemeint wird, nicht rechtzeitig erkennen ließ, der lese nach, was Eckert am 23. März 1930, also noch vor der Ernennung des ersten Notverordnungskanzlers Heinrich Brüning, noch vor den Septemberwahlen 1930, die das nicht mehr zu übersehende Anwachsen der faschistischen Massenbewegung manifestierte, im „Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes“ unter der Überschrift „Die Nationalsozialisten – Vertreter des positiven Christentums?“ veröffentlichte.

Anlaß für diese Frage waren die „Nachrufe“, die NS-Organe Rechtsanwalt Paul Levi gewidmet hatten, der auf tragische Weise sich im Fieberwahn aus dem Fenster gestürzt hatte. Der „Angriff“, Organ der Berliner Nazis, hatte geschrieben: „Dr. Paul Levi, genannt Feme-Levi, ist eines plötzlichen und sensationellen Todes gestorben: Er hat sich im Fieberwahn durch einen Sturz aus dem Fenster selbst hingerichtet. Mit ihm verschwindet eine der unsaubersten und anrüchigsten Typen der an zweifelhaften Existenzen doch gewiß nicht armen Nachkriegszeit“. Der „Angriff“ hatte den juristischen und politischen Verteidiger Rosa Luxemburgs als „jüdische(n) Intellektuelle(n)“ bezeichnet, der „wurzellos seine asiatischen Nomadeninstinkte auf die deutsche Arbeiterbewegung losläßt, mit Hilfe einer gewandten und gerissenen jüdischen Dialektik seinen Weg durch den Marxismus bis an die höchste

---

27 Kurt Scharf, Der Antikommunismus als Schuld der Kirche, in: Brücken der Verständigung, hrsg. im Auftrag der Arbeitsgemeinschaften Solidarische Kirche Westfalen und Lippe von Elisabeth Raiser, Hartmut Lenhard und Burkhard Homeyer, Gütersloh 1986, S. 129 ff; vgl. auch den Brief von Kurt Scharf an den „Bruder Balzer“, in dem es u. a. heißt: „Die damalige Kirchenleitung des ‚Deutschen Evangelischen Kirchenbundes‘, aber auch wir jüngeren Pfarrer, sogar wir, die wir zu den religiösen Sozialisten gehörten, sind dem Bruder Eckert nicht gerecht geworden. Wie er die nationalsozialistische Diktatur richtig erkannte und öffentlich anklagte, habe ich erst aus Ihrem Buch ersehen. Auch die Art, wie mit Ihm nach 1945 umgegangen ist, verdient in der Tat Kritik. Auch davon wußte ich nichts“.

28 Über die Frage der Vereinbarkeit von politischer Mitarbeit in einer atheistischen politischen Partei und kirchlicher Tätigkeit siehe das Gutachten von Hanfried Müller in: Internationale Dialog Zeitschrift, 3/1973, S. 201–211.

29 Siehe Erwin Eckert, Rüstet ab, Rede des Genossen Eckert bei der Friedensfeier am 28. Dezember 1930 in der Trinitatiskirche Mannheim, in: Der Religiöse Sozialist, Nr. 4 vom 25. Januar 1931, S. 13 und Nr. 5 vom 1. Februar 1931, S. 18 und Nr. 6 vom 8. Februar 1931, S. 21.

Spitze [247] macht und dann in verheerendem Maße jedes soziale und nationalpolitische Denken vergiftet Wer aber meinen sollte, „diese Art dummer, feiger und niederträchtiger Verunglimpfung eines toten Gegners sei nicht mehr zu überbieten“, kannte, wie Eckert im „Sonntagsblatt“ schrieb, die Faschisten schlecht. Im „Stürmer“, dem Nürnberger Parteiblatt, hieß es: „Der Fememordjude ist tot. Der Jude Paul Levi, der bekannte und berüchtigte Fememordhetzer, ist tot. Vergangenen Sonntag vormittag ist er zu seinen Vätern heimgegangen. Es war morgens um 5 Uhr; da machte Paul Levi, der an Grippe erkrankt war, einen Sprung aus seinem Fenster. Das hielt seine Wirbelsäule nicht aus. Sie brach auseinander, und das veranlaßte ihn, seinen Talmudgeist aufzugeben ... Nun aber hat ihn Gott zu sich geholt. Über die Ursache seines Todes ist man verschiedener Meinung. Die einen sagen, Paul Levi hätte den eigenen Rassegeruch nicht mehr ertragen können; er sei zum Fenster gestürzt, um frische Luft zu schöpfen, und dabei sei er hinausgeflogen. Andere meinen wieder, das stetige und gewaltige Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung habe ihn so in Verzweiflung gebracht, daß er es vorgezogen hat, in Abrahams Schoß zu flüchten. Der „Tagespost“-Jude meint, mit Paul Levi habe die SPD einen ihrer genialsten Köpfe verloren. Daß sie damit einen Handarbeiter verloren hat, kann der „Tagespost“-Jude nicht recht sagen. Paul Levi redete wohl mit den Händen, aber arbeiten sah man ihn damit noch nicht.“ Und für alle, die lesen und verstehen konnten, was die Nazis wirklich wollten, schrieb der „Stürmer“ im Jahre 1930: „Auch wir bedauern lebhaft, daß Paul Levi tot ist. Wir bedauern es, daß der kommende nationalsozialistische Staatsgerichtshof sich nicht mehr mit ihm befassen kann. Paul Levi wäre zweifellos an einen der höchsten Galgen gehängt worden“.

Eckert kannte seine Gegner. Er wußte, was sie mit der Arbeiterbewegung, was sie mit den deutschen Staatsbürgern jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft vorhatten. Er stand mit seiner entschiedenen Stellungnahme gegen den Antisemitismus in einer Reihe mit der Erklärung des ZK der KPD „Gegen die Schmach der Judenpogrome“ nach dem 9. November 1938: „Die Kommunistische Partei wendet sich an alle Kommunisten, Sozialisten, Demokraten, Katholiken und Protestanten, an alle anständigen und ehrbewußten Deutschen mit dem Appell: Helft unseren gequälten jüdischen Mitbürgern mit allen Mitteln! Isoliert mit einem Wall der eisigen Verachtung das Pogromistengesindel von unserem Volke! Klärt die Rückständigen und Irregeführten, besonders aber die mißbrauchten Jugendlichen, die durch die nationalsozialistischen Methoden zur Bestialität erzogen werden sollen, über den wahren Sinn der Judenhetze auf! Die deutsche Arbeiterklasse steht an erster Stelle im Kampf gegen die Judenverfolgungen. Gegen die mittelalterliche barbarische Rassenhetze bekennt sie sich mit allen aufrechten Deutschen zum Worte Johann Gottlieb Fichtes von der ‘Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt.“[30] Eckert hatte die „Zerschlagung der Organisationen [248] der Arbeiterbewegung“, ein „ungeheures Morden“, „die Barbarei“ bereits vor 1933 vorausgesehen. Er ließ sich nicht daran hindern, alles zu tun, um die Katastrophe des Jahres 1933, die vom deutschen Protestantismus fast ausnahmslos als „Geschenk und Wunder Gottes“ dankbar begrüßt oder bestenfalls untätig hingenommen wurde, in aller Öffentlichkeit zu bekämpfen, solange ihm dies möglich war.

Als der deutsche Protestantismus ein „dankbares und freudiges Ja“ zum „Dritten Reich“ und seinem Führer[31] sprach – einschließlich des Pfarrernotbundes –, saß Eckert im Gefängnis, und kaum jemand kümmerte sich um ihn. Aus Osterreich schrieb der Vorsitzende der religiösen Sozialisten, Otto Bauer, der nach dem „Anschluß“ in die USA emigrierte. Ein holländischer Lehrer, der Eckert auf der internationalen Tagung der religiösen Sozialisten in Lievin kennengelernt hatte, besuchte Eckert im Gefängnis. „In der Schweiz“, so Eckert in seinem Gefängnisbrief vom 13. Mai 1933, „wissen sie, was mit mir los ist.“ An die Schweizer Freunde schrieb er einen langen Brief, in dem er seine Lage ausführlich schilderte. Zu den wenigen in Deutschland, die seiner in der Haft gedachten, zählten Paul Piechowski, Eberhard Lempp, Kurt Lehmann, Arthur Rackwitz und Helga Barth. Schaut man sich

---

30 Die Rote Fahne – Sonderausgabe gegen Hitlers Judenpogrom, 1938, Nr. 7, zit. nach: Geschichte der Arbeiterbewegung in acht Bänden, Berlin 1966, Bd. 5, S. 510.

31 Vgl. hierzu auch Otto Dibelius: „Was jetzt in Deutschland vor sich geht“, wird „nicht nur Deutschland, sondern der Welt zum Besten dienen“. An die Bevölkerung in den USA gerichtete Rundfunkansprache des Generalsuperintendenten der Kurmark, Otto Dibelius, vom 4. April 1933, in: Josef und Ruth Becker (Hrsg.), Hitlers Machtergreifung, Dokumente vom Machtantritt Hitlers (30. Januar 1933) bis zur Besiegelung des Einparteienstaates (14. Juli 1933), München 1983, S. 207–211.

OCR-Texterkennung Max Stirner Archiv Leipzig – 06.11.2021

die Namen an, so fällt auf, wie klein der Kreis derjenigen war, die, ohne mit Eckert politisch übereinzustimmen, mit ihm in der Haft Solidarität übten, bevor sie selbst Opfer des NS-Terror-Regimes wurden. Paul Piechowski, seit 1926 Vorsitzender der Bruderschaft sozialistischer Theologen, verlor sein Pfarramt im Jahre 1933[32]. Eberhard Lempp ließ sich 1934 pensionieren, um den Drangsalierungen der SA zu entkommen.[33] Der badische Pfarrer Kurt Lehmann[34], dessen Onkel das Fememordopfer Walter Rathenau war, wurde 1935 zwangspensioniert. Arthur Rackwitz erlebte das Ende des Krieges im Konzentrationslager Dachau[35]. Helga Barth[36] wurde 1945 im Konzentrationslager Ravensbrück umgebracht.

[249] 60 Jahre nach dem bejubelten „Jahr des Heils“ bleibt also immer noch zu fragen, ob Karl Barths Einschätzung, die er Dietrich Bonhoeffer am 13. April 1933 brieflich mitteilte, berechtigt war, als er glaubte, „so viele Zeichen wahrzunehmen, daß die Kirche diesmal doch ein wenig anders auf ihrem Posten ist als 1914“[37].

Am 23. März 1930 kommentierte Eckert Vorboten der Barbarei in Gestalt der Haßgesänge auf Paul Levi so: „Also das sind die ‚vornehmsten Vertreter‘ der nordischen, unserer Rasse, an deren Wesen Deutschland, ja Europa genesen soll. Das sind die Vorbilder der kommenden Generation, die SA-Leute der Nationalsozialisten, die nach ihren eigenen Worten ‚Vertreter des positiven gläubigen Christentums‘ (!!!) sind, deren Führer Adolf Hitler als ein Wunder Gottes Europa zum Retter geschickt wurde, wie es im „Völkischen Beobachter“ vom 15. Februar 1930 mit folgenden Worten zu lesen ist: Und da geschah das Wunder ... Ein gütiger Gott sandte ihm einen Retter! Adolf Hitler stand auf und schuf dem deutschen Volk im Nationalsozialismus ein neues Bekenntnis ... Aus nichts schuf er die machtvollste Bewegung Europas ... So wurden die Braunhemden die Erben des feldgrauen Heeres; so wurde das Hakenkreuzler zur einzigen (!) letzten (!) Hoffnung aller deutschen Menschen, in deren Adern das Blut der nordischen Edelrasse (!) lebendig ist! Jetzt hat das deutsche Volk wieder Vorbilder! ...“ Sarkastisch fügte Eckert hinzu: „Es kommt noch besser – diese Nationalsozialisten haben mit Gott, dem Vater Jesu Christi, ein Schutz- und Trutzbündnis!!! ‚Das Hakenkreuz im weißen Feld, auf feuerrotem Grunde, hat uns mit stolzem Mut beseelt; es schlägt in unserer Runde. Kein Herz, das feig die Treue bricht, Wir fürchten Tod und Teufel nicht! Mit uns ist Gott im Bunde.‘ Eckert schloß den Artikel über die „Vertreter des positiven Christentums“: „Gott, der Herr, aber kennt sie nicht, die seinen Namen mißbrauchen und seinen Geist, den Geist der Liebe, schänden.“

---

32 In einem verzweifelten Brief an Georg Wünsch schrieb Paul Piechowski nach seiner Suspendierung vom Pfarramt über sich und seine Frau: „wir haben Stunden, in denen wir ernstlich uns überlegen, ob es nicht besser ist, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Denn unsere Zukunft ist ein Schrecken ohne Ende ... Und all dieser Jammer, all diese fürchterliche Not wegen einer Lächerlichkeit, wegen einer einzigen besoffenen Stunde! Es ist zum Verrücktwerden! Wo bleibt der Sinn des Lebens?“ Die Abschrift des Briefes vom 10. September 1933 befindet sich im Privatarchiv Eckert. Vgl. hierzu auch den Brief von Arthur Rackwitz an Eckert vom 6. November 1933 (Privatarchiv Eckert).

33 Siehe Eberhard Lempp, Meine Erfahrungen als religiöser Sozialist, Maschinenschriftliches MS aus dem Jahre 1956, 22 S. in: Privatarchiv Erwin Eckert.

34 Pfarrer Kurt Lehmann wurde mit Wirkung vom 15. August 1935 in den Ruhestand versetzt. Siehe das Urteil des Evangelischen Verwaltungsgerichts vom 14. Oktober 1935.

35 Siehe Balzer, Arthur Rackwitz, Ein Christ für den Sozialismus, in: Miszellen, S. 163.

36 Siehe Hans Prolingheuer, Ausgetan aus dem Land der Lebendigen, Leidensgeschichten unter Kreuz und Hakenkreuz, Neukirchen 1983, S. 51–98; Helga Barth, die vor 1933 der roten Studentengruppe in Heidelberg angehörte, schrieb Erwin Ecken nicht nur, als dieser in Düsseldorf-Derendorf im Gefängnis saß, sondern besuchte ihn dort. Am 3. Dezember 1936 schrieb sie an das Reichsjustizministerium mit Durchschrift an die Generalstaatsanwalt Frankfurt/M.: „Ich kenne Herrn Erwin Eckert persönlich sehr gut, verkehrte während meines Studiums in Frankfurt von November 1934 bis November 1935 sehr häufig in seiner Familie und verehre in ihm meinen Lehrer und treuesten väterlichen Freund. Von meinem Studienmonatswechsel zu 100.– M sparte ich regelmäßig 20. – M ab, um damit Familie Eckert das Leben zu erleichtern. Ich habe mich also allmonatlich desselben Verbrechens schuldig gemacht, dessentwegen Erwin Eckert zur dreijährigen Zuchthausstrafe verurteilt wurde. Es ist sogar möglich, daß es diese 20. – M waren, mit denen Erwin Eckert in jenem verhängnisvollen Falle einem in Not befindlichen Menschen auszuhelfen versuchte. Ich besprach mich mit Eckert über die brennendsten Probleme unserer Zeit und wir suchten gemeinsam die „große Linie“ zu finden [...].“

37 Karl Barth an Dietrich Bonhoeffer, in: Gesammelte Schriften, Bd. 2, München 1959, S. 43.

Seinen evangelischen Glauben hatte Eckert bei seinem Eintritt in die KPD nicht aufgegeben, auch wenn er öffentlich „das Schweigen über die letzten Dinge“ auf sich nahm. Am 4. Advent, dem 20. Dezember 1936 träumte Eckert in einem persönlichen Brief an seine Frau aus dem Zuchthaus Freiendiez ungebrochen davon, daß einmal „der Geist und die Kraft [250] Christi das Leben der Völker und der Menschen untereinander bestimmen wird. Dieser Glaube ist auch in dieser trüben Umgebung und trotz des Geschicks, das mich, im Grunde eben wegen dieses Gläubigseins an den in Christus geoffenbarten Willen Gottes, getroffen hat, unerschütterlich in mir. In meiner engen Zelle werde ich am Weihnachtsabend an dieser Vision der in Gemeinschaft und Frieden geeinten Menschheit Kraft finden wie schon so oft.“[38] Drei Jahre später schrieb er am 17. Dezember 1939, also nach Kriegsbeginn, aus dem Zuchthaus Ludwigsburg: „Alle die verständlichen Depressionen, die mich hier und da überfallen wollen, lasse ich nicht Herr werden über mich. Immer hält mich der Trost und die Gewißheit aufrecht, daß ich keinen leichtfertigen, schlechten Weg, sondern einen notwendigen Weg der Klärung und Prüfung gegangen bin. Die Lieblingsstellen aus dem Neuen Testament, Paulus- und Johannes-Briefe, tragen mich oft bis an die letzten Grenzen menschlicher Erkenntnis und Freiheit.“[39]

Nachdem er grundsätzlich die Stillhaltepolitik der SPD nicht mehr mittragen konnte, nachdem der Vorstand des Bundes der religiösen Sozialisten ihm im August 1931 einen Maulkorb verordnet hatte und nachdem der SPD-Vorstand sich seiner schließlich nach 20jähriger Mitgliedschaft entledigte, sah Eckert für sich keine andere Möglichkeit, den Kampf gegen den Faschismus energisch fortzusetzen, als der .KPD beizutreten. Immerhin nutzte er nach seinem Ausschluß aus der SPD, der durch Eckerts Solidarität mit der innerparteilichen linken Opposition, wie sie sich auf dem Leipziger Parteitag im Juni 1931 manifestiert hatte, provoziert wurde, die Zeit bis zu seiner Verhaftung am 1. März 1933, um massenwirksam auf Hunderten von Veranstaltungen zu reden gegen den Faschismus, gegen den drohenden Krieg, den er voraussah, und für eine antifaschistische Aktionseinheit. Immerhin konnte er nach seinem Ausschluß aus der SPD, die ihre eigene – die demokratische Verfassung der Weimarer Republik aushöhlende – Stillhaltepolitik im Vergleich zu der auch von ihr erkannten Gefahr des Faschismus ebenso wie das Eckert von der Kirche auferlegte „Bußschweigen“ im Vergleich zur Bekräftigung seiner bereits erfolgten Amtsenthebung als das „kleinere Übel“ ansah, den absolut richtigen Satz verbreiten helfen: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt den Krieg.“

Und schließlich: Die Tatsache, daß Eckert mit und in der KPD den Kampf gegen Faschismus und Krieg fortsetzte, kann doch beim besten Willen nicht heißen, daß die Partei, die ihn als Pfarrer aufnahm, frei gewesen wäre von folgenschweren Fehleinschätzungen oder daß nicht auch Eckert, vor und nach seinem Eintritt in die KPD, Irrtümer der Arbeiterbewegung geteilt hätte. Aber wer vermag hier den ersten Stein zu werfen?

[251] Wie hatte Eckert seine Rede am 10. Oktober 1931 vor 10.000 Menschen in Stuttgart beendet: „Sie müssen nicht denken, daß der Weg, den ich gegangen bin, einfach war und einfach sein wird. Aber ich freue mich auf diesen Weg, freue mich, weil ich die Überzeugung habe, daß mein Leben *nicht besser* eingesetzt werden kann als bei den Kommunisten, als da, wo es sich darum handelt, den Massen zu helfen, die leiden, die Kinder zu sättigen, die hungern, die Frauen zu unterstützen, die krank sind, als da, wo es sich darum handelt, die Leidenden zum Licht, die Unterdrückten durch Kampf zum Sieg zu führen. Mein Leben kann keinen besseren Inhalt haben als den, entschlossen mitten im Proletariat zu kämpfen um *Freiheit und Sozialismus*, um ein menschenwürdiges Dasein, um Frieden und Gemeinschaft auf dieser Erde.“[40]

Wer Eckert „theologische Substanz“ abspricht[41], gerät in Gefahr, theologische Substanz – losgelöst vom sozialen Inhalt – mit der Elle einer universitären Theologie eines Althaus oder Heim oder der kirchenamtlichen Verlautbarungen eines Wurm oder Kühlewein zu messen.

---

38 Zit. nach: Balzer/Schnell, Der Fall Erwin Eckert, S. 190 f.

39 Ebenda, S. 191.

40 Erwin Eckert, Die Kirche und der Kommunismus, Stadtpfarrer Ecken-Mannheim kommt zur KPD, hrsg. von der Bezirksleitung der KPD, Bezirk Baden-Pfalz, o. O. 1931, S. 20.

41 Siehe dagegen die Analyse der theologischen Substanz Eckerts in den Beiträgen von Geil Wendelborn, Marie Veit und Hanfried Müller in: Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen.

Wieviel theologische Substanz enthielten denn die Anordnungen des Badischen Evangelischen Oberkirchenrats zum „Hitlergruß in der Kirche“? So verordnete der Oberkirchenrat am 20. März 1934 – nachzulesen im Gesetzes- und Verordnungsblatt –: „Da hinsichtlich des Grüßens in der Amtskleidung (Talar und Barett) keine einheitliche Regelung bestand, so wird hiermit angeordnet, daß in Zukunft mit dem deutschen Gruß (Erhebung der rechten Hand) zu grüßen ist. Jede andere Art des Grüßens (Anlegen der rechten Hand ans Barett, Grüßen mit dem Barett, Neigen des Kopfes) ist damit hinfällig.“

Ein besonders übles, aber durchaus salonfähiges Beispiel der Verunglimpfung Eckerts lieferte Klaus Scholder – in der Tradition eines im „Totalitarismus“ befangenen Denkens – als er 1977 Eckert in die Nähe der „Deutschen Christen“ rücken zu müssen glaubte.[42]

Wenn richtig ist, daß die Jahre 1933 bis 1945 gezeigt haben, daß, wer theologisch unklar sei, auch ein lahmer Streiter bleibe, gilt da nicht auch umgekehrt, daß, wer ein unerschrockener Streiter für die Sache des Evangeliums war, am Ende von Theologie und Politik mehr begriffen hatte, wie auch an der sehr viel später einsetzenden Entwicklung von Martin Niemöl-[252]ler gezeigt werden kann, als die große Mehrheit derjenigen, die das Fach Theologie von Amts wegen für sich gepachtet hatten?

Es bestehen durchaus theologische Berührungspunkte zwischen Eckerts Formulierung aus dem Jahre 1927, wonach „Christ sein“ „Vorwärtsgetriebensein zur Hilfe und Liebe den anderen Menschen gegenüber“ heiße („Du sollst Gott, Deinen Herrn, lieben und Deinen Nächsten wie Dich selbst, darin liegt *praktisch* die ganze Religion Jesu Christi“)[43], und Bonhoeffers in der Haft aufgeschriebenen Aussage, wonach „unser Verhältnis zu Gott“ ein „neues Leben im ‚Dasein-für-andere‘“ ist. „Nicht die unendlichen, unerreichbaren Aufgaben, sondern der jeweils gegebene erreichbare Nächste ist das Transzendente. Gott in Menschengestalt!“[44]

Trotz aller Differenzen bestehen durchaus wesentliche Gemeinsamkeiten zwischen Bonhoeffers Betonung der „Diesseitigkeit“ von Religion und Kirche und Eckerts Berufung auf das aufreizende Jesuswort: „Ich bin gekommen, daß ich ein Feuer anzünde *auf Erden*, was wollte ich lieber, als es brennete schon“.[45] Der Unterschied zu Bonhoeffer besteht darin, daß bei Eckert bereits seit 1926 ein „Kampffeuer für die Mühseligen und Beladenen“ brannte „ohne Frieden mit ‚Belial und seinem Reich‘“.[46]

Alle Versuche, die fortschrittliche Tradition eines christlich motivierten Antifaschismus, wie sie am klarsten und frühesten von Erwin Eckert in der Weimarer Republik verkörpert wird, zu verdrängen und zu verfälschen, ändern nichts an der Tatsache, daß dieser Kampf geführt werden mußte „um unseres Volkes willen“ und „um der Reinheit und Klarheit des Evangeliums willen“ und daß, „wer sich gegen den Angegriffenen wendet, wie der Badische Oberkirchenrat, [...] zum Angreifer [steht]“, wie Emil Fuchs und Karl Kleinschmidt in Solidarität mit Eckert prägnant formulierten.[47] Die Tatsache, daß Eckert es war, der auf dem christlichen Glauben gegenüber einer Öffentlichkeit und einer Kirche insistierte, in die der Faschismus – ohne wirksame theologische Gegenwehr – bereits vor 1933 unter den Bedingungen der gegenrevolutionären, deutschnationalen und nur dem Scheine nach theologischen Verschanzung der Kirche und der sich im Zeichen der ökonomischen Krise rasch vollziehenden Faschisierung „kirchentreuer“ Teile des Volkes einbrechen konnte, ist dagegen [253] bislang

---

42 Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1, Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934, Frankfurt 1977, S. 788; siehe hierzu M. A. Ritter in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 2/1989, S. 281: „Mir ... ist es nach den hier vorgelegten Selbstzeugnissen (Der Fall Erwin Eckert, F.-M. B.) unmöglich, guten Gewissens K. Scholders Urteil zu wiederholen, nach dem E(ckert) ‚seit langem tatsächlich sehr viel mehr politischer Agitator als Pfarrer und Theologe‘ und somit die badische Kirchenleitung durchaus im Recht gewesen sei, wenn sie gegen E(ckert) vorging.“

43 Erwin Eckert, Was wollen die religiösen Sozialisten, Schriften der religiösen Sozialisten Nr. 1, Mannheim 1927, S. 11.

44 Dietrich Bonhoeffer, Widerstand und Ergebung, München und Hamburg 1964, S. 191 f.

45 Predigttext von Erwin Eckert anläßlich des 2. Meersburger Kongresses 1926, in: Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes, Nr. 33 vom 15. August 1926, S. 174 f.

46 Ernst Bloch, Widerstand und Friede, Vier Ansprachen anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels, Frankfurt a. M. 1967, S. 51.

47 Siehe die Erklärung des Bundes religiöser Sozialisten in Thüringen, in: RS 1931, Nr. 14, S. 64.

noch nicht hinreichend in das fortschrittliche theologische Bewußtsein gedrungen. Es ist sehr zu hoffen, daß anläßlich der 100. Wiederkehr des Geburtstages von Erwin Eckert am 16. Juni 1993 Gelegenheit sein wird, sein Erbe ebenso kritisch-produktiv aufzuarbeiten, wie dies mit Barth und Bonhoeffer geschehen ist[48]. Einen wesentlichen Beitrag hierzu leistet die umfängliche, erkenntnis- wie facettenreiche Sammelschrift „Ärgernis und Zeichen“.

An Tradition und Gegenwart von Faschismus und Imperialismus ganz allgemein werden sich dabei die Geister scheiden müssen. Barth, Bonhoeffer und Eckert gehören dieser Tradition letztlich nicht an. Im Gegenteil. Deshalb können ihre je spezifischen Ausgangspositionen, Ebenen, Lernprozesse und Wirkungen im freundschaftlichen Dialog und Disput differenziert aufgearbeitet werden. Die gedankliche Schlüssigkeit und Nachvollziehbarkeit der Barth’schen Theologie kann notwendige Abwehrkräfte gegen Irrationalismus und Subjektivismen mancher Art organisieren. Hier ergeben sich auch Möglichkeiten im Hinblick auf eine „Koalition der Vernünftigen“.

Theologisch konnte Eckert mit der von Barth brillant entworfenen Systematik und Dogmatik zweifellos nicht Schritt halten. Bei Eckert löst sich Theologie schon programmatisch auf im Sinne liberaler Traditionen. Das Dilemma ist vielleicht ein objektives Dilemma von Religion und Theologie: die liberale Theologie zeigt den Auflösungsprozeß von Religion, der historisch nicht von ungefähr daherkommt. Kommt es einem Theologen vom Range eines Karl Barth aber darauf an, die Theologie als Theologie – weil notwendig für die Kirche – zu retten und neu zu qualifizieren, so stellt er sich damit zunächst einmal leicht auch gegen fortschrittliche Momente, die mit der liberalen Tradition – immer noch – verbunden sind. – Barth ist es dann im Verlaufe seiner Entwicklung noch einmal gelungen, den Widerspruch einer echten Theologie in unserer Zeit zu lösen, und zwar, was für die Tragfähigkeit auch bedeutsam ist, unter Aufnahme und Fortschreibung der großen Theologiegeschichte.

Eckert hatte es da zunächst leichter, in der Konsequenz von liberalen, sozialdemokratischen und sozialistischen zu auch politisch und theologisch klaren und erfreulichen Positionen zu kommen. Heute sind aus beiden Traditionen antifaschistische und fortschrittliche Kräfte zu entwickeln, und es ist vorstellbar, daß es dabei zu einer Verschmelzung auf einer „höheren Ebene“ kommt.

Biografisch kennen wir solche Beispiele einer Verschmelzung, z. B. in der Lebensgeschichte [254] Ludwig Simons[49], des einzigen noch lebenden namhaften religiösen Sozialisten der Weimarer Zeit, der vor dem 3. Oktober 1931 als junger Pfarrer zu den Kampfgefährten Eckerts gehörte, 1932 zusammen mit Dietrich Bonhoeffer der deutschen Delegation der ersten Internationalen Jugendkonferenz angehörte, die gemeinsam von „Life and Work“ (Stockholmer Bewegung) und dem Weltbund für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen in Gland in der Schweiz veranstaltet wurde[50], 1933 wegen seiner am 21. März 1933 im Konzentrationslager auf dem Heuberg gehaltenen Predigt vom Badischen Kirchenregiment strafversetzt und in ein winziges Dorf an der Schweizer Grenze verbannt wurde, der später der Kirchlichen Bruderschaft in Mannheim angehörte, nach 1945 vom Versöhnungsbund aus die Wiederaufrüstung bekämpfte und seit 1949 als Sozialdemokrat sich unermüdlich in der Friedensbewegung engagierte.

Zu Barths theologischer Wendung gegen die Tradition der liberalen Theologie wäre noch anzumerken, daß gerade diese Wendung gegen den Liberalismus und das „19. Jahrhundert“ auch zum ideolo-

---

48 Siehe hierzu Gottfried Gerner-Wolfhard, der als Mitglied der badischen Kirchenleitung in den „Mitteilungen“ (Heft 9/10 1988, S. 55) erklärte: ‚Eckert wird‘ am 16. Juni 1993 ‚hundert Jahre alt‘ (...) genügend Zeit, um in der badischen Kirchenleitung seine Rehabilitation vorzubereiten und dann auch öffentlich kundzutun.“ In: „Die Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte 9/1988, S. 880 drückt Helmut Ridder die Hoffnung aus, daß „die Institutionen, die damals Erwin Ecken vertrieben haben, die SPD und die Evangelische Kirche“, nicht „achtlos“ den „Fall Erwin Eckert“ beiseite legen.

49 Siehe Friedrich-Martin Balzer, Kirche, Antifaschismus, Arbeiterbewegung, Ludwig Simon zum 80. Geburtstag, in: Neue Stimme, 3/1985, S. 17–23; in: ders.: Miszellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus, Gegen den Strom, Marburg 1990, S. 197 ff. [Ludwig Simon starb am 27. Juli 1995.]

50 Siehe Stefan Nölle, Ludwig Simon, Evangelischer Pfarrer und religiöser Sozialist aus Baden, Zwischen den Fronten der politischen und kirchlichen Auseinandersetzungen der Jahre 1929–1934 (MS).

OCR-Texterkennung Max Stirner Archiv Leipzig – 06.11.2021

gischen Standard der Reaktion und nicht nur des deutschen Faschismus[51] gehörte und daß Barth längere Zeit sicher auch Gefahrenmomente mit seiner theologischen Richtung und Bewegung transportieren konnte. Um so gewichtiger war dann seine kompromißlose Abkehr etwa von Gogarten und das Gelingen eines gesicherten Antifaschismus.

Für Barth wie für Bonhoeffer und Eckert gilt, daß die Erneuerer von Kirche und Gesellschaft, die sie waren – Eckerts vorbereiteter Redebeitrag auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag 1930 in Nürnberg über das Thema „Kann die Evangelische Kirche erneuert werden?“[52] konnte ohne nennenswerten Protest unterbunden werden –, in Auseinandersetzung mit der Veränderung der vorgefundenen Bedingungen in Kirche und Gesellschaft sich selbst verändert haben.

In diesem Zusammenhang sollte an das erinnert werden, was Karl Barth nach dem 8. Mai 1945 so formulierte: „Daß die ‚Deutschnationalen‘ von 1918 bis 1933 mit ihren imperialistischen Ambitionen, mit ihren militaristischen Allüren und mit ihren kapitalistischen Interessen die eigentlichen und großen deutschen ‚Kriegsverbrecher‘ sind, ohne die es keinen [255] Hitler gegeben hätte, das hat sich leider gerade in der evangelischen Kirche, die sich vor 1933 vor allem auf diese Partei stützte, noch nicht herumgesprochen, daß man von einer vollbrachten Wendung der Dinge in ihrer Mitte heute schon reden könnte.“[53]

Eine Wendung der Dinge in unserer Mitte wird aber auch erst möglich sein, wenn endlich der Bann aufgehoben wird, in den Karl Barth (u. a. in seinem Brief an Pfarrer Theodor Erhardt in Bruchsen an der Jagst vom 16. April 1933)[54], seine Schüler, Epigonen und Nachlaßverwalter die angeblichen „kirchlichen Außenseiter“ getan haben, die bereits vor 1933 gegen die Deutschnationalen und ihre Bündnispartner im Kirchenkampf vor 1933, der aus der Sicht des Mehrheitsprotestantismus ein Kampf gegen die Weimarer Republik war, angetreten sind und folglich zu den von Gesellschaft und Kirche Verfolgten des Naziregimes der ersten Stunde gehörten, wie die der Vergessenheit entrissenen „Fälle“ der antifaschistischen Pfarrer Hans Francke[55], Ludwig Simon, Arthur Rackwitz[56] und Heinz Kappes[57] zeigen.

Für einen Politologen ist es dabei hochinteressant, bei dem Herausgeber der „Weißenseer Blätter“ und einem so strengen Barthianer wie Hanfried Müller zu beobachten, wie aufgrund geringer politischer Distanz zu Eckert und konfrontiert mit den wirklichen Aussagen Eckerts die Bereitschaft wächst, alte und ungeprüfte theologische Vorurteile der Barthianer gegenüber religiösen Sozialisten über Bord zu werfen. Anhand des stenographischen Protokolls des ersten Kirchlichen Dienstgerichtsverfahrens gegen Eckert aus dem Jahre 1929 kommt Müller zu der auch für ihn überraschenden Erkenntnis, daß Eckert Barth näher stand, als letzterer und seine Schüler wahrhaben wollten. Es fiel Eckert in der Gerichtsverhandlung nämlich gar nicht ein, „von der Kirche zu verlangen, daß sie sich sozialistisch gebärdet oder sozialistisch kämpft.“ Als der Gerichtsvorsitzende Eckert als Ziel unterstellt, „daß sich

---

51 Siehe Friedrich-Martin Balzer, T. S. Eliot, Some reflections on bis political ideology with special regard to the play “Murder in the Cathedral”, in: Second Wessex, Vol. 1, No. 1, 1965/66, p. 18–20.

52 In: SAV 1930, Nr. 29, S. 225 ff.

53 Karl Barth, Bericht über eine Deutschlandreise(19. August–4. September 1945), in: „Neue Stimme“, 5/1982, S. 29; vgl. zu diesem Zusammenhang Friedrich-Martin Balzer, Klassengegensätze in der Kirche, Erwin Eckert und der Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands, Bonn 1993[3] und Hans Prolingheuer, Kleine politische Kirchengeschichte, 50 Jahre evangelischer Kirchenkampf, Köln 1984.

54 In dem Brief, der sich im Privatarchiv Eckert befindet, heißt es u. a.: „Der ‚religiöse Sozialismus‘ war, sofern er das getan hat, was nach dem Artikel abzuschwören ist, ein theologischer Irrtum, den die Kirche zu perhorrescieren im Rechte ist.“

55 Siehe: Miszellen, S. 197 ff.

56 Friedrich-Martin Balzer, Ein Christ für den Sozialismus, in: K. Schmidt/G. Jankowski(Hrsg.), unter Mitarbeit von Friedrich-Martin Balzer, Arthur Rackwitz, Christ und Sozialist zugleich, mit einem Geleitwort von Helmut Gollwitzer, Hamburg 1976, S. 16–24; in: Miszellen, S. 163 ff.

57 Friedrich-Martin Balzer, Das Problem der Assoziation nichtproletarischer demokratischer Kräfte an die Arbeiterbewegung. Das Beispiel von Pfarrer Heinz Kappes, in: „Internationale Dialog Zeitschrift“, 2/1974, S. 170–181; in: Miszellen, S. 113–130; Friedrich-Martin Balzer/Gert Wendelborn, „Wir sind keine stummen Hunde“, Heinz Kappes (1893–1988), Christ und Sozialist in der Weimarer Republik, Bonn 1994.

die christliche [256] Kirche nicht darauf beschränken soll, das Evangelium zu lehren“, beharrt Eckert auf seinem theologisch-reformatorischen Standpunkt: „Doch, darauf soll sie sich beschränken.“[58]

Wenn über Carl von Ossietzky geschrieben worden ist, daß es sich bei ihm um einen Menschen handelt, der als Kritiker der bürgerlichen Gesellschaft einen klaren, vorurteilslosen Kopf, als Kämpfer gegen die Schäden und Gefahren, die sie verursacht, einen leidenschaftlichen Mut bewiesen habe[59], so gilt für den politischen Realisten und reformatorischen Kritiker der bürgerlichen Religion, Erwin Eckert, die Einheit von Vernünftigkeit und „todesmutigem Christentum“[60]. Diese Einheit macht Eckert zum sozialistischen Revolutionär aus christlichem Glauben und Gewissen und in einem Land, das noch nie eine siegreiche (bürgerliche oder sozialistische) Revolution erkämpft hat, zu ihrem Außenseiter und gemeinsam mit Barth und Bonhoeffer zu einem Opfer der Verfolgung und trotz aller unterschiedlichen öffentlichen Bedeutung zum Opfer der wissentlichen und unwissentlichen Verdrängung und Mißachtung.

Eckerts Lebenslauf spiegelt Aufstieg und Krisen der Arbeiterbewegung seit Beginn unseres Jahrhunderts. Von konservativen, deutschnationalen, faschistischen und reaktionären Machtträgern als Agitator, Demagoge, Hochverräter und Rädelsführer geschmäht, gemaßregelt und verfolgt, ins Gefängnis und Zuchthaus geworfen, von Hunderttausenden des arbeitenden Volkes und fortschrittlichen Demokraten als Kirchen- und Volkstribun[61] geliebt und bewundert, ist der Mannheimer Stadtpfarrer Eckert, der politische Publizist, Organisator und Sprecher der sozialen Bewegung von Christen, die zugleich Sozialisten sein wollten, ein [257] bedeutender Repräsentant des fortschrittlichen deutschen Protestantismus. Der Eintritt des ersten amtierenden Pfarrers in die KPD war nur die individuelle Lösung des Problems der Annäherung der christlich denkenden Teile der Unter- und Mittelschichten an den realen Kampf um die Verwirklichung einer sozialen Demokratie. Aber wenn heute Christen Ausschau halten nach einer sinnvollen, christlich-humanistischen und sozial-gerechten Alternative zu den bestehenden Verhältnissen, können sie aus dem Lebensweg Eckerts lernen.

Seine Freunde von damals und seine potentiellen Bundesgenossen von heute, Christen, Sozialdemokraten und Kommunisten, sind aufgefordert, ihn wiederzuentdecken und ihn als den anzusehen, der er war: der vor 1933 massenwirksamste evangelische Christ und Sozialist gegen den Faschismus, der „deutlicher als jeder andere Theologe“ gezeigt hat, „was dann kam, und auf die Notwendigkeit des energischen Kampfes gegen die nationalsozialistischen Gefahren und deren Ursachen hingewiesen“[62] hat.

Um dem Eindruck zu wehren, es ginge an diesem 60. Jahrestag der Verhaftung Erwin Eckerts in Düsseldorf um bloße, historisierende Aufarbeitung verdrängter Vergangenheiten, schließe ich, mit

---

58 Siehe Hanfried Müller, „... um Gerechtigkeit willen verfolgt“, in: Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen, S. 158.

59 Siehe Bruno Frei(Hg.), Carl von Ossietzky, Rechenschaft, Publizistik aus den Jahren 1913–1933, Berlin-DDR 1970, S. 380.

60 Der Ausdruck „Todesmutiges Christentum“ findet sich als Überschrift in der von Georg Sinn (Dortmund) herausgegebenen kirchlichen Zeitschrift „Mutiges Christentum“ am 28. September 1932, Nr. 39, S. 152. Die von Arthur Rackwitz eingesandte Glosse hat folgenden Wortlaut: „Unter der Überschrift ‚Wahres Christentum‘ finde ich in der ‚Vossischen Zeitung‘, daß in einem Ort der Ostslowakei die jüdische Kultusgemeinde für den dort verstorbenen katholischen Pfarrer Opitz eine eigene Trauerfeier abgehalten habe. Das ist schön, aber noch kein Christentum. Ich lese weiter und erfahre nun auch den Grund für diese außergewöhnliche ‚Oekumene‘ Als die Tschechen im Kampf gegen die Bela Khun-Truppen den besagten Ort besetzt hatten, setzten sie Geiseln, hauptsächlich Juden, fest, und als nun nächstens ein tschechischer Soldat von unbekannten Tätern erschossen ward, sollten die Geiseln ihr Leben lassen. Auf Vorstellung einer Deputation sollte es schließlich bei *einem* Todesopfer sein Bewenden haben, und das Unglückslot traf den völlig unschuldigen Juden Moses Deutsch. Da bot sich der katholische Pfarrer Opitz selbst als Opfer an des Juden Stelle an, indem er dem Kommandanten erklärte, er habe keine Kinder und keine Familie, für die er Verantwortung zu tragen habe. Das glückliche Ende dieser feinen Geschichte ist, daß beide, der Jude und der katholische Priester, begnadigt wurden. Nicht nur ein ‚wahres‘, sondern auch ein todesmutiges Christentum!“

61 Eckerts Nähe und Verbundenheit mit den Massen der Bevölkerung – innerhalb und außerhalb der Kirche –, sein Glaube an die Kraft der Massen, an ihre Gerechtigkeit und sein furchtloses Eintreten für die Interessen der Masse der Bevölkerung und seine Mobilisierung der Massen für ihre Selbstvertretung scheint mir überhaupt ein wesentliches Charakteristikum Eckerts und Unterscheidungsmerkmal gegenüber Barth und Bonhoeffer zu sein.

62 Wolfgang Abendroth in seinem Vorwort zu Friedrich-Martin Balzer, Klassengegensätze in der Kirche, S. 12.

OCR-Texterkennung Max Stirner Archiv Leipzig – 06.11.2021

den Worten von Helmut Ridder, die dieser zur europäischen Dimension des Vermächtnisses von Erwin Eckert gefunden hat: „... lebte Erwin Eckert noch, er würde hören, wie die Zeitbombe diesmal dem Ende der europäischen Demokratie entgegentickt. Er würde gegen dieses Ende ankämpfen. [...] Der kommunistische Christ würde aus Quellen des Glaubens, der Kraft und der Erkenntnis schöpfen, von denen die nicht-christlichen Kommunisten sich selbst abgeschnitten haben, als sie Systeme eines staatsparteilich gelenkten Sozialismus einrichteten und die Demokratiefrage vertagten oder dem insoweit unfruchtbaren Selbstlauf des Sozialismus überließen, nach dessen Ende denn auch höchstens das an demokratischen Reserven vorfindlich sein kann, was schon vor dem „realen Sozialismus“ da war. Es ist heute in Europa nutzlos, weil historisch witzlos, die Realitäten des „realen Sozialismus“ zu *verdammen* oder ihm *nachzutrauern*. *Ersteres* in Gang zu halten, ist das Geschäft der Herren der Archive – ein idealer Job für Gottesmänner, die unbewußt wie Testamentsvollstrecker des Dr. Mabuse fungieren und vielleicht nicht wissen, daß ihr verborgener Gott und Dienstherr das kontinuierte Deutschland ist, in dem „rotlackierte“ Nazis schlimmer sind als braune, die immerhin einer „an sich guten“ Sache gedient haben. *Letzteres* würde Erwin Eckert nicht tun, sondern mit dem ihm als Christ erlaubten Selbstbewußtsein wieder seine Verzweiflung niederkämpfen, um die letzten Versuche zu wagen, den Schoß zu schließen, aus dem der letzte Weltkrieg kriechen könnte. Das *Ärgernis* Eckert ist ein *Zeichen* der Hoffnung – für Europa.“[63] [258]

[63] Helmut Ridder, Zur europäischen Dimension des Vermächtnisses von Erwin Eckert, in: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen, Erwin Eckert, sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben, Bonn 1993, S. 377.

Umstrittenes Ärgernis und unvergessenes Zeichen. Die Lebensentscheidung Erwin Eckerts.

Zur 100. Wiederkehr seines Geburtstages am 16. Juni 1993*

Verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, mit Dankbarkeit und Stolz, jedoch nicht ohne Beklemmung folge ich dem Wunsch der Veranstalter, hier in Mannheim, in der Trinitatiskirche über Erwin Eckert zu sprechen. In einem vor Jahren erschienenen Mannheimer Zeitungsbericht über die im Krieg zerstörte Trinitatiskirche hieß es: Niemals sei sie so gut besucht gewesen, hätten die Menschen so dicht gedrängt bis auf die Straße gestanden als zu der Zeit, in der Pfarrer Eckert hier auf der Kanzel der Trinitatis-Gemeinde stand.

Wer war dieser Kirchen- und Volkstribun, der Tausende in die Kirche, Hunderttausende in die Versammlungssäle zog?[1] Geboren am 16. Juni 1893 im badischen Zaisenhausen, war er der älteste Sohn von 8 Kindern. Nach dem Umzug seiner Eltern im Jahre 1898 nach Mannheim – sein Vater war Hauptlehrer – besuchte Eckert hier das Humanistische Gymnasium und studierte Theologie und Philosophie in Heidelberg, Göttingen und Basel. 1911 trat er der SPD bei. 1914 meldete er sich unter dem Einfluß des von ihm verehrten Mannheimer sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Ludwig Frank freiwillig zum Krieg. Nach dem mit Auszeichnung bestandenen theologischen Examen wurde er zunächst Vikar in Pforzheim, heiratete 1920 seine Jugendfreundin Elisabeth Eckert, geb. Setzer, aus Mannheim, wurde 1922 Pfarrer in Meersburg und 1926 auf eigenen Wunsch Pfarrer an der Trinitatis-Kirche in Mannheim. 1920 hatte er in Pforzheim den „Bund evangelischer Proletarier“ gegründet und 1924 die Arbeitsgemeinschaft der religiösen Sozialisten Deutschland in Meersburg ins Leben gerufen. Diese wurde 1926 in den „Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands“ umgewandelt, dessen geschäftsführender Vorsitzender er von 1926 bis 1931 war.[2] Gleichzeitig war er Schriftleiter des wöchentlichen Bundesorgans „Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes“, das ab 1931 „Der Religiöse Sozialist“ hieß und unter seiner Verantwortung zuletzt eine Auflage von 17.000 Exemplaren erreichte. Seine antimilitaristische Haltung (u. a. gegen den Panzerkreuzerbau 1928 und gegen das SPD-[259]Wehrprogramm von 1929), seine Parteinahme für die UdSSR (u. a. als einziger Abgeordneter auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag 1930 in Nürnberg, der der SPD angehörte) und seine kämpferische Agitation auf Reisen durch ganz Deutschland brachten ihn in zunehmenden Konflikt mit der Kirche. Diese entfernte ihn nach zahlreichen Disziplinar- und Ordnungsstrafen und 3 kirchlichen Dienstgerichtsverfahren schließlich am 11. Dezember 1931 aus dem Kirchendienst. Mit der gleichen Konsequenz wie gegenüber der Kirche verhielt sich Eckert gegenüber der SPD, die ihn 1931 wegen seiner Solidarität mit der linken Opposition ausschloß. Der Bund schließlich glaubte, Eckert als Kommunisten – mit Rücksicht auf die SPD – nicht länger im Vorstand halten zu können. Nach seiner kirchlichen Dienstentlassung trat Eckert aus dem Bund und der Kirche aus. Als Redner auf Hunderten von Massenversammlungen kämpfte er gegen Faschismus und Krieg. Am 1. März 1933 wurde er in Düsseldorf verhaftet, kam zunächst in Schutzhaft, später in verschärfte Einzelhaft, aus der er am 17. Oktober 1933 entlassen wurde. Nach illegaler Arbeit im Juni 1936 erneut verhaftet, wurde Eckert am 1. November 1936 vom „Volksgerichtshof“ in Kassel wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu drei Jahren und acht Monaten Zuchthaus verurteilt. Aus dem Zuchthaus Freiendiez schrieb er am 16. Oktober 1936 an seine Frau: „... meine Gedanken suchen nach entscheidenden Erklärungen für dieses harte Los, das ich tragen muß. Ich finde keine, es sei denn der Glaube, daß

---

* Der vorliegende Text stellt die überarbeitete und geringfügig erweiterte Fassung des Vortrages dar, den ich am 16. April 1993 zur Eröffnung der Tagung der Evangelischen Akademien Badens und der Pfalz „Roter Himmel auf Erden?“ in der ehemaligen Pfarrkirche Erwin Eckerts, der Trinitatiskirche in Mannheim, gehalten habe. Für wesentliche Hilfe bei der Ausarbeitung des Vortrages danke ich Herrn Prof. Dr. Manfred Weißbecker, Jena. Gewidmet ist der Beitrag Herrn Prof. Dr. Helmut Ridder zu seinem 75. Geburtstag am 18. Juli 1994.

1 Siehe das unter der Leitung von Kurt Pätzold herausgegebene Lexikon „Biographien zur deutschen Geschichte von den Anfängen bis 1945“, Berlin 1991, S. 119 f.

2 Zur Tätigkeit Erwin Eckerts im Bund der Religiösen Sozialisten siehe Friedrich-Martin Balzer, Klassengegensätze in der Kirche, Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands, mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth, Bonn ^{3}1993.

Gott mich auf diesen Weg führt, damit ich auch in Demütigung und Unehre, in Erniedrigung und unglaublichem Leidenmüssen auf ihn vertraue.“ Und wenige Tage später am Reformationstag: „Das Bewußtsein, trotz der Erniedrigung meiner Lage *keine* schlechte Tat begangen zu haben, hilft mir, *aufrecht* zu bleiben.“ Am 4. Advent des gleichen Jahres träumt er davon, daß der „Geist und die Kraft Christi das Leben der Völker und der Menschen untereinander bestimmen wird. Dieser Glaube ist auch in dieser trüben Umgebung und trotz des Geschicks, das mich im Grunde eben wegen dieses Gläubigseins an den in Christus geoffenbarten Willen Gottes, getroffen hat, unerschütterlich in mir.“ 3 Jahre später schreibt er am 17. Dezember 1939 aus dem Zuchthaus Ludwigsburg bei Stuttgart: „Alle die verständlichen Depressionen, die mich hie und da überfallen wollen, lasse ich nicht Herr werden über mich. Immer hält mich der Trost und die Gewißheit aufrecht, daß ich *keinen leichtfertigen, schlechten Weg, sondern einen notwendigen Weg der Klärung und Prüfung* gegangen bin.“ Nach seiner Entlassung lebte Eckert bis zur Befreiung unter Polizeiaufsicht. 1945 gehörte er in Baden zu den aktivsten Antifaschisten der ersten Stunde, u. a. als geschäftsführender Vorsitzender der antifaschistischen Bewegung „Das Neue Deutschland“ und Lizenzträger der antifaschistisch-demokratischen Illustrierten „Die Neue Demokratie“. Maßgeblich kämpfte er als Vorsitzender der KPD in (Süd)Baden für eine einheitliche sozialistische Partei aus Sozialdemokraten und Kommunisten. Im April 1946 wurde Eckert zum Staatsrat der provisorischen Regierung Badens in der französischen Zone ernannt, im November 1946 Mitglied und Vizepräsident der Verfassunggebenden Versammlung Badens und Staatskommissar für Wiederaufbau im ersten badischen Allparteienkabinett. Im Juli 1949 erhält er als Oberbürgermeisterkandidat [260] der KPD in Mannheim einen geradezu sensationellen Stimmenanteil von 34,7%. Eckert blieb bis zum Verbot der KPD im Jahre 1956 Abgeordneter zunächst des badischen, ab 1952 des baden-württembergischen Landtages. Ab 1950 stand er an herausragender Stelle in der internationalen Friedensbewegung u. a. als Mitglied des Weltfriedensrates von 1950 bis 1962. Er kämpfte insbesondere gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Das trug ihm Verurteilung im sogenannten „Düsseldorfer Friedensprozeß“, der vom 10. November 1959 bis 8. April 1960 dauerte, und Gefängnisstrafe mit Bewährung ein. Nach ihrer Neukonstituierung im Jahre 1968 schloß er sich der DKP an und wohnte in den letzten Jahren in Großsachsen bei Weinheim an der Bergstraße. Am 20. Dezember 1972 verstarb Eckert in Mannheim. Über seiner Todesanzeige stand der Wahlspruch: *„Dem Ganzen dienen, sich selbst treu bleiben“*.

Daß der „Fall Eckert“ in Wahrheit ein Fall des deutschen Protestantismus ist, geht aus der Tatsache hervor, daß Eckert für etwas diszipliniert, bestraft und schließlich aus dem Kirchendienst entfernt wurde, was Aufgabe der Kirche hätte sein müssen: nämlich sich vom Ungeist des Nationalismus, Militarismus, Antisemitismus und Antikommunismus frei zu machen und unversöhnlich und kompromißlos den aufsteigenden „Nationalsozialismus~~ im Namen eines unverfälschten Evangeliums zu bekämpfen: Bei aller entschiedenen Frontstellung gegen die evangelischen Landeskirchen der Weimarer Republik erlag Eckert jedoch nicht der Versuchung, die Kirche zu einer Kampftruppe für den Sozialismus machen zu wollen. In seinem ersten kirchlichen Dienstgerichtsverfahren vom 21. Juni 1929 – eine komprimierte Fassung dieser stenographisch protokollierten Gerichtsverhandlung wird vom SWF demnächst in Form eines einstündigen Hörspiels der Öffentlichkeit vorgestellt – erklärte Eckert, es falle dem Bund der religiösen Sozialisten und dem einzelnen religiösen Sozialisten gar nicht ein, „*von der Kirche zu verlangen, daß sie sich sozialistisch gebärdet oder sozialistisch kämpft*.“ Als der Gerichtsvorsitzende ihm gleichwohl die Auffassung unterstellt, „daß sich die christliche Kirche nicht darauf beschränken soll, das Evangelium zu lehren“, erwidert Eckert prompt: „Doch, darauf soll sie sich beschränken.“ In seinem Schlußwort hebt Eckert noch einmal auf den reformatorischen Charakter seiner Kirchenkritik ab: „Gerade das, daß wir darauf vertrauen, daß nicht die Organisation, nicht die unter allen Umständen mit der Autorität aufrechterhaltene Ordnung der Kirche ihr Kraft gibt für die Zukunft, sondern das in Gott gebundene Gewissen lebendiger, von Christus vorwärts getriebener Männer und Frauen, die sich Christen nennen, das ist das Wesen des *reformatorischen* Bewußtseins; und das zu erhalten, das zu stützen, das vorwärts zu treiben, darin sehen wir unsere Hauptaufgabe. Eben diese reformatorische Grundhaltung zwingt uns heute dazu – und heute sind ganz andere Verhältnisse als zu Luthers Zeiten –, eben auch die stagnierende und ... verknöcherte Kirche vorwärts zu treiben, durch Kritik zu zwingen zur Revision. Gerade darin liegt ja

das Besondere unserer Kirche, daß wir nicht durch Organisa-[261]tion, nicht durch Autorität, die sich aus der Kirche als Institution ergibt, unser Recht und unsere Aufgabe für die Kirche für die Zukunft sicherstellen, sondern aus dem Glauben daran, daß Gott uns in diese Welt hineingestellt hat, um für ihn Zeugnis abzulegen und die Welt aus seiner Kraft so zu gestalten, wie wir es mit unserer schwachen Kraft als Gottesdiener und als Haushalter der Gaben Gottes tun müssen.“ Es half alles nichts. Eckert wurde schuldig gesprochen und wegen Verletzung seiner Amtspflicht unter Aufbürdung der Kosten des Verfahrens zur Ordnungsstrafe der Verwarnung verurteilt. Er ließ sich nicht irre machen, setzte vielmehr seine ganze Energie in die Niederkämpfung des aufsteigenden „Nationalsozialismus“.[3]

Am 17. Januar 1931 sprach Eckert auf einer Kundgebung im Mannheimer Musensaal. Die Rede „Christuskreuz – nicht Hakenkreuz“, die der sechsundsiebzigjährige Erwin Eckert 1969 in Auszügen auf Band gesprochen hat, möchte ich Ihnen vorspielen:

... Die Formulierung des Themas ist bewußt gewählt, um von vornherein keinen Zweifel darüber zu lassen, daß nach unserer Auffassung die Bewegung und die Weltanschauung, deren Symbol das Hakenkreuz ist, mit der Welt- und Lebensanschauung, deren Symbol das Kreuz Christi ist, mit dem Christentum nichts zu tun hat.

Die Nationalsozialisten sind anderer Meinung; sie behaupten nicht nur in ihren öffentlichen Veranstaltungen, sondern auch in ihrer Presse und sogar in den programmatischen Erklärungen, daß ihre Partei sich zum „positiven Christentum“ bekenne, ja, daß die Nationalsozialisten die eigentlichen Christen unserer Zeit seien! Da diese Behauptung der Nationalsozialisten und die zu ihrer Erklärung versuchten Beweisführungen eine direkte Gefahr der Verzerrung des christlichen Glaubens, christlicher Lebens – und Weltanschauung darstellen, so sollte man eigentlich annehmen, daß die christlichen Kirchen als die berufenen Bewahrerinnen der christlichen Wahrheit sich der nationalsozialistischen Propaganda entgegenstemmen würden.

Aber abgesehen von den recht erfreulichen Absagen einzelner katholischer Pfarrer und einzelner Bischöfe, so vor allem der Bischöfe von Mainz und Augsburg, geschieht nichts, um der weltanschaulichen Aushöhlung des Christentums durch die Nationalso-[262]*zialisten entgegenzutreten.*

Wir müssen vielmehr leider feststellen, daß die evangelischen Kirchenführer, die Präsidenten und Prälaten, die Generalsuperintendenten und Bischöfe der deutschen Landeskirchen sich ausschweigen, mit wohlwollender Duldung die Agitation ungezählter nationalsozialistischer Geistlicher registrieren, und gegen die wenigen Geistlichen, die sich gegen die faschistische Flut im Namen des Christentums wehren, mit Disziplinarstrafen vorgehen.

Diese Verherrlichung und Vergötzung des Blutes, und zwar des arischen Blutes, der ‘nordischen Edelrasse diese Behauptung der Nationalsozialisten, als ob das Blut, der Instinkt, wie Hitler in München sagte, der Träger, die Ursache eines höheren, besseren Seins, des „göttlichen Wesens des Menschen“ wäre, ist durch und durch unchristlich, ist nicht der Mythus des 20. Jahrhunderts, wie Herr Rosenberg meint, sondern der Mythus der primitiven Horden- und Nomadenvölker etwa des 12. Jahrhunderts vor Christi Geburt und darum der größte Unsinn des 20. Jahrhunderts.

Hier ist der Platz zu einem Wort zur armseligen Judenhetze der Nationalsozialisten.[4] *Das Kreuz ist das Symbol Christi, der ein Jude war* [...] *Trotzdem veranlaßt ihr Christentum die Hakenkreuzler, die Juden auf das gemeinste zu beschimpfen, als ob sie der Ausbund von Gemeinheit der ganzen Welt wären, die „Weltpest“ Aber mir scheint, als ob der abgründige Haß der Hakenkreuzler gegen die Juden, die gemeinen Schimpfworte, die Morddrohungen keine Zeichen einer besonderen höheren*

---

3 Zum eigentlichen „Fall Erwin Eckert“, soweit es sich um die disziplinarische Verfolgung Erwin Eckerts bis zum Antrag auf unehrenhafte Entlassung aus dem Kirchendienst handelt, weil Eckest sich der Behinderung seiner antifaschistischen Betätigung durch die Kirchenbehörde widersetzte, siehe Friedrich-Martin Balzer/Karl Ulrich Schnell, Der Fall Erwin Ecken, Zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik, mit einem Geleitwort von Hans Prolingheuer, Bonn [2]1993.

4 Siehe Marie Veit, Als Christ und Sozialist gegen die „armselige Judenhetze“, in: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen, Erwin Eckert – sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben, Bonn 1993, S. 207 ff.

Kultur wären [...] *Einer unter ihnen war Rathenau, den die „Richter Deutschlands“, wie der Herr Rosenberg sagt, „gerichtet haben“, wir sagen*: *den irregeleitete „Edelarier“, Fememörder, feig ermordet haben.*

Die Nationalsozialisten behaupten, dem Volk, dem ganzen Volk aus christlicher Nächstenliebe helfen zu wollen und zu einer menschenwürdigen Existenz aller durch die Brechung der Zinsknechtschaft – und wollen im Grunde die wirtschaftlich Mächtigen, die Besitzenden um so besser rüsten für eine neue brutale Unterdrückung und Ausbeutung der wirtschaftlich abhängigen Massen.

Nicht helfen, herrschen wollen sie; *das zeigt ihr Gesellschafts- und Staatsideal. Das Herrenmenschentum wird verherrlicht und die „Masse“, das rote „Pack“, verachtet. In den nationalsozialistischen Zeitungen werden die „Marxisten“, die proletarischen* [263] *Organisationen, die darum kämpfen, daß jeder, der Menschenantlitz trägt, menschenwürdig leben soll, auf das gemeinste beschimpft – Marxistische Verbrecher*; *Mob*; *„Untermenschentum der Masse“, das sind täglich in der völkischen Presse wiederkehrende Schlagworte. Die Nationalsozialisten möchten aus der Masse, die der Kapitalismus um ihr Menschsein betrügt, Herdenmenschen, Untertanen machen, die Zeiten der Barbarei wieder einführen, von denen Fichte schon 1793 sagte*: *„Die Zeiten der Barbarei sind vorbei, ihr Völker, wo man euch im Namen Gottes anzukündigen wagte*: *ihr seiet Herden, Vieh, die Gott deswegen auf die Erde gesetzt habe, um einem Dutzend Göttersöhne zum Tragen ihrer Lasten, zu Knechten und Mägden ihrer Persönlichkeit und endlich zum Schlachten zu dienen.“ Wir danken für das neue „Dutzend Göttersöhne“ von Herrn Hitlers und Mussolinis Gnaden.*

Wie die von den Nationalsozialisten kopierte faschistische Bewegung den Bürgerkrieg zur Machtergreifung durchgeführt hat, ist in der Erinnerung aller, die damals die Vorgänge in Italien verfolgt haben. Damals brachen die Faschisten auf dem Lande in die Häuser der Gewerkschaftsbeamten ein, holten sie aus dem Bett und ermordeten sie. Auf schweren Lastträgern fuhren sie, bis an die Zähne bewaffnet, von einem Teil des Landes zum anderen, machten die Städte unsicher, verwüsteten die Wohnungen der sozialistischen Bürgermeister und Stadtverordneten, plünderten Geschäfte, brannten Häuser an; *sozialistische Zeitungen und Redaktionsstuben wurden zerstört. Wer Geldsummen an oppositionelle Blätter schickt, den holt die faschistische Miliz auf das Wachlokal. Dort wird er beschimpft, bedroht, geschlagen. Die Wortführer der Opposition holt man mit dem Auto ab, führt sie meilenweit fort und erschießt sie irgendwo draußen im flachen Land hinter einer Hecke. Das Bürgertum verachtete die Kampfmethoden der Faschisten, aber es rührte sich auch nicht ein Finger zur Verteidigung der Rechte. Die Kirche schwieg. Die Kirche schweigt auch bei uns, bis es zu spät sein wird. Sie schweigt aber nicht nur zu den offensichtlichen Bürgerkriegsvorbereitungen der Nationalsozialisten – sie schweigt auch zu der Kriegspropaganda der Faschisten, die mit der Weltanschauung, die das Kreuz Christi kennzeichnet, unvereinbar ist.*

Herr Goebbels schreibt: *„Das aber ist Christentum*: *Liebe deinen Nächsten wie dich selbst. Mein Nächster ist mein Volksgenosse. Liebe ich ihn, dann muß ich seine Feinde hassen“*: *Die Auslegung Jesu Christi über die Nächstenliebe in dem Gleichnis vom barmherzigen Samariter lautet anders, Herr Goebbels! Dort haben gerade die „Volksgenossen“ den ausgeplünderten und halb totgeschlagenen Nächsten liegen lassen, und der dem „Kötervolk“ angehörende, der Samariter, um mit ihrem Freund Rosenberg zu sprechen, hat dem in der Not Zugrundegehenden aus dem internationalen, denken Sie, Herr Goebbels, internationalen Liebeszwang eines in Gott* [264] *gegründeten Gewissens geholfen ...*[5]

Wenige Tage nach dieser Rede erhält Eckert von seiner Kirchenleitung Redeverbot. Da er – auf seine staatsbürgerlichen Rechte und seine christlichen Pflichten beharrend – *nicht* gewillt ist, sich an dieses Redeverbot zu halten, wird er am 6. Februar 1931 mit sofortiger Wirkung vom Amt suspendiert. Am 12. Juni 1931 verdeutlicht Eckert die Motive seines unerschrockenen Handelns vor dem zweiten kirchlichen Dienstgericht durch einen biographischen Rückblick: „Ich sah von klein auf den unerhörten Widerspruch zwischen dem, was im Willen Gottes beschlossen, gut und gerecht ist, und der

[5] Der vollständige und ungekürzte Text der Rede ist abgedruckt in: Der Religiöse Sozialist vom 15. Februar 1931, S. 27.

Wirklichkeit des Lebens. In der proletarischen Vorstadt Mannheims aufgewachsen, war mir schon als Kind das Elend, das Vertieren, der Jammer der Masse bekannt. Es waren doch alles auch Menschen, die da in der äußersten Not leben mußten ..., und es geschah nichts von der Kirche aus, um das alles zu ändern, um das anzuklagen. *Die Kirche, die Pfarrer schwiegen*. Das Studium vertiefte diesen Eindruck von der *Kraftlosigkeit der Kirche und der Theologie den konkreten Aufgaben des Lebens gegenüber* in mir. Der Krieg mit seiner ganzen Grauenhaftigkeit des gegenseitigen Mordens ... ließen mich in der Tiefe erschrecken vor der Sinnlosigkeit und der Gottesferne einer Gesellschaft, die *den Krieg geradezu verherrlicht um der Vorteile willen, die sie sich daraus erhoffte*.“ Angesichts der zum Greifen nahen Gefahr. einer nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland warnte er eindringlich und beschwörend vor der nationalsozialistischen Bewegung, „die ihrer Theorie und ihrem Ziele nach durch und durch unchristlich, ja antichristlich ist und in der Maske des ‚positiven Christentums‘ die Kirche um den letzten Rest des Vertrauens bei allen nicht bürgerlich Frommen bringen muß“. Zwei Tage darauf, am 14. Juni 1931, wurde das Redeverbot gegen Eckert nicht nur nicht aufgehoben, sondern Eckert wurde wegen „Unbotmäßigkeit“ zu einer empfindlichen Geldstrafe verurteilt. Hätte es nicht eine breite Solidaritätsbewegung in Baden gegeben, bei der 100.000 Bürger durch ihre Unterschrift („Protestanten protestiert!“) die Wiedereinsetzung des suspendierten Pfarrers in sein Amt forderten, Eckert wäre bereits im Juni 1931 seine Kanzel genommen worden. An dem Willen des Evangelischen Oberkirchenrates mangelte es jedenfalls nicht. Ein halbes Jahr später, am 11. Dezember 1931, war es dann soweit. Der Eintritt Eckerts in die KPD legte keinerlei Rücksichten mehr auf. Eckert wurde endlich und endgültig, unrühmlich und ruhegehaltslos aus dem Dienst der Evangelischen Kirche Badens entfernt.

Es gibt – wenn ich es richtig sehe – in der jüngeren Geschichte dieser Stadt kaum jemanden, der so bekannt, der verehrt, geliebt, weithin hoch geschätzt und zugleich angefeindet und gehaßt wurde wie dieser Mann, der hier als 38jähriger Pfarrer eine Entscheidung traf, die für ihn selbst lebensbestimmend werden sollte und deren gesellschaftliche Tragweite bis auf den [265] heutigen Tag unverkennbar geblieben ist. Wenn wir uns seiner zu gedenken verpflichtet fühlen, dann keinesfalls allein aus Anlaß der 100. Wiederkehr seines Geburtstages.

Gleichwohl: Erwin Eckert war und bleibt umstritten. Aber kaum einer, der mit ihm zusammentraf oder ihn ein Stück des Lebensweges begleitete, konnte sich dem Eindruck seines reichhaltigen Wissens, seines nahezu untrüglichen Gespürs für Gerechtigkeit und Barmherzigkeit, seiner liebevollen Zartheit, seinem verstehenden Humor[6], seiner drängenden Vitalität und erst recht nicht seiner streitbaren Einsatzbereitschaft für eine neue, eine wahrhaft humanistische Gesellschaft entziehen. An seiner lebensprallen Persönlichkeit schieden sich häufig die Geister. Sie werden sich, wie könnte es anders sein, auch heute und in Zukunft scheiden. An Eckerts Biographie, aus der ich einen kleinen Ausschnitt bieten möchte, lassen sich auch heutzutage beinahe alle Widersprüche im Leben der gegenwärtigen Gesellschaft verdeutlichen, in jenem komplizierten Miteinander von Klassen, Schichten, Parteien, Blinden, Vereinen und von Individuen, in einem Miteinander, das leider als ein furchterregendes, Militanz bevorzugendes und erbarmungsloses Gegeneinander in unserer von Konflikten aller Art so arg zerfressenen Gesellschaft zu bezeichnen ist.

Für manche scheint Erwin Eckert bis heute nicht mehr gewesen zu sein als einer, den man lieber vergessen sollte, der allenfalls eine belanglose Fußnote in wissenschaftlichen Darstellungen verdient; umfangreiche kirchliche Enzyklopädien wie beispielsweise „Die Religion in Geschichte und Gegenwart“ und das „Evangelische Soziallexikon“ sowie die offizielle DDR-Darstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik aus dem Jahre 1966 verzeichnen seinen Namen nicht. Allein deshalb schon ist es wichtig, nach Eckerts geschichtlicher Rolle zu fragen, um erfahren zu können, was da im Orkus verschwinden soll.

---

6 Siehe den Brief des 91jährigen Heinz Kappes anläßlich des Todes von Elisabeth Ecken, siehe: Friedrich-Martin Balzer, Treue, Liebe, Mut, Trauerrede für Elisabeth Eckert, in: F. M. Balzer, Miszellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus, Gegen den Strom, Marburg 1990, S. 209. Siehe inzwischen: Friedrich-Martin Balzer/Gert Wendelborn, „Wir sind keine stummen Hunde“, Heinz Kappes (1893–1988), Christ und Sozialist in der Weimarer Republik, Bonn 1994.

OCR-Texterkennung Max Stirner Archiv Leipzig – 06.11.2021

Doch es geht um mehr. Für andere ist Erwin Eckert als der Stadtpfarrer an der Mannheimer Trinitatis-Kirche im Gedächtnis geblieben! Dies nicht zuletzt wegen des zutiefst moralischen Ernstes, mit dem er hier von 1926 bis 1931 seinen christlichen Auftrag „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ wahrnahm, sicher auch wegen seiner lebensverbundenen und sprachgewaltigen Predigten, wegen seines aktiven, unermüdlichen Eintretens für soziale Gerechtigkeit, wegen seiner Unterstützung für die „Mühseligen und Beladenen [266] Anderen wiederum wurde er als politisch denkender und handelnder Mensch vertraut, als aktives Mitglied der deutschen Sozialdemokratie, bis ihn deren Führung nach zwei Jahrzehnte währender Mitgliedschaft am 2. Oktober 1931 kurzerhand und verbunden mit ehrenrührigen Beschuldigungen ausschloß. Wieder anderen begegnete er als der Mann an der Spitze des „Bundes der religiösen Sozialisten“, bis auch dieser ihn nicht mehr zu tragen bereit war und damit der unbewiesenen These von einer Unvereinbarkeit zwischen revolutionärem Sozialismus und christlicher Humanität das Wort redete.

Schließlich lebt Erwin Eckert in der Erinnerung vieler als derjenige, der sich am 3. Oktober 1931 dazu durchrang – aus christlichem Glauben und aus jahrelang gereifter politischer Überzeugung –, aktives Mitglied einer kommunistischen Partei zu werden. Insbesondere sich dieser Tat zu erinnern, heißt, diese als „unerhörtes Ereignis“ zu würdigen, gleich, wie man selbst dazu steht, ob man sie als vorbildlich bewundert oder als unsinnig ablehnt.

Ja, dieser Mann erregte in seiner Zeit viel Aufsehen. Er zwang zur Debatte, zum Abwägen des Für und Wider in so mancher Entscheidungssituation, zum Nachdenken, zum Streben nach konsequentem und verantwortungsvollem Handeln. Er erregte allein aus diesem Grunde so manches „Ärgernis“, aber er setzte gleichzeitig manch ein zukunftsträchtiges „Zeichen“.

„Ärgernis und Zeichen“ – so lautet folgerichtig auch der Titel eines vor kurzem erschienenen Buches. In ihm ist von 15 Autoren unterschiedlicher Denkrichtungen der Versuch gewagt worden, den Kern eines „Ärgernisses“ zu erschließen, „an dem seinerzeit Feinde wie Freunde, Widersacher wie Mitstreiter, ‚Linke‘ wie ‚Rechte‘, Sozialisten wie Antisozialisten, kirchliche wie profane Institutionen Anstoß genommen haben, freilich, wie unschwer verständlich, unter ganz unterschiedlichen Aspekten und mit ganz unterschiedlichen Zielsetzungen.“[7] Gerade ein solches „Ärgernis“ galt es fruchtbar zu machen und gilt es auch zukünftig in dem Sinne nutzen zu wollen, daß durch seine Vergegenwärtigung sich die furchtbaren Schatten deutscher Vergangenheit lichten, daß ein anderes Leben in einer friedlichen und lebenswerten Zukunft ermöglicht werden kann.

Dieses Buch hat eine in gesellschaftlicher Hinsicht sehr aufschlußreiche Vorgeschichte. Lassen Sie mich bitte kurz darauf eingehen; zeigt sie doch exemplarisch, wie sich die Komplexität und die Kompliziertheit der gesamten jüngeren Geschichte allein an einem einzelnen Ereignis, an einer einzigen Lebensentscheidung erschließen läßt.

[267] Eckerts Bemühungen galten drei Jahrzehnte *nach* seinem Eintritt in die Kommunistische Partei Deutschlands vornehmlich der Absicht, aus den vielfältigen Unterlagen seines Lebens ein Buch entstehen zu sehen, dessen Titel trotz seines autobiographischen Klanges recht programmatisch anmutet: „Von der Kanzel zur KPD. Entscheidungen aus evangelischem Glauben und politischer Erkenntnis.“ Tatsächlich sollte das Buch, wie Eckert in einem zweiseitigen Konzept darlegte, „weder Memoiren-Literatur noch romanhafte Erzählung“ sein.[8] Vielmehr ging es ihm um „einen kleinen, zuverlässigen Beitrag zur analytischen Einschätzung der letzten 50 Jahre“ sowie um eine dokumentarische und zugleich lebendige Darstellung seines eigenen christlich und politisch begründeten Engagements. Wiederum wollte er nachweisen, wie sich aus seinem kritischen Blick in die Zeit und aus seinen Hoffnungen auf eine wahrhaft menschliche Zukunft sein „entschlossenes Handeln“ und ebenso sein Eintritt in die KPD ergeben hatten. Biographisch und wissenschaftlich-dokumentarisch suchte er die Grundorientierungen, denen er mit all seiner Lebenskraft und Vernunft anhing, miteinander in Einklang zu bringen. Er wollte Christ *und* Revolutionär sein, Humanist *und* Sozialist, Demokrat *und* Antifaschist,

---

7 Helmut Ridder: Zur europäischen Dimension von Erwin Eckerts Vermächtnis. In: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.) Ärgernis und Zeichen, Bonn 1993, S. 363.

8 Konzept in Privatarchiv Erwin Eckert.

Pfarrer *und* KPD-Mitglied.[9] Es war ihm ein Greuel, sich allzu oft zerrissen zu sehen in den einen oder den anderen. Ihm schwebte als die zur bestehenden Gesellschaft notwendige und mögliche Alternative ein verpflichtendes Bekenntnis zu den „Forderungen des Evangeliums und zum revolutionären Sozialismus“ vor. Mit seinen Erörterungen wollte er vor allem auch jenen Leser zum „Nachdenken“ zwingen, der „aus religiösen und weltanschaulichen Vorurteilen, betäubt durch die raffinierte, heuchlerische, tendenziöse und direkt lügnerische Propaganda der Massenmedien“, in einem „verhärteten Antikommunismus“ verharre. Beabsichtigt war „... eine die Herzen erschütternde Mahnung und Warnung eines Sprechers jener Generation, die zweimal das Grauen der Vernichtung und Unmenschlichkeit des ‚christlichen Zeitalters‘ ... erlebt, durchkämpft und erlitten hat.“ Nichts wünschte er sich am Ende seines Lebens mehr, als daß sein Buch „nicht ohne Wirkung in unserer Zeit“ bleibe, daß es angenommen werden möge als „Aufruf in einer Zeit sich ankündigender Entscheidungen.“[10]

Dieses Buch ist nicht erschienen. Zwar wurde ein Manuskript angefertigt, doch es verfiel Eckerts zorniger Ablehnung. Es war in der DDR auf der Grundlage seiner Materialien zusammengestellt worden, wozu Hans Seigewasser, der damalige Staatssekretär für Kirchenfragen, einen entsprechenden Auftrag erteilt hatte. Das Ergebnis löste bei Eckert jedoch eine tiefe Enttäuschung aus. Zu sehr mußte er sich als ein Opfer der verfehlten Kirchen- und [268] Bündnispolitik von SED, KPD und DKP sehen. Ihn verletzte, daß zwar die Bereitschaft bestand, die religiösen Sozialisten nach langer Tabuisierung als progressive Vorläufer christlicher Bündnispartner gelten zu lassen, jedoch verschwiegen werden sollte, daß er 1931 zur Kommunistischen Partei gekommen war und aktiv als deren Mitglied gewirkt hat, *ohne den christlichen Glauben preiszugeben*.[11] Solches paßte eben nicht in das dogmatische Konzept von Parteiführungen, die wenig Zweifel an ihrem Führungsanspruch aufkommen ließen und die geschichtliche Wahrheit dem inzwischen gescheiterten Versuch opferten, auf jene Kirchen und angestrebte Bündnispartner Rücksicht zu nehmen, die im Ernst gar nicht daran dachten, mit der Partei- und Staatsführung einen ehrlichen Dialog der Zusammenarbeit zu führen.

Heute sieht man – in der Wissenschaft ebenso wie in seiner Partei –, daß sein großer Lebenseinsatz – mit aller Konsequenz und beinahe bis zur Selbstaufgabe – hauptsächlich der Bewahrung seines christlichen Glaubens *und* der Durchsetzung seiner im Laufe der Jahre angeeigneten politischen Erkenntnis galt. Als Christ kam er zur KPD, und in ihr blieb er es auch. Niemals leugnete er das eine um des anderen willen. Wäre der Begriff des „dritten Weges“ in der Geschichte der Arbeiterbewegung nicht so negativ besetzt und mit den historischen Erfahrungen eines vielfältigen Scheiterns belastet – er könnte hier am rechten Platz sein. Wolfgang Abendroth hat es in einem Brief an Eckert so formuliert: „Die Phase der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, für die Ihre Arbeit entscheidende Antriebe geliefert hat und für die Ihr Denken einen *neuen* Weg einleitete, darf nicht aus der wissenschaftlichen Analyse und damit aus dem Gedächtnis verdrängt werden – auch um der künftigen Praxis willen nicht.“[12]

Naturgemäß ergaben und ergeben sich aus Eckerts tätigem Leben und den ihm zugrundeliegenden Zielvorstellungen Fragen, die damals häufig direkt an ihn gestellt wurden, Fragen, die andere heute, sechs Jahrzehnte später und nach einem Epochenumbruch sondergleichen, gern an ihn bzw. in seinem Namen stellen würden, um wieder aus Krisennot sowie aus eigener Zerrissenheit und neuerlicher Orientierungslosigkeit heraustreten zu können. Diese Fragen lassen sich in zwei Komplexen zusammenfassen. Der erste lautet: Wie kommt „so einer“, den man eigentlich in einer bestimmten, anscheinend auch fest umrissenen Lebensposition angekommen weiß, dennoch dazu, sich noch einmal neu zu entscheiden, die Grundfesten bisheriger Tätigkeit zu erschüttern und sich zu einem zweifellos höchst außergewöhnlichen Schritt zu entschließen? Der zweite Komplex hätte den Reaktionen auf

---

9 Siehe die Gedächtnisschrift „Erwin Ecken, Pfarrer und Kommunist, Zeitzeugen erinnern sich“, hrsg. vom Mannheimer Gesprächskreis Geschichte + Politik e. V., o. O. 1993, 157 S.

10 Siehe Anmerkung 9.

11 Letzteres verschwieg such die offizielle Geburtstagsrede, die Max Schäfer anläßlich Eckerts 75. Geburtstag am 16. Juni 1968 in Mannheim hielt.

12 Zit. nach Friedrich-Martin Balzer/K. Ulrich Schnell, Der Fall Erwin Eckert, Bonn 1993[2], S. 192; Hervorhebung – F. M. B.

[269] Eckerts Eintritt in die KPD zu gelten, den Antworten, die seine Mitmenschen auf eine Entscheidung gaben, die sie in der Regel selbst nicht zu vollziehen in der Lage waren oder sogar aus vielfältigen Gründen ablehnten?

Wie kam nun damals ein Pfarrer dazu, sich jener Partei zuzuwenden – und sogar bis zum Ende seines Lebens, über viele Klippen und Hürden hinweg, in ihr und für sie tätig und verankert zu bleiben, obwohl diese doch als eine infernalische Verkörperung von Kirchenfeindlichkeit und Gottlosigkeit galt und – keiner darf es verschweigen wollen – selbst auch mehr als einen gelegentlichen Anlaß bot, in solch dummer Weise verketzert zu werden?

Die zeitgenössische Presse hat sich wenig bemüht, nach den eigentlichen, nach den tieferen Gründen zu suchen. Vordergründiges, Spektakuläres lag ihr schon damals wesentlich näher. pragmatisch-politischer Sinn, mitunter auch ein direkter parteiegoistischer Auftrag diktierten die Feder. Wen wundert es daher, daß nirgendwo auf eine Predigt Bezug genommen worden ist, die Erwin Eckert am 5. Juli 1931 gehalten hatte und die er unter dem beziehungsreichen Titel „Der Auftrag Gottes an unsere Zeit“[13] in dem noch von ihm redigierten Organ des „Bundes der religiösen Sozialisten“ just an jenem Tag veröffentlichte, an dem sein Übertritt zur KPD im Bundesorgan mitgeteilt wurde. Diese aufschlußreiche Predigt war die erste, die er nach dem kirchlichen Dienststrafverfahren und seiner fünfmonatigen Amtsenthebung wieder halten durfte, ihre Veröffentlichung sein letzter Beitrag, der in einer Zeitung erscheinen durfte, die in ihrem Kopf das Motto trug: „Durch christlichen Glauben zu sozialistischem Kampf! Durch sozialistischen Kampf zu christlichem Glauben!“[14]

Man wisse, so begann er in klagend-anklagendem Ton, um die vielfältigen Wirren der Zeit „bald nicht mehr aus und ein in der verwirrenden Fülle der angepriesenen Wege, die uns aus der äußeren und inneren Not der Gegenwart herausführen sollen.“ Eckert hielt der Weimarer Gesellschaft, die 1931 auf einem Tiefpunkt ihrer wirtschaftlichen, politischen und geistigen Krise angekommen war, ungeschminkt den Spiegel vor und suchte nach Haltepunkten, um selbst nicht irre an seiner Zeit zu werden. Wir lesen da – (nicht ohne den Zweifel, ob seine Analyse wirklich damals geschrieben worden ist) – die folgenden, in ihrem aktuellen Beziehungsrahmen kaum zu überbietenden Sätze: „Der einzelne erkennt immer mehr seine Ohnmacht den großen Aufgaben der Zeit gegenüber. Man vertraut dem politischen Parteigetriebe nicht mehr, dem Parlament nicht mehr ... Das Verlangen nach einer höheren Schau, nach dem Willen Gottes wird immer größer, nach einer absoluten Erkenntnis, die sich nicht wieder irrt, die uns nicht wieder enttäuscht, die nicht wieder noch größeres Elend, noch [270] größere Sinnlosigkeit des Lebens heraufbeschwört.“

All seine Hoffnung setzt er auf „Suchende, unruhig Gewordene, ... Erschütterte, Erschreckte“. Doch wo soll, wo will er sie finden? Er fragt: „Sind es die Gebildeten unseres Volkes, der Völker, sind es die, die Zeit haben und Geld? Sind es die Menschen in ihrer bürgerlichen Ängstlichkeit, Naturen, die zittern vor der Zukunft, wenn eine akute Gefahr droht? Ich sage: Nein. Ach, sie sind so beruhigt, sind nicht von der Unruhe gejagt; sie suchen nicht das *Kommende* zu begreifen, sondern das *Vergehende* zu erhalten. Die Suchenden sind da, wo mit ernster Verstandesarbeit aus den Ordnungen und Gesetzen des gesellschaftlichen Lebens der Menschen, aus ihren Fehlern nach den kaum keimenden Ansätzen eines Neuwerdens, eines Andersseins gesucht wird, gesucht wird nach dem, was wichtig zu tun ist.“

Schließlich definiert Eckert als Gottes Auftrag an die Menschen seiner Zeit das Suchen und Neuwerden, das Anderssein, das bewußte Ausschauhalten nach einer Alternative zu jenem Bestehenden, das aus vielen Gründen einer strikten Ablehnung zu verfallen hat: „*Lasset ab von aller Ungerechtigkeit*. Hört auf mit der Unterdrückung der Armen und Schwachen. *Schaffet eine Ordnung*, die jeden als ein Kind Gottes, als einen Menschen leben läßt. Gebt, was Gott für alle geschaffen, die Felder und Wälder, die Bergwerke und Fabriken, allen zurück, daß es für alle verwaltet werde und keiner mehr hungern und verzweifeln muß und nicht weiß, wo er schlafen soll. *Keiner sei Herr*, keiner Knecht und

---

13 Erwin Eckert, Der Auftrag Gottes an unsere Zeit, in: Der Religiöse Sozialist, 1931, vom 4. Oktober 1931.

14 Zit. nach: Der Religiöse Sozialist, Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes, 13. Jg., Nr. 40 vom 4.10.1931, S. 167.

Sklave. Nicht vornehm – gering sollen sie sein. Dienet einander, jeder nach seiner Gabe, in Freiheit und Gemeinschaft, in der Verantwortung vor dem Ganzen und vor Gott. *Haltet Frieden, tötet den Krieg*! Warum baut ihr Panzerkreuzer, warum redet ihr von Aufrüstung, warum verherrlicht ihr die Vernichtung des Lebens, der Völker? Rüstet ab, dient dem Frieden ohne Rücksicht auf die anderen Völker, was sie tun und was sie wollen. *Verachtet die Verlogenheit der heutigen Kultur*, die Menschen zugrundegehen läßt, Seelen vergiftet, ja in der teuflischen Macht des Hasses, der Zwietracht versinken läßt.“

Unmittelbar anschließend heißt es in dieser vorausschauenden, aber das ganze Ausmaß der Verfolgungsmaßnahmen von Kirche und Staat keineswegs erfassenden Predigt: „Das ist eine für die alte, für unsere Zeit doch so neue Botschaft vom Reiche des Friedens und der Gerechtigkeit, der Freude in dem heiligen Geist. Sie werden uns verlachen, die das nicht begreifen, die Überklugen, die Mächtigen der Welt, die Wirtschaftsführer, die Reichen, die Einflußgewaltigen und die, die es werden wollen, ja, sie werden uns für töricht und weltfremd erklären; die heutigen Führer der Kirche werden uns Schwärmer, gefährliche Demagogen nennen. Was tut’s? Mir scheint, daß wir unseren Auftrag erfüllen müssen“.[15]

[271] Eckert stellte – konsequent, wie er es zu sein sich angewöhnt hatte – *alles*, tatsächlich alles, in Frage. Die ihn quälenden Tabus erkannte er nicht länger an, gleich ob sich diese aus kirchlich-institutioneller Gebundenheit oder aus sozialdemokratisch-parteipolitischer Geborgenheit ableiten ließen. Es drängte ihn aus tiefstem Innern, den schlimmen Zustand der Welt nicht lediglich zu kritisieren; er wollte selbst aktiv und anders als bis dahin zu deren Veränderung im Sinne der christlichen Gebote beitragen. Auf keinen Fall wollte er so lange im Gewohnten verharren, bis es zu spät sein würde, bis andere – wie durchaus für alle absehbar – die Welt zugrunde gerichtet hätten. Sein antimilitaristisches Denken, sein sich in der verheerenden Wirtschaftskrise verstärkt artikulierender Antikapitalismus, seine zunehmende Furcht um eine unzureichende antifaschistische Gesinnung in der Kirche – die nationalsozialistischen Pfarrern mehr und mehr offenherzig begegnete –, der Abscheu vor allem Egoismus in der überwiegenden Mehrzahl der deutschen Parteien sowie nicht zuletzt sein eigener unbändiger Wille, die *Massen* aufzurütteln,[16] aus ihrer Gleichgültigkeit zu reißen, um nicht hilflos der sich brutalisierenden und faschisierenden Gesellschaft in Deutschland aus geliefert zu sein – all diese Überlegungen und Maximen bestimmten schließlich seine Lebensentscheidung.

Erwin Eckert befand sich auf der Suche nach einem Ausweg für die sich ständig polarisierende Gesellschaft und für sich selbst. Sollen wir es tragisch nennen, daß er keinen anderen Weg fand als den, der die vorhandene Polarisierung eher vermehren denn abschwächen konnte? Er selbst empfand es keineswegs so. Auskunft geben darüber vor allem seine großen Reden, die er zur Begründung seines Entschlusses am 7. Oktober in Mannheim, am 9. Oktober in Karlsruhe und danach in Stuttgart und Berlin hielt. Was muß geschehen, „... wenn die Geschichte nicht ihren Sinn verlieren soll?“, fragte er seine Zuhörer in Karlsruhe.[17] Jeder Mensch habe im Chaos der Zeit die „Verpflichtung, ... zu warnen, zu mahnen – aber nicht nur zu warnen und zu mahnen, sondern zu *kämpfen* um eine Änderung des Gegenwärtigen.“[18] Er sprach von den Hoffnungen, die er auf seine frühere Partei gesetzt habe, von den Hoffnungen auf deren Veränderung: „Ich habe davor gewarnt, an Koalitionen teilzunehmen mit den bürgerlichen Gruppen, die interessenmäßig gebunden sind an die Erhaltung des kapitalistischen Systems. Ich habe gewarnt vor Regierungsbeteiligungen. [272] Man hat uns ausgelacht und hat uns politische Kinder genannt ... Man hat uns nicht gehört.“[19] Die KPD habe er sich früher gewissermaßen

---

15 Ebenda. Hervorhebungen des Originals in Sperrdruck.

16 Vgl. Lenins Charakterisierung eines Demokraten aus dem Jahre 1912: „Der Demokrat vertritt die Masse der Bevölkerung. Er ... glaubt an die Bewegung der Massen, an ihre Kraft, an ihre Gerechtigkeit und fürchtet diese Bewegung keineswegs.“ (zit. nach: Dieter Fricke (Hrsg.) Deutsche Demokraten 1830–1945, Köln 1981, S. XII.

17 Stenographische Niederschrift der Rede von Pfarrer Eckert-Mannheim, in der Versammlung der KPD am 9. Oktober 1931 in der Festhalle Karlsruhe, in: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), „Ihr Kleingläubigen, warum seid Ihr so furchtsam?“ Äußerungen von Erwin Ecken und Heinz Kappes 1931 in Karlsruhe, Bonn 1993, S. 6.

18 Ebenda, S. 7.

19 Ebenda, S. 10.

als einen „Sauerteig“ vorgestellt, der neues Leben in die Arbeiterbewegung bringt, eines Tages aber doch wieder zur Sozialdemokratie stößt. Im Augenblick jedoch gehe es um die Einheitsfront „gegen Not und Reaktion, gegen die Kräfte, die das Alte wieder aufrichten wollen.“[20] Mit erstaunlicher Deutlichkeit und in erheblichem Gegensatz zu den offiziellen Verlautbarungen vieler KPD-Führer warnte er vor Hoffnungen, „daß die Weltrevolution übermorgen ausbricht“[21], sowie vor einer Unterschätzung der Macht des Kapitals: „Das Gefährlichste für die proletarische Bewegung ist, in Selbstüberschätzung die Macht der gegnerischen Kräfte zu unterschätzen.“[22] Gerade deshalb schien es ihm so bitter notwendig, alle Kräfte der Arbeiterbewegung zu vereinen und sie zu einem einheitlichen Handeln zu bewegen. In der Gründung einer weiteren Partei durch seine Freunde Seydewitz und Rosenfeld sah er keinen erfolgversprechenden Ausweg aus der Situation, eher eine Vertiefung der politischen und organisatorischen Zerrissenheit.

Es war ein langer Weg voller Überlegungen und quälender Selbstbefragung, der ihn zum Schritt vom 3. Oktober 1931, zum Eintritt in die Kommunistische Partei Deutschlands, geführt hat, obwohl sich das Ereignis selbst für ihn, noch mehr aber für alle anderen überraschend vollzog. Freunde wie Feinde sahen sich nun gefordert, Stellung zu nehmen zu diesem „Ärgernis“, eigene Entscheidungen zu überdenken und neu zu prüfen. Nimmt man die Geschichte als Ganzes von ihren Einzelheiten her, dann sah sich eigentlich die *Weimarer Republik auf den Prüfstand* gestellt. Wohin entwickelte sich diese? Welchen Weg, welchen Ausweg aus der Krise bot sie an? Oder bot sie statt eines Ausweges nur einen Weg an, der unweigerlich zu einem Krieg führen mußte, u. a. gegen die UdSSR gerichtet, wie an zahllosen besorgniserregenden Anzeichen erkennbar war? In der Weimarer Republik und vor allem *gegen sie* vollzogen sich richtungweisende Entscheidungen in großer Zahl: Faschistische und rechtskonservative Kräfte vereinten sich zur berüchtigten „Harzburger Front“, was Hitler und seine NSDAP weiter „hoffähig“ und salonfähig werden und deren barbarischen Terror noch weiter aufblähen ließ. Die Brüning-Regierung bildete sich in einem weiteren Schritt nach rechts um. In der Sozialdemokratie waren jene Kräfte, die glaubten, mit Brüning Hitler erfolgreich bekämpfen zu können und die eigene Rolle als die eines „Arztes am Krankenbett des Kapitalismus“ verstehen zu sollen, im Frühherbst 1931 sogar dazu bereit, um des eigenen Tolerierungs- und Anpassungskurses willen über die ungeliebten Oppositionellen aus den [273] eigenen Reihen endgültig den Stab zu brechen.

Auch in der KPD, der Erwin Eckert durchaus nicht unkritisch gegenüberstand, – so sprach Eckert beispielsweise in allen seinen Reden und Schriften niemals vom „Sozialfaschismus“[23] –, reiften nach dem verhängnisvoll-fehlerhaften Ja zu dem von der NSDAP initiierten Volksbegehren gegen die Preußen-Regierung vom August dieses Jahres folgenreiche Entscheidungen heran. Diese sollten entweder einer Befestigung der schlimmen sozialfaschistischen Thesen oder einem antifaschistischem Aufbrechen verhärteter Frontsetzungen gelten. Noch war das strikte Postulat „Klasse gegen Klasse!“ nicht überwunden; allzu zaghaft hatten sich Stimmen geregt, die eine antifaschistisch-proletarische Einheitsfront auch als breites Bündnis mit nichtproletarischen Partnern im Sinne der erst später angestrebten antifaschistischen Volksfront verstanden wissen wollten. Wir wissen zwar viel über die inneren Auseinandersetzungen, die es in der KPD-Führung gab, doch zu wenig über den Platz, den darin die ja durchaus nicht selbstverständliche Zustimmung zu Erwin Eckerts Beitritt spielte sowie über die Position, die er selbst darin eingenommen hat.

Es war die Zeit selbst, die tagtäglich neu Entscheidungen erzwang. Jedes Abwarten, jedes Verharren im Althergebrachten, jede weitere Gleichgültigkeit wäre aus der Sicht Eckerts verantwortungslos gewesen. Der geschichtliche Wandel verlangte nach seiner Auffassung auch das individuelle Handeln zugunsten der Schwachen und Armen.

Und auch in dieser Hinsicht, in der Frage nach der Bereitschaft zu verantwortungsvollem Handeln, läßt sich wiederum der Weimarer Gesellschaft der Eckert’sche Spiegel vorhalten. Es zeigt sich in der

---

20 Ebenda, S. 12.

21 Ebenda, S. 17.

22 Ebenda, S. 18.

23 Als kritikwürdig empfand Eckert an der KPD deren Gewerkschaftspolitik, die Abhängigkeit von Moskau, die weltanschauliche Unduldsamkeit und die militante Haltung.

Entscheidung des einzelnen das Ganze; es offenbart sich angesichts seiner Entscheidung vor allem die Schwäche *aller* demokratischen Kräfte gegenüber dem Ansturm der braunen Heerscharen. Der deutsche Antifaschismus sollte seine eigentliche. Bewährungsprobe *nicht* bestehen; dies war bereits an den Ereignissen des Herbstes 1931 abzulesen, bevor sich seine Niederlage am 20. Juli 1932 und am 30. Januar 1933 *tatsächlich* vollzog. In seinen Reihen wuchs eher das Gegeneinander als die dringend erforderliche Bereitschaft aller, nach jenem Nenner zu suchen, der alleinige Grundlage zur Verhinderung der voraussehbaren Errichtung der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft und des Weges zum 1. September 1939 hätte sein können. In seinen Reihen wuchsen immer noch Verdrängung und Verweigerung gegenüber der bedrohlichen Realität. Den meisten der Beteiligten galt der auf sich selbst bezogene, mitunter recht kleinlich anmutende Streit *mehr* als die Gemeinsamkeit antifaschistischer Zielsetzung.

[274] Ja, Eckerts Mitwelt reagierte in vielem zwar durchaus verständlich, erwartungsgemäß, im historischen Sinne jedoch völlig unzulänglich. Ausgrenzung des jeweils anderen Antifaschisten, so schien das bevorzugte Motto zu lauten. Bedrückend ist es, lesen zu müssen, wie wenig die eigentliche Lebensgefährdung durch den mächtig und immer bedrohlich näher rückenden Faschismus als Kriterium angenommen worden ist. Wirkliche Gerechtigkeit wurde Eckert daher kaum zuteil, weder von denen, die er verlassen hatte, noch von jenen, zu denen er gekommen war, – obwohl sie alle, die da Stellung nahmen, *nicht* in den Dunstkreis der NSDAP gehörten.

Zahllos häuften sich haltlose, untergeordnete Argumente, als er seinen Übertritt zur KPD bekannt gab. Liest man die Zeitungsmeldungen und Kommentare jenes in jeder Hinsicht heißen Herbstes des Jahres 1931, in einem der schlimmsten und bis heute kaum richtig erforschten Jahre der großen Weltwirtschaftskrise, liest man die Briefe von Freunden und Bekannten, so fällt es schwer, den Eindruck gewinnen zu wollen, als befände man sich mitten in der großen, alles entscheidenden und alles beherrschenden Auseinandersetzung zwischen Faschismus und Antifaschismus. Natürlich sticht uns Heutigen leichter ins Auge, woran es damals mangelte. Natürlich ist, wenn wir uns in jene Zeit hinein versetzen, deutlich zu erkennen, wie Eckerts Bekenntnis zu den Zielen und zur Partei des Kommunismus zwar wie eine Bombe einschlug, auf Begeisterung oder auf Entsetzen stieß, jedoch das reale Kräfteverhältnis nicht entscheidend zu verändern in der Lage war. In Eckerts Privatarchiv finden sich über 200 Zeitungsartikel, die von den zwiespältigen Reaktionen Zeugnis ablegen und erkennen lassen, wie leichtfertig alle Grenzen der Toleranz und Achtung gegenüber dem Andersdenkenden mißachtet worden sind.

Die Kirchenleitung in Baden setzte ihm rasch den Stuhl vor die Tür. Die Meldung von Eckerts Eintritt in die KPD war kaum verbreitet, da folgte ihr der Beschluß der Evangelischen Kirchenregierung Badens, den Pfarrer Eckert seines kirchlichen Amtes zu entheben. Ein Diener der Kirche könne nicht zugleich auch öffentlich für die Ziele der Kommunistischen Partei eintreten. Erneut wurde ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet, dessen Ausgang nicht zu bezweifeln war. Die Genehmigung für einen bereits gewährten Urlaub für eine mehrwöchige Reise, veranstaltet vom „Bund der Freunde des neuen Rußlands“, wurde zurückgezogen. Das kirchliche Dienstgericht in Karlsruhe entließ Eckert endgültig am 11. Dezember 1931 aus dem Dienst der Kirche. Es verbot ihm, sich weiterhin Pfarrer zu nennen oder nennen zu lassen, und entzog ihm sogar den Anspruch auf Altersversorgung.

Die sachlichen Argumente gegen diese Maßnahmen verhallten ungehört. Es fruchtete weder der Hinweis auf die parteipolitische Neutralität der Kirche noch der auf die praktizierte Duldung von Pfarrern, die sich zur NSDAP bekannt und in kirchlichen Räumen sogar das [275] Hakenkreuzbanner entrollt hatten. Ebensowenig half der Hinweis darauf, daß sich die KPD mit der Aufnahme Eckerts grundsätzlich darauf festgelegt hatte, in ihren Reihen nicht länger eine weltanschauliche Uniformität zu verlangen. Vom Tisch wurde gewischt, was Ernst Schneller im Auftrag der KPD der „Bruderschaft sozialistischer Theologen“ offiziell mitgeteilt hatte: „Beim Übertritt des Genossen Eckert zur Kommunistischen Partei sind ihm wegen seiner Zugehörigkeit zur Kirche und wegen seiner Tätigkeit als Pfarrer keinerlei Bedingungen gestellt worden.“[24]

---

[24] Siehe: Dokumente zum Fall Erwin Eckert, in: Zeitschrift für Religion und Sozialismus, 1932, S. 17.

Ungeprüft blieb alles, was dem Antifaschismus oder, wenn man so will: was für die nichtfaschistischen Kräfte in ihrer Gesamtheit hätte hilfreich sein können. Nicht einmal der Versuch sollte gemacht oder zugelassen werden, die kommunistische Partei bei ihrem Wort nehmen zu wollen. Selbst für den Fall eines Nachweises, daß Eckert nichts anderes als religiöse Propaganda in der KPD betreiben wolle, und selbst wenn er nach seiner Reise durch die UdSSR „nicht mit den Intentionen der Partei übereinstimmen sollte“[25], hatte die Kirchenregierung ihr prophylaktisches Machtwort parat: Nein, nicht einmal dieses durfte sein. Jegliche Brücke zu den Kommunisten wurde abgelehnt, und sei es auch nur im Zeichen eines gemeinsam zu erprobenden Antifaschismus. Liegt da nicht die Frage nahe, wieviel wohl allein durch solche Ausgrenzung an antifaschistischem Potential innerhalb und außerhalb der KPD verloren gegangen sein mag?

Nicht viel anders reagierten führende Sozialdemokraten. Manche sahen in Eckert nun nur noch den „Mann in Stalinschen Ketten“ oder den neuen „Hofprediger Stalins“. Natürlich, der Verlust eines solchen herausragenden Mitgliedes mußte die SPD als schmerzhaft empfinden. Heinrich Harpuder, Chefredakteur der Mannheimer „Volksstimme“, stellte die Einheit der SPD weit über das antifaschistische Anliegen aller Strömungen der deutschen Arbeiterbewegung und des bürgerlich-demokratischen Lagers. Sein Vorwurf galt hauptsächlich der Tatsache, daß Eckert offensichtlich bereits vor seinem Eintritt in die KPD mit Vertretern dieser Partei Kontakt aufgenommen und insofern noch als Mitglied der Sozialdemokratie die Brücke zu den Kommunisten betreten habe.

Auffällig bleibt auch, wie stark und konstruiert sich sozialdemokratische Urteilsfindung in *psychologischen* Bahnen bewegte, vorbei an den großen Problemen der Zeit. Eckert wurde mehrfach bescheinigt, von allzuviel und „unbezähmbarem Ehrgeiz“ erfaßt gewesen zu sein, sich vom Bedürfnis nach Selbstdarstellung in möglichst großen Versammlungen leiten zu lassen. Eckert sei ein „Einzelgänger“, ein „Eigenbrötler“, von „Ahnungs- und Ver-[276]antwortungslosigkeit“ getrieben, ein „Sektierer“ ohne Charakter. Dies war nach 20jähriger gemeinsamer Mitgliedschaft, in der man sich Eckerts Fähigkeiten noch bis vor wenigen Wochen zunutze gemacht hatte, unglaubwürdig. Erklärungen dieser Art offenbarten eine lediglich psychologisierende, eine arg begrenzte Sicht auf die Triebfedern seiner wie allgemeiner politischer Entscheidungsprozesse.

Im „Bund der religiösen Sozialisten“ gärte und brodelte es. Arthur Rackwitz warnte zwar vor „Übereilung“; Paul Piechowski, der Vorsitzende der Bruderschaft sozialistischer Theologen, zeigte warmherziges Verständnis; Heinrich Schwarze, der Vorsitzende des lippischen Landesverbandes, protestierte energisch gegen die Kaltstellung Eckerts im Bundesvorstand und forderte die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, – und doch blieb es *nicht* lange bei der zunächst getroffenen Entscheidung, daß Eckert zwar als Vorsitzender des Bundes, jedoch nicht gänzlich aus dessen Leitung ausscheiden sollte. Erstmalig sah der Bund seine oftmals deklarierte parteipolitische Neutralität einer ernsthaften Prüfung unterzogen. Er sollte diese nicht bestehen. Auch ihm schien es letztlich unmöglich zu sein, an seiner Spitze nicht nur sozialdemokratische Genossen, sondern auch einen Kommunisten zu wissen. Die Ablehnung überwog; allenfalls blieb es bei einem gewissen Verständnis für Eckert. Nur vergleichsweise wenige aus dem Bund fanden sich bereit, Eckert auf jeden Fall zu halten oder ihm gar auf seinem Weg zu folgen. Ebenso eindeutig wie erfolglos war dagegen der Protest der Bundesfreunde gegen seine Dienstentlassung.

Erwin Eckert sprach 1931/1932 auf unzähligen Veranstaltungen der KPD und des „Bundes der Freunde des neuen Rußlands“. Für ihn begann ein gehetztes Leben, ein Leben sozusagen aus dem Koffer, ein Leben, das fast ausschließlich aus Reisen und Reden, Reden und Reisen bestand. Finanzielle Probleme plagten ihn und seine Familie, von der er sich getrennt sah. Reisetermine, die ihn in die Nähe seiner Frau hätten führen können, wurden oftmals über den Haufen geworfen; Veranstaltungen in anderen Teilen Deutschlands schienen wichtiger zu sein. Er klagt bald über Halsschmerzen, über physische Erschöpfung und schwere körperliche Belastungen. Nach einigen Monaten sieht er sich dem Zusammenbruch nahe.[26]

---

25 Brief des Kirchenpräsidenten Wurth an Rechtsanwalt Dietz vom 27. Oktober 1931. In: Privatarchiv Eckert.

26 Erwin Eckert an Elisabeth Eckert vom 16. September 1932. In: Privatarchiv Eckert.

Doch sein unbändiger Wille hält ihn aufrecht. Er will seine Zuhörer – sie zählten in der Regel mehrere Tausend – nicht enttäuschen. Wellen von Sympathie, Begeisterung und Stolz schlagen ihm entgegen. Er wird begrüßt als einer, der „angekommen“ ist, der Altes und Überholtes mit Erfolg hinter sich gelassen habe. Er sieht die wachsenden Wähler- und Mitgliederlisten der Partei, hofft auf weitere, noch größere und entscheidende Erfolge.

[277] Fast täglich schreibt er an seine Frau, deren Sorgen ihm auf der Seele liegen und die er doch mitunter unwirsch als klein gegenüber den großen Problemen der Zeit relativiert. Aus diesen Briefen geht sein Zustand hervor. Hier schreibt er sich, wenn auch mit gebotener, vielleicht sogar übertriebener Zurückhaltung, von der Seele, was ihn bewegt. Die Partei bleibt merkwürdig anonym. Kaum taucht ein Name auf. Ein einziges Mal erwähnt er, daß er am 3. Oktober das entscheidende Gespräch mit Heinz Neumann, Hermann Remmele und Walter Ulbricht gehabt habe. Wilhelm Münzenberg, in dessen Apparat er als Volontär der „Roten Post“ abgestellt wird, in dessen Organ „Die Linkskurve“ Eckert seine „Kommunistische Bereitschaft“ zum Abdruck bringt, taucht überhaupt nicht auf. Es sind fast immer *die* Genossen, von denen er schreibt. Treibt ihn die Furcht vor späteren Konsequenzen nach dem stets befürchteten Verbot der Partei, oder hat er noch keine neuen Freunde gefunden wie später im Gefängnis Wolfgang Langhoff? Er fühlt sich zwar unter Gleichgesinnten, er trägt die Beschlüsse und identifiziert sich mit ihnen, aber dennoch: Aus einigen wenigen Andeutungen ist zu entnehmen, wie ihn durchaus das Gefühl packt, in der Partei vielleicht nur taktische Einvernahme oder gar eine Art von Beschlagnahme seiner Autorität als ehemaliger Pfarrer spüren zu müssen. Mitunter fühlt er sich auch zurückgesetzt gegenüber anderen, die in den Entscheidungssituationen des Jahres 1931 ebenfalls der Partei beigetreten waren, wie beispielsweise Richard Scheringer, Bodo Uhse, Claus Heim, Bruno von Salomon oder Beppo Römer. Als er nur auf einen aussichtslosen Platz der Kandidatenlisten zu den beiden Reichstagswahlen des Jahres 1932 gesetzt wird, glaubt er darin einen Fehler der Partei zu sehen. Er litt darunter, schien sich aber gleichzeitig seiner eigenen Eitelkeit bewußt zu sein und stellte niemals die Entscheidung für den Eintritt in die KPD in Frage. Er blieb konsequent, sah wohl auch keine andere Alternative für sich und sein Anliegen.

Natürlich störte ihn das ihm gelegentlich entgegentretende Mißtrauen unter den Kommunisten. Doch wichtiger sind ihm die großen politischen Fragen. Sieht er hier fehlerhafte Standpunkte, so verschweigt er sie nicht. Er beklagt am 13. April 1932 in einem Brief an seine Frau, daß es bei den Reichspräsidentenwahlen der Partei wieder nicht gelungen sei, die Massen zu mobilisieren. Dafür macht er „taktische Fehler der Parteiführung“ verantwortlich:

„1. mußte der Kampf gegen Hitler von der KPD ganz anders in den Mittelpunkt gestellt werden. Die Parole durfte nicht heißen: ‚Schlagt die SPD, und ihr schlagt Hitler!‘, sondern: ‚Schlagt Hitler und die SPD, die ihm den Weg bereitet!‘ – weil sie die Politik Brünings, die Hitlers Politik ist, unterstützt. Die psychologische Einstellung der Arbeiter- und Kleinbürgermassen gegen die Nazis hatte die KTD nicht richtig erfaßt. 2. war es falsch, den ‚Führer Thälmann‘ in den Mittelpunkt zu rücken. Es mußte vielmehr der Charakter des Kampfes als einer *Teilnahme* im Kampf der Partei herausgestellt werden. Plakate nicht mit dem sehr fragwürdigen Kopf Thälmanns, sondern mit Erwerbslosen, Hungernden, deren Hoffnung allein die KPD ist – Plakate gegen den Krieg – Plakate für die sozialistische Betriebsführung. 3. viel zu wenig Versammlungen.“ Am Ende dieses Briefes stehen noch zwei [278] bezeichnende Sätze: „Die Nacht über will ich noch viel nachdenken – bis ich ganz zur Klarheit komme ...“ Und: „Paß bitte auf, daß *niemand* diesen Brief in die Hände bekommt ...“[27]

Insgesamt läßt sich wohl behaupten, daß die Kommunistische Partei Deutschlands den bis dahin beispiellosen Eintritt eines Pfarrers in ihre Reihen zwar als solchen mit größter Aufmerksamkeit bedacht und aufgenommen hat, von ihr jedoch das Eckert’sche „Ärgernis“ zu engherzig aufgefaßt worden ist, – als sei es allein an die Adresse der Kirche oder an die der Sozialdemokratie gerichtet gewesen. Ein folgenreiches Mißverständnis!

Es trifft zu, wenn in der ersten Besprechung von „Ärgernis und Zeichen“ festgestellt wurde, daß Eckert „nicht nur als religiöser Sozialist, als Antifaschist und Kämpfer für eine breite Einheitsfront,

[27] Erwin Eckert an Elisabeth Eckert vom 13. April 1932, in: Privatarchiv Eckert.

sondern auch *als selbstbewußter Benutzer seines eigenen Kopfes innerhalb der Partei* für etwas, was hätte sein können, aber nie Wirklichkeit wurde“,[28] stehe. „Trotzdem und gerade deshalb nennt ihn Helmut Ridder einen ‚politischen Realisten‘[29], weil das, wofür Eckert stand, zwar nicht siegte, aber er die (Wirklichkeit gewordenen) Gefahren und ihre denkbare Überwindung immer richtig benannte.“[30]

Es bleibt durchaus ein bedrückendes Gefühl, hier von einem „Zeichen“ sprechen zu müssen, dem jemand sein ganzes Leben gewidmet hat, einem Zeichen, das selbst von manchem unter denjenigen, mit deren humanistischen Idealen von sozialer Gerechtigkeit und menschlichem Frieden es in Übereinstimmung gebracht werden sollte, nichtverstanden oder angenommen worden ist. Das dialogische und nicht nur unter bündnispolitischen Gesichtspunkten aufgebrachte pragmatische Verständnis von Hans Heinz Holz gegenüber Eckert[31] darf späte Seltenheit für sich beanspruchen.

Das Eckert’sche „Zeichen“ – richtete es sich allein auf die schlimmen Verhältnisse seiner Zeit? Zielte es auf mehr, auf Größeres? Steckte in ihm eine bleibende Orientierung?

[279] Gerichtet war es gegen Einseitigkeiten aller Art, gegen Ausschließlichkeit im Anspruch, gegen das Apodiktische auch in der Forderung nach mehr Menschlichkeit und Gerechtigkeit, das allzuleicht dazu verführt, auch Unmenschliches und Ungerechtes rechtfertigen zu wollen. Dieser Anspruch weist weit über die damalige Zeit hinaus, heute noch stärker als gestern. Eckerts dialektischer Umgang mit sich selbst und anderen, was Parteinahme und Toleranz betrifft, bleibt auch in Zukunft vorbildlich.

Worauf es gerichtet war, dies ist weitaus schwieriger, aber heute wiederum dringlicher denn jemals zuvor zu beantworten. Zweifellos lassen sich die Probleme unserer Vergangenheit, eingeschlossen die des Umgangs mit gescheiterten Zukunftsideen, heute schärfer sehen und exakter beurteilen. Doch dazu bedarf es – soll nicht nur ein „Ärgernis“ empfunden und kein „Zeichen“ empfangen werden – des eingehenden, des auch auf das Detail bedachten Blicks in den komplexen Schmelztiegel der Geschichte, die nicht um ihrer selbst willen weiter aufgearbeitet werden muß, sondern um der Gegenwart und Zukunft willen.

Heinz Kamnitzer, der letzte Präsident des DDR-PEN-Zentrums, meinte hierzu: *„Unser historisches Gedächtnis ist witzlos, wenn es nur speichert, was gewesen ist, und nicht erinnert, was möglich ist.“*[32] Ich füge hinzu: im Guten und im Schlechten. Und über den Freund und Genossen Erwin Eckert schrieb Heinz Kamnitzer: „In der Tat, Erwin Eckert ist einzigartig gewesen in deutschen Landen – leider. Als ich nach dem englischen Exil nach Berlin zurückkehrte, ist es Liebe auf den ersten Blick gewesen. Der großartige Kerl ist allerdings für mich schon vorher eine Legende gewesen, zumal die deutsche Geschichte kaum noch einen Pastor und Parteigenossen zugleich kennt. Aber nicht deswegen mochten wir uns gegenseitig. Er wurde mir so nah, weil dieser verwegene Hühne mit der Baßstimme sich für seinen himmlischen und irdischen Glauben mit offenem Visier schlug, ohne Pardon zu geben und die Folgen zu fürchten, und dabei so voller Mitgefühl vor allem für die Lasttiere der Gesellschaft gewesen ist... Dazu kam der Frohsinn seiner Natur, verbunden mit dem Prinzip Hoffnung, um das ich ihn noch immer beneide.“[33] Eckerts eigene Worte, gesprochen bei der Beerdigung des ehemaligen Mannheimer KPD-Reichstagsabgeordneten Paul Schreck im Jahre 1948, lesen sich heute wie ein Vermächtnis: „Werdet nicht müde, verzagt nicht; es gibt keine höhere Aufgabe als die, an der wir stehen“ – seien wir nun linke Christen, Sozialisten, Kommunisten oder liberale Demokraten.

---

28 Werner Rätz, Erwin Eckert – Christ und Kommunist, in: ak 354 vom 5. Mai 1993 (Hervorhebung – F. M. B.).

29 Helmut Ridder, Zur europäischen Dimension des Vermächtnisses von Erwin Ecken, in: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen, a. a. O., S. 376.

30 Siehe Anmerkung 29.

31 Hans Heinz Holz, Achtung für eine Aporie, in: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen, a. a. O., S. 359 ff. Siehe hierzu auch Nachdenkliches und Selbstkritisches in dem Beitrag von Herbert Mies, Legende und Botschaft des Erwin Ecken, in: Mannheimer Gesprächskreis Geschichte + Politik e.V. (Hrsg.), Erwin Eckert, Pfarrer und Kommunist. Zeitzeugen erinnern sich, S. 138–143 sowie den Beitrag von Robert Steigerwald, Klassengegensätze in der Kirche, in: Marxistische Blätter 3/1993, S. 72–76.

32 Heinz Kamnitzer, Abgesang mit Herzschmerzen, Berlin 1993, S. 96.

33 Brief von Heinz Kamnitzer an den Verfasser vom 8. Juni 1991.

Einer von ihnen, der liberale Demokrat Leonhard Froese, ist nach dem Studium des Lebens von Erwin Eckert zu der Überzeugung gelangt, daß Erwin Eckert in jedes Geschichtsbuch [280] gehört, das die deutsche Geschichte dieses Jahrhunderts behandelt. „Denn er – der ehemalige Kriegsfreiwillige und spätere Antimilitarist und Kämpfer für den Frieden, der ehemalige Pfarrer und spätere KPD-Funktionär, der ehemalige Bürgerlich-Liberale und ehemalige SPD-Mann und spätere engagierte Antifaschist und Kommunist, der ehemalige Verfolgte eines deutschen Regimes und spätere Inhaber höchster Ämter in einem deutschen Land – darf für sich beanspruchen, eine Art Fanal der zeitgenössischen deutschen Politik geworden zu sein! Erwin Eckert gehört in jenes Kapitel des „anderen, demokratischen Deutschland“, das nicht nationalistisch, nicht militaristisch, nicht fremdenfeindlich und nicht antisemitisch ist. Ein Kapitel, das wir heute im Begriff sind, wieder zuzuschlagen.“[34]

Zurück zur Trinitatis-Kirche. 1946 hielt Eckert auf dem Marktplatz in Mannheim seine erste Rede nach dem Krieg in der von ihm geliebten Stadt. Teilweise sprach er wie ein Pfarrer. Aus der Rede geht hervor, daß auch andere in ihm immer noch den Pfarrer und Seelsorger sahen. Doch hören wir selbst: „Ich habe mich, seitdem ich nicht mehr gepredigt habe, nicht im geringsten geändert. Ich könnte heute wieder auf die Kanzel steigen und predigen, weil mein Herz und meine Seele davon überzeugt sind, daß ein wahrer Christenmensch mitten unter den Armen kämpfen muß für ihre Freiheit. Wie oft habe ich gepredigt und gesagt: Ihr betet ‚Unser Vater‘. Wißt Ihr denn, was Ihr damit aussprecht? Wißt Ihr, daß Ihr damit sagt, daß alle Menschen zusammengehören wie die Kinder eines einzigen Vaters, und wißt Ihr, daß Ihr solange vor Eurem Gewissen angeklagt seid, als die eigenen Brüder in Elend und Jammer zu Grunde gehen und die anderen nicht wissen, was sie für den anderen zu tun haben? Wißt Ihr nicht, daß Ihr in Eurem Gewissen angeklagt seid, wenn Ihr etwas tut, um den Krieg möglich zu machen, der Eure Frauen zu Witwen und Eure Söhne tot machen wird?“[35]

Diese Ausführungen, die Eckert vor Tausenden von Zuhörern in unmittelbarer Nähe der vom Krieg zerstörten Trinitatis-Kirche machte, veranlaßten die Kirchenleitung *nicht*, Eckert zu rehabilitieren und ihn wieder in sein Amt einzusetzen. Die Chance des Neuanfangs war vertan. In den folgenden Jahren wurde die Kirchengeschichtsschreibung von denen geschrieben, die sich im Kirchenkampf nach 1933 durchgesetzt hatten. Und diese mochten sich an Eckerts prophetische Warnungen vor der Barbarei des Faschismus nicht mehr erinnern.

[281] „Organisierte Unbußfertigkeit“, wie es der Zeuge der Verteidigung im „Düsseldorfer Prozeß“ Hans Joachim Iwand nannte, bestimmte weithin das Feld. Das „Darmstädter Wort“ des Reichsbruderrates von 1948 war schon eine Stimme in der Wüste des beginnenden kalten Krieges. In seiner 5. These heißt es immer noch: „Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommendem Reich zur Sache der Christenheit zu machen.“

1949, als die Weichen für den Restaurationsprozeß bereits in vielfacher Hinsicht gestellt worden waren, anläßlich der Oberbürgermeisterwahl in Mannheim, bei der Eckert für die KPD kandidierte, fragte der Redakteur des Mannheimer Evangelischen Kirchenblattes „Die Gemeinde“ am 13. Juli 1949 bei Eckert an: wie er denn sein „gegenwärtiges Verhältnis zur Kirche“ sehe und ob mit seinem „Ausscheiden aus dem Pfarrdienst“ auch zugleich sein Austritt aus der Kirche verbunden gewesen sei. Der Briefschreiber bat um „umgehenden Bescheid“, „damit die Veröffentlichung noch rechtzeitig vor dem Wahltag“ erfolgen könne. Eckert blieb die Antwort nicht schuldig: Nach den bald 18 Jahren seiner Amtsenthebung habe sich bei ihm nichts geändert. „Ich bin kein Freidenker, sondern nach wie vor evangelischer Christ. Das wissen meine Genossen sehr wohl ... Wenn die Kirche das an mir 1931 begangene Unrecht hätte wieder gut machen wollen, als es sich herausstellte, daß mein Kampf gegen den Nationalsozialismus und die Folgen seiner Gewaltherrschaft, um dessen willen sie mich im Grunde entließ, nur allzu berechtigt war, dann hätte sie mich 1945 wieder in mein Pfarramt in Mannheim-Jungbusch, dessen Kirche völlig zerstört ist, einsetzen müssen. Sie hat das nicht getan. Die heutigen Führer der evangelischen Landeskirche Badens hielten es nicht einmal für notwendig, auch

---

34 Leonhard Froese, Demokratie – Christentum – Sozialismus, Leben und Wirken Erwin Eckerts, in: TOPOS, Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie, 2/1993, S. 165–177.

35 Zit. nach: F. M. Balzer (Hrsg.), Ärgernis, a. a. O., Vorwärts zur neuen Demokratie, Rede am 24. Mai 1946 auf dem Mannheimer Marktplatz, S. 274 f.

nur ein Wort darüber zu verlieren, daß ich damals widerrechtlich aus meinem Amt entlassen wurde. Die nationalsozialistischen Pfarrer aber sitzen heute noch im Amt und predigen allsonntäglich von den Kanzeln. Der Oberkirchenrat Friedrich, der mir damals in der Verhandlung des Dienstgerichtes „blinden Haß gegen den Nationalsozialismus“ vorwarf, hat auch nach 1945 im Oberkirchenrat weiter fungiert. Ich lehnte es ab, vor einer Spruchkammer gegen ihn Zeugnis abzulegen. Möge er und jeder Pfarrer, der dem Nationalsozialismus das Wort redete und dadurch mit dazu beitrug, daß über unser Volk die furchtbare Not des Krieges und der Vernichtung gekommen ist, das mit seinem Gewissen ausmachen. Die evangelische Kirche aber hat allem Anschein nach auch aus dem Anschauungsunterricht der jüngsten Vergangenheit nichts gelernt.

Solange die Kirche diese Haltung und Praxis beibehält ..., wird sie, genau wie 1931, einen Geistlichen, der dagegen anzukämpfen entschlossen ist, vom Pfarramt ausschließen. Darum werde ich weiterhin, wie ich das schon in meiner Antwort an den Oberkirchenrat 1931 erklärte, in der Kommunistischen Partei kämpfen aus dem Wissen um die Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Erkenntnis und in der festen Überzeugung, daß die Verwirklichung der sozialistischen Ziele den Forderungen lebendiger, christlicher Frömmigkeit mehr [282] entspricht als die zum Untergang bestimmte bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsstruktur.“[36] Auch diese Antwort löste nur Schweigen bei der Kirchenleitung aus.

In der Geschichte der Bundesrepublik trat gleichsam eine Funkstille zwischen Eckert und der Kirche ein. 1971 besuchte der badische Bischof Professor Heidland Eckert in seiner bescheidenen Wohnung in Großsachsen. In einem Brief vom 18. August 1971 bedankte sich der Landesbischof anschließend für den freundlichen Empfang. „Mir wurde erst während unseres Gesprächs voll bewußt, welches Maß an Überwindung menschlich durchaus berechtigter Hemmungen Sie mit einer großartigen Handbewegung beiseite geräumt haben, wenn Sie mit mir so sprachen‘ wie Sie das getan haben“. 1986 legte Altbischof Kurt Scharf ein persönliches und öffentliches Schuldbekenntnis gegenüber Eckert ab. In einem Brief an den Verfasser schrieb er: „Die damalige Kirchenleitung des ‚Deutschen Evangelischen Kirchenbundes‘, aber auch wir jüngeren Pfarrer, sogar wir, die wir zu den religiösen Sozialisten gehörten, sind dem *Bruder Eckert nicht gerecht geworden*. Auch die Art, wie mit ihm nach 1945 umgegangen ist, verdient in der Tat Kritik. Auch davon wußte ich nichts.“[37]

Eckert war kein Heiliger. Er ist, biblisch gesprochen, selig zu preisen, weil er um der Gerechtigkeit und des Friedens willen verfolgt wurde. Aber er ist nicht „selig“ zu sprechen. Und würde dies auch nicht gewollt haben.

Trotz aller Konsequenz seines Lebens sind die Widersprüche .nicht zu übersehen, die er mit sich und seiner Partei, mit sich und seiner Familie und mit sich ganz allein auszutragen hatte.

Jene Pfarrer, die sich 12 Jahre lang „Deutsche Christen“ nannten, jene Pfarrer, die in der Zeit von 1933 bis 1945 mit diesen „Deutschen Christen“ um des „lieben Friedens“ willen, der niedriger war als alle Vernunft und Menschlichkeit, kohabitiert hatten, wurden nach 1945 „anstandslos“ in Kirche und Gesellschaft willkommen geheißen. Nicht so der vor 1933 massenwirksamste evangelische Theologe gegen den „Nationalsozialismus“ und kommunistische Christ Erwin Eckert, von dem der marxistische Philosoph Holz in der schon genannten Sammelschrift „Ärgernis und Zeichen“ sagt, daß Eckert jene Kirche, die ihn aus dem Amt jagte und die nicht mehr die des reformatorischen Bekenntnisses war, „*in Konsequenz seines Glaubens*“ verlassen mußte und daß Eckert *„wohl ein guter Kommunist,* [283] *aber im Grunde mehr noch ein besserer Christ“*[38] gewesen sei. Er blieb draußen vor der Tür. Er hat darüber nicht geklagt, obwohl er sich keinen schöneren Beruf vorstellen konnte als

---

36 Brief vom 16. Juli 1949, in: Privatarchiv Eckert. Ob diese Antwort veröffentlicht wurde, ist nicht bekannt. Eine Reaktion der Kirchenleitung gegenüber Eckert blieb aus.

37 Kurt Schaff, Der Antikommunismus als Schuld der Kirche, in: Brücken der Verständigung, hrsg. im Auftrag der Arbeitsgemeinschaften Solidarische Kirche Westfalen und Lippe von Elisabeth Raiser, Hartmut Lenhard und Burkhard Homeyer, Gütersloh 1986, S. 129 ff. (Hervorhebung – F. M. B.).

38 Hans Heinz Holz, Achtung für eine Aporie, in: F. M. Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen, a. a. O., S. 362; siehe hierzu auch Walter Kreck „Der christlich-marxistische Dialog“ – Anmerkungen zu H. Müllers „Gedanken und Bedenken“ dazu, in: Weißenseer Blätter 4/1993, S. 4 f.

den des Pfarrers. Selbstmitleid und Lamentieren waren nicht seine Art. Und zu Kreuze kriechen wollte er erst recht nicht.

Doch während er auf all das, was die kirchlichen Behörden, die politischen Gegner und die pressehetze in der späten Weimarer Republik ihm angetan hatten und was er an Verfolgungsmaßnahmen des „Dritten Reiches“ hatte erleiden müssen, mit einer gewissen Ausgeglichenheit zurückzublicken vermochte, überkam ihn unüberwindliche Bitterkeit im Zusammenhang mit der erneuten strafgerichtlichen Verfolgung in der durch das berüchtigte Erste Strafrechtsänderungsgesetz des Deutschen Bundestags ausgelösten antikommunistischen Repressionswelle. Näheres über die ach so verdrängte, dunkle Periode in der Geschichte der Bundesrepublik ist bei Diether Posser, dem Verteidiger von Walter Diehl im „Düsseldorfer Prozeß“, in seinem Buch „Anwalt im kalten Krieg“ nachzulesen. Aus ihm geht hervor, daß es allein bis 1956 3.700 abgeschlossene politische Strafverfahren gab und gegen mehr als 125.000 Personen seit 1951 ermittelt worden war.

Meine sehr verehrten Zuhörer, es wäre unangemessen, Eckert mehr als 20 Jahre nach seinem Tod und anläßlich der bevorstehenden Wiederkehr seines 100. Geburtstages am 16. Juni wie Blumhardt oder Bonhoeffer zu einem Denkmal zu machen, das man verehrt, ohne ihm folgen zu müssen.

Der gegenwärtige historische Augenblick scheint weniger denn je geeignet, Eckert wieder ins Gedächtnis zu rufen und sein Vermächtnis lebendig zu machen. Für den Unvoreingenommenen steht außer Frage: Immer noch und schon wieder steht die Kirchenmehrheit wie 1918, 1933 und 1945 auf derselben Seite gegen die Linke, ganz gleich, ob sie stark oder schwach ist. Die mühsame Aufarbeitung seines „umstrittenen Ärgernisses“ und seiner verdrängten Zeichen soll jedoch nicht dazu dienen, den für manche seiner Altersgenossen legendär gewordenen, den Jüngeren größtenteils unbekannt gebliebenen Mannheimer Stadtpfarrer Erwin Eckert, für den der Weg zur KPD ein konsequenter gewesen ist, als Kultfigur auf einen Sockel zu heben und dadurch erneut „unschädlich“ zu machen. Das wäre in der Tat eine anfechtbare Rezeption seines Vermächtnisses.

Nein, nichts würde ihm weniger gerecht werden als eine Einvernahme für Ziele und Interessen, die nicht die seinen waren. Selbstbewußt hatte er am 9. Oktober 1931 bei seinem [284] Übertritt in Karlsruhe erklärt: „Wenn mich die Kirche nicht trägt – gut, dann soll sie‘s lassen“.[39] Auch wenn der Besuch des badischen Landesbischofs Heidland bei Eckert, kurz vor seinem Tode auf Anregung von Heinz Kappes zustande gekommen, ein Zeichen war, das den Besucher ehrt: zu Eckerts Lebzeiten hatte die Kirche nicht die Kraft, sich öffentlich die Frage vorzulegen, ob Eckert im Kirchenkampf vor 1933, in dem politische und theologische Überzeugungen gegen politische und theologische Überzeugungen standen, nach Lage der Dinge recht behalten habe.

Lebte Eckert heute noch, er würde ebenso ein Ärgernis sein: ein Zeichen des heiligen Zorns setzen über die Unverhohlenheit, mit der die Kirchenleitungen 60 Jahre, nachdem sie Treue gegen den Führer schworen, sich ihrer Untreue und Unwahrhaftigkeit brüsten, mit der sie die DDR aufs Kreuz gelegt haben. Nein, der „Täter aus Überzeugung“, wie ihn das Düsseldorfer Landgericht in seinem Schuldspruch gegen Eckert nannte, würde laut und vernehmlich seine anklagende Stimme erheben und denjenigen wieder Mut machen, die stumm geworden sind.

Wenn jedoch ein Wort der Landeskirche zum „Fall Eckert“[40] – nicht im Sinne der „billigen Buße“ –

---

39 In: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), „Ihr Kleingläubigen“, a. a. O, S. 24.

40 Vgl. hierzu die Predigt des Badischen Landesbischofs Dr. Klaus Engelhardt am 20. Juni 1993 in der Stadtkirche Karlsruhe über Matthäus 22, 1–14. Nach den Äußerungen von Prälat Bechtel in dem Fernsehbericht der baden-württembergischen Landesschau vom 16. Juni 1993 und der Predigt des Badischen Landesbischofs bleibt jedoch zu fragen: Wann endlich – um den Verzweiflungsruf „Quousque tandem“ von Karl Barth aus dem Jahre 1930 aufzugreifen – wird in der Kirche und gegen die herrschende Auffassung der Kirche begriffen, daß das eingestandene Unrecht gegenüber Eckert nicht darin besteht, daß die Kirchenleitung ihn nicht wie die Nazi-Pfarrer, von denen es ja allein in Baden vor 1933 laut eigener Erhebung bereits 56 Parteigenossen gab, *gleich* behandelt hat? Wann endlich wird begriffen, daß das Urteil gegen Eckert nicht vielleicht „zu hart“ gewesen sei, daß der Prozeß gegen Eckert nicht kurz, „zu kurz“, gewesen ist, sondern daß es der falsche Prozeß war. Nicht nur politisch, auch theologisch wäre die Kirche gut beraten gewesen, Eckert zu unterstützen, anstatt gegen ihn und alle anti-nazistischen Pastoren (wie z. B. Kappes, Fuchs, Kleinschmidt und Simon, um nur diese zu nennen)

dazu beiträgt, daß mehr Menschen anfangen, Eckert zu entdecken, *wenn* dadurch die schwierige Situation aufgehoben wird, daß die Politischen sich nicht für Kirchengeschichte und die Kirchlichen sich kaum für Kirchengeschichte als Sozialgeschichte und politische Geschichte interessieren, und *wenn* zusätzlich die Erben der Bekennenden Kirche, der Reformation und Dialektischen Theologie, und die Erben Thomas Müntzers, Weitlings und der religiösen Sozialisten Erwin Eckert und Emil Fuchs lernen, sich zu begegnen, das Trennende zurückzustellen, das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen bei der Suche nach einer humanistischen Alternative zu der bestehenden real existierenden Gesellschaftsordnung, in der wir leben – der Zusammenbruch des Sozialismus, wie wir ihn kennen, [285] hat diese keineswegs entsorgt[41] –, *dann* wäre das schon eine gute Sache.

Aber auch ohne ein solches, gegen starke Widerstände durchzusetzendes „Wort der Landeskirche zum Fall Eckert“ bleibt die Frage an die Christen, ob sie die verschleiernde Wand parteipolitischer Vorurteile durchstoßen können, um die Zeichen, die Erwin Eckert gesetzt hat, zu erkennen. Wer dazu nicht in der Lage ist, für den bleibt Eckerts Handeln nur ein Ärgernis, das man besser weiter totschweigt.

Die Kirche aber „täte gut daran, den ‘Fall Eckert‘ aufzugreifen und zu Ende zu diskutieren, erscheint Eckert doch von geradezu bedrängender Aktualität: das zeigen die derzeitigen Debatten um die Rolle der Kirchen in der Dritten Welt (mithin die Frage der christlichen Kapitalismus-Kritik), um das Verhältnis von Kirche und Staat (mithin um die Kirchensteuer), um die Stellungnahmen der Kirchen zum Frieden (also zur Friedensbewegung) und zum Krieg (ergo Militärseelsorge), aber auch zum Verhältnis von Christentum und Sozialismus/Kommunismus (bei der Debatte um Kirche im Sozialismus ...)“.[42]

„Wer kärglich sät, wird auch kärglich ernten; wer reichlich sät, wird reichlich ernten!“ (2. Korinther 9,6). Erwin Eckerts Saat kann als überreichlich bewertet werden, die noch der Ernte harrt. Er hat uns ein schwieriges Erbe aufgebürdet, das erst heute in seinen großartigen Dimensionen richtig erfaßbar zu sein scheint. Wir stehen alle erst am Anfang. Aber schon der kurze Ausschnitt aus seinem Leben, den ich Ihnen heute vorstellen durfte, drängt mich nach 27jähriger Beschäftigung mit diesem Mann zu dem nicht blasphemisch gemeinten Ausruf: „Seht, welch ein Mensch“! [286]

---

disziplinarisch zu Felde zu ziehen? Wann endlich wird begriffen und konsequent und förmlich danach gehandelt, daß Eckert schließlich nicht deshalb aus dem Amt gejagt wurde, weil er Mitglied der KPD wurde, sondern weil sich mit seinem Obertritt von der SPD zur KPD endlich die Gelegenheit bot, die bereits im Juni 1931 beantragte unehrenhafte Entfernung aus dem Dienst zu vollziehen?

41 Siehe hierzu den Zeitungsbericht der „Frankfurter Rundschau“ vom heutigen Tag (16. April 1993), in dem es unter der Überschrift „Kanadas Bischöfe verurteilen Kapitalismus als zerstörerisch“ heißt: „Die kanadischen Bischöfe haben angesichts der Arbeitslosigkeit in ihrem Land eine ‚humanere Gesellschaft‘ angemahnt. Die ‚anonymen Kräfte des freien Marktes‘ seien alleine nicht in der Lage, der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden, heißt es in einem am Mittwoch in Ottawa veröffentlichten Hirtenbrief der Kanadischen Bischofskonferenz. Die Bischöfe unterstreichen, daß Kanada eine soziale Krise wie noch nie zuvor erlebe. Ein Viertel der erwerbsfähigen Bevölkerung des Landes sei arbeitslos oder benötige Sozialhilfe. Dies führe zu dramatischen menschlichen Schicksalen. In dem Hirtenbrief heißt es weiter, Zeichen für die Krise der kanadischen Gesellschaft seien die wachsende Zahl von Selbstmorden und die zunehmenden Gewalttaten gegen Kinder und Frauen. Die Wettbewerbsfähigkeit des einzelnen dürfe nicht länger alleiniger Maßstab für die Wirtschaft sein, weil dadurch Teile der Bevölkerung ausgeschlossen würden.“

42 Siehe: Reinhard Hübsch, „Eure Predigt ist Geschwätz – und Ihr wißt es nicht“, in: „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt“ Nr. 47 vom 19. November 1993, S. 17. Die hier zitierte Passage wurde vom DAS jedoch nicht abgedruckt.

Erwin Eckert (1893–1972)
Eine große Symbolfigur der Friedensbewegung

(1994)

„Der ‘kommunistische Christ‘ Erwin Eckert ist sicher so etwas wie eine Jahrhundertgestalt. Nicht so sehr ob seiner (unbezweifelten) Rolle als Kirchen- und Volkstribun, als Politiker oder als Parteifunktionär, sondern weil sich in seinem Lebensweg in besonderer Weise Spannungsfelder der jüngeren deutschen Geschichte gleichsam bündeln: Die Wandlung vom Kriegsfreiwilligen zum lebenslangen aktiven Kriegsgegner, der Übertritt von der SPD zur KPD in einer Zeit, als die verhängnisvolle Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung sie hinderte, den Faschismus in seinem Wesen zu erkennen und seinem Aufstieg zur Macht zu wehren, die „konfliktgeladene Asymmetrie“ (Hans Heinz Holz) zwischen den Begründungsweisen eines Christen und Kommunisten, die vom Kalten Krieg zerstreute Hoffnung auf ein antifaschistisches, demokratisches und in der Perspektive sozialistisches Deutschland, das schwierige Engagement als Kommunist in der westdeutschen Friedensbewegung, die kritische Sympathie mit der DDR – damit sind wichtige, doch längst nicht alle Prozesse oder Auseinandersetzungen genannt, die Eckerts Entwicklung prägten bzw. in die er eingriff ...“

Mit diesen Worten kommentierte jüngst die „Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz“ den Sammelband „Ärgernis und Zeichen“, der aus Anlaß des 100. Geburtstages von Erwin Eckert erschienen ist. Unter christlichen Friedensfreundinnen und Friedensfreunden ist Erwin Eckert als große Symbolfigur der Friedensbewegung dagegen noch weithin unbekannt.

Als junger Sozialdemokrat und Theologiestudent hatte Eckert sich 1914 noch als Kriegsfreiwilliger gemeldet, in dem Irrglauben, es handele sich bei diesem von Deutschland gewollten Krieg“ und seinem ersten Griff nach der Weltmacht um die „Verteidigung des Vaterlandes“. 1916 erkannte er, daß es in Wahrheit um die „materielle Ausdehnung und Machtbefriedigung kapitalistischer Kreise“ ging. Seine „Impressionen aus dem Ersten Weltkrieg“, aufgeschrieben in der Gefängnishaft 1933, belegen seine Wandlung zum entschiedenen Kriegsgegner, während Martin Niemöller „ohne Erschütterung“ aus dem Ersten Weltkrieg gekommen war und 1934 in seinen Erinnerungen „Vom U-Boot zur Kanzel“ die Niederlage im Ersten Weltkrieg bedauerte und in der Novemberrevolution keinen „Umbruch“, sondern einen beklagenswerten „Zusammenbruch“ des wilhelminischen Obrigkeitsstaates sah. Eckert dagegen hatte schon während des Krieges erkannt, daß der „Geist von 1914“, den die Kriegstheologen als „heiligen“ Geist, als „Pfingstgeist“ verklärten, der „Geist Kains“ war, „der den Bruder erschlug“. „Kapitalistische Wirtschaftsordnung und die daraus resultierende, imperialistisch orientierte Staatsräson aller europäischen Länder [287] haben ihn genährt“.

In der Pforzheimer „Freien Presse“ von 1920 schrieb er folglich an die Adresse der Kirche: „Die evangelische Kirche darf nie mehr für den Krieg predigen. Sie soll künden von allen Kanzeln und bei allen Gelegenheiten: Völkerversöhnung und Völkerfrieden.“ Bei einer Gedächtnisfeier für die Gefallenen des Weltkrieges im Jahre 1924 gelobte er, „alles zu tun, um einen neuen Krieg unmöglich zu machen. [...] Die Toten sollen nicht umsonst gefallen sein in allen Völkern Europas; sie werden uns mahnen, wenn neue Versuchung an uns kommt, – Haltet ein, besinnt Euch, nie wieder Krieg.“ Diese Losung war auch die Überschrift eines Artikels, den Pfarrer Eckert im gleichnamigen Mitteilungsblatt der Deutschen Friedensgesellschaft Süddeutschlands im Oktober 1926 veröffentlichte. Darin beklagte er, daß die Forderung „Nie wieder Krieg“ keine Selbstverständlichkeit geworden sei, auch und gerade unter den Christen. „Nicht einmal die Christen in allen Völkern sind davon überzeugt, daß kein Krieg mehr sein wird und daß sie alles für den Frieden tun müssen.“ Er rief dazu auf, daß alle „vernünftig Denkenden, alle wirtschaftlich Erfahrenen, alle kulturell Empfindenden, alle sittlich und religiös Bestimmten“ danach trachten sollten, einen „neuen Krieg“ zu verhindern. Als Sozialist rückte er in einem mit „Klarheit“ überschriebenen Aufsatz des gleichen Jahres ab „von den bürgerlich pazifistischen Kreisen, die in überströmender Menschlichkeit und Rührung Friede und Versöhnung predigen, ohne den Sozialismus zu bejahen“.

Zu einem ersten größeren Konflikt mit der SPD, der Eckert seit 1911 angehörte, kam es, als diese ihre Forderung „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer“ – heute müßte sie wohl heißen „Keine Kürzung

der Sozialhilfe statt Jäger 2000“ – nach ihrem Wahlsieg 1928 über Bord warf. Er erwartete von der SPD, die Initiative zu ergreifen, „das Volk aufzurütteln aus seiner Gleichgültigkeit – eine unerhörte Propaganda zu machen für den Frieden, gegen nationale Rüstungen und Kriegsvorbereitungen!“ Seinem Gewissen folgend und seinem Wahlspruch anhängend: „Dem Ganzen dienen, sich selbst treu bleiben“ schloß er sich schließlich dem von der KPD initiierten Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau an. Auch in der anschließenden innerparteilichen Debatte um ein neues „Wehrprogramm“ der SPD strebte Eckert 1929, seit 1926 auf dem linken Flügel der SPD stehend, die *schrittweise* „Abschaffung der Wehrmacht“, in der heutigen Terminologie eine „(Bundes-)Republik ohne Armee“, an. Ebenso energisch setzte er sich für die „Revision der Schulbücher und der Lehrmittel“ im Hinblick auf ihre „militaristische und nationalistische Tendenz“ und die systematische „Förderung des Friedensgedankens in Unterricht und Öffentlichkeit“, sprich: Friedenserziehung, ein. Akute Kriegsgefahr hebe jedoch alle aus praktisch-politischen Erwägungen heraus auferlegte Selbstbeschränkung auf, verlange eine „neue und entschlossene Stellungnahme“ „gegen die Kriegsbeteiligung Deutschlands in der Front irgend einer bürgerlich-kapitalistischen Allianz“, verlangte Kriegsdienstverweigerung. Von dieser [288] Kriegsdienstverweigerung oder Desertion hätte Eckert – ebenso wie der 1933 aus dem Pfarramt entlassene und im Exil in Palästina lebende Pfarrer Heinz Kappes – Gebrauch gemacht, wenn er bei Beginn des Zweiten Weltkrieges, den er vor der Katastrophe des Jahres 1933 entschieden mit der Parole: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler. Wer Hitler wählt, wählt Krieg“ bekämpft hatte, nicht im Zuchthaus gesessen hätte und für „wehrunwürdig“ befunden worden wäre.

Die in der Weltwirtschaftskrise sich zuspitzenden Konflikte mit der NSDAP, der Kirche und der SPD kulminierten am 28. Dezember 1930 in einer geradezu beschwörenden Rede, die Eckert von der Kanzel der Trinitatis-Kirche in Mannheim hielt. Sie trug den Titel „Rüstet ab“. Eckert wollte, daß in der Weihnachtszeit „von den Kanzeln aller Kirchen gepredigt und geredet würde gegen Krieg und Kriegsvorbereitungen“. Man sollte meinen, so Eckert, „es sei unnötig, nach dem letzten furchtbaren Krieg besonders für die Gesinnung des Friedens und für äußere und innere Abrüstung werben zu müssen – aber leider ist es dringend nötig, vielleicht dringender, als viele in unserem Volke ahnen – wir sind nach meiner Auffassung nämlich bereits über die Nachkriegszeit hinaus“, so Eckert am 28. Dezember 1930, „in die neue Vorkriegszeit hineingeraten und merken das nur nicht.“

Von geradezu bedrängender Aktualität lesen sich die Sätze, wonach weite Teile unseres Volkes nicht nur alles vergessen hätten, sondern daß man damit beginne, die Jugend „zum Kampf für die Freiheit“ – heute wird gesagt: für die Einhaltung der Menschenrechte (außerhalb des Landes), die Sicherung der Rohstoffquellen und die neue weltpolitische Verantwortung Deutschlands – zu gewinnen und eine maßlose Hetze gegen die zur Kriegsdienstverweigerung entschlossenen Männer zu inszenieren. Mit aller Entschiedenheit und geradezu prophetischer Hellsichtigkeit wandte sich Eckert schließlich „gegen die völkische und Rassenhetze, die in einem grauenvollen Morden enden muß“. Es gehöre „ein unerhörter Glaube an den Auftrag der Christen, den Frieden zu bereiten, dazu, nicht zu verzagen, nicht zu verzweifeln“. Denn „trotz aller Friedensreden und -beteuerungen“ seien die Völker Europas und der neuen Welt, Asiens und aller Erdteile gerüstet und rüsteten weiter. Mit einem eindringlichen Appell zur Abrüstung, „bevor es zu spät ist“, schloß Eckert seine Rede und versicherte: „Wir werden dem Nationalismus und der militaristischen Verblendung gegenüber nicht feig sein; wir werden unsere Meinung sagen – auch den brutalsten und gewalttätigsten Menschen gegenüber – und eher unser Leben lassen, als daß wir unseren christlichen Glauben, unseren Glauben an die Aufgabe, die Gott uns gestellt hat, verraten.“

Mit dieser Konsequenz trug er die im Jahre 1931 sich verschärfenden Konflikte mit der NSDAP, der Kirche und der SPD aus und befand sich, als die Badische Landeskirche wie alle anderen evangelischen Landeskirchen im Rausch der Begeisterung für das „Dritte Reich“ nicht begriffen, was ihr „protestantisches Harzburg“, das Bündnis von NSDAP und DNVP [289] innerhalb und außerhalb der Kirche, angerichtet hatte, im Gefängnis. 1936 schrieb er aus dem Zuchthaus, „daß der Geist und die Kraft Christi das Leben der Völker und der Menschen untereinander bestimmen wird. Dieser Glaube ist auch in dieser trüben Umgebung und trotz des Geschicks, das mich im Grunde eben wegen dieses Gläubigseins an den in Christus geoffenbarten Willen Gottes getroffen hat, unerschütterlich in mir.

In meiner engen Zelle werde ich am Weihnachtsabend an dieser Vision der in Gemeinschaft und Frieden geeinten Menschheit Kraft finden wie schon so oft.“

Nach dem 2. Weltkrieg gehörte Eckert – nach dem Zerbrechen der Anti-Hitler-Koalition und dem Beginn des Kalten Krieges – als Vizepräsident des Badischen Landtages zu den Friedenskämpfern der 1. Stunde. Davon zeugt u. a. seine Rede „Krieg oder Frieden“ 1948 in Freiburg. Ab 1950 kämpfte Eckert als Vorsitzender des westdeutschen Friedenskomitees und Vizepräsident des Weltfriedensrates (1950–1962) gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und die atomare Aufrüstung der Bundeswehr. Dafür wurde er 1960 vom Landgericht in Düsseldorf – trotz der Zeugen der Verteidigung Martin Niemöller, Gustav Heinemann und Hans-Joachim Iwand – zu einer Gefängnisstrafe von 9 Monaten auf Bewährung verurteilt. Auskunft über den Düsseldorfer Prozeß und die Begründung seines lebenslangen Friedensengagements finden sich in der Sammelschrift „Ärgernis und Zeichen“. Nach dem Scheitern des Revisionsantrages der Verteidigung (u. a. Walter Ammann, Heinrich Hannover, Friedrich-Karl Kaul, Diether Posser und Denis Nowell Pritt) beim Bundesgerichtshof schrieb Kirchenpräsident Martin Niemöller einen persönlich gehaltenen Brief an Eckert, in dem es u. a. hieß: „Ich bin mit Ihnen und den mit Ihnen verurteilten Freunden der Meinung, daß wir in einem Staat des Unrechts leben, in dem kein Mensch mehr vom Staat Wahrheit und Ehrlichkeit erwarten kann. Für Sie und die mit Ihnen verurteilten Freunde wie für unser ganzes Volk warte ich auf den Tag und bete zu Gott darum, daß er rechtzeitig noch kommt, an dem unser Volk zwar nicht eine andere Verfassung bekommt, wohl aber von den Menschen befreit wird, die unter dem Schutze dieser Verfassung ihre alten nazistischen und militaristischen Sonderziele zum Verderben unseres Volkes ungehindert verfolgen können. Darum bin ich froh, daß jetzt vor der ganzen Welt offenbar wird, wie unsere Polizei und auch unsere Justiz nazistisch verseucht und beherrscht wird.“ Diether Posser hatte bereits vor Prozeßeröffnung erklärt: „Politische Häftlinge, die keine Gewalttaten verübt oder geplant haben, sind nichts anderes als eine Art von Kriegsgefangenen: Gefangene des Kalten Krieges, der die Welt und unser Vaterland spaltet.“

Der liberale Erziehungswissenschaftler Leonhard Froese (1924–1994) ist nach der Lektüre von „Ärgernis und Zeichen“ zu der Schlußfolgerung gelangt, daß der protestantische Ossietzky „in jedes Geschichtsbuch gehört, das die deutsche Geschichte dieses Jahrhunderts behandelt.“ „Denn er – der ehemalige Kriegsfreiwillige und spätere Antimilitarist und Kämpfer für den Frieden, der ehemalige Pfarrer und spätere KPD-Funktionär, der ehemalige [290] Bürgerlich-Liberale und ehemalige SPD-Mann und spätere engagierte Antifaschist und Kommunist, der ehemalige Verfolgte eines deutschen Regimes und spätere Inhaber höchster Ämter in einem deutschen Land, darf für sich beanspruchen, eine Art Fanal der zeitgenössischen deutschen Politik geworden zu sein! Erwin Eckert gehört in jenes Kapitel des „anderen, demokratischen Deutschland“, das nicht nationalistisch, nicht militaristisch, nicht fremdenfeindlich und nicht antisemitisch ist. Ein Kapitel, das wir heute im Begriff sind, wieder zuzuschlagen.“

Badische Liberalität?

Unveröffentlichter Leserbrief an das „Deutsche Sonntagsblatt“ vom 15. Januar 1996

Vermutlich stand an der Wiege der 1821 geschlossenen Kirchenunion in Baden nicht der Liberalismus Pate, sondern eine Allianz für den Rückschritt im Zeichen der Metternichschen Restaurationspolitik. Vermutlich hat die Einigung von Lutheranern und Reformierten mehr mit den Karlsbader Beschlüssen des Jahres 1820 zu tun, als es den Karlsruher Synodalen unter Vorsitz des vom Großherzog bestellten Präsidenten der Synode, Staatsminister Carl Christian Freiherr von Berckheim, bewußt gewesen ist. Schließlich hatte sich das Attentat auf Kotzebue, Auslöser der feudal-monarchischen Restauration und der Unterdrückung der demokratisch-bürgerlich-revolutionären Bewegung in Deutschland, im eigenen Ländle, in Mannheim, zugetragen. Der Großherzog von Baden ließ wohl die Reihen schließen, um dem Ansturm der Demokraten besser Stand halten zu können. Und als es nach 1919 keinen Großherzog als Summus episcopus gab, verhielt die Badische Landeskirche sich bei „Gefahr im Verzuge“ ähnlich. Gleichwohl war die Badische Landeskirche in ihrer 175jährigen Geschichte liberaler als manch andere Landeskirche, theologisch und politisch – zumindest in gesellschaftlichen Ruhelagen – dem Grundsatz folgend: „We agree to differ“ – was in Baden gelegentlich die Form annimmt: „What difference does it make, if we differ?“

Aber wie liberal im demokratischen Sinne war die Badische Landeskirche zur Zeit der Krise der Weimarer Republik wirklich? Inszenierte sie im Zeichen eines protestantischen Harzburg – lange vor der Einführung des „Führerprinzips“ auch in der Kirche – nicht 1929, 1930 und 1931 allein drei Kirchliche Dienstgerichtsverfahren gegen den Pfarrer und Bundesvorsitzenden des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands, den einzigen sozialdemokratischen Delegierten auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag von 1930, Erwin Eckert? War der von 1933–1945 amtierende Landesbischof nicht als Prälat an allen Versuchen [291] beteiligt, die Entfernung des unbequemen Mahners gegen den heraufziehenden „Nationalsozialismus“ zu betreiben? Achtete sie wirklich vor 1933 die „Staatsgewalt“ und die ihr zugrunde gelegte Weimarer Reichsverfassung? Oder achtete sie ausschließlich die „Glaubens und Gewissensfreiheit“ der Nazi-Pfarrer in der eigenen Kirche? Immerhin waren in der Badischen Landeskirche – nach eigener, 1936 stolz erfolgter Bekundung – vor 1933 56 Pfarrer Mitglied der NSDAP. Und Pfarrer Eckert, Kirchen- und Volkstribun par excellence, sollte aus dem Pfarrdienst unehrenhaft entfernt werden, als dieser noch populärer Wortführer der SPD war! Anläßlich des 100. Geburtstages von Eckert im Jahre 1993 war aus Kreisen der Badischen Kirchenleitung zu hören, es sei *deshalb* Unrecht an Eckert geschehen, weil man Nazi-Pfarrer und Eckert „nicht gleich“ behandelt habe. Welch ein Unverständnis! Daß nach jahrzehntelangem Totschweigen durch vereinzelte, wohlmeinende (!) Äußerungen dieser Art – auch jene, wonach die Badische Landeskirche theologisch mit Eckert *zu kurzen* Prozeß gemacht habe – die Ehre, die man Eckert abzuschneiden suchte, nicht wiederhergestellt wird, liegt auf der Hand. Eckert würde mit Karl Liebknecht sagen: Eure Ehre ist nicht meine Ehre.

Alle drei Kirchlichen Dienstgerichtsverfahren liegen inzwischen ausführlich dokumentiert und analysiert vor (Ärgernis und Zeichen, Bonn 1993; Der Fall Erwin Eckert. Zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik, Bonn 1993[2]). Um so bedauerlicher ist es, daß Ralph Ludwig den Eindruck erweckt, als habe sich die Badische Landeskirche erst 1933 jenes Mannes entledigt, der im Sinne von Bonhoeffer „nicht nur die Opfer unter einem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu fallen“ trachtete.

Eckert war 1933 bereits im Gefängnis (siehe seine Briefe aus dem Gefängnis, in: Ärgernis und Zeichen, S. 213–266), als der neue Landesbischof Kühlewein einen Tag nach dem staatlich organisierten Judenboykott von allen Kanzeln in einem „Hirtenbrief“ verkünden ließ, daß die Regierung Hitler-Papen das Ergebnis dessen sei, „was wir seit Jahren gehofft und ersehnt haben.“ Kühlewein sah in der am 30. Januar 1933 vollzogenen Machtübertragung an den Faschismus „im letzten Grunde nicht Menschenwerk, sondern Gottes Hand“. Man lese nach, was der gleiche Landesbischof am 4. Juli 1934 auf der ordentlichen Tagung der badischen Landessynode als „herzliches Bedürfnis“ erklärte: „Wir kommen von dem erschütternden Erlebnis des 30. Juni her. An diesem Tag hat der Führer unse-

res deutschen Volkes, unser hochverehrter Reichskanzler Adolf Hitler, mit bewundernswerter Tatkraft und unter Einsatz seiner eigenen Person hochverräterische und unsaubere Machenschaften in unserem Volke aufgedeckt und beseitigt. Und in wenigen Stunden hat er die völlige Ordnung wiederhergestellt. ... Wir haben allen Grund, auch von Seiten unserer Kirche ihm dafür unseren ehrfürchtigen Dank auszusprechen und ihn unserer rückhaltlosen Treue und Gefolgschaft zu versichern“ (zit. nach: Der Fall Erwin Eckert, S. 68 f.)

[292] Ob das „Kirchenunwesen der Nazizeit“, wie Ludwig die Badische Landeskirche in der Zeit des sog. „Dritten Reiches“ allzu knapp und flott umreißt, heute tatsächlich und vor allem gründlich bewußt geworden ist, muß solange bezweifelt werden, als keine Aufarbeitung der dunklen Kapitel der badischen Landeskirche durch diese selbst vorliegt, wie sie etwa kürzlich Joachim Perels für die Hannoversche Landeskirche unter Marahrens erstellt hat, und solange die Urteile gegen Eckert, worauf er nach 1945 vergeblich wartete, nicht aufgehoben werden. Eckert ging nämlich nicht aufs Schafott, wie Ludwig nahelegt, sondern überlebte trotz Zuchthaus und Verfolgung das „Geschenk und Wunder Gottes“, wie das „Dritte Reich“ von Theologen begrüßt und unterstützt worden ist. Doch wen wundert diese Verstockheit in einem Land, in dem auch das Urteil gegen Ossietzky noch immer höchstrichterlich für rechtens erklärt wird und andere Gerichtsverfahren der frühen dreißiger Jahre heute neu aufgerollt werden und zur Verurteilung führen?

Im „Jahre des Heils“ war der badische Pfarrer Heinz Kappes, Weggefährte Erwin Eckerts, zwar nicht der einzige, der den Frieden mit der heraufziehenden Barbarei verweigerte, aber der einzige, der dafür von seiner Landeskirche aus dem Kirchendienst entlassen wurde und der 1939 im unfreiwilligen Exil in Palästina tatsächlich den vom deutschen Konsul in Jerusalem geforderten Kriegsdienst für den zweiten Griff nach der Weltmacht verweigerte (siehe „Wir sind keine stummen Hunde“, Bonn 1994).

Fazit: Die Probe, auf die die „badische Liberalität“ spätestens ab 1930 gestellt wurde, hat diese bis heute nicht wirklich bestanden.

Marburg 1984

[293]

Ein nicht ganz unbedeutendes Leben: Ernst von Pritzelwitz (19.7.1918–18.12.1996)

Traueransprache am 23.12.1996

Viele, die Ernst von Pritzelwitz ein Leben lang gekannt haben, werden sich erinnern, daß er auch schwierig sein konnte, kindlich verletzbar, aufbrausend, eigenwillig, störrisch, ungeduldig. Warum sollte dies auch anders sein? Menschen leben viele Leben, nacheinander, nebeneinander und sind voller Widersprüche. Bevor wir uns von Ernst von Pritzelwitz verabschieden, lassen Sie mich bitte noch einmal „sprechen von Liebe, damit doch einige sagen: Das gab es; das muß es geben.“(Erich Fried)

Wer war das, der uns so traurig macht, jetzt da wir wissen, er kommt nicht wieder. Viele unter uns spüren und haben gespürt, daß wir in kalten Zeiten leben, daß es bessere Zeiten geben muß und daß wir mit Ernst von Pritzelwitz etwas von der Menschenfreundlichkeit vorwegnehmen durften, durch die von ihm geschaffene Atmosphäre eine Ahnung davon gewinnen konnten, wie diese Verhältnisse einmal sein sollen. Im Hause Pritzelwitz wurden jedoch nicht nur bessere Zeiten vorweggenommen oder wurde bloß auf sie gewartet. Hier wurden Pläne geschmiedet, wie durch gemeinsame politische Anstrengungen mehr Menschlichkeit herbeigeführt und wie den in welchen Maskeraden auch immer auftretenden Gegnern von gestern getrotzt werden konnte.

Es war ein offenes Haus, nach außen und nach innen. Ich kenne keinen Ort, wo soviel streitbare Toleranz, so viel Weltoffenheit, politisches und menschliches Interesse geherrscht haben. Ernst von Pritzelwitz war nach dem frühen Tod seiner Frau (1969) und seiner Mutter (1971) hier der Mittelpunkt.

Seine Anziehungskraft verdankte er nicht einer herausgehobenen beruflichen oder gesellschaftlichen Stellung. Er hat Geschichte live erlebt, viele bedeutende Persönlichkeiten kennengelernt. Geschichte, das war nicht in erster Linie das Lernen aus Büchern, sondern die Begegnung mit großen und kleinen Personen der Zeitgeschichte. Von den bedeutenden Persönlichkeiten, denen er seit Jugendtagen in seinem Elternhaus begegnet ist, nenne ich nur wenige. Die meisten sind schon tot. Sir Hugh Greene, Lord Stansgate, später Tony Benn, [co Spitzer, Martin Rade, die Jacobsohns, Werner Krauss, Richard Hamann, Norman und Nina Birnbaum, Gustav Heinemann, Wolfgang und Lisa Abendroth, Leonhard Froese.

Von ihnen konnte Ernst erzählen. Sie hatten ihn geprägt. In der Stadt- und Universitätsgeschichte kannte er sich aus wie kaum ein anderer. Dabei ließ Ernst die Vergangenheit, die nicht vergeht, nicht auf sich beruhen. Denn wer sie ruhen läßt, trägt Verantwortung dafür, [294] daß sie sich wiederholen kann. Ernst hielt es mit dem von ihm verehrten Martin Niemöller, der in der Stuttgarter Schulderklärung den Satz formuliert hatte: „... durch uns [und das Nazi-Regime – F. M. B.] ist unendliches Leid über die Völker gebracht worden“. Präziser und noch überzeugender wird die Übereinstimmung im Nachkriegsdenken von Martin Niemöller und Ernst von Pritzelwitz, wenn ich aus dem von Martin Niemöller mitverfaßten und mitunterzeichneten „Darmstädter Wort“ des Bruderrates der EKD aus dem Jahre 1947 einige Sätze zitieren darf: „Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, den Traum einer besonderen deutschen Sendung zu träumen, als ob am deutschen Wesen die Welt genesen könne. Dadurch haben wir dem schrankenlosen Gebrauch der politischen Macht den Weg bereitet und unsere Nation auf den Thron Gottes gesetzt. Es war verhängnisvoll, daß wir begannen, unseren Staat nach innen allein auf eine starke Regierung, nach außen allein auf militärische Machtentfaltung zu begründen. ... Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, eine ‚christliche Front‘ aufzurichten gegenüber notwendig gewordenen Neuordnungen im gesellschaftlichen Leben der Menschen. Das Bündnis der Kirche mit den das Alte und Herkömmliche konservierenden Mächten hat sich schwer an uns gerächt. Wir haben die christliche Freiheit [und nicht nur diese – F. M. B] verraten, die uns erlaubt und gebietet, Lebensformen abzuändern, wo das Zusammenleben der Menschen solche Wandlungen erfordert. Wir haben das Recht zur Revolution verneint, aber die Entwicklung zur absoluten Diktatur geduldet und gutgeheißen.“

Nein, Ernst war kein Anbeter der Nation. Voller Verachtung war er gegen Nationalisten und Antisemiten überall auf der Welt. Er war in erster Linie „Cappeler Bürger“, dann Europäer und Kosmopolit. Geradezu „fanatisch“, wie er immer wieder sagte, war seine Ablehnung, ja sein „Haß“ auf jene Weichenstellungen im Drei-Zonen-Deutschland, die insbesondere zur Wiederbewaffnung führten. Er stand für eine friedliche Welt ohne Waffen ein. Er ist der Repräsentant eines anderen Deutschland gewesen, das bisher nie existiert hat und noch immer erkämpft werden muß.

Ernst von Pritzelwitz war ein Liberaler – von den Idealen der bürgerlichen Aufklärung erfüllt, die in diesem Land noch nie eine siegreiche bürgerliche Revolution herbeigeführt haben.

Sein leidenschaftlicher, impulsiver wie energischer Einsatz für den Frieden, für Humanität, für soziale Gerechtigkeit und Demokratie bleiben unvergessen. Seine Stimme war die eines aufgeklärten bürgerlichen Demokraten. Sie wird seinen Freunden schmerzhaft fehlen.

Ernst von Pritzelwitz war stets ebenso neugierig wie verläßlich. Er ließ sich von Tagestendenzen und -opportunitäten nicht leicht ablenken. Er blieb, was er von Kindheit auf gelernt hatte: ein wacher politisch-moralischer Zeitgenosse, der quer zu den herrschenden [295] Verhältnissen dachte. Doch so sehr er an den reichen Eindrücken, Begegnungen, Erfahrungen und Erkenntnissen seines Lebens auch festhielt: Widersprüchliches, Inkonsequenzen blieben auch in seinem Leben nicht aus. Sie machten die Lebendigkeit seiner Persönlichkeit aus.

Ernst residierte in einem durch und durch politischen Haus. Es war kein typisch deutsches oder adeliges Haus. (Einer seiner Vorfahren war immerhin General am Hofe des Zaren, und sein Vater hatte die Marburger Jäger kommandiert.) In der Familie derer von Pritzelwitz war alles anders. Die Mutter von Ernst war eine bewußte Repräsentantin der Aristokratie und zugleich vorbildlich im Kampf für „Frieden und Freiheit“. Damit keine Mißverständnisse aufkommen: Sie war ebenso wie der Graf von Westphalen Mitglied der Deutschen Friedens-Union (DFU).

„Posthum“, wie der Gotha sagt, in einer „vaterlosen“ Familie aufgewachsen und entscheidend von seiner Mutter geprägt, wurde Ernst von Pritzelwitz zu einer väterlichen Figur vor allem für Jungdemokraten und junge Demokraten. Ohne die Weihen eines akademischen Studiums wirkte er gerade auf akademisch Ausgebildete, die intellektuell und moralisch auf der Suche nach einer besseren Welt waren.

Die Besucher in diesem Haus der offenen Tür waren viele und sehr verschieden orientierte Menschen, die sich dennoch hier zuhause fühlten. Sie konnten freimütig sagen, was sie dachten, mußten allerdings gegebenenfalls mit dem entschiedenen Widerspruch des Hausherrn rechnen, was keineswegs bedeutete, daß der Herr des Hauses immer recht hatte.

Der Geist der Russian Lodge im Cappeler Lichtenholz läßt sich vielleicht am besten mit Johann Wolfgang von Goethe so charakterisieren: „Hier bin ich Mensch; hier darf ich’s sein.“ Oder auch: Hier bin ich Mensch; hier darf ich ich sein.

In der Mischung von englischer Höflichkeit, deutscher Geselligkeit und russischer Gastfreundschaft, wie Leo Froese dies anläßlich des 65. Geburtstages von Ernst im Jahre 1983 formulierte, fühlten sich seine Besucher – in der Regel unangemeldet – in langen, warm erleuchteten Sitzungen am Kamin, an ausgedehnten Sommerabenden bei Sonnenuntergang und Kerzenlicht auf der Terrasse sowie bei den alljährlichen Gartenfesten wohl. Hier konnte ein Stück Wärme des Lebens empfangen werden, das außerhalb so selten war und ist.

Hier konnte herzhaft gelacht, „unendlich“ gestöhnt, heftig gestritten und bitterlich geweint werden Hier wurden Nachdenklichkeit *und* Fröhlichkeit, Meinungsstreit *und* Gemeinsamkeit, Gelächter *und* Traurigkeit ermöglicht. Ernst von Pritzelwitz ist darin unverwechselbar und einmalig gewesen. Wir, die wir ihn schmerzhaft vermissen, werden gut daran tun, zu bewahren und weiterzutragen, was wir dankbar mit ihm und durch ihn erlebt haben.

[296] Es war hier nicht der Ort und die Zeit, das Leben des Ernst von Pritzelwitz auch nur annäherungsweise nachzuzeichnen. Viele werden sich in dieser Stunde des Abschieds an Unterschiedliches,

Eigenes und ganz Persönliches erinnern. Nur so viel sei gesagt: Gemessen an normalen Maßstäben war sein Leben, ausgedrückt in der ihm eigenen und unverwechselbaren Sprache, in vielerlei Beziehung ein „fantastisch“ „unwirkliches“ Leben und „wahrlich“ kein „Witz“. Sein Leben sollte nicht „töricht“ und „lächerlich“, sondern „tapfer“ und „würdig“, „liebenswert“ und „herzensgut“, „natürlich“ und „gebildet“ zugleich sein. Das Leben des Ernst von Pritzelwitz war, „glaube ich“, „nicht ganz unbedeutend“. „Kurz und lang“: es war „bemerkenswert“! – „Aus!“ „Schluß!“ (Doch „hört“ mit Ernst von Pritzelwitz „nicht alles auf“. Er hätte umsonst gelebt, wenn das Tor zu einer glücklicheren Zukunft für die Lebenden nicht offen bleibt.)

Es ist wahr: Der Platz am Kamin, in der Küche, auf der Terrasse, am Kopfende des Dinner- Tables bleibt nun für immer leer.

Was bleibt, ist die dankbare Erinnerung an einen großartig-zornigen, sensiblen wie streitbaren sowie anhänglich-liebenswerten Menschen und die Hoffnung, daß etwas von seiner Menschlichkeit und seinen Lernprozessen weitergegeben werden kann.

In diesen Dank sind alle in seiner nächsten Umgebung eingeschlossen, die sich um ihn gekümmert haben. Auch wenn Ernst es Euch oft schwer gemacht hat, Enttäuschungen nicht ausblieben, auch Enttäuschungen über sich selbst waren ihm nicht fremd: Wir alle, die wir ihn geliebt haben, können stolz sein auf Ernst von Pritzelwitz. Wir werden Dich nicht vergessen.

„Schule macht keinen Spaß“

Überarbeitete und erweiterte Abschiedsrede auf der Abiturientenentlassungsfeier des Jahrgangs 1997 am 21. Juni 1997 am Landschulheim Steinmühle

Es ist wie Weihnachten. Ihr wartet ungeduldig auf die Bescherung. Die scheinbar unverbesserlichen Erwachsenen wollen, bevor Ihr die Schule verlaßt, noch ein letztes Mal etwas Erbauliches für Euch tun. Keine Angst. Es soll im Folgenden nicht um Gottesdienst vor der Bescherung gehen, sondern um Zuhören, das nichts mit Hörigkeit zu tun hat, und Nachdenklichkeit, die euch keiner abnehmen kann und die euch keiner abnehmen darf.

[297] Vor 37 Jahren saß ich da, wo Ihr, Schüler des Abiturjahrgangs 1997, jetzt sitzt, in Erwartung der Überreichung des Abiturzeugnisses, das 1960 noch „Reifezeugnis“ hieß. Ich hielt damals die Abschiedsrede für den Jahrgang 1960, und ich schloß emphatisch mit den Versen aus Günter Eichs „Träumen“: „Nein, schlaft nicht, während die Ordner der Welt geschäftig sind! ... Tut das Unnütze; singt die Lieder, die man aus Eurem Mund nicht erwartet. Seid unbequem; seid Sand, nicht das Öl im Getriebe der Welt.“

Heute nun halte ich Euch die Rede zum Abschied von der Steinmühle. Grund genug, darüber nachzudenken, was ich damals dachte und wie sich die Ansprüche nach 37 Jahren auf dem Hintergrund der seither gemachten Erfahrungen in Schule und Gesellschaft darstellen. Eine Abschiedsrede im doppelten Sinne. Der, der sie Euch hält, verabschiedet sich nach fast 30 Jahren von der Steinmühle.

In den 50er Jahren war die Welt der Erwachsenen, die vollauf damit beschäftigt waren, sich im Wirtschaftswunderland einzurichten, weitgehend von resignativer, resignierter Vernünftigkeit bestimmt. Nicht von Vernunft!

Die willigen Vollstrecker von vor 1945 schwiegen, wenn sie klug waren, und paßten sich mehr oder weniger erkennbar an. Wendehälse hatten nicht erst nach 1989 Konjunktur. Die Helden des Widerstandes gegen den Faschismus, sofern sie das Jahr der Befreiung überlebt hatten, waren zu wenige gewesen, als daß sie eine ganze Generation hätten beeinflussen können. Die neuen Helden und Ideen der westlichen Welt wurden scheel angesehen und ohne innere Überzeugung übernommen.

Aus dieser Zeit, der noch vorhandenen Kindheit, sind mir vor allem drei Leseerfahrungen besonders im Gedächtnis geblieben. Das erste antiquarische Buch, das ich mir als Teenager kaufte und verschlang, war Albert Camus „Die Pest“ und sein Mythos vom Sisyphos. Sich nicht unterkriegen lassen, den Stein den Berg hinaufrollen, auch wenn er einem immer wieder entgegenkommt, die Vorstellung, daß illusionslose Anstrengung und Vergeblichkeit unvermeidbar sind. Der Trotz, daß menschliche Würde erst durch Anstrengung ohne Resignation möglich ist. Daß ohne Vision einer freien und menschlichen Gesellschaft die Anstrengung des Lesens und Lernens, Arbeit, nicht lohnt. So stellt sich Camus einen glücklichen Menschen vor.

Als Primaner fing ich an zu fragen nach dem schwarzen Loch in der deutschen Geschichte, nach der Vergangenheit, die nicht vergangen war und auch heute nicht vergeht, wie die Debatten um Goldhagens Buch und die Wehrmachtsausstellung belegen. Aber auch heute fragt kaum jemand, wessen williger, meinetwegen auch eigenwilliger Vollstrecker Hitler war. [298] Ich stieß auf ein Gedicht, das mir Gebrochenheit, Fragmentarisches vermittelte. Ich kann es noch heute auswendig. „Menschen sind wir einst vielleicht gewesen oder werden’s eines Tages sein, wenn wir gründlich von all dem genesen. Aber sind wir heute Menschen? Nein. ... Längst ist alle Menschlichkeit zertreten. Wahren wir doch nicht den leeren Schein. ... Soll der Mensch sich einst in uns befreien, gibt‘s dafür ein Mittel nur allein: stündlich fragen, ob wir Menschen seien, stündlich uns die Antwort geben: Nein! Wir sind das schlecht entworfene Skizzenbild des Menschen, das es erst zu zeichnen gilt, ein armer Vorklang nur zum großen Lied. Ihr nennt uns Menschen! Wartet noch damit!“ Das ist die Warnung vor Dogmatismus, vor politischer und moralischer Hybris. Jura Soyfer* hieß der Junge. Er war 22 Jahre alt, als er dieses Gedicht schrieb. Er war ein Jude. Er starb 1939 im Konzentrationslager Buchenwald.

---

* Jura Soyfer (1912–1939) hinterließ ein umfangreiches Gesamtwerk, das, 1980 von Horst Jarka herausgegeben, im Europaverlag in Wien/München/Zürich unter dem Titel „Das Gesamtwerk“ erschien und 922 Seiten umfaßt. 1938 als Mitglied der KPÖ verhaftet, war Jura Soyfer in den Lagern Dachau, Sachsenhausen und Buchenwald.

Die Abiturzeitung meines Jahrgangs berichtete, daß mein Lieblingsautor Bert Brecht war, jener in der alten Bundesrepublik tabuisierte Schriftsteller, der 58jährig 1956 in der DDR gestorben war. Sein Lob des Zweifels, sein Lob der Dialektik, sein Lob des Lernens, sein Galilei, sein Arturo Ui, sein „Furcht und Elend des Dritten Reiches“, sein „Guter Mensch von Sezuan“ haben mich bereits als Schüler in den Bann gezogen. Bis in den Haarschnitt hinein suchte ich ihn zu imitieren.

Die Autoren, deren Werke ich mir lesend aneignete, standen quer zum Selbstverständlichen der BRD in den 50er Jahren. Camus enthielt die Aufforderung, sich nicht am Erfolg messen zu lassen. Soyfer zwang zur Auseinandersetzung mit der Vorgeschichte einer postfaschistischen Gesellschaft, die sich noch immer als identisch oder zumindest teilidentisch mit dem Deutschen Reich in den Grenzen von 1937 verstand. Brecht wurde einer ganz anderen Gesellschaft zugeschlagen. Er war einer von denen „da drüben“, nachdem er als Wessi in die DDR übergesiedelt war.

Im Epilog des „Guten Menschen von Sezuan“ fragt Brecht: „Was könnt die Lösung sein? Wir konnten keine finden, nicht einmal für Geld. Soll es ein andrer Mensch sein? Oder eine andre Welt? Vielleicht nur andere Götter? Oder keine?“

* * *

Neil Postmans im Februar 1997 erschienener Buchtitel „Keine Götter mehr. Das Ende der Erziehung“ warnt vor „falschen Göttern“ und setzt in freidenkerischer Manier an die Stelle [299] der falschen Götter richtige, nennt sie aber Gründe, die der Schule einen Sinn geben sollen. [Solche, wenn auch nur metaphorische Mystifizierung ist verwirrend und unnötig. Einfacher und klarer wäre es, wenn er der kritischen Vernunft unzweideutig den Vorzug gäbe nach dem Motto: „Ni dieu, ni maître“!]

Zunächst erteilt Postman dem *„Gott der ökonomischen Nützlichkeit“* eine klare Absage. Dieser handelt nach dem Motto: „Wenn ihr in der Schule aufpaßt, eure Hausaufgaben macht, bei den Klausuren gut abschneidet und euch gut benehmt, werdet ihr mit einem gutbezahlten Job belohnt, wenn ihr die Schule hinter euch gebracht habt“.

Die Glaubwürdigkeit dieses Gottes ist ohnehin im Schwinden begriffen, da schon die Kindheit von Jugendlichen – siehe die jüngste Shell-Studie – durch die Angst geprägt wird, überhaupt keinen Arbeitsplatz zu finden. [Schon Brecht wußte in der „Heiligen Johanna der Schlachthöfe“, daß Arbeitslosigkeit kein Betriebsunfall des bestehenden Wirtschaftssystems ist, der durch neuen Aufschwung wieder zu beheben sei. Arbeitslosigkeit ist eine seiner Geschäftsgrundlagen. Nicht der Mangel, der Erfolg des zur Zeit allein verbliebenen Wirtschaftssystems produziert sie. Soll aber jede Vision einer gerechten Welt aufgegeben werden, nur weil eine andere nicht in Erfüllung gegangen ist?] Bei sinkender Überzeugungsfähigkeit hat der Gott der ökonomischen Nützlichkeit noch weniger die Kraft, zufriedenstellende Gründe für die Schulbildung zu liefern. Postman: „Jede schulische Ausbildung, die sich hauptsächlich um ökonomische Zwecke dreht, ist viel zu begrenzt, um nützlich zu sein; und in jedem Fall würde sie die Welt so einseitig wiedergeben, daß sie einer Verspottung der Humanität“, wie sie das Gymnasium einst zu ihrem Erziehungsauftrag erklärte, „nahekäme.“ Kurz: „Erziehung zu neugierigen, offenen, kritischen Menschen hat nichts mit Berufsausbildung zu tun.“ [Beruf und höhere berufliche Qualifikation ist nicht alles. Seit der Einführung der neugestalteten gymnasialen Oberstufe haben ungefähr 500 Schüler die gymnasiale Oberstufe an der Steinmühle besucht, ohne mit dem Abitur die Schule zu verlassen. War nun die Erziehungsarbeit mit ihnen ganz vergeblich?]

Ebenso eindeutig ist Postmans Absage an den „*Gott des Konsums*“. Die Ähnlichkeit zwischen dem Gott des Konsums und dem Gott der ökonomischen Nützlichkeit ist offensichtlich, aber Postman unterscheidet: Der Gott der Nützlichkeit postuliert, daß man *ist*, was man beruflich *tut*; der Gott des Konsums geht davon aus, daß man ist, was man *hat*.

Bei der Absage an den *„Gott der Technologie“* argumentiert Postman nicht gegen Computer in den Schulen, obwohl er dazu rät, die Rolle der neuen Technologie in Schulen „ohne die hyperaktive Phantasie von Cheerleadern“ zu diskutieren. Er solle nur nicht zu einem Gott gemacht werden. „Wie jeder Kult hat auch dieser die Intention, gedankenlose Parteinahme [300] und kritiklose Zustimmung zu erzeugen.“

Gegen die Götter der ökonomischen Nützlichkeit, des Konsums und der Technologie, die von außerhalb des Klassenzimmers kommen, setzt er *Lehren als subversive Aktivität*. Er ergreift Partei in dem Konflikt zweier widerstreitender Zielsetzungen der Schule: „Die eine strebt an, aus den Kindern und Jugendlichen Menschen zu machen, welche die Welt so akzeptieren, wie sie ist, mit all den Regeln, Zwängen, Beschränkungen und sogar Vorurteilen einer bestehenden Kultur. Die andere möchte aus den Schülern kritische Köpfe machen, sie zu unabhängig und selbständig urteilenden Menschen erziehen, fern den konventionellen Klischees ihrer Zeit, mit ausreichender Kraft zur gesellschaftlichen Veränderung“, Veränderung, die im Idealfall zur vollen Selbstbestimmung führt, die sich nicht auf individuelle und private Glückseligkeit beschränkt, sondern zur Teilnahme am Prozeß der gesellschaftlichen Emanzipation führt.

Dabei kann es passieren, daß jemand, der als Junglehrer Unterrichten als *subversive Tätigkeit* mit dem Ziel der Aufklärung und einem Mehr an Mündigkeit der Heranwachsenden verstanden hat, *heute* in Abwehr von postmodernen gesellschaftlichen Tendenzen, die sich der Schule in gegenaufklärerischer Absicht bemächtigen, am Ende seiner Dienstzeit eher als „Konservativer“ angesehen wird und es im recht verstandenen Sinne auch geblieben ist. Wer an Inhalten interessiert ist und daran arbeitet, sie so gut wie möglich vermitteln will und dabei sich und den Schülern „stern testing in writing“ nicht ersparen will, gilt heute als reformunwilliger Konservativer und steht im Widerspruch zu reformpädagogischen Tendenzen, die den Lehrer am liebsten überflüssig machen wollen. Er sieht sich sog. „Erneuerern“ gegenüber, die eifrig damit beschäftigt sind, mit neuen Methoden und Innovationen die an die Schule gestellten Anforderungen zu erfüllen, Schüler fit für die bestehende Gesellschaft zu machen. Dabei merken sie m.E. gar nicht, daß hinter den trojanischen Pferden der Innovation sich geheime Lehrpläne und hinter der mittlerweile vielgepriesenen Autonomie der Schule sich längerfristig auswirkende Absichten der Gesellschaft verbergen, deren Macht- und Herrschaftsverhältnisse nicht hinterfragt werden.

Autonomie der Schule, wie es das Hessische Schulgesetz vorsieht, hört sich gut an. Doch hinter diesem Konzept wird bei näherem Zusehen der Pferdefuß der Verlagerung und Einsparung der Verwaltung auf die einzelne Schule und die postmoderne Beliebigkeit des Schulprofils bemerkbar.

In meinem Erfahrungsbericht am Ende des Referendariats aus dem Jahre 1969 definierte ich in Anlehnung an Th. W. Adorno als die einzig wahrhafte Kraft gegen das Prinzip von [301] Auschwitz: „die Kraft zur Reflexion, zur Selbstbestimmung, zum Nicht-Mitmachen.“ Heute scheint mir der Begriff der Autonomie der Schule zur billigen Einladung zu verkommen, sich beim Mach-Mit-Wettbewerb der Schulen bei der Anpassung an gesellschaftliche Bedingungen provinziell, beliebig und unkritisch zu beteiligen. So wenig ein uneingeschränktes „laissez faire“ geeignet war, sich der Sache der Aufklärung anzunehmen, so wenig taugt das uneingeschränkte „laissez innover“ hierzu. Vielmehr entpuppt sich, wie der offene Brief der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler an den Bundespräsidenten Roman Herzog eindrucksvoll belegt, das Mitschwimmen im globalen Strom konkurrenzgetriebener Innovation als fehlgeleitete Vision. Mit dem Strom schwimmen nur Leichen.

Es ist beruhigend, daß an der Steinmühle im Stillen trotz des Auf- und Ansehens, das die Reformer nicht ganz erfolglos zu entwickeln trachten, immer noch mehr persönliche Zuwendung und inhaltliche Arbeit – auch an der Entwicklung der *Sprache als Vehikel und Lenker des Gedankens* – geleistet wird, als sichtbar gemacht werden kann. Postmans Kommentar zu dem Konflikt zwischen „Traditionalisten“ und „Reformpädagogen“ lautet: „Es gab einmal eine Zeit, da Erzieher dafür berühmt wurden, daß sie Gründe für das Lernen lieferten; jetzt werden sie berühmt, weil sie eine Methode erfinden.“ Um nicht mißverstanden zu werden: die größte Reform des Gymnasiums, seit ich es 1960 als Schüler verließ, ist zweifellos die Reform der „Neugestalteten Gymnasialen Oberstufe“. Seither sind eine Vielzahl von kleineren Reformen in der Grundschule und in der Sekundarstufe 1 sinnvoll in Angriff genommen worden. Nur wer meint, jetzt sei endlich die Oberstufe „dran“, verkennt nicht nur die historische Reihenfolge, sondern übersieht, daß der gymnasialen Oberstufe organisatorische und sachlich-inhaltliche wie pädagogisch-zielgerichtete Grenzen gesteckt sind.

Als 1969 in die Präambel der SV-Satzung an der Steinmühle der Satz eingefügt wurde: „Die Schule ist Teil, *nicht Schonraum der Gesellschaft*“, war dies noch als fortschrittliche Öffnung der Schule zur Gesellschaft gedacht. Heute kann sich Schule der auf sie einströmenden, vielfältigen Erwartungen und Einflüsse der Gesellschaft – hier sind die von Postman entzauberten Götter gemeint – kaum erwehren. Es ist Zeit, darüber nachzudenken, ob *Schule* sich nicht als *Gegenraum zur Gesellschaft* verstehen lernen muß – auch und gerade um der Zukunftsfähigkeit von Schule und Gesellschaft willen.

1969 erklärte Willy Brandt in seiner Regierungserklärung: „Die Schule der Nation ist die Schule“ und wollte, bescheiden genug, *mehr Demokratie* wagen. Was aber soll aus den Nationen werden, wenn, wie es Experten in der Zeitschrift „Pädagogik“ für realistisch halten, in 25 Jahren die Schulpflicht für derzeit 11 Millionen Schüler weitgehend aufgehoben wird und weiterführende Schulen und das in ihnen verankerte und in den 60er Jahren von Ralf [302] Dahrendorf proklamierte Recht auf Bildung als Bürgerrecht durch zentrale „Medien eines europäischen Bewußtseins“ wie Sky-Channel, MTV und Eurosport ersetzt werden?

Gemäß dem Wunsch vieler Schüler und mancher Lehrer soll Schule Spaß machen, soll Schule unterhalten. Aneignung von Einsichten und Erkenntnissen ist aber ohne Hinnahme von Einschränkungen, ohne Arbeit im Sinne ihrer ursprünglichen Bedeutung von *Anstrengung, Kampf und Qual*, nicht denkbar. Lernen muß in einer bestimmten Abfolge von Schritten erfolgen. Ausdauer ist unerläßlich. Kritikfähigkeit und die Fähigkeit zu logischem, folgerichtigen Denken fallen nicht in den Schoß, sondern müssen erarbeitet werden. Und das wird auch belohnt durch Erfolgserlebnisse, auch wenn die erwarteten Zensuren nicht immer dabei herauskommen.

Zweck der Erziehung ist es, Schüler von der *Tyrannei des Augenblicks* zu befreien, ganz im Gegensatz zur Unterhaltungsindustrie, die auf Zerstreuung angelegt ist. Lernen ist nicht Zappen. Denken bedarf der Anstrengung. Denken ist ein Denken in Zusammenhängen. Alles hängt mit allem zusammen. Unterricht ist eine Schulung des Denkens. Die vielgerühmte, aber gar nicht so neue „Informationsgesellschaft“ ist in Wahrheit eher eine Desinformationsgesellschaft, die immer mehr Informationen und immer Weniger fundierte, in ihren Zusammenhängen transparente Informationen liefert, wodurch Übersichtlichkeit immer mehr verloren geht. Diese Desinformationsgesellschaft und ihre Überflutung sind nur durch kausales und historisches Denken aufzuheben.

Machte ich 1960 in meiner Abiturrede noch Front gegen die uns vom Grundgesetz vorgesetzten Lehrer „zur Wiederverwendung“ (Art. 131 GG), die uns eine Verbeugung vor dem „Rad der Geschichte“ nahelegten, so ist heute gegen die nach 1989 aufgestellte Behauptung vom Ende der Geschichte theoretisch und praktisch anzugehen. Schule und Gesellschaft leben im Medium der Geschichte. Geschichte begreifen wir als einen Prozeß, der mit wissenschaftlichen Methoden erforscht werden kann, wenn das auch sicher nie vollständig gelingen kann und sehr viel schwieriger ist als die Erforschung der Natur. Voraussetzung dafür, daß es auch nur leidlich gelingt, ist ein gewisses Minimum an Bereitschaft, Geschichte als Lebensraum überhaupt zu akzeptieren. Daß es in diesem unserem Lande mit dem Bewußtsein von Geschichte eher hapert, wurde in auffälliger Weise Mitte der 80er Jahre dadurch demonstriert, daß lauthals der Untergang des Faches Geschichte in unseren Schulen bejammert wurde. Den einschlägigen Lobbyisten ging es darum, aus allen Lebensbereichen Geschichte abzuziehen, das Abgezogene in einem sog. Fach Geschichte zu versammeln und dort mit einem wohlgezogenen Strich zur Strecke zu bringen. Denn „die Geschichte“, die diesen Lehrmeistern vorschwebt, ist keine Geschichte. Sie wollen Geschichte ersetzen durch Geschichten. Und Geschichten haben für sie den Vorteil, daß sie vergangen sind. Geschichte dagegen ist in Wahrheit das, was von dem Vergangenen noch gegenwärtig ist und deshalb [303] in die Zukunft hineinwirkt. [Inzwischen ist das „Grundfach der politischen Bildung“ Gemeinschaftskunde seiner historischen Dimensionen weitgehend beraubt und das geworden, was seine Bezeichnung schon immer nahelegte, nämlich bloße „Kunde“ zu sein.]

* * *

Sorgen wir dafür, daß die Schule der Ort bleibt, an dem Denken erlaubt und gefördert wird, wo Verständigung über moralische Grundsätze möglich ist, ein Gefühl der Kontinuität, Aufklärung über die Vergangenheit, Klarheit für die Gegenwart und Hoffnung für die Zukunft fest verankert bleiben.

Während es 1960 noch nötig schien, gegen Dogmatismus und den Glauben an absolute Autorität und absolute Erkenntnis vorzugehen, scheint im Augenblick die Hauptgefahr der postmodernen Gesellschaft die Beliebigkeit zu sein, wo fast alles erlaubt ist außer vielleicht der Anwendung von individuell ausgeübter Gewalt. *„Anything goes“*. Die Aufforderung, Lieder zu singen, die nicht erwartet werden, verpufft heute. Alles ist erlaubt, was gefällt. Und am meisten Gefallen findet das, was Käufer findet.

An der Schule sollten dagegen Kinder und Jugendliche mit dem Wissen und dem Willen ausgerüstet werden, an dem großen Experiment der Menschheit auf dem Planeten Erde teilzunehmen. Sie sollen lernen, zu argumentieren und zu streiten. „Ihnen soll bei der Entscheidung geholfen werden, welche Fragen diskussionswürdig sind, wobei ihnen klargemacht wird, was passiert, wenn die Argumente schweigen und die Waffen reden. „(Postman)

„Direkte Instruktion“ – die die FAZ kürzlich in einem Bericht über eine Studie des Max-Planck-Instituts für psychologische Forschung als die wirkungsvollste Form des Lehrens bezeichnete, auch wenn sie gelegentlich mit einer deutlich geringeren Schülerpartizipation einherginge – Erörterung, Folgerichtigkeit, Kontinuität, sachliche wie persönliche Konflikte – Postman nennt das Irritation – müssen in der Schule zuhause sein. Traditionelle Instrumente eines vernünftigen Diskurses – Argumente, Hypothesen, Darlegungen, Gründe und Widerlegungen – finden Anwendung. Schule ist das Gegenteil von Talk-Shows, in denen man möglichst schnell seine beliebige Meinung sagen muß, bevor andere sich äußern. Die Vorstellung von einigen „Reformpädagogen“, daß sich Lehrer letztlich überflüssig machen können und lediglich als Berater und Betreuer einigermaßen selbständiger Lerngruppen fungieren, wird in der Studie der Max-Planck-Gesellschaft verworfen. Die Überschrift des FAZ-Artikels lautet: „Auf den Lehrer kommt es an!“ Ich füge hinzu: Und auf die Inhalte auch!

[304] Manchmal sagen die richtigen Leute falsche Sachen und falsche Leute richtige Sachen. Eines der schönsten Komplimente zum Unterricht an der Steinmühle stammt ausgerechnet vom späteren Geschäftsführer der Republikaner in Marburg, der in seiner Abiturrede ausführte: Es reiche bei einigen Lehrern an der Steinmühle nicht aus, eine Meinung zu haben. Man müsse sie auch begründen können. Ich füge hinzu: es reicht nicht aus, daß ein Lehrer eine Meinung hat und diese äußert. Er muß sie auch begründen können.

„Kein Mensch“, so Bert Brecht, „ist imstande, der Versuchung zu widerstehen, die von einem Beweis ausgeht.“ Aber der Versuchung, die von einem Beweis ausgeht, kann – und das geschieht oft – widerstanden werden, indem man einfach wegschaut oder nicht hinhört oder sich der Anstrengung durch Bequemlichkeit entzieht. Was aber gibt es Spannenderes als die sanfte Gewalt der Vernunft und eingreifendes Denken?

Übrigens: Auch professionelles Unterrichten ist anstrengend. Es ist anstrengend, aus Beliebigkeit Eindeutigkeit herzustellen, aus pluralistischer Bedeutungslosigkeit Bedeutung, aus der mehr oder weniger großen Einseitigkeit der inszenierten Öffentlichkeit, in der alles gesagt werden kann, aber Bedeutungsvolles nur wie eine Stecknadel im Heuhaufen zu finden ist, eine Struktur zu entwickeln, in der Unterrichtsgegenstände. von wenigstens zwei Seiten aus betrachtet werden können: aus der Sicht von oben und aus der Sicht von unten, aus der Sicht des gesellschaftlichen status quo und aus der Sicht derjenigen, die an größtmöglicher Aufhebung von unnötiger Herrschaft interessiert sind. Einseitig ist die gesellschaftlich vermittelte Vorstellungswelt. Erst durch Herstellung einer wirklichen Konfliktsituation werden die Schüler angeregt und befähigt, sich begründet zu entscheiden, Urteilsfähigkeit zu lernen, jenes Begreifen zu vollziehen, das Eingreifen ermöglicht. Im Ernst: Solche Art des gemeinsamen Arbeitens bereitet allen Beteiligten auch Vergnügen.

Auch Hartmut von Hentig ist der Überzeugung, daß das Leben erst lebenswert sei, wenn es auf den Prüfstand der Vernunft gestellt werde. Biblisch gesprochen heißt das: „Prüfet alles, das Gute aber behaltet!“ Von Hentig stellt allerdings die Frage, ob die Prüfung auch anders als durch den Verstand geschehen könne. Brechts Vernunft kennt keinen Gegensatz zu Gefühlen. Die Fähigkeit von Menschen, ihre Interessen zu vertreten, also vernünftig zu handeln, setzt vor allem den Willen zur Durchsetzung voraus, also Leidenschaft. „Der Sieg der Vernunft kann nur der Sieg der Vernünftigen sein.“

Bei der Auswahl Eurer Bundesgenossen (unter denen, wie Ernst Bloch 1973 in Marburg formulierte, auch „alte Kracher“ sein dürfen und solche, die aus dem Kindheitserlebnis des Zweiten Weltkrieges politische Konsequenzen zu ziehen und damit die Trauer in eine Aufforderung zu eingreifendem Denken zu verwandeln versuchen] traut „nicht denen, die da sagen: es war schon immer so/Sie wollen, daß es immer so bleibt. / Traut also nicht denen, die da sagen: es kann nichts verändert werden/Sie wollen, daß nichts verändert wird. / Traut also nicht denen, die da sagen: [305] es gibt ein besseres Leben nach dem Leben, / sondern traut euch selbst.“ (Peter Maiwald) [Es gibt zwar inzwischen vereinzelte Theologen, die nicht an die Wiederauferstehung glauben. Dafür gibt es um so mehr Esoteriker, die Euch eine Wiedergeburt oder eine Reinkarnation verheißen. Traut Ihnen nicht!]

* * *

Liebe Abiturienten des Jahrgangs 1997, jede Generation hat das Recht und vielleicht sogar die Pflicht, sich von der vorherigen Generation abzustoßen. Auch Ihr habt dieses Recht. Allerdings bedenkt: „Zertrümmerung muß Freiräume schaffen, keinen Schuttplatz“.

Das Fernsehen suggeriert Euch, daß ein aufgeschobener Traum ein für immer verlorener Traum ist; das heißt gar kein Traum. Haltet an Euren Träumen fest! Träume müssen nicht gleichbedeutend sein mit romantischer Flucht aus der Wirklichkeit. „Schaut auf zu den Sternen, Habt acht auf die Gassen!“ Träumen läßt sich nicht befehlen. Träume sind individuell. Träumt also! *Don’t starve so dreamlessly!* Glaubt ernsthaft an Euren Traum! Beobachtet das wirkliche Leben auf das genaueste! Verbindet eure Beobachtungen mit eurem Traum! Und lernt wiederum daraus! Verwirklicht Eure Phantasie gewissenhaft! Imagination ist wichtiger als Image. Laßt die Hamletsche Frage nicht zum Werbeslogan „Sein oder Design“ verkommen.

Wenn wir uns in ein paar Jahren als Ehemalige wiedersehen, sollten wir uns darüber kritisch austauschen, ob wir für die „Träume unserer Jugend“ Achtung getragen haben, wie das Friedrich Schiller in seinem „Don Carlos“ der klassischen Sturm- und-Drang-Zeit forderte. Die Schule konnte Euch nicht vorschreiben, *was* ihr träumen solltet. Aber vielleicht konnte sie einen bescheidenen Beitrag dazu leisten, eure Köpfe leerzufegen von jenem Zeitgeist der Postmoderne und des Neo-Wilhelminismus mit all den zu befürchtenden, unheilvollen Konsequenzen des Wilhelminismus, die – fern aller Aufklärung – euch davon fernzuhalten suchen, daß ihr euch eures Verstandes zu bedienen wißt und die selbstverschuldete Unmündigkeit hinter Euch laßt. Hierzu wünsche ich Euch viel Erfolg. Lebt wohl! Steinmühle, lebe wohl!

Nachdem der „Vorhang zu und alle Fragen offen“ sind, heißt es in Brechts „Gutem Menschen“: „Wir sind zerschmettert und nicht nur zum Scheine! / Der einzige Ausweg wär aus diesem Ungemach: / Sie selber dächten auf der Stelle nach / Auf welche Weis dem guten Menschen man / Zu einem guten Ende helfen kann. / Verehrtes Publikum, los, such dir selbst den Schluß! / Es muß ein guter da sein, muß, muß, muß!“ [306]

„Dem Ganzen dienen, sich selbst treu bleiben“.

Erwin Eckert (1893–1972), Christ, Antifaschist, Revolutionärer Sozialist

Erwin Eckert kam am 16. Juni 1893 in Zaisenhausen, einer Bauerngemeinde des damaligen Großherzogtum Baden, zur Welt. Er wuchs in einer republikanisch-demokratisch gesinnten Familie auf, in der das Motto galt: „Christusarbeit heißt Arbeit für die anderen, für die Gesamtheit bis zum letzten Atemzuge.“ Mit wachem Blick beobachtete er die deutschen Verhältnisse um die Jahrhundertwende. In ihm keimten ein starkes und niemals aufgegebenes soziales Gerechtigkeitsempfinden auf, Barmherzigkeit, Hilfsbereitschaft und sein unbedingter Wille, einer als richtig erkannten Sache treu zu bleiben.

Begeistert wie fast seine ganze Generation zog auch der Student Eckert 1914 auf die Schlachtfelder Europas. Doch das schreckliche Leben und sinnlose Sterben in den Schützengräben ernüchterten ihn sehr bald. Bereits 1916 traf er seine erste große Lebensentscheidung, die er nie mehr korrigierte: Er wandelte sich zu einem entschiedenen Kriegsgegner. Verwundet kehrte er in den Hörsaal zurück und bestand im September 1919 das zweite theologische Staatsexamen. Kurz darauf begann er in Pforzheim als Vikar zu wirken. In dieser Stellung ging der Sechsundzwanzigjährige daran, seine Ideale zu verwirklichen und denen zu helfen, welche die Gesellschaft benachteiligte und zwang, in Armut und Elend zu leben. Rasch verband sich sein soziales Engagement mit dem politischen, da er aus der als sündhaft erkannten Welt nicht fliehen wollte, weder in eine fromme Traumwelt noch in ein geschäftstüchtiges Arrangement mit den bestehenden Lebensbedingungen. Stattdessen meinte er, mahnen und aufrütteln, zum Verändern menschenunwürdiger Zustände ermuntern zu sollen. Sein Denken und Handeln nahm nun auch antikapitalistische Züge an. Ebenso wagte er es, anhand der kritisch beobachteten Wirklichkeit die bestehende Kirche kritisch zu hinterfragen. In der Pforzheimer „Freien Presse“ schrieb er 1920, sich erstmalig an die Öffentlichkeit wendend, Völkerversöhnung und Völkerfrieden fordernd: „Die evangelische Kirche darf den aus der kapitalistischen Wirtschaftsform immer wieder genährten Egoismus und die kalte Gleichgültigkeit gegen das von der kapitalistischen Wirtschaftsform verursachte Elend nicht dulden, sondern muß laut dafür eintreten, daß eine bessere, dem Brudersinn Jesu entsprechende Gestaltung unseres Wirtschaftslebens eintrete.“

Immer stärker, immer klarer trat er in der Weimarer Republik für eine neue „Ordnung der Gerechtigkeit, des Friedens und der brüderlichen Gemeinschaft“ ein. Aus dem redegewandten, linksorientierten Christen wurde bald deren populärer Wortführer, zunächst in Süddeutschland, schließlich im Reich. Er wirkte 1926 aktiv an der Konstituierung des „Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands“ mit und leitete diesen von 1928 bis 1931 als geschäftsführender Bundesvorsitzender. Im wöchentlich erscheinenden Bundesorgan [307] „Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes“, dessen Auflage er in fünf Jahren von 2.000 auf 17.000 zu steigern vermochte, veröffentlichte er selbst zahlreiche Aufsätze, Predigten, Berichte und Reden. Zugleich war er unermüdlich für die Sozialdemokratische Partei tätig, vor allem für deren linken Flügel.

Doch all dies mißfiel Eckerts kirchlichen Vorgesetzten; auf eine „Abmahnung“ folgte bald Bestrafung: Weil er die Parteinahme des Kirchengemeinderates von Mannheim und des Oberkirchenrates für die Wahl des reaktionären Generals von Hindenburg bei der Reichspräsidentenwahl von 1925 kritisierte, mußte er eine Geldbuße von 50,- RM aufbringen. Als in Deutschland 1925/26 um die Forderung nach einer entschädigungslosen Enteignung der Fürsten gestritten wurde, erhielt er den „wohlgemeinten Rat“, sich einer öffentlichen Haltung zugunsten dieser Forderung zu enthalten. Eckert bewertete dies als ein Verbot, das seine persönliche Freiheit als Staatsbürger in Frage stelle, und als Versuch, ihn zu einer Ansicht zu zwingen, die sich nicht aus dem Evangelium begründen lasse: „Angesichts der Kriegsbeschädigten und Kriegsverwaisten, angesichts der durch die Inflation Enterbten und Beraubten unseres Volkes, angesichts der Arbeitsinvaliden und der vom Lebenskampf Zerbrochenen protestieren wir gegen die Verschleuderung von Volksgut an die Fürsten, bedauern wir nach wie vor auf das tiefste die verfehlte Stellungnahme großer kirchlicher Verbände und stehen als religiöse Sozialisten auf dem Standpunkt, daß es eine Versündigung im Geist des Evangeliums ist, Millionäre zu schaffen, solange das Geld den höchsten Wert des Lebens darstellt, und Menschen aus Hunger heraus sich selbst das Leben nehmen müssen.“

Verärgert und empört beobachtete er, wie seine Tätigkeit von den Kirchenoberen behindert wurde, während politisch weit rechts stehende Pfarrer ungestört tätig sein durften. Dennoch fanden Veranstaltungen, in denen er auftrat, mehr und mehr großen Zuspruch. Viele wollten den begnadeten Redner hören, seine Argumente prüfen oder sich in den eigenen Auffassungen bestärken lassen. Mit den Erfolgen wuchsen die Auseinandersetzungen mit dem Kirchenregiment weiter an, das überwiegend deutschnational geprägt war. Am 21. Juni 1929 begann das erste von drei Kirchlichen Dienstgerichtsverfahren gegen Eckert. Es führte wegen „bewußter Verächtlichungmachung der Kirche“ zur Ordnungsstrafe der Verwarnung. Aber auch mit seiner Partei geriet er in Konflikt, als die Führung der SPD ihre noch im Wahlkampf erhobene Forderung „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer“ nach dem Sieg bei den Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 über Bord warf. Er erwartete von ihr, die „Initiative zu ergreifen, das Volk aufzurütteln, aufzureißen aus seiner Gleichgültigkeit – eine unerhörte Propaganda zu machen für den Frieden, gegen nationale Rüstungen und Kriegsvorbereitungen!“ Seinem Gewissen und dem Wahlspruch seines Lebens folgend, unterstützte er das von der KPD initiierte Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau und strebte eine schrittweise „Abschaffung der Wehrmacht“ an. Ebenso setzte er sich energisch für eine Revision der Schulbücher und der Lehrmittel ein, gegen „ihre militaristische und [308] nationalistische Tendenz“ und für die systematische „Förderung des Friedensgedankens in Unterricht und Öffentlichkeit“. Sein Protest galt der maßlosen Hetze gegen die zur Kriegsdienstverweigerung entschlossenen Männer. Mit aller Entschiedenheit und von geradezu prophetischer Hellsichtigkeit wandte sich Eckert gegen die „armselige Judenhetze“, gegen völkische Ideen und gegen die „Rassenhetze, die in einem grauenvollen Morden enden muß“.

Die kritische Sicht auf die Probleme seiner Zeit trieb Eckert zu gesteigerter politischer Aktivität. Vor allem engagierte er sich in den Auseinandersetzungen vor der Reichstagswahl vom 14. September 1930. Daß die NSDAP ihren Stimmenanteil nahezu verachtfachen konnte, rief ihn verstärkt auf den Plan: Zwischen Ende November 1930 und Ende März 1931 – am 6. Februar war er vom Dienst suspendiert worden – sprach er auf 71 Veranstaltungen vor mehr als 70.000 Menschen. Klarsichtig analysierte er die heraufziehende Gefahr des Faschismus. Wie auf der Kanzel zeigte er sich auch auf den Tribünen als ein glänzender, überzeugungsstarker Redner. Im Zeichen des Christuskreuzes argumentierte er gegen das Hakenkreuz, insbesondere gegen das soeben erschienene Buch „Der Mythus des 20. Jahrhunderts“ von Alfred Rosenberg: „Gott ist es, der das Herz aller Menschen, die ihm begegnet sind, auf die gleiche Weise bewegt, erschüttert, ergreift, zur Buße zwingt – auch das Herz eines Russen, eines Chinesen, eines Schwarzen ... Die gläubigen Christen in allen Völkern und Rassen meinen dasselbe, wenn sie Gott nennen. Die Nationalsozialisten aber, ihre Führer, sprechen vom deutschen Gott, der den arischen Menschen ausersehen habe zum Retter der Menschheit.“ Adolf Hitler spreche von den Schwarzen und Gelben als von Halbaffen. Der christliche Glaube dagegen sehe jeden Menschen, gleichgültig welcher Rasse, als Gottes Geschöpf an. Und ganz grundsätzlich heißt es bei ihm: „Christlicher Glaube weiß von solchen Nationalgötzen nichts; nach ihm gibt es auch keine Erwählung irgendeiner Rasse. Wir stellen an die Stelle des Rassentums das Menschentum. Das Göttliche, das durch Gott in jedem Menschen Aufgerufene, soll die Menschheit befreien, nicht irgendeine Rasse, irgendein Volk.“

Für die Oberen der Evangelischen Kirche Badens war das Maß voll: Dem ersten kirchlichen Dienstgerichtsverfahren folgten nun ein Redeverbot und das zweite Verfahren, das am 6. Februar 1931 mit einer vorläufigen Amtsenthebung Eckerts endete. Ihm wurde vorgeworfen, gegen den angeblich (sic!) arbeiter- und christentumsfeindlichen Nationalsozialismus zu Felde zu ziehen.“ Ein halbes Jahr später warf man ihm „Unbotmäßigkeit“ vor und setzte ihn im Dienstalter um sechs Jahre zurück, was zugleich eine empfindliche Geldstrafe bedeutete. Wäre nicht eine breite Welle der Solidarität zustande gekommen, bei der über Hunderttausend badische Bürger mit ihrer Unterschrift die Wiedereinsetzung des suspendierten Pfarrers in sein Amt forderten, hätte er wohl bereits im Juni 1931 seine Kanzel verloren; am Willen des Evangelischen Oberkirchenrates mangelt es jedenfalls nicht. Ein halbes Jahr später war es jedoch so weit: Am 11. Dezember 1931 wurde er endgültig, unehrenhaft und ruhegehalts-[309]los aus dem Dienst der Evangelischen Kirche Badens entfernt. Allerdings war damit der „Fall Eckert“ zu einem „Fall“ des deutschen Protestantismus geworden, denn Eckert wurde von der

Kirche für etwas diszipliniert, bestraft und schließlich aus dem Dienst entfernt, was Aufgabe der Kirche hätte sein müssen. Denn gerade für sie hätte es Aufgabe sein müssen, sich vom Ungeist des Nationalismus und Militarismus, von Rassismus und Antisemitismus frei zu machen, den aufsteigenden Nationalsozialismus kompromißlos im Namen eines unverfälschten Glaubens zu bekämpfen

Eckert sah sich erneut gefordert, seiner Lebensmaxime treu zu bleiben, als nun auch die Kluft zwischen ihm, dem revolutionären Sozialisten, und der Sozialdemokratischen Partei sich erweiterte. Der Parteivorstand schloß ihn am 2. Oktober 1931 offiziell aus der Partei aus, wovon der Betroffene tags darauf durch die Zeitung erfuhr. Gewiß, Eckert hatten seit längerem Zweifel über die weitere Berechtigung seiner Mitgliedschaft in der SPD gequält, doch jetzt fühlte er sich regelrecht ausgestoßen. So war eine neue Lebensentscheidung zu treffen, denn aufgeben – nein, das wollte und konnte er nicht. Nach einem Gespräch mit Wilhelm Pieck und anderen Spitzenpolitikern der KPD trat er dieser Partei bei. In einer Zeit politischer Radikalisierung und Polarisierung sah er keine andere Möglichkeit, seinen Erkenntnissen gemäß politisch wirksam zu werden. Selbstverständlich wollte er seinen Kampf gegen den Faschismus energisch fortsetzen und fand sich – ungewöhnlich für einen Mann seiner Herkunft – an der Seite der Kommunisten wieder.

Es war eine Entscheidung aus politischer und sozialer Verantwortung. Doch was konnte einen Pfarrer veranlassen, sich einer ausgesprochen atheistisch orientierten Partei zuzuwenden – und sogar bis zum Ende seines Lebens, über viele Klippen und Hürden hinweg, in ihr verankert zu bleiben und für sie tätig zu sein? Eckert gab Antwort auf diese Frage in den zahlreichen Reden, die er damals vor mehreren zehntausend Zuhörern und Zuhörerinnen hielt. Sie waren von dem einen Gedanken getragen, daß er „als einfacher Soldat der Revolution“ nicht gegen sein Gewissen handeln könne: „Sie müssen nicht denken, daß der Weg, den ich gegangen bin, einfach war und einfach sein wird. Aber ich freue mich auf diesen Weg, freue mich, weil ich die Überzeugung habe, daß mein Leben nicht besser eingesetzt werden kann als bei den Kommunisten, als da, wo es sich darum handelt, den Massen zu helfen, die leiden, die Kinder zu sättigen, die hungern, die Frauen zu unterstützen, die krank sind, als da, wo es sich darum handelt, die Leidenden zum Licht, die Unterdrückten durch Kampf zum Sieg zu führen. Mein Leben kann keinen besseren Inhalt haben als den, entschlossen mitten im Proletariat zu kämpfen um Freiheit und Sozialismus, um ein menschenwürdiges Dasein, um Frieden und Gemeinschaft auf dieser Erde.“

Eckert konnte – konsequent, wie er es zu sein sich angewöhnt hatte – die ihn quälenden Tabus nicht länger anerkennen, gleich ob diese kirchlich-institutioneller Gebundenheit oder [310] sozialdemokratisch-parteipolitischer Geborgenheit entsprangen. Es drängte ihn aus tiefstem Innern, den schlimmen Zustand der Welt nicht lediglich zu kritisieren; er mußte selbst aktiv und anders als bis dahin zu deren Veränderung im Sinne der christlichen Gebote beitragen. Auf keinen Fall wollte er so lange im Gewohnten verharren, bis es zu spät sein würde, bis andere – wie durchaus für alle absehbar – die Welt zugrunde gerichtet hätten. Sein antimilitaristisches Denken, sein sich in der verheerenden Wirtschaftskrise verstärkt artikulierender Antikapitalismus, seine zunehmende Furcht um eine unzureichende antifaschistische Gesinnung in der Kirche – die nationalsozialistischen Pfarrern mehr und mehr offenherzig begegnete –, der Abscheu vor allem Egoismus in der überwiegenden Mehrzahl der deutschen Parteien sowie nicht zuletzt sein eigener unbändiger Wille, die Massen aufzurütteln, aus ihrer Gleichgültigkeit zu reißen, um nicht hilflos der brutaler und zunehmend faschistisch werdenden Gesellschaft in Deutschland ausgeliefert zu sein – all diese Überlegungen und Maximen bestimmten seine Entscheidung vom 3. Oktober 1931.

Eckert erlebte auf seinem weiteren Lebensweg auch die Schwäche aller demokratischen Kräfte gegenüber dem Ansturm der braunen Heerscharen. Unsagbar litt er daran, daß der deutsche Antifaschismus seine große Bewährungsprobe nicht bestand und in den Reihen der Hitlergegner eher das Gegeneinander wuchs als die dringend erforderliche Bereitschaft aller, nach jenem Nenner zu suchen, der alleinige Grundlage zur Verhinderung der voraussehbaren Errichtung der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft und des Weges zum 1. September 1939 hätte sein können. Vergeblich hoffte er auf entscheidende antifaschistische Erfolge, die er als um so notwendiger betrachtete, je deutlicher ihm wurde: „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg.“

So begann am 30. Januar 1933 für Eckert ein Lebensabschnitt voller Qualen, Erniedrigungen und Enttäuschungen. Noch in der Nacht nach dem Reichstagsbrand wurde er in Düsseldorf verhaftet. Nach der Entlassung aus der Strafhaft ließ er sich mit seiner Frau im Bahnhofsviertel von Frankfurt am Main nieder. Seinen bescheidenen Lebensunterhalt sicherte er durch eine auf den Namen seiner Frau geschriebene Leihbücherei, die zugleich zu einem Treffpunkt des illegalen Widerstandes wurde. Der Mannheimer Schriftsteller Siegfried Einstein schrieb nach dem Kriege: „In jenen Jahren der großen Finsternis ging der Name Erwin Eckerts in den Kreisen der Illegalen von Mund zu Mund. Er war ein deutscher Humanist, den Illegalen wohlbekannt; und nannte man die besten Namen, so hat man seinen auch genannt.“

Als Christ kam Eckert zur KPD; in ihr und im Widerstand blieb er es auch. Niemals leugnete er das eine um des anderen willen. An seine Frau schrieb der 1935 als „Hochverräter“ Verurteilte aus dem Zuchthaus: „... meine Gedanken suchen nach entscheidenden Erklärungen für dieses harte Los, das ich tragen muß. Ich finde keine, es sei denn der Glaube, daß Gott mich auf diesen Weg führt, damit ich auch in Demütigung und Unehre, in Erniedrigung und [311] unglaublichem Leidenmüssen auf ihn vertraue ... Das Bewußtsein trotz der Erniedrigung meiner Lage, keine schlechte Tat begangen zu haben, hilft mir, aufrecht zu bleiben.“ Am 4. Advent des Jahres 1936 träumte er davon, daß der „Geist und die Kraft Christi das Leben der Völker und der Menschen untereinander bestimmen wird. Dieser Glaube ist auch in dieser trüben Umgebung und trotz des Geschicks, das mich im Grunde eben wegen dieses Gläubigseins an den in Christus geoffenbarten Willen Gottes getroffen hat, unerschütterlich in mir. In meiner engen Zelle werde ich am Weihnachtsabend an dieser Vision der in Gemeinschaft und Frieden geeinten Menschheit Kraft finden wie schon so oft.“ Drei Jahre später – der Zweite Weltkrieg war bereits entfesselt – schrieb er am 17. Dezember 1939: „Alle die verständlichen Depressionen, die mich hie und da überfallen wollen, lasse ich nicht Herr werden über mich. Immer hält mich der Trost und die Gewißheit aufrecht, daß ich keinen leichtfertigen, schlechten Weg, sondern einen notwendigen Weg der Klärung und Prüfung gegangen bin. Die Lieblingsstellen aus dem Neuen Testament, Paulus- und Johannes-Briefe, tragen mich oft bis an die letzten Grenzen menschlicher Erkenntnis und Freiheit.“

1944 verschlug es Eckert nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus im Jahre 1940 ins Bodenseegebiet nach Oberwihl, das am 20. April 1945 von französischen Truppen befreit wurde. Hier wirkte er zunächst als Vorsitzender einer größeren antifaschistischen Gruppe, die sich beziehungsreich „Das Neue Deutschland“ nannte. Ihn beseelte der Gedanke, an einem Aktionsbündnis der früheren Arbeiterparteien, wenn möglich auch an der Schaffung ihres organisatorischen Zusammenschlusses zu einer Einheitspartei mitzuwirken. In der sich neu formierenden südbadischen KPD trat er vehement für die Unterstützung aller Ansätze ein, die darauf zielen, die verhängnisvolle Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung zu überwinden. Mit Freude nahm er die Entstehung der „Vereinigten Arbeiterpartei“ in der Industriestadt Singen, einem Zentrum der südbadischen Arbeiterbewegung wahr, mit Ärger, daß deren Zeitung „Neues Deutschland“ nur am 1. Mai 1945 erscheinen durfte, da die französischen Besatzungsbehörden intervenierten.

Nach einer Zusammenkunft der Anti-Nazi-Komitees und antifaschistischen Ausschüsse aus den Kreisen Donaueschingen, Konstanz-Land, Konstanz-Stadt, Säckingen, Stockach, Überlingen, Villingen und Waldshut entstand auf Initiative Eckerts und mit Genehmigung der Militärregierung für die gesamte französische Besatzungszone die überparteiliche antifaschistisch-demokratische Organisation „Das Neue Deutschland“. Ihrem Präsidium gehörte er als geschäftsführender Vorsitzender gemeinsam mit dem christlichsozialen Oberbürgermeister von Freiburg Wolfgang Hoffmann und dem sozialistischen Staatsrat Carlo Schmitt an und forderte: „Die Gräben, die das gemeinsame Leid der Verfolgung aller Antifaschisten in den vergangenen zwölf Jahren zugeworfen hat, sollen nicht wieder aufgerissen werden. Vergessen wir nicht, daß in den Zellen der Gefängnisse und Zuchthäuser, in den Baracken [312] der Konzentrationslager die Antifaschisten gemeinsam gelitten haben, daß sie ohne Rücksicht auf ihre parteipolitische und weltanschauliche Überzeugung gemartert, erschlagen und hingerichtet wurden. Zehntausende kommunistischer und sozialdemokratischer Funktionäre genauso wie viele Tausend aufrechter Christen und Geistliche beider Konfessionen und Angehörige aller Gesellschaftsschichten haben den grausamen Tod um ihrer Überzeugung willen erlitten.“ Hoffnungsvoll

setzte er hinzu: „Die Überlebenden aber haben sich geschworen, zusammenzuhalten, wenn es einmal nach der Vernichtung des Hitlerregimes darum gehe, ein neues Deutschland aufzubauen.“

Als sich die erste Regierung Südbadens konstituierte, gehörte Eckert – inzwischen am 13. Januar 1946 zum Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Südbadens gewählt – dieser Allparteienregierung als Staatsrat an. Er wurde auch zum Mitglied der beratenden Landesversammlung gewählt, deren Aufgabe es war, eine Verfassung für Baden auszuarbeiten und zu verabschieden. Die Landesversammlung bestimmte ihn zu ihrem dritten Vizepräsidenten. In seinen Verantwortungsbereich fiel die Entnazifizierung, doch beschlich ihn bald das Gefühl, eher an Rehabilitierungen als an einer politischen Reinigung mitwirken zu sollen. Er erarbeitete daher einen Gesetzentwurf zur politischen Säuberung in Baden, wollte dezentralisierte Entscheidungsstrukturen schaffen und die Prozesse beschleunigen. Obwohl die Landesverwaltung seinen Text einstimmig billigte, wurde er von der französischen Militärregierung – offensichtlich von deutschen Beamten dazu angestachelt – nicht autorisiert.

In den ersten direkten Wahlen zum badischen Landtag errang Eckert ein Mandat für die KPD. Bis 1952 wirkte er als Abgeordneter in Südbaden, bis 1956 auch im ersten Landtag des neu konstituierten Südweststaates Baden-Württemberg. Selbst politische Gegner mußten eingestehen, daß seine Reden im Parlament zu den besten gehörten, die dort zu hören waren. 1949 erhielt seine weit über Parteigrenzen hinaus ragende Popularität eine Bestätigung besonderer Art. Bei den Wahlen vom 31. Juli 1949 für das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Mannheim stimmten 26.087 (34,7%) der Einwohner für ihn; eines der besten Ergebnisse, das je ein Kommunist in der Bundesrepublik erreichen konnte.

Doch nach den Erfolgen kamen Niederlagen: 1950 wurde er als Landesvorsitzender der KPD in Baden abgelöst; er sah sich Vorwürfen ausgesetzt, „sowjetfeindliche Tendenzen“ zu vertreten und „ungenügend mit der Arbeiterklasse verbunden“ zu sein. Kantig und sperrig, wie sein Wesen nun einmal war, mußte ihm die geforderte Unterordnung unter die „Parteidisziplin“ schwer fallen. Doch Eckert blieb sich treu, auch später, als 1956 die KPD verboten wurde und 1968 die Deutsche Kommunistische Partei an ihre Stelle trat. Er wollte keinen Bruch mit den Genossen, deren Grundanliegen nach wie vor auch die seinen waren.

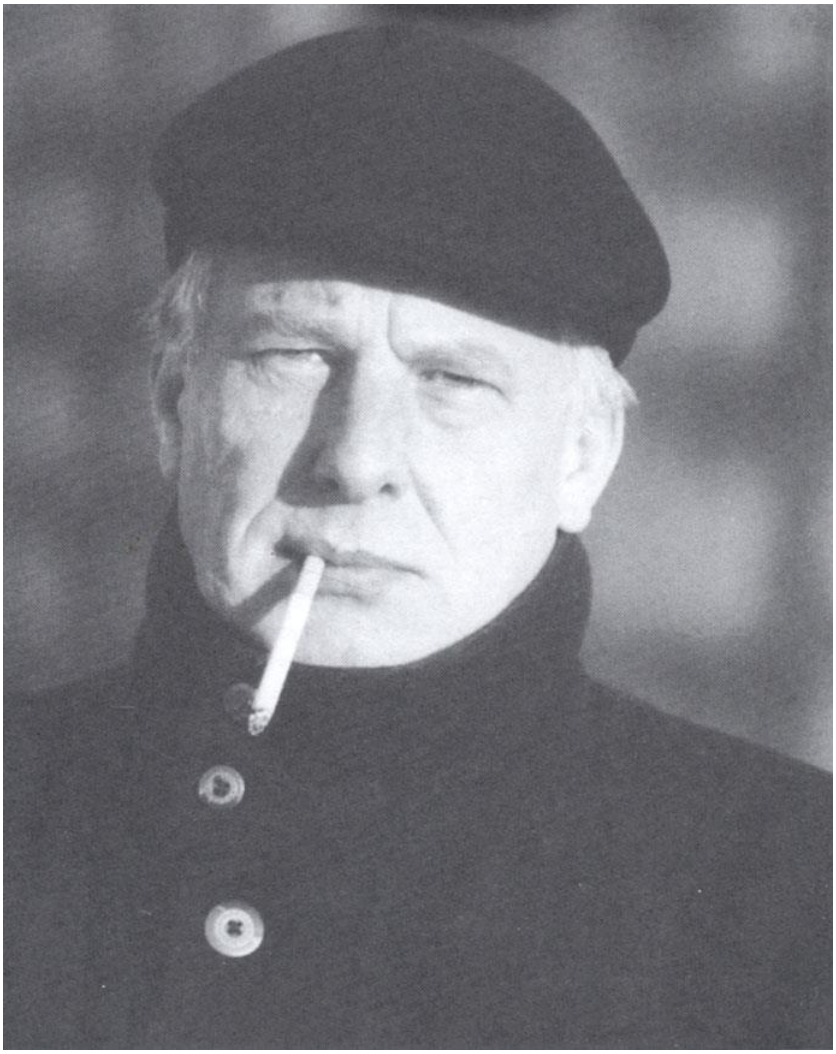
[313] Ebensowenig wollte Eckert mit seinem Glauben brechen, sondern die Spannung zwischen seiner politischen und Glaubenshaltung aushalten. Er sei kein Freidenker, erklärte er, und werde auch weiterhin in seiner Partei „kämpfen in der festen Überzeugung, daß die Verwirklichung der sozialistischen Ziele den Forderungen lebendiger, christlicher Frömmigkeit mehr entspricht als die zum Untergang bestimmte bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsstruktur.“ Keineswegs wollte er die unverkennbaren Unterschiede zwischen christlichem Glauben und marxistischer Philosophie verwischen, jedoch die Gemeinsamkeiten auch nicht übersehen. Es sei für einen Christen legitim, sich im Sinne des Kommunistischen Manifests am Aufbau einer Gesellschaft zu beteiligen, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die Befreiung aller ist.“ Auf jeden Fall habe der Glaube notwendige Auswirkungen auf die Gestaltung des irdischen Lebens, auch wenn Heinrich Heines Diktum „Wir wollen auf Erden schon das Himmelreich errichten“ zu hinterfragen sei.

Während Eckert auf all das, was ihm kirchliche Behörden, politische Gegner und die Presse in der späten Weimarer Republik angetan hatten und was er an Verfolgungen des „Dritten Reiches“ hatte erleiden müssen, mit wachsender innerer Ausgeglichenheit zurückzublicken vermochte, überkam ihn unüberwindliche Bitterkeit, als er erneut vor die Schranken eines Gerichtes treten mußte. 1959/60 schlugen auch über ihm die antikommunistischen Repressionswellen des Kalten Krieges zusammen: Gegenstand seines Prozesses vor dem Düsseldorfer Landgericht war die Tätigkeit in der westdeutschen Friedensbewegung. Als führendes Mitglied des „Westdeutschen Friedenskomitees“ sowie als Vizepräsident des „Weltfriedensrates“ hatte er sich entschieden gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und eine atomare Ausrüstung der Bundeswehr ausgesprochen. Dafür wurde er als „Rädelsführer einer verfassungsfeindlichen Organisation“ verunglimpft und zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten mit Bewährung verurteilt. Die ihn unterstützenden Aussagen solcher Zeugen wie Martin Niemöller, Gustav Heinemann und Hans-Joachim Iwand verhallen ungehört. Diether Posser, einer der Verteidiger der Düsseldorfer Angeklagten, hatte bereits vor Prozeßeröffnung verlauten lassen: „Politische Häftlin-

ge, die keine Gewalttaten verübt oder geplant haben, sind nichts anderes als eine Art von Kriegsgefangenen: Gefangene des Kalten Krieges, der die Welt und unser Vaterland spaltet.“

Vor 25 Jahren, am 20. Dezember 1972, schloß Erwin Eckert für immer die Augen nach einem Leben in Aufrichtigkeit, getragen von unerschütterlicher Hoffnung auf eine menschliche, gerechte und friedvolle Zukunft. Bis zuletzt hatte er Christ *und* Revolutionär, Humanist *und* Sozialist, Demokrat *und* Antifaschist, Pfarrer *und* KPD-Mitglied sein wollen. Zwar blieb es ihm stets ein Greuel, sich zerrissen zu sehen in den einen oder den anderen, doch diese Spannung wollte er aushalten – im Interesse einer als notwendig und möglich erkannten besseren Zukunft der Menschen.

[314] Es kündete von tiefempfundener Dankbarkeit und hoher Anerkennung, als seiner Todesanzeige der Wahlspruch vorangestellt wurde: „Dem Ganzen dienen, sich selbst treu bleiben!“



1997

[315]

„Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine“

Ein Blick zurück in Zorn und in Hoffnung (April 1998)

Die von Reinhard Mielitz im Oktober 1996 initiierte und an den Landesbischof, den Evangelischen Oberkirchenrat und die Synode der badischen Landeskirche gerichtete Petition, „Pfarrer Erwin Eckert anläßlich seines 25. Todestages am 20. Dezember 1997 in aller Form zu rehabilitieren“[1] – obwohl Eckert ebenso wie Bonhoeffer eigentlich keine Rehabilitierung nötig hat –, blieb bis zum heutigen Tage unerledigt. Die inzwischen mehr als 350 Unterzeichner dieser Petition – darunter allein mehr als 100 Pfarrer sowie namhafte Theologen, kirchliche Amts- und Mandatsträger, Historiker und Angehörige Eckerts wie Ulrich Fischer, Manfred Haustein, Walter Kreck (mit eigener Eingabe), Reinhard Mielitz, Jan Niemöller, Hans Prolingheuer, Martin Adolf Ritter, Heinz Röhr, Michael Rudloff, Martin Rumscheidt, Ulrich Schneider, Hannelies Schulte, Christian Stappenbeck, Marie Veit, Manfred Weißbecker und Gert Wendelborn – warten immer noch auf eine „eindeutige, unübersehbare Rehabilitierung“[2]. Und diese, so der abschließende Wortlaut der Resolution, „darf nicht in aller Stille erfolgen, sondern mit einem deutlichen Bekenntnis des Irrtums, des Versagens und der Schuld vor Gott und gegenüber einem aufrechten, antifaschistischen und für den Frieden kämpfenden Pfarrer und Christen. Das Wort ‘Wir sind in die Irre gegangen ... muß jetzt in aller Offenheit ausgesprochen werden. Nur so kann aus der erlebten und erlittenen Geschichte eine Kraft werden, die Zukunft eröffnet, und an der die Kirche noch beteiligt sein kann.“[3]

Doch die Kirche tut sich schwer, ihren Irrtum einzugestehen. Sie macht es sich leicht und hofft mit dem Hinweis, Eckert sei in die KPD eingetreten, die eigenen über Jahre sich hinziehenden Taten rechtfertigen zu können. Dabei wird ein 1973 erstelltes theologisches Gutachten über die Vereinbarkeit von Pfarramt und Mitgliedschaft in einer kommunistischen Partei übersehen[4] und offenbar dem prominenten sozialdemokratischen Protestanten Diether Posser gefolgt, der laut Protokoll der Loccumer Tagung „Die Macht der Religion in der [316] Politik“[5] zwar zu Recht von Opfern politischer Vorstellungen und Vorurteilen der Kirche spricht und einen „blindmachenden Antikommunismus der Kirche“ kritisiert, dann aber fortfährt: „Ich glaube, das Zentrale ist, daß ein Prediger des Evangeliums nicht Atheist sein kann, und daß er auch nicht einer Partei angehören kann, die sich verpflichtet fühlt dem historischen Materialismus. Ein Pfarrer sollte sein Amt aufgeben, wenn er mit wichtigen Glaubensgrundlagen der Kirche nicht mehr übereinstimmt. Dann darf er aber nicht sagen, es werden politische oder sonstige Gründe gegen mich vorgeschoben. Das ist für mich das Kriterium.[6] Mein Versuch, Posser zu einer Klarstellung seiner Auffassung zu bewegen, wonach Eckert mit seinem Eintritt in die KPD auch seinen evangelischen Glauben aufgegeben habe, war bisher vergeblich.[7] Vielleicht sollte die nächste Tagung auch den Titel tragen: „Die Macht der Politik auf die Religion“. Jedenfalls wird mit sozialdemokratischer Hilfe der Kirche wieder einmal ein gutes Gewissen verschafft. In Wahrheit hat die evangelische Kirche – spätestens seit Eckerts Auftritt auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag als einziger Delegierter, der der SPD angehörte – Eckerts Entfernung aus dem Pfarramt zielstrebig betrie-

---

1 Resolution an den Herrn Landesbischof, den Evangelischen Oberkirchenrat der Badischen Landeskirche und an die Badische Landessynode zur Rehabilitierung des Pfarrers Erwin Eckert vorn 21. Oktober 1996, inzwischen abgedruckt in: Christ und Sozialist, Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V., 1/1998 (März 1998), S. 50 f.; Weitere Unterschriftenlisten sind erhältlich beim Initiator Dr. Reinhard Mielitz, Altenbergstraße 34, 79219 Staufen.

2 A. a. O., S. 51.

3 Ebenda.

4 Siehe die in der Zeit von 1968 bis 1974 von der katholischen Kirche finanzierte „Internationale Dialog Zeitschrift“ 3/1973, S. 201–211: Gutachten über die Frage „ob die politische Mitarbeit in einer atheistischen politischen Partei eine kirchliche Tätigkeit grundsätzlich ausschließt“ im Auftrage des Direktors der Sektion Theologie an der Humboldt-Universität Berlin/DDR für die Christliche Friedenskonferenz (CFK). Das Gutachten wird in überarbeiteter Form in Heft 2/1998 der Weißenseer Blätter – aus aktuellem Anlaß – erneut nachlesbar sein.

5 Protokoll der Loccumer Tagung „Die Macht der Religion in der Politik“ (vermutlich 1988).

6 Ebenda, S. 134.

7 „Ich kann mir nicht vorstellen, daß sich meine von Ihnen zitierten Bemerkungen auf Erwin Eckert beziehen sollten. Das will ich aber gern nachprüfen, notfalls korrigieren.“ Diether Posser in einem Schreiben an den Verfasser vom 1.6.1988. Das Ergebnis der Prüfung ist bis heute unbekannt.

OCR-Texterkennung Max Stirner Archiv Leipzig – 06.11.2021

ben. Es war also keine „Schnapsidee“[8], die Darstellung des sog. „Falles Eckert“ zunächst mit dem kirchlichen Dienstgerichtsverfahren im Juni 1931 enden zu lassen. Was wenige Wochen darauf folgte, war nur die Konsequenz der Konsequenz. Der Eintritt in die KPD war willkommener Anlaß, nicht der im übrigen anfechtbare Grund, Eckert nun endlich einen kurzen Prozeß zu machen.

Wie anfechtbar die Argumentation der Badischen Landeskirche seit 1931 im Hinblick auf die Entlassung Pfarrer Eckerts aus dem Kirchendienst ist, geht aus dem Schriftverkehr von Eugen Fitzer mit dem Reichskirchenminister aus dem Jahre 1936 hervor. Er belegt unzweideutig, wie theologisch und tatsächlich zweifelhaft die Begründung des letzten Disziplinarprozesses gegen Eckert war, die sich darauf beschränkte, daß ein Pfarrer nicht zugleich Mitglied einer atheistisch ausgerichteten kommunistischen Partei sein könne. Während der badische Kirchenpräsident Wurth den Mitgliedern des Kirchlichen Dienstgerichts am 26. Juni 1931 in einem Schreiben an den Karlsruher Oberbürgermeister Julius Finter für ihre „so große Mühewaltung im Dienstgericht in Sachen Eckert“[9] seinen [317] „herzlichen Dank“[10] ausgesprochen hatte, führte der als Prälat in allen Dienststrafverfahren über Eckert zu Gericht sitzende und spätere Landesbischof Kühlewein in seinem Schreiben vom 7. Januar 1936 an die Deutsche Evangelische Kirchenkanzlei Beschwerde gegen Eugen Fitzer, Richter in allen kirchlichen Dienstgerichtsverfahren gegen Eckert, „daß es *so lange dauerte, bis der bekannte Religiöse Sozialist und spätere Kommunist* [sic!] *Pfarrer Eckert aus der Kirche ausgeschieden* war.“[11]

53 Jahre nach dem 8. Mai 1945 und 25 Jahre nach dem Tod von Eckert hat die Badische Landeskirche bis heute nicht einmal jene Position eingenommen, die Rudolf Bultmann bereits nach dem Beitritt Eckerts zur KPD im Jahre 1931 vertrat. Dieser billigte zwar Eckerts Beitritt zur KPD nicht, konnte aber einer Disziplinierung nur zustimmen, „wenn 1. aus seiner Gemeinde Mannheim begründete Beschwerde erhoben würde (die ich notabene als begründet nur dann ansehen könnte, wenn sie von einem nennenswerten Bruchteil käme, der einzig auf seine Bedienung angewiesen wäre)[12] und wenn 2. ähnliche Beschwerden gegen Nazipfarrer in gleicher Weise behandelt würden. Ad2 wäre noch die allgemeine Bemerkung zu machen, daß nach meiner Erfahrung die proletarischen Kreise ganz erheblich weiter sind in der Toleranz als die bürgerlichen. Die Kirchenleitung aber, die von sich aus gegen E. als Kommunisten disziplinarisch vorgeht, widerlegt wieder einmal das Wort von der Überparteilichkeit der Kirche, die leider in Deutschland noch ein frommer Wunsch ist.“[13] Der Marburger

---

8 Siehe die im übrigen wohltuend-kritische, wohlwollend-ausführliche Rezension von A. M. Ritter in der „Zeitschrift für Kirchengeschichte“ (2/1989, S. 283) über F.-M. Balzer/K. U. Schnell, Der Fall Erwin Eckert, Zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik, Köln 1987, Bonn ^{2}1993.

9 Klaus Wurth an den Vorsitzenden des Kirchlichen Dienstgerichtes, den Karlsruher Oberbürgermeister Julius Finter vom 26.6.1931, Kopie der Abschrift im Privatarchiv Balzer.

10 Ebenda.

11 Landesbischof Julius Kühlewein an die Deutsche Evangelische Kirchenkanzlei vom 7.1.1936, zit. nach: Eugen Fitzer an den Reichskirchenminister vom 30.10.1936, Kopie in Privatarchiv Balzer.

12 Wenige Wochen vorher hatte der Mannheimer Pfarrer Rost, der der kirchlich-positiven Fraktion angehörte, als Zeuge der Verteidigung dies in Abrede gestellt. Bei der definitiven Entfernung Eckerts aus dem Kirchendienst am 11.12.1931 wurde das Zeugnis von Pfarrer Rost entweder nicht mehr angehört oder der Zeuge stellte sich nicht mehr zur Verfügung. Siehe auch die Aussage von Konrad Krimm: Erwin Eckert (1893–1972). Pfarrer, Sozialdemokrat, Kommunist, in: Protestantismus und Politik, Zum politischen Handeln evangelischer Männer und Frauen für Baden zwischen 1819 und 1933, Eine Ausstellung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Landeskirche in Baden/Landeskirchliche Bibliothek, dem Generallandesarchiv Karlsruhe und dem Stadtarchiv Karlsruhe aus Anlaß des Kirchenjubiläums 1996: 175 Jahre Evangelische Landeskirche in Baden, Ausstellungskatalog hrsg. von der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe, Karlsruhe 1996, S. 261: „In der Flut von juristischen Schriftsätzen, Presseartikeln, Petitionen und Flugblättern pro und contra, die sich erhalten haben, läßt sich bei aller Widersprüchlichkeit eine Konstante ausmachen: Auch Eckerts Gegner – von der äußersten Rechten abgesehen – anerkannten seine persönliche Integrität und seine unbeirrbare Suche nach dem christlichen Verkündigungsauftrag.“

13 Zit. nach Original des X. Rundbriefe, der Bruderschaft Sozialistischer Theologen vom 1.12.1931, 515 f., in: Privatarchiv Balzer. Ein Spottvers aus den 20er Jahren bringt das Dilemma der Neutralitätsvorstellungen auf den Punkt: „Die Kirche ist politisch neutral – aber sie wählt deutsch-national“. Siehe hierzu Konrad Krimm (S. 261): „Der Oberkirchenrat warf Eckert vor, die Kirche zu politisieren – dem widersprach Eckert mit dem Hinweis auf die offensichtliche Duldung nationalsozialistischer Demonstrationen bei kirchlichen Veranstaltungen. Eckert widersprach aber auch aus der Überzeugung, daß die Kirche ihren Platz nur bei den Ausgebeuteten und Unterdrückten haben könne; ‚Neutralität‘ in dieser Kernfrage bedeute für ihn nichts anderes als die längst offenkundige

Theologe Martin Rade wandte sich am 15. Oktober 1931 an die Mitglieder des [318] Kirchlichen Dienstgerichtes mit der Feststellung: „Was man auch gegen Eckert sagen mag, noch hat ihm niemand die Rechtschaffenheit seiner Evangeliumsverkündung und seiner Pfarrersarbeit beanstandet. Etwaigen Ungehorsam gegen die Kirchenleitung mag man rügen, aber ihn darum seines Amtes entsetzen oder gar aus der Kirche ausschließen, weil er Kommunist geworden ist, darf man nicht.“[14]

So, als gebe es die Aussage des 1. Korinther nicht: „Denn es müssen Parteien unter euch sein, auf daß die, so rechtschaffen, offenbar unter euch werden“, hat die Kirche ihre theologisch und politisch anfechtbare Parteinahme für die Gegner Eckerts bis heute nicht unzweideutig aufgegeben.

Zwar hat der badische Landesbischof Engelhardt am 20. Juni 1993 anläßlich des 100. Geburtstages von Eckert in seiner Predigt dafür gedankt, daß es in der Kirchengeschichte schon immer Frauen und Männer gab, „die sich nicht mit den Verhältnissen abfanden und die die Sehnsucht nach der von Gott gewollten, besser gelungenen Welt nicht loswurden, die einen Blick hatten für die zu kurz gekommenen und getretenen Menschen.“[15] Zwar erklärte der Landesbischof, daß das „Ausweichen vor Gottes Reich in das Geschäft, in die ökonomische Lebenssicherung“[16] „tief bei uns allen“ sitze. „Der Mammon ist viel mehr unser Götze, als wir wahrhaben wollen. Er verstellt viel hartnäckiger und klotziger den Zugang zu Gottes neuer Welt, als wir zugeben. Es gibt eine unheimliche Befangenheit und Gefangenschaft in der wirtschaftlichen Verfaßtheit unseres Systems. So kommt Gott nicht an uns heran. So kriegt Gott die Welt nicht wieder in die Hand, weil wir ihn nicht zu brauchen meinen.“[17] Und konkret auf Eckert bezogen hieß es in der Predigt des Landesbischofs, daß „dieser die politischen Gefahren wacher (sic!) und hellsichtiger (sic!) wahrgenommen und vor allem entschlossener bekämpft“ habe als die damalige Kirchenleitung, so als sei dies eine Frage des Komparativs gewesen.[18] „Ihm wurde der Prozeß [319] gemacht, während gleichzeitig diejenigen unbehelligt blieben, die wie trojanische Pferde nationalsozialistisches Denken in unsere Kirche einschleusten.“[19] Und Engelhardt gestand ein: „Das Versäumnis und die Schuld unserer Kirche liegt darin, daß eine unheimliche ‘bürgerliche‘ Befangenheit das rechte Auge blind machte und daß die Leidenschaft Eckerts für die sozialen Elemente der Botschaft vom Reiche Gottes und vor allem für die nun wirklich kleinen und kleingehaltenen Leute, für die Getretenen und Zu-kurz-Gekommenen in der Kirchenleitung keine Resonanz gefunden hat.“[20] „Eckert gehört zu unserer Landeskirche, und dies nicht als ein dunkles, schamhaft zu verschweigendes, sondern als ein erhellendes Kapitel.“[21] Engelhardt beklagte, daß mit Eckert kurzer Prozeß gemacht worden sei, „zu kurzer Prozeß – nicht im Hinblick auf die Dauer der Verhandlungen, sondern theologisch wurde mit ihm kurzer Prozeß gemacht. Da war aufgrund der unheimlichen Befangenheit keine Bereitschaft, keine innere Fähigkeit da, sich theologisch mit ihm auseinanderzusetzen im Aufspüren seiner innersten theologischen Orientierung an der Botschaft Jesu ...“[22] Warum um alles

---

Parteinahme der Kirche für den herrschenden Kapitalismus, der sich mit dem Faschismus notwendig zu neuer Unterdrückung der Armen verbündet habe.“

14 Martin Rade an die Mitglieder des Kirchengerichts vom 15.10.1931, Durchschrift in Privatarchiv Balzer.

15 Klaus Engelhardt, Predigt über Matthäus 22, 1–14 am 2. Sonntag nach Trinitatis vom 20. Juni 1993 in der Stadtkirche Karlsruhe, in: Roter Himmel auf Erden? Der religiöse Sozialismus, Karlsruhe 1994, S. 147–153, hier: S. 148. Siehe auch die positive Würdigung der Predigt Engelhardts durch Gert Wendelborn, in: F.-M. Batzer/G. Wendelborn, „Wir sind keine stummen Hunde“, Heinz Kappes (1893–1988), Christ und Sozialist in der Weimarer Republik, Bonn 1994, S. 150 f.

16 A. a. O., S. 151.

17 Ebenda.

18 Dem stellvertretenden Ratsvorsitzenden Martin Niemöller nahm schon an dem Stuttgarter Schuldbekenntnis Anstoß, in dem es heißt: „wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht besser gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.“ Niemöller wandte dagegen ein: „Daß wir *nicht mutig* bekannt haben! Daß es sich nicht um einen Gradunterschied, sondern daß es sich um einen wesenhaften Substanzunterschied handelt.“ So entstehe der falsche Eindruck: „wenn man ein bißchen mehr getan hätte, dann wär’ das alles nicht passiert. Wir hätten was *anderes* tun müssen!“ zit. nach: Hans Prolingheuer, Wir sind in die Irre gegangen. Die Schuld der Kirche unterm Hakenkreuz, Köln 1987, S. 96.

19 A. a. O., S. 152.

20 Ebenda.

21 A. a. O., S. 153.

22 Ebenda.

in der Welt, so frage ich mich und andere nach den hier zitierten Äußerungen des Landesbischofs, zögert die Badische Landeskirche nach dem Eingang der Petition, unterschrieben von vielen kirchentreuen Laien und Pfarrern der badischen Landeskirche, diesen Worten nun auch Taten folgen zu lassen? Wer oder was hindert diejenigen, die guten Willens sind, daran, Eckert und alle anderen von der badischen Kirche ins Unrecht Gesetzte zu rehabilitieren und die gegen sie ergangenen Fehlurteile für null und nichtig zu erklären?

Es fehlt entweder an Mut, sich zur historischen und politischen Lernfähigkeit unzweideutig zu bekennen oder an der erforderlichen politischen Kenntnis und Einsicht in tatsächliche historische Zusammenhänge. Bischof Engelhardt meinte allerdings in seiner Predigt vom 20. Juni 1993 zu Eckerts Entfernung aus dem Kirchendienst, die jedoch nur den Schlußpunkt eines langen Weges der Strafverfolgung darstellte, daß es um Politik auch gar nicht ginge. „... was heute zu sagen ist, muß am Wort Gottes und nicht an unseren politischen Positionen geprüft werden. Was ist es um das Reich Gottes und um seine soziale Botschaft, die auch begriffen werden muß? Das ist die alles entscheidende Frage. Nicht Erwin Eckert und die religiösen Sozialisten haben jetzt im Mittelpunkt zu stehen. Wir müssen Gott die Ehre geben und gehorsam auf sein Wort hören.“[23]

[320] Nun bin ich kein Theologe, aber nehmen wir den Landesbischof beim Wort. Da 67 Jahre nach Eckerts Dienstentlassung und 25 Jahre nach seinem Tod nicht befürchtet werden kann, daß eine öffentliche Erörterung und Kritik seiner kirchlichen Strafverfahren dem disziplinarrechtlich Verfolgten zusätzlich zur Last gelegt werden können, möchte ich im folgenden auch kein Blatt vor den Mund nehmen. Und da ich kein Theologe bin, stütze ich mich im folgenden auf zwei Stellungnahmen, die zwei Theologen in einem anderen Zusammenhang, aber doch offenbar auf den sog. „Fall Eckert“ übertragbar, kürzlich abgegeben haben, nämlich auf die von Hanfried Müller und Rosemarie Müller-Streisand[24].

Falls ihnen widersprochen werden kann und soll, möge man sich theologisch mit ihnen auseinandersetzen. Hier nun also meine Fragen: War es *theologisch* geboten, jene *56* Pfarrer der badischen Landeskirche gewähren zu lassen, die bereits vor 1933 Mitglied der NSDAP wurden und, mehr oder weniger von der Öffentlichkeit beachtet, die „Entjudung“ der „Heiligen Schrift“ betrieben und die Botschaft von „Frieden und Gerechtigkeit“ mißachteten, die nicht das „Reich Gottes“ im Auge hatten, sondern aktiv daran mitwirkten, jenes „Dritte Reich“ herbeizuführen, das nun alles andere war als die Respektierung der „Gotteskindschaft“ aller Menschen, auch der Nicht-Christen auf dieser Erde? Dabei ist es aus der Sicht der Lehre unerheblich, ob die Nazi-Pfarrer nun nach 1933 „Deutsche Christen“ oder „Alte Kämpfer“ mit Goldenem Parteiabzeichen in den Reihen der sog. „Bekennenden“ Kirche wurden. Konnte auch nur eine Sekunde lang *theologisch* ein Zweifel daran bestehen, daß die Kirche sich *auf die Seite Eckerts schlagen und gleichzeitig die Nazi-Pfarrer einem Lehrzuchtverfahren unterwerfen mußte*? Hatten die Kirchen nicht jene Christenpflicht, „Gottes Wort und Gottes Wahrheit rein und lauter zu erhalten“[25] von der Eckert sprach? „Wir bekämpfen den Faschismus, der aus Jesus Christus, weil er ein Jude war, nun plötzlich einen Arier mit Hakenkreuz und Schwert macht. Wir bekämpfen den Faschismus, der aus dem Heiligen Geist [...] das heilige Blut der arischen Edelrasse macht.“[26]

Die Disziplinarprozesse gegen Pfarrer Eckert und die Urteile, mit denen sie endeten, werfen zu Recht die Frage nach der „geistlichen Legitimität kirchlichen Disziplinarrechts“[27] auf. „Denn nach evangelischer Lehre wird alle kirchliche Autorität durch das Evangelium [321] begrenzt, und sogar kirchliche Bekenntnisse sind für evangelische Christen nur verbindlich, *insoweit* sie schriftgemäß sind. Das

---

23 A. a. O., S. 148 f.

24 Hanfried Müller, „Pfarrer wegen DDR-Kontakten amtsenthoben“, in: Weißenseer Blätter, 1/1998, S. 2–5 (im folgenden zu, unter Hanfried Müller); Rosemarie Müller-Streisand, Kirchlich-theologisches Gutachten zum Disziplinarverfahren der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg gegen Pfarrer Ulrich Krumm vom 23. April 1997, in: Weißenseer Blätter 1/1998, S. 5–15 (im folgenden zitiert unter Rosemarie Müller-Streisand).

25 Erwin Eckert, in: RS.

26 Maschinenschriftliches Protokoll nach durch den EOK veranlaßten stenographischen Aufzeichnungen vom 18. März 1931, zit. nach: F.-M. Balzer/K. U. Schnell, Der Fall Erwin Eckert. a. a. O., S. 130.

27 Hanfried Müller, S. 3.

aber gilt erst recht für die Verbindlichkeit kirchlicher Disziplinarordnungen.[28] In dem kirchlichen Strafverfahren gegen Eckert ging es „weniger um eine willkürliche Disziplinverletzung“[29] Eckerts als vielmehr um ein „*theologisch* begründetes politisches und kirchenpolitisches Verhalten“[30]. Damit stand die Schriftgemäßheit kirchlich geforderter Berufsdisziplin selbst zur Debatte. „Sie aber ist eine Frage der Lehre und nicht der Disziplin“[31]. Um Eckert gerecht zu werden, hätte man also die „*Lehre*“ prüfen müssen, die Pfarrer Eckert davon abhielt, sich an widerrufene Regelungen zu halten. „Das aber ist die Lehre der Reformation vom allgemeinen Priestertum aller Glaubenden und die Lehre der bekennenden Kirche, daß ‚die verschiedenen Ämter in der Kirche ... keine Herrschaft der einen über die anderen, sondern die Ausübung des der ganzen Gemeinde anvertrauten und befohlenen Dienstes‘ begründen (These IV der Theologischen Erklärung der ersten Bekenntnissynode der DEK in Barmen).“[32] In seiner Rede vor dem Verwaltungsgericht in Karlsruhe am 16. März 1931 „Wir fordern Gerechtigkeit!“[33] klagte Eckert: „Ach, daß doch aus dem fast verschütteten, fast erstickten Leben der Kirche, aus den Kräften des Auferstandenen in ihr für unsere Zeit eine Lehre werden könnte! Aber wir haben keine Lehre – wo ist sie? Hätten wir sie, dann wüßte die Oberkirchenbehörde wenigstens, daß sie Front machen müßte gegen den Verrat der Nationalsozialisten an Jesus Christus.“[34]

Auch wenn Mißtrauen gegen nicht gleich überprüfbare Auslassungen aufkommen sollte[35], seien hier wesentliche Passagen aus Eckerts geistlichem Plädoyer vor dem Kirchlichen Dienstgericht am 14. Juni 1931 zitiert: „Um der Kirche willen, um unseres Volkes willen, um der Not der Massen willen mußte ich, mußten wir die Nationalsozialisten bekämpfen, und ich werde das auch weiter tun. Eigentlich wäre das alles die Aufgabe der verantwortlichen Führer der Kirche gewesen, aber sie sind blind, sie sind verstockt. ... Sie wagten es, Herr Oberkirchenrat Friedrich, von meinem „blinden Haß“ gegen die Nationalsozialisten zu reden. [322] Sie können nicht begreifen, daß es auch andere Motive gibt, die einen Geistlichen zwingen können, zu einer rücksichtslosen Anklage, wie wir sie gegen die Nationalsozialisten erhoben haben ... Alle Paragraphen unserer Verfassung stehen unter dem Paragraph 1 unserer Verfassung, der aber lautet, meine Herren: ‚Die vereinigte evangelisch-protestantische Landeskirche Badens verehrt mit der evangelischen Gesamtkirche Jesus Christus als den Herrn und das alleinige Haupt seiner großen Gemeinde.‘ Ein Pfarrer hat sich deshalb bei allem, was er tut, nicht zu fragen: Was wird die Oberkirchenbehörde dazu sagen, sondern was hat Christus dir befohlen? Das ist auch der Sinn der Bekenntnisschriften, auf denen sich der Glaubensstand unserer Kirche aufbaut, das ist der Sinn z. B. der Ausführung Melanchthons in der Apologie der *Confessio Augustana* zu Artikel 7 und 8, wo er sagt: ‚Denn Christus ist ihr Haupt und heiligt und stärkt sie durch seinen Geist.‘ An einer anderen Stelle heißt es: ‚Die rechte Kirche steht nicht auf den Prälaten, weil sie die Gewalt haben, denn es sind schon viele vom hohen Stand, Fürsten und Bischöfe, vom Glauben abgefallen. Darum steht die Kirche auf denjenigen, in welchen eine rechte Erkenntnis lebendig ist‘. Darum meine Herren, weil ich ein evangelischer Mensch bleiben will, der sich keinem äußeren willkürlichen Zwang beugt, werde ich immer dann, wenn die Erlasse der Oberkirchenbehörde der rechten, das heißt der vor dem Evangelium und dem in Gott gebundenen Gewissen geprüften Erkenntnis und dem Auftrag Christi widersprechen, stets nur und absolut Christus gehorchen, die menschlichen Absichten des Oberkirchenrats aufdecken und anklagen.“[36]

---

28 Ebenda

29 Ebenda. Es war ein Willkürakt der Badischen Kirchenleitung, den Eckert am 1. Oktober bewilligten Reiseurlaub zur Teilnahme Eckerts an einer Delegationsreise in die Sowjetunion 6 Tage nach seinem Eintritt in die KPD am 9. Oktober wieder aufzuheben, obwohl gleichzeitig seine Amtsenthebung mit sofortiger Wirkung mit 7:2 Stimmen von der Kirchenregierung beschlossen worden war.

30 Ebenda.

31 Ebenda.

32 Ebenda.

33 Erwin Eckert, Wir fordern Gerechtigkeit, in: RS vom 29.3.1931, S. 57 f.

34 A. a. O., S. 58.

35 Ein Quellenband mit ungekürzten Texten der Kontrahenten aus den Jahren 1930 bis 1931 könnte hier Abhilfe schaffen.

36 Erwin Eckert, Um des Gewissens willen, Rede vor dem Dienstgericht in Karlsruhe am 14. Juni 1931, in: RS vom 30.8.1931, S. 147.

Eckert fuhr nach ausführlichen Begründungen seines geistlichen Handelns fort: „Ich stehe mit gutem und freiem Gewissen vor Ihnen. Ich habe meine Pflicht getan und werde sie auch weiter tun, so oder so, wie Gott es will. Es gibt ein Wort in der Apologie der Confessio Augustana zum Artikel 12, der vom Kirchenregiment handelt. Dort heißt es: ‘Weil denn die Bischöfe die Unseren nicht dulden wollen, wenn sie nicht diese Lehre verlassen, die wir bekannt haben, zu deren Bekenntnis uns Gott gezwungen hat, so müssen wir die Bischöfe fahren lassen und Gott mehr gehorsam sein und wissen, daß die christliche Kirche da ist, daß Gottes Wort recht gelehrt wird. Die Bischöfe mögen zusehen, wie sie es verantworten wollen, daß sie durch solche Tyrannei die Kirche zerreißen und wüste machen.“[37]

Um diese von Eckert ausführlich dargelegte und hier nur auszugsweise wiedergegebene Lehre zu beanstanden, „müßte die evangelische Kirche explizit die Reformation widerrufen“[38]. Und nicht nur Hanfried Müller sieht Anzeichen, daß sie dies heutzutage vermehrt [323] und implizit tut. Hanfried Müller verweist in diesem Zusammenhang auf Hermann Diem, der 1946 feststellte: „Der oberste Grundsatz für alle Kirchenordnungen ist in den reformatorischen Bekenntnissen: Gebundenheit in der Lehre und Freiheit in den Ordnungen. Die Bürokratie hat das ins Gegenteil verwandelt: in der Lehre herrscht Willkür und in den Ordnungen das Gesetz“.[39] Vor und während der Herrschaft des Faschismus in Deutschland hat hinsichtlich der Lehre eine solche Willkür in der Kirche geherrscht, daß zu allererst einmal sie selbst der Lehrzucht bedürfte anstatt die Urteile gegen jene nicht zu widerrufen, die zweifellos das „reine Evangelium“ gepredigt haften. Beispiele hierfür ließen sich endlos aufzählen. Ich erspare mir das, weil ich davon ausgehen muß, daß dies den eingeweihten Theologen hinreichend bekannt ist. Oder war es kein Verstoß gegen die Lehre, wenn Joseph Goebbels – unwidersprochen von Kirchenführern und großen Teilen des Kirchenvolkes – Gott schlicht durch den „deutschen Herrgott“ ersetzte? Eckerts Weigerung, sich ein kirchliches „Redeverbot“ erteilen zu lassen, das ihn daran zu hindern trachtete, gegen den Einbruch faschistischer Ideologie und Praktiken in den Raum der Kirche zu Felde zu ziehen, konnte nicht als Disziplinwidrigkeit geahndet werden, sondern entsprach einer „theologischen Gewissensentscheidung“[40], die er sich nicht nehmen lassen wollte. Sein daraus abgeleitetes Handeln ist auf die von ihm zugrundelegte Lehre zu überprüfen, nicht nach seiner politischen Konsensfähigkeit zu beurteilen.

Die Frage lautet also nicht, ob *politische Gründe* ihn zu seinem Handeln und letztlich zu seinem Entschluß führten, angesichts des bedrohlich näherrückenden Faschismus sich der KPD anzuschließen, sondern die Frage muß lauten: Waren es nicht gerade *theologische* Einsichten und Gewissensgründe, die Pfarrer Eckert dazu bewogen, diese als einzigen Maßstab seiner „Amtspflichten“ anzusehen und die Bestrafung in Kauf zu nehmen? Wenn aber seine politische Parteinahme für die „Mühseligen und Beladenen“, für die in der KPD energisch gegen den Faschismus kämpfenden Arbeiter nicht *Grund*, sondern *Folge* seiner kirchlich-theologischen Einsichten war, wäre da nicht zu prüfen gewesen, ob diese Einsichten schrift- und bekenntnisgemäß waren und sind? Statt einer Inkriminierung seines Wandels wäre die Unterstützung seiner Lehre angebracht gewesen.

Nachdem die SPD ihn vor allem wegen „Kontaktschuld“ nach 20jähriger Mitgliedschaft in der SPD ohne Verfahren und ohne Anhörung ausgeschlossen hatte, glaubte man in der Kirchenleitung und in den sie tragenden Teilen des Kirchenvolkes und im Hinblick auf die gerade gebildete „Harzburger Front“ sich keine Rücksichten mehr auferlegen zu müssen und einfach kurzen Prozeß machen zu können. Aber der Koalition von DNVP und NSDAP, [324] Stahlhelm und SA in der Harzburger Front stand auf der Seite der Arbeiterbewegung nichts Entsprechendes gegenüber. Hatte nicht der Chefredakteur der Mannheimer „Volksstimme“, Heinrich Harpuder, die Einheit der SPD weit über das antifaschistische Anliegen aller Strömungen der deutschen Arbeiterbewegung und des bürgerlich-demokratischen Lagers gestellt? Galt sein Vorwurf nicht hauptsächlich der Tatsache, daß Eckert offensichtlich bereits vor seinem Eintritt in die KPD mit Vertretern der KPD „Kontakt“, „Fühlung“

---

37 Ebenda.

38 Hanfried Müller, a. a. O., S. 3.

39 Hermann Diem, Restauration oder Neuanfang, Stuttgart 1946, S. 54; zit. nach: Hanfried Müller, S. 3.

40 Erwin Eckert, Um des Gewissens willen, a. a. O., S. 147 f.

aufgenommen und insofern noch als Mitglied der Sozialdemokratie die Brücke zu den Kommunisten betreten hatte?[41]

War es nicht wenigstens nach 1945 allerhöchste Zeit, über die Lehre von der politischen Verantwortung der Christen nachzudenken und im Sinne des „Darmstädter Wortes“[42] jenen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die nicht in die Irre gegangen, sondern frühzeitige Mahner, Warner und Kämpfer gegen die heraufziehende Barbarei waren?

Nichts gegen ökumenische und auch politische Zusammenarbeit von Protestanten, Katholiken und Nicht-Christen. Aber ist nicht im Zeichen der neugegründeten bürgerlichen Sammelpartei CDU/CSU, die vergessen machen wollte, was ihre politischen Vorläufer DNVP, DVP, NSDAP und auch Zentrum an historischer Schuld bei der Transformation der Weimarer Republik in den Faschismus auf sich geladen hatten, die „reformatorische Unterscheidung der beiden Reiche“[43] in Vergessenheit geraten? Zuletzt wurde dieser reformatorische Gedanke in der „Verwerfung der V. These der Theologischen Erklärung der Synode von Barmen 1934 bekenntnisartig formuliert und durch den Ordinationsvorbehalt in der EKU auch rechtserheblich.“[44] Dort heißt es u. a.: „Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst ein Organ des Staates werden.“[45] Wieviel von diesen von Barth inspirierten und von Teilen der Bekennenden Kirche ernsthaft rezipierten reformatorischen Impulse sind nach 1945 übriggeblieben?

Mit Eckert jedenfalls ist nicht im Sinne einer geistlichen Aufrechterhaltung der *disciplina ecclesiae* umgegangen worden, sondern im arbeitsrechtlichen Sinne einer Berufsdisziplin, so [325] als habe er silberne Teelöffel gestohlen. Hierin liegt der Kern des an Eckert begangenen Rufmordes. Ansonsten ist der Ruf von Eckert als bedeutendster Kirchen- und Volkstribun des deutschen Protestantismus in diesem Jahrhundert durch seine Dienstentlassung nicht beschädigt worden. Schaden nimmt die Kirche durch ihr fortwährend untheologisches wie unbußfertiges Verhalten und ihre Weigerung, die eigene falsche Lehre zu verwerfen.

Eckert war für die Kirche nicht mehr tragbar, weil er sich durch sein „Verhalten außer(halb) des Amtes“ im Sinne des Dienstgesetzes nicht „würdig“ erwiesen und damit seine Pflichten als Geistlicher verletzt habe. Die Verletzung seiner „Amtspflichten“ konnte ihm nicht nachgewiesen werden.

Eine Verletzung des Ordinationsgelübdes wurde Eckert gar nicht erst vorgeworfen. Dieses bindet nämlich „nicht unmittelbar an die Kirche, sondern an den Herrn Jesus Christus und an den Auftrag, sein Wort zu verkündigen.“[46] So jedenfalls hat Luther die Ordination gesehen: „Also bleibt nichts im Pfarramt oder Predigtamt denn das einige Werk, nämlich geben oder darreichen das Evangelion, von Christus befohlen zu predigen.“[47] „Die *vocatio* bindet an das Wort Gottes und insoweit auch an die reformatorischen Bekenntnisse der Kirche als dessen kirchliche Auslegung, nie und nimmer aber an die Kirche anders als in eben *dieser* Vermittlung durch Schrift und Bekenntnis.“[48]

Ganz im Sinne dieser reformatorischen Tradition hatte Eckert vor dem Verwaltungsgericht in seiner Rede „Wir fordern Gerechtigkeit“ erklärt: Solange der „Gehorsam gegen Gott mich nicht gegen die Behörde stellt, habe und will ich alles tun, was sie von mir verlangt. Sobald aber die Behörde als Dienstherr von mir etwas verlangt, was gegen den Anruf Gottes in mir ist, werde ich nicht gehorchen,

---

41 Heinrich Harpuder, Ein Führer der Religiösen Kommunisten? in: Volksstimme, Ausgabe Mannheim, vom 5. Oktober 1931, Kopie in Privatarchiv Balzer.

42 Zu Text und aktueller Bedeutung des „Darmstädter Wortes“ siehe: Friedrich-Martin Balzer/Christian Stappenbeck (Hrsg.), Sie haben das Recht zur Revolution bejaht. Christen in der DDR. Ein Beitrag zu 50 Jahre „Darmstädter Wort“, Bonn 1997.

43 Rosemarie Müller-Streisand, S. 8, ebenda.

44 Ebenda.

45 Ebenda.

46 Rosemarie Müller-Streisand, a. a. O., S. 9.

47 Martin Luther, Von der Winkelmesse und Pfaffenweihen 1533 EA 31, 359 f.; zit. nach Rosemarie Müller-Streisand, a. a. O., S. 10.

48 Ebenda.

aber auch nicht aus der Kirche austreten, weil sie nicht des Präsidenten, sondern Gottes ist – werde ich mein Amt nicht niederlegen, weil ich es nicht von der Behörde, sondern von Gott habe. Er hat mich ‘ordiniert‘ und nicht der juristische Berater eines deutschnationalen Kirchenpräsidenten“.[49] Eckert fuhr fort: „Wir wollen die Kirche nicht zerstören, ... – wir wollen sie erneuern“[50] und schloß mit den Worten: „Ich bin der Überzeugung, werte Herren Richter, daß mir unerhörtes Unrecht geschehen ist, [326] Unrecht auch an meiner Gemeinde, die man von mir gerissen hat ...“[51] Bis zum heutigen Tage ist dieses Unrecht von der Kirchenbehörde nicht konsequent als solches erkannt worden, auch wenn inzwischen das angebliche „Unrecht“ eingeräumt wird, daß Nazi-Pfarrer und Eckert nicht „gleich“ behandelt worden sind.

Wie in verfassungswidrigen, antidemokratischen Berufsverboteverfahren im öffentlichen Dienst, die, wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte inzwischen festgestellt hat, zumindest teilweise der Europäischen Menschenrechtskonvention widersprechen, reduzierte sich der Grund der Entfernung aus dem Kirchlichen Dienst auf die Tatsache der Mitgliedschaft in einer kommunistischen Partei. Von geistlicher Dimension war keine Rede. Und auch heute – erst recht nicht nach dem Anschluß der DDR an die BRD – nimmt keiner der Rehabilitierungsverweigerer zur Kenntnis, was der Weißenseer Arbeitskreis zu Zeiten der DDR formulierte und was als Beschreibung des Weges von Erwin Eckert nach seiner Dienstentlassung geeignet ist: „Im Glaubensgehorsam sind wir dessen gewiß, daß uns nichts von Gottes Liebe scheiden kann. Darum begegnen wir der nicht-christlichen Welt nicht ängstlich oder gehässig, sondern hilfsbereit und besonnen ... Dabei haben wir – frei von Antikommunismus und Opportunismus – zu prüfen, was Gott von uns will, und seinen guten Willen zu tun. So werden wir der Erhaltung des Lebens durch Mitarbeit und kritischen Rat dienen und jeder Gefährdung des Lebens wehren. Wir werden die in Jesus offenbare Liebe Gottes zur Welt nur so bezeugen können, daß wir von dem weltanschaulich-philosophischen Gegenüber von Theismus und Atheismus nicht mehr fixiert werden. So leben wir täglich aus Gottes Hand in sorgloser Gelassenheit und gehorchen Gottes menschenfreundlichem Wort, frei gegenüber allen Weltanschauungen und Gedankensystemen, gegenüber allen menschlichen und also auch sozialistischen Geboten der Moral.“[52]

Das Erbe des reformatorischen Kirchenverständnisses ist trotz seiner Wiederbelebung während des „Kirchenkampfes“ offenbar in Vergessenheit geraten. Und so fragt Rosemarie Müller-Streisand zu Recht, was das allgemeine Priestertum noch bedeute, wenn kirchenpolitische Verantwortung zum Privileg von Kirchenführern werde. Wo bleibt in der Kirche die Bindung an Barmen III und vor allem Barmen IV, wenn es dort heißt: „Die christliche Gemeinde ist die Gemeinde von Brüdern... Die verschiedenen Ämter in der Kirche begründen keine Herrschaft der einen über die anderen, sondern die Ausübung des der ganzen Gemeinde anvertrauten und befohlenen Dienstes. Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und dürfe sich die Kirche abseits von diesem Dienst besondere, mit Herrschafts-[327]befugnissen ausgestattete Führer geben oder geben lassen.“[53]

Eckert gebührt Dank und nicht die Aufrechterhaltung von entehrenden disziplinarischen Abstrafungen. Wer Eckert 67 Jahre nach seiner schließlichen Entfernung aus dem Kirchendienst keine wirkliche Gerechtigkeit widerfahren läßt, indem er die gegen ihn ergangenen Urteile (Plural!) ohne Wenn und Aber aufhebt, hat theologisch nichts dazugelernt und bleibt „Amtsträger“ einer „selbstbezogenen Kirche“[54], die mit Rücksicht auf weltliche Mächte das Urteil eines verfehlten kirchlichen Dienstgerichts an die Stelle dessen setzt, der nach theologischem Selbstverständnis „allein Herr der Kirche“ sein sollte. Betroffenheit und wohlmeinende Erklärungen helfen wenig, wenn ihnen nicht auch die Taten einer wirklichen Umkehr folgen.

---

49 Erwin Eckert, Wir fordern Gerechtigkeit, a. a. O., S. 58.

50 Ebenda. Siehe auch Eckerts ungehaltene Rede auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag 1930 mit dem Titel: „Kann die Evangelische Kirche erneuert werden?“ Auf Eckerts Auftritt auf dem Kirchentag von 1930 wird noch zurückzukommen sein.

51 Ebenda.

52 Zit. nach: Rosemarie Müller-Streisand, a. a. O., S. 10.

53 Zit. nach Rosemarie Müller-Streisand, a. a. O., S. 13.

54 Ebenda.

Die schärfste Kritik am gegenwärtigen Verhalten der badischen Kirchenleitung in Sachen Eckert ist, daß das Politische nach wie vor der entscheidende Maßstab geblieben ist. Indem Eckert primär politische Motive für sein jahrzehntelanges Wirken in der badischen Landeskirche unterstellt werden, ist man „augenscheinlich von der eigenen Prioritätensetzung ausgegangen“[55] und mißt selbst mit politischen, nicht mit theologischen Maßstäben. Die politischen Maßstäbe aber sind im Darmstädter Wort des Bruderrats der Bekennenden Kirche benannt und verworfen: „Damit haben wir das freie Angebot der Gnade Gottes an alle durch eine politische, soziale und weltanschauliche Frontenbildung verfälscht und die Welt ihrer Selbstrechtfertigung überlassen.“[56]

Rosemarie Müller-Streisand schließt ihr theologisches Gutachten: „Gerechtfertigt fühlt man sich augenscheinlich durch den derzeitigen Sieg der vermeintlichen ‘Front der Guten gegen die Bösen, des Lichtes gegen die Finsternis.“[57] So hatte schon der badische Landesbischof Kühlewein 1933 den Sieg der Nazis begrüßt.[58] Ihn plagten keine Gewissensbisse, daß Eckert im Gefängnis saß. Er beklagte lediglich, daß man sich nicht schon zu Zeiten, als Eckert als religiöser Sozialist und Sozialdemokrat noch nicht bei den Kommunisten war, seiner entledigt hatte. Wie sehr politische Rahmenbedingungen theologisch gebotenes Handeln verbiegen, geht allein aus der Tatsache hervor, daß 1988 ein Mitglied der badischen Kirchenleitung öffentlich erklärte, daß die Zeit für eine Rehabilitierung Eckerts anläßlich [328] seines 100. Geburtstages gekommen sei. Das Schweigen der Landeskirche über die an sie gerichtete Petition ist unüberhörbar. Was ist geschehen?

Weil man auch heute meint, daß der „Sieger gegenüber dem Unterlegenen von vornherein im Recht ist, meint man zur politischen Beurteilung des Unterlegenen hinreichend legitimiert zu sein.“[59] „Darf aber die Kirche, die doch Kirche des Gekreuzigten ist, sich solcherart der Welt gleichstellen?“[60]

Eine Chance, Eckert Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, bestand vor allem 1945/46, als die Schuld für die nicht nur in deutschem Namen, sondern von Deutschen begangenen Verbrechen noch erkannt wurde und die Trümmer der Zerstörung, in denen man hockte, noch weithin in den Köpfen waren und die Unschuldigen wie Eckert sich daran machten, ein neues antifaschistisches demokratisches Deutschland zu errichten.[61] Diese Gunst der Stunde wurde verpaßt. Nach dem Rücktritt von Kühlewein wurde nicht Hermann Maaß, sondern Julius Bender Landesbischof. Die vor Tausenden von Zuhörern und vor der zerstörten Trinitatiskirche in Mannheim von Eckert erklärte Bereitschaft, wieder auf die Kanzel zu gehen, blieb ungehört[62]. Zur ersten Schuld der Jahre 1925–1931 gesellte

---

55 Rosemarie Müller-Streisand, a. a. O., S. 15.

56 Darmstädter Wort, zit. nach Balzer/Stappenbeck, a. a. O., S. 362.

57 Rosemarie Müller-Streisand, a. a. O., S. 15.

58 Siehe den Hirtenbrief Kühleweins, in: F.-M. Balzer/G. Wendelborn: „Wir sind keine stummen Hunde“. a. a. O., S. 102–104.

59 Rosemarie Müller-Streisand, a. a. O., S. 15.

60 Ebenda.

61 Man stelle sich nur einmal vor: wenn die Mehrheit der Deutschen sich durch eine Revolution von den Verantwortlichen für den barbarischen zweiten Griff nach der Weltmacht losgesagt und selbst befreit hätten, wäre die badische Kirche nicht nur bereit gewesen, Eckert zu rehabilitieren, sondern wäre froh gewesen, ihn gleich zum Bischof der badischen Landeskirche zu machen. Das Nachflackern des Bauches von demokratischer Revolution aus dem Jahre 1918/19 wurde nach 1945 jedoch durch restaurative Kräfte und divergierende Interessen der jeweiligen Besatzungsmacht bald wieder erstickt. In Abwandlung eines Ausspruchs von Jacques Roux könnte für Eckert gelten: „... de tout temps, on s’est servi des hommes à grand caractère, pour faire les révolutions ... Si on na plus besoin d’eux, on les brise comme un verre ...“

62 Die sog. „Blindheit“ auf dem rechten Auge, von der Engelhardt in seiner Predigt spricht, wiederholt sich trotz eindrücklichem Anschauungsunterricht nach 1945. Hatte man die in der Öffentlichkeit laut von sich reden machenden Nazi-Pastoren vor 1933 nicht nur in Baden theologisch gewähren lassen und Eckert aus dem Kirchendienst entfernt, so strömten die ca. 8.000 „Deutsche Christen“ in Baden allein samt ihren Pastoren nach 1945 wieder „anstandslos“ in die „Volkskirche“ zurück. Eckert blieb draußen. Siehe hierzu nur zwei Aussagen aus der 1996 erschienenen Studie von Dosis L. Bergen, Twisted Cross: The German Christian Movement In The Third Reich, Chapel Hill und London 1996: „At the local level, pastors and their flocks showed little interest in obstructing German Christian desires to rejoin the Protestant mainstream“(S.208). „And despite some initial disciplinary actions, *generally complete withpensionsfor (hose removed from their posts, by, 1949, almost all German Christian clergy had reentered the service of the church* (Hervorhebung – F. M. B.) or were in the

sich die zweite Schuld der Jahre 1945/46. Wird der Hahn 25 Jahre nach Eckerts Tod abermals krähen?

Übrigens kann auch von einer Rehabilitierung von Heinz Kappes trotz gegenteiliger Dar-[329]stellungen[63] keine Rede sein, es sei denn, seine Beschäftigung als Religionslehrer – dank der Fürsprache durch Hermann Maaß nach der Rückkehr von Kappes 1948 aus dem Exil in Palästina – würde als solche herhalten müssen. In der Personalakte von Kappes wurden keine Belege für eine förmliche Rehabilitierung oder eine Entschädigung für ausgebliebene Pensionszahlungen, die durch seine zwangsweise Versetzung in den Ruhestand im Jahre 1933 nötig geworden waren, gefunden.[64] Auch dieser Tatbestand der Nicht-Rehabilitierung von Heinz Kappes macht deutlich, daß es der Kirche in Wirklichkeit gar nicht um die Unvereinbarkeit von Pfarramt und Mitgliedschaft in der KPD ging und geht, sondern trotz aller wohlmeinenden Rede vom „Bruder Eckert“ die babylonische Gefangenschaft durch Rücksichtnahme auf Kirchenpräsident, Ankläger, Richter und juristische Untersuchungsführer fortdauert. Ob übrigens die Personalunion von Untersuchungsführer, Ankläger und Mitglied der Kirchenregierung rechtsstaatlichen und heutigen Maßstäben des Kirchenrechts standhält, ist im Zusammenhang mit Oberkirchenrat Otto Friedrich meines Wissens bisher noch nicht Gegenstand eines Nachdenkprozesses geworden. Friedrich war nicht nur die treibende Kraft in allen Strafprozessen gegen Eckert. Er beantragte bereits in seiner Anklageschrift vom 7. Mai 1931, den Angeschuldigten mit Dienstentlassung zu bestrafen, weil dieser gegen den „*angeblich arbeiter- und christentumsfeindlichen Nationalsozialismus* zu Felde“[65] gezogen sei. Er betrieb 1933 die Zwangspensionierung von Kappes, weil dieser sich gegen die „*deutsche Freiheitsbewegung*“ [gemeint ist die NSDAP!][66] gewandt habe. Er blieb nach [330] 1945 im Amt und wurde schließlich Professor für Kirchenrecht[67].

Druckkostenzuschüsse zu den über Eckert, Kappes und Ludwig Simon publizierten Spurensicherungen, Zuwendungen an die Witwe Eckerts aus dem Fonds der Landesbischöfe Heidland und Engelhardt, die Akademietagung anläßlich des 100. Geburtstages von Eckert, die Predigt, die der Landesbischof am 20. Juni 1993 in Karlsruhe gehalten hat, und die Aufnahme von Eckert und Kappes in die 15

---

process of doing so.“ Zu den Zahlen siehe Clemens Vollnhalls, Evangelische Kirche und Entnazifizierung, 1945–1949. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit. Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 36, München 1989.

63 Siehe Manfred Koch, Heinz Kappes (1893–1988), Christ und Sozialdemokrat in der Weimarer Republik, in: Protestantismus und Politik, Zum politischen Handeln evangelischer Männer und Frauen für Baden zwischen 1819 und 1933. Dort heißt es auf S. 276 lapidar: „1948 kehrte Kappes nach Karlsruhe zurück, wurde von der Landeskirche rehabilitiert und bis 1952 als Religionslehrer und danach als Leiter des Gemeindedienstes beschäftigt.“

64 Stattdessen ist in dem Briefwechsel zwischen Kappes und der Kirchenleitung von einem „unwiederbringlichen Verlust“ (bis zum 1.1.1945 angelaufene Mittel aus der Pension) in Höhe von RM 27.000. – die Rede. Ob dem Antrag von Kappes auf Anerkennung seiner sozial-karitativen Tätigkeit in Palästina als Dienstjahre und damit der Aufhebung seiner Zwangspensionierung stattgegeben wurde, ist nicht ersichtlich. Angesichts der massenweise Wiederaufnahme von Pfarrern „deutsch-christlicher“ Provenienz in die „Volkskirche“ – einschließlich der Anerkennung ihrer Dienstjahre als Mitglieder der NSDAP oder/und Verfechter im „deutsch-christlichen“ Sinne – käme die Ablehnung des Antrages von Kappes bei Wiederaufnahme in den Kirchendienst einer nachträglichen Zurückversetzung im Dienstalter um 15 Jahre gleich. Eckert und Kappes haben sich nach 1945 nicht um Rehabilitierung gekümmert. Sie gingen wie einst Christoph Friedrich Blumhardt (1842–1919), der 1899, 15 Jahre vor dem ersten deutschen Griff nach der Weltmacht, aus evangelischem Glauben in die (noch) atheistisch bestimmte SPD eintrat und sein Pfarramt verlor, ihren Weg und schauten im Sinne von Lukas 9, 62 nach vorn.

65 Zit. nach: Anklageschrift gegen Eckert von OK Otto Friedrich vom 7. Mai 1931 S. 7, Original im Privatarchiv Balzer.

66 Zit. nach Anklageschrift gegen Heinz Kappes von Oberkirchenrat Otto Friedrich vom 30. Oktober 1933, Kopie im Privatarchiv Balzer. Wörtlich heißt es in der 27seitigen Anklageschrift auf S. 8: „Nachdem seit den September-Reichstagswahlen 1930 der Nationalsozialismus in machtvoller Weise in den politischen Kampf eingetreten war, hat es Pfarrer Kappes sowohl als religiöser Sozialist wie als Mitglied der S.P.D. auch für seine Aufgabe angesehen, in Wort und Schrift gegen die deutsche Freiheitsbewegung aufzutreten.“ Friedrich war von 1927 bis 1933 zugleich auch Mitglied des Deutschen Evangelischen Kirchenbundesrates.

67 Ob man die „(auch theologisch) sehr beachtliche ‚Einführung in das Kirchenrecht‘ (2. Aufl. Göttingen 1978)“ von Otto Friedrich, „in der er sich sichtlich durch ‚Barmen‘ beeinflußt zeigt (Stichwort: ‚bekennendes Kirchenrecht‘)“ (A. M. Ritter in der „Zeitschrift für Kirchengeschichte“ 2/1989, S. 282) schon einmal herangezogen hat, um den sog. „Fall Eckert“ im Lichte des „bekennenden Kirchenrechts“ zu prüfen? Und zu welchem Ergebnis ist man gekommen? Ist es unstatthaft, eine entsprechende Überprüfung anzumahnen?

Persönlichkeiten umfassende Darstellung und Ausstellung zur 175jährigen Geschichte der badischen Landeskirche mögen als Zeichen guten Willens angesehen werden. Eine wirkliche, radikale, d. h. an die Wurzel der evangelischen Lehre und der politisch-historischen Stellung des deutschen Protestantismus gehende Wende tritt erst ein, wenn die Urteile gegen Eckert und Kappes aufgehoben werden.

Ich empfehle der Synode der badischen Landeskirche, einen Ausschuß einzusetzen, der alle badischen Pfarrer rehabilitiert, über die im Zeitraum vom 19. Januar 1919 bis zum 8. Mai 1945 theologisch im Sinne des bekennenden Kirchenrechts anfechtbare Zwangsmaßnahmen verhängt wurden und den 8. Mai 1945 überlebten. Dies sollte neben einem entsprechenden Aktenvermerk in ihren Personalakten auch den Angehörigen mitgeteilt werden.

Vielleicht nimmt die Synode sich ein Beispiel am Bundestag. Eine Mehrheit des Bundestages hat inzwischen alle Urteile gegen „Deserteure“ aufgehoben und den Opfern der Wehrmachtsjustiz bzw. ihren Angehörigen eine einmalige, nicht anrechenbare Leistung von 7500 DM gewährt[68]. Bei aller berechtigten Kritik, wie sie der PDS-Abgeordnete Uwe-Jens Heuer an der kompromißhaften Entschließung der Bundestagsmehrheit auf der Bundestagssitzung vom 15. Mai 1997 vorgetragen hat[69], lautet der erste Satz der vom Bundestag verabschiedeten Resolution immerhin: „Der Zweite Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen“.[70]

Ob sich nun auch eine Mehrheit in der badischen Landessynode findet, die die kirchlichen [331] Strafurteile gegen „Deserteure“[71] und. aus Nazi-Deutschland ins Exil nach Palästina vertriebene Pfarrer aufhebt[72] und entschiedene Kriegsgegner und Antifaschisten wie Eckert und Kappes in aller Form rehabilitiert? Beide waren Verfolgte einer deutsch-national orientierten Landeskirche, die nicht nur gegen die reformatorische Lehre verstoßen hat, sondern ihren Teil dazu beigetragen hat, daß dem Faschismus die Macht übertragen werden konnte und sie zum Nutzen weniger und zum Nachteil sehr vieler 12 Jahre lang ausüben konnte. So wichtig der 30. Januar 1933 als Grenzlinie zwischen der „Reichsrepublik von Weimar“ (Helmut Ridder) und der mit Mitteln des Staatsapparates errichteten bürgerlich-faschistischen Diktatur auch ist, so willkürlich und historisch anfechtbar ist dieses Datum, wenn damit die Auffassung verbunden wird, so als sei das „Dritte Reich“ über Nacht gekommen. Wesentliche Voraussetzungen für die Transformation der Weimarer Republik in den Faschismus wurden spätestens mit Beginn der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929 und der Errichtung der Präsidialdiktaturen seit 1930 geschaffen. Unrecht, wie das Urteil gegen Carl von Ossietzky exemplarisch belegt, fand nicht erst ab dem 30. Januar 1933 statt.

Den Adressaten der Rehabilitierungskampagne mag das bisherige Ergebnis mit 350 Unterschriften mager erscheinen. Aber sie sollten sich nicht täuschen. Bei einem größeren organisatorischen und finanziellen Einsatz wäre der Kreis der Unterzeichner quantitativ und qualitativ um ein Vielfaches zu steigern. Aber damit wären wir wieder bei den politischen Einflüssen auf kirchliche und theologische Entscheidungen.

---

68 Bundestagsdrucksache 13/7669 (neu) vom 14.5.1997, S. 3 f.

69 A. a .O., S. 15827 f.

70 A. a. O., S. 3.

71 Siehe Bernd Diebner in den „Lutherischen Monatsheften 11/1974, S. 589: „Wie arm eine Kirche, der die Eckerts davonlaufen! – Sie laufen auch heute davon“.

72 Während am 29. Juli 1950 die Aufhebung der gegen Eckert 1933 und 1936 ergangenen Urteile während der NS-Zeit erfolgte – die Tilgung des Vermerks im Strafregister wurde veranlaßt, die angefallenen Gerichtskosten in Höhe von RM 2.381,82 wurden beim Entschädigungsantrag an die Dienststelle für Wiedergutmachung berücksichtigt – sprach wenige Wochen später Oberkirchenrat Spangenberg von der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs in einem Schreiben vom 24. August 1950 an die Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland in Berlin von einem religiös-sozialistischen Weggefährten Eckerts aus der Weimarer Zeit als einer „Kreatur des berüchtigten Pfarrers Eckert (später KPD)“ (sie). Kopie im Privatarchiv Balzer. Übrigens mußte Eckert die Kosten in allen drei kirchlichen Dienstgerichten tragen. Das Urteil am 14. Juni 1931 bestrafte ihn außerdem mit der Zurücksetzung im Dienstalter um 6 Jahre, was einer empfindlichen Geldbuße entsprach.

OCR-Texterkennung Max Stirner Archiv Leipzig – 06.11.2021

Für den Theologen Eckert[73] war die Kirche „kein Verein wie tausend andere ...“[74] Hans Heinz Holz meint gar, daß Eckert „wohl ein guter Kommunist, aber im Grunde mehr noch [332] ein besserer Christ“[75] gewesen sei. Der marxistische Philosoph Hans Heinz Holz, der Eckert nach 1945 auch persönlich kennenlernte, kommt zu folgender Schlußfolgerung: „Der gläubige Christ verletzt seinen Glauben nicht in der Gemeinschaft mit den Gottlosen, er bewährt ihn vielmehr. Das leuchtet ein und darum hat keine kirchliche Institution aus religiösen und theologischen Gründen das Recht, einen gläubigen Menschen, der sich auf solche Bewährung einläßt, aus sich auszuschließen. *Als Eckert von seiner Kirche gemaßregelt und aus dem Amt gejagt wurde, hat diese die Grundlagen verleugnet, auf denen sie beruht und in denen allein ihr institutionelles Dasein verankert ist. Die Kirche war nicht mehr die des reformatorischen Bekenntnisses, und Eckert mußte sie* in Konsequenz seines Glaubens (*Hervorhebung Hans Heinz Holz*) *verlassen. Denn weil die Kirche in seinem Verständnis ‚nicht Selbstzweck, sondern Instrument des heilbringenden göttlichen Veränderungswillens‘ (Gert Wendelborn) sein soll, hat sie sich aufgegeben, wenn sie ‚Aufgaben und Spannungen des wirklichen Lebens verständnislos‘ (Erwin Eckert) gegenübersteht*.“ Diese anläßlich von Eckerts 100. Geburtstag im Jahre 1993 aus marxistischer Sicht formulierten und leider zu Eckerts Lebzeiten nicht öffentlich ausgesprochenen Einsichten haben nichts an Überzeugungskraft verloren.

Es ist wahr: Auch Marxisten und Kommunisten haben lange, allzu lange gebraucht, um Eckert in all seiner produktiven Widersprüchlichkeit als *homo religiosus und homo politicus* zu erkennen und anzuerkennen. Ihre Solidarität mit dem aus dem Kirchendienst Ausgestoßenen ist jedoch der weitgehenden Vergeßlichkeit, Miß- und Verachtung der Kirche von 1931 bis zu seinem Tode 1972 – trotz aller Schwierigkeiten, die es in der kommunistischen Partei auch gegeben hat, himmelweit überlegen. Rudolf Bultmann hatte 1931 schon recht, als er im Zusammenhang mit dem sog. „Fall Eckert“, der in Wahrheit ein Fall des deutschen Protestantismus war und ist, die Toleranz proletarischer Kreise gegenüber bürgerlichen Kreisen pries. Der liberalen Hoffnung eines Martin Rade, mit der Aufnahme des Pfarrers Eckerts in die KPD könnte die Partei auch Abschied vom dialektischen Materialismus nehmen und die Irrationalität des Glaubens in die wissenschaftliche Weltanschauung integrieren, erteilt Hans Heinz Holz eine klare Absage.[76]

Ich selbst gebe zu: Auch ich habe bei aller frühzeitigen und nicht nachlassenden Hochachtung für den Volks- und Kirchentribun, für den tätigen, unerschrockenen und selbstbewußten Revolutionär und Reformator Erwin Eckert, den ich von 1966 bis 1972 auch persönlich wochenlang aus großer Nähe kennenlernen durfte und der für mich inzwischen [333] die Bedeutung einnimmt, die den rote Priester Jacques Roux[77] in den Französischen Revolution innehatte, Jahrzehnte gebraucht, um ihn in all seiner vielschichtigen Komplexität, Bedeutung und Entwicklung einschätzen zu lernen.[78] Ob jetzt die Kirche an der Reihe ist, unübersehbar und unzweideutig Farbe zu bekennen und nach all dem

---

73 Zwar werfen Klaus Scholder und Dogmatiker wie Hanfried Müller – gleichermaßen, aber aus unterschiedlicher Sicht – der Theologie Eckerts Geringschätzung, ja „Verachtung gegenüber der ‚Dogmatik‘ zugunsten des ‚Lebens‘“ (Scholder, Die Kirchen und das 3. Reich, Bd. 1, Frankfurt/Main 1977, S. 788, Anm. 31) vor. „Praxis als Kriterium der Wahrheit“ sollte Müller, auch wenn er als Dogmatiker (siehe seine Evangelische Dogmatik im Überblick, 2 Bände, Berlin/DDR [2]1989, gewidmet den akademischen Lehrern Hans-Joachim Iwand, Karl Barth und Ernst Wolf) über das Licht der „reinen“, strengen Lehre springen müßte, nicht ganz unvertraut sein.

74 Erwin Eckert, Wir fordern Gerechtigkeit, a. a. O., S. 58.

75 Siehe Hans Heinz Holz, Achtung für eine Aporie, in: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Argernis und Zeichen, Erwin Eckert (1893–1972), Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben, Bonn 1993, S. 362.

76 Hans Heinz Holz, Achtung für eine Aporie, a. a. O., S. 362.

77 Siehe die Schriften des DDR-Historikers Walter Markov über Jacques Roux: Jacques Roux und Karl Marx, Berlin/DDR 1965; Jacques Roux oder vom Elend der Biographie, Berlin/DDR 1966; Die Freiheit des Priesters Jacques Roux, Berlin/DDR 1967; Das Ärgernis des linken Priesters, 1967; Walter Markov gehörte zu den in der DDR diskriminierten Intellektuellen, die inzwischen im Rahmen eines breiten, selbstkritischen Lernprozesses von der PDS „rehabilitiert“ wurden. Siehe die vom Rosa-Luxemburg-Verein Leipzig herausgegebene Schrift „Wenn jemand seinen Kopf bewußt hinhielt ...“, Beiträge zu Werk und Wirken von Walter Markov, hrsg. von Manfred Neubaus und Helmut Seidel, Leipzig 1995.

78 Wer meine außerberuflichen Studien zu Eckert auch nur halbwegs verfolgt hat, wird feststellen, wie sehr sich meine Sicht im Laufe der Jahrzehnte verändert hat. Ich hoffe, in Zukunft noch manche Seite und Erkenntnis im Leben von Erwin Eckert erarbeiten und darstellen zu können.

Unrecht, das sie Eckert und anderen angetan hat, ihre Schuld anzuerkennen und die Strafurteile aufzuheben?[79]

Für einen politischen Soziologen und Historiker ist den Umgang den Kirche mit Eckert eine Geschichte der Anpassung von Institutionen an vorgegebene gesellschaftliche und politische Machtverhältnisse – damals wie heute. Verändern werden sich die Verhältnisse nicht qualitativ, wenn einzelne Theologen – entgegen den herrschenden Tendenzen in Kirche und Theologie – erfreulicherweise mehr Gehör finden, sondern wenn die Zeiten wechseln. In der Zwischenzeit wird der eine oder andere aus Erkenntnis oder/und Glaube aufstehen und Nein sagen. Den grundsätzlichen Wechsel herbeizuführen, übersteigt auch die hartnäckigste Energie einzelnen. Sicher ist, es kommt der Tag, wenn die Geschichte nicht ihren Sinn verlieren und den Glaube an Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung den Schöpfung auf Erden zum Ziel kommen soll.

Dies mag „pathetisch“ erscheinen. Aber das Pathos kommt vom Leiden daran, daß sich so wenig, so wenig grundsätzlich oder so langsam bewegt. Uns allen und mir als Angehörigem der Generation der „Kriegskinder“ war das Leben und die Freiheit geschenkt, damit wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und Unmenschlichkeit, die nicht über Nacht kommt und nicht vom Himmel fällt, frühzeitig verhindern. „Resignierte Vernünftigkeit“ ist angesichts dessen, was schon möglich war, nicht angezeigt. Hoffnung ist trotz alledem lebenswichtig. Guter Wille aber allein reicht nicht, sondern Mut wird benötigt, das für richtig Erkannte nach Kräften in die Tat umzusetzen.

[334]

[79] Vielleicht dauert es auch deshalb so lange, bis die Kirche sich auf ihre reformatorischen Grundlagen besinnt, weil sie von den bisherigen Spurensicherungen der Eckert-Forschung sowenig Kenntnis nimmt. 5 Jahre nach dem Erscheinen von Ärgernis und Zeichen“, der Veröffentlichung zum 100. Geburtstag von Eckert, ist bisher fast keine einzige Buchbesprechung im kirchlichen Raum erschienen. In den 70er Jahren war dies, wie ein Blick in das Verzeichnis der Buchbesprechungen zum ersten Ecken-Buch mit dem auf Theologen so viel abschreckender wirkenden Titel „Klassengegensätze in der Kirche“ belegt, noch ganz anders. Woran mag dies liegen? Kommt, wie Walter Markov gefragt hat, die Wende von *vendée*?

Verzeichnis der Veröffentlichungen

(selbständige Schriften sind fett gedruckt – mit versehene Veröffentlichungen sind in diesem Band abgedruckt)

1958

*** Hinter den Kulissen – Beitrag in der Schulzeitung des Märkischen Gymnasium in Iserlohn

1959

Isenlohner Primaner an der Zonengrenze, Erschütternde Eindrücke von einer Grenzlandfahrt (sic!) mitten durch Deutschland, in: Westfälische Rundschau vom 23.6.1959.

*** Bert Brecht – Schülerreferat im Deutschunterricht (unveröffentlicht).

1960

*** „Wider die resignierte Vernünftigkeit“ – Abiturientenentlassungsrede (1960), in: Friedrich-Martin Balzer, „Die Menschen stärken, die Sachen klären“, Schriftenreihe des Landschulheims Steinmühle Nr. 5/1997, Marburg 1997, S. 3 f. (zu beziehen über den Autor, 35037 Marburg, Wilhelmstr. 28).

*** „Kann nur darüber lächeln“ – Leserbrief (1960) – in: Westfälische Rundschau (ohne Datum).

1961

*** Aufarbeitung der Vergangenheit – Leserbrief vom 17.10.1961 an die „Westfalenpost“ – (unveröffentlicht).

*** Korporationen und Politik in der Weimarer Republik (1961) (unveröffentlicht).

1962

*** Was darf und soll der Wingolf im politischen Bereich tun? (1962), in: Wingolfsblätter, 81 Jg., Sept/Okt. 1962, S. 156 f.

1963

*** Der erste Griff nach der Weltmacht: Lebensraum im Osten (1963), Seminararbeit, (unveröffentlicht).

1964

Wider die Kirchenkampflegenden (1964), in: Miszellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus, „Gegen den Strom“, mit einem Nachwort von Gert Wendelborn, Marburg 1990, S. 11–30.

1965

*** T. S. Eliot – Some reflections on his Political Ideology with special regard to the play „Murder in the Cathedral“ (1965), in: Second Wessex, Voll, No. 1, Winter 1965/66, pp. 18–20

*** Rebellen in Blackpool – Leserbrief (1965) , in: DIE ZEIT, Nr. 43 vom 22. Oktober 1964.

1966

*** Veröffentlichungen Wolfgang Abendroths (1966), In: NEUE KRITIK, Nr. 35, April 1966, S. 11.

*** Alfred Lord Tennyson’s Poetic Treatment of the Social Problems of his Time (1966), Essay, (unveröffentlicht).

*** Das schlechte Gewissen – Leserbrief (1966), siehe Kommentar: Das Gewissen, in: WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU vom 3.11.1966.

1967

Die Auseinandersetzungen um den Pfarrer Erwin Eckert – Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung (1967), in: Miszellen, S. 31–101

1968

*** Ostern 1968 in der Provinz – Ein Flugblatt (1968) in: Privatarchiv Balzer.

*** Attentat auf Rudi Dutschke – Podiumsdiskussion (1968) (unveröffentlicht).

Vom Pfarrer zum Arbeiterführer – Erwin Eckert 75 Jahre (1968), in: DIE ANDERE ZEITUNG, 1968, Nr. 24, S. 4; in: Miszellen, S. 103 f.

1969

*** Mitbestimmung in der Schule – Arbeitspapier (1969), in: „Die Menschen stärken, die Sachen klären“, S. 4–7.

*** Erziehung nach Auschwitz – Erfahrungsbericht (1969), in: „Die Menschen stärken, die Sachen klären“, S. 7 f.

1971

*** Thesen zu Schule und Gesellschaft vom 1.3.1971 – (unveröffentlicht).

1972

Zur Geschichte der religiös-sozialistischen Strömungen in der Weimarer Republik – Aktuelle Anmerkungen, in: INTERNATIONALE DIALOG ZEITSCHRIFT, 1/1972, S. 37–41; in: Miszellen, S. 105–110.

*** Der sanften Gewalt der Vernunft eine Chance – Schülerstreikrede im Audi Max (1972), in: „Die Menschen stärken, die Sachen klären“, S. 8–10.

*** Ein Herz, das für soziale Befreiung brannte, Percy Bysshe Shelley (1792–1822) zur Erinnerung (1972), in: DEUTSCHE VOLKSZEITUNG, Nr. 28, 6. Juli 1972.

1973

(Zusammen mit Gert Meyer) Erwin Eckert ist gestorben (1973), in: KRITISCHER KATHOLIZISMUS, 2/1973, S. 11 f.; in: Miszellen, S. 111 f.

Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands, Mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth, Köln 1973, Köln [2]1975, Bonn [3]1993, 301 S.

Zusammen mit Richard Sorg, Ausgewählte Bibliographie zur marxistischen Kritik und Soziologie der Religion in der DDR seit 1963, in: INTERNATIONALE DIALOG ZEITSCHRIFT, 3/1973, S. 281 f.

*** Lernprozeß (1973) (unveröffentlicht).

1974

Kirche und Klassenbindung in der Weimarer Republik, in: Yorick Spiegel (Hrsg.), Kirche und Klassenbindung, Frankfurt/M. 1974, S. 45–65; Kerk en klassenbinding in de republiek Weimar, (Übersetzung ins Niederländische), in: ELTHETO, tijdschrift over godsdienst en politiek, dec. 1975; nr. 50/51, S. 35–47; Kirche und Klassenbindung in der Weimarer Republik, in: Religiöser Sozialismus, hrsg. vom Leonhard-Ragaz-Institut eV., (Darmstadt), OJ., S. 210–238; in: Miszellen, S. 131–156.

Das Problem der Assoziation nicht-proletarischer, demokratischer Kräfte an die Arbeiterbewegung – Das Beispiel von Heinz Kappes (1974), in: INTERNATIONALE DIALOG ZEITSCHRIFT (IDZ), 2/1974, S. 170–181; in: Miszellen, S. 113–130; Kirchliche Berufsverbote einst und jetzt, Berufsverbote gegen sozialdemokratische Pfarrer 1933, in: NEUE STIMME, 6/1974, S. 6 ff.

Aktualität der religiösen Sozialisten? – Interview mit „DER ROTE HIMMEL“, Nr. 3/4 vom 11.6.1974, S. 11–14.

Zur Bedeutung des Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands in der Weimarer Republik (1974), in: NEUE STIMME, 8/1974, S. 15; in: Miszellen, S. 157–159.

Marxismus und Protestantismus (1974), in: INTERNATIONALE DIALOG ZEITSCHRIFT, 4/1974, S. 379; in: Miszellen, S. 161 f.

1975

*** Der deutsche Faschismus – Buchbesprechung, in: INFORMATION, Interessengemeinschaft ehemaliger Deutscher Widerstandskämpfer in den vom Faschismus okkupierten Ländern (IEDW), Nr. 3, 1975, S. 23.

1976

Dank für pädagogischen Eros (1976), in: „Die Menschen stärken, die Sachen klären“, S. 10 f.

*** Pädagogischer Idealismus und Pragmatismus – Abschiedsrede für die Leiterin der Steinmühle (1976), in: „Die Menschen stärken, die Sachen klären“, S. 11 f.

Arthur Rackwitz: Ein Christ für den Sozialismus (1976), in: K. Schmidt/G. Jankowski (Hrsg.), unter Mitarbeit von Friedrich-Martin Balzer, Arthur Rackwitz, Christ und Sozialist zugleich, mit einem Geleitwort von Helmut Gollwitzer, Hamburg 1976, S. 16–24; in: Miszellen, S. 163–173.

1977

(Zusammen mit Angelika Borschel und Axel W. Held) Martin Rade und Georg Wünsch – Evangelische Demokraten an der Marburger Theologischen Fakultät (1977), in: Dieter Kramer/Christina Vanja (Hrsg.), Universität und demokratische Bewegung. Ein Lesebuch zur 450-Jahrfeier der Philipps-Universität Marburg, Marburg 1977, S. 169–186; in: NEUE STIMME, 5/1977, S. 22–26; in: Miszellen, S. 175–190.

August Winnig – Ein Kämpfer für Europa?, in: DER ROTE HIMMEL, Nr. 14, Februar 1977, S. 47 f.; in: Miszellen, S. 191 f.

1978

10 Jahre Studentenbewegung – Interview in der gleichnamigen Fernsehsendung von Reinhard von Behm in HR III am 26.5.1978.

1980

Militärseelsorger Lilje oder Christen für Demokratie und Abrüstung (1980), in: NEUE STIMME, 1/1980, S. 30 f.; in: DER ROTE HIMMEL, Nr. 22, Januar 1980, S. 38–42; in: Miszellen, S. 193–196.

1981

*** Kirche, Krieg und Frieden – Leserbrief an die „Oberhessische Presse“ vom 18.1.1981

*** Politische Justiz – Brief an das Marburger Amtsgericht vom 18.1.1981 – (unveröffentlicht).

*** Es genügt nicht, den Antikommunismus zu beklagen, in: NEUE STIMME, 3/1981, S. 24–26; unter dem Titel: Der komplizierte zweite Weg, in: MARBURGER ECHO, Nr. 5, 14.3.1981, S. 7.

*** An einen Gast aus der UdSSR – Grußwort auf einer DKP-Veranstaltung (1981) (unveröffentlicht).

*** Wir sind keine stummen Hunde – Eröffnung des 1. Marburger Forum am 28. Mai 1981, in: Marburger Forum, hrsg. vom Initiativkreis „Marburger Forum“, Dr. Friedrich-Martin Balzer, Marburg 1981, S. 6–8.

*** Im Zeichen des Krefelder Appells – Vorwort zur Broschüre über das 1. Marburger Forum vom 22.8.1981, in: Marburger Forum, S. 1–3.

*** „Wir werden nicht Ruhe geben“ – Grußwort zur DGB-Kundgebung am 1. September 1981, in: Friedrich-Martin Balzer(Hrsg.), Argumente für Frieden und Demokratie, (Juni 1983), S. 11 f.

Nachwort zu Erwin Eckerts Rede „Rüstet ab!“ (nachgedruckt unter dem Titel „50 Jahre danach, Erwin Eckert: Rüstet ab! Rede bei der Friedensfeier am 28. Dezember 1930 in der Mannheimer

Trinitatiskirche, in: NEUE STIMME, 9/1981, S. 18 f.) in: NEUE STIMME, 9/1981, S. 19–20; Auszüge der Rede Eckerts und das Nachwort in: DEUTSCHE VOLKSZEITUNG Nr. 52/53 vom 24. Dezember 1981, S. 24

*** Kampf gegen Demokratieabbau – Solidaritätsveranstaltung gegen den vom Berufsverbot betroffenen Mitinitiator des Marburger Forum, Wolfgang Artelt, am 19. Oktober 1981, in: Argumente für Frieden und Demokratie, S. 13–16; Auszüge unter dem Titel „Antikommunismus soll die Friedensbewegung spalten“ in: MARBURGER ECHO vom 12.12.1981.

*** Global denken – lokal handeln – Eröffnung des 2. Marburger Forum am 22. November 1981, in: Argumente für Frieden und Demokratie, S. 17–20.

1982

*** „Widerstand jetzt“ – Bürgerversammlung gegen Sozialabbau am 28.1.1982, in: Argumente für Frieden und Demokratie, S. 21–24.

*** Der Ostermarsch hat seine Geschichte – Ostermarschrede in Oberursel (1982), in: Hessische Jugend, Heft 2, Juni 1982, S. 26; in: Argumente für Frieden und Demokratie, S. 25.

*** Nie wieder Krieg! – Nie wieder Faschismus! – Flugblatt der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten Marburg, der Deutschen Friedensunion (Bezirksverband Marburg) und des Marburger Komitees gegen Berufsverbote zum 8. Mai (1982), in: Argumente für Frieden und Demokratie, S. 27.

*** Hat der Frieden noch eine Chance? – Grußwort an William Bonn(FDP) (1982) (unveröffentlicht).

*** Demokratische Leistungsschule zwischen Utopie und Wirklichkeit – Lehrerfortbildung (1982), in: „Die Menschen stärken, die Sachen klären“, S. 13.

*** „Man muß den Frieden hartnäckig durch das Auge der Gerechtigkeit betrachten“ – Kundgebung des Chile-Komitees am 10. September 1982, in: Argumente für Frieden und Demokratie, S. 28–31.

*** Gegen die Rechtskoalition – Kundgebung am 30. September 1982, in: Argumente für Frieden und Demokratie, S. 32 f.

*** Kirche, Krieg und Frieden – Referat in der Stadthalle Homberg am 2. November 1982, in: Argumente für Frieden und Demokratie, S. 34–39.

1983

*** Zum Zusammenhang von Krieg und Faschismus – Begrüßung bei der Veranstaltung mit Reinhard Opitz am 8. Februar 1983, in: Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Das Marburger Forum im Jahr 1983, Positionen und Aktivitäten im Spiegel von Aufrufen, Briefen und Reden, Marburg 1984, S. 6 f.

*** Den Frieden wählen – aber wen? – Eröffnung einer Podiumsdiskussion mit Bundestagskandidaten am 20. Februar 1983, in: Das Marburger Forum im Jahr 1983, S. 8–10.

*** Offener Brief an Frau Dr. Christa Czempiel in der Oberhessischen Presse am 3. März 1983, in: Das Marburger Forum im Jahr 1983, S. 11–13.

Zusammen mit Ernst Busche, Hans-Joachim Patzelt, Josef Weber (Hrsg.), Krefelder Initiative, Der Atomtod bedroht uns alle – Keine Atomraketen in Europa, Fragen und Antworten zur Unterschriftensammlung für den Krefelder Appel (Überarbeitete Auflage), 19 S., (März 1983).

*** „Sage niemand, er habe es nicht wissen können“ – Eröffnung des 3. Marburger Forum am 19. Juni 1983, in: Das Marburger Forum im Jahr 1983, S. 20–27.

*** Ein liberaler Demokrat – Rede zum 65. Geburtstag für Ernst von Pritzelwitz am 19. Juli 1983, in: Das Marburger Forum im Jahr 1983, S. 39 f.

*** Ernsthaft Diskutieren – Leserbrief in der Oberhessischen Presse vom 23. Juli 1983, in: Das Marburger Forum im Jahr 1983, S. 41.

*** „Arbeiterbewegung und Friedensbewegung gehören zusammen“ Kundgebung von DGB und Marburger Forum am 1. September 1983, in: Das Marburger Forum im Jahr 1983, S. 45–49.

*** „Fünfte Kolonne Moskaus?“ – Leserbrief an das „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt“ (1983), in: Das Marburger Forum im Jahr 1983, S. 54.

*** Es ist fünf vor Zwölf – Eröffnung der Aktionswoche am 15. Oktober 1983, in: Das Marburger Forum im Jahr 1983, S. 57 f.

*** Frieden und Sicherheit – Redebeitrag auf der Podiumsdiskussion des SPD-Stadtverbandes Marburg am 14. November 1983, in: Das Marburger Forum im Jahr 1983, S. 62–65.

*** „So, wie es ist, bleibt es nicht“ – Rede am 21. November 1983 am Vorabend des Bundestagsbeschlusses für die Raketenstationierung vor 4.000 Marburger Bürgerinnen und Bürgern auf dem Marktplatz in Marburg, in: Das Marburger Forum im Jahr 1983, S. 68–71.

*** Weihnachten und Frieden – Beitrag im „Marburger Echo“ Nr. 24 vom 10. Dezember 1983, 8.1; in: Das Marburger Forum im Jahr 1983, S. 85.

*** „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ – Ungehaltene Rede auf einer gleichnamigen CDU-Veranstaltung am 14. Dezember 1983, in: Das Marburger Forum im Jahr 1983, S. 82–84.

1984

*** Antimilitaristischer Stadtrundgang in Marburg am 30. Januar 1984, in: Das Wettrüsten im Weltraum verhindern und auf der Erde beenden! Marburger Friedensbewegung in Aktion 1984–1986 – Ein Lesebuch, hrsg. von der Fördergemeinschaft Friedensarbeit Marburg e.V., Marburg 1986, 221 S., S. 23 f.

*** Ein liberaler Einzelkämpfer – Rede zum 60. Geburtstag von Leonhard Froese am 10. Februar 1984, in: „Die Menschen stärken, die Sachen klären“, S. 13–15; in: Marburger Friedensbewegung in Aktion, S. 21 f.

*** Friedensliste: Frieden – es gibt keine andere Wahl – Rede auf dem Gründungskongreß der „Friedensliste“ am 18. März 1984 in der Stadthalle von Bonn Bad-Godesberg, in: Marburger Echo, März 1984.

*** Kern eines notwendigen Bündnisses: „Die Friedensliste“, Eröffnung einer Wahlveranstaltung in der Marburger Stadtballe mit Wolfgang Abendroth, Herbert Bastian, Frank Deppe und Bodo Ramelow am 15. Juni 1984 (unveröffentlicht) (gekürzter Beitrag auf der Veranstaltung der „Friedensliste“ in Göttingen am 13.6.1984 im „Deutschen Garten“: Konzert für die „Friedensliste“ mit Franz-Josef Degenhardt).

*** „Uns bleibt keine andere Wahl, als zu kämpfen“ – Kundgebung von DGB und Marburger Forum am 1. September 1984, in: Marburger Friedensbewegung in Aktion, S. 42–44.

*** „Die Kuba-Krise“ – Einleitende Bemerkungen am 27. November 1984, in: Marburger Friedensbewegung in Aktion, S. 53 f.

1985

*** Hiroshima mahnt! Grußwort im Auftrag der Krefelder Initiative am 12. Februar 1985 in Mannheim, in: Lorenz Knorr/Roland Vogt/Gert Weisskirchen, Kann der Atomkrieg verhindert werden? Strategien zur Kriegsverhütung, (Broschüre o. O., o. J.), S. 8–11; in: Marburger Friedensbewegung in Aktion, S. 106–108.

*** Marburg – Atomwaffenfreie Zone – Eröffnung der Podiumsdiskussion am 26. Februar 1985, in: Marburger Friedensbewegung in Aktion, S. 74 f.

*** 40 Jahre nach der Befreiung – Friedensplatzrede am 28. März 1985, in: Marburger Friedensbewegung in Aktion, S. 97–99.

*** Ergebnis der Vergessenheit – Interview, in: Das XX. Jahrhundert und der Frieden, 5/85, S. 15.

Kirche, Antifaschismus, Arbeiterbewegung: Erwin Eckert, Hans Francke, Ludwig Simon (1985), in: NEUE STIMME, 3/1985, S. 17–23; in: Miszellen, S. 197–208.

Hans Francke: „Meine Verhaftung durch SA- oder SS-Leute der NSDAP“, in: NEUE STIMME, 3/1985, S. 28–30.

*** Fortschritt zum Sozialismus oder Untergang in der Barbarei – Streitgespräch zu Strategie und Zielsetzung der demokratischen Bewegung im DKP-Zelt am 5. Juni 1985, in: Marburger Friedensbewegung in Aktion, S. 103–105.

*** Träumen und gewissenhaft beobachten – Abiturentlassungsrede am 21. Juni 1985, in: Jahrbuch für kritische Erziehungswissenschaft 1/1987, S. 189–196; in: „Die Menschen stärken, die Sachen klären“, S. 15–19.

*** „Wir wollen das Brot und die Rosen dazu!“ – Kundgebung von DGB und Marburger Forum am 1. September 1985, in: Marburger Friedensbewegung in Aktion, S. 122–125.

Treue, Liebe Mut – Trauerrede für Elisabeth Eckert, geb. Setzer (1985 Hanfried Müller zu seinem 60. Geburtstag gewidmet), in: NEUE STIMME, 10/1985, S. 28–31; in: Miszellen, S. 209–216.

*** Frieden ist möglich – Eröffnung des 5. Marburger Forum am 17. November 1985, in: Marburger Friedensbewegung in Aktion, S. 130–132.

1986

*** Weg mit dem § 116 AFG – Grußwort an die Teilnehmer der Kundgebung des DGB am 6. März 1986, in: Marburger Friedensbewegung in Aktion, S. 160.

*** „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“ – Kundgebung von DGB und Marburger Forum am 1. September 1986, in: Marburger Friedensbewegung in Aktion, S. 202–204; Auszüge in: „MARBURGER ECHO“ vom 4. Oktober 1986 (Kommentar).

1987

Zusammen mit Karl-Ulrich Schnell: Der Fall Erwin Eckert. Ein Beitrag zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik, Köln 1987, Bonn ^{2}1993, 217 S.

*** „Das Wettrüsten im Weltall verhindern und auf der Erde beenden“ – Grußwort auf der Antikriegskundgebung von DGB und Marburger Forum am 1. September 1987 (unveröffentlicht).

*** Friedensbewegung und soziale Frage – Diskussionsbeitrag, in: DFU-Info (1987).

1988

Erwin Eckert – Theologe und Sozialist gegen den Faschismus, in: CHRIST UND SOZIALIST, 1/1988, S. 16–24.

*** Alle Jahre wieder? Ostermarsch 1988, Auszüge unter dem Titel „Den Einfluß nicht verspielen – Ostern überall sichtbar sein!“ in: MARBURGER ECHO, Nr. 6 vom 26. März 1988, S. 1.

Vorbemerkung zur Erstveröffentlichung der Predigt von Heinz Kappes am Karsamstag 1933 in Karlsruhe, in: CHRIST UND SOZIALIST, 3/1988, S. 35.

*** Die Friedensbewegung ist nicht am Ende – Kundgebung von DGB und Marburger Forum am 1. September 1988 (unveröffentlicht).

*** Grußwort an die Delegierten des BdWi am 10. Dezember 1988 (unveröffentlicht).

1989

*** Neues Denken? Eröffnung des 6. Marburger Forum am 17. Juni 1989 in der Marburger Stadthalle (unveröffentlicht).

1990

Miszellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus. „Gegen den Strom“. Mit einem Nachwort von Gert Wendelborn, Marburg 1990, 254 S.

*** Am Ende des Kalten Krieges, vor Beginn eines Nord-Süd-Krieges? Kundgebung von DGB und Marburger Forum am 1. September 1990 (unveröffentlicht).

1991

*** Gegen imperialistischen Krieg am Golf – Kundgebung des Golf-Forum am 12. Januar 1991 (unveröffentlicht).

*** Unglaublich, aber wahr – Der Evangelische Pressedienst würdigt Walter Künneth als „Antifaschisten“, in: WEISSENSEER BLATTER, 2/1991, S. 26–29.

1993

Ärgernis und Zeichen, Erwin Eckert (1893–1972) Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben, (mit Beiträgen von Friedrich-Martin Balzer, Hans-Werner Bartsch, Frank Deppe, Walter Ebert, Erwin Eckert, Emil Fuchs, Georg Fülberth, Günter Giesenfeld, Hans Heinz Holz, Wolfgang Langhoff, Hanfried Müller, Helmut Ridder, Jürgen Scheele, Marie Veit, Manfred Weißbecker, Gert Wendelborn), Bonn 1993, 389 S.

(Hrsg.) „Ihr Kleingläubigen, warum seid Ihr so furchtsam?“ Äußerungen von Erwin Eckert und Heinz Kappes 1931 in Karlsruhe, Bonn 1993, 43 S. (enthält u. a. die ungekürzte Rede von Erwin Eckert am 9. Oktober 1931 in Karlsruhe „Warum ich in die KPD eingetreten bin“)

*** Erwin Eckert, Karl Barth, Dietrich Bonhoeffer – Unterschiedliche Traditionslinien, gemeinsam verpflichtendes, antifaschistisches Erbe. Vortrag am 1. März 1993 in Düsseldorf. (Überarbeitete Fassung des gleichnamigen Aufsatzes), in: WEISSENSEER BIAIITER, 3/1986, S. 15–20; in: CHRIST UND SOZIALIST, 1/1988, S. 16–25 (unter dem Titel: Erwin Eckert – Theologe und Sozialist gegen den Faschismus); in: Miszellen, S. 217–232.

*** Umstrittenes Ärgernis und unvergessenes Zeichen – Die Lebensentscheidung Erwin Eckerts. Vortrag am 16. April 1993 in der ehemaligen Trinitatiskirche Mannheim, in: Roter Himmel auf Erden? Der religiöse Sozialismus, hrsg. von der Evangelischen Akademie Baden, Beiträge einer gemeinsamen Tagung der Evangelischen Akademie Baden, der Evangelischen Akademie der Pfalz und des Vereins für Kirchengeschichte in der Evangelischen Landeskirche in Baden vom 16.–18. April 1993 in Ludwigshafen, Karlsruhe 1994, S. 9–49.

Die Lebensentscheidung Erwin Eckerts (Kurzfassung des Vortrages vom 16. April 1993), in: Christen und Marxisten – Gemeinsamkeit und Trennendes, Anmerkungen zum 100. Geburtstag des Christen und Kommunisten Erwin Eckert, hrsg. vom Mannheimer Gesprächskreis Geschichte + Politik eV. (1993), S. 5–12 (weitere Beiträge von Hannelies Schulte und Arno Neuber).

Zusammen mit Manfred Weißbecker, Zum 100. Geburtstag von Erwin Eckert – Die Entscheidung eines Mannes von der Kanzel: „Haltet den Frieden und tötet den Krieg!“ in: NEUES DEUTSCHLAND vom 12/13. Juni 1993, S. 13.

1994

Zusammen mit Reinhard Hübsch: „Operation Mauerdurchlöcherung“. Robert Neumann und der deutsch-deutsche Dialog, (Mit Beiträgen von Wolfgang Abendroth, Reinhard Hübsch, Heinz Kamnitzer, Reinhard Kühnl, Robert Neumann und Manfred Weißbecker), Bonn 1994, 227 S.

Zusammen mit Gert Wendelborn: „Wir sind keine stummen Hunde“. Heinz Kappes (1893–1988). Christ und Sozialist In der Weimarer Republik. Bonn 1994, 254 S.

Ingrid Strobl: Vorwärts und nicht vergessen! Ein Porträt von Kurt Julius Goldstein. (Video über den Spanienkämpfer, Auschwitz- und Buchenwaldhäftling und DDR-Journalisten, 1994, 60 Minuten) [zu beziehen über den Produzenten Friedrich-Martin Balzer].

Das Ziel des Lebens. Ansprache bei der Beerdigung einer Kollegin (5. Mai 1994), in: „Die Menschen stärken, die Sachen klären“, S. 20–23.

Vorbemerkung zu „Vereinigung deutscher Widersprüche“, in: „Vereinigung deutscher Widersprüche, Podiumsdiskussion im Marburger Schloß aus Anlaß des 30jährigen Jubiläums des Schulvereins am Landschulheim Steinmühle am 20. Oktober 1992 mit Günter Gaus, Hermann Kant und Dieter Lattmann, Schriftenreihe des Landschulheims Steinmühle Nr. 3, Marburg 1994, 20 S., S. 3.

*** Erwin Eckert – eine große Symbolfigur der Friedensbewegung, in: was uns betrifft (wub), Zeitschrift für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende, 4/1994, S. 24 in: PODIUM, 6/1994, S. 19 f.; in: BERLINER DIALOG HEFTE, 1/1995, S. 43–46.

1995

Abschied von Helge Speith, in: „Die Menschen stärken, die Sachen klären“, S. 23 f.

Mein Leben – Für Sigrid Seidel. Nach einer Idee von Siegfried Einstein – in: „Die Menschen stärken, die Sachen klären“, S. 24 f.

1996

*** Badische Liberalität? Leserbrief an das DEUTSCHE SONNTAGSBIA‘[T vom 15.1.1996 (unveröffentlicht). Der Leserbrief bezieht sich auf: Ralph Ludwig, Einheit aus dem Gasthaus, Die Ev. Landeskirche in Baden feiert ihr 175jähriges Bestehen als Unionskirche, in: DS Nr. 2 vom 12. Januar 1996, S. 20.

Aus dem Schatten seines Vaters herausgetreten – Gert-Ulrich Buurman zum 60. Geburtstag, in: „Die Menschen stärken, die Sachen klären“, S. 25–30.

*** „Ein nicht ganz unbedeutendes Leben“: Ernst von Pritzelwitz (1918–1996) – Trauerrede am 23.12.1996, in: „Die Menschen stärken, die Sachen klären“, S. 30–33.

1997

Zusammen mit Christian Stappenbeck (Hrsg.), Sie haben das Recht zur Revolution bejaht. Christen in der DDR. Ein Beitrag zu 50 Jahre „Darmstädter Wort“ (Mit Beiträgen von Karl Kleinschmidt, Hanfried Müller und Gert Wendelborn), Bonn 1997, 369 S.

„Die Menschen stärken, die Sachen klären“, Texte über Schule, Schüler, Lehrer und Eltern, Schriftenreihe des Landschulheims Steinmühle, Nr. 5/1997, 43 S.

1998

Zusammen mit Manfred Weißbecker, „Dem Ganzen dienen, sich selbst treu bleiben“. Erwin Eckert (1893–1972), Christ, Antifaschist, Revolutionärer Sozialist; Gekürzte und redaktionell überarbeitete Fassung unter der Überschrift: Erwin Eckert (1893 bis 1972), Pfarrer und revolutionärer Sozialist, in: antifa 4/1998, S. 17–20.

Zusammen mit Manfred Weißbecker, Erwin Eckert (1893–1972). Badischer Pfarrer und revolutionärer Sozialist, in: Lebensbilder aus Baden-Württemberg, Bd. 19, Stuttgart 1998.

*** „Das Große bleibt groß nicht und klein nicht das Kleine“ – Ein Blick zurück in Zorn und in Hoffnung (April 1998) (unveröffentlicht).

Heinz Kappes (1893–1988), Kurzbiographie in: Baden-Württembergische Biographien, Bd. 3, Stuttgart 1998.

[345]

Verzeichnis der Buchbesprechungen

Friedrich-Martin Balzer, Klassengegensätze in der Kirche, Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands, mit einem Vorwort von Wolfgang Abendroth, Köln 1973, Köln [2]1975, Bonn [3]1993.

KRITISCHER KATHOLIZISMUS, 7/8 1973, S. 17 (Klaus Kreppel).

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 1.10.1973, S. 21 (Hermann Mörchen).

DEUTSCHE VOLKSZEITUNG, 11.10.1973 (Renate Riemeck).

STIMME DER GEMEINDE, 21/1973, S. 338 (Heinz Röhr).

CHRIST UND SOZIALIST, 3/1973, S. 4 (Heinz Röhr).

MARBURGER BLÄTTER, Nr. 5/1973, 522 ff. (Richard Sorg).

AUFBRUCH, Evangelische Kirchenzeitung für Baden, 16.12.1973, S. 10.

UNSERE ZEIT, 4.1.1974, S. 11 (Robert Steigerwald).

MANNHEIMER MORGEN, 17.1.1974, S. 29 (Hermann Weber).

MARXISTISCHE BLÄTTER, 1/1974, S. 109 f., (Robert Steigerwald).

INTERNATIONALE DIALOG ZEITSCHRIFT, 1/1974, S. 379 ff., (Burkhard Peters).

ZEITSCHRIFT FÜR RELIGIONS- UND GEISTESGESCHICHTE, Heft 1, 1974, S. 64–68 (Heinz Röhr).

KIRCHE IN MARBURG, 3/1974, S. 47 (Walter Krug).

EVANGELISCHE KOMMENTARE, 3/1974, S. 179 f. (Ansgar Skriver).

VORANKÜNDIGUNGSDIENST FÜR DEN BUCHHANDEL DER DDR VD 8/1974.

DAS HISTORISCH-POLITISCHE BUCH, 2/1974 (Armin Boyens).

FRANKFURTER RUNDSCHAU, 16.3.1974, S. IV (Joachim Kahl)

WISSENSCHAFT UND PRAXIS IN KIRCHE UND GESELLSCHAFT, 3/1974, S. 131 f. (Yorick Spiegel).

VORWÄRTS, 18.4.1974, S. 14 (Ansgar Skriver).

DEUTSCHES ALLGEMEINES SONNTAGSBLATT, 5.5.1974 (Richard Sorg).

DER ROTE HIMMEL, 3/4 1974, S. 8 ff. (D. Preiss).

JENAER BEITRÄGE ZUR PARTEIENGESCHICHTE, Nr. 36, Mai 1974, S. 145 ff. (Herbert Gottwald)

ZEITSCHRIFT FÜR GESCHICHTSWISSENSCHAFT, 9/1974, S. 1016 f. (Wolfgang Ruge).

LUTHERISCHE MONATSHEFTE, 11/1974, S. 588 f. (Bernd Diebner).

BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG, 6/1974, S. 1093 f. (Wolfgang Kießling).

STANDPUNKT, Evangelische Monatsschrift, 12/1974, S 231 f. (Rudi Goguel).

HISTORISCHE ZEITSCHRIFT, Bd. 219, München 1974, S. 159 ff. (Wolfgang Huber).

HESSISCHER RUNDFUNK, Aus Kirche und Welt, 12.2.1975 (Heinz Röhr).

DAS ARGUMENT, Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaft, 89/1975, S. 150 ff. (Georg Fülberth)

DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE, 2/1975, S. 351 ff. (Martin Robbe).

PUBLIK FORUM, Mai 1975, S. 14.

HISTORISCHES JAHRBUCH, Bd. 94, S. 411 (Herbert Lepper).

ZEITSCHRIFT FÜR EVANGELISCHE ETHIK, Heft 2, April 1976, S. 153 ff. (Hermann Schulz).

SÜDDEUTSCHER RUNDFUNK, Politische Bücher, 23. Mai 1976 (Hans Dietz).

THEOLOGIA PRACTICA, Zeitschrift für praktische Theologie und Religionspädagogik, Heft 3, Juli 1976, S. 243–248. (Arnold Pfeiffer).

DIE TAT, Nr. 23 vom 4.6.1976 (Horst Stuckmann).

THEOLOGISCHE LITERATURZEITUNG, 102 Jg., 1977, H. 9, Sp. 671–674. (Gert Wendelborn).

ARCHIVES DE SCIENCES SOCIALES DES RELIGIONS, 45.343 (Jean-Paul Willaime)

KRITIK DER BÜRGERLICHEN GESCHICHTSSCHREIBUNG, Handbuch, 1977, S. 641 f., (Walter Wimmer).

ZEITSCHRIFT LEBENDIGE SEELSORGE, H. 3/80, S. 164.

Friedrich-Martin Balzer/K. Ulrich Schnell, Der Fall Erwin Eckert, Zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik, mit einem Geleitwort von Hans Prolingheuer, Köln 1987, Bonn ^{2}1993 217 S.

WEISSENSEER BLÄTTER, 3/1987, S. 46, 50 (Hanfried Müller).

ANTIFASCHISTISCHE RUNDSCHAU, 8/1987, S. 12 (Reinhard Kühnl).

MAINZER GESCHICHTSBLÄTTER, 4/1987, S. 161–164 (Karlheinz Lipp).

OBERHESSISCHE PRESSE, 31.10.1987.

NEUE STIMME, 12/87 (Karlheinz Lipp).

DER AUFBAU, Schweizerische Zeitschrift für Recht, Freiheit und Friede, Nr. 22, 21.11.1987 (Heinz Röhr).

DIESSEITS, 12/87 (Michael Schmidt).

UNSERE ZEIT, 24.6.1988, S. 15 (Oskar Neumann).

MARKGRÄFLER ANZEIGER (aq) (ohne Datum).

ÖKUMENISCHE RUNDSCHAU, 2/1988 (Wolfgang Müller).

CHRIST UND SOZIALIST, 1/1988, S. 47 (Eckhardt Griese).

ZEITSCHRIFT FÜR GESCHICHTSWISSENSCHAFT, 3/1988, S. 269 f. (Wolfgang Ruge).

EVANGELISCHE INFORMATION (epd), Nr. 30, 28.6.1988, S. 19 (Hans-Dieter Wolfinger).

DEUTSCHE LITERATURZEITUNG, 7/8 1988, Sp. 567–570. (Gert Wendelborn).

EVANGELISCHE KOMMENTARE, 9/1988, S. 546 (Eckhart Marggraf).

FRANKFURTER HEFTE/NEUE GESELLSCHAFT, 9/1988, S. 479 (Helmut Ridder).

MITTEILUNGEN, Information – Diskussion – Arbeitsmaterial der Evangelischen Landeskirche in Baden, 9/10 1988, S. 54 f. (Gottfried Gerner-Wolfhard).

ZEITSCHRIFT FÜR KIRCHENGESCHICHTE 2/1989, S. 280–285 (Martin Adolf Ritter).

Friedrich-Martin Balzer, Miszellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus. Gegen den Strom, mit einem Nachwort von Gert Wendelborn, Rostock, Marburg 1990, 241 S.

WEISSENSEER BLATTER, 4/1991, S .47 f. (Hanfried Müller).

CHRIST UND SOZIALIST, 1/1992, S. 45 (Heinz Röhr).

JUNGE KIRCHE, 5/1993, S. 316 f. (Marie Veit).

Friedrich-Martin Balzer (Hrsg.), Ärgernis und Zeichen, Erwin Eckert (1893–1972), Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben, (mit Beiträgen von Friedrich-Martin Balzer, Hans-Werner Bartsch, Frank Deppe, Walter Ebert, Erwin Eckert, Emil Fuchs, Georg Fülberth, Günter Giesenfeld, Hans Heinz Holz, Wolfgang Langhoff, Hanfried Müller, Helmut Ridder, Jürgen Scheele, Marie Veit, Manfred Weißbecker, Gert Wendelborn), Bonn 1993, 389 S.

AK, 354 vom 5. Mai 1993 (Werner Rätz).

UNSERE ZEIT vom 30.4.1993.

NEUES DEUTSCHLAND vom 11.7.1993, S. 13 (k. r.).

MARXISTISCHE BLÄTTER, 3/1993, S. 72–76 (Robert Steigerwald).

Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Nr. 15, September 1993, S. 205–207 (Fritz Krause).

CHRIST UND SOZIALIST, 3/1993, (Ulrich Peter).

DEUTSCHES ALLGEMEINES SONNTAGSBLATT, Nr. 47, 19.11.1993, S. 17 (Reinhard Hübsch).

DAS HISTORISCH-POLITISCHE BUCH, Heft 11/12, 1993, S. 478 f. (Heinz Hürten)

TOPOS, Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie, Heft 2 (Demokratie), S. 165–177 (Leonhard Froese).

CHRIST UND SOZIALIST 4/1994, S. 50 f. (Heinz Röhr).

INTERNATIONALE WISSENSCHAFTLICHE KORRESPONDENZ, 2/1994, S. 312 f. (Hartmut Rüdiger Peter).

INFORMATIONEN, hrsg. vom Studienkreis Deutscher Widerstand, Nr. 42, Oktober 1995, S. 28 (Horst Stuckmann).

Friedrich-Martin Balzer/Reinhard Hübsch (Hrsg.), „Operation Mauerdurchlöcherung, Robert Neumann und der deutsch-deutsche Dialog, (Mit Beiträgen von Wolfgang Abendroth, Reinhard Hübsch, Heinz Kamnitzer, Reinhard Kühnl, Robert Neumann und Manfred Weißbecker) Bonn 1994, 227 S.

FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 21.12.1993, S. 10 Dokumentation (Reinhard Hübsch).

NEUES DEUTSCHLAND vom 8./9.1.1994.

OBERHESSISCHE PRESSE vom 15.1.1994 (Günther Koch).

HINTERLÄNDER ANZEIGER vom 15.1.1994 (ka).

UNIVERSITÄTSZEITUNG (Marburg), 10.2.1994, Nr. 238, S. 2.

MARBURGER MAGAZIN EXPRESS, Nr. 7/1994, (18.2.–24.2.1994) S. 9 (Michael Lemling).

DEUTSCHES ALLGEMEINES SONNTAGSBLATT, 4.3.1994 (Hans-Jürgen Krug).

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 18.5 1994, S. 12 (Ernst Nolte).

UNSERE ZEIT vom 10.6.1994, S. 17.

AK Juli 1994 (Werner Rätz).

KONKRET 8/1994, S. 28 f. (Georg Fülberth).

LESART 2/1994 (Rudolf Schwinn).

FREITAG, Ost-West-Zeitung, 6.1.1995, (Heinrich Senfft)

Friedrich-Martin Balzer/Gert Wendelborn „Wir sind keine stummen Hunde“, Heinz Kappes (1893-1988), Christ und Sozialist in der Weimarer Republik, Bonn 1994, 254 S.

HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, 27.1.1995 (Alexandra Glanz).

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN. 18./19.3.1995 (Alexandra Glanz).

BERLINER DIALOG HEFTE, 4/1994, S. 66 f. (Heinz Röhr).

CHRIST UND SOZIALIST, 2/1995, S. 48 f. (Heinz Röhr).

AUFBRUCH 17.12.1995 (Gottfried Gerner-Wolfhardt).

BERLINER DIALOG HEFTE 3/1995, S. 68 f. (Robert Steigerwald).

WEISSENSEER BLÄTTER, 2/1996, S. 10–12 (Christian Stappenbeck).

BADISCHE HEIMAT 1/1996, S. 174.

Ingrid Strobl: Vorwärts und nicht vergessen! Ein Porträt von Kurt Julius Goldstein. (Video 349 1994, 60 Minuten).

antifa 8/1996, S. 31 (Ulrich Schneider).

Friedrich-Martin Balzer/Christian Stappenbeck (Hrsg.), Sie haben das Recht zur Revolution bejaht. Christen in der DDR. Beitrag zu 50 Jahre „Darmstädter Wort“, (Mit Beiträgen von Karl Kleinschmidt, Hanfried Müller und Gert Wendelborn), Bonn 1997, 369 S.

JUNGE WELT, Nr. 124, 31.5/1.6.1997 (Arnold Schölzel).

LEIPZIGS NEUE, 12/1997 vom 13.6.1997, S. 10 (Kurt Schneider).

NEUES DEUTSCHLAND vom 11.7.1997, S. 13.

WEISSENSEER BLÄTTER, 3/1997, S. 12–14 (Walter Kreck).

JUNGE KIRCHE, 9/1997, S. 471 f. (Walter Kreck).

MARXISTISCHE BLÄTTER, 6/1997, S. 94 ff. (Robert Steigerwald).

UTOPIE KREATIV, 2/1998, S. 94 f. (Jens Langer)

[351]

Lebenslauf

Friedrich-Martin Balzer, 35037 Marburg, Wilhelmstr. 28; geb. am 24.11.1940 in Iserlohn/Westfalen; Sohn des Pfarrers der Bekennenden Kirche Samuel Balzer und seiner Ehefrau, Margarete Balzer, geb. Genuit; Studium der Germanistik, Anglistik und Politikwissenschaft; seit 1960 wohnhaft in Marburg; Teilnehmer an Ostermärschen seit 1960; Mitglied des Clausthaler Wingolf zu Marburg von 1960 bis 1965; Mitglied der HSU ab 1963; Mitglied des SDS ab 1966; Mitglied der „Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition“ (ASO) ab 1967; Teilnehmer an der „Offenbacher Konferenz“ der Sozialistischen Opposition am 3. Februar 1968; Teilnehmer am Vietnam-Kongreß am 17. Februar 1968; Delegierter der SDS-Konferenz 1968 in Frankfurt/M.; Teilnehmer am Sternmarsch nach Bonn gegen die Notstandsgesetze am 11. Mai 1968; Teilnehmer an Delegationen in die DDR 1965, 1969 und 1981; Mitinitiator des Marburger Forum 1981; Mitglied des „Krefelder Kreises“; Vorsitzender der Fördergemeinschaft Marburger Forum e.V. 1982–1994; Teilnehmer an der Prager Weltversammlung für den Frieden 1983; Mitglied der Delegation des Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung beim Besuch der Sowjetischen Botschaft in Bonn am 22.10.1983; zusammen mit Lorenz Knorr und Manfred Coppik Initiator und Kandidat der „Friedensliste“ bei der Europa-Wahl 1984; Teilnehmer an der Erweiterten Sitzung des „Weltfriedensrates“ im März 1985 aus Anlaß der 40. Wiederkehr der Befreiung vom Faschismus; Teilnehmer am Empfang der Sowjetischen Botschaft anläßlich der Verleihung des Lenin-Friedenspreises an Josef Weber im Juni 1985; Leiter einer Delegation des „Marburger Forum“ in die Sowjetunion vom 8. bis 14. Oktober 1985; seit 1968 bzw. 1969 Mitglied der GEW und des BdWi; seit 1995 Mitglied des Rosa-Luxemburg-Vereins e.V.

Lehrer am Landschulheim Steinmühle von 1968 bis zur Pensionierung 1997; Verbindungslehrer, Fachschaftsvorsitzender Englisch, Betriebsratsvorsitzender, gewähltes Mitglied des Mitglied des Schulvereins; Leiter der Gymnasialen Oberstufe von 1977 bis 1997, ab 1992 als Studiendirektor im Privatschuldienst; zwischen 1989 und 1994 3 Jahre zusätzlich kommissarischer stellvertretender Schulleiter; Mitglied des Wissenschaftlichen Prüfungsamtes für das Lehramt an Gymnasien seit 1977; ab 1968 verheiratet mit Gertraud Balzer-Jung; Geburt unserer Tochter Eva Balzer 1969; seit 1993 in zweiter Ehe verheiratet mit Brigitte Kustosch.

Promotion 1972 bei Wolfgang Abendroth; im Sommersemester 1982 Lehrbeauftragter für Evangelische Kirchengeschichte an der Universität Marburg; Buchveröffentlichungen: „Klassengegensätze in der Kirche, Erwin Eckert und der Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands“, ([1]1973, [2]1975, [3]1993), zusammen mit Karl Ulrich Schnell: „Der Fall Erwin Eckert, zum Verhältnis von Protestantismus und Faschismus am Ende der Weimarer Republik“ ([1]1987, [2]1993) „Miszellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus, Gegen den Strom“ (1990), zusammen mit Gert Wendelborn: „Wir sind keine stummen Hunde“. Heinz Kappes (1893–1988) – Christ und Sozialist in der Weimarer Republik, Bonn 1994; Herausgeber: „Ärgernis und Zeichen – Erwin Eckert – Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben“ Bonn 1993, „Ihr Kleingläubigen, warum seid Ihr so furchtsam? – Außerungen von Erwin Eckert und Heinz Kappes 1931 in Karlsruhe“, Bonn 1993; zusammen mit Reinhard Hübsch: „‚Operation Mauerdurchlöcherung‘, – Robert Neumann und der deutsch-deutsche Dialog“, Bonn 1994; zusammen mit Christian Stappenbeck: Sie haben das Recht zur Revolution bejaht. Christen in der DDR. Ein Beitrag zu 50 Jahre „Darmstädter Wort“, Bonn 1997; Produzent des Video-Films von Ingrid Strobl über Kurt Julius Goldstein „Vorwärts und nicht vergessen“ (1994); „Es wechseln die Zeiten ...“ Reden, Aufsätze, Vorträge und Briefe eines 68ers aus vier Jahrzehnten (1958–1998), Bonn 1998.

Personenverzeichnis

(Nicht aufgeführt sind die in den Fußnoten genannten Personen)

Abendroth, Lisa 144, 293

Abendroth, Wolfgang 16, 29 f., 31 f., 34 , 46 f., 143 f., 173, 177, 268, 293, 335 f., 340, 343, 345, 348, 351

Ackermann, Hans 215

Adenauer, Konrad 120, 144, 149, 164, 182, 217

Adorno, Theodor W. 68, 300

Afheldt, Horst 125

Albertz, Heinrich 61

Allende, Salvador 116

Alt, Franz 150, 161, 164, 167

Althaus, Paul 251

Ammann, Walter 289

Amrehn, Franz 61

Andropow, Jurij 156,165

Arnold, Matthew 75

Artelt, Wolfgang 100, 338

Bachmann, Josef 60, 62

Bahr, Egon 107, 137, 156 ff., 162, 187 f.

Balzac, Honoré de 76

Balzer, Eva 351

Balzer, Friedrich-Martin 14, 17, 19, 25, 59, 135, 146 ,351

Balzer, Margarete 351

Balzer, Samuel 84, 315, 351

Balzer-Jung, Gertraud 351

Barsacq, André 23

Barth, Helga 248

Barth, Karl 238, 241 ff., 249, 253–256, 324, 342

Bartsch, Hans-Werner 92, 239, 342, 348

Bastian, Gert 89, 91, 94, 96 f., 103, 121, 124, 129, 132, 138, 141, 146, 162

Bastian, Herbert 180, 215, 340

Baudissin, Wolf Graf von 125

Bauer, Otto 248

Bechert, Karl 134

Becker, Peter 215

Becket, Thomas 43 f.

Beckmann, Joachim 239

Beer, Max 74

Bender, Julius 328

Benn, Tony 293

Berckheim, Karl Christian von 290

Bethge, Eberhard 242

Bethge, Renate 242

Bethmann-Hollweg, Theobald von 34 ff., 39 f.

Biedenkopf, Kurt 167

Birnbaum, Nina 293

Birnbaum, Norman 42, 144, 293

Bittorf, Wilhelm 142

Bleek, Karl-Theodor 225

Bloch, Ernst 34, 205, 217, 226, 304

Bios, Ernst 56

Blumhardt, Christoph 239, 283

Bock, Hans Manfred 46

Boenisch, Peter 178

Bohl, Friedrich 13 7 f.

Bonhoeffer, Dietrich 44, 238 f., 241 f., 244 f., 249, 252 ff., 256, 283, 291, 315, 342

Bonn, William 89, 112, 338

Borschel, Angelika 337

Boyens, Armin 345

Brandt, Willy 104, 157, 301

Brecht, Bert 13 f:, 17, 19, 22–25, 73, 75, 78, 81, 92, 153, 163, 178, 298 f., 304 f., 334

Breshnew, Leonid 102

Bruckmann, Wolfgang 207

Brüning, Heinrich 246, 272, 277

Buckel, Werner 207

Bultmann, Rudolf 207, 317, 332
Burke, Edmund 55
Busche, Ernst 339
Bush, George 106, 108
Buurman, Gert-Ulrich 344
Byron, Lord 75
Camus, Albert 297 f.
Cardenal, Ernesto 113
Carlebach, Emil 34
Carter, Jimmy 103
Churchill, Winston 194
Cirera, Daniel 207
Claudius, Matthias 127
Conzelmann, Hans 31
Coppik, Manfred 102, 351
Czempiel, Christa 132, 134, 339
Czichon, Eberhard 78
Dahrendorf, Ralf 302
Degenhardt, Franz-Josef 340
Dehler, Thomas 27
Dehn, Günther 243
Deppe, Frank 340, 342, 348
Desch, Kurt 31
Dibelius, Otto 234
Diebner, Bernd 346
Dieckmann, Johannes 31,214
Diehl, Walter 283
Diem, Hermann 323
Dietz Hans 346
Dimroth, Karl 215
Dinnebier, Käte 141,161
Disraeli, Benjamin 49
Dönitz, Karl 179
Drechsler, Hanno 158
Dürrenmatt, Friedrich 19
Dulles, John Foster 179,182
Dutschke, Rudi 59–62,335
Ebert, Walter 342,348
Eckert, Elisabeth 258,330,341
Eckert, Erwin 17, 34, 163, 184, 237–261, 264, 271, 273–292, 306–313, 315–333, 335–338, 340–345, 347 f., 351
Eich, Günter 26, 201, 297
Eichel, Hans 158
Eichmann, Adolf 31
Einstein, Siegfried 310, 343
Eliot, Thomas Stearns 40–44, 334
Engelhardt, Klaus 318 f., 330
Engels, Friedrich 48 f., 51, 57, 75
Eppler, Erhard 89, 94, 103, 134
Erhardt, Theodor *255*
Erzberger, Matthias 59
Falin, Valentin 203
Febvre, Lucien 12
Feid, Anatol 142
Fichte, Johann Gottlieb 247, 263
Finter, Julius 317
Fischer, Fritz 34
Fischer, Ulrich 315
Fitzer, Eugen 316 f.
Francke, Hans 255, 340
Frank, Ludwig 258
Freitag, Heidi 118
Fried, Erich 293
Friedeburg, Ludwig von 71
Friedman, Milton 115
Friedrich, Otto 281,322,329
Frisch, Max 62
Froese, Leonhard 92, 101, 131, 141, 145, 169 ff., 207, 214, 279, 289, 293, 295, 340, 348
Fuchs, Emil 252, 284, 342, 348
Fülberth, Georg 29, 342, 346, 348 f.
Gaus, Günter 343
Geißler, Heiner 89, 138, 152
Genscher, Dietrich 119, 136, 232

Gerner-Wolfhard, Gottfried 347, 349
Giesenfeld, Günter 342, 348
Gingold, Etty 159
Gladstone, William Ewart 52
Glanz, Alexandra 349
Glotz, Peter 89
Goebbels, Josef 263, 323
Goethe, Johann Wolfgang von 24, 157, 295
Goethers, J. F. G. 32
Gogarten, Friedrich 254
Goguel, Rudi 242,346
Gohl, Diethelm 158,207
Goldhagen, Daniel Jonah 297
Goldmann, Lucien 50
Goldstein, Kurt Julius 343, 349, 351
Gollwitzer, Helmut 337
Gorbatschow, Michail 226, 228
Göring, Hermann 179
Gorki, Maxim 226
Gottschaldt, Eva 29
Gottwald, Herbert 346
Greene, Hugh Sir 293
Gremliza, Hermann 220
Grenet, Yves 92
Griese, Eckhardt 347
Gromyko, Andrej 184
Guha, Anton Andreas 92, 103
Habermas, Jürgen 220
Haffner, Sebastian 23
Hamann, Richard 144, 293
Hannover, Heinrich 289, 206 f., 211, 216, 218 f., 352–353
Hansen, Karlheinz 89, 94
Harnack, Arved 144
Harpuder, Heinrich 275, 324
Hassel, Kai-Uwe von 73
Haustein, Manfred 315
Heer, Friedrich 32
Hegel, Georg Friedrich 81
Heidland, Hans-Wolfgang 282, 284, 330
Heim, Claus 223
Heim, Karl 201
Heine, Heinrich 75,313
Heinemann, Gustav 62, 144 f., 164, 184, 241, 289, 293, 313
Held, Axel W. 337
Hentig, Hartmut von 68, 304
Herzog, Roman 301
Heuer, Uwe-Jens 330
Heuß, Theodor 225
Heym, Stephan 87 f.
Hillgruber, Andreas 220
Himmler, Heinrich 179
Hindenburg, Paul von 35, 82, 250, 288, 307
Hitler, Adolf 31,36, 61, 167, 178 f., 234, 249 f., 255, 262 f., 272, 277, 288, 291, 297, 308
Hofer, Walther 78
Hofmann, Werner 143
Hölderlin, Friedrich 154
Holz, Hans Heinz 278, 282, 286, 332, 342, 348
Honecker, Erich 146, 214 f.
Huber, Wolfgang 346
Hübsch, Reinhard 31, 343, 348 f., 351
Hugenberg, Alfred 36, 40
Hürten, Heinz 348
Iwand, Hans Joachim 184, 241, 281, 289, 313
Jackson, Jessie 180
Jacobsohn, Lore 144, 293
Jahn, Gerhard 31, 33
Jankowski, Gerhard 337
Jansen, Mechthild 207
Jarka, Horst 298
Jens, Walter 91, 126
Jöllenbeck, Dieter 79

Kahl, Joachim 345
Kamnitzer, Heinz 279, 343, 348
Kant, Hermann 343
Kappes, Heinz 17, 255, 284, 288, 292, 329 f., 336, 341–344, 349, 351
Kästner, Erich 213
Kaul, Friedrich-Karl 289
Keller, Marie-Luise 176
Kelly, Petra 158
Kenner, Hugh 40
Kessler, Gisela 203
Kiesinger, Kurt Georg 62,73
Kießling, Wolfgang 346
King, Martin Luther 59
Kirdorf, Emil 37
Kittel, Gerhard 234
Klafki, Wolfgang 215
Kleinschmidt, Karl 17, 252, 344, 350
Kleist, Heinrich von 23
Klotz, Volker 22
Knapp, Erich 91
Knickrehm, Uwe 207
Knorr, Lorenz 92 f., 142, 340, 351
Koch, Günther 349
Kohl, Helmut 97, 118 f., 130, 150, 176, 179, 219
Kotzebue, August von 290
Kraft, Horst 207
Kramer, Dieter 337
Krause, Fritz 348
Krauss, Werner 144,293
Kreck, Walter 315, 350
Kreppel, Klaus 345
Kroll, Wolfgang 79
Krug, Hans Jürgen 349
Krug, Walter 345
Krupp, Alfred von Bohlen und Halbach 38
Kubens, Erich 139 f., 176
Küchenhoff, Erich 207
Kuczynski, Jürgen 221
Kühlewein, Julius 251, 291, 317, 327 f.
Kühnl, Reinhard 34, 78 f., 92 f., 101, 118, 343, 347 f.,
Kühnl-Sager, Christine 176
Künneth, Walter 233–237, 244, 342
Kurras, Karl-Heinz 59
Kustosch, Brigitte 351
Lafontaine, Oskar 93, 103, 134
Langer, Jens 350
Langhoff, Wolfgang 242, 277, 342, 348
Langner, Ilse 111
Lattmann, Dieter 343
Lehmann, Kurt 248
Lemling, Michael 349
Lempp, Eberhard 248
Lenin, Wladimir I. 196
Lenk, Kurt 31
Lconhardt, Rudolf Walter 72
Lepper, Herbert 266
Levi, Paul 246 f., 249
Liebknecht, Karl 59, 291
Lilje, Hanns 233, 337
Lindenberg, Udo 127
Lindner, Ingeborg 79
Lipp, Karlheinz 347
Löwer, Heinrich 215
Ludendorff, Erich 39 f.
Lüdtke, Hartmut 215
Ludwig, Ralph 291, 343
Luther, Martin 260, 325
Luther, Wilhelm 71
Lutz, Dieter 94
Luxemburg, Rosa 49, 243, 246
Maaß, Hermann Ludwig 328 f.

Mahler, Horst 62
Maiwald, Peter 305
Mammach, Klaus 60
Mann, Golo 28, 40
Mann, Thomas 81,98
Marahrens, August 292
Marggraf, Eckhard 347
Marx, Karl 49, 58, 75
Mathes, Horst 141
Matthias, Erich 31
Maurras, Charles 42
Maus, Heinz 31
Mausbach, Hans 91,93
McNamara, Robert 154,216
Mechtersheinier, Alfred 89, 91, 102 f., 125, 132
Mehring, Franz 75
Melanchthon, Philipp 322
Melchinger, Siegfried 23
Melsheimer, Olaf 214
Menn, Wilhelm 240
Mertes, Alois 129, 136
Metternich, Clemens Lothar Fürst von 290
Mielitz, Reinhard 315
Miller, Arthur 97
Mobutu, Joseph-Desiré 77
Möller, Hartmut 83
Mörchen, Hermann 345
Müller, Wolfgang 347
Müller, Hanfried 244, 255, 320, 323, 341 f., 344, 347 f.,350
Müller-Streisand, Rosemarie 320, 326 f.
Müller-Schauenburg, Gudula 215
Müntzer, Thomas 284
Münzenberg, Wilhelm 277
Mussolini, Benito 263
Napoleon, Bonaparte 55
Neubauer, Kurt 61
Neuber, Arno 343
Neumann, Heinz 277
Neumann, Robert 31 f., 84, 343, 348, 351
Neumann, Franz 145
Neumann, Oskar 347
Nicolson, Harold 51
Niemöller, Jan 315
Niemöller, Martin 85, 95, 107, 120 f., 184, 241, 252 f., 286, 289, 294, 313
Nolte, Ernst 220,349
Norden, Günter van 240
Ohnesorg, Benno 59
Ollenhauer, Erich 152
Opitz, Reinhard 34, 127 f., 338
Oppen, Dietrich von 215
Ormond, Henry 31
Ossietzky, Carl von 85, 237, 256, 289, 292, 331
Palme, Olof 158, 211, 216
Papen, Franz von 40, 291
Pasti, Nino 91 ff.
Patzelt, Hans-Joachim 339
Pätzold, Gerhard 146
Perels, Joachim 292
Peter, Horst 90, 92 f., 134
Peter, Hartmut Rüdiger 348
Peters, Burkhard 345
Pfeiffer, Arnold 346
Piechowski, Paul 243, 248, 276
Pieck, Wilhelm 309
Pinochet, August 77
Pleitgen, Fritz 183,188
Plessner, Helmut 34
Posser, Diether 241, 283, 289, 313, 316
Postman, Neu 298 f., 301, 303
Priestley, John Boynton 208

Pritt, Denis Nowell 289
Pritzelwitz, Ernst von 144, 293–296, 339, 344
Prolingheuer, Hans 233, 238, 245, 315, 347
Pross, Harry 31
Rackwitz, Arthur 248, 225, 276, 337
Rade, Martin 112, 293, 318, 332, 337
Ramelow, Bodo 340
Ranke-Heinemann, Uta 176, 178
Rathenau, Walter 59,2 48, 262
Rätz, Werner 348 f.
Rau, Johannes 193
Reagan, Ronald 90, 93, 95, 102, 104, 115, 149 f., 157, 160, 167 f., 178 ff., 188, 190, 203 f., 206 f., 211 f.
Remmele, Hermann 277
Ridder, Helmut 34, 142 f., 230, 257 f., 278, 331, 342, 347 f.
Riemeck, Renate 345
Ritter, Karl-Bernhardt 32
Ritter, Martin Adolf 315, 347
Robbe, Martin 346
Robinson, John A.T. 44
Röhr, Heinz 315, 345–349
Rolfs, Rudolf 141, 145
Römer, Beppo 277
Rosanow, Herman 207
Rosenberg, Alfred 233–237, 262 f. ,308
Rosenfeld, Kurt 272
Rothfels, Hans 30
Roux, Jacques 332
Rudloff, Michael 315
Ruge, Wolfgang 34, 346 f.
Rumscheidt, Martin 315
Rustemeyer, Fritz 57 f.
Sanguinetti, Antonio 91
Salomon, Bruno von 277
Schacht, Hjalmar 179
Scharf, Kurt 245,282
Scheel, Walter 211
Scheele, Jürgen 342,348
Scheringer, Richard 277
Schiller, Friedrich von 22–25, 305
Schleicher, Kurt 40
Schmidt, Michael 347
Schmidt, Klaus 337
Schmidt, Karl-Heinz 118
Schmidt, Helmut 90, 118, 156 f., 164, 232
Schmitt, Carlo 311
Schneider, Ulrich 315,350
Schneider, Kurt 350
Schnell, Karl Ulrich 341, 347, 351
Schneller, Ernst 275
Schnitzler, Arthur 31
Schöler, Uli 46
Schölzel, Arnold 350
Scholder, Klaus 251
Schopenhauer, Arthur 12
Schreck, Paul 279
Schröder, Gerhard 73
Schulte, Hannelies 315, 343
Schulz, Hermann 346
Schulze-Boysen, Harro 144
Schumann, Wolfgang 78
Schütz, Klaus 61
Schwalba-Hoth, Frank 118
Schwarz, Heinrich 81 f.
Schwarze, Heinrich 276
Schweitzer, Albert 25,149
Schwerin, Friedrich W. von 36–40
Schwinn, Rudolf 349
Seeley, John Robert 52
Seidel, Sigrid 343
Seigewasser, Hans 267
Senfft, Heinrich 349
Seydewitz, Max 272

Shakespeare, William 151
Shelley, Percy Bysshe 74 ff., 335
Shultz, George 184
Simon, Ludwig 17, 254 f., 330, 340
Skriver, Ansgar 345
Smith, Stevie 43
Sölle, Dorothee 176
Sorg, Richard 336, 345 f.
Soyfer, Jura 298
Späth, Lothar 217
Speith, Helge 343
Spiegel, Yorick 336, 345
Spitzer, Leo 293
Springer, Axel Caesar 59 ff., 99
Stalin, Josef 220, 275
Stang, Ulrich 101
Stappenbeck, Christian 315, 344, 349 ff.
Steigerwald, Robert 345, 348 ff.
Stelzl, Ingeborg 215
Stoltenhoff, Ernst 240
Storck, Hans-Hermann 101
Strässer, Christoph 91, 93, 176
Strauß, Franz Josef 60, 97, 118, 136, 188
Strobl, Ingrid 343, 349, 351
Stroop, Jürgen 27
Stuckmann, Horst 346, 348
Stürmer, Roland 101
Suharto, Hadjih Mohamed 77
Suttner, Bertha von 149
Swinburne, Algernon Charles 55
Teetz, Joachim 215
Tennyson, Alfred Lord 48–57, 335
Thälmann, Ernst 277
Thatcher, Margret 115
Thiede, Günther 146
Thomson, David 49
Thyssen, Fritz 179
Toller, Ernst 160
Topitsch, Ernst 220
Toynbee, Philip 41
Troeltsch, Walter 137,140
Truman, Harry S. 181
Tschechow, Anton 193
Uhse, Bodo 277
Ulbricht, Walter 27, 33, 277
Unertl, Franz Xaver 60
Uthoff, Johannes 176
Vanja, Christina 337
Veit, Maric 92 f., 101, 176, 239, 315, 342, 348
Vogel, Hans-Jochen 171
Vogt, Roland 340
Voltaire, Francois Marie 62
Voss, Walter 147
Walcher, Wilhelm 215
Weber, Josef 339,351
Weber, Hermann 345
Weber-Kellermann, Ingeborg 215
Wehner, Herbert 156, 162
Weinberger, Caspar 149 f., 160, 168
Weißbecker, Manfred 11, 34, 78, 258, 315, 342 ff., 348
Weisskirchen, Gert 340
Weitling, Wilhelm 284
Weizsäcker, Richard von 207
Wendelborn, Gert 315, 331, 334, 342 ff., 346–351
Wernig, Dieter 27
Westphalen, Karl Graf von 295
Wieczorek-Zeul, Heidemarie 141
Wilhelm II. 82
Willaime, Jean-Paul 346
Wilson, Harold 45
Wimmer, Walter 346
Winnig, August 337

Wocker, Karl-Heinz 45
Wojciks, Manfred 76
Wolf, Heino 118
Wolfinger, Hans-Dieter 347
Wörner, Manfred 136, 150
Wünsch, Georg 337
Wurm, Theophil 251
Wurth, Klaus 317
Zimmermann, Friedrich 118 f.